

Protokoll



*der Verhandlungen
des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands*

VOM 29. JUNI

BIS 2. JULI

1947

IN NÜRNBERG

Protokoll

*der Verhandlungen
des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands*

VOM 29. JUNI BIS 2. JULI

1947

IN NÜRNBERG

VERLAG UND DRUCK: AUERDRUCK GMBH · HAMBURG

Alle Rechte vorbehalten

Gesamtherstellung: Auerdruck GmbH, Hamburg

Printed in Germany

Organisations-Statut

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag 1946 in Hannover,
(einschl. der in Nürnberg beschlossenen Änderungen)

Parteilugehörigkeit

§ 1

Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

§ 2

Über die Aufnahme oder Ablehnung als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruchs hat jede Organisationsleitung der Partei. Über Einsprüche entscheiden nacheinander Kreisvorstand, Bezirksvorstand und Parteivorstand. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Aufnahmeanträge früherer Mitglieder gegnerischer Parteien oder Organisationen, insbesondere der NSDAP, müssen durch einen besonderen Ausschuss, den der Vorstand des Ortsvereins einsetzt, geprüft werden.

Alle Aufnahmeanträge von früheren Mitgliedern gegnerischer Parteien oder Organisationen müssen durch die Unterschrift von zwei Mitgliedern der Partei, die nicht Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, als Bürgen unterstützt werden.

Durch die Prüfung soll festgestellt werden, ob die politische Vergangenheit, die gegenwärtige politische Einstellung und die Person des Antragstellers eine Gewähr dafür bieten, daß der Antragsteller seine Verpflichtungen als Mitglied der Partei einhalten wird.

Gliederung

§ 3

Die Grundlage der Organisation bildet der aus den Kreisvereinen oder Unterbezirken zusammengesetzte Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird.

Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband zu Kreisverbänden und Unterbezirken zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der organisatorischen und politischen Arbeiten kann das Gebiet des Ortsvereins in Gruppen (Bezirke, Sektionen, Distrikte) gegliedert werden. Daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen. Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 4

Die Ortsvereine, Kreisverbände, Unterbezirks- und Bezirksverbände haben die Parteischäfte nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen.

In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Partellämter

§ 5

In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu geben.

§ 6

Als Vertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt wurde. Die Ortsvereine stellen die Kandidaten für die Gemeindevahlen im Einverständnis mit dem Kreisvereinsvorstand, Unterbezirksvorstand oder dem Bezirksvorstand auf. Die Kandidatenaufstellung für die Bezirks-, Kreis- und Provinzialvertretungen erfolgt im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand auf den Kreis- oder Bezirkskonferenzen.

Die Wahlvorschläge zu parlamentarischen Vertretungen für größere Gebiete werden durch die Mitglieder der Kreisvereine gemacht, von dem Bezirksvorstand zusammengefaßt und vom Bezirksparteitag beschlossen.

Die Bezirksverbände eines Landes stellen die Landeswahlvorschläge für den Landtag auf, sie haben in gleicher Weise das Recht, jederzeit die auf Landeswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Der Ortsverein hat im Einverständnis mit dem Kreisverein das Recht, die Gemeindevertreter abzuberufen. Dasselbe Recht hat der Bezirksvorstand für die Vertreter der im Absatz 1 Satz 2 und 3 genannten Körperschaften. Dem Betroffenen sowie der antragstellenden Organisation steht das Recht der Berufung an den Kreisvorstand, Bezirksvorstand oder Parteivorstand zu.

Beiträge

§ 7

Die Höhe des Eintrittsgeldes wird vom Bezirksvorstand festgesetzt.

§ 8

Die Höhe der Monatsbeiträge wird vom Bezirksparteitag festgesetzt. Er hat das Recht, für seinen Bezirk die Beiträge je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln.

Es wird empfohlen, den Mindestbeitrag auf 1,— RM für den Monat festzusetzen. Für Ehefrauen und nicht berufstätige weibliche Familienmitglieder kann der Beitrag auf 0,50 RM ermäßigt werden. Invaliden und erwerbslosen Mitgliedern kann auf Antrag Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden.

Der Bezirksvorstand ist verpflichtet, für Mitglieder mit höherem Einkommen unter Berücksichtigung sozialer Verhältnisse höhere Beiträge zu erheben.

Der Bedarf des Parteivorstandes wird von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder verkauften Marke (ausgenommen Eintrittsmarken) ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Partelausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Parteikasse abgeführt wird.

Zur Deckung der Werbeunkosten zentraler Einrichtungen haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art einen monatlich an die Parteikasse abzuführenden Werbebeitrag zu leisten, dessen Höhe jährlich vom Parteivorstand festgesetzt wird.

Berichterstattung

§ 9

Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. Januar bis 31. Dezember. Vierteljährlich, spätestens mit Ablauf des ersten Monats im neuen Kalendervierteljahr, haben die Bezirksvorstände über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder Bericht zu erstatten. Die hierzu notwendigen Formulare liefert der Parteivorstand.

Parteitag

§ 10

Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Er setzt sich zusammen:

1. aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 300 nicht übersteigen soll. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im vorausgegangenen Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind;

2. den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission;

3. den vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Ebenfalls beratende Stimme haben die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteinstanzen.

§ 11

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zu einem Beschluß des Parteitags ist die Abgabe der Stimmen von mehr als der Hälfte der Stimmberechtigten notwendig.

§ 12

In der Regel findet alljährlich ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.

Liegen wichtige Gründe vor, so kann er mit Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit des Parteiausschusses um ein Jahr verlegt werden. Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Entscheidung getroffen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 13

Die Einberufung des Parteitages soll spätestens acht Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens vier Wochen vor dem Parteitag zu veröffentlichen hat.

§ 14

Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die Tätigkeit der Parlamentsfraktionen;
2. Die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;
3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;
4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Partelleben berührenden Fragen;
5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 15

Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens zwei Fünfteln der Bezirksvorstände.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 und 3 gestellten Antrag stattzugeben, so ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 16

Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vorher veröffentlicht werden.

Anträge von Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage die §§ 10 und 11.

Partei Vorstand

§ 17

Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht und dem mindestens vier Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Haben die Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Ergänzungswahl statt. Entfallen bei dieser Wahl gleich viele Stimmen auf mehrere Kandidaten, ohne daß sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten haben, dann erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 18

Der Parteivorstand führt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die grundsätzliche Haltung der Parteiorgane.

§ 19

Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, in eigenem Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Kein Parteigenosse erwirbt aus seiner Parteizugehörigkeit ein klagbares Recht gegen den Parteivorstand und die Kontrollkommission oder deren Mitglieder.

§ 20

Der Parteivorstand kann jederzeit alle Parteiorganisationen und deren Unternehmungen kontrollieren, Aufschlüsse anfordern und Abrechnungen verlangen. Er hat das Recht, an allen Zusammenkünften aller Parteikörperschaften beratend teilzunehmen.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Kandidaten entstehen, zu entscheiden.

§ 21

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages das Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Übersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen. Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

Parteiausschuß

§ 22

Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksvorstände. Die Vertreter werden in den Bezirken gewählt. Sind im Bezirk mehr als 5000 weibliche Mitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen. Bezirke, die die Zahl von 5000 weiblichen Mitgliedern nicht erreichen, können ebenfalls ein weibliches Mitglied in den Parteiausschuß wählen, wenn der Anteil der weiblichen Mitglieder den Reichsdurchschnitt erreicht oder überschreitet. Für die Feststellung dieses Anspruchs werden jeweils die Mitgliederzahlen am Schluß des letzten Geschäftsjahres zugrundegelegt. Für die Vertreter sind Stellvertreter zu wählen.

§ 23

Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtheit berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Partei-

institutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 24

In der Regel alle Vierteljahr und im Bedarfsfall auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Kontrollkommission

§ 25

Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse in geeigneter Weise bekanntzugeben hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Ausschluß

§ 26

1. Aus der Partei ausgeschlossen wird:

- a) wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat;
- b) wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt;
- c) wer einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm begangen hat;
- d) wer durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Parteitage oder der Parteiorganisation das Parteiinteresse schädigt.

2. In außerordentlichen Fällen, in denen durch schnelles Eingreifen eine nicht abzuwehrende schwere Schädigung der Partei verhindert werden muß, kann der zuständige Kreisvereinsvorstand den Ausschlußantrag beim Bezirksvorstand stellen mit der Maßgabe, daß sämtliche Rechte und Funktionen des Auszuschließenden sofort ruhen.

3. Über Ausschlußanträge, die die Absätze 1a und 1b betreffen, entscheidet der Kreisvorstand.

In diesen Fällen wird der Beschluß sofort wirksam.

4. Der Ausschlußantrag darf nur von einem Ortsverein bzw. in größeren Orten von einer seiner Unterorganisationen gestellt werden. Außerdem hat jede Organisation innerhalb der Partei das Recht, einen Ausschlußantrag auch gegen solche Mitglieder zu stellen, die einem anderen Bezirk angehören. Solche Ausschlußanträge müssen bei dem Bezirk gestellt werden, dem die antragstellende Organisation angehört.

5. Als erste Instanz der Fälle 1c und 1d entscheidet über den Ausschlußantrag ein Schiedsgericht des Kreisvereins, das aus fünf Personen besteht. Der für den Angeschuldigten zuständige Kreisvereinsvorstand ernennt den Vorsitzenden, die antragstellende Organisation und der Angeschuldigte benennen schriftlich je zwei

Beisitzer. Die Beisitzer müssen Mitglieder des betreffenden Kreisvereins sein, dem der Angeschuldigte angehört.

6. Als Berufungsinstanz gilt der Bezirksvorstand. Der Einspruch gegen den Beschluß der ersten Instanz steht sowohl dem Beschuldigten als auch dem zuständigen Kreisvereinsvorstand beim Bezirksvorstand zu.

Beim Bezirksvorstand ist ein Schiedsgericht sinngemäß der ersten Instanz zu bilden.

§ 27

1. Gegen die Entscheidung des Bezirksschiedsgerichts können beide Parteien innerhalb dreier Wochen nach der Zustellung beim Parteivorstand die Entscheidung eines Partelschiedsgerichts beantragen.

2. Ist das Bezirksschiedsgericht von offensichtlich irrigen Voraussetzungen ausgegangen, kann der Parteivorstand die Sache an das Bezirksschiedsgericht zur nochmaligen Entscheidung zurückverweisen.

3. Das Partelschiedsgericht besteht aus fünf Personen. Der Parteivorstand ernennt den Vorsitzenden, die antragstellende Organisation und der Angeschuldigte benennen schriftlich je zwei Beisitzer. Die Beisitzer müssen Mitglieder des Bezirks sein, dem der Angeschuldigte angehört. Mitglieder des Bezirksschiedsgerichts dürfen nicht Mitglieder des Partelschiedsgerichts sein.

4. Benennen beide Parteien innerhalb dreier Wochen keine Beisitzer, ist die Entscheidung erster Instanz endgültig. Benennt eine der Parteien die Beisitzer nicht innerhalb der gleichen Frist, wird ohne sie entschieden. Erscheint der Angeschuldigte ohne zwingenden Grund nicht zu dem festgesetzten Termin, wird in seiner Abwesenheit verhandelt und entschieden.

5. Die Entscheidung des Partelschiedsgerichts, unterschrieben vom Vorsitzenden, wird beiden Parteien durch den Vorsitzenden innerhalb dreier Wochen schriftlich zugestellt. Der Parteivorstand kann sie veröffentlichen.

6. Verzieht der Beschuldigte während des Verfahrens in einen anderen Bezirk, verbleibt die Durchführung des Verfahrens bei seinem bisherigen Bezirk.

7. Der Ausschlußantrag muß in beiden Instanzen mündlich begründet werden. Die Verhandlungen werden mündlich geführt. Schriftstücke dienen nur zur Feststellung des mündlich Vorgetragenen. Nur was mündlich vorgetragen ist, darf der Entscheidung zugrundegelegt werden.

§ 28

1. Gegen die Entscheidung des Partelschiedsgerichts steht beiden Parteien die Berufung an den nächsten Parteitag zu, wenn es sich um einen groben Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms handelt, sonst nur, wenn die Entscheidungen erster und zweiter Instanz voneinander abweichen. In den übrigen Fällen ist die Entscheidung des Partelschiedsgerichts endgültig.

2. Die Berufung ist innerhalb dreier Wochen nach Zustellung der Entscheidung des Partelschiedsgerichts beim Parteivorstand schriftlich einzureichen. Die Entscheidung des Parteitages ist endgültig.

3. In allen Instanzen des schiedsgerichtlichen Verfahrens kann erkannt werden:

- a) auf Ausschluß aus der Partei;
- b) auf zeitweilige Aberkennung des Rechts zur Bekleidung von Ehrenämtern;
- c) auf Rügen.

§ 29

1. Der Ausschluß aus der Partei darf nur im Wege der in den §§ 26 bis 28 festgesetzten Verfahren erfolgen.

2. Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Die Untersuchungskommission hat nur tatsächliche Feststellungen zu treffen, keine Entscheidungen zu fällen, wie sie im Ausschlußverfahren vorgesehen sind. Rechtfertigt der Bericht der Unter-

suchungskommission die Einleitung eines Ausschlußverfahrens, ist gemäß § 28 durch die Organisationseinheiten ein entsprechender Antrag an den Parteivorstand zu stellen.

3. Rügen können die Organisationen auch erteilen, wenn es sich um Verfehlungen handelt, derentwegen die Voraussetzungen zur Einleitung eines Ausschlußverfahrens nicht gegeben sind.

§ 30

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme in die Partei

§ 31

Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören. Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hat, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation

§ 32

Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 13 und 16 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßungen.
2. Deutschland und Europa, Genosse Dr. Kurt Schumacher.
3. Arbeitsbericht des Parteivorstandes
 - a) Politischer Bericht, Referent Genosse Erich Ollenhauer.
 - b) Organisation und Kasse, Referent Genosse Alfred Nau.
 - c) Presse und Propaganda, Referent Genosse Fritz Heine.
 - d) Frauensekretariat, Referent Genossin Herta Gotthelf.
 - e) Kontrollkommission, Referent Genosse Adolf Schönfelder.
4. Der Aufbau der deutschen Republik, Genosse Dr. Walter Menzel.
5. Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie (Bericht über die wirtschaftspolitische Tagung)
Berichterstatter Genosse Professor Dr. Eric Nölting.
6. Die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie (Bericht über die kulturpolitische Tagung)
Berichterstatter Genosse Arno Hennig.
- 6a. Die agrarpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie (Bericht über die agrarpolitische Tagung)
Berichterstatter Genosse Herbert Kriedemann.
- 6b. Die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie (Bericht über die Tätigkeit des sozialpolitischen Ausschusses)
Berichterstatter Genosse Dr. Paul Nevermann.
7. Anträge.
8. Wahlen
 - a) des Parteivorstandes
 - b) der Kontrollkommission.

Protokolle der Verhandlungen

In Nürnberg begann am 29. Juni 1947 der 2. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach dem Zusammenbruch. Er war ein Symbol für den deutschen demokratischen Willen für Frieden, Freiheit und Völkerverständigung.

Die Eröffnung des Parteitages vollzog sich in einem schlichten, aber dennoch festlichen und würdigen Rahmen. Die Egmont-Ouvertüre von Ludwig van Beethoven leitete die Vormittagssitzung des 1. Verhandlungstages feierlich ein.

Erster Verhandlungstag

(Sonntag, 29. Juni 1947)

Vormittagssitzung

Eröffnung

Erich Ollenhauer, Hannover: Genossen und Genossinnen! Im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eröffne ich den Sozialdemokratischen Parteitag 1947. Ich begrüße unsere Gäste, die Damen und Herren der Militärregierungen und der deutschen Behörden. Wir freuen uns, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind. Wir danken Ihnen für Ihr Interesse, und wir hoffen, daß Ihnen die Beratungen und Beschlüsse unseres Parteitages ein lebendiges Bild von dem Wirken und den Zielen der deutschen Sozialdemokratie vermitteln werden.

Es ist für uns eine besondere Freude, eine so große Zahl von internationalen Gästen in unserer Mitte zu sehen.

Anfang dieses Monats hat zum erstenmal seit dem Ende der Kampfhandlungen des zweiten Weltkrieges eine Delegation unserer Partei an einer internationalen Konferenz der sozialistischen Parteien in Zürich teilgenommen. Wir bedauern, daß die Konferenz noch nicht die Aufnahme der Partei in die Internationale Arbeitsgemeinschaft beschlossen hat, aber heute sehen wir die Mitglieder der internationalen Kommission, die den Auftrag erhalten hat, unverzüglich die Beziehungen zur deutschen Partei herzustellen, unter Führung unseres allverehrten Genossen Louis de Brouckère in unserer Mitte. (Beifall.)

Es ist unser aufrichtiger Wunsch, daß die Anwesenheit so zahlreicher und prominenter Vertreter sozialdemokratischer Parteien aus anderen Ländern auf unserem Parteitag der Beginn einer engen Zusammenarbeit mit allen sozialdemokratischen Parteien ist und daß auch der Tag bald kommen möge, an dem die deutsche Sozialdemokratie wieder als vollberechtigtes Mitglied ihren Platz in der sozialistischen Internationale einnehmen kann. (Beifall.)

Ich begrüße unsere ausländischen Genossen und Genossinnen auf das herzlichste. Ich hoffe, daß sie sich in den Tagen, die wir hier zusammen verleben können, bei uns wohlfühlen und daß Ihnen die Beratungen unseres Parteitages bestätigen werden, daß in dieser deutschen Partei ein guter sozialdemokratischer und internationaler Geist lebendig ist.

Unter unseren ausländischen Gästen befinden sich auch Vertreter der Gruppen deutscher Sozialdemokraten im Ausland. Einige von ihnen konnten wir bereits auf unserem vorjährigen Parteitag in Hannover begrüßen; so den Genossen *Wilhelm Sander*, London, den Genossen *Kurt Heintz*, Stockholm, und den Genossen *Max*

Cohen-Reuss, Paris. Außer ihnen sehen wir heute in unserer Mitte den Genossen *Karl Rowold* und die Genossin *Karla Gehrke*, die die SPD-Gruppe in Kopenhagen vertreten. (Beifall.)

Vor allem aber weilt unter uns der Genosse *Friedrich Stampfer* (lebhafter Beifall), der aus New York zu uns gekommen ist, um nach mehr als 14 Jahren wieder an einer Tagung der deutschen Partei auf deutschem Boden teilnehmen zu können.

Mit all unseren Genossen und Genossinnen im Ausland verbinden uns so viele Jahre gemeinsamer Arbeit und enger Freundschaft, daß ich kaum zu sagen brauche, wie sehr wir uns freuen, sie heute unter uns zu sehen.

Nun gilt mein Gruß den Delegierten des Parteitag und den Genossen und Genossinnen, die als Gastdelegierte nach Nürnberg gekommen sind. Ihr seid die gewählten Repräsentanten der Gesamtpartei. Laßt uns in den nächsten Tagen gemeinsam daran arbeiten, daß dieser Parteitag eine Quelle neuer Kraft für uns alle wird. Auf unsere Partei setzen heute Millionen von Menschen, die materiell und geistig in Not sind, ihre Hoffnung. Ihre Hoffnung ist unsere Verantwortung. Diese Verantwortung nimmt uns niemand ab, und wir können uns ihr nicht entziehen. Wir können ihrer nur gerecht zu werden versuchen durch unermüdete und kämpferische Arbeit für das Ziel, das wir uns selbst gesteckt haben, für ein demokratisches und sozialistisches Deutschland. (Bravo!)

In dieser Stunde, in der sich wieder die Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie zu einem Gesamtparteitag versammeln, gehen aber unsere Gedanken auch zu denen, die nicht hier sein können, zu unseren Genossen und Genossinnen in der Ostzone Deutschlands. Ich will hier nichts über das politische Problem der Unterdrückung der stärksten deutschen demokratischen Partei in diesem Teil Deutschlands sagen. Wir werden es auf diesem Parteitag in anderem Zusammenhang behandeln. Aber unsere Genossen und Genossinnen in der Ostzone sollen wissen, daß wir sie nicht vergessen und daß wir sie nie vergessen werden. (Beifall.) Ihr Kampf für die politische Freiheit, für die persönliche Freiheit und Sicherheit, ist unser Kampf. Wir werden ihn führen unter allen Bedingungen und ohne Kompromiß, und wir werden ihn gewinnen. (Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Der Nürnberger Parteitag ist der zweite Parteitag nach dem Wiedererstehen der deutschen Sozialdemokratie im Frühjahr 1945. Im vorigen Jahr tagten wir im Herzen der britischen Zone, in der sozialdemokratischen Hochburg Hannover. In diesem Jahr sind wir in die amerikanische Zone gegangen, in die Stadt, deren Name mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eng verbunden ist und die heute wieder eines der Zentren der deutschen Arbeiterbewegung darstellt.

Viele bekannte und hochklingende Namen der deutschen Sozialdemokratie weisen auf diese sozialdemokratische Tradition Nürnbergs hin. *Hermann Müller-Franken* hat viele Jahre Nürnberg im Reichstag vertreten. Hier in Nürnberg wirkte *Dr. Adolf Braun*, der Doktor, dessen Leistung aus dem geistigen Leben der Partei nicht wegzudenken ist und der so vielen Jungen den Weg in den Journalismus öffnete. Aus Nürnberg kam unser unvergeßlicher *Hans Vogel*, den ein hartes Schicksal kurz vor seiner Rückkehr aus der Emigration aus unserer Mitte gerissen hat, und dessen Urne wir heute mittag der heimatlichen Erde übergeben werden. Und Nürnberg ist schließlich die Heimat und die Wirkungsstätte eines unserer Besten aus der alten Generation. Wir können zu unserer Freude heute in unserer Mitte den Genossen *Joseph Simon* und den Genossen *Martin Treu* begrüßen. (Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Vor 25 Jahren, im Herbst 1922, tagte hier in Nürnberg der *Einigungsparteitag* der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen Sozialdemokratie, der die beiden Parteien wieder zur geeinten deutschen Sozialdemokratie zusammenführte. Es gibt manche Parallele zwischen damals und jetzt. Damals trugen wir die Last des verlorenen ersten Weltkrieges, in den die Hohenzollern das deutsche Volk gestürzt hatten. Damals näherten wir uns dem Höhepunkt der Inflation mit ihren verhängnisvollen wirtschaftlichen und politischen Folgen. Damals vereinigten sich die beiden sozialdemokratischen Parteien unter

dem Eindruck der wachsenden nationalistischen Reaktion. Es sind heute fast auf den Tag genau 25 Jahre vergangen seit dem feigen Mord an *Walter Rathenau*. Er wurde ermordet, weil er ein guter deutscher Demokrat, ein guter Europäer und ein großer Mensch war.

Wir stehen heute auf den Trümmern des zweiten Weltkrieges. Dieses Mal danken wir die Katastrophe dem Dritten Reich und seiner verbrecherischen Führung. Dieses Mal sind die Folgen weit verheerender. Nicht nur Deutschland liegt in Trümmern. Ganz Europa hat unerhört schwere Opfer an Gut und Blut gebracht, und der Name des deutschen Volkes ist millionenfach geschändet worden. Der Weg aufwärts zu einer vernünftigen und menschenwürdigen Ordnung ist unsagbar schwer.

Wir müssen das Haus des deutschen Volkes von Grund auf neu gestalten, und wir müssen uns dabei die Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit zunutze machen. Hier nur eine Bemerkung: Der deutsche Nationalismus, der damals Männer wie *Kurt Eisner*, *Matthias Erzberger* und *Walter Rathenau* ermordete, ist nicht tot in Deutschland. Er wittert angesichts der Not unseres Volkes eine neue Chance. Wehren wir den Anfängen! Die neue deutsche Demokratie gehört in die Hände von überzeugten und kämpferischen Demokraten. Die Freiheiten und Rechte der Demokratie dürfen nicht wieder von denen gebraucht und mißbraucht werden, die die Demokratie mit den Mitteln der Demokratie vernichten wollen (Beifall), ganz gleich unter welcher Flagge sie das Volk irreführen wollen.

Genossen und Genossinnen! Vor uns liegt ein hartes Stück Arbeit. Wir tagen hier inmitten von Trümmern. Das ist symbolisch. Aber das Werk der Organisation dieser Tage ist von Menschen geschaffen worden, die täglich und täglich in diesen Trümmern einen harten Alltag leben. Sie haben die Kraft zu dieser Anstrengung aus ihrem unzerstörbaren Glauben an die Ideen des demokratischen Sozialismus gewonnen. Das ist eine große Ermutigung für uns.

Wir tagen hier im hellen Sommer Sonnenschein. Aber in unseren Gefühlen und Gedanken leben wir alle zwischen zwei Wintern. Auf uns lastet noch die schwere Erinnerung an den Notwinter, der hinter uns liegt, und jeden Tag quält uns die Angst vor dem kommenden. Wir wollen hier Mittel und Wege suchen, um die Not des Alltags zu bannen. Wir wollen aber gleichzeitig versuchen, das, was wir bauen, auf neuem Grund zu bauen, und es gibt für das deutsche Volk nur einen festen und sicheren Grund: eine sozialistische Gemeinwirtschaft und eine starke kämpferische und schöpferische Demokratie. (Beifall.)

Die erste und entscheidende Verpflichtung, für dieses Ziel zu wirken, liegt bei uns selbst und bei dem deutschen Volk. Aber wir können diese Verpflichtung nicht erfüllen ohne das Vertrauen und die Hilfe der demokratischen Kräfte in der Welt. Sie sind für uns eine Lebensnotwendigkeit, so wie die Existenz und die Lebensfähigkeit der deutschen Demokratie eine Lebensnotwendigkeit für Europa und die Welt ist. Wir wissen, daß ohne die Hilfe des Auslandes Millionen von Menschen in Deutschland in den letzten Monaten des Hungers gestorben wären. Wir hoffen, daß uns gemeinsame Anstrengungen vor einer neuen schlimmeren Katastrophe im nächsten Winter bewahren und daß wir bald in die Lage kommen, unseren Bedarf im Ausland durch die Ertragnisse unserer Arbeit bezahlen zu können. Darüber hinaus haben wir einen Wunsch an die demokratischen Kräfte des Auslandes: Fügt dem täglichen Brot auch die notwendigen moralischen Kalorien hinzu! (Beifall). Das Ausland fragt zweifelnd oder mißtrauisch nach den demokratischen Kräften in Deutschland. Die Besatzungsmächte experimentieren immer noch mit dem Aufbau der Demokratie von unten. Wir wissen am besten, wieviel noch zur demokratischen Reife des ganzen deutschen Volkes fehlt. Aber hier ist eine echte und lebensfähige demokratische Kraft. Hier ist die deutsche Sozialdemokratie. Sie ist eine Gemeinschaft von Hunderttausenden, erprobt in ihrer demokratischen und sozialistischen Gesinnung, frei gebildet, frei in ihren politischen Entscheidungen und demokratisch in ihrem Aufbau. Sie ist das Kernstück der neuen deutschen Demokratie. Die Sozialdemokratie ist demokratisch aus Prinzip. Für sie ist die Demokratie ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil ihrer sozialistischen

Vorstellungen. Die Sozialdemokratie ist eine Partei des Friedens und der Völker-
verständigung. Sie ist eine europäische und internationale Partei, weil sie seit
Beginn ihres politischen Daseins überzeugt war, daß Glück und Wohlstand des
eigenen Volkes nur erreicht und gesichert werden können in einer friedlichen und
freien Gemeinschaft aller Völker. Und weil dem so ist, war die deutsche Sozial-
demokratie das erste Opfer des Vernichtungskampfes der Hitlerdiktatur gegen die
Kräfte der Freiheit und des Friedens in der ganzen Welt.

Unsere Ideen waren stärker als der Terror des sogenannten Tausendjährigen
Reiches. Wir sind wieder da. Wir wollen diesmal den Weg von der Idee zur Wirk-
lichkeit bis zum siegreichen Ende gehen. Wir wissen, wie schwer diese Aufgabe
zu lösen sein wird, aber wir können sie lösen, wenn wir uns eins fühlen können
mit allen in der Welt, die wie wir für Freiheit, Frieden und Sozialismus kämpfen.

Genossen und Genossinnen, der Parteitag ist eröffnet! (Lebhafter Beifall.)

Konstituierung des Parteitages

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir müssen jetzt die Konstituierung des Partei-
tages vornehmen. Ich bitte um Vorschläge für die Wahl des Präsidiums des
Parteitages.

Willy Schmedemann-Hamburg: Genossen und Genossinnen, ich schlage Ihnen
vor, das Präsidium mit sechs Delegierten zu besetzen, und zwar zwei Vorsitzenden
und vier Schriftführern. Ich schlage Ihnen dazu namentlich vor den Genossen
Ollenhauer vom Parteivorstand, den Genossen *Loßmann* vom gastgebenden Bezirk,
und für die vier Schriftführer schlage ich Ihnen vor: den Genossen *Franz Fuchs*
aus Wiesbaden, die Genossin *Anni Krahnstöver* aus Kiel, die Genossin *Dora Lösche*
aus Berlin und den Genossen *Maxim Kuraner* aus Neustadt/Pfalz.

Erich Ollenhauer: Genossen und Genossinnen! Sie haben die Vorschläge des
Genossen *Schmedemann* gehört. Werden andere Vorschläge gemacht? — Das ist
nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß das Präsidium
des Parteitages in dieser Zusammensetzung gewählt ist, bitte ich, die Hand zu
erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen. Ich
bitte die Genossen und Genossinnen, die jetzt gewählt worden sind, nach vorn zu
kommen.

Wir kommen dann zur Wahl der Mandatsprüfungskommission. Ich bitte die
Genossin *Kay-Berlin*, Vorschläge für die Mandatsprüfungskommission zu machen.

Ella Kay-Berlin: Ich schlage für die Mandatsprüfungskommission vor die Ge-
nossen *Alfred Nau*, Hannover, *Alfred Gleißner*, Unna/W., *Rosa Helfers*, Hameln,
Erich Ryneck, Berlin, *Theodor Thiele*, Berlin, *Josef Füllenbach*, Neuwied/Rh.,
Oskar Kabjell, Reutlingen, *Konrad Bischoff*, Kassel, *Heini Großhans*, Heilbronn.

Erich Ollenhauer: Genossen und Genossinnen! Sie haben die Vorschläge der
Genossin *Kay-Berlin* für die Mandatsprüfungskommission gehört. Werden weitere
Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer
dafür ist, daß die vorgeschlagenen Genossen und Genossinnen die Mandatsprüfungs-
kommission bilden, bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegen-
probe. — Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen dann zur Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages. Ich bitte
die Delegierten, ihre Mappe zur Hand zu nehmen. Parteivorstand und Partelaus-
schuß haben sich in der gestrigen Sitzung mit einigen Vorschlägen für eine Er-
weiterung der Tagesordnung beschäftigt. Beide Körperschaften unterbreiten dem
Parteitag folgende Vorschläge:

Wir empfehlen, in die Tagesordnung noch aufzunehmen hinter Punkt 6, Bericht
über die kulturpolitische Tagung, einen Punkt 6a mit einem Bericht über die
agrarpolitische Tagung, unserer Partei und einen Punkt 6b mit einem Bericht über

die Arbeiten unseres sozialpolitischen Ausschusses. Wir glauben, daß diese Ergänzung der Tagesordnung auch die Arbeiten des Parteitages insofern erleichtern kann, als wir dann die Möglichkeit haben, die aktuellen Fragen aus den einzelnen Gebieten im Zusammenhang mit den Berichten aller wichtigen Fachausschüsse der Partei zu diskutieren und über die Anträge zu beschließen.

Unser Vorschlag geht also dahin, die vorliegende Tagesordnung mit der Abänderung anzunehmen, daß noch die Punkte 6a und 6b, Bericht des agrarpolitischen Ausschusses und Bericht des sozialpolitischen Ausschusses, aufgenommen werden. Wird zu diesen Erweiterungsvorschlägen das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wer dafür ist, daß die Tagesordnung mit dieser Ergänzung zum Beschluß erhoben wird, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist so beschlossen.

Dann möchte ich gleichzeitig noch die Namen der Referenten zu allen vier Berichten mitteilen, die unter 5, 6, 6a und 6b jetzt zur Diskussion stehen: Berichterstatter zu Punkt 5 ist der Genosse *Prof. Dr. Eric Nöltig*, Berichterstatter zum Punkt 6 ist der Genosse *Arno Hennig*, Berichterstatter zum Punkt 6a ist der Genosse *Herbert Kriedemann* und Berichterstatter zum Punkt 6b ist der Genosse *Dr. Paul Nevermann*.

Wir haben dann den Delegierten den Vorschlag für eine Geschäftsordnung des Parteitages vorgelegt, die sich auf die Geschäftsordnung unserer früheren Parteitage, vor allem auch des Parteitages in Hannover, stützt. Wir empfehlen, diese Geschäftsordnung in der vorliegenden Form anzunehmen. Wird zu diesem Vorschlag das Wort gewünscht? — Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung über die Annahme der vorliegenden Geschäftsordnung. Wer für die Annahme ist, bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist so beschlossen.

In Ihrer Mappe befindet sich weiter eine Vorlage für einen Tagungsplan des Parteitages. Dieser Tagungsplan soll eine ungefähre Richtlinie für die Einteilung der Arbeiten unseres Parteitages sein. Selbstverständlich ist der Parteitag frei, wenn er es für notwendig hält, von Fall zu Fall Änderungen in der Zeiteinteilung vorzuschlagen und zu beschließen. Wir glauben aber, wenn wir die Beratungen des Parteitages bis Mittwoch mittag abschließen wollen — und wir sind an diesen Termin aus verschiedenen Gründen gebunden —, dann müssen wir im Rahmen dieses Arbeitsplanes arbeiten. Ich muß ihn außerdem noch in einem wesentlichen Punkt ergänzen. Wir haben morgen Abend auf Einladung der Stadt Nürnberg eine Feier im Opernhaus, die nicht, wie vorgesehen, erst um 19.30 Uhr, sondern bereits um 18.30 Uhr pünktlich beginnt, weil später am Abend noch eine andere Veranstaltung im Theater stattfindet. Das bedeutet, daß wir morgen nachmittag mit unseren Beratungen hier um 16.30 Schluß machen. Wir verlieren dadurch $1\frac{1}{2}$ bis 2 Stunden Beratungszeit, die wir am Dienstag allein am Tage nicht einholen können. Parteivorstand und Partelausschuß schlagen deshalb jetzt schon vor, daß der Parteitag in Aussicht nimmt, am Dienstagabend von 21 bis 23 Uhr eine Abend-sitzung des Parteitages abzuhalten. Ich glaube, dieser Vorschlag wird um so willigere Aufnahme finden, weil die Temperatur zwischen 21 und 23 Uhr etwas erträglicher sein dürfte als zwischen 15 und 17 Uhr.

Alle anderen zeitlichen Mitteilungen brauchen wir jetzt im einzelnen nicht zu behandeln. Das ist die wichtigste Änderung, die wir vorzuschlagen haben. Ich glaube, es ist nicht nötig, über diesen Tagungsplan formell abzustimmen. Wir wünschen nur, daß er als eine Richtlinie von allen Genossen und Genossinnen beachtet wird.

Genossen und Genossinnen! Damit sind die Arbeiten des Parteitags, die die Konstituierung des Parteitags betreffen, beendet, und ich habe im Namen aller Mitglieder des Präsidiums zunächst dem Parteitag zu danken für das Vertrauen, das Sie uns durch Ihre Wahl ausgesprochen haben. Wir wissen, daß wir eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen haben. Aber wir sind überzeugt, daß wir die Hilfe und den guten Willen aller Genossen und Genossinnen finden werden, damit wir diesen Parteitag kameradschaftlich und sachlich und mit positiven Ergebnissen zu einem guten Ende führen können.

Und nun, Genossen und Genossinnen, möchten wir einigen unserer Gäste und den Genossen und Genossinnen, die aus dem Auslande hier sind, die Gelegenheit geben, den Parteitag zu begrüßen.

Ich bitte zunächst den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, den Genossen Hans Ziegler, das Wort zu nehmen.

Begrüßungen

Hans Ziegler-Nürnberg: Sehr geehrte Parteitagsteilnehmer! Liebe Genossen und Genossinnen! Es ist mir eine besondere Freude und eine große Ehre, die Teilnehmer des Parteitags als Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg heute herzlich begrüßen zu können. Ich begrüße insbesondere die Vertreter der Militärregierung und die Vertreter der Staatsregierung. Ich habe gesehen, daß der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Högner, der Staatsminister der Innern, Seifried, der Arbeitsminister Rosshaupt und noch eine Anzahl Regierungsvertreter — Staatssekretäre, Regierungspräsidenten — anwesend sind. Ich begrüße sie auf das herzlichste.

Ich begrüße ganz besonders herzlich alle Teilnehmer des Parteitags aus dem In- und Auslande in unserer einst so schönen und heute zertrümmerten Stadt Nürnberg. Ich begrüße sie nicht nur als Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, sondern auch als Parteigenosse, der seit fünfzig Jahren alle Siege und Niederlagen, alle inneren und äußeren Kämpfe der Sozialdemokratie aktiv miterlebt hat. Ich spreche auch nicht zum erstenmal auf einem sozialdemokratischen Parteitag. Bereits im Jahre 1908 wurde ich von der Wasserkante nach dem Nürnberger Parteitag gesandt. Ich kenne viele Genossen, die ich heute wiedergesehen habe, die damals bei dem großen Meinungsaustrag über die süddeutsche Politik dort auf der einen oder anderen Seite der Richtungen aufgetreten sind.

Nürnberg war die Stadt der Hitler-Reichsparteitage und seiner Schandgesetze gegen die Juden. In Nürnberg hat Hitler seine Macht und seinen Luxus in prahlerischer Weise zur Schau getragen. Das Ansehen und der gute Ruf Nürnbergs haben dadurch schweren Schaden gelitten. Wir hoffen, daß der sozialdemokratische Parteitag der Stadt ihr früheres Ansehen, ihren guten Ruf in der ganzen Welt wiederbringt. Der sozialdemokratische Parteitag steht im strikten Gegensatz zu den Hitler-Parteitagen. Der sozialdemokratische Parteitag ringt und kämpft um Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Wohlstand für alle Menschen. Nürnberg war von jeher eine freie Stadt mit fleißiger, vielseitiger Arbeit und eine Heimstätte zur Förderung und Hebung von Kunst und Wissenschaft. Nürnberg war reich gesegnet mit historischen Schönheiten und Werten, die heute zum allergrößten Teil zerstört sind. Nürnberg ist zwar heute eine Stadt der Armut. Aber Nürnberg wird Ihnen zeigen, daß es trotzdem auch eine Stadt der Gastfreundschaft geblieben ist.

Nürnberg ist heute die Stadt der Welt, von der man am meisten spricht, am meisten schreibt, von der man im Rundfunk am meisten hören kann. Nach Nürnberg werden alle Hitler-Sünder gebracht. Hier werden sie abgeurteilt. Der letzte Rest des „tausendjährigen“ Hitler-Reiches erlebt in Nürnberg sein trauriges Ende. Die Nürnberger wollen den Frieden nach außen und innen. Sie wollen Freiheit und Gerechtigkeit und zum Leben soviel, daß sie arbeiten können und nicht zu hungern und zu frieren brauchen. Wir brauchen endlich Friedens- und Rechtszustände. Die Kohlennot läßt die Arbeit nicht in richtigen Schwung kommen. Die Arbeitskraft ist unser höchstes Gut, und zwar die Arbeitskraft der Hand- und Kopfarbeiter. Das Wohnungselend, verbunden mit der Unterernährung, macht die Menschen krank, schwach und gerizt. Der Mangel an Kleidung, Wäsche und Schuhe wirkt sich in furchtbarer Weise aus. Die Stadt Nürnberg wurde einst das Schatzkästlein des deutschen Reiches genannt und hat unter dem Bombenhagel schwer gelitten. Von 100 Gebäuden sind in Nürnberg nur neun unversehrt geblieben. Von 120 Schulhäusern sind nur zwei unversehrt geblieben, und die befinden sich in Außenorten und sind kleine Schulheime gewesen. In Bayern hat Nürnberg ein volles Fünftel

aller Kriegsschäden erlitten. Die schöne alte Stadt mit ihren unvergleichlichen historischen Schönheiten und Werten bietet bis auf einen geringfügigen Teil ein Bild grauenhafter Verwüstung. Ich möchte Ihnen allen empfehlen, sich die Stadt einmal anzusehen, wie grausam sie verwüstet ist. Neben dem Verlust unersetzlicher Kulturwerte sind auch wirtschaftliche Schäden durch den unheilvollen Krieg eingetreten. Nürnberg war das beherrschende Industriezentrum Bayerns. Viele industrielle Werke sind vollständig zerstört oder durch schwerste Beschädigungen in ihrem Produktionsvolumen erheblich beschränkt. Auch die Stätten des von alters her betriebsamen Handels und des ruhmbedeckten Handwerks ruhen heute zum weitaus größten Teil. Die Wohnstätten Nürnbergs, die vor dem Kriegsausbruch 430 000 Personen beherbergten, sind bis zur Hälfte vollständig zerstört worden. Die andere Hälfte der Wohnstätten sind bis zu 50 Prozent schwer zerstört gewesen. Trotzdem zählt Nürnberg heute schon wieder 325 000 Einwohner, die zum Teil in menschenunwürdigen, ungesunden Wohnungen leben. Dieser traurige Zustand kann unter Umständen noch schlimmere Folgen auslösen, als der Krieg, und das Bombardement sie ausgelöst haben. Trotz des grauenhaften Wohnungsleids, trotz Hunger und Kälte führen wir Nürnberger einen verbissenen Daseinskampf mit den ungeheueren wirtschaftlichen, sozialen, moralischen und kulturellen Notständen unserer Zeit. Es ist nur zu wünschen, daß diesem eisernen Willen zur baldigen Erreichung lebenswerter und lebenswürdiger Existenzmöglichkeiten nicht weiterhin unüberwindliche Schwierigkeiten und Hemmnisse entgegenstehen mögen. Wir haben schon vieles in Nürnberg geleistet. Wir haben das vollständig zerstörte Gaswerk wieder aufgebaut und der Bevölkerung Gas geliefert. Wir haben die Schäden des Wasserwerkes beseitigt und auch des Elektrizitätswerks. Wir haben die Straßenbahnen, die vollständig zerstört waren, wieder in Gang gebracht. Wir haben Tausende von Wohnungen gebaut, und wir haben auch 25 000 Kindern den Schulbesuch möglich gemacht, obwohl es an Lehrern und Schulräumen sehr fehlt.

Der schwerste Luftangriff auf Nürnberg erfolgte am 2. Januar 1945. Durch ihn wurde die Altstadt vollständig zerstört. Das Rathaus ist ein Schutt- und Steinhafen. Die zentrale Stadtverwaltung mußte in einem Schulhaus Aufnahme finden. Die übrige Stadtverwaltung ist auf viele Stellen verteilt. Die innere Einrichtung wichtiger Verwaltungsparten, Statistikk, wissenschaftliches Material — alles, was sich im Rathaus befand — ist ein Opfer des Luftangriffs geworden. Nürnberg war von jeher eine freiheitlich eingestellte demokratische Stadt. Sie hat dem Hitlerterror den stärksten Widerstand geleistet. Wir haben es tief bedauert, daß die Parteitage Hitlers durch die Diplomaten der großen und kleinen Staaten verherrlicht worden sind, daß man ihnen eine Bedeutung gegeben hat, durch die der Kampf der Hitlergegner geschwächt worden ist.

Nürnberg hat schon im Jahre 1881 und während der Zeit des Sozialistengesetzes einen sozialdemokratischen Abgeordneten nach Berlin gesandt und ist bis zum heutigen Tage trotz des Hitlerterrors, trotz Not und Entbehrung eine sozialistische Hochburg geblieben. Nürnberg hat nicht nur durch die Hitler-Parteitage, durch die Kriegsverbrecherprozesse, die Sprengstoffattentate von sich reden gemacht. Nürnberg hat sehr häufig die ganze Welt aufhorchen lassen. Nürnberg hat der Welt einen Albrecht Dürer und einen Hans Sachs gegeben. Der Taschenuhr-Erfinder Peter Henlein stammt aus Nürnberg. Viele große Männer hat Nürnberg hervorgebracht. Nicht nur der Nürnberger Tand, auch der Nürnberger Trichter ist bekannt geworden. Durch den Nürnberger Trichter sollte den geistig Minderbemittelten Vernunft, Klugheit und bessere Einsicht eingetrichtert werden können. Ich wünsche, daß es dem Parteitag gelingt, die dem Nürnberger Trichter nachgesagten Eigenschaften zu erlangen, um dadurch dem gesunden Menschenverstand besseren Eingang in die Köpfe der Menschen zu verschaffen.

Ich wünsche dem Parteitag vollen Erfolg. Mögen seine Beratungen in hohem Maße dazu dienen, Mittel und Wege zu finden, um die leidende Menschheit aus Not und Verzweiflung zu befreien. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Ich danke dem Genossen *Ziegler* für seine herzlichen Begrüßungsworte.

Ich bitte jetzt den Genossen *Joseph Simon*, über die Nürnberger Partei- und Arbeiterbewegung zu sprechen.

Joseph Simon, Nürnberg (mit Beifall begrüßt): Verehrte Anwesende, Genossinnen und Genossen! Mir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, die Delegierten und Gäste des Parteitagcs auf das herzlichste zu begrüßen. Wir freuen uns, daß Sie dem Rufe unseres Parteivorstandes zu diesem Parteitag so zahlreich, besonders auch aus dem Auslande, gefolgt sind. Was wir aufs tiefste bedauern, ist, daß es unseren Genossen aus der russischen Zone infolge der dort herrschenden Verhältnisse nicht möglich war, Delegierte zu diesem Parteitag zu schicken. Aber wir sind überzeugt, daß auch die in die SEP Hineingepreßten in ihrem Gedanken bei uns sind und den Tag herbeischnen, an dem sie wieder mit uns gemeinsam für den Sozialismus wirken können. Unseren Genossen aber, die dem auf sie ausgeübten Druck widerstanden haben, ihrer sozialistischen Überzeugung treugeblieben sind und in den Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachten, senden wir — und ich glaube, im Sinne des ganzen Parteitages zu sprechen — unsere brüderlichen Grüße.

Nürnberg ist wie wenig andere Städte historischer Boden für unsere Partei. Anfang September 1868 fand hier im altherwürdigen, jetzt leider in Trümmern liegenden Rathaussaale ein von unserem unvergeßlichen *August Bebel* einberufener Vereinstag des Arbeitervereins statt, der bis dahin unter der Führung der Fortschrittspartei stand. Nach einem Referat des alten Genossen Robert Schweigel und nach lebhafter Diskussion, an der sich neben *Bebel* *Wilhelm Liebknecht*, *Gabriel Löwenstein*, *Vahlteich*, *Greulich* und andere beteiligten, wurde das Programm der internationalen Arbeiter-Assoziation angenommen und die Trennung von der Fortschrittspartei vollzogen. Hier stand also die Wiege der Sozialdemokratischen Partei, und seit 1881 zählte Nürnberg zu unseren Hochburgen.

Unsere Parteitätigkeit wurde durch die Gewaltherrschaft Hitlers jäh unterbrochen. Zwölf Jahre lang mußten wir zühneknirschend die braunen Horden in Nürnberg aufmarschieren sehen und mußten jedes Jahr sehen, wie diese Verbrecherbanden die Stadt überschwemmtcn. Auf Veranlassung Strelchers wurde unsere Druckerei der „Fränkischen Tagespost“ überfallen, die Druckerelmaschinen mit Hämmern zerschlagen und durch Schweißapparate vernichtet, der Hausmeister mißhandelt, das große Papierlager im Keller unter Wasser gesetzt und darin ersüuft. Diese sinnlose Zerstörung hatte aber das eine Gute, daß die „Tagespost“ nicht die Druckerei des „Stürmer“ und der Naziverbrecherpartei bereichert hat.

Nürnberg mußte die Schande erleben, zur Stadt der „Nazi-Reichsparteitage“ erklärt zu werden. Dadurch mußte in Deutschland und im Ausland der Eindruck erweckt werden, als ob Nürnberg naziverseucht sei. Daß dies nicht der Fall war, beweist das Wahlergebnis vom März 1933. Bei dieser Wahl erhielt Hitler rund 137 000 Stimmen weniger als alle anderen Parteien. Allerdings waren bei dieser Wahl von den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten schon viele Wähler zu den Nazis übergegangen und übergeschwenkt. Aber die Wähler der Sozialdemokratischen Partei ließen sich durch die Versprechungen Hitlers nicht betören. Sie standen treu zu ihrer Partei. Und nicht nur das, es gelang uns sogar, unsere Stimmenzahl von rund 77 000 bei den letzten Wahlen im Jahre 1932 auf 90 000 zu erhöhen. Wir hatten also einen Zuwachs von rund 13 000 Stimmen zu verzeichnen, während die Kommunisten über 13 000 Stimmen oder 35 Prozent ihres Bestandes verloren hatten.

Ähnlich war das Stimmenverhältnis im ganzen Wahlkreis Franken. Wir hatten gegenüber den Wahlen 1932 rund 17 000 Stimmen gewonnen, während die KP 42 000 oder 35 Prozent verloren hatte. Auch bei den im vorigen Jahr stattgefundenen Stadtratswahlen ist in Nürnberg die Sozialdemokratische Partei als stärkste Partei hervorgegangen.

Das Tausendjährige Reich ist nun nach zwölf Jahren elend zusammengebrochen. Ist es nicht symbolisch, daß dieses angeblich so festgefügte, aber mit Lug und Trug

unter Förderung der Schlot- und Kräutjunker zur Vernichtung der Sozialdemokratie gegründete Reich nur genau so lange währte, wie das von Bismarck zur Vernichtung der Sozialdemokratie im Jahre 1878 geschaffene Sozialistengesetz? Die Sozialdemokratie ist aber gestärkt aus all diesen Verfolgungen hervorgegangen, während Bismarck in der Versenkung verschwunden ist und Hitler durch Selbstmord sein verbrecherisches Dasein beendete. Heute steht die Sozialdemokratische Partei wieder in alter Frische und Kampfbereitschaft da. Nicht nur das. Die Ziele, für die die Sozialdemokratie von jeher gekämpft, sind ihrer Verwirklichung nähergerückt. Der Sozialismus ist eine weltumspannende Bewegung geworden. Der verbrecherisch angezettelte zweite Weltkrieg mit seinen Zerstörungen, mit seinem Elend, das er über fast die ganze Welt gebracht hat, hat die Völker überzeugt, daß nur durch die Verwirklichung des Sozialismus die Not der Völker behoben und der Weltfrieden gesichert werden kann.

Genossinnen und Genossen! Vor dem Krieg war die deutsche Sozialdemokratische Partei führend in der Internationale. Es ist rührend, wenn wir die früheren Parteitagsprotokolle lesen, zu finden, wie die Delegierten unserer ausländischen Bruderparteien die deutsche Partei als ihre Lehrmeisterin feierten. Dieses große Ansehen haben wir leider durch den Verbrecher Hitler verloren. Es wieder zurückzugewinnen, wird unsere Aufgabe sein, indem wir unsere Partei wieder zu dem machen, was sie früher war. So wie früher unsere ausländischen Bruderparteien durch unsere Erfolge Mut in ihrem Kampfe gegen ihre Reaktion schöpften, so blicken wir heute mit Stolz auf die Erfolge unserer ausländischen Genossen. Und hier war es vor allem der große Wahlsieg unserer englischen Genossen, der uns Deutsche ermutigte und der dazu beitrug, dem stark gesunkenen politischen Leben neuen Impuls zu verleihen.

Zum Schluß danke ich im Namen der Nürnberger Parteigenossen dem Parteivorstand, daß er diesen Parteitag, dem jedenfalls große weltpolitische Bedeutung zukommt, nach Nürnberg einberufen hat. Hoffen wir doch, daß mit dieser Tagung die uns von Hitler zugefügte Schmach getilgt und Nürnberg wieder zur Geltung in Deutschland und in der Welt kommen wird. Denn während die Parteitage der Nazi der Zerstörung dienten, wird dieser Parteitag dem Aufbau, der Völkerversöhnung und dem Weltfrieden dienen. Und dadurch wird unser Bemühen, den Ruf Nürnbergs als Hochburg der Sozialdemokratie wieder herzustellen, neuen Auftrieb erhalten. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Ich danke dem Genossen *Simon* für seine Begrüßungsworte.

Wir kommen jetzt zur Begrüßungsansprache unserer ausländischen Gäste. Ich möchte zunächst den Genossen *Joe Reeves*, den Vertreter der britischen Arbeiterpartei, bitten, das Wort zu nehmen. Der Genosse *Joe Reeves* ist Mitglied des Exekutivkomitees der Labour Party und Mitglied des Unterhauses. Er ist hier als offizieller Vertreter der britischen Arbeiterpartei. (Lobhafter Beifall.) Die britische Arbeiterpartei ist heute die mächtigste Partei in der sozialistischen Internationale. Sie ist seit zwei Jahren in Großbritannien an der Macht. Wir haben in diesem Lande die erste Labour-Regierung, die sich auf eine sichere, absolute Mehrheit im Unterhaus stützen kann. Für die freie demokratische Welt ist diese Tatsache das erfreulichste und bedeutsamste Ereignis seit Kriegsende. Auch die britische Arbeiterpartei und ihre Regierung steht vor großen Schwierigkeiten. Auch sie hat die doppelte Aufgabe lösen müssen, das Land, das durch den Krieg schwer gelitten hat, das für den Sieg der Alliierten große Opfer bringen mußte, ohne politische, soziale und wirtschaftliche Krisen in den Friedenszustand zu überführen und gleichzeitig den Versuch zu machen, eine neue soziale und wirtschaftliche Ordnung in Großbritannien aufzubauen. Wir deutschen Sozialdemokraten verfolgen mit großer Aufmerksamkeit die Anstrengungen und Leistungen der britischen Arbeiterbewegung und ihrer Regierungen, weil wir davon überzeugt sind, daß von dem Erfolg dieser Regierung nicht nur viel für Großbritannien, sondern auch für die Sache des europäischen Friedens und des europäischen Sozialismus abhängt. Wir freuen uns,

heute den Genossen Reeves in unserer Mitte zu sehen, und ich bitte ihn, zu seinen Begrüßungsworten an den Parteitag das Wort zu nehmen. Der Genosse Reeves spricht englisch; seine Rede wird im Anschluß daran ins Deutsche übersetzt.

Joe Reeves, England, hält seine Rede in englischer Sprache. Sie lautet in deutscher Übersetzung:

Genossen! Im Auftrage des Vorstandes der britischen Labour Party begrüße ich die Jahreskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gleichzeitig fühle ich mich völlig berechtigt, Euch die guten Wünsche der gesamten organisierten Arbeiterschaft Großbritanniens zu überbringen und die Wünsche ihrer gewählten Repräsentanten im House of Commons. Dort sind sie zum erstenmal in unserer Geschichte Teil einer sozialistischen Regierung mit einer großen Mehrheit über alle anderen Parteien. Wir haben den mutigen Kampf der Sozialisten Deutschlands gegen die Nazityrannie mit Aufmerksamkeit verfolgt, und wir freuen uns mit Euch an Eurem Erfolg, eine lebendige und repräsentative Partei zur Erringung des demokratischen Sozialismus in Deutschland geschaffen zu haben.

Wir in Großbritannien wissen, daß die gemeinsamen Bande, die die Sozialisten der Welt vereinen, uns helfen, alle rassischen Unterschiede in einer allumfassenden Menschlichkeit zu überwinden. Wir hoffen den Tag zu erleben, wenn durch unsere gemeinsamen kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften es uns gelungen sein wird, das Elend und die Zerstörung des Krieges zu überwinden, als Vorbedingung für eine neue Weltordnung, in der die Rechte des kleinen Mannes über privaten Eigennutz oder nationalistischen Ideologien stehen werden. Der demokratische Sozialismus schafft die ökonomischen Bedingungen, unter denen der Mensch sich voll entfalten kann, und er ist der Ausdruck unserer gegenseitigen Abhängigkeit. Wir sind im wesentlichen die Glieder einer Familie, und wenn einer geschädigt wird, bedeutet das eine Schädigung für alle. Wenn nur Männer und Frauen für diese Art leben, kämpfen und arbeiten würden, dann würden die wirtschaftlichen Vorteile des Sozialismus, der der Träger der sozialen Gerechtigkeit ist, allen Völkern der Erde zugute kommen und sie in einer Weise bereichern, die keine andere Wirtschaftsordnung je auch nur annähernd erreicht hat.

Die britische Arbeiterbewegung ist zu einem Zeitpunkt zur Macht gekommen, der, wirtschaftlich gesehen, der ungünstigste in unserer ganzen Geschichte ist. Unsere Aufgaben, genau wie die Euren, sind überwältigend. Die Quellen unseres Reichtums sind in dem schrecklichsten aller Kriege vergeudet worden. In der Zeit zwischen den Kriegen wurden unsere Industrien vernachlässigt und fast gar nicht überholt. Unser Kapitalismus zog es vor, lieber die Produktion einzuschränken, als eine Güterverteilung auf breiterer Grundlage vorzunehmen. Unser Kapitalismus zog lieber Arbeitslosigkeit vor, anstatt für den Bedarf aller Menschen zu produzieren. Der private Profit wurde über das Wohlbefinden der Massen gestellt, und die sogenannten Patrioten stellten den privaten Profit sogar über die Interessen ihres Landes. Heute, mit einer sozialistischen Volksregierung an der Macht, sind wir Schuldner von Ländern, die vor dem Kriege in vielen Fällen uns mehr als 5000 Millionen Pfund schuldeten.

So finden wir in einer Zeit, in der die Nation die Bergwerke übernimmt, daß ungeheure Summen zur Wiederinstandsetzung notwendig sind, daß viele Bergwerke überhaupt geschlossen worden sind und daß Tausende von Bergleuten in besser bezahlte Industrien abgewandert sind, und all das zu einem Zeitpunkt, an dem wir Kohlen notwendiger brauchen als irgendwann in unserer Geschichte, um unsere Ausfuhr mit unserer Einfuhr in Einklang zu bringen.

Wir haben unsere Bergwerke sozialisiert, die Bank von England, Telephon- und Telegraphendienst und unseren Luftverkehr. Wir sind dabei, unsere Eisenbahn, das Überlandtransportwesen und unsere Elektrizitätswerke zu sozialisieren, und wir hoffen, daß wir vor Ende unserer Amtszeit unsere Gas-, unsere Eisen- und Stahlindustrien sozialisiert haben werden.

Wir haben eine nationale Sozialversicherung geschaffen, die sich mit den besten

in anderen Ländern messen kann. Wir planen den Wiederaufbau unserer Städte, und wir haben große Geldbeträge bereitgestellt, um unsere Kolonien nach sozialistischen Grundsätzen zu entwickeln.

Wir haben die Erziehung der Kinder der arbeitenden Männer und Frauen verbessert, und wir geben ihnen Möglichkeiten, die sie bisher niemals besessen haben. Wir sorgen für die Mütter und Säuglinge, indem wir ihnen Milch, Vitaminprodukte usw. frei zur Verfügung stellen: All das tun wir, obwohl unser Wirtschaftsleben durch eine Reihe von Faktoren erschwert ist, die es notwendig machen, auf alle die Dinge zu verzichten, die das Leben leichter und angenehmer machen. Trotz dieser Schwierigkeiten wissen wir aber, daß wenigstens die Arbeiterschaft heute alles das hat, was man zum Leben braucht. Wir wollen, daß die Arbeiter der ganzen Welt, und besonders unsere Kameraden in Deutschland, ebenfalls diese Möglichkeit haben. Eure Not bedrückt uns, und wir hoffen und beten, daß auch Ihr einen gerechten Anteil an den notwendigen Lebensgütern haben werdet, sobald die weltweite Knappheit an Lebensmitteln überstanden ist.

Die Sozialisten meines Landes, deren Glauben an die Solidarität der ganzen Welt nicht getrübt war durch den vorübergehenden Triumph des Nazismus oder durch den Haß, der als Kriegsfolge überall aufflackerte, arbeiten mit ihrer ganzen Kraft dafür, daß jene Lebensbedingungen geschaffen werden können, auf die alle Menschen ein Anrecht haben, ganz egal, zu welcher Nation oder zu welchem Volk sie gehören.

Als einer, der sein ganzes Leben der Sache des Weltsozialismus geweiht hat, erlauben Sie mir, meine deutschen Genossen zu bitten, die natürliche Bitterkeit zu überwinden, die geboren war aus der Erschwerung menschlichen Zusammenlebens, wie sie sich als Folge der Grausamkeiten des Krieges herauskristallisiert hat. Ihr habt ebenso gelitten wie andere Völker durch den Irrsinn und die Bösartigkeit jener, die alles ihrem Machthunger geopfert haben. Aber der Tag des Sieges der unterdrückten Massen ist uns nähergerückt als er je in der Geschichte des Befreiungskampfes der Menschheit gewesen. Die Dunkelheit geht der Morgenröte voran, und die Morgenröte des größten Triumphes der Menschheit wird kommen, wenn der Mensch lernt — und ich glaube, er ist dabei, es zu lernen — in allen Lebensaufgaben brüderlich zusammenzuarbeiten.

1922 war ich der Führer einer Delegation von Sozialisten, Gewerkschaftern und Genossenschaftlern, die Deutschland einen Freundschaftsbesuch abstatteten. Das war damals die erste Delegation britischer Arbeiter, die Deutschland nach dem ersten Weltkrieg besuchte. Wir nahmen teil an Friedensdemonstrationen, wir sangen Arbeiterlieder, wir marschierten in den Straßen von Hamburg, Berlin und Leipzig und legten Zeugnis ab für unsere Verbundenheit im Glauben und im Ziel. Laßt uns den Geist jener Tage erneuern, laßt uns nie vergessen die Irrtümer, die wir in den Jahren zwischen den Kriegen begangen haben, und wir wollen niemals wieder die Fahnen unseres sozialistischen Kreuzzuges im Stich lassen, wie schwer immer der Kampf auch sein mag.

Ich grüße Euch als Kampfgenossen für die größte aller menschlichen Ideen, im Auftrage der Sozialisten Großbritanniens, die heute mit Euch sind in Eurer großen Aufgabe.

Vorsitzender *Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Ihr Beifall beweist, wie stark der Genosse *Reeves* in seinen Ausführungen die Empfindungen getroffen hat, die uns gegenüber der größten Partei der Internationale, gegenüber der britischen Arbeiterpartei beseelen. Wir freuen uns, daß diese Rede ein Bekenntnis zur Solidarität, ein Bekenntnis zum gemeinsamen Handeln für unsere gemeinsame Sache war.

Genossen und Genossinnen! Auf unserem Parteitag ist auch vertreten die holländische Partei der Arbeit (Beifall) durch den Genossen *Thomassen*, Sekretär der Partei, und den Genossen *Willems*. Holland ist eines der Länder, die unter der deutschen Besatzung während des Hitlerkrieges schwer zu leiden gehabt haben. Es hat große materielle Opfer bringen müssen, und viele seiner Besten sind dem

Gestapoterror zum Opfer gefallen. Jetzt ist das Land wieder frei. Aber auch dieses Land trägt eine schwere Last. Es steht vor neuen und ernsten Aufgaben. Es hat Probleme zu lösen, die die Existenz des Landes berühren. Aber unsere Partei der Arbeit in Holland ist heute ein maßgebender Faktor in der Politik des Landes. Diese Partei der Arbeit hat sich nach dem Kriege auf einer breiteren Grundlage neu konstituiert. Sie hat den Versuch unternommen, durch eine Ausweitung ihrer Form und ihrer Ideen die Gedanken des demokratischen Sozialismus in breitere Schichten zu tragen. Dieser Versuch und seine Erfahrungen und Erfolge werden von Bedeutung für die ganze internationale sozialistische Arbeiterbewegung sein. Wir freuen uns, die holländischen Genossen heute in unserer Mitte begrüßen zu können. Sie sind hier als die offiziellen Vertreter ihrer Partei, und wir sehen aus dieser Anwesenheit den Willen der Partei, mit der Sozialdemokratie in Deutschland die alten freundschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen. Und jetzt möchte ich den Genossen *Thomassen* bitten, zu dem Parteitag zu sprechen. (Beifall.)

Willem Thomassen-Holland: Genossinnen und Genossen! Unter den holländischen Sozialisten leben genau dieselben Gefühle wie unter unseren englischen Genossen. Ich meine deshalb, daß es genügt, wenn ich mich nur kurz diesen allgemeinen Gefühlen, wie sie der Genosse *Reeves* hier ausgedrückt hat, anschließe. Ich muß aber zwei Dinge hinzufügen. Einiges materieller Art und dann einige allgemeine Bemerkungen, damit Sie wissen, welche Auffassung in Holland und in der holländischen sozialistischen Partei gegenüber der deutschen Partei, der SPD und dem deutschen Sozialismus, besteht.

Was die materiellen Dinge anlangt, so folgendes: 1933 wohnte in Berlin — Genosse *Stampfer* wird sich erinnern — der holländische Berichterstatter der holländischen sozialistischen Partei, unser Genosse *van Looi*. Als das Hitlerregime kam, hat ein deutscher Genosse, seinen Namen weiß ich nicht, die Fahnen der SPD und der SAJ zu der Familie des holländischen Berichterstatters gebracht. *Van Looi* hat — selbstverständlich — über Deutschland in der sozialistischen Presse geschrieben. Niemand wundert sich darüber, daß er hinausgeschmissen wurde. Was geschah nun mit diesen beiden Fahnen? Die Frau unseres Genossen *van Looi* hat die Fahnen eingewickelt in ein Kissen und hat im Zug auf diesem Kissen Platz genommen. An der Grenze ist sie ohne Schwierigkeiten durchgekommen. Dann kamen diese Fahnen in Amsterdam in irgendeinen Schrank. Der Genosse *van Looi* hatte die Ehre, am 14. Mai 1940 der erste holländische Sozialist zu sein, der die Gestapo zu Besuch empfing. Aber da waren die Fahnen schon weggebracht. Sie kamen zu einem holländischen Genossen der Jugendbewegung. Am 16. Mai gab es eine gewisse Panik in Amsterdam, und man hielt die Fahnen nicht für sicher bei diesem Genossen. Da kam ein junger Mann aus Zaandam, einem Vorort elf Kilometer von Amsterdam. Der hat die Fahne der SAJ auf sein Fahrrad gebunden und ist damit nach seinem Wohnort gefahren. Unterwegs hielt ihn ein deutscher Soldat an und fragte ihn, was in seinem Paket sei. Er befahlte auch das Paket und es war weich. Da es eine Waffenkontrolle war und Waffen hart sind, so konnte der weiche Inhalt keine Waffe sein, und so ließ man ihn unbehelligt gehen. Während der fünf Kriegsjahre hat diese Fahne in einem Schrank in der Kleinstadt Zaandam gelegen. Vor dieser jetzigen Tagung kam der Genosse, der in der illegalen Arbeit stets seine Pflicht getan hatte, zu mir und sagte: Du . . . Und den Rest können Sie sich denken. Und jetzt können Sie es sehen. (Redner entrollt die Fahne der SPD unter anhaltendem stürmischen Beifall.)

Es gab damals eine SAJ. Dieser Name bestätigt mir, daß Sie Wert darauf legen, diese Fahne wieder für die deutsche Jugendbewegung zu erhalten. (Redner übergibt unter lebhaftem Beifall dem Genossen *Lindstaedt* die Fahne der SAJ.)

Das war Punkt eins meiner Ausführungen.

Genossinnen und Genossen! Jetzt seien Sie vorsichtig. Es gibt ein Sprichwort bei uns in Holland, das sagt: Die unangenehmen Dinge kommen zum Schluß. (Heiterkeit.) Ich muß, wenn ich ehrlich sein will, noch etwas hinzufügen. Was ich

bisher gesagt habe, bitte ich als Versuch aufzufassen eines Beweises von Freundschaft. Aber ich muß hinzufügen, daß nicht nur in Holland im allgemeinen unter der Bevölkerung, sondern auch in unserer Partei, eine gewisse Beunruhigung herrscht. Man hört zwar nicht mehr täglich — und ich sage Gott sei Dank und das ist gut so —, daß zwischen Deutschland und Holland, zwischen Ihnen und uns, die schlimmen Kriegserfahrungen stehen. Wir wissen natürlich, was Rotterdam und die ganze Kriegszeit und was überhaupt für alle Länder um Deutschland herum dieser Krieg bedeutet hat, wir wissen aber auch, was die heutigen Umstände für Deutschland bedeuten. Aber man fürchtet in Holland, daß der deutsche Nationalismus noch lebt. Ich freue mich, wenn ich wieder zu Hause bin, sagen zu können, daß Sie diese Gefahr kennen. Ich erinnere mich ganz gut an das, was der Genosse *Ollenhauer* heute morgen gesagt hat, wie er über den Geist sprach, den Geist der Männer, die *Walter Rathenau* erschossen haben. Sie kennen diese Gefahr, und ich freue mich, daß ich das zuhause sagen kann. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Unser Vertreter in Zürich hat dem Genossen *Kurt Schumacher* eine Frage gestellt. Dazu war Gelegenheit, und verschiedene Ländervertreter haben diese Gelegenheit benützt. Wir haben uns auf einige Fragen beschränkt. Eine Frage möchte ich hier wiederholen, damit Sie unsere holländische Position besser kennenlernen. Wir haben gefragt: Warum hat man nicht 1945 oder 1946 versucht, das in Deutschland zu tun, was in Holland gelungen ist, eine neue Partei zu gründen? Warum haben wir diese Frage gestellt? Weil wir Sorge fühlen über die Zukunft des Sozialismus. Wir haben öfter den Eindruck, daß der moderne Sozialismus nur dann gelingen wird, wie es in England gelungen ist, zur Mehrheitspartei zu werden, wenn wir neue Quellen des Sozialismus finden können. Es gibt derartige neue Quellen. Wir haben in Holland eine neue Gruppe katholischer Genossen in unserer Partei. Der hier mit anwesende Genosse *Willems* ist Sekretär dieser Gruppe. Wir haben eine neue Gruppe calvinistischer Genossen in unserer Partei. Wir haben eine Partei gegründet, nicht nur auf der alten Grundlage der holländischen Sozialdemokratie, sondern eine neue sozialistische Partei, die einmal hoffen läßt, wie die Labour Party in England, die Mehrheit zu bekommen. Das kann nur gelingen, wenn wir uns bewußt sind, daß es sich beim Sozialismus nicht um Doktrinen, sondern um Menschen handelt. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ihre Zustimmung beweist, daß wir nicht nur die gleichen sozialistischen Ziele erstreben, sondern daß wir uns auch im Geiste einig sind, daß der Sozialismus die Kraft ist, die der Menschheit Frieden und Freiheit bringen kann. Und gemeinsam werden wir in der internationalen Gemeinschaft diese Arbeit vollbringen. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*, Hannover: Genossinnen und Genossen! Ich danke dem Genossen *Thomassen* für seine Rede und für seine Handlung. Daß wir heute auf diesem Parteitag zwei so wertvolle Symbole der Bewegung von vor 1933 durch die Haltung der holländischen Genossen zurück erhalten haben, ist für uns ein Hofes und dauerndes Erlebnis. Wir wollen dafür sorgen, daß im Geiste dieser solidanischen Handlung unsere Arbeit fortgesetzt wird.

Genossinnen und Genossen! Für die norwegische Arbeiterpartei ist der Genosse *John Sauness* in unserer Mitte. Ich begrüße ihn auf das herzlichste als Vertreter einer Partei (Beifall), die unter der Hitlerdiktatur in Norwegen eine hervorragende Rolle in der Widerstandsbewegung gespielt hat und die heute im Lande durch eine Arbeiterregierung versucht, Norwegen auf dem Boden sozialdemokratischer Vorstellungen aufzubauen. Wir freuen uns, daß die norwegische Arbeiterpartei für diesen Parteitag einen Vertreter entsandt hat, und ich bitte auch den Genossen *Sauness*, zu einer Begrüßungsansprache das Wort zu nehmen. (Beifall.)

John Sauness, Norwegen: Im Namen der norwegischen Arbeiterpartei begrüße ich mit Spannung und mit Hoffnung den Kongress der deutschen Sozialdemokratie. Sie allein kann die tragende und führende Kraft im Aufbau des neuen Deutschlands auf neuer sozialer, politischer und menschlicher Grundlage sein. Auf ihr ruht die

Verantwortung und die Aufgabe, das Vertrauen zu dem deutschen Volk dort wieder herzustellen, wo es durch unzählige Schandtaten, im Namen des deutschen Volkes begangen, zerrüttet wurde. Dieses neue Deutschland und dieses neue Vertrauen ist die Voraussetzung des friedlichen Zusammenlebens und der kollektiven Zusammenarbeit der europäischen Völker. Das ist in erster Reihe unsere gemeinsame Verantwortung. Eure Aufgabe wird die schwerste sein. Aber auch wir als Internationalisten, als Humanisten, als Demokraten und Sozialisten, auch wir, die wir uns nie durch Stacheldraht, durch geographische Grenzen oder durch nationalen Haß vom Volke trennen ließen, haben unsere Verantwortung. Die Ruinen, die wir in Deutschland sehen, kennen wir alle aus den anderen Ländern. Wir wissen heute, daß die Zerstörungen des Krieges noch viel größer waren, als sie sich aus den Ruinen erschen lassen. Wir wissen, daß der Wiederaufbau der Welt noch schwieriger ist und noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, als wir gedacht hatten. Wir wissen auch, daß in dieser kleinen Welt, in der wir heute leben, und besonders in unserem Europa kein Volk dauernden Wohlstand genießen kann, wenn andere Völker in Elend und Not leben. Wir wissen, daß es für kein Volk Sicherheit gibt, wenn jenseits der Grenzen die Not, die Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung vorhanden ist.

Ich bringe Euch die besten Grüße und besten Wünsche der norwegischen Arbeiterpartei und das Versprechen unserer sozialistischen Solidarität. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Erich Ollenhauer, Hannover: Genossinnen und Genossen! Die schwedische Sozialdemokratie ist durch die Genossen Björk und Wallin auf unserem Parteitag vertreten. (Beifall.) Mit der schwedischen Sozialdemokratie haben uns seit langem enge freundschaftliche Beziehungen verbunden. Vieles in der Arbeit der schwedischen Partei lag in der gleichen Richtung der Arbeit der deutschen Sozialdemokratie. Schweden ist heute das Land, das auf eine lange Periode maßgebender sozialdemokratischer Regierungspolitik zurückblicken kann. Großes hat die Partei dort geleistet gegenüber dem eigenen Volk, aber auch gegenüber dem Gedanken der europäischen und internationalen Solidarität. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich möchte diese erste Gelegenheit der offiziellen Teilnahme schwedischer Genossen hier benutzen, um im Namen der deutschen Sozialdemokratie der schwedischen Partei und überhaupt allen drei skandinavischen Parteien zu danken für die praktische Hilfe, die die deutsche Sozialdemokratie in der schwersten Zeit ihrer Geschichte in jedem skandinavischen Lande unter Führung der schwedischen Genossen gefunden hat. (Lebhafter Beifall.)

Viele Hunderte unserer Genossinnen und Genossen, die in der Zeit zwischen 1933 und 1945 aus politischen Gründen flüchten mußten, haben dort oben ein Asyl gefunden wie auch in anderen Ländern, in denen die sozialdemokratischen Parteien die Rechte der Demokratie sicherten.

In Skandinavien hat auch die illegale Arbeit in Deutschland einen aktiven und praktischen Förderer gefunden bis zu dem Augenblick, wo Dänemark und Norwegen das Opfer von Überfällen durch Hitlers Diktatur wurden. Wir danken den Genossen aus Skandinavien für diese Hilfe.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang ein persönliches Wort. Ich möchte vor allen Dingen dem Genossen Wallin, dem Kasslerer der schwedischen Partei, für seine große persönliche Initiative und Leistung auf diesem Gebiete nicht nur vor dem Kriege und während des Krieges, sondern auch jetzt nach dem Kriege herzlichst danken.

Es spricht jetzt zu uns der Genosse Björk als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Schwedens.

Kaj Björk, Schweden (mit Beifall empfangen): Im Namen der schwedischen Sozialdemokratischen Partei begrüße ich den zweiten Parteitag der SPD nach dem Kriege und nach der Befreiung von der Naziherrschaft. Wir freuen uns sehr, daß es uns wieder möglich ist, mit der deutschen Sozialdemokratie auf deutschem

Boden in Verbindung zu treten. Nach dem Siege des Nazismus kamen, wie Genosse *Ollenhauer* eben erzählte, viele deutsche Genossen nach Schweden, wo herzliche Beziehungen zwischen ihnen und der schwedischen Partei entstanden; Nach Kriegsende kehrten die meisten von ihnen nach Deutschland zurück, und sie leisten jetzt wertvolle Arbeit innerhalb der Wiedererstehung der Partei.

Es ist für uns von großem Nutzen, daß jene persönliche Verbindung zwischen den Arbeiterbewegungen in Deutschland und Schweden besteht. Die schwedische Sozialdemokratie ist sehr daran interessiert, daß die Demokratie und der Sozialismus in Deutschland neue Möglichkeiten bekommen. Wir sind darum der Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie Unterstützung von der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung haben muß. (Beifall.) Aber das ganze schwedische Volk ist auch daran interessiert, daß das deutsche Volk nicht verhungert. Die Hilfsarbeit für Deutschland, die bisher geleistet wurde, wird darum sicher in verschiedener Form fortgesetzt werden. (Beifall.)

Das Schicksal Schwedens war so ganz verschieden von dem Schicksal Deutschlands. Während Ihr Land jetzt in Ruinen liegt, leben wir in Schweden immer noch so gut wie vor dem Kriege. Trotzdem wissen wir, daß unser Schicksal in hohem Maße mit Deutschlands Schicksal zusammenhängt. Darum wünschen wir Euch Glück in Euren Bestrebungen, Deutschland materiell und geistig wieder aufzubauen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Ich danke dem Genossen *Björk* für seine Worte. Ich möchte jetzt als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks den Sekretär dieser Partei, den Genossen *H. C. Hansen*, begrüßen. Die dänische Sozialdemokratie ist hier durch den Genossen *H. C. Hansen* und den Genossen *Freder Nielsen* vertreten. (Beifall.) Das, was ich eben über Skandinavien und Schweden im besonderen gesagt habe, gilt alles auch für Dänemark, nur mit dem Unterschied, daß unsere dänischen Genossen in der Zeit der deutschen Besetzung einen harten Widerstandskampf um ihre Freiheit ringen mußten. *H. C. Hansen* war einer der führenden Repräsentanten der dänischen Widerstandsbewegung und einer der Männer, die in dem Augenblick, da Dänemark wieder eine freie Regierung hatte, in dieser Regierung eine maßgebende Rolle spielen. *H. C. Hansen* hat mit dieser Arbeit das Werk fortgesetzt, das er gemeinsam mit vielen deutschen Freunden in der sozialistischen Jugendbewegung begonnen hat in der Zeit, als er als Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale zu vielen sozialistischen Organisationen der Jugend in Europa in engstem Kontakt gestanden hat. Wir freuen uns, ihn heute in unserer Mitte als Vertreter der dänischen Sozialdemokratie zu sehen. (Beifall.)

H. C. Hansen, Dänemark: Genossinnen und Genossen! Ich freue mich, hier im Namen der dänischen Sozialdemokratie die besten Grüße Ihrem Kongreß übermitteln zu können. Es sind schon mehrere Jahre vergangen, seit wir uns mit den deutschen Freunden zuletzt getroffen haben. Es ist für uns ein Erlebnis gewesen, wieder nach Deutschland zu kommen und die neuen deutschen demokratischen Kräfte in der Sozialdemokratie treffen zu können. Ich komme aus einem Lande, das unter dem Joch der nazistischen Unterdrückung fünf Jahre lang gelebt hat.

Diese Zeit hat ihre Nachwirkung auch in der Beurteilung Deutschlands von heute. Aber es besteht doch in Dänemark die bestimmte Auffassung, daß es nicht nur unsere Pflicht ist, sondern daß es für den Wiederaufbau einer neuen friedlichen Welt auch notwendig ist, den demokratischen Kräften innerhalb Deutschlands, und hier besonders der deutschen Sozialdemokratie, Vertrauen entgegenzubringen. (Beifall.) Wenn die dänische Sozialdemokratie in Zürich als eine Selbstverständlichkeit für die Aufnahme der deutschen Sozialdemokratie in die neue internationale Gemeinschaft gestimmt hat (lebhafter Beifall), so ist damit unsere Stellung klar zum Ausdruck gekommen. Europa braucht Deutschland und Deutschland braucht Europa. (Beifall.)

Es ist schön, hier besonders die alten Genossen aus der Jugendzeit zu treffen. Hier sind drei Genossen, die die Parteien vertreten: *Erich*, jetzt einer der Vorsitzen-

den der deutschen Sozialdemokratie, *Willem Thomassen* aus Holland und ich. Wir drei haben in der Jugendzeit viele gemeinsame Voraussetzungen gehabt, und es ist doch ganz erfreulich, daß die alten Jugendkämpfer sich wieder in der Parteilarbeit der internationalen Gemeinschaft treffen. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe gesagt, daß die Besetzung unseres Landes selbstverständlich ihre Nachwirkung gehabt hat. Dänemark ist sozusagen von Natur aus ein gastfreundliches Land. Wir haben früher viele willkommene Gäste aus Deutschland bei uns gehabt, und wir waren froh darüber. Aber es paßt uns sehr schlecht, wenn die Gäste nicht abhauen, wenn wir das wünschen. (Heiterkeit.) Die Nazis haben sich vom ersten Augenblick an in Dänemark nicht als Gäste aufgeführt, sondern als die Herren. Das hat seine Nachwirkung gehabt. Diese ganze Zeit wird selbstverständlich nicht schnell vergessen. Aber über diesem Haß und diesen Rachegefühlen, die in einem ganz engen Kreis vielleicht geboren sind, lebt das Verständnis für eine neue Zusammenarbeit, die notwendig ist, um eine neue Welt zu schaffen. (Beifall.)

Ich möchte hier noch folgendes erwähnen. Es soll in diesem Jahr im Juli ein großes Jugendtreffen in Kopenhagen stattfinden. Das ist das erste Jugendtreffen nach 1939. Zu diesem Jugendtreffen hat die dänische sozialdemokratische Jugendorganisation eine Anzahl deutscher jugendlicher Sozialisten eingeladen. (Beifall.) Es ist für uns eine große Freude gewesen und es ist als ein Durchbruch gekennzeichnet, daß die dänischen Behörden jetzt zugelassen haben, daß 50 deutsche Jugendliche an diesem Treffen teilnehmen können. Das bedeutet die Wiederaufnahme der alten internationalen Verbindung der Jugend in der Form, wie wir es in den Jahren vor dem Kriege gehabt haben.

Ich bringe Euch mit diesen wenigen Worten die Grüße der dänischen Sozialdemokratie in der Hoffnung, daß wir gemeinsam arbeiten können und arbeiten wollen für eine neue Welt, eine Welt mit Frieden, eine Welt mit Demokratie, eine wirklich neue Welt der Menschlichkeit. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenbauer*: Genossinnen und Genossen! Die österreichische sozialistische Partei hat zu unserem Parteitag vier Genossinnen und Genossen entsandt, und zwar den Genossen *Franz Jonas*, den Genossen *Franz Beierle*, die Genossin *Gabriele Proft* und die Genossin *Rosa Jochmann*. Alle vier Delegierte sind Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei Österreichs. Alle vier stehen seit langer Zeit im Kampfe für die sozialdemokratische Bewegung. Sie haben unter allen Bedingungen gearbeitet und gekämpft, und einige von ihnen sind uns in der deutschen Bewegung aus der früheren engen Zusammenarbeit zwischen den österreichischen und den deutschen Sozialdemokraten gut bekannt. Wir hoffen, daß die Tatsache, daß die österreichische Partei heute mit einer so starken Delegation hier vertreten ist, der Beweis ist für die Wiederaufnahme der alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen der österreichischen und deutschen sozialistischen Bewegung. Für die österreichische Delegation spricht jetzt der Genosse *Franz Jonas*. (Beifall.)

Franz Jonas, Österreich: Genossinnen und Genossen! Der Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs hat mir die sehr ehrenvolle Aufgabe übertragen, Ihrem Parteitag die herzlichsten und brüderlichsten Grüße zu überbringen. (Beifall.) Ich brauche über das Verhältnis der österreichischen Partei und der deutschen Partei hier keine weiteren Worte zu verlieren. Ich möchte Sie nur kurz mit den Problemen bekannt machen, die unserer Partei nach dem Wiederaufleben im Jahre 1945 gestellt wurden und noch gestellt sind. Dabei will ich bemerken, daß die Probleme, soweit sie die Überwindung der wirtschaftlichen, der moralischen und materiellen Verhältnisse betreffen, die gleichen sind, die Sie auch hier in Deutschland so sehr beschäftigen. Unsere Partei hat in einer kurzen Anlaufzeit von zwei Jahren nach 1945 fast die gleiche Stärke, wie vor 1934. Unsere Partei zählt bereits wieder 540 000 Mitglieder. (Beifall.) Von dieser Mitgliederzahl sind 185 929 Frauen. (Beifall.) Die große Schar von 47 262 Vertrauensmännern und Mitarbeitern sind das starke Gerüst unserer Partei.

Nach dem Jahre 1945 ist unsere Partei stärker als jemals zuvor in die Schichten

der Landbevölkerung und des Mittelstandes eingedrungen, in die Randschichten, die die Arbeiterklasse umgeben.

Unsere Partei hat jetzt eine Presse von sieben Tagesorganen mit einer Auflagenzahl von 580 000 Exemplaren und vier Wochenorganen mit einer Auflagenzahl von 208 000 Exemplaren. Unser Zentralorgan, die „Arbeiterzeitung“, ist die stärkste österreichische Tageszeitung überhaupt und erscheint in einer Auflage von 310 000 Exemplaren, eine Zahl, die sie in der besten Zeit vor 1934 nicht erreicht hat.

Es ist uns auch gelungen, alle Nebenorganisationen der Partei, die früher das Leben der österreichischen Arbeiterbewegung so bunt und so reich und so vielfältig gemacht haben, wieder zu erstellen. Wir haben wieder wie früher die Sozialistische Jugendorganisation, die Kinderfreunde, die Sportorganisationen, die Kulturorganisationen, die Organisationen der Sozialistischen Akademiker, der Juristen, Ärzte, Techniker, Künstler. Wir haben stärker als vor 1934 eine Organisation der Kleinbauern, die den Gedanken der sozialistischen Bewegung bis in die kleinen Bauerndörfer und Alpendörfer hineingetragen haben. Wir haben daneben eine Organisation der selbständig Wirtschaftenden, der Gewerbe- und der Handelskreise, die den bürgerlichen konservativen Wirtschaftskreisen unseres Landes die schärfste Konkurrenz und den härtesten Kampf angesagt hat.

Genossinnen und Genossen! Wenn ich hier, wie ich meine, einen stolzen Bericht über unsere so schwierige Arbeit bringe, so will ich nun auch kurz über die Schwierigkeiten berichten, die uns so schwer zu schaffen machten. In Deutschland haben Sie nur einen Faschismus zu liquidieren. Wir müssen in Österreich zwei Faschismen liquidieren. Wir haben von 1934 bis 1938 den Austrofaschismus der Heimwehrbewegung zu liquidieren. Diese Kreise haben es vermocht, durch die Gunst der Verhältnisse im Jahre 1945 auf den Hintertreppen wieder in die österreichische Innenpolitik einzutreten. Diese Kreise können heute, unterstützt und gefördert manchmal durch die Besatzungsmächte, für sich den Titel in Anspruch nehmen, daß sie im Jahre 1938, als Hitler Österreich überfiel, zu politischen Märtyrern geworden sind. Als politische Märtyrer sind sie im Jahre 1945 wieder aufgetaucht und haben so wieder Eingang gefunden in die österreichische Innenpolitik. Diesen Faschismus zu bekämpfen ist schwer; denn der Nazifaschismus ist offenkundig, er ist bekannt, er ist sichtbar, während dieser Heimwehrafaschismus ein schiechendes Übel in der österreichischen Politik war und auch jetzt noch ist.

Die Probleme des Wiederaufbaus sind die gleichen wie bei Euch. Auch wir finden keinen anderen Weg, um aus der Not dieser Zeit und den Trümmern zweier Weltkriege herauszufinden, als die Produktionskräfte und Naturschätze unseres Landes in das Eigentumsrecht des Volkes zu überführen. Die Probleme der Verstaatlichung spielen bei uns in der Innenpolitik, in der Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle. In diesem Ringen hat sich unsere Partei an die Spitze gestellt und hat es in einem zähen Kampfe im Parlament zu erreichen vermocht, daß bereits durch Gesetz eine Liste von mehr als 80 Schlüsselbetrieben der österreichischen Wirtschaft in den staatlichen Besitz überführt wurde.

Diese großen Erfolge ermutigen uns und geben uns auch die Gewähr, daß wir die in Kürze zur Debatte stehende Verstaatlichung der Industriewirtschaft zu einem guten und erfolgreichen Abschluß bringen können.

Genossinnen und Genossen! Im Augenblick ist das österreichische Volk von einer schweren Sorge bedrückt. Die alliierten Mächte haben unserem Lande in mehreren feierlichen internationalen Deklarationen die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit versprochen und garantiert. Das österreichische Volk ist der Meinung, daß zu diesem Versprechen auch die Garantie der Lebensfähigkeit unseres Landes gehört. Und um diese Lebensfähigkeit Österreichs ringt jetzt das österreichische Volk. Es ringt mit den großen Mächten der Welt um den Abschluß des Staatsvertrages. Im Ringen um diesen Staatsvertrag steht die österreichische Sozialistische Partei an der Spitze des ganzen Volkes. Im Ringen um diesen Staatsvertrag hat sich unsere Partei manche Freundschaft der Besatzungsmächte bereits verschert. Aber sie hat sich dafür die Freundschaft und das Zutrauen des ganzen österreichischen Volkes erworben (Beifall), und zwar in einem Ausmaß, daß

wir die sichere und begründete Hoffnung haben, daß, wenn nach dem Abschluß des Staatsvertrages das österreichische Volk in einer freien Wahl seine neue freie Regierung wählen soll, dann die Sozialistische Partei die Mehrheit der Stimmen des österreichischen Volkes bekommen wird. (Beifall.)

Nun, Genossinnen und Genossen, gestalten Sie mir auch einige Worte als Vertreter der Wiener Sozialistischen Partei. Da muß ich aus dem Herzen sprechen. Die Wiener Sozialisten können aus ihrer Geschichte vor 1934 sich einige große Veranstaltungen nicht wegdenken. Wenn man irgendwo mit Genossen anderer Länder zusammenkommt, so hat man immer wieder Erinnerungen an rauschende proletarische Feste in Wien, an das internationale Jugendtreffen, an die große Arbeitersport-Internationale in Wien. (Beifall). Es wird unser Stolz und unsere Freude sein, wenn wir hoffentlich in kurzer Zeit die Arbeiter, die Proletarier Europas wieder zu ähnlichen rauschenden Festtagen nach Wien einladen können, in ein Wien, das jetzt schon wieder rot ist (Beifall) und das noch mehr als früher sich die Aufgabe gesetzt hat, dem internationalen Sozialismus gute und vorbildliche Arbeit zu leisten.

Nun, Genossinnen und Genossen, darf ich, weil wir Sozialisten offen zu allen Problemen Stellung nehmen, auch zu einer Frage sprechen, die jetzt in der internationalen Politik sozusagen die Gretchenfrage ist. Die Weltmächte horchen eifrigst auf jedes Wort, das zwischen Deutschen und Österreichern gesprochen wird. Sie wissen, warum. Ich glaube, wir können die große Welt über dieses Problem sehr gut beruhigen; denn das österreichische Volk und erst recht die Sozialistische Partei Österreichs haben aus den bösen Erfahrungen der Vergangenheit, nicht nur nach 1934, sondern auch schon früher, den einzig möglichen Schluß gezogen. Österreich liegt an einem neuralgischen Punkt der europäischen Politik, ja, man kann ruhig sagen, der Weltpolitik. Aus dieser Situation heraus bleibt Österreich kein anderer Ausweg übrig, als nach allen Seiten seine Unabhängigkeit zu betonen und nach allen Seiten diese Unabhängigkeit zu verteidigen. Diese Notwendigkeit der Unabhängigkeit ist für uns so selbstverständlich, daß wir darüber auch ruhig im Kreise unserer deutschen Freunde, unserer deutschen Genossen sprechen dürfen.

Damit verbunden ist eine andere Frage, die auf Ihrem Parteitag eine entscheidende Rolle spielen wird. Die entscheidende Frage, die Sie hier beschäftigen wird, ist die Frage, welchen Beitrag der deutsche Sozialismus, die deutsche Demokratie zum Wiederaufbau Europas, zum Wiederaufbau des internationalen Sozialismus, leisten wird. Da gestatten Sie mir, einige Worte zu sagen. Es ist für uns auch als Österreicher eine Sache der politischen Klugheit, daß wir die deutsche Kraft unterstützen, von der wir die Gewähr haben, daß sie die einzige ist, die die Demokratie und den Sozialismus in dieser Lage zur Verwirklichung bringen wird. (Beifall.) Aus diesem Gesichtspunkt allein war es auf der internationalen Konferenz in Zürich der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Dr. Schürff, der als erster dafür eingetreten ist, daß die deutsche Sozialdemokratische Partei wieder zu den internationalen Konferenzen der sozialdemokratischen Parteien zugelassen wird. (Beifall.) Soweit ist das eine Sache der politischen Klugheit, denn wir Österreicher wissen sehr genau, daß die österreichische Demokratie zugrunde gegangen ist, weil die deutsche Demokratie zugrunde gegangen ist. (Beifall.) Aber, Genossen, darüber hinaus muß ich sagen, wenn österreichische Sozialisten irgendwo in der Welt eine hungernde und darbende, eine ringende und kämpfende demokratische, sozialistische Partei sehen, dann ist es für sie eine Herzensangelegenheit, für diese Partei einzutreten und ihr zu sagen, daß die Österreicher dieser Partei, ganz gleich, wo sie lebt und wirkt und kämpft, die alte proletarische, sozialistische Solidarität wahren wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenauer*: Genossinnen und Genossen! Jetzt können wir einen alten Freund und Genossen aus der Sozialistischen Arbeiterinternationale begrüßen, den Genossen *Buchinger*, der als Vertreter der ungarischen Sozialdemokratischen Partei hier anwesend ist. Ich bitte den Genossen *Buchinger*, da Wort zu nehmen.

Emanuel Buchinger, Ungarn (mit Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen zunächst die allerherzlichsten Grüße der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei überbringe. Wenn ich hier ein Wort über mein Land sagen soll, dann deshalb, weil Ungarn in diesen Tagen etwas im Mittelpunkt eines — ich will sagen — unerwünschten Interesses steht. Das ist begreiflich. Es ist keine alltägliche Sache, daß ein Ministerpräsident eines Landes flüchtet und daß eine Anzahl von Diplomaten des Landes ebenfalls das Weite suchen. Ich muß Ihnen aber sagen, Genossen, daß wir diesen Herrschaften keine Tränen nachweinen. Der gewesene Ministerpräsident war wirklich ein ganz unsicherer Kantonist für das neue Ungarn, welches für die demokratische Umgestaltung lebt und arbeitet. Und die Diplomaten, die das Weite gesucht haben, gehören durchweg zu der Garnitur des untragbaren Horthy'schen Regimes. Ich muß Euch, Genossen, um Verständnis für unsere außerordentlich schwierige Situation bitten.

Wir sollen in Ungarn eine Demokratie aufrichten und verteidigen. Es kann sich aber dabei zunächst nicht um eine Demokratie handeln, etwa nach dem Vorbilde einer vielhundertjährigen englischen Demokratie. Ein einziges Beispiel, verehrte Genossen, wird Sie davon überzeugen. Wenn, gesetzt den Fall, in England, statt der Labour-Regierung, statt des Attlee, sagen wir, vielleicht ein Churchill wiederkommt, dann bedeutet dies schlimmstenfalls eine Änderung in dem Tempo der Sozialisierung im britischen Weltreich. Wenn aber bei uns wieder die alten Herrschaften aufkommen sollten, dann bedeutet dies, daß in dem berüchtigten ungarischen Bakony-Wald nicht genug Bäume da wären, um alle ehrlichen Revolutionäre, Demokraten und sozialistischen Arbeiter aufzuhängen. Das würde bedeuten, daß wieder drei Millionen landloser Bauern als Pächter im Lande umherirren müssen. Das würde bedeuten, daß von den 15 Millionen ha des ungarischen Grund und Bodens wieder fünf Millionen der Kirche, dem Klerus, und weitere fünf Millionen den Kapitalisten und Großgrundbesitzern gehören würden. Das würde bedeuten, daß die industriellen Proletarier Ungarns wieder für einen Lohn von unter 10 Mark sich schinden lassen müßten. Das würde bedeuten, daß die sozialisierten Bergwerke und die Schlüsselindustrien des Landes wieder an die alten Kapitalisten, an die alten Schwerindustriellen fallen würden. Genossen, Sie müssen begreifen, unser Land ist leider durch ein 25jähriges konterrevolutionäres Regime und einen Faschismus verpestet. Das Land ist stockreaktionär gewesen, und zum Teil ist es dies noch durch die vielhundertjährige Unterdrückung durch die Habsburger und andere Reaktionen.

So ist die Situation, und ich muß sagen, Genossen, ich würde mich schwer veründigen gegen die Wahrheit, wenn ich hier nicht feststellen wollte, daß heute die russische Rote Armee einen Schutz bietet bis zur Entnazifizierung und bis zur Bannung der konterrevolutionären Gefahr. Soweit unsere Lage!

Was nun Sie betrifft, Genossen, bin ich tief erschüttert, daß ich schon beim Anblick der einst so schönen Stadt Nürnberg sehen und erfahren mußte, daß der Krieg wirklich das war, was wir immer befürchtet haben. Ich war 14 Monate in Mauthausen. Ich habe meine damaligen Erlebnisse niedergeschrieben. Der erste Satz meiner Schrift lautet: Ich trage dem deutschen Volke keinen Haß nach. (Beifall.) Ich kann hier nur sagen, daß ich mich beuge vor der furchtbaren Not, die ich hier in Deutschland gesehen habe. Ich glaube aber an die deutsche Arbeiterklasse, ich glaube an diese sozialistische Arbeiterschaft Deutschlands, weil ich hier in Deutschland schon viele Parteitage gesehen und an ihnen teilgenommen habe. Ich habe an Parteitagen teilgenommen, wo ich die atemräubenden Reden eines August Bebel, Kautsky, Liebknecht und anderer Ihrer größten Männer mit anhören durfte. Ich glaube daran, daß die deutsche Arbeiterklasse wieder hochkommen wird. Ich sehe ein gutes Zeichen und eine Hoffnung für Sie darin, daß Hitler und seine Bestien nicht nur gemordet haben, sondern daß Hitler gegen seinen Willen die historische Mission gehabt hat, seine eigene Klasse und seine politischen Auftraggeber zu entmachten. (Beifall.) Deshalb sehe ich die Dinge so, daß die Zukunftsziele des deutschen Volkes nicht mehr von den Kapitalisten und von den Schwerindustriellen bestimmt werden. Das bedeutet auch, daß moralisch der Sieg der

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft gehört, und das bedeutet zugleich die sozialistische Internationale und den Frieden der Welt. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Für die sozialdemokratische Federation Amerikas ist der Genosse *Leon Dennen* auf unserem Parteitag. Ich möchte ihn bitten, ebenfalls zu einigen Begrüßungsworten das Wort zu nehmen. (Beifall.)

Leon Dennen, Amerika, sprach einige englische Begrüßungsworte, die dem Sinne nach lauten:

Ich bringe die Grüße der Sozialdemokratischen Federation Amerikas und aller fortschrittlichen Kräfte, die von der Anständigkeit und Brüderlichkeit das Heil in der Welt erwarten. Ich erinnere mich eines Deutschen, den ich in Amerika kennengelernt habe und der während seiner ganzen Anwesenheit in Amerika keine Zeit gespart hat, sich für die Interessen der Deutschen einzusetzen, ich meine den Genossen *Stamper*. Zum Schluß übermittele ich die Grüße der fortschrittlichen Kräfte Amerikas der Sozialdemokratischen Partei. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Als letztem Redner in der Reihe unserer ausländischen Gäste möchte ich jetzt meinem alten Freunde, dem Genossen *Salomon Grumbach*, Paris, das Wort geben. (Beifall.) Der Genosse *Grumbach* ist in unserer Mitte als Vertreter der französischen Sozialistischen Partei und als Mitglied der Internationalen Kontaktkommission. Der Genosse *Grumbach* ist einer der europäischen Sozialisten, die in ihrem eigenen Leben und in ihrer eigenen praktischen Arbeit die Geschichte des internationalen, vor allen Dingen des europäischen Sozialismus der letzten 40 Jahre verkörpern. Er hat während des Krieges, unter der Besetzung und nach dem Kriege im alten Geiste die Arbeit internationaler Verständigung fortgeführt und wieder aufgenommen. Unter seiner Führung hat die französische Partei den Kontakt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gesucht. Die französische Partei hat mit anderen sozialdemokratischen Parteien in Zürich für die sofortige Aufnahme der deutschen Sozialdemokratie gestimmt. *Grumbach* war der Wortführer dieser Auffassung, und wir freuen uns, die Möglichkeit zu haben, ihm jetzt dafür zu danken und ihn als unseren Gast in unserer Mitte begrüßen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Salomon Grumbach, Frankreich (mit starkem Beifall empfangen). Nach einigen einleitenden Sätzen in französischer Sprache führte er auf Deutsch folgendes aus: Werte Genossen! Ich stehe hier in einer doppelten Eigenschaft, als Vertreter des Parteivorstandes der französischen Sozialistischen Partei, der französischen Sektion der Sozialistischen Internationale und als Mitglied der Neuerkommission, die auf der jüngsten internationalen Konferenz in Zürich ernannt wurde, um sich mit der deutschen Sozialdemokratie zur Wiederaufnahme ständiger und organischer Beziehungen in Verbindung zu setzen, die durch die unselige Zertrümmerung der menschlichen Zivilisation unterbrochen und jahrelang nicht möglich waren. Es ist für einen französischen Sozialisten, der mit der deutschen Sozialdemokratie seit Jahrzehnten enge Beziehungen hatte, wie ich, für einen Mann, der nicht nur eine Jugendzeit hinter sich hat, sondern schon zwei und drei, eine erschütternde Sache, Menschen um sich zu sehen, von denen er weiß, daß sie heute hier zum ersten Male seit 14 Jahren, aus dem Exil zurückgekommen, wieder mit ihren sozialdemokratischen Brüdern in Deutschland zusammen sind.

Ich meine *Stamper*, *Max Cohen-Reuss*, *Wilhelm Dittmann*, *Wagner*, die aus Amerika zurückkamen, und so viele andere, die ich im Laufe der Emigrationszeit von 1933 bis zum Ausbruch des Krieges danach bei uns in Frankreich, ehe ich selbst ins Gefängnis wanderte, noch sah, und die alle möglichen Winkel suchten, um die Katastrophe zu überstehen und nachher den Kampf wieder aufzunehmen.

Es ist erschütternd für mich, vor Generationen zu stehen, die ich nicht kenne, von denen ich aber weiß, daß sie sich alle klar sind über die Tragweite dessen, was hinter uns liegt.

Bei dieser ersten Zusammenkunft zwischen den Vertretern der französischen Sozialistischen Partei und der internationalen Sozialistischen Organisation auf einem Deutschen Sozialdemokratischen Parteitag wollen wir uns nicht damit begnügen, uns nur das zu wünschen, was selbstverständlich ist: Gelingen, Erfolg bei unseren Verhandlungen und Glück bei unseren Bestrebungen, wieder Frieden herzustellen, sondern wir wollen uns auch sagen, daß es gegenwärtig noch maßlose Hindernisse zu überwinden gilt, ehe dem internationalen Sozialismus wieder eine Aktionsebene geschaffen werden kann. Ich beglückwünsche uns selber, daß wir, die Verantwortlichen von vielen Ländern, es auf uns genommen haben, nicht sofort nach dem Kriege uns mit dem stolzen Titel „Internationale“ zu brüsten, sondern daß wir uns bisher damit begnügt haben, von internationalen sozialistischen Konferenzen zu sprechen. Nichts wäre gefährlicher, als wenn wir uns in irgendeinem Lande täuschen wollten über die Tiefe der Zerstörungen sowohl auf materiellem wie auf geistigem Gebiet, bis in den Sozialismus hinein, die das Hitlerverbrechen und der fünfjährige Krieg mit sich gebracht haben. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn wir uns das Leben und die gemeinsame Aktion dadurch leicht zu machen glaubten, daß wir die Augen verschließen vor dem, was ist. Wenn ich von Zerstörungen spreche, dann denke ich nicht nur an die grauenhaften Bilder, die sich hier in ganz Deutschland bieten und für die Nürnberg ein besonderes Beispiel ist, dieses alte Kleinod, dieses Monument dessen, was menschliche Kunst und Kultur in vergangenen Jahrhunderten zu schaffen wußten, ich denke noch tiefer, an die moralischen Zerstörungen in der Welt, an das, was das Hitlerverbrechen auch dem Teil des deutschen Volkes auferlegt hat, das keine Schuld am Hitlerverbrechen hatte. Ich denke daran, daß es, auch was die deutsche Sozialdemokratie betrifft, jetzt gilt, in der Welt Wände und Mißtrauen zu überwinden, weil in der Welt die Erinnerungen zweier Kriege nicht ausgelöscht sind, weil in der Welt niemand vergessen hat, daß es im Jahre 1933 sieben Millionen Sozialdemokraten und sechs Millionen Kommunisten in Deutschland gegeben hat und daß diese gewaltige Masse von Organisierten die Machtergreifung von Hitler nicht zu verhindern vermochte. Deshalb, Kameraden, sage ich oft: Nicht die Ziffern Eurer Organisation werden in der Welt das Vertrauen wiederschaffen, nicht der Wiederaufbau dessen, was nun beste deutsche sozialdemokratische Tradition ist, das Muster zu sein auf dem Gebiete der Organisation — hier darf ich vielleicht eine Klammer eröffnen: Ich hoffe, daß diese Eigenschaften dieselben geblieben sind und daß mindestens auf diesem Gebiet Hitler nichts zu zerstören vermochte. Aber als ich gestern in Nürnberg ankam, erfuhr ich, daß ich sprechen sollte. Man hatte nur vergessen, es uns wissen zu lassen. Ich mache diese Bemerkung und schließe die Klammer, weil ich die Gelegenheit benutzen wollte, jedem Mißverständnis entgegenzutreten. Wenn *Grumbach* gestern abend in Nürnberg nicht gesprochen hat, so deshalb, weil ihn niemand eingeladen hat, wenigstens rechtzeitig, und nach der Versammlung war es zu spät. — Nein! Die Welt, die sozialistischen Parteien aller Länder erwarten etwas anderes, als nur starke Organisationen. Sie erwarten die Erfüllung einer ungeheuren Mission durch die deutsche Sozialdemokratie. Sie erwarten, daß die deutsche Sozialdemokratische Partei diejenige Auffassung über Demokratie und der Gesellschaftsordnung des Wesens des Einzelmenschen und der Würde des Einzelindividuum hat, die der Sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit gibt, Deutschland das neue Gesicht aufzutragen, welches nach den Zerstörungen durch das Hitlerverbrechen ihm gegeben werden muß. Viele Sozialisten mochten sich verletzt gefühlt haben, als sie jüngst nach der Züricher Internationalen Konferenz erfuhren, daß die deutsche Sozialdemokratische Partei nicht ohne weiteres in diese internationale Organisation aufgenommen wurde. Aber ich möchte dazu hier einiges sagen in Abwesenheit meines Freundes *de Brouckère*, der noch nicht angekommen ist, weil in der Weltpresse viel Falsches darüber geschrieben wurde. Sogar Sozialisten haben darüber Falsches geschrieben. Man hat davon gesprochen, daß *Dr. Schumacher* — er ist nun einmal das große und sprechende Aushängeschild — eine Niederlage erlitten habe und mit ihm die Sozialdemokratie. Das ist nicht wahr. Sie werden verstehen, daß nach all dem maßlosen Unglück, das die Völker in den

letzten fünf Jahren erlitten haben — ich meine 1939—1945 — in Frankreich, in Polen, in der Tschechei, in Norwegen und Belgien —, es haben heute mit Ausnahme Schwedens nur Opfer des Hitlerkrieges gesprochen —, in den einzelnen Ländern nicht so tiefer Haß, sondern Mißtrauen zurückgeblieben ist, daß das Gleichgewicht in der Beurteilung der gegenwärtigen Tatsachen noch nicht hergestellt werden konnte. Sie müssen Verständnis zeigen für die Haltung der anderen, genau wie die anderen Verständnis zeigen für das, was sie tun und für das, was sie gelitten haben.

Ich habe sofort, als ich am Tage nach dem Schluß der Konferenz feststellte, daß ganz falsche Interpretationen über die auf der Züricher Konferenz gefaßten Beschlüsse verbreitet wurden, in der schweizerischen sozialdemokratischen Presse eine Erklärung abgegeben, von der ich ein Exemplar habe, aus dem ich Ihnen diese wichtige Sache wörtlich verlesen will, und dann wissen Sie, welche Bedeutung der Beschluß von Zürich hat. Der erste Teil der Erklärung betrifft die allgemeine Situation. Am Schluß heißt es dann:

„Nun lese ich in vielen Blättern, der Chef der deutschen Delegation, Genosse Dr. Kurt Schumacher, habe auf unserer Konferenz eine 'Niederlage' erlitten. So ernste Dinge in so oberflächlich unwissender oder bewußt fälschender Weise zu behandeln, ist ein recht schlechtes Zeichen für die Verfasser derartiger Artikel oder Titel. Weder Genosse Dr. Schumacher noch die deutsche Sozialdemokratische Partei hat irgendeine Niederlage erlitten. Zwar ist die nach unseren Bestimmungen erforderlich gewesene Zweidrittelmehrheit für die sofortige Teilnahme an der jetzigen Züricher Konferenz auf Grund des Fehlens von einer oder zwei Stimmen nicht erreicht worden. Aber mit 17 Stimmen, bei nur zwei Enthaltungen und ohne eine einzige Stimme dagegen, hat die Konferenz beschlossen, sofort eine neunköpfige Spezialkommission einzusetzen, in der England, Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Polen, Österreich, die Tschechoslowakei und die Schweiz vertreten sind und zu der wichtige Führer der verschiedenen Parteien gehören. Und zwar hat diese Kommission das Mandat erhalten, sich mit der deutschen Sozialdemokratie ohne jede Verzögerung in Verbindung zu setzen. Die Kommission hat Wert darauf gelegt, unmittelbar nach der Schlußsitzung der Konferenz eine gemeinsame Sitzung mit der von Schumacher geführten deutschen sozialdemokratischen Delegation abzuhalten, um die kommenden Arbeiten zu besprechen. Die Kommission hat auch schon einen wichtigen Beschluß gefaßt: die Leitung der deutschen Sozialdemokratischen Partei hat an die verschiedenen sozialistischen Parteien jüngst eine Einladung geschickt zur Entsendung von Delegierten an den Parteitag der SPD, der vom 29. Juni bis 2. Juli in Nürnberg stattfinden wird. Die von der Konferenz eingesetzte Kommission hat nun beschlossen, sich in corpore auf den Parteitag zu begeben, so daß zum ersten Male seit 15 Jahren ein organischer Kontakt zwischen dem internationalen Sozialismus und der jetzt wieder in Auferstehung begriffenen deutschen Sozialdemokratischen Partei hergestellt werden wird. Was in dieser Tatsache zum Ausdruck kommt, das ist der Wille der sozialistischen Parteien der ganzen Welt, die Aktion der Sozialdemokratie zugunsten einer wirklichen Demokratisierung Deutschlands, die eine der wesentlichsten Vorbedingungen bildet für die Wiederherstellung eines politischen und moralischen Gleichgewichts in Europa, zu unterstützen, und auch unser Vertrauen zum Ausdruck zu bringen, daß sie sich ihrer hohen und schweren Mission bewußt ist. Mögen also diejenigen, die von einer 'Niederlage' Schumachers reden, sich damit abfinden, daß die internationale sozialistische Bewegung stets tun wird, was sie im Interesse der Arbeiterklasse der Welt und des Gesamtfriedens für alle Völker für richtig hält.“

Und nun heißt es, die Aktion von morgen ins Auge zu fassen. Die ganze Welt, und nicht nur die Arbeiterwelt, stellt die Frage: „Was soll aus Deutschland werden?“ Welches wird die Situation der deutschen SPD sein? Von wirklicher Freiheit wird keine Rede sein, solange die nun durch den Hitlerkrieg unvermeidlich gewordene militärische Besetzung Deutschlands weitergehen wird. Und diese Besetzung — darüber können wir uns keine Illusion machen — ist keine Sache, die von einem auf das andere Jahr aufhört. Nichts wäre uns selbst gegenüber verantwortungsloser, als über die Tatsachen hinwegzusehen. Wenn wir aus den Enttäuschungen der ver-

gangenen Jahrzehnte, wenn wir aus den jahrzehntelangen Kämpfen eine Lektion schöpfen wollen und wenn wir unser Vertrauen in die Zukunft aufrechterhalten sollen, so ist das die Lektion, die Dinge zu sehen, wie sie sind, ohne dabei den Willen zu verlieren, sie umzugestalten. Für die Demokratie ist die Besetzung eine sehr schlechte Schule. (Sehr richtig!) Sie stehen vor dem scheinbar unlösbaren Problem, demokratische Grundsätze unter der militärischen Besetzung zu verwirklichen. Es wird die Aufgabe der sozialistischen Parteien derjenigen Länder sein, die diese militärischen Besetzungen durchführen, dafür zu sorgen, daß diese militärischen Besetzungen und die damit verbundenen Notwendigkeiten keine unüberwindbaren Hindernisse für die Demokratie werden. Oh, ich kenne Ihre Sorgen. Wir wissen, daß heute das deutsche Volk, wir wissen, daß auch die politischen Parteien, die SPD in allererster Linie, überlastet sind mit Sorgen um das Unmittelbare, mit Sorgen um das tägliche Leben. Ich kann Ihnen nur sagen: ich kenne diese Sorgen. Dieselben Sorgen lasten aber auch auf den Völkern, die den Sieg davongetragen haben. Hätten Sie mit mir vor ein paar Tagen in Paris bei 50 Grad Hitze die Schlangen vor den Bäckerläden und vor den leeren Fleischerläden gesehen, würden Sie mir zustimmen. In diesem herrlichen, unverletzten Paris dieselben Nahrungssorgen! Zweihundert Gramm Brot haben die Franzosen. Mais haben sie im Brot, Mais haben die Franzosen im Brot. Das ist eben der Fluch der bösen Tat, der auf Ihnen, der auf uns lastet. Die Regierungskrisen, die bei uns aufeinander folgten, die stauenden Streikbewegungen, der Kampf, um der Arbeiterklasse das Minimum an Lebensmöglichkeiten zu gewähren, die Unsicherheit in ganz Europa, die Zerstörungen der ganzen Welt, all das ist ist das Resultat des Verbrechens, das von hier ausging. Und es ist für uns andere kein Trost, zu wissen, daß Deutschland heute maßlos bestraft ist, weil es in Trümmern liegt; es ist für die Arbeiterklasse der anderen Länder kein Trost, zu wissen, daß die Arbeiterklasse in Deutschland leidet, weil Hitler imstande war, elf Jahre lang ihr seine Diktatur aufzuzwingen und das ganze deutsche Volk hineinzureißen in ein so maßloses Unglück, in den sinnlosesten Selbstmord, den je ein Volk begangen hat.

Für uns ist es kein Trost, zu wissen, daß gegenwärtig in allen Zonen Schwierigkeiten bestehen. Aber wir wollen nicht vergessen und vergessen es nicht, daß die Quelle all dieses dort liegt, wo der Krieg durch das Hitlerregime Auswüchse gebracht hat. Ich habe oft Angst, daß das Wort Demokratie benützt wird, ohne daß man sich über seinen Inhalt im klaren ist. Ich habe Angst, daß es als Aushängeschild dient für Dinge, von denen man nicht genau weiß, welchen Inhalt sie in sich tragen. Demokratie erfordert wirkliche Freiheit des Geistes, Freiheit des Handels. Sie kennen sie noch nicht. Demokratie erfordert die Selbstbestimmung in den inneren Einrichtungen. Da benütze ich die Gelegenheit, um Ihnen zu sagen, sofern das Deutschland von morgen nur konstitutionelle Einrichtungen hätte, die Ihnen etwa im Namen der Demokratie von den Besetzungsmächten aufgezwungen würden, würde ich darin keinerlei Zukunftswert finden. Nur das, was das deutsche Volk, wenn möglich unter der Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sich freiwillig aus innerster Erkenntnis der Notwendigkeit der Demokratie gegeben haben wird, wird von Bestand sein. (Lebhafter Beifall.) Nur diejenige Staatsform, die dem wirklichen Willen entsprechen wird, und die nicht angenommen worden wäre, um in der Übergangszeit den Besetzungsmächten Freude zu machen oder weniger Schwierigkeiten zu haben, stellt jene Selbstbefreiung des gesamten deutschen Geistes dar, was Hitler an Ungeist über Sie gebracht hat. Nur Ihre eigene Selbstwiederaufrichtung in Ihren Schulen, Ihren Universitäten, Ihren Länderregierungen und Parlamenten und Ihren lokalen Einrichtungen wird auf die Dauer das Vertrauen der Welt erwecken können. Und deshalb sage ich auch: ein Deutschland, das auf streng föderalistischer Grundlage aufgebaut wäre, das aber nicht entnazifiziert und nicht wirklich in seinem Geiste demokratisiert wäre, würde eine Gefahr bedeuten. Und ein Deutschland, das selbst einheitlich wäre, das aber wirklich demokratische Einrichtungen hätte, würde den Frieden Europas gewährleisten können. (Lebhafter Beifall.) Diesen Standpunkt hat die französische sozialistische Partei am Tage nach dem ersten Kongreß im November 1945 zum Ausdruck gebracht. Ich hatte damals

die Ehre, im Namen der französischen sozialistischen Partei zu erklären: die französische Partei wird weder in der politischen noch in der territorialen Zerstückelung Deutschlands die Lösung des Friedensproblems von morgen sehen. —

Wir wissen, wie tief der Ozean des Mißtrauens ist, das gegenwärtig das deutsche Volk umgibt. Wir wissen auch, wie notwendig es ist, daß das deutsche Volk wieder an die gemeinsamen Menschheitsaufgaben gesetzt wird. Wir wissen, daß es notwendig ist, daß das deutsche Volk einen Zutritt am Tisch der Menschheit erhält, diesem deutschen Volk jene Produktion zu gestatten, die es ihm ermöglichen wird, genügend zu produzieren, die es ihm ermöglichen wird, so viel zu verkaufen und auszuführen, um das bezahlen zu können, was es an Waren einführen muß, was es zum Leben und auch zum Produzieren braucht, um seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Der deutsche sozialdemokratische Parteivorstand hat im Jahre 1947 in einem seiner Beschlüsse ausdrücklich die Reparationsverpflichtungen Deutschlands anerkannt. Aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat das Recht zu sagen: wie kann man von uns Reparationen verlangen, wenn man die genügende Produktion verhindert? Sie wissen alle, im gegenwärtigen Augenblick hat in Paris im Quai d'Horloges eine Konferenz begonnen, die vielleicht eine historische Wende bedeuten könnte. Das Wort ist abgenutzt. Es würde aber seinen Sinn wiederfinden, wenn die europäischen Völker imstande wären, eine konkrete positive Antwort auf das Angebot des amerikanischen Staatssekretärs Marshall zu geben, der ganz Europa und nicht nur einem einzelnen Lande, sondern dem gesamten alten Kontinent helfen will. Marshall hat doch ausdrücklich gesagt, daß alle Länder bis an die asiatischen Grenzen, also insbesondere Rußland, in die Hilfsaktion einbegriffen sein sollen. Wenn dieser Plan gelingen würde, dann wären wir endlich so weit, daß der Krieg zum ersten Male überwunden wäre. Deshalb sind wir französischen Sozialisten überzeugt, daß auch das deutsche Problem, das in Moskau keinerlei Lösung fand, eine Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Sowjetrußland und Frankreich unerlässlich macht. Die Zerreißung Deutschlands in Ost und West würde die Zerreißung des europäischen Kontinents bedeuten, wäre der erste Schritt zu einer Katastrophe. (Sehr richtig!) Sie in dieser Politik als mitkämpfende Macht innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung zu sehen, darauf hoffen auch wir französischen Sozialisten, wir, die nicht vergessen, was wir hinter uns haben, die wir uns keinen Illusionen hingeben über die immer noch bestehende Stärke des nazistischen Geistes in Deutschland.

Als ich heute nacht die Anträge zum Parteitag durchlas — ich bin überzeugt, daß kein Delegierter da ist, der das nicht auch schon getan hätte —, stieß ich auf einen Antrag des Unterbezirks Göttingen. In ihm wird auf die Gefahr hingewiesen, die darin besteht, daß heute noch ein großer Teil der leitenden Beamtenstellen in den Händen der alten Hitlerleute sich befindet. Es sind die Sozialdemokraten selbst, die dagegen protestieren, sie sind mit den Methoden der Entnazifizierung nicht einverstanden. Es wird für die Welt wichtig sein zu wissen, daß die deutsche Sozialdemokratie diesen Kampf führt, diesen Kampf um die Ausschaltung alles dessen, was an Hitler erinnert. Von der erfolgreichen Weiterführung dieses Kampfes wird es abhängen, wann die internationalen Sozialisten verlangen können, daß Deutschland wieder seine ganze Freiheit erhält. In diesem Sinne überbringe ich im Namen der französischen sozialistischen Partei die Wünsche und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß bald eine Internationale entstehen wird, die als eine neue Großmacht für die Erhaltung des Friedens der ganzen Welt wirksam sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Ich danke dem Genossen *Grumbach* und gleichzeitig allen anderen ausländischen Genossen für die Worte, die sie heute anläßlich der Eröffnung unseres Parteitages zu uns gesprochen haben. Ihre Anwesenheit und der Ausdruck ihrer freundschaftlichen Verbundenheit waren für uns ein Beweis, daß die internationalen sozialistischen Kräfte der Welt zusammenwirken wollen. Ich hoffe, daß unsere ausländischen Gäste aus dem Weiterverlauf unserer Verhandlungen ersehen werden, daß der gute Wille, den sie uns

hier entgegengebracht haben, einen starken Widerhall finden wird in der deutschen Sozialdemokratie. Ich danke allen Genossen im Namen des Parteitages für ihre Worte. Jetzt vertagen wir die Verhandlungen des Parteitages bis 16 Uhr. Ich bitte aber noch ein paar Minuten um Ruhe. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission müssen vor Beginn der Nachmittagssitzung allen Delegierten des Parteitages die Delegiertenkarten und die Parteimitgliedskarten abnehmen, damit die Arbeit der Mandatsprüfungskommission heute nachmittag beginnen kann. Jeder Delegierte muß zu Beginn beim Eintritt in diesen Saal heute nachmittag die Karte und die Parteimitgliedskarte abgeben.

Zweitens wird dringend darum gebeten, sich bei der gemeinsamen Mahlzeit an die Anweisungen zu halten, die in dem Merkblatt enthalten sind. Es ist zunächst die Gruppe mit den braunen Essenskarten an der Reihe. Es wird dann hier im Gelände mitgeteilt, wann die zweite Gruppe mit der Straßenbahn zum Essenslokal fahren kann. Es wird dringend darum gebeten, nicht vorher abzufahren. Dagegen muß die Gruppe I sich sofort auf den Weg machen, damit wir ohne Verzögerung unsere Nachmittagsverhandlungen wieder aufnehmen können.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Vormittagssitzung 13.30 Uhr.)

Nachmittagssitzung

(Beginn 16 Uhr.)

Die Sitzung wird um 16 Uhr von dem stellvertretenden Vorsitzenden *Julius Lossmann* wieder eröffnet.

Stellvertretender Vorsitzender: Genossinnen und Genossen, die Verhandlungen des Parteitages werden hiermit wieder eröffnet. Zunächst haben wir Ihnen mitzuteilen, daß der Vorsitzende der Kontaktkommission, Genosse *Louis de Brouckère*, Brüssel, nunmehr auf dem Parteitage erschienen ist. Wir begrüßen den Genossen *de Brouckère* auf das herzlichste und gleichzeitig auch den Genossen *Sommershausen*, Belgien. Genosse *de Brouckère* wird im Laufe des morgigen Tages Gelegenheit nehmen, zu dem Parteitag zu sprechen.

Ich schlage dem Parteitag vor, daß wir zunächst in den Punkt 2 der Tagesordnung eintreten:

„Deutschland und Europa“

Der Parteitag ist einverstanden. Das Wort hat nunmehr der 1. Vorsitzende der SPD, Genosse *Dr. Kurt Schumacher*. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Kurt Schumacher:

„Deutschland und Europa“

Verehrte Gäste! Genossinnen und Genossen! Die Weltöffentlichkeit hat durch den zweiten Weltkrieg und die Propaganda in den letzten beiden Jahren wohl etwas zu stark unter dem Eindruck gestanden, daß das heutige Deutschland das zusammengebrochene Dritte Reich sei. Und diese im Prinzip nicht gerechte Einstellung zu den neuen Kräften in Deutschland hat dann auch die Berichterstattung über die Vorgänge in diesem Lande etwas zu stark gefärbt. Man hat vielleicht gemeint, gefährliche geschichtliche Kräfte wieder wachzurufen, wenn man diesem Deutschland die Gerechtigkeit einer objektiven Berichterstattung zuteil werden ließe. Wir Sozialdemokraten sagen dazu: Wir stehen ein für alles, was wir gesagt und getan haben in diesen beiden Jahren. Aber wir denken gar nicht daran, uns die Verantwortung zuschieben zu lassen für Dinge, die wir niemals gesagt und getan haben. Nun ist heute bei der Frage der Neuordnung Europas die Bericht-

erstattung eine wichtige Waffe für die Steuerung der europäischen Ordnung und für die Weckung der europäischen Ordnung. Die Weltöffentlichkeit muß wissen: wenn sie heute über Vorgänge in Deutschland berichtet, dann hilft sie Europa und nicht Deutschland allein. Und ich glaube, dieses Maß der Verantwortung soll der Weltöffentlichkeit die Feder führen. Gewiß, die Deutschen haben viel zu lernen, vielleicht mehr als jedes andere Volk. Aber in einem großen Punkte sind wir Deutschen an politischer Erfahrung vielen anderen Ländern voraus. Wir haben in Deutschland die nackte Gewalt triumphieren sehen in Gestalt des Dritten Reiches, als vom deutschen Volke getragen. Und wir haben in Deutschland den Erfolg einer rücksichtslosen kommunistischen Katastrophenpolitik gesehen. Diese beiden Erkenntnisse haben wir vor den alten großen Demokratien der Welt voraus. In diesen beiden Fragen sind wir zu unserem Leid und zu unserem Schmerz sachverständig in des Wortes verwegener Bedeutung. Man wirft den Deutschen vor, sie seien nicht initiativreich genug, und meint achselzuckend, die Deutschen könnten sich untereinander nicht einigen. Ich glaube nicht, daß diese Vorwürfe im letzten Kern berechtigt sind. Man kann billigerweise von einem Volk nicht Initiative verlangen, wenn man die Voraussetzung aller Initiative, die effektive Machtposition, diesem Volke nicht gibt. Man kann auch nicht über den Mangel an Einigkeit reden. Denn in Wahrheit ist die klassische Diskrepanz heute in Deutschland stärker als jemals vorhanden. Die Besitzer der Sachwerte, der Produktionsmittel, die Lebensmittelproduzenten, haben alle mobilen Sachwerte, die auf den Tauschmarkt gekommen waren, an sich gesaugt und auch den übergroßen Teil des Papiergeldes. Und dieser einseitigen Anreicherung stand die entsprechende Seite der Verarmung gegenüber. In Deutschland haben sich die Sachwertbesitzer und diejenigen, die nichts haben als ihre Ware Arbeitskraft, auch voneinander fortentwickelt, ein Zustand, den man analysieren muß, aus dem man Konsequenzen zu ziehen hat, aber ein Zustand, den man nicht mit dieser banalen Redensart, wie Mangel an Einigkeit, begleiten soll.

Nun krankt Deutschland in Wahrheit an der verhinderten sozialen und politischen Revolution des Jahres 1945. Und diese Verhinderung beruht doch gewollt oder ungewollt auf der Tatsache der Besetzung. Wir erleben doch heute eine ökonomische und gesellschaftliche Welt, deren Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln im Prinzip joch genau so bankrott gegangen sind, wie die Produktionsformen des Dritten Reiches. Darum haben wir eine dauernde innere Zerreißprobe und eine permanente psychologische und politische Krise. Bevor diese Spannungen nicht überwunden und geregelt sind — und nach unserem Willen sollte diese Regelung möglichst gesetzmäßig vor sich gehen —, werden wir auch keinen Anschluß an die Normalisierung des Lebens finden.

Wir stehen heute in Deutschland in Wahrheit mitten in einem Bürgerkrieg, der mit ökonomischen und bürokratischen Mitteln ausgefochten wird, wobei die Anwendung der Mittel leider überwiegend in der Hand unserer politischen und klassenmäßigen Gegner liegen — mit Wissen und Willen und Duldung aller militärischen Regierungen in Deutschland. Die Diskussion über Europa ist doch in Wahrheit das Suchen nach einer Sinnggebung des Lebens, nachdem wir jetzt eine Periode sinnlosen Vegetierens durchgemacht haben. Wir können uns dabei keinen Plan der Vereinigten Staaten von Europa aussuchen, wir können überhaupt vom Leben nicht verlangen, daß es sich nach Abstraktionen richten soll, wir haben auch gar nicht das Recht der Wahl zwischen Schemen. Wir haben, Genossinnen und Genossen, nur induktiv und experimentell den Weg der realen Möglichkeiten zu durchschreiten. Wir müssen auch sagen, daß die Konstituierung eines neuen Europa auf einer neuen Ebene erfolgen muß und daß es unmöglich ist, Deutschland viermal nach den Vorbildern von vier Besatzungsmächten zu gestalten, und daß Deutschland als Ganzes auch nicht das Vorbild eines oder mehrerer anderer Kontinente annehmen kann, genau so wenig, wie das Europa kann. Genau so notwendig, wie es ist, daß Deutschland seinen eigenen gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Stil entwickelt, genau so ist es notwendig, daß Europa den gemeinsamen Kultur- und Gesell-

schaftsstil findet. Und diese Tendenzen zur Gemeinsamkeit in Europa sind vorhanden, Europa hat das letzte Wort in der Entwicklung des Kontinents als eines wichtigen und unverzichtbaren Bestandteiles der Menschheit noch nicht gesprochen. Das Abendland ist nicht tot. Denn Sozialismus und Demokratie leben. Die Politik des Entweder-Oder, die schlagwortmäßige Antithetik von Ost und West entspringt weder dem europäischen Können, noch dem europäischen Wollen. Das zeigt sich am besten in Deutschland. Wenn wir eine derartig primitive Optionsformel aussprechen würden, dann würden wir den Trennungsstrich mitten durch unser Land ziehen, dann würde mit dem Wissen und Willen der Deutschen das Land mitten durchrisen werden. Und eine solche Durchreißung Deutschlands würde in Wahrheit die denkbar gefährlichste Zuspitzung aller Gegensätze bedeuten. Für uns in Europa kann trotz aller nationalstaatlicher und nationalwirtschaftlicher Exzesse nur maßgebend sein der gemeinsame soziale und ökonomische Inhalt der europäischen Länder mit seiner deutlichen Tendenz zum Sozialismus. In diesem Sinne kann Europa als ein kommendes Ganzes gesehen werden. Wir sollen es ruhig aussprechen: Der Lebensstil, die Kultur und die Wirtschaftsform dieses Kontinents, das ist der demokratische, die Rechte der freien Persönlichkeit bejahende Sozialismus. Wir bekennen uns zum demokratischen Sozialismus als einer der großen politischen Methoden in der Welt. Und diese Methode im Weltgeschehen auch zum Einsatz zu bringen, das ist die Verpflichtung aller Europäer, das ist die Verpflichtung aller europäischen Sozialisten. Und der Kontinent kann kein aufarkes, sich selbst genügendes Europa sein, es kann nur ein zur Zusammenarbeit bereites Europa sein. Nur ein solches wäre ein Fortschritt, nicht die Feindseligkeit, die Versteifung, die Ablehnung all dieser Prinzipien, aus denen heraus Europa gestaltet werden kann, sondern die schöpferische Auseinandersetzung mit den anderen großen Ideen und Vorbildern. Aber, Genossinnen und Genossen, primum vivere deinde philosophari; man muß zuerst leben und dann kann man philosophieren! Wir können nicht um die Rivalität von Ideologien kämpfen. Wir müssen uns nach dem Leben und seinen Notwendigkeiten richten.

Nun proklamieren die Vereinigten Staaten von Amerika, Europa durch wirtschaftliche Kredite gesund zu machen. Als erstes kam diese kriegerische Antwort vom Dollar-imperialismus und vom Okkupationsdollar. Diese Art, ein so schwerwiegendes und lebenswichtiges Problem zu beantworten, ist unter allen Umständen falsch und verderblich. Man kann das alles nicht mit einer kriegerischen Aktionsformel abtun.

Und man hat nicht das Recht, sich in solchen agitatorischen Formulierungen zu gefallen, solange in Europa mehr als 100 Millionen Menschen hungern.

Dann gibt es ein anderes Echo, das kapitalistische Echo, die Kreise, die aus einer gemutmaßten gesellschaftlichen Affinität mit den maßgebenden gesellschaftlichen Schichten in USA von dort aus sich für ihr System Hilfe erhoffen. Ich meine, die großmütige amerikanische Hilfe kann durch nichts mehr bloßgestellt werden, als durch Zustimmung deutscher Interessenten eines gewissen Kalibers.

Dann gibt es auch noch soziale und politische Stimmungen, die diese Initiative im vollen Gefühl der Verantwortung ermutigen und Notwendigkeiten für diese Initiative zeigen wollen, Notwendigkeiten, die ebenso europäisch wie amerikanisch sind. Schließlich ist ja Amerika jetzt die einzige Stelle in der Welt, von der aus Kredit, Ernährung und Rohstoffe in das zerstörte und ausgeraubte Europa hineingepumpt werden können. Hierin werden die der Verantwortung bewußten Menschen in der ganzen Welt übereinstimmen. Es ist besser, eine große Krise zu vermeiden, als sie herbeizuführen und dann politisch auszuschlachten zu versuchen. Wir haben ja in Deutschland eine ganz spezielle Erfahrung darin, wohin Verelendungskuren führen, und wir sollten uns da von jeder Revolutionsromantik der Verelendung freihalten. Die Amerikaner haben erkannt, daß man, wenn man die Folgen nicht will, die Bedingungen ändern muß, aus denen solche Folgen entstehen, und die Verantwortung für die Millionen Hungernder schreibt uns vor, diese große Initiative nicht zu entmutigen. Die Pflicht aller demokrati-

schen Sozialisten in jedem europäischen Lande ist unserer Ansicht nach, diese Hilfe mit guten und stichhaltigen Argumenten zu begründen und zu dieser Hilfe zu sagen, wie sie sich auf das Europaertum und auf die spezielle Situation jedes europäischen Landes erstrecken sollte. Diese amerikanische Hilfe zwingt die Völker Europas, sich untereinander anzunähern. Von großer Bedeutung wird dabei die Annäherung der Franzosen und der Deutschen sein. Kulturell und ökonomisch kann keines dieser beiden Länder auf die Dauer die Schwächung des anderen Landes ertragen, und das Verhältnis Frankreich-Deutschland ist nach der geschichtlichen Erfahrung der lebendige Gradmesser für das Leben der Ideen der Freiheit und der Menschlichkeit auf diesem Kontinent.

Nun hat General Marshall erklärt, daß er nicht die Länder als Einzelobjekte mit orthodoxen und missionarischen Methoden des besonderen amerikanischen Kapitalismus finanzieren will. Nach Marshall soll Europa selbst mit amerikanischem Rat ein Aufbauprogramm unter Zustimmung möglichst vieler Staaten entwerfen.

Auf lange Sicht gesehen ist dieser amerikanische Gedanke gut, denn er erzwingt die Aktivierung der europäischen Selbsthilfe. Aber als Hilfsaktion für den Augenblick ist es sehr schwer, erst die europäischen Möglichkeiten auszu-diskutieren. Man wird sich da wohl mit der Findung einiger grundlegender Möglichkeiten begnügen müssen. Wir können ja nicht erst den Aufbau Europas vollenden, sondern wir müssen jetzt sagen können, wo in Europa, in welchem Umfange die amerikanische Hilfe eingesetzt werden soll. Und die Frage der Intensität und die Frage nach dem Tempo, die Frage nach der Beschleunigung, das ist auch die Antwort auf die Frage, ob überhaupt Hilfe noch möglich ist, und wir übertreiben nicht, gefangen von der Schwere des Augenblicks, wenn wir sagen: Hilfe für Europa und für Deutschland in diesem Europa ist nur als schnelle Hilfe möglich.

Man darf auch nicht vergessen, daß bei den Pariser Besprechungen in diesen Tagen an dem runden Tisch ein leerer Stuhl steht. Deutschland ist bei diesen Besprechungen noch nicht vertreten, und gerade darum ist es vielleicht gut, wenn die deutschen Sozialdemokraten diesen Parteitag benutzen, um Europa und der Welt zu sagen: Wir haben keine Veranlassung, zudringlich zu sein. Wir haben keine Veranlassung, unser Schicksal vor das Schicksal anderer Völker zu stellen, aber wir haben nicht nur aus deutschem, sondern auch aus europäischem und weltbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein die Verpflichtung, jetzt auf das Chaos in diesem Lande und die Notwendigkeit seiner Behebung hinzuweisen. Dieser Aufgabe soll auch dieser Parteitag dienen.

Die von den USA gewollte enorme wirtschaftliche und moralische Leistung für die Welt ist ja zu gleicher Zeit auch ein gutes Stück amerikanischer Sicherungspolitik. Es war General Marshall, der ganz klar gesagt hat:

Neben der demoralisierenden Wirkung auf die ganze Welt und der Möglichkeit von Unruhen, die sich aus der Verzweiflung der Völker ergeben können, sollten die Folgen für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten jedem klar sein. Wenn wir Weltsicht zeigen und unser Volk bereit ist, sich der hohen Verantwortung, die die Geschichte ihm auferlegt hat, nicht zu entziehen, dann können und werden wir die Schwierigkeiten überwinden.

Das sagte General Marshall. Er sagte damit, daß hier nicht versucht wird, Europa etwa das ökonomische und gesellschaftliche Vorbild der Vereinigten Staaten aufzuzwingen. Er sagte damit, daß hier nicht versucht wird, ein Stück amerikanische Weltherrschaftspolitik zu treiben, sondern er sagte damit, daß ökonomisch und politisch die beste Sicherung Amerikas für die Zukunft ein gesundes, kaufkräftiges, im Politischen und Wirtschaftlichen lebendiges Europa ist.

Ein Projekt von so gewaltigen Ausmaßen ist niemals ein Geschäftsprojekt. Ein Projekt von solcher Enormität ist stets ein Stück echter Hilfeleistung und Verantwortung vor der Welt und für die Welt. Ganz einfach gesagt: die Amerikaner, diese mächtigste Konzentration von Reichtum und ökonomischen Möglichkeiten,

haben erkannt, daß die Welt für sie gefährlich ist, wenn sie der einzige Punkt in der Welt sind, der reich ist. Man muß auch andere Stellen in der Welt haben, die ökonomisch jedenfalls genügend Wohlstand produzieren, um in eine wirtschaftliche Kombination mit dem Reichtumspender treten zu können.

Eine ungeheure Erleichterung liegt darin, daß die USA dieses Angebot an ganz Europa und an Rußland gemacht haben. Es ist eine Illustration zu der dringlichen Frage, die wir Sozialdemokraten so stellen: Europa ist mit Rußland möglich, Europa ist am besten mit Rußland möglich, aber Europa und Deutschland sind nicht russisch möglich. Wir hoffen, daß die Verhandlungen in Paris den Weg weitergehen werden, der ja zeigen soll, daß Europa am besten mit Rußland möglich ist.

Die Entscheidung fällt jetzt durch das Tempo der Hilfe. Was in diesem Jahr einen Dollar kostet, wird im nächsten Jahr mehrere Dollar kosten und wird dann allerdings einem Volk gewährt werden, das im nächsten Jahr nicht mehr so viele innere Aufgeschlossenheit und Willen, bis zum Letzten mitzumachen, zeigen kann und zeigen will, als das deutsche Volk heute noch aufzubringen in der Lage ist.

Die formalen Gründe der Passivität beim Aufmarsch zur Moskauer Konferenz haben sich sehr lähmend auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ausgewirkt, und heute ist die Pause zwischen Moskau und London zu groß, als daß sie durch Passivität ausgefüllt werden könnte. Passivität bedeutet heute für Deutschland Vernichtung des Lebens. Es muß also die Aktivierung des deutschen Lebenswillens gelingen, sonst vergrößert sich die politische Reservearmee der Enttäuschten, Ungläubigen und Unwissenden. Diese politische Reservearmee der Enttäuschten, Ungläubigen und Unwissenden ist das Gefahrenmoment in Europa, wenn nicht aus eigener Kraft, dann dadurch, daß andere Kräfte es auszuspielen verstehen. Für den durchschnittlichen Deutschen aber handelt es sich bei der ökonomischen Hilfeleistung an Europa auch noch um etwas anderes: um die Bejahung einer Idee durch die Tat, um die Bewahrheitung der grundlegenden, der vier Freiheiten der Atlantik-Charta, der Freiheit von der Not.

In dieser Situation ist in Westdeutschland der bizonale Wirtschaftsrat geschaffen worden. Er ist die Offenbarung der von uns schon seit zwei Jahren verkündeten Tatsache, daß in Deutschland alle die wirtschaftspolitischen und ernährungspolitischen Fragen mit den Mitteln der Länder, durch die Länder und in den Ländern nicht beantwortet werden können. Die Zuständigkeitsvermutung auf allen Gebieten der Wirtschaft liegt beim Wirtschaftsrat. Er wird soviel Kompetenzen haben, wie er Kräfte hat, sie aufzugreifen und durchzusetzen. Das Exekutivkomitee des Wirtschaftsrates ist keine gesetzgeberische Konkurrenz. Wohl hat es die Initiative der Gesetzgebung, wohl hat es die Befugnis zu Durchführungsverordnungen, es ist aber nicht eine Vertretung der Länder für Interessen der Länder. Es ist eine Vertretung der Länder bei der Bizone zu wirtschaftlichen Zwecken der Bizone. Der Wirtschaftsrat ist keine staatsrechtliche Konstruktion. Wir müßten ihm ja an sich seine Kompetenz dadurch bescheinigen, daß wir ein bizonales ökonomisches Parlament wählen müßten. Aber gerade das können wir nicht und wollen wir nicht. Denn ein originär gewähltes bizonales Parlament würde ja bedeuten, daß alle Kräfte, die sich an der Schaffung eines solchen Zustandes beteiligen, den Dolus hätten, eventuell ein Westdeutschland zu errichten. Nein, werte Genossen und Genossinnen, das Streben der deutschen Sozialdemokratie geht auf Deutschland als eine ökonomische, nationale und staatsrechtliche Einheit.

Die jüngsten Vorgänge in der Ostzone zeigen, daß man dort mit Manipulationen beschäftigt ist, die die Konsequenz eines Westdeutschland zeitigen können. Nun, die Verantwortungen für alle diese Dinge müssen bei den Kräften liegen, die sich dafür ins Zeug legen.

Der letzte Winter hat aber auch Klarheit darüber geschaffen, daß eine positive Wirtschaftspolitik nicht unter gleichzeitiger Förderung partikularistischer Tendenzen möglich ist. Alle diese Politiken, die eine Politik der Sicherheit durch Betonung

und Schaffung von Ländersouveränitäten wollten, sind durch den an sich unnötigen und harten Anschauungsunterricht des letzten Winters erledigt worden.

Eine Sicherheitspolitik mit einer Art politischem Morgenthau-Plan ist ökonomisch nicht möglich, und es ist kein Ruhmesblatt für die Deutschen, daß regionale Widerstände gegen nationale Notwendigkeiten mit der Schaffung des Wirtschaftsrates durch die Besatzungsmächte gebrochen werden mußten. Es ist das nichts, worauf die Deutschen stolz sein könnten, und wenn wir einmal den Partikularismus seiner romantischen Verkleidung entledigen, dann werden sie ja wissen, daß da ein sehr handfestes Stück sozial-ökonomischer Interessenpolitik liegt und daß der Partikularistenstaat in Wahrheit in seinem Rahmen ein sehr zentralistischer Staat ist, der allen seinen nachgeordneten Stellen die Freiheiten verweigert, die er selbst den übergeordneten Stellen nicht gewähren will. Der Partikularismus als sozial-ökonomische Methode ist doch heute in Deutschland aus dem Willen erwachsen, das Eigentum unter allen Umständen zu verteidigen und möglichst wenig oder gar nicht zu belasten. Man kann heute geradezu ein Gesetz der kommunizierenden Röhren zwischen Partikularismus und Kriegszerstörung ablesen: Je weniger ein Land durch den Krieg zerstört ist, desto partikularistischer ist seine Politik. Das bedeutet, daß man den großen Finanz- und Lastenausgleich verweigern will, und es ist unmenschliche aber logische Folgerung, wenn kürzlich einmal in dem Radio eines Landes von den nicht in diesem Lande Geborenen als den „deutschen Ausländern“ gesprochen wurde.

Wir wissen, daß mit der Konstruktion des Wirtschaftsrates die Frage nach der Durchsetzung seiner Gesetze noch nicht gelöst ist. Aber wir müssen auch wissen, daß wir in allen diesen Fragen die Hilfe der Besatzungsmächte in zweierlei Formen brauchen: einmal in der Änderung der Okkupationspolitik, und zum anderen in der Verstärkung, Beschleunigung und Intensivierung der Hilfsaktion. Man kann sich bei der Beurteilung der Situation den Luxus von optimistischen und pessimistischen Stimmungen nicht leisten. Wenn man Deutschland gesund machen will, so ist es nach den realen Möglichkeiten heute nur auf dem Wege zu erreichen, daß man die Bizone ökonomisch so lebendig macht, daß von ihr ein unwiderstehlicher Magnetismus auf andere Zonen ausgeht. Das ist die kardinale, praktisch-politische Frage, die noch vor Einbruch dieses Winters so weit klargestellt sein muß, daß auch das primitivste Gemüt die Tendenzen der Entwicklung zu überschauen vermag. Die Anziehungskraft einer wirtschaftlich gesunden Bizone wäre ungeheuer. Aber diese Anziehungskraft wäre der erste Schritt zur Vereinigung aller Zonen. Wenn man sagt, es wäre falsch, die Bizone wirtschaftlich stark zu machen, nun, wer te Genossen und Genossinnen, wenn wir diese Bizone wirtschaftlich stark haben wollen, dann nicht nur mit Rücksicht auf das deutsche Volk in den Westzonen, dann auch — ja, in erster Linie — mit Rücksicht auf das deutsche Volk der Ostzone. Denn eine Zonenvereinigung ist wirtschaftlich nur denkbar und möglich, wenn der Westen stark genug ist, das ökonomische Vakuum der Ostzone bei einer Vereinigung auch auszufüllen.

Nun stehen wir aber in Deutschland vor einer Situation, die tatsächlich das endgültige Zusammenbrechen und Auslösen der Arbeitskraft bedeutet. Wenn wir die volkswirtschaftlichen Probleme in Deutschland diskutieren oder die deutschen Probleme vom Ausland her diskutiert sehen, dann finden wir immer, daß diese Probleme nicht in ihrem Zusammenhang, in ihrer Komplexität gesehen werden, sondern viel zu sehr isoliert diskutiert werden, gleichgültig, ob es sich nun um die menschliche Arbeitskraft, die Ernährung, die geleisteten und beanspruchten Reparationen, die Art der Berechnung der Reparationen, das Verhältnis von Reparationen und Annexionen, die Demontage, die Exportförderung, die Freisbildung oder die Lohnbildung handelt. Alle diese Dinge können nicht nur isoliert diskutiert werden. Alle diese Dinge können nur miteinander abgestimmt in die Diskussion gebracht werden, und es ist kein neuer Industrieplan denkbar, der nicht nur diese Dinge diskutiert, sondern sich auch mit den Notwendigkeiten einer geplanten Wirtschaft der

Zukunft, der Sozialisierung, der Bodenreform und der neuen Währung aus-einander setzt. Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, um in Details in Dinge der Währungsreform einzugehen. Das eine aber lat auch sagen, Genossen und Ge-nossinnen: schon einmal ist durch eine falsche Handhabung der Währungsreform der Boden für die deutsche Gegenrevolution vorbereitet worden. Das war damals, als man den Sparern alles nahm und den Sachwertbesitzern alles ließ. Für die Methode einer deutschen Währungsreform ist diese klare wirtschaftliche Skizze notwendig. Es ist auch keine Währungsreform möglich, die sich im Technischen erschöpft. Eine Währungsreform ist nur zukunfts-träglich und erfolgverheend, wenn sie untrennbar mit dem gerechten sozialen Lastenausgleich gekoppelt ist. Die Währungsreform ist um so sicherer und heilsamer in ihrer Wirkung, je mehr sie mit dem Anlaufen einer Wirtschaft zusammenfällt, der nicht nur die deut-schen, sondern auch die ausländischen Kräfte einen guten Absprung bereiten. Dann kann eine Währungsreform kommen, und dann müssen wir den Mut haben, diesem entschleierten Gesicht der deutschen Armut entgegenzutreten. Wir müssen den Mut haben, in einer Welt ohne Illusionen zu leben, aber ich glaube, dieser Mut ist gar kein schlechter Mut. Denn wenn es eine Situation der Armut ist, dann kann es nur eine Situation der gleichen Armut für alle und damit der gleichen Chance für das Sich-empor-Arbeiten werden, und zwar eines Empor-arbeitens durch echte Leistung. Ich will jetzt hier nicht den deutschen Noten-umlauf oder die deutsche Schuldenwirtschaft im einzelnen skizzieren. Die Wehr-machtausgaben, die Einsatz- und Familienunterhaltsausgaben, der Ersatz von Kriegsschäden usw., die vergüteten Kriegsschäden, das alles macht zusammen eine Summe von etwa 700 Milliarden Mark aus. Wenn Sie dazu die noch nicht aner-kannten Kriegsschäden und ähnliche Dinge hinzurechnen, kommen Sie gut und gern auf 1000 Milliarden Mark, auf eine Billion Mark. Dabei ist das nicht berück-sichtigt, was vom Ausland her an phantastischen Ansprüchen gegenüber Deutsch-land angemeldet wird. Wichtig für uns ist bei der Untersuchung der Ausgaben, daß 30 % aus Steuern gedeckt sind, 10 % aus Besatzungskosten und Kriegskosten-beiträgen, d. h. aus Ausraubung besetzter Länder, 7 % durch andere Einnahmen und 22 % durch Schulden.

Sehen Sie sich demgegenüber einmal das britische Budget an. Dann werden Sie finden, daß es genau ist wie im ersten Weltkrieg. Auch in Deutschland hat man den Mund mit nationalistischen Phrasen sehr weit aufgerissen, hat aber den ersten und den zweiten Weltkrieg durch Schulden finanziert. Es ist eine merkwiliche Tatsache, daß auch das Hitlerreich vom System der Wilhelminischen Kriegsfinan-zierung im Prinzip nicht losgekommen ist.

Wenn man heute Deutschland betrachtet, und wenn man sieht, wie die Klassen auseinanderstreben, wie die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, dann sieht man auch, daß die vom Produktionsprozeß Aus-geschlossenen und die Leute, die nichts weiter zu verkaufen haben als die Ware Arbeitskraft, ohnmächtig in dieser Welt der Produzentenherrschaft sind. Das Resultat ist, daß die deutsche Arbeitskraft noch niemals einen so geringen Real-wert gehabt hat wie heute. Wenn man die Schwarzmarktpreise zur Grundlage nehmen wollte, dann würde man weniger als 1 % herausbekommen. Aber selbst, wenn man den Nominallohn, den Lohn in Papiermark ansetzt, findet man, daß durch die Arbeitszeitverkürzung eine Herabsetzung von 25 bis 30 % eingetreten ist. Die Massen, deren einziges Kapital ihre Arbeitskraft ist, sind in den Zwang ver-setzt, dieses Kapital zu zerstören. Selbst bei der Beanspruchung von Umwegen in der Ernährung kann der notwendige Energieverbrauch nicht ersetzt werden. Man kann darum die Arbeitsintensität auf bestenfalls 40 bis 50 % der Vorkriegs-intensität ansetzen. Der Druck der Kosten steigt unerträglich und zwingt die Pro-duzenten entweder zur Substanzverschleuderung oder auf den Tauschweg. Die Verkäufer der Ware Arbeitskraft aber werden dadurch zu einer Politik der Lohn-erhöhung gezwungen, einer Politik, die man erst bei den Bergarbeiterlohnen sehr zögern beschritten hat. Aber eine Lohn erhöhung wird ja nur dann zur Tatsache,

wenn die Preise stabil bleiben oder wenn eine entsprechende Produktionssteigerung eintritt.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnen die großen Streiks des letzten Winters und des Frühjahrs ein anderes Gesicht. Politische Kräfte haben wohl versucht, diese Streiks zu entessen. Es ist ihnen in keinem Falle gelungen. Politische Kräfte haben versucht, diese Streiks auszunutzen und ihnen ihr Gesicht zu geben. Es ist ihnen kaum merklich gelungen. Die Streiks waren Demonstrationen dafür, daß die Massen die Situation ohne fremde Hilfe für ausweglos angesehen haben. Und die Ware Arbeitskraft, die, um das Lassallesche ironische Wort zu gebrauchen, vergeblich den Versuch macht, sich als Mensch zu gebärden, ist im März und April dieses Jahres Mensch geworden.

Wir sind gegen eine Politik politischer Streiks. Wir sind gegen jede Politik leichtfertiger Streiks. Über dem Streik muß das stehen, was früher einmal in die Kanonen eingraviert war: *Ultima ratio regis* (das letzte Wort), in diesem Fall des Volkes. Diese Streiks waren keine Streiks für oder gegen eine politische Instanz in diesem Deutschland, diese Streiks waren ein Aufbäumen des Menschen in Deutschland.

Ich will mich hier nicht in Details verlieren und in fiktiven Statistiken für das, was man einstmals an Fett und Fleisch in Deutschland verzehrt hat und was man heute auf Karten verzehrt, ohne es jemals zu bekommen. Ich will Sie nicht mit diesen Statistiken im einzelnen langweilen. Ich will zur Sache kommen und sagen: Eine Politik der Prioritäten für gewisse Arbeiten ist unvermeidlich. Wir haben eine solche Politik der Prioritäten schon 1945 vollzogen. Aber eine Politik der Prioritäten ist nur eine relativ kurze Periode hindurch möglich. Dann ist es nicht mehr möglich, die bevorzugten Arbeiter vom Schicksal ihrer Familien zu trennen. Dann ist es auch nicht mehr möglich, diese Familien von anderen Arbeitern und ihren Familien zu trennen. Dann ist auf die Dauer nur eine großangelegte Hilfe möglich, die die Prioritätenpolitik unmöglich macht.

Die Zeit nähert sich mit Riesenschritten, wo der Zusammenbruch nur noch durch die allgemeine Hilfe auf der ganzen Linie aufgehalten werden kann. Erste Forderung der Sozialdemokratie ist dabei: das menschliche Leben muß höher stehen als alle Sachgüter. Darum ist ein nächster Winter ohne Verbesserung der Ernährungslage und ohne Sicherung des Lebens durch Hausbrandversorgung eine Unmöglichkeit. Es ist eine falsche Rechnung, etwa jetzt den Hausbrand der Industrie zu wollen. Wenn man diese kurzfristige Politik macht, erreicht man damit nur, daß im nächsten Winter aus einem großen generellen Notstand heraus das Mehrfache von dem an Kohlen gestohlen wird, was jetzt an Hausbrand verteilt werden kann. Und dazu kommt noch als soziale Zwangsläufigkeit das organisierte Gangstertum des Schwarzen Marktes, das sich einer solchen Notlage natürlich gern bedient.

Bei der deutschen Hungerkrise handelt es sich nicht um vorübergehende Versorgungsschwierigkeiten. Es fehlen nicht nur die Marktüberschüsse der Ostgebiete, es fehlt sehr viel anderes. Es fehlt der Kunstdünger, es fehlt der Stickstoff. Östlich und westlich der großen Mauer haben wir aus politischen Gründen Hunger, nämlich deswegen, weil man aus politischen Gründen entweder industrielle Hilfsmittel der Landwirtschaft zerstört hat oder aus politischen Gründen eine falsche, produktionsmindernde Agrarpolitik gemacht hat. Dieser politische Hunger muß auch mit politischen Hilfen bekämpft werden.

Je größer der europäische und deutsche Hunger ist, desto höher sind auch die Preise für Nahrungsmittel in der Welt. Jetzt müssen wir übersetzte Mangelpreise in einer ausgesprochenen Mangelwährung zahlen. Gunnar Myrdal hat einmal das Wort von der Ruhrkohle als der gemeinsamen europäischen Währung gebraucht. Aber diese Ruhrkohle hat ihre Bedeutung für die Welt nicht als Kohle, sondern dadurch bekommen, daß sie auf dem Weltmarkt als deutsche Fertigware erschienen ist.

In den USA weiß man ganz genau, daß ohne ein wirtschaftlich erstarktes

Westdeutschland und vor allem ohne ein lebendiges Ruhrgebiet der Versuch der Re-Industrialisierung, der Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft, scheitern müßte.

Gerade die Ruhrkohle und das Holz zeigen auch in ihrer Preisbemessung die ganze Unmöglichkeit der heutigen Lage. Wenn Sie die Holzpreise für Schnittholz ansehen, dann werden Sie finden, daß dasselbe Holz in Finnland den doppelten, in den USA den dreifachen Preis einbringt. Und wenn Sie die Berechnung der Ruhrkohle ab Schacht mit 15,50 RM pro Tonne ansehen, Genossen und Genossinnen, dann wissen Sie ganz genau, warum Deutschland nicht hochkommen kann, und dann wissen wir auch ganz genau, warum es zwecklos ist, so weise Reden von außen her an uns zu halten.

Hier in dieser Preispolitik liegt ein Stück echter Schlüssel zur Erkenntnis der Situation. Allen Gläubigerstaaten aber möchten wir sagen, daß ein Reparationskonto nach der Maxime „Nach uns die Sintflut“ und: „Erst wollen wir einmal unsere eigenen Ansprüche in Sicherheit bringen“ in Wirklichkeit die Gläubiger selbst ruiniert, Deutschland haftet als Ganzes für Reparationen, und die Ansprüche der Sieger sind auch ein Ganzes. Daß man das in Potsdam nicht mit der genügende Klarheit erkannt hat, ist einer der Gründe, warum Potsdam so verderblich ist. Denn je mehr man in Potsdam einem Sieger restlose Reparationsbefriedigung versprochen hat, desto mehr hat man auch die anderen Sieger von den Reparationsansprüchen ausgeschlossen.

Ein Industrieplan, der der deutschen Zukunft Inhalt und Grenzen geben will, muß das Kriegspotential vernichten. Damit sind wir Deutschen einverstanden. Er muß die deutsche Friedenswirtschaft erhalten. Aber was tut der Industrieplan, der eigentlich nur eine Ausführungsbestimmung zum Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist? Er zerstört noch eine ganze Reihe von Produktionszweigen und macht darüber hinaus den Bau von schweren Werkzeugmaschinen und die Inangriffhaltung von Kugellagerfabriken unmöglich. Und darüber seien wir uns doch restlos klar: Ohne Kugellagerfabrikation und ohne schwere Werkzeugmaschinen ist doch alles Gerede über die deutsche Industrie nur ein Gerede, besonders wenn man dann noch sieht, daß die Leichtmetallerzeugung so grauenhaft beschnitten wird und die Stahl- und Eisenerzeugung nicht genügend berücksichtigt wird. Denn die Stahl- und die Leichtmetallerzeugung sind doch die Grundlage der deutschen industriellen Kapazität. Stahl und Eisen allein haben in Friedensjahren mehr als 50 Prozent der gesamten Ausfuhr auf sich vereinigt.

Die Verbrauchsgüterindustrien haben höhere Erzeugungsquoten im Industrieplan zugebilligt bekommen. Aber, wer te Genossen, in Wirklichkeit ist die Gefährdung der deutschen Industriewirtschaft ja nicht so sehr durch einen Abbau der Kriegsindustrien eingetreten als vielmehr durch einen Abbau von Friedensindustrien, die eventuell einmal für Friedenszwecke brauchbar sind. Gegenüber der Angstpsychose in der Welt möchte ich doch insbesondere sagen: Die Besetzung ist im Lande, und Besetzung und Demontage von Friedensindustrie schließen einander aus. Andernfalls wäre ja die Besetzung bloß eine Marionette. Aber die Besetzung ist ein recht aktiver, virulenter Faktor, und ihre Möglichkeiten der Kontrolle sind gegeben. Wenn der deutsche Produktionsplan so gefährlich anlaufen würde, dann sollte man die Frage nach der Zerstörung vor der Beendigung der Besetzung aufwerfen und nicht jetzt, wo das Lebendigmachen der Produktion die Frage auf Leben und Tod des ganzen Volkes und Europas ist.

Die zeitliche Beschränktheit zwingt mich, eine Reihe von Vergleichen auszulassen, die zu wissen schon von Nutzen wäre. Jedenfalls kann man mit einem so geringen Sektor in den Industrien der Grundstoffe und einem verhältnismäßig sehr viel größeren Sektor bei den Verbrauchsgüterindustrien das Verhältnis von Grundindustrie und Verbrauchsgüterindustrie nicht aufrechterhalten. Man kann nicht mit dem Minimum an Basisindustrie ein Maximum an Veredelungsindustrie erzeugen, sondern man schafft damit den Zustand, daß die Verbrauchsgüterindustrie zwangsweise auf den unerhöht niedrigen Stand der Basisindustrie herabgedrückt wird. Das wäre nur zu vermeiden, wenn man die Kugellager, das Aluminium, den Stahl, die Rohstoffe und die schweren Werkzeugmaschinen importieren könnte.

Da möchte ich doch fragen: was sollen wir heute alles importieren? Mit welchen Mitteln des Exports, mit welcher Währung sollen wir es bezahlen? Die Desindustrialisierung geht außerdem von falschen Voraussetzungen aus. Sie verkennt ganz das zusammengewachsene, durch die Akkumulation mehrerer Generationen gewordene und in jeder Beziehung verflochtene und ausgewogene Gebilde. Sie übersieht den Umfang der Zerstörung, die Überbeanspruchung und Überalterung der Maschinen, den außerordentlichen Bedarf an Ersatz und Neuinvestitionen. Sie übersieht weiter, daß das deutsche Volk selbst einen gesteigerten Bedarf an Verbrauchsgütern hat. Dieser Bedarf ist so groß, daß er sich bereits produktionshemmend auswirkt. Wir haben eben viele Millionen von Menschen, die ausgebrobt sind oder aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, und denen fehlen die einfachsten Bedarfs- und Gebrauchsgüter. Theoretisch sollte sich die Desindustrialisierung auf 67 Prozent des Produktionswertes von 1936 beschränken. Das sollte als Fundus der deutschen Industrie stehen bleiben. Aber praktisch werden wir in langen Jahren bei Anhalten der heutigen Verhältnisse nicht in die Verlegenheit kommen, auch nur einen annähernden Status zu erreichen. Die Menschen können eben den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft dann nicht mehr als äquivalent für das Leben ansehen, wenn es ihnen nicht gelingt, durch ihre Arbeit ihre Arbeitskraft zu reproduzieren. In diesem gefährlichen Stadium sind wir heute, und wir werden dadurch auch in ein gefährliches Stadium einer anwachsenden echten Arbeitslosigkeit kommen, wenn hier nicht die Hilfe auf der ganzen Linie eintritt. Wir können bei zusammenschrumpfenden Sozialprodukten und bei der ungünstigen generations- und geschlechtermäßigen Zusammensetzung des deutschen Volkes diesen Mangel an Industrieexport nicht durch einen Menschenexport ausgleichen. Das soll man auch im Zeitalter der Sklavenarbeit und der ewigen Kriegsgefangenschaft nicht vergessen.

Wir brauchen die Jungen und Starken, um die Alten und vom Leben Geschlagenen und um die Kinder am Leben zu erhalten. (Beifall.) Wir können nicht mit Kindern und Greisen eine Produktion für Kinder und Greise und ein ausreichendes Sozialprodukt schaffen und aus diesem Sozialprodukt noch die Reparationen zahlen. Wir können aber auch nicht schweigend diesem Prozeß der Entmenschlichung in der Politik, der Entwertung des Menschenlebens zusehen, und wenn wir nach unseren Vorstellungen über die Kriegsgefangenen, vor allem über die Kriegsgefangenen im Osten, derartig schlapp hingeschluderte Antworten bekommen wie in Deutschland durch die Kommunisten, dann wird das deutsche Volk die Kommunistische Partei fragen: Wo bleiben unsere Kriegsgefangenen?

In diesem Prozeß der bröckelnden Wirtschaft ist es keine agitatorische Formel, wenn man von der Notwendigkeit von Remontagen spricht. Es geht tatsächlich um Remontagen und um neue Betriebe, vor allem in den Reparaturwerkstätten und in erster Linie im Verkehr. Wir haben im vorigen Herbst gewarnt. Man hat darüber hinweggehört, und viel schlimmer noch, als wir gesagt haben, ist die Krise eingetreten. Wenn jetzt nicht durch gesamteuropäische Hilfe und durch fremde Hilfe für Europa die Reparaturwerkstätten, speziell die Reparaturwerkstätten für Lokomotivbau und für Eisenbahnwaggons, stärker in Gang gesetzt werden, dann haben wir nicht ausgangs, sondern schon zu Anfang des nächsten Winters eine große Verkehrskrise und damit den Zusammenbruch jeder Warenverteilung und der Verteilung der Ernährung in Deutschland.

Nun ist der Zustand der Entindustrialisierung in der Ostzone am größten, am zweitstärksten in der französischen Zone. Die britische und amerikanische Zone bestimmen selbst, was sie in ihren Ländern für sich oder andere Länder aus der Blzone entnehmen werden.

Gegenüber allen Berechnungen, wie wenig Deutschland an Reparationen geleistet habe, möchte ich den Satz aufstellen: In Wahrheit hat Deutschland an Reparationen mehr geleistet, als ihm rechnermäßig an Forderungen bereits zugemutet worden ist. Man muß nämlich nicht nur das berechnen, was wirklich geleistet worden ist, und man muß das auch nach seinem richtigen Wert und nicht nach einer willkürlichen Buchungsmethode berechnen. Ich sagte

schon, die Patente, die Produktionsverfahren, die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse sind der ganzen Welt für friedliche Verwendung zur Verfügung gestellt worden. Sie sind echte Reparationsleistungen, denn sie bedeuten für die deutsche industrielle Entwicklung einen Rückschritt auf Jahrzehnte.

Dazu kommt das, was man den 13 Millionen Vertriebenen fortgenommen hat. Diese bequeme Plünderungsbeute kann nun wirklich nicht individuelle Beute einzelner vom Glück begünstigter Ritter der Beute sein, sondern das ist ein echtes Stück Reparationsleistung, das mit unserem Wissen und Willen nicht in den Schornstein geschrieben wird, dieses Plünderungsgut von 13 Millionen Menschen, das im Widerspruch zu vor der ganzen Welt feierlich abgegebenen Versprechungen steht.

Dazu tritt der Verlust an deutschem Gebiet. Um nicht mißverstanden zu werden — meine Herren von der Weltpresse! —, wenn wir Sozialdemokraten von deutschem Gebiet sprechen, dann meinen wir nur immer das Gebiet der Weimarer Republik. Aber wenn man von diesem Gebiet der Weimarer Republik, wie es den Anschein hat, Teile schon als endgültig von Deutschland weggenommen betrachtet, dann soll man uns den vollen Wert dieser Gebiete auch auf die Reparationsansprüche anrechnen.

Wir werden allerdings diese Rechnungsregelung erst durch den endgültigen Friedensvertrag als vorgenommen ansehen. Aber die ganzen Gebiete östlich der Oder und Neiße als weggenommen anzusehen, sind wir deutschen Sozialdemokraten nicht geneigt. Es ist hier nicht nur ein Recht selbstverständlicher nationaler Selbstbehauptung, es ist hier auch die Notwendigkeit einfachster ökonomischer Vernunft. Es sind ja schließlich 20 bis 25 Prozent des gesamten deutschen Nahrungsmittelaufkommens in diesem Gebiet erzeugt worden. Wenn die Kommunisten uns großmütig sagen: Ihr braucht auch bei Verlust dieses Gebietes nicht zu verzweifeln, sondern habt ja noch immer Exportmöglichkeiten, dann möchte ich die Kommunisten fragen: Wohin, gegen welche Rohstoffe und gegen welche Devisen exportieren? Einen Export ohne Gegenleistung kennen wir im Osten. Er heißt dort Reparation. Wir müssen aber von der Notwendigkeit befreit werden, auch noch diesen zusätzlichen Lebensmittelbedarf importieren und durch Exporte bezahlen zu müssen. Schließlich sind die Polen in den Gebieten östlich der Oder und Neiße auch volklich und ökonomisch nicht in der Lage, diesen Raum voll auszufüllen, und wenn wir die Gründe für das Absinken der Ernteergebnisse in Mitteleuropa einmal untersuchen, dann ist dieses einer der maßgebenden Gründe.

Worte Genossinnen und Genossen! Nun müssen wir auch ehrlich den Zusammenhang zwischen Exporten und Reparationen erörtern. Wenn Teilbeschäftigung die volkswirtschaftlich schlimmste Form der Verschwendung ist, so ist Vollbeschäftigung nicht immer ein Zeichen von Wirtschaftlichkeit. Dafür gibt die ökonomische Situation der Ostzone die beste Illustration. Dort ist mehr als die Hälfte der Produktionsmittel weggeschleppt worden. Dort bedeutet die Vollbeschäftigung die Überbeanspruchung der Produktivkräfte durch einen ungeheuren Verschleiß der verbliebenen deutschen Menschenkraft und der verbliebenen deutschen Maschinen. Man kann schätzen, daß von dieser Restproduktion ungefähr 80 Prozent in das Land der Besatzungsmacht gehen. Was von den restlichen 20 Prozent auf dem Schwarzen Markt oder für Zwecke der Roten Armee verschwindet, kann ich nicht mit genauen Prozentzahlen angeben, aber Tatsache ist, daß für die Ostzone keinerlei Beschränkung in der Entnahme von Produktionsmitteln im Potsdamer Abkommen festgelegt ist, daß die Sowjets weder über die Reparationen aus der laufenden Produktion noch über die bisherigen Entnahmen Rechnung gelegt haben noch Rechnung zu legen willens sind und daß diese radikale Reparationspolitik jeden möglichen Industrie- und Reparationsplan für Deutschland bereits gesprengt hat. Selbst wenn man die sowjetische Reparationspolitik in die allgemeine Reparationspolitik gegenüber dem ganzen Deutschland einsetzt, ist nicht einmal die Durchführung dieses vorliegenden unzulänglichen Industrieplanes wegen der einseitigen Überbeanspruchung der deutschen Kapazität möglich. Hier haben wir also den echten Fall der Ausbeutung einer Nation durch die andere, wobei wir durchaus anerkennen, wie sehr der Osten durch den Überfall des Dritten Reiches verheert, verwüstet

und entvölkert ist. Jetzt aber wird eine Gesundung des Ostens durch die Aus-saugung Deutschlands nicht garantiert und ermöglicht, Dagegen wird das Ver-derben Deutschlands und damit eine Gefährdung Europas mit ziemlicher Sicherheit herbeigeführt.

Nun ist es die Demontagepolitik der Amerikaner und Briten, die den Schlüssel dafür in der Hand hat, ob Westdeutschland der Punkt der Gesundung ist. Eine aktive Politik der Demontagen wäre wirtschaftlich außerordentlich gefährlich, denn demontiert werden ja nicht die überalterten und zerborbenten Betriebe, demontiert werden die, produktionstechnisch bestens durchrationalisierten Betriebe, Demontiert wird immer nur das Beste der Wirtschaft, und das wirkt ökonomisch außerordentlich schädigend. Darüber hinaus fürchten wir einen psychologischen Schaden, von dem wir gar nicht wissen, ob er noch jemals repariert werden kann.

Es wird jetzt international sehr viel über den Zwang zum deutschen Export theoretisiert. Aber in der Bedrohung der deutschen Friedensindustrie wird noch mehr praktiziert. Hier scheinen Interessenten nicht nur Patente und Verfahrensmethoden, sondern auch die deutsche Exportkonkurrenz loswerden zu wollen.

Wir sind voll festen Vertrauens, daß die Labour-Regierung schließlich auch diesen Fragenkomplex beherrschen und bewältigen wird. Aber wir haben in der Zwischenzeit hier in der Zone sehr viel mit wirtschaftlichen Praktiken zu kämpfen, die mit der großen Politik der Labour-Regierung nur eine sehr entfernte Verwandtschaft haben. Und schließlich sollte man in England auch wissen, daß das große Experiment auf der kleinen Insel, für dessen Gelingen die ganze demokratisch-sozialistische Welt bangt, erst dann gesichert ist, wenn auf dem Festlande ähnliche sozialökonomische Strukturwandlungen vor sich gehen.

Wenn man aber bei der augenblicklichen gespannten Ernährungslage in den letzten Monaten in der britischen Zone sehen konnte, daß beispielsweise Konservenfabriken, Fabriken zur Erzeugung von künstlichem Fett und Kaffeeröstereien oder ähnliches demontiert worden ist, dann hat das weder mit einer Politik der Sicherung noch mit einer Politik der echten Reparationen zu tun.

Wir dürfen auch heute nicht verschweigen, daß einige Härten des letzten Winters hätten gemildert werden können, wenn die Bürokratie der britischen Besatzungsmacht etwas flexibler gewesen wäre. Ich denke an die Angebote aus Nachbarländern, aus Holland, Belgien und Skandinavien, Gemüse und Fette gegen bereits vorliegende Fertigwaren oder gegen Ruhrkohle zu liefern. Diese Angebote sind von der Wirtschaftsbürokratie immer abgelehnt worden, und wenn sie nicht abgelehnt wurden, durch einen unerträglichen Umrechnungskurs von Mark und Dollar unmöglich gemacht worden. So erreicht man zwar den Zustand, der an sich begrüßenswert ist, daß für die Interessen des britischen und amerikanischen Steuerzahlers keine neuen Ansprüche gegenüber Deutschland entstehen, aber man erreicht zu gleicher Zeit auch damit, daß gerade die kleineren Länder um Deutschland herum in ihrer akuten Absatzkrise bleiben und auf gar keine Reparationskapazität Deutschlands in der Zukunft hoffen können. So erreicht man die Verlängerung der krisenhaften Zustände vor allem in Holland und Danemark, so erreicht man auch Kapitalinvestierungen in Schweden und anderen Ländern. So erreicht man die europäische Anarchie, aber nicht die europäische Gesundung. Man muß schon das Stadium der Interessentenpolitik zugunsten einer höheren Einsicht überwinden.

In dieser Situation ist bei klarer Erkenntnis dessen, was kommen mußte, am 26. September 1946 von der Sozialdemokratischen Partei die Kölner Resolution gefaßt worden. Diese Kölner Resolution ist keine kurzfristige Aktionsformel, ist kein Dogma, kein Katechismus, vor allen Dingen kein Ultimatum an die Besatzungsmächte. Diese Kölner Resolutionsformel hat in sich die Weitfrichtigkeit durch eine Reihe von Bedingungen, ohne die die Beihilfe des demokratischen Sozialismus bei einem Versuch der Demokratisierung Deutschlands sinnlos sein würde. Die Kölner Resolution ist die Proklamation des Grundsatzes, daß es keine Überanstrengung des guten deutschen Willens ins Uterlose geben kann. Die Alternativmaßnahme, von der die Sozialdemokratie dort spricht, ist die zentrale Zurückziehung aller

Minister aus allen Landesregierungen, wodurch die Möglichkeit der länderindividuellen Zurückziehung ja nicht berührt wird. Wenn wir nach genauer Prüfung des Sachverhalts die letzte Konsequenz aus der Kölner Resolution im Januar dieses Jahres nicht gezogen, sondern negiert haben, so haben uns zwei Gründe dazu bewegt. Einmal standen wir am Vorabend von Moskau. Wir mußten da für unser Volk alle Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung lebendig erhalten, und sicher ist im Verlauf dieser Moskauer Konferenz auch das Auge der Welt für das deutsche Feld ein anderes geworden. Daß wir recht damit getan haben, zeigt jetzt die Situation der amerikanischen Hilfsaktion. In dieser Situation müssen wir die Möglichkeit haben, für diese große Partei und die ihr vertrauenden Teile Deutschlands auch eine aktive Politik in jeder Gestalt und jeder Form zu treiben. Wir müssen diese Möglichkeit als Partei haben, aber auch im bizonalen Wirtschaftsrat. Der bizonale Wirtschaftsrat hat nicht nur gegenüber den deutschen Ländern etwas durchzusetzen, er ist jetzt der deutsche Stimmführer für ökonomische Notwendigkeiten gegenüber Europa und der großen amerikanischen Aktion. Die Partei selbst wird immer auf das Recht, hier mitzureden und mitzugehen zu wollen, nicht verzichten können. Die Kölner Resolution, im Krisenwinter in Kraft gesetzt, war die Sorge um das Schicksal der europäischen Lebensverhältnisse. Wenn wir in Deutschland in Sachen der Demokratie abstinent geworden wären, dann wäre wahrscheinlich ein Wettlauf der Parteien in Sachen des Nationalismus entstanden, und dann wäre wahrscheinlich die Demokratie in Deutschland tot. Aber ein nichtdemokratisches Deutschland bedeutet die tödliche Gefährdung der Demokratie in den anderen europäischen Ländern. Hier stehen wir auf Vorposten. Genossen und Genossinnen, wir haben auch nach den Gesetzen des echten Kampfes direkt mit dem Gesicht zur Demokratie zu agieren. Wir können uns die gemütlichen, großväterlichen, vereinsmeierlichen Methoden der Politik nicht gestatten. Wir müssen als Partei kämpfen und stets in den Formen des Kampfes leben. Sonst wehe nicht nur Deutschland! Sonst würde unser Versagen eine Bedrohung der Freiheit in Europa bedeuten.

Nun, das Volk hat uns sehr gut verstanden. Denn nach diesem Beschluß in dem Krisenwinter haben wir bei den Wahlen in der britischen Zone einen Erfolg errungen, der mehr als ein Erfolg ist. Ich meine jetzt nicht nur die 380 000 Stimmen Vorsprung vor der CDU. Wenn man Hamburg mitzählt und berücksichtigt, daß im Oktober 1946 auch Bremen und Wesermünde gewählt haben, ist das ja ein Vorsprung von weit mehr als 600 000 Stimmen. Es trägt das schon ein Zeichen kraftvollen Vertrauens in sich, ein Zeichen dafür, daß die Deutschen aus der Politik des Dritten Reiches zu einem erheblichen Teil doch etwas gelernt haben.

Denn alle objektiven Voraussetzungen sprachen doch dafür, daß die Deutschen jetzt aus Protest kommunistisch wählen mußten hier in Westdeutschland. Sie haben es nicht getan. Die Kommunisten sind in der britischen Zone in ihrer Stimmenzahl unter zehn Prozent geblieben. Sie haben eine deutliche Vergrößerung nur in den Industriegebieten bekommen, wo erstens die zerschmetterten Behausungen keine Massen von Flüchtlingen, die immer ein politischer Anschauungsunterricht sind, aufnehmen konnten und wo weiter die Besiedlung so dicht war, daß es in der Ernährung keine Ausweichmöglichkeiten mehr gab.

Die Sozialdemokratische Partei hat also das Gesetz des Handelns in dieser Periode nicht den anderen überlassen können, und wenn in München bei der Konferenz der Ministerpräsidenten eine kluge Selbstbeschränkung auf das Nötige in den dringenden Tagessorgen des Volkes erreicht worden ist, wenn man es vermieden hat, daß der uferlose Partikularismus und der primitive Zentralismus der SED gegen einander gestoßen sind, dann ist das nicht zum wenigsten ein Erfolg der Sozialdemokratischen Partei. Die Partei gewinnt an Geltung in der Welt.

Wir hatten in Zürich eine Stimme zur Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft der früheren zweiten Internationale nicht. Aber dieses Zürich war ein weiterer Schritt auf dem Wege, der mit der Einladung der Sozialdemokratie nach London begonnen hat. Und ich glaube, die Labour Party kann mit dem gleichen Stolz wie wir sagen,

die Einladung der Labour Party an die deutschen Sozialdemokraten war ein kluger und mutiger Akt internationaler sozialistischer Gesinnung. Alle diejenigen, die da so herumheimlichst haben, wie die Sozialdemokratie von der Labour Party als Instrument der englischen Außenpolitik gebraucht werden würde oder könnte, sind mit ihren Prognosen schön hereingefallen. Die Sozialdemokratie ist kein Instrument, und die Labour Party ist loyal.

Wenn man aber den inneren Mechanismus der europäischen Politik erkennen will, dann vergleiche man nur die Parteilienkonferenz von Zürich mit der Gewerkschaftskonferenz von Prag. In Prag sind die deutschen Gewerkschaften mit den Stimmen derselben Länder zum Beitritt herangerufen worden, die sich in Zürich gegen die Aufnahme der Sozialdemokratie ausgesprochen haben. Abstinent ist in beiden Fällen nur Polen gewesen. Aber auch Polen hat die Prager Konferenz nicht verlassen. Hier zeigt sich die Gefahr, in der die deutschen Gewerkschaften sind. In Westdeutschland leiden ja die Gewerkschaften durch die Politik des Preis- und Lohnstopps noch an einem gewissen Mangel an eigentlichen gewerkschaftspolitischen Funktionen. Die Gewerkschaften in einem totalitären Staat freilich sind umgekehrt niemals Instrument der Arbeiterklasse, sondern Instrumente des Staates zur Beherrschung der Arbeiter, und dementsprechend versucht die kommunistische Politik, welche sich in der Ostzone natürlicherweise der Gewerkschaften bemächtigen konnte, sich jetzt auch der Gewerkschaften in den Westzonen zu bemächtigen. Man sucht den Mangel an gewerkschaftspolitischen Funktionen durch eine Überlassung an gewerkschaftsfremde, staatspolitische Funktionen für die Gewerkschaften zu ersetzen. Die Kommunisten machen jetzt in den Gewerkschaften des Westens den Versuch, diese für sich parteipolitisch zu erobern. Sie rufen damit die Reaktion der früheren Christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine hervor, und sie erzeugen eine politische Stimmungskrise. Und ich sage den guten Gewerkschaftlern und den sozialdemokratischen Funktionären in den Gewerkschaften: Ihr könnt das Ziel der politischen Neutralität der Gewerkschaften, das wir bejahen, nicht dadurch erreichen, daß Ihr den Gegnern der Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaften Narrenfreiheit gebt. Jetzt müßt Ihr als Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und in den Betrieben die Genossen um die Fahne der Sozialdemokratie sammeln. Die Gewerkschaften sind ja jetzt, wenn sie lohnpolitisch und sozialpolitisch in Funktion kommen, nicht auf diese Funktionen allein angewiesen. Den Gewerkschaften ist eine große Rolle bei der Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie zugebilligt. Und mit wem wollen die Gewerkschaften die Wirtschaftsdemokratie anders durchsetzen als mit und in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands?

Der ganze Komplex der Demokratisierung der Wirtschaft und der Sozialisierung ist keine fanatische Hingabe an Abstraktionen und Ideologien. Es geht um das ganz konkrete persönliche und menschliche Leben. Es geht auch nicht um Verstaatlichung im Sinne von Fiskalisierung. Es geht um zwei getrennte Komplexe: um Eigentum und um Mitbestimmung. Beim Kampf um die Sozialisierung wird von den Interessenten, besonders in den Kreisen der CDU, so eine fiktive Problematik konstruiert, und die angreifenden sozialistischen Kräfte sollen so durch eine Art Schattensboxen abgelenkt werden. Die Geschichte des Kampfes um die Sozialisierung in Rheinland-Westfalen liefert da ja lehrreiche Beiträge. Wenn wir die Sozialisierung wollen, so wollen wir sie hinreichend begründet ökonomisch, aber darüber hinaus wollen wir sie politisch. Denn wenn so herumheimlichst wird um die Eventualitäten deutscher Aggressionspotenz, dann, Genossinnen und Genossen, geht es doch nur immer darum, wie man Europa vor der Unzufriedenheit von 70 Millionen Menschen sichert, die in den Abgrund zu versinken drohen. Und die Sozialisierung ist ein Mittel der Sicherung gegen das Versinken. Aber die Sozialisierung ist auch ein Mittel dafür, daß die Waffen der Wirtschaft und der Verfügung über die Wirtschaft nicht in falsche Hände kommen.

Es sind vor allem politische Notwendigkeiten, die uns zu dieser Haltung treiben. Wir stehen vor der einmaligen Chance, die Clliquenüberreste der großkapitalistischen Kräfte in Westdeutschland zu entmachten. Diese Clliquen haben den Ruin Deutschlands und die Zerstörung Europas herbeigeführt, und die Clliquen sind in ihrem

Denken nicht mehr korrigierbar. Man muß zu diesen Klassen ja oder nein sagen, und wir sagen nein zu ihnen, weil wir zum Sozialismus, zum Frieden und zur Demokratie ja sagen.

Wenn man diese Cliquen weiter agieren läßt, dann haben sie von neuem die Möglichkeit, den Mittelstand und die Bauern, wie in der Vergangenheit, politisch mit sich zu fusionieren. Aber das wäre ein entscheidender Schlag gegen die progressiven Kräfte in Europa, denn diese Kreise sind auch bereit, die Verelendung zu organisieren, wie sie es vor dem Anbruch des Dritten Reiches und in der Periode der Inflation bereits zweimal getan haben.

Jetzt sind die Cliquen geduckt und verstecken sich in der Hintergründigkeit der CDU und des Systems der wirtschaftlichen Fachgruppen. Ihr einziger Gedanke ist: es wird doch alles vorübergehen. Aber in ihren Intentionen leben sie in ihren alten Vorstellungen, Machtprägungen und Cliquenwünschen.

Naiver als die CDU ist die Deutsche Rechtspartei. Aber der deutsche Kapitalismus versucht heute, der Welt einzureden, daß der Nazismus durch konservative Kräfte überwunden werden könnte, und das ist der falsche Schluß. Der Nazismus kann nur durch progressive, pazifistische und sozialistische Kräfte überwunden werden.

Man kann auch die Sozialisierung nicht so vornehmen, daß man ein großes Abkaufen gegen den vollen Wert gegenüber den Herren von Kohle, Eisen, Stahl, Chemie, Energie, Zement und Bodenschätzen vornimmt. Nein, nein, wer te Genossen, und Genossinnen, es geht nicht um den Abkauf. In Wahrheit hat die Politik der Hochschutzzölle für Teile der Industrie und für den ganzen deutschen Großgrundbesitz bereits das Mehrfache des gesamten vorliegenden Kapitals reproduziert gehabt, und diese Leute haben es für sich und ihre politischen Zwecke verbraucht. Im Prinzip wäre hier die entschädigungslose Enteignung notwendig. Wenn man aus Gründen der Billigkeit oder aus Gründen der Rücksichtnahme auf die Kapitalbildung in anderen Teilen der Welt anders vorgeht, so muß ich doch sagen, daß man eine Entschädigung nicht über den Rahmen der allgemeinen Kriegssachschäden hinaus vornehmen kann. Es wäre noch zu überlegen, ob dieser Entschädigungsanspruch dann gegenüber der Allgemeinheit, also der Gemeinschaft der Steuerzahler, zu erheben wäre oder nur gegenüber dem enteigneten Betrieb, für dessen Prosperieren oder Nichtprosperieren ja der Enteigner durch seine bisherige Wirtschaftsführung auch verantwortlich ist.

Wir demokratischen Sozialisten wollen die zentrale Planung in der Wirtschaft. Aber wir wollen nicht die detaillierte zentralistische Planwirtschaft. Es gibt keine größere moralische und intellektuelle Unredlichkeit als der Versuch der Besitzbürger, die Kriegswirtschaft und die bürokratische Bewirtschaftung des Mangels mit dem Sozialismus zu identifizieren. Kürzlich ist sogar einmal der klassische Satz gefunden worden, Hitler sei die logische Konsequenz marxistischen Denkens. Wir demokratischen Sozialisten wollen nicht gegen, sondern mit dem Selbsterhaltungstrieb und dem gesunden Erwerbstrieb unsere Wirtschaftspolitik machen. Wir wünschen eine Konkurrenz auch der sozialisierten Betriebe, nach Möglichkeit im Rahmen der Marktwirtschaft.

Die deutschen Unternehmer versuchen, sich jetzt mit ausländischer Hilfe zu verbünden und sich dadurch vor dem Zugriff zu retten. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Konzernentflechtung der eisenschaffenden Industrie in der britischen Zone. Diese Konzernentflechtung hat zu einem echten Prozeß der Rekapitalisierung geführt. Man will die Sozialisierung hinausschieben beziehungsweise auf ungeeignete und schwache Objekte beschränken. Man will retten, was zu retten ist. Ein Gremium von Leuten, die bereits in der Nazi Herrschaft Herren in der Montanindustrie und Mitglieder internationaler Stahl- und Eisenkartelle waren, versucht jetzt, diesen Teil der deutschen Wirtschaft für sich zu organisieren. Die Männer der Vereinigten Stahlwerke und die Leute von Flick, von Klöckner, von Hoesch, vom Otto-Wolff-Konzern und von all den Konzernen, die für die Politik des Dritten Reiches, ihr Zustandekommen und ihre Durchführung, verantwortlich sind, ein Gremium dieser Leute versucht nun auf dem Wege der Entflechtung sich der Herrschaft über die

entflochtenen Betriebe zu bemaßigen. Dabei geht man sogar so weit, daß man konzernfreie und staatselgene Betriebe in diese Entflechtungsaktion hereinbringt. Ich will aus Mangel an Zeit die Technik dieser Methoden hier nicht schildern. Ich will aber doch darauf hinweisen, daß mit diesen Mitteln die großen Privatbanken, wie Dedi-, Commerz- und Privatbank und Dresdner Bank, wieder in das Geschäft eingeschaltet werden. Ich glaube, die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften sollten gegenüber diesen Cliquen mit einer verschärften Politik der Sozialisierung und einer Politik der Bankenreform in die Lücke springen.

Nun fürchten wir Sozialdemokraten, daß die internationale Kapitalverflechtung jetzt die Beantwortung der deutschen Frage wieder unmöglich zu machen droht. Wir sollten der Welt zeigen, daß sozialisierte Unternehmungen reeller und kreditwürdiger sind als deutsche Unternehmer, und diese Sprache sollte man auch in Amerika verstehen. Die Grundsätze eines ehrbaren und anständigen Kaufmanns sind in einem sozialisierten Betrieb, bei dem die öffentlichen Einrichtungen, in dem die Sozialdemokratie, die deutschen Gewerkschaften und die Betriebsvertretungen etwas zu sagen haben, in besseren und sauberen Händen als bei den deutschen Unternehmern von gestern und heute.

Zur Politik der Desindustrialisierung möchten wir Sozialdemokraten noch sagen: Man kann Deutschland nur agrarisieren, wenn man es zu gleicher Zeit auch industrialisiert. Man kann nämlich auf dem Lande die Anbauflächen nur vergrößern und intensivieren und dort größere Massen ansiedeln, wenn man auch zu gleicher Zeit hinreichende industrielle Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Andernfalls erzeugt man die Landflucht der Menschen mit dem Ziel, sich bei den standortgebundenen Industrien anzusiedeln. Es kommt hier wirtschaftlich und politisch sehr viel, ja, entscheidend darauf an, die jämmerlichen Verhältnisse der Vertriebenen und Ausgebombten zu verbessern. Andernfalls steckt hier die Gefahr einer Politik des fünften Standes. Ein fünfter Stand würde sich wie ein Bleigewicht an den Kampf des vierten Standes hängen und würde ein System der deutschen Schutzkonkurrenz wider den Willen der deutschen Arbeiter auf dem europäischen Arbeitsmarkt mit sich bringen. Diese Gefahren werden um so größer, je hemmungsloser die deutschen Unternehmer in ihrem Klasseninteresse schrankenlos walten können.

Innerhalb der vom Versinken bedrohten Schichten des Volkes müssen wir Sozialdemokraten jetzt unseren Blick auf eine Schicht lenken, von der viel zu lange geschwiegen worden ist: die Hosenarmee der deutschen Kriegsbeschädigten. Es ist schon so weit, daß man nicht genug Material für die Beschaffung von Ersatzgliedern für amputierte Kriegsbeschädigte hat. Genossen und Genossinnen, mit diesem Vergehen gegen die Menschlichkeit können wir uns nicht belasten. Wir müssen immer an der Seite der Kreise kämpfen, die im großen Lebenskampf die elendesten und die schwächsten sind. Denn die deutschen Kriegsbeschädigten sind im Produktionsprozeß nützlich und wertvoll. Sie werden von uns nicht zur Seite geworfen. Sie werden von uns aufgefordert, produktive Arbeit zu leisten, und sie können sie leisten.

Erstaunt sind wir aber darüber, Genossen und Genossinnen, daß die Telle der Menschheit, die am stärksten vom Dritten Reich verfolgt waren, heute so wenig Hilfe und Verständnis bei der Welt draußen finden. Von uns, den politischen Kämpfern gegen das Dritte Reich, will ich nicht reden. Aber sprechen wir einmal über den Teil der Menschheit, der zu allem tatsächlich durch die Furchtbarkeit der Schläge, die er empfing, noch das Symbolhafte des ganzen Leids auf sich nehmen mußte, sprechen wir einmal von den Juden in Deutschland und der Welt. Es ist überraschend, daß die Siegermächte auch in der einheitlichen Behandlung und Entschädigung der Juden bisher noch keine einigende Formel auf deutschem Boden gefunden haben. Es ist nämlich sehr schwer, ein allgemeines gleiches und gütliches Recht für alle Länder und Zonen zu schaffen, und eine gesamtdeutsche Antwort auf diese Frage setzt ja auch ein einheitliches deutsches Funktionieren in dieser Frage voraus. Gewiß, die Judenfrage wird nach der Meinung der Sozialisten erst gelöst, wenn die Frage des Sozialismus durchgeführt ist. Aber wenn in Deutschland keine Stelle ist, die zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sich bindend und verpflichtend mit der Frage der Juden befassen kann, ist es die Auf-

gabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hier den Mund zu öffnen und zu erklären: Das Dritte Reich hat den Versuch gemacht, die Judenheit in Europa auszurotten. Das deutsche Volk ist zur Wiedergutmachung und Entschädigung verpflichtet. Wir sind für Bestrafung derer, die sich an Verfolgungen beteiligt und durch sie bereichert haben. Wir sind für Verbot aller antisemitischen Propaganda und Aktionen. Wir treten ein für die Gewährleistung der Menschenrechte und die Herstellung entzogener Rechte. Wir wünschen eine internationale Garantie für die Juden in Deutschland.

Lassen Sie uns dazu mit einigen Worten einen Kommentar sagen. Gewiß ist auch die Gefahr eines Rassenantisemitismus in Deutschland nicht vorüber. Aber im eigentlichen sind doch die Gründe des Antisemitismus in Deutschland sozialer Art. Kratzt den Kapitalismus und Ihr werdet den Antisemitismus finden. Mit anderen Worten: Antisemiten sind heute in Deutschland die, die sich wirtschaftlich durch den Prozeß der Vertreibung und Ausrottung der Juden bereichert haben. Es gab nämlich in Deutschland nicht nur die laut skandalisierende Räuberbande, es gibt auch noch heute die Bande der sehr viel leiseren Nutznießer dieser großen Raub- und Vernichtungsaktion.

Die Sozialdemokratische Partei war in ihrer langen Geschichte stets die aktivste Bekämpferin des Rassenwahns, den sie als gefährlichste und unmenschlichste Irreführung in der Politik angesehen hat. Nach den Erfahrungen des Dritten Reiches muß es die Sozialdemokratische Partei von heute noch mehr und noch entschiedener sein. Sie steht und fällt mit der Idee von der Gleichheit alles dessen, was Menschenanbilitz trägt.

In Deutschland und in vielen Ländern Europas hat sich die Bürokratie von einer zu bejahenden sachlichen Notwendigkeit zu einem Umfang und einer Intensität entwickelt, die ihren eigenen Gesetzen folgt und die Gesellschaft entscheidend beeinflusst. In keinem Fall steht heute die Bürokratie in ihrer Größe noch in einem erträglichen Verhältnis zum Ergebnis des wirtschaftlichen Produktionsprozesses. Große Teile der Bürokratie müssen aus der Administration heraus und in die Produktion hinein. Die Bürokratie aber wächst nicht nur auf dem zentralen Sektor lawnenmäßig an. Die Länder, die diesen Vorgang bei den Zentralämtern so kritisch betrachten, leiden unter derselben Bürokratie im gleichen Umfang, und die private Wirtschaft, die die Bürokratie der zentralen Instanzen und der Länder kritisiert, hat selbst eine Bürokratie, die maßlos übersetzt ist und sich von der staatlichen und kommunalen Bürokratie nur dadurch unterscheidet, daß sie sich schwer bezahlen läßt. Die Fachleute und die Spezialisten in ihrer soziologischen Überbewertung sind nämlich auch ein Ausdruck der Entgeistigung der Politik und der Vermassung der Menschen. Der Wirtschaftsrat wird sich mit diesem Problem sehr eindeutig auseinandersetzen haben. Seine Aufgabe ist es, Initiative und Stoßkraft zu zeigen. Die Entscheidungen müssen von der Bürokratie fort und fest in die Hände des Wirtschaftsrats gelegt werden.

Ein großer Teil der Bürokraten steht politisch und gesellschaftlich dem Sozialismus feindlich gegenüber, versucht aber, ihn für sich auszunutzen. Die Bürokraten sind auch nicht für die Demokratie; sie versuchen aber, die Fassade der Demokratie für ihre bürokratische Impotenz auszuschlachten, und ihr übersetzter Verwaltungsapparat richtet allmählich an Anarchie und Demoralisierung mehr Schaden an, als jeder Import an Nahrungsmitteln wieder gutzumachen imstande ist.

Wenn umgekehrt die Kommunisten erklären, ihre Bürokratie habe nicht den Charakter einer eigenen Klasse, weil sie nicht über die Ausnutzung der Produktionsmittel entscheide, so ist das falsch. Die totalen Bürokraten des kommunistischen Staates haben die Entscheidung über die Produktionsmittel genau so wie die totalen Manager der privaten Monopolwirtschaft des Kapitalismus allein in der Hand. Die Situation wird richtig vom Genossen Paul Sering in seinem Buch „Jenseits des Kapitalismus“ folgendermaßen charakterisiert:

Diktatorische Planung unter Bedingungen der Massenarmut und der von oben kontrollierten Wissenszufuhr bedeutet Entwicklung zur Klassenherrschaft

der Bürokratie hin; demokratische Planung unter Bedingungen steigenden Lebensstandards und gleichmäßiger freier Bildungsmöglichkeiten bedeutet Entwicklung von jeder Klassenherrschaft fort.

Der internationale Sozialismus ist von den Ideen der Freiheit, der Demokratie und des Wesens des Genossenschaftlichen nicht zu trennen. Wenn es im Jahre 1917 in Rußland eine nationale Großtat Lenins war, die Technisierung des zurückgebliebenen Rußlands so vorzutreiben, daß mit ihrer Hilfe historische Entwicklungsperioden übersprungen werden konnten, so gilt das für Europa, seine Mitte und seinen Westen nicht. Ein im technokratischen Sinne ideales Funktionschema der Diktatur stößt unter den Bedingungen einer selbständig heranreifenden und den politischen Voraussetzungen der Demokratie unterliegenden Industriegesellschaft auf Widerstand, und dieser Widerstand muß zum Austrag kommen. Es geht hier um die entscheidende Frage, ob die kommunistische Politik in Deutschland nicht die entscheidende Störung jeder deutschen Möglichkeit überhaupt ist. Die Kommunisten haben ihren Auftraggebern seit 30 Jahren erklärt, sie seien stark genug, und ihre Mittel seien geeignet, die Erringung der proletarischen Diktatur in Deutschland durchzusetzen. Daß man den deutschen Kommunisten diesen auf der Hand liegenden Schwindel geglaubt hat, ist der entscheidende politische Fehler, der hier aufgetreten ist.

Die Demokratie beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der Ehrlichkeit. Die Demokratie kann nur leben, wenn die Menschen selbständig sind und den Willen zur Objektivität haben. Aber die technokratische und geradezu kriegswissenschaftliche Handhabung der politischen Mittel führt zum Gegenteil. Ich will mich hier nicht amüsieren über die kommunistische Strategie in der politischen Einkreisung der Bizone. Das wäre politisch noch denkbar. Aber wenn man untersucht, wie sie die Bizone aufzuspalten und in den Kessel zu nehmen sich bemüht, wie sie einmal den Versuch macht, die amerikanische Zone einzukreisen, dann wieder den Versuch macht, das Ruhrgebiet zu isolieren, dann muß man sagen, die Herren, die mit den Methoden der Kriegswissenschaft arbeiten, sind Gefangene ihrer eigenen Mittel und wissen gar nicht mehr, was diese Mittel bei den Leuten anrichten, die angeblich die Herren dieser Mittel sind. Es gibt bei einer solchen Politik keine Objektivität, keine Wahrheit, kein Vertrauen mehr. Es gibt nur das Machtstreben mit allen Mitteln. Alle geistigen und moralischen Hemmungen werden ausgeschaltet. Es gibt keine Anerkennung von Ideen und Persönlichkeiten. Aber es gibt auch keine Belastung durch Ideen und Persönlichkeiten. Es gibt nur Vorurteilslosigkeit in der Ausnutzung von Menschen und Situationen. Es gibt nur Zweckpropaganda mit machtpolitischem Ziel. Aber diese Entfremdung der Wahrheit und der menschlichen Persönlichkeit wird vom deutschen Volke nicht akzeptiert. Das wäre nämlich nicht nur eine Politik der dehnbaren und veränderlichen, sondern auch der ersetzbaren und einander widersprechenden Mittel und Wünsche. Es ist die echte Politik des Warenhauses, die für jeden Geschmack und in jeder Preislage etwas hat. Sie offeriert mir Agitationsartikel. Aber, werte Versammlung, die Prinzipien der Gegner werden so bedenkenlos von den Kommunisten angewandt, das Agitationsziel ist so verschieden von dem wirklichen Ziel, daß die Wahrheit, die ja jeder in Deutschland kennt, nachdem er zwölf Jahre Anschauungsunterricht im Totalitarismus gehabt hat, doch durchkommt und die Kommunisten hier einen schweren Triumph haben werden. Sie zeigen die Mechanik dieser Propaganda vor einem Volke, das in den zwölf Jahren auf diesem Gebiet sehr skeptisch und glaubenslos geworden ist und das jetzt die Situation ziemlich klar durchschaut. Wir wissen doch, gegenüber dem Totalitarismus der Kommunisten haben wir uns nicht gegen sachliche Programme und geistige Konzeptionen zu verteidigen, sondern gegen ein erkennbares und aufzeigbares System von Taktiken.

Die Mittel sind die gleichen wie in jedem Diktaturstaat. Man spekuliert auf die Angst der Massen vor der Gewalt. Aber diese Taktik des Führungsanspruchs, des Monopols auf die Fragestellung, der dauernden Beunruhigung, der Beschuldigungen,

der Beschimpfungen, des Dem-Gegner-immer-am-Halse-Hockens und An-den-Nerven-Zerrrens — diese Taktik kann nur Erfolg haben, wenn eine Voraussetzung gegeben ist, wenn nämlich die Objekte dieser Taktik meinen, daß sich hier ein unabwendbares und unabänderliches Schicksal abzeichnet, ein Schicksal, dem nicht auszuweichen ist. Wir Sozialdemokraten meinen, wir sollen uns auf ein solches System der Taktik gar nicht einlassen. Wir sollen den ganzen Wust kommunistischer Fragestellung und Zweckpropaganda mit einer Handbewegung beiseite schieben und unsere eigene Fragestellung, unsere eigene Zielsetzung mit unseren eigenen Mitteln betreiben. Wir haben keinen Schritt Bereitschaft, irgend etwas in Europa als unabänderlich anzuerkennen. Wir sind bereit, alle Kräfte im Kampf für die Veränderlichkeit und den Fortschritt einzusetzen. Wir Sozialdemokraten sind nicht geneigt, die Rolle des hypnotisierten Kaninchens in der Politik zu spielen. Wir halten die Angreifer für sehr laut, aber ohne eigene innere Kraft. Die Hypotheken, die auf der kommunistischen Politik lasten, sind zu groß, als daß sie durch Propaganda abgetragen werden können. Der Totalitarismus hat wohl die Menschen des Dritten Reiches schwächer und ärmer an Geist und Gesinnung gemacht, aber so arm und so schwach sind sie nicht geworden, daß sie nicht erkennen würden, daß sich hier jetzt dasselbe abspielt, was sich zwölf Jahre hindurch abgespielt hat.

Daß die Kommunisten sich damit aufs schwerste am deutschen Volk versündigen, wird auf sie wenig Eindruck machen. Es wird sie auch nicht beeindrucken, wenn wir ihnen sagen, daß die Demokratie durch nichts so sehr geschädigt wird wie durch ihren Mißbrauch des Wortes Demokratie. Für sie ist die Demokratie ja nur die Chance, die Demokratie in dem Staate der Demokratie mit den Mitteln der Demokratie zu schlagen. Das Beispiel des Nazierfolges übt hier eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf sie aus. Man kann aber sagen: Je totaler und potenziierter die politische Marschrichtung einer Besatzungsmacht, desto falscher ihre Beantwortung der entscheidenden politischen Frage. Die Kommunisten leiden allmählich in ihrer Propaganda unter typischen Halluzinationen vom Kapitalismus und vom Kommunismus. Wenn sie Worte wie Imperialismus, Demokratie und Kapitalismus hören, dann lösen sich bei ihnen darin Reaktionen aus wie bei den Völkischen und Nazi bei den Worten Marxisten, Juden und Freimaurer. Wir haben hier die Vorlagerung der Politik in ein theoretisierendes Gezanke und Gekeife um bloße Schemata. Wir erleben heute, daß man geradezu die ontologischen Methoden der Scholastik, die man seit Immanuel Kant tot glaubte, in der kommunistischen Dialektik wiedererkennen kann. Aber, Genossen, die Philosophie der Scholastik oder die komischen Kapriolen der Kommunisten können wir natürlich nicht als historische Dialektik übernehmen. Die angreiferischen Gebärden täuschen uns nicht darüber hinweg, daß die großen Propagandisten in Wirklichkeit Helden aus Angst sind, aus Angst vor ihren Auftraggebern, aus Angst aber auch vor dem deutschen Volk.

Die große Beschwörungsformel, von der sie sich die Bezauberung des deutschen Volkes versprechen, ist die nationalistische Phrase. Das beste Beispiel zu der Erklärung der Lage ist Berlin. Die Kommunisten, die immer zu Einheit und Gemeinsamkeit aufrufen, hätten hier in Berlin die Gelegenheit, Einheit und Gemeinsamkeit der Deutschen zu verwirklichen. Aber sie treiben eine Politik der Aufspaltung in Sektoren, und sie können nicht einmal im lokalen Rahmen Einheit durchführen. Die Kommunisten sprechen von nationaler Freiheit, und die nationale Freiheit, die die kommunistische SEP bringt, das die deutsche Freiheit, soviel Reparationen zu zahlen, wie Rußland beansprucht, und auf seine Kriegsgefangenen zu verzichten und sie zu opfern und die Idee der Freiheit mit dem Willen von Deutschland in Deutschland abschlachten zu lassen.

Aber die Massen nehmen einen Teil der Propagandaformeln in sich auf. In Deutschland nehmen sie gerade die nationalistischen Propagandaformeln auf. Wenn es den Nazis gelungen ist, den Abfall des ersten Weltkrieges bei sich zu sammeln, so möchten die Kommunisten das Konkurrenzmanöver für den zweiten Weltkrieg vornehmen. Aber der Appell an den Nationalismus hat nach jahrzehntelanger Heranzüchtung und nach zwölf Jahren Hitler-Diktatur in Deutschland ein be-

sonderes Echo. Die Illusion von Deutschland als einem privilegierten russischen Satellitenstaat, der dann die anderen, kleineren, schwächeren Satellitenstaaten schürzeln und treten könnte, — diese Illusion und die ganze Propaganda im Stile des „Freien Deutschland“ tragen ihre eigene Dynamik in sich, deren die Kommunisten nicht Herr werden können. Denn sie gebrauchen ja jetzt gerade die bürgerlichen Spezialisten und die militärischen Spezialisten. Und im Zeichen einer pangermanistischen Agitation eine panslawistische Politik für ein Land machen zu wollen — Genossen, das ist eine Sprengbombe, mit der auch kommunistische Narrenhände auf die Dauer nicht ungestraft spielen können.

Die Kommunisten sprechen jetzt dieselbe Sprache wie das Dritte Reich, wie das Kaiserreich, wie das Reich Bismarcks. Und wenn man ihre Agitationslyrik ansieht, dann meint man, manchmal die Kriegsverse von 1914 und manchmal Gedichte von Emanuel Geibel zu lesen. Das Ganze steht so auf dem Niveau einer Siegesallee in Gips.

Dem Appell an den Nationalismus muß die Sozialdemokratie entgegentreten, sei es der Neonationalismus der Kommunisten, sei es der alte Nationalismus der Besitzbürger. Der moderne Nationalismus ist nur eine Waffe in dem Kampf um die Macht im Staate, ein Versuch, die Menschen geistig zu betäuben und gleichzuschalten und sie dann nach den Gesetzen der Mechanik als politische Materie zu behandeln.

Wenn der kommunistische Totalitarismus jede Kritik als entmutigend und demoralisierend, als schwächend und lähmend unterdrückt, hört der Rechtsstaat auf zu existieren. Zum Rechtsstaat gehört die geordnete Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Er ist nicht denkbar auf der Grundlage einseitiger Herrschaftsansprüche und einseitiger Leistungen und Pflichten. Ein politisches Monopol widerspricht in jedem Falle den Interessen der arbeitenden Massen. Wenn die Polizei in der Lage ist, willkürliche Verhaftungen vorzunehmen und ohne Öffentlichkeit Urteile zu fällen und zu vollstrecken, wenn ihr jede Möglichkeit zur Vernichtung und Bestreitung von Freiheit und Leben gegeben ist, dann haben wir den fanatisch übersteigerten Zustand eines sogenannten aufgeklärten Absolutismus. Aber tatsächlich ist es ein Absolutismus mit sehr unaufgeklärten und barbarischen Methoden. Es gibt keinen Rechtsstaat ohne Rechtssicherheit für den einzelnen Menschen, ohne Freiheit. Die Stabilisierung der sozialen Beziehungen kann nicht durch die politische Polizei geschaffen werden, und gerade die verarmten arbeitenden Massen können ohne Demokratie nicht leben.

Die „Volkstimme“ in St. Gallen hat am 21. April 1947 ein Gespräch zwischen dem führenden englischen Genossen Laski und Stalin wiedergegeben. Danach hat Stalin gesagt:

Rußland kennt nicht die freiheitliche Tradition des Westens. Rußlands Weg zum Sozialismus ist ein anderer als der des Westens. Die westeuropäische Arbeiterschaft kann sehr wohl ihre Ziele mit dem Mittel der Erringung einer parlamentarischen Mehrheit erreichen.

Damit ist von kompetenter Seite die dürftige Hilfsstellungstheorie, daß eine parlamentarische Demokratie zu ihrem Funktionieren die Existenz einer liberalen Klassenbourgeoisie benötige, erledigt worden. Die Massen des deutschen Volkes und die Massen der deutschen Arbeiterklasse erklären sich eindeutig für die Demokratie und für die Methoden der parlamentarischen Mehrheit.

Aber man soll diese Möglichkeiten dem ganzen deutschen Volke geben. Daß man die Sozialdemokratie in der Ostzone verbietet, unterdrückt und verfolgt, ist nicht in erster Linie eine Frage der Sozialdemokratischen Partei. Es ist die nationale Frage der Deutschen schlechthin. Es ist die Frage nach der Rechtsgleichheit, nach der staatsbürgerlichen Gleichheit aller Deutschen, und es ist die Frage nach der Weltdemokratie. Ich glaube, wir sind nicht zu skeptisch und nicht zu vorsichtig, wenn wir sagen, die Weltdemokratie erlebt jetzt ihre Weimarer Periode. Wir Sozialdemokraten aber haben aus der Zeit von Weimar etwas gelernt. Wir haben gelernt, daß es gilt, bereits den Anfängen zu widerstehen.

Und wir stellen uns gegen jeden Versuch, möge er vom Großbesitz, möge er von den Kommunisten ausgehen, der dahin geht, die Demokratie umzubiegen, zu verflöschern und schließlich zu vernichten.

Nun, Werte Genossen, mit welchen Methoden in der Ostzone gekämpft wird, zeigt ein gefälschter Brief, der in der Ostzone verbreitet wird. Der Briefkopf trägt die Worte: „Sozialdemokratische Partei, Der Parteivorstand, Hannover“. Die Genossen werden da angeredet, ob sie bereit seien, für den Fall der Zulassung der Sozialdemokratischen Partei eine Funktion in dieser Partei anzunehmen. Ein Teil dieser Genossen war vorsichtig und hat nicht geantwortet. Ein Teil war unvorsichtig und hat geantwortet. Von denen, die geantwortet haben, ist keiner mehr zuhause.

Nun braucht Deutschland eine verantwortliche Führung, und sicherlich kann die verantwortliche Führung nicht aus der Addierung des Willens der Länderregierungen entstehen. Sicherlich kann diese verantwortliche Führung nur aus dem Willen der Parteien für ganz Deutschland, aus den Wahlen zu einem Parlament für ganz Deutschland entstehen, und aus diesem kann sich dann eine Gesamtregierung ergeben. Aber eine Gesamtregierung ist ein Unsinn, wenn sie bloß ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses der Siegermächte untereinander ist. Eine Gesamtregierung ist nur dann zweckvoll und hat einen Sinn, wenn sie der Ausdruck des ungehinderten freien deutschen Volkswillens ist. Nun haben eine Reihe von nicht-kommunistischen Kräften sich um die Bildung einer nationalen Repräsentation bemüht. Aber es gibt keine Institution, die eine magische Wirkung ausgeübt hat. Auch wir halten eine nationale Repräsentation für notwendig. Aber wir halten sie erst dann für möglich, wenn die politischen Rechte in allen Zonen gleich sind, und wir halten sie auch erst dann für möglich, wenn die nationale Einigung aus der ökonomischen Einigung aufbaut. Wir begreifen den propagandistischen Wert dieser nationalen Repräsentation, die allmählich schon eine Propaganda für eine nationale Verfassung wird, durchaus und sehen ein, daß sie den besonderen Machtwünschen und Verhältnissen ihrer Zone zugute kommt. Aber wir müssen darauf hinweisen, daß die SEP nicht die einzige Partei in Deutschland ist, die vom Verbot und der Unterdrückung der Sozialdemokratie in der Ostzone profitiert. Es ist weder klug, noch loyal, noch geschmackvoll, wenn von Berlin die These verbreitet wird, die CDU sei die stärkste Partei in Deutschland, und dabei zum Beweise auch die Zahlen bei den Landtagswahlen in der Ostzone mit angeführt werden — denselben Wahlen, bei denen die Sozialdemokratische Partei verboten war, in ihren eigentlichen Hochburgen, wo sie immer am stärksten war, dem Verbot unterlag. Das zeigt den Gang der geschichtlichen Entwicklung. Allmählich spielen sich in Europa und vor allem in Deutschland die Kräfte, die bei den Kommunisten und bei der CDU ihre Zusammenballung finden, gegenseitig die Bälle zu. Es wird jetzt in Deutschland und Europa der Versuch gemacht, die politische Macht zwischen Kommunisten und CDU, zwischen nationalem Kommunismus und Kapitalismus zu vertellen. CDU und Kommunisten wollen beide die großen, harten Mühlsteine sein, zwischen denen die Sozialdemokratische Partei zerrieben wird.

Aber diese Sozialdemokratische Partei läßt sich nicht zerreiben. Sie kann nicht zerrieben werden, weil sie notwendig ist. Wir haben dies Spiel schon vor 1933 in Deutschland gesehen. Wir haben es speziell in den Jahren 1928/29, die für die deutsche Entwicklung entscheidend wären, sich anbahnen sehen: den autoritären Kapitalismus des damaligen Zentrums, der heutigen CDU, und den nationalen Kommunismus der Kommunisten. Wir haben gesehen, wohn diese Politik geführt hat. Und heute? Heute sehen die Kapitalisten in der Sozialdemokratie die einzige akute Klassenbedrohung, und die Kommunisten sehen in der deutschen Sozialdemokratie die einzige bedingungslose Kämpferin gegen den totalen Staat und für die menschliche Freiheit.

Die deutschen Parteien haben noch nicht ihre endgültige Gestalt und Form gefunden. Die CDU hat als erste der großen Parteien aus ihrem Improvisationscharakter, aus ihrer Politik der verkleidenden Maskierung heraus in den großen Schmelztiegel der Parteienkrise hineingehen müssen. Die Kommunisten beginnen jetzt, in die Parteienkrise hineinzugraten, nachdem ihr Versuch, mit Hilfe der SEP

in die Westzone einzudringen, so jämmerlich gescheitert ist. Die Kommunisten sollten erkennen, daß alle kommunistischen Verluste von den konservativen Kräften in der Welt mit großer Befriedigung betrachtet werden.

Nun, wer te Versammlung, auch die Sozialdemokratie wird als letzte der großen Parteien in eine solche Parteikrise hineingeraten, und wir meinen, sie soll dann auch in eine solche Parteikrise hinein. Denn Krise ist nicht nur Gefahr der Schwächung, Krise ist vor allem auch Chance der Stärkung. Unsere Stärke soll darin liegen, daß wir alle neuen Kräfte der Zeit, alle starken, zukunftssträchtigen Kräfte mit uns verbinden. Wir sind gerade in einem Prozeß größter Umwälzung der Parteien und ihrer Geisteshaltung. In solchen Perioden sind die Parteien ein ungeschriebenes Stück, Verfassung. Die Kommunisten sind das ungeschriebene Stück Totalitarismus und Antidemokratie. Der Kapitalismus benutzt die Demokratie nur als Tarnung und will sie letzten Endes aus der Welt haben. Auf Gedeih und Verderb ist nur die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der Demokratie verbunden. Die Sozialdemokratische Partei sieht sich als eine Partei neben anderen Parteien. Sie will nicht mehr und nicht weniger Einfluß, als ihr das deutsche Volk Vertrauen schenkt.

Aber dieses Vertrauen dann bis zur letzten Konsequenz für das Volk auch auszunutzen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Darum muß die Sozialdemokratie den Kampf um den Sozialismus heute in den Vordergrund schieben. Denn der Kampf um den Sozialismus ist der Kampf um die Gerechtigkeit. Wir müssen den Deutschen das Gefühl der Selbstachtung wiedergeben; denn nur so können wir sie zu einem Faktor des Friedens machen. Zu dem Gefühl der Selbstachtung gehört aber das Empfinden der Tatsache, daß das Höchste der menschlichen Güter die Freiheit ist. Revolutionäre Politik bedeutet eine den elementaren Bedürfnissen angemessene Politik. Revolutionäre Politik ist heute die freiheitliche Politik, für die Menschen, für die kleinen Leute in Europa zu kämpfen. Wir meinen, daß das Europa der französischen Revolution noch lange nicht tot ist, sondern etwas Neues hinzutritt, das, was Karl Marx einmal den „realen Humanismus“ genannt hat.

Wenn wir den Versuch machen, von irgendeinem Punkt der Zukunft aus unsere heutige Politik zu betrachten, so müssen wir sagen, keine Partei hat die Möglichkeit, immer fehlerfrei zu handeln. Aber die geistigen Grundlagen und die Aktionsrichtung der Sozialdemokratischen Partei sind richtig und können nicht anders sein, als sie heute sind.

Gegenüber dem Ausland und gegenüber dem Inland können wir sagen, wir sind zur Mitarbeit bereit, wir sind nicht bequem, aber wir sind reell. Wir haben ein festes Vertrauen zu der großen Mehrheit im Volke. Wir haben dieses Vertrauen zu unserem Volke, aber wir sagen der Welt, daß sie auch Vertrauen zur Internationalität des politischen Willens der deutschen Sozialdemokratie haben kann. Denn sehen Sie, Genossinnen und Genossen, nicht nur die Erkenntnisse, nicht nur die Erlebnisse, sondern ein gewaltiger geistiger Tatendrang bringt die Partei und bringt das deutsche Volk auf den Weg der Internationalität. Die Deutschen sind heute das letzte Glied in einer langen Kette, und solange irgendwo in der Welt ein Mensch noch besudelt wird, getreten wird und nicht seine Freiheit hat, solange werden die Deutschen auch nicht frei sein. Deswegen wollen wir Hand in Hand mit allen progressiven und friedliebenden Elementen der Welt kämpfen für die Demokratie, für den Sozialismus und für den Frieden. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Genossinnen und Genossen! Sie haben durch Ihren stürmischen Beifall unserem Genossen *Dr. Schumacher* selbst Ihren Dank zum Ausdruck gebracht. Genosse *Dr. Schumacher* hat uns in seiner großen Rede die Grundlagen zu der nunmehr erfolgenden politischen Aussprache gegeben. Wir schlagen vor, den Parteitag für heute zu vertagen und die politische Aussprache erst morgen beginnen zu lassen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Dann bitte ich die Delegierten, morgen früh Punkt neun Uhr hier anwesend zu sein.

Der Parteitag ist für heute geschlossen.

(Schluß der Nachmittagssitzung 18.22 Uhr.)

Zweiter Verhandlungstag

(Montag, 30. Juli 1947.)

Vormittagssitzung

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Die Verhandlungen des Parteitages sind wieder eröffnet. Bevor wir mit der Aussprache über das Referat des Genossen *Dr. Schumacher* beginnen, möchten wir noch einige uns zugegangene Begrüßungen hier bekanntgeben und außerdem noch dem Genossen *de Brouckère* und zwei anderen Genossen die Möglichkeit geben, hier zum Parteitag zu sprechen.

Zunächst möchte ich in unserer Mitte noch den Genossen *Wilhelm-Dittmann* begrüßen. (Beifall.) Der Genosse *Wilhelm Dittmann* ist gestern morgen aus Zürich hier angekommen, und es ist für uns eine besondere Freude, ihn in unserer Mitte zu sehen, weil er einer der Vorsitzenden des Einigungsparteitages der Sozialdemokratie, der vor 25 Jahren hier in Nürnberg stattgefunden hat, gewesen ist. Wir freuen uns, daß wir ihn jetzt wieder so frisch in unserer Mitte sehen.

Außerdem ist eingetroffen der Genosse *Ernst Paul*, Stockholm. (Beifall.) Der Genosse *Ernst Paul* ist der frühere Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei für die deutschen Gebiete der Tschechoslowakischen Republik. Der Genosse *Paul* lebt jetzt in Schweden und hat in den letzten Monaten im Auftrage des Parteivorstandes in besonderer Aufgabe die Verbindung mit unseren skandinavischen Genossen aufrechterhalten. Wir freuen uns, daß es ihm möglich war, zu unserem Parteitag zu kommen und an unseren Verhandlungen teilzunehmen.

Außerdem ist gestern der Genosse *Ritzel* aus Basel eingetroffen. (Beifall.) Auch der Genosse *Ritzel* ist vielen unserer Genossen und Genossinnen aus seiner früheren Tätigkeit in der Partei bekannt. Er bittet mich, gleichzeitig durch ihn die Grüße der Union deutscher sozialistischer Organisationen in der Schweiz zu übermitteln.

Genossen und Genossinnen! Dem Parteitag ist eine große Zahl von Begrüßungsschreiben zugegangen, von denen ich die bemerkenswertesten hier kurz erwähnen möchte. Wir werden den vollen Text dieser Kundgebungen an den Parteitag in das Parteitagsprotokoll aufnehmen. Ich werde aber auszugswise hier den Inhalt der wichtigsten Telegramme und Briefe bekanntgeben.

An erster Stelle möchte ich mitteilen, daß der Genosse *Irving Brown*, der in Deutschland der Vertreter der American Federation of Labor, der großen Gewerkschaftsorganisation in Amerika, ist, uns einen schriftlichen Gruß geschickt hat, in dem es heißt:

Ich bedauere sehr, daß ich nicht in der Lage bin, bei Euch zu sein bei dieser großen historischen Gelegenheit der europäischen Arbeiterbewegung. Die SPD repräsentiert die wahre Kraft des wiedererstehenden demokratischen Deutschlands. In den vor uns liegenden kritischen Tagen wird die SPD eine große Aufgabe zu erfüllen haben. Aber ich möchte Euch versichern, daß die American Federation of Labor alles in ihrer Kraft Stehende tun wird, der deutschen Gewerkschaftsbewegung und allen demokratischen Kräften Deutschlands zu helfen. Bitte, nehmt meine besten persönlichen Wünsche von einem entgegen, der viele von Euch persönlich kennt, und akzeptiert die Grüße der American Federation of Labor. (Beifall.)

Wir haben weiter ein Begrüßungsschreiben erhalten von der Cooperative Commonwealth Federation of Canada, die wir wie alle anderen sozialistischen Parteien zu unserem Parteitag eingeladen haben. Die Genossen schreiben uns, daß sie zu

ihrem großen Bedauern nicht in der Lage sind, einen Vertreter zu unseren Beratungen zu schicken, daß sie aber den Wunsch haben, wenigstens auf schriftlichem Wege ihre besten Wünsche und den Ausdruck der sozialistischen Solidarität der kanadischen sozialistischen Bewegung mit der deutschen Sozialdemokratie zu übermitteln. Sie sind überzeugt, daß ein solcher demokratischer Wiederaufbau von Deutschland nur möglich ist auf der Basis des Programms des demokratischen Sozialismus. Die Genossen drücken die Hoffnung aus, daß es der deutschen Sozialdemokratie gelingt, einen solchen Aufbau eines neuen Deutschlands zu vollziehen. (Beifall.)

Es liegen ferner telegraphische Grüße vor von der Sozialistischen Partei Amerikas. Die Genossen beglückwünschen uns zu unserem energischen Kampf für die Demokratie und den Sozialismus, gegen die kapitalistische Reaktion und alle totalitären Kräfte. Unterschrieben *Norman Thomas*, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Amerikas. (Beifall.)

Wir haben ferner ein Begrüßungsschreiben der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei von Rumänien erhalten. Die Genossen bedauern, daß sie durch die Praxis der jetzt in Rumänien regierenden Mächte nicht in der Lage sind, hier nach Deutschland einen Delegierten zu unserem Parteitag zu entsenden. Die unabhängige Sozialdemokratische Partei lebt im gegenwärtigen Augenblick unter Bedingungen, die ihr nicht die volle Bewegungsfreiheit im Lande und nach außen gibt. Sie möchte aber wenigstens schriftlich zum Ausdruck bringen, daß sich die unabhängigen Sozialdemokraten in Rumänien verbunden fühlen mit der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Wir haben dann ein langes Telegramm von der Auslandsorganisation der Sozialdemokratischen Partei Georgien erhalten. In diesem Telegramm weisen die georgischen Genossen darauf hin, daß die georgischen Sozialdemokraten in der ganzen Zeit ihres politischen Kampfes sich mit den demokratischen sozialistischen Kräften Deutschlands verbunden gefühlt haben, die in der Sozialdemokratie ihren organisatorischen Ausdruck gefunden haben. (Beifall.)

Wir haben weiter ein Schreiben der Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Schweden erhalten. Die Genossen hatten die Absicht, auch von ihrer Gruppe einen Delegierten zu entsenden. Das ist aus technischen Gründen nicht möglich gewesen. Sie bitten den Parteitag, ihre schriftlichen Grüße und die besten Wünsche für einen guten Verlauf unserer Verhandlungen entgegenzunehmen zu wollen. (Beifall.)

Wir haben ferner einen schriftlichen Gruß von der Landesgruppe der SPD in Bolivien erhalten. Die Genossen schreiben uns, daß sie trotz der großen Entfernung den engsten Anteil an unserer Arbeit nehmen und daß sie hoffen, recht bald wieder nach Deutschland zurückzukehren und in den Reihen der Sozialdemokratie in Deutschland selbst für die Demokratie und den Sozialismus arbeiten und kämpfen zu können. (Beifall.)

Ein telegraphischer Gruß ist eingegangen von dem Vorsitzenden der amerikanischen Vereinigung für ein demokratisches Deutschland.

Wir haben ferner einen Gruß erhalten mit folgendem Text:

Wir denken an Euch in diesen Tagen und an Eure große historische Mission. Brüderliche Grüße *S. Aufhäuser* und *Anna Aufhäuser*. (Beifall.)

Wir haben weiter einen Gruß bekommen von unserer Kreis- und Ortsvereinigung der SPD in Schleswig, in dem es heißt, daß die Genossen in Deutschlands hohem Norden den Parteitag herzlich grüßen und beste Wünsche für eine fruchtbringende Arbeit senden.

Ferner ist ein Gruß eingegangen von einem alten Sozialdemokraten, der jetzt in Südafrika lebt, von dem Genossen *Georg Ewald* in Pretoria.

Genossen und Genossinnen! Sie finden heute hier an der Rechten unserer Rednertribüne eine Fahne. Diese Fahne haben heute morgen die Genossen, die sie hier nach Nürnberg gebracht haben, uns übergeben mit der Bitte, diese Fahne nunmehr in die Obhut des Parteivorstandes zu nehmen. Es ist die Fahne, die *Ferdinand Lassalle* im Jahre 1863 dem Deutschen Arbeiterverein in Breslau gestiftet hat. In

dieser Fahne verkörpert sich die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit ihrem Beginn. Ihr Schicksal widerspiegelt all das Auf und Nieder, das unsere Partei in ihrer achtzigjährigen Geschichte durchlebt hat. Sie wurde getragen von den Proletariern Breslaus, als diese zum ersten Male als eigene Kampforganisation öffentlich in Erscheinung traten. Unsere Breslauer Genossen haben sie durch die düsteren Jahre des Sozialistengesetzes gebracht. Sie haben sie frei entfallet in den großen Kämpfen in der Monarchie für die politische Freiheit des deutschen Volkes. Sie haben sie stolz getragen in den Jahren der Weimarer Republik, und sie haben sie in Sicherheit gebracht, als das Dunkel des Faschismus über Deutschland hereingebroch. Zwölf lange Jahre wurde sie verborgen, und die Schergen der Gestapo haben sie nicht gefunden. Dann kam das Ende, und heute ist sie hier, weil einige unserer Breslauer Genossen, als sie vor der Wahl standen, ein Bettuch mehr oder diese Fahne in ihre neue Heimat zu bringen, sich entschlossen, diese Fahne mitzunehmen und nunmehr nach Nürnberg zu bringen. (Lebhafter Beifall.) Nun ist sie hier, und wir nehmen sie in die Obhut der Gesamtpartei als ein Symbol der schweren, aber glorreichen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Sie soll unseren weiteren Weg mit uns gehen, und sie soll uns voranwehen vor allem an dem Tage, an dem der endgültige Sieg unserer Ideen Deutschland zu einer dauernden Heimstätte der Freiheit, des Friedens und des Sozialismus gemacht hat. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Ich möchte nun, daß wir unserem Genossen *Louis de Brouckère* die Möglichkeit geben, zum Parteitag zu sprechen. Ich brauche Ihnen den Genossen *Louis de Brouckère* nicht vorzustellen. Er repräsentiert die Arbeit, die Anstrengungen aller der Kräfte in Europa und in der Welt, die in der Schaffung einer internationalen schlagkräftigen Organisation der sozialistischen Arbeiterbewegung das höchste Ziel gesehen haben. *Louis de Brouckère* war lange Jahre Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Er hat vor allen Dingen in den Jahren nach 1933, als unter dem Druck des Faschismus und des Nationalsozialismus auch die Existenz unserer internationalen Organisationen gefährdet war, mit allen seinen Kräften dafür gewirkt, daß diese organisatorische und ideelle Einheit der sozialistischen Parteien Europas erhalten blieb. Er mußte dann, als Hitler auch Belgien überfiel, ins Exil gehen. Wir, die wir in den Jahren des Krieges in London lebten, haben in diesen Jahren viele, viele Male erlebt, wie *Louis de Brouckère* auch in den dunkelsten Tagen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ohne Schwanken den Ideen des internationalen Sozialismus treu blieb und ständig bemüht war, in echter Kameradschaft und in sozialistischem Geiste die internationalen Kontakte unter den Sozialisten aufrechtzuerhalten. (Beifall.)

Nun ist heute *Louis de Brouckère* in unserer Mitte als der Vorsitzende der Kontakt-Kommission, die in Zürich gewählt wurde. Ich glaube, die deutsche Sozialdemokratie konnte sich keinen Besseren aus der Internationale an diesem Platze wünschen. Wir freuen uns, daß durch ihn und mit ihm die Wege zu einer engen und dauernden Zusammenarbeit der deutschen Sozialdemokratie mit allen anderen sozialistischen Parteien wieder aufgebaut werden können. Ich begrüße *Louis de Brouckère* und bitte ihn, zu einer Ansprache das Wort zu nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Louis de Brouckère (mit lebhaftem Beifall begrüßt; Redner spricht französisch; die Rede wird anschließend wie folgt ins Deutsche übersetzt):

Liebe Kameraden! Als Vorsitzender der internationalen Kontakt-Kommission möchte ich hier ein paar Worte zu Ihnen sprechen. Ich entschuldige mich, daß ich nicht in Ihrer Sprache zu Ihnen spreche. Ich verstehe zwar Deutsch, aber ich kann es nicht geläufig genug sprechen. Ich bin gestern in dieser so stark beschädigten Stadt angekommen. Ich habe den Vortag und den größten Teil der Nacht dazu benützt, um die Ruinen der deutschen Städte zu besichtigen. Und als ich diese kolossalen Trümmer sah, dachte ich an die großen Leiden des deutschen Volkes, ich dachte aber auch an die Ruinen, die ich in meinem Lande hinterlassen hatte, an die Ruinen in ganz Europa und auch in anderen Teilen der Welt. All diese Leiden sind uns gemeinsam, den Siegern und Besiegten. Nie hat es seit den Zeiten

der Barbaren so viel Leid gegeben, wie heutzutage. Wir leben in einem unbarmherzigen Zeitalter, und ich glaube, daß die Völker sich an dieses Zeitalter ewig erinnern werden. Aber die Frage ist: in welchem Geiste werden sich die Völker daran erinnern? Soll es in einem Geiste des Hasses, der Rachsucht und der Revanche sein, oder wird diese Erinnerung sie anspornen, sich zu verständigen. Heute gibt es für die Menschheit nur eine Hoffnung, das ist die Versöhnung zwischen den Völkern. (Beifall.) Es kann nur einen Sieg geben für die Menschheit, daß wir nämlich den Frieden erobern und wirklich organisieren. Nie sind die Worte von Marx und Engels so wahr gewesen wie heutzutage, daß sich die Arbeiter vereinigen müssen. Denn nur durch die Vereinigung der Arbeiterklasse kann der Friede und die Versöhnung gesichert werden. Es genügt aber nicht, daß diese geeinigte Arbeiterschaft eine bloße konfuse Masse ist, es muß eine Organisation zielbewußter Arbeiter sein. Diese Einigkeit der Arbeiterklasse ist nötiger denn je. (Lebhafter Beifall.)

Zur Zeit als Marx und Engels lebten, war der Kapitalismus grausam und erzeugte viel Leiden. Aber in der Zwischenzeit hat er sich in einen kriegerischen Kapitalismus gewandelt. Er war es vor dem zweiten Weltkrieg und ist es nach diesem Weltkrieg geblieben. Zur Zeit versuchen die drei größten Mächte, den Weltfrieden zu organisieren. Sie sind aber unter sich uneinig. Ich glaube deshalb, daß ein wirklicher Frieden nur durch die geeinte Arbeiterklasse erreicht werden kann. Ich möchte in dieser Hinsicht an die Worte meines Landsmannes, des Außenministers Spaak, erinnern. Er ist der erste Vorsitzende der UN, er ist ein Mann, der als Realist bekannt ist und der für Utopien nicht viel übrig hat. Dieser praktische Politiker hat zwei Jahre lang die Tätigkeit der Vereinten Nationen geleitet. Als Präsident der Vereinten Nationen und als verantwortlicher Außenminister Belgiens sagte er vor kurzem: „Es gibt nur eine Hoffnung, das ist die Schaffung einer starken Internationale!“ (Lebhafter Beifall.) Diese Internationale müssen wir aufbauen. Aber wir sind uns bewußt, daß viele Schwierigkeiten auf unserem Wege liegen, vor allem die bittere Erinnerung an den Krieg. Wenn ich hier von dieser Bühne aus erklären würde, daß in unseren Ländern keine bittere Stimmung gegen Deutschland in gewissen Volksklassen herrscht, würde ich lügen. Und wenn Ihr auf diesem Kongreß erklären würdet, daß in Deutschland keine Bitterkeit gegen die Okkupation besteht, dann würdet Ihr auch nicht die Wahrheit sagen. (Zustimmung.) Wir müssen den Schwierigkeiten, die auf unserem Leben liegen, ins Auge schauen und müssen danach trachten, sie zu überwinden.

Auf der Tagung in Zürich wurde von einem der Anwesenden erklärt — und dieser Satz ist mißverstanden worden —, daß der Hitlerismus das Ergebnis von drei Jahrhunderten deutscher Geschichte gewesen sei. Die Frage ist, wie wollt Ihr deutschen Sozialdemokraten der Evolution, die zum Nazismus geführt hat, entgegenarbeiten, und wie sollen wir als internationale Sozialisten Euch helfen, diese Evolution zu bekämpfen. Wir sowohl wie Sie haben in dieser Hinsicht große Pflichten. Deshalb ist eben die internationale Kontakt-Kommission geschaffen worden, um festzustellen und herauszufinden, wie Sie und wie wir in dieser Hinsicht tätig sein können. Diese Kontakt-Kommission, deren Vorsitzender ich bin, ist zusammengetreten, um Ihnen die nötigen Informationen zu geben über die Organisation der Sozialdemokraten im Ausland, und um den anderen Parteien die nötigen Informationen und die Klarheit zu verschaffen über die Lage in Deutschland, wie sie notwendig ist. Indem ich diese kurze Ansprache schließe, möchte ich wiederum an die Worte des belgischen Außenministers Spaak erinnern: „Die einzige Hoffnung für die Menschheit ist die Schaffung einer sozialistischen Internationale!“ Ich hoffe, daß sie bald Wirklichkeit sein und daß sie eine neue Gesellschaftsordnung schaffen wird, in der Frieden und Gerechtigkeit herrschen werden. (Lebhafter Beifall. — Im Anschluß daran wird von der Versammlung spontan die erste Strophe der „Internationale“ angestimmt und gesungen.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Ich habe noch die herzlichsten Grüße der Sozialdemokratischen Partei Finnlands zu übermitteln. (Bravo.) Der Parteivorsitzende der finnischen Sozialdemokratie hat dem Genossen *Ernst Paul*

mitgeteilt, daß die Partei leider nicht in der Lage gewesen ist, einen Delegierten nach hier zu entsenden, daß sie aber auf diesem Wege der SPD zur Kenntnis zu bringen wünscht, daß die finnische Sozialdemokratie sich mit der deutschen Partei verbunden fühlt und unserer Arbeit den besten Erfolg wünscht. (Bravo.)

Der Generalsekretär der schweizerischen Sozialdemokratie sollte als Delegierter der schweizerischen Sozialdemokratie auf unserem Parteitag sein. Er ist aus technischen Gründen bis heute verhindert zu erscheinen und bittet, zunächst auf diesem Wege der Sozialdemokratie die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche der schweizerischen Sozialdemokratie mitzuteilen.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokraten in Lettland sendet dem Parteitag aus Stockholm die herzlichsten Grüße. Die Demokratie Europas kann nur mit Hilfe eines demokratischen Deutschlands gesichert werden. Wir, die wir in den nazistischen Konzentrationslagern zusammen mit deutschen Sozialdemokraten waren, wissen, daß die deutschen Sozialdemokraten für dieses Ziel des internationalen demokratischen Sozialismus gekämpft und gelitten haben. Herzliche Grüße und beste Wünsche für den Erfolg Eurer Arbeit.

Das Wort hat nun der Genosse *Wilhelm Sander*, damit er im Namen der Auslandsgruppen der SPD der europäischen Länder einige Worte sprechen kann.

Wilhelm Sander: Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine besondere Ehre, nach diesem ergreifenden elementaren Gefühlsausbruch der Zusammengehörigkeit zur Internationale, nach den herzlichen, brüderlichen Worten *de Brouckères* Euch hier die Grüße Eurer deutschen Freunde und Genossen zu übermitteln, die in den Vereinigungen deutscher Sozialdemokraten in den verschiedenen Exilländern zusammengefaßt sind, in Schweden, Dänemark, Frankreich, Schweiz, Holland, England und in den verschiedenen Ländern Amerikas. Ich brauche nicht zu unterstreichen, daß die Entfernung uns nicht hindert, mit starkem brennendem Interesse Euren Verhandlungen zu folgen und Euch zu sagen und zu versichern, daß wir immer und überall, wo wir auch sind und arbeiten, uns als Brücke betrachten zwischen der Heimat, Euren Interessen und Forderungen und den Brüdern und Genossen draußen in anderen Ländern. Im Namen all der deutschen Genossen draußen im Ausland übermittele ich Euch die herzlichsten Grüße.

Aber es gibt noch eine andere Gruppe von Freunden und Sozialdemokraten, deren Zahl wir nicht genau feststellen können — es mögen Hunderttausende und es mögen Millionen sein —, die in diesen Tagen in Gedanken bei Euch weilen. Ich denke an unsere Freunde in der Kriegsgefangenschaft, an unsere Freunde hinter dem Stacheldraht. Wir haben in England dank der besonderen Betreuung der deutschen Kriegsgefangenen in diesem Lande die Möglichkeit, in unmittelbaren, persönlichen Kontakt mit den Kriegsgefangenen zu treten. Wir dürfen sie einladen und laden sie ein. Die jungen Kriegsgefangenen, die aus einem sozialistischen gewerkschaftlichen Milieu gekommen sind, nehmen Gelegenheit, mit uns in unmittelbaren persönlichen Kontakt zu treten. Sie haben unsere Mafeiern besucht, sie kommen auf unsere Veranstaltungen, und wir haben einen regen schriftlichen Meinungsaustausch mit ihnen. Wir wissen deshalb, wie sie denken und wie groß ihr Interesse an Euren politischen Forderungen ist. Wir wissen, wie dankbar sie der deutschen Sozialdemokratie sind, die sich zum Dolmetsch der Wünsche und Interessen der Kriegsgefangenen gemacht hat. (Beifall.) Die persönliche Bewegungsfreiheit der Kriegsgefangenen bei uns in England, die Fürsorge für ihre geistigen Interessen, ihre Fortbildungsmöglichkeiten sind groß, und wir erwarten in diesen Tagen weitere erhebliche Verbesserungen für ihre Lage. Wir hoffen und erwarten, daß ihre Bewegungsfreiheit so groß wird, daß sie die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen dürfen und daß dann ein noch engerer persönlicher Kontakt als bisher zu verzeichnen sein wird. (Beifall.) Aber wir wissen, daß alle Vorteile und Vergünstigungen und daß alle Freiheiten, die man ihnen in diesen Tagen gewähren wird, nicht die eine große Freiheit ersetzen werden, die der Wunsch aller Kriegsgefangenen ist, die Freiheit der Rückkehr, die Freiheit der Vereinigung mit der Heimat, mit Vater und Mutter, mit Weib und Kind. Deshalb sind die Kriegsgefangenen an

Euren Beratungen und Verhandlungen interessiert. Sie hoffen und wünschen, daß diese Verhandlungen mit dazu beitragen mögen, daß der Tag der großen Vereinigung der Kriegsgefangenen mit der Heimat recht bald eintreten möge. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Das Wort hat nun der Genosse *Friedrich Stampfer*.

Friedrich Stampfer (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen, meine lieben Freunde! Amerika ist ein großes Land, und so werden Sie sich nicht wundern, daß Ihnen von dort so viele Begrüßungen kommen. Auch ich habe Grüße zu bringen, Grüße von unseren deutschen Genossen in den Vereinigten Staaten, Grüße aber auch von den führenden Männern der großen Gewerkschaftsorganisation, der American Federation of Labor. Es ist mir ein Bedürfnis, heute an dieser Stelle auszusprechen, daß wir deutschen Sozialdemokraten in der amerikanischen Emigration an den führenden Männern der American Federation of Labor stets zuverlässige Helfer und Freunde gefunden haben. Nicht für uns persönlich — das würde keine Rolle spielen —, sondern für die Sache, für die wir kämpfen. Wir haben mit diesen Männern manche Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftspolitischen Fragen. Wir haben gar keine Meinungsverschiedenheiten mit ihnen in sozialpolitischen Fragen, in der Frage der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit, in der Frage der Notwendigkeit, eine menschenwürdige Existenz für alle Arbeiter in der Welt zu schaffen. Sie können dessen gewiß sein, daß die deutschen Arbeiter in ihrem Kampf um persönliche Freiheit, um ein menschenwürdiges Dasein in den amerikanischen Gewerkschaften stets zuverlässige Helfer und Bundesgenossen finden werden. (Beifall.) Um aber kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Ich komme zu Ihnen nicht als Vertreter einer ausländischen Organisation, ich komme zu Ihnen, den deutschen Sozialdemokraten, als ein deutscher Sozialdemokrat. (Beifall.) Hier stehe ich endlich wieder auf politischem Heimatboden. (Erneuter Beifall.) Wir haben in den letzten Jahren in Amerika einen sehr harten und schweren Kampf geführt. Ich glaube, ohne Unbescheidenheit sagen zu dürfen, daß dieser Kampf nicht ganz ohne Erfolg gewesen ist. Dabei möchte ich den Anteil an dem Erfolg, den wir deutsche Sozialdemokraten in Amerika für uns in Rechnung stellen dürfen, so gering wie möglich einsetzen. Aber es mag immerhin nützlich gewesen sein, daß wir da waren, daß wir die Gelegenheit hatten, Menschen guten Willens mit Informationen zu versehen, ihnen die Wahrheit über Deutschland zu sagen, die Wahrheit, die im Rausch der Kriegspsychose nur zu oft vergessen worden ist. Wir haben es im Ausland vielleicht noch mehr gefühlt als Ihr, was für einen furchtbaren Gegner Deutschland in Adolf Hitler hatte. Adolf Hitler hat einen Orkan des Hasses gegen das deutsche Volk, nicht nur gegen seine eigene verbrecherische Partei, sondern gegen das ganze deutsche Volk hervorgerufen, von dessen Stärke Sie sich keine Vorstellung machen können, dessen Kraft Sie aber gefühlt haben in den furchtbaren Ereignissen, die über Deutschland hereingebrochen sind, im Osten Deutschlands und in der Wirtschaftskatastrophe, die Deutschland nach der Niederlage erfaßt hat.

Nun ist seit jener Zeit — und das sind nicht viel mehr als zwei Jahre — in Amerika ein sehr deutlicher Umschwung eingetreten. Es war kein kurzer Weg von Morgenthau zu Hoover, vom Potsdamer Pakt zum Programm des Staatssekretärs Marshall. Es war kein kurzer Weg, aber er ist in kurzer Zeit zurückgelegt worden. Ein überraschender und erfreulicher Umschwung ist eingetreten. Ich kann die Ursache dieses soziologisch und politisch höchst interessanten Umschwungs hier nur ganz kurz skizzieren. Zunächst waren es wirtschaftliche Gründe, die ihn herbeigeführt haben. In der ersten Zeit herrschte die Richtung eines überspannten Wirtschaftsimperialismus vor. Man bildete sich ein, nun wäre die beste Gelegenheit, die deutsche und japanische Industrie totzuschlagen und damit den Weltmarkt zu beherrschen. Das war Wirtschaftsimperialismus in seiner reinsten Form. Mit der Zeit begann man aber zu merken, daß man von einem Weltmarkt gar nichts hat, wenn der Weltmarkt nicht bezahlen kann, daß sich das Exportieren nicht lohnt, wenn man dafür auch nicht importieren kann, daß Leistungen in die Luft ge-

blasen sind, wenn keine Gegenleistungen erfolgen. So kam man in verhältnismäßig kurzer Zeit zu der Erkenntnis, daß der Wiederaufbau der Industrie in Deutschland, in Japan und in der ganzen Welt im Interesse der amerikanischen Wirtschaft selbst dringend erforderlich ist.

Die zweite Reihe der Gründe für den Umschwung liegt auf politischem Gebiet. Es herrschte während des Krieges in Amerika eine geradezu stürmische und für den objektiven Beschauer manchmal humoristisch anmutende Begeisterung für den Bolschewismus. Der Salonbolschewismus war eine in den höheren Schichten der Gesellschaft allgemein verbreitete Erscheinung. Am schönsten charakterisiert war er in einem humoristischen Wochenblatt, dem „New-Yorker“. Da sah man zwei weibliche Vertreter des amerikanischen Hochkapitalismus, zwei Damen der amerikanischen Gesellschaft, wie sie ganz verliebt ein Bild Stalins betrachten, wobei eine zur anderen sagte: „Ich habe gar nicht gewußt, daß er ein Grübchen im Kinn hat!“ (Heiterkeit.) Solche Stimmungen waren begreiflicherweise vergänglich. Es gibt heute, glaube ich, keine Dame der Society mehr, die sich für das Grübchen im Kinn Stalins begeistert. Auch auf diesem Gebiet ist ein gründlicher Wandel der Stimmung eingetreten. Man hat Angst vor dem Bolschewismus, man hat Angst vor Sowjetrußland, ich glaube, viel mehr Angst als notwendig ist. Man hat aus diesem politischen Gesichtswinkel heraus erkannt, daß die vom Kriege her gewohnte Einteilung in sogenannte friedliebende Völker, die auf beiden Seiten Amerikas standen, und „Aggressoren“, die Gegner waren, nicht mehr aufrechtzuerhalten war.

Die dritte Reihe der Gründe für den eingetretenen Umschwung liegt auf einem ganz anderen Gebiet, dem geistigen, dem sittlichen, ja, ich möchte ganz offen sagen, dem religiösen Gebiet. Ich hätte eigentlich diese Ursache an die Spitze stellen müssen. Denn in der allerschlimmsten Zeit der Kriegspsychose waren es Männer des katholischen, des protestantischen und auch des jüdischen Bekenntnisses, die für Menschlichkeit, auch gegenüber dem deutschen Volke, eingetreten sind. Es war für mich ein tiefes Erlebnis, als der Berliner Oberrabbiner Dr. Beck nach Amerika kam. Er war in Theresienstadt, wo seine ganze Familie umgekommen ist. Er allein ist am Leben geblieben. Seine ganze Familie ist in Berlin ausgerottet worden. Er wurde in New York mit großen Ehren empfangen. Es wurden Interviews mit ihm veranstaltet, und was sagte dieser Oberrabbiner von Berlin? Er sagte: „Ich danke aus der Tiefe meines Herzens jenen Deutschen, die in der schwersten Zeit mir und meinen Glaubensbrüdern zur Seite gestanden haben. Ich habe keinen Haß gegen das deutsche Volk. Ich wünsche ihm eine glückliche Zukunft.“ (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, Genossinnen und Genossen, man mag über Religion wie immer denken, aber der wäre eine schlechter Sozialdemokrat, der vor solcher Gesinnung nicht den Hut zöge. (Sehr richtig!)

Es wird wohl geraume Zeit dauern, bis sich der Umschwung der Gesinnung, der in Amerika eingetreten ist, auch materiell auswirken wird. Es wird Ihnen gewiß zu lange dauern. Es wird noch manche Opfer kosten, bis das Ziel erreicht sein wird. Aber ich habe die Zuversicht, daß Amerika auf dem Wege, den es jetzt betreten hat, weitergehen wird, auf dem Wege zur Wiederherstellung eines starken Europa mit einem lebenskräftigen Deutschland.

Wie, frage ich nun, war es möglich, daß in dieser kurzen Zeit ein solcher Umschwung eingetreten ist? Das war möglich, weil Amerika, obgleich ein kapitalistisches Land, ein demokratisches Land ist, weil es dort Freiheit der Meinung gibt, weil dort selbst wir deutschen Sozialdemokraten als Ausländer unsere Meinung aussprechen konnten, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen. (Bravo!) Wir waren dort in Amerika, in dem kapitalistischen Amerika, in unserem Element, denn wir hatten die Freiheit der Kritik. Freiheit der Kritik ist das Lebenselement unserer Partei von Anfang an, und wir würden aufhören, deutsche Sozialdemokraten zu sein, wenn wir jemals auf die Freiheit der Kritik verzichten wollten. (Lebhafter Beifall.) Ich sage Euch trotz allen Hungers, der in diesem Lande ist: Selbst der elendeste Zustand, über den ich noch meine Meinung sagen darf, ist mir viel lieber, als ein an die Wand gemaltes Paradies, hinter dem ein Geheimpolizist sitzt. (Lebhafter Beifall.)

Zum Schluß darf ich noch eines sagen. Ich bin durch viele Länder gekommen. Ich habe viele Regierungen, Parlamente und Parteien an der Arbeit gesehen. Ich bin dabei zu dem Ergebnis gekommen: Wir deutschen Sozialdemokraten dürfen unsere Stirne hoch tragen, wir haben keinen Grund, uns vor anderen politischen Parteien in der Welt zu verstecken. Wir haben Fehler gemacht und wir haben diese Fehler kritisiert. Aber die Fehler, die wir begangen haben, sind doch winzig, bis zur Unsichtbarkeit winzig, gemessen an den Fehlern jener, die, statt uns zu helfen, uns bekämpften. Im Jahre 1932 dreizehn Millionen Kreuze in falsche Kreise — das sind jetzt dreizehn Millionen Kreuze auf Soldatengräbern in der ganzen Welt. (Sehr richtig!) Jedes Kreuz im falschen Kreis ein zerschossenes Haus! Jedes Kreuz im falschen Kreis ein verhungertes Kind! All das Elend, das ich hier in wenigen Tagen, die ich hier bin, in erdrückendem Maße gesehen habe, kommt doch nur daher, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit die Stimme seiner treuen Warnerin, der deutschen Sozialdemokratie, nicht hat hören wollen. (Sehr wahr.) Nun ist das große Unglück über uns gekommen. Und wer sagen würde, er hätte ein Rezept, um in wenigen Jahren all das Elend des größten aller Kriege zu beseitigen, wäre ein Volksbetrüger. Es gibt nur einen Weg, den die Erkenntnis weist, einen langen schwierigen Weg. Diese Erkenntnis ist aus Amerika gekommen, und macht jetzt die Runde um den Erdball: „Die Welt braucht Europa, Europa braucht Deutschland!“ Ich füge hinzu: Deutschland braucht eine starke, vom Vertrauen des Volkes getragene regierende Sozialdemokratische Partei. (Lebhafter Beifall.) Das ist der einzige Weg zur Rettung. Es gibt keinen anderen. Es ist kein kurzer, kein bequemer Weg, es ist ein steter, ein beschwerlicher Weg, ein gefährlicher, Opfer fordernder Weg. Aber es gibt keinen anderen. Darum, auf zur Arbeit, Genossinnen und Genossen! Deutschland und die Welt brauchen Euch! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Das Wort hat jetzt Genosse *Franz Neumann* zur Abgabe einer Erklärung:

Franz Neumann, Berlin (mit Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Wenn ich hier bei den Begrüßungsreden der ausländischen Gäste eine Erklärung abgebe, möchte ich vorher betonen, daß ich sie nicht als Berliner abgebe, da Berlin durch eine offizielle Vertretung vertreten ist. Ich spreche aber für Millionen von Menschen, die heute in Deutschland noch unter Verhältnissen leben, die man nicht als demokratisch bezeichnen kann. Ich spreche für die Genossinnen und Genossen der Ostzone. Die Genossinnen und Genossen der Ostzone, die nicht am Parteitag teilnehmen können, haben mich beauftragt, folgende Erklärung an den Parteitag zu übermitteln:

An den
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Nürnberg

Das schaffende Volk der gesamten Ostzone grüßt mit Stolz und Zuversicht den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Nürnberg. Wir erblicken in der Sozialdemokratie die einzige politische und moralische Kraftquelle der wahrhaften Demokratisierung Deutschlands.

Die großen gesellschaftlichen Umwälzungen, die sich in der ganzen Welt vollziehen, zeigen, daß der Gedanke des Sozialismus lebendiger ist denn je. Untrennbar ist mit ihm verbunden die echte Demokratie, zu der unabdingbar die Wahrung der Menschenwürde und Menschenfreiheit gehört. Jede Politik, die diese hohen Güter der Menschheit mißachtet, muß unweigerlich zu einer neuen Versklavung der Völker führen. Wir leben in einer Atmosphäre, in der Willkür, Spitzeltum und Meinungsknechtung als Demokratie bezeichnet werden. Die Einpeitscher des Zwangszusammenschlusses der Arbeiterparteien haben die besten Gefühle der schaffenden Bevölkerung zu einem widerwärtigen politischen Geschäft mißbraucht.

Die Arbeiterschaft Thüringens und Sachsens, seit nahezu einem Jahrhundert Vortrupp der sozialdemokratischen Bewegung, steht neben den anderen Ländern der Ostzone wieder einmal im Kampf um Freiheit und wahren Sozialismus. Noch müssen wir uns der Gewalt beugen, aber die SEP-Diktatoren von heute wissen, daß unser Wille eine politische Kraft ist, die sie eines Tages hinwegfegen wird. Wir sind mit Euch im Geiste verbunden. Keine Schmähungen Eurer Funktionäre, keine kommunistische Hetze in Wort und Schrift kann uns unserer Idee untreu werden lassen.

Wir haben in das Gesicht der Lüge, des Verrats und des Terrors geblickt und haben erkannt, was wir zu erwarten haben, wenn jene Verräter wahren Menschentums ihr Ziel erreichen würden. Wir aber wissen, daß nur die Vereinigung mit der großen deutschen sozialistischen Volksbewegung der Sozialdemokratie auch uns die Befreiung bringen kann. In diesem Kampfe uns eins mit Euch zu wissen, gibt uns die Kraft zum Ausharren. Unser Gruß ist uns Losung und Bekenntnis. Er war der letzte Gedanke unserer vom Faschismus Gemorjeten. Er sei uns Kampfruf bis zur Erreichung unserer großen Ziele.

Stolz bekennen wir uns zu Euch, Genossinnen und Genossen, und geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß mit Hilfe des werktätigen Volkes der Ostzone die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die beste Reparationsschuld abstatet, indem sie mitschafft:

Für die Welt des Friejens!

Für das eigene Volk die Verwirklichung von Sozialismus und Demokratie!

Die sozialdemokratischen Männer und Frauen der Ostzone grüßen den Nürnberger Parteitag, grüßen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, grüßen die Sozialisten in aller Welt mit unserem alten Kampfruf: Freiheit!

Vorsitzender *Ollenhauer*: Ehe wir jetzt in die Diskussion über das Referat von *Dr. Schumacher* eintreten, möchte ich noch den Antrag Nr. 8 des Bezirkes Groß-Berlin hier zur Abstimmung bringen. Er lautet:

In der Erwartung einer baldigen Verwirklichung der politischen und geistigen Einheit Deutschlands und in der Erkenntnis, daß diese durch die Organisation der politischen Parteien im ganzen Gebiet am besten gesichert wird, beantragen wir hiermit, den Landesverband Groß-Berlin der SPD als Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzuschließen.

Zur Begründung hat das Wort der Genosse *Franz Neumann*.

Franz Neumann: Nur wenige Worte zur Begründung. Viele werden sich wundern, daß wir diesen Antrag stellen müssen. Als wir im vorigen Jahre in Hannover, zum ersten Male zusammen waren, waren wir aus formaljuristischen Gründen nicht in der Lage, offiziell der Partei beizutreten. Wir waren in Berlin nach der Neugründung der Partei noch nicht zugelassen und waren in Hannover daher nur Gäste. Als diese Gäste haben wir uns im ganzen Jahre zwar nicht geföhlt. Wir waren immer die Genossinnen und Genossen der Sozialdemokratischen Partei des gesamten Deutschlands. Ich glaube, wir Berliner haben durch unsere praktische Arbeit auch im vergangenen Jahre bewiesen, daß wir würdige Mitglieder der gesamtdeutschen Partei sind. Aus diesem Grunde bitten wir um einstimmige Annahme unseres Antrages: Berlin ein Glied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen. Damit ist die

Berliner Sozialdemokratie auch formal das, was sie immer war, ein untrennbarer Bestandteil der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Noch eine technische Mitteilung. Bis heute nachmittag um 16 Uhr sind alle Vorschläge, die die einzelnen Bezirke oder Bezirksgruppen für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission zu machen haben, hier bei dem Präsidium des Parteitages abzugeben. Um 18 Uhr wird die Liste abgeschlossen, damit wir morgen früh für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission die Stimmzettel dem Parteitag vorlegen können.

Wir kommen dann zur Diskussion über das Referat des Genossen Dr. Schumacher. Bei diesem Punkt der Tagesordnung stehen mit zur Diskussion und Abstimmung: zunächst Antrag 1 der Landesorganisation Hamburg, außerdem aber auch die Anträge 2, 3, 4 und 5, die in der Vorlage zu Punkt 3 der Tagesordnung veröffentlicht worden sind, da diese Anträge sich auch auf den Inhalt des Referates von Dr. Schumacher beziehen. Wir werden in wenigen Minuten ferner eine Vorlage verteilen, die den Vorschlag einer politischen EntschlieÙung enthält, die Parteivorstand und Parteiausschuß zu machen haben. Auch diese EntschlieÙung steht dann zur Diskussion.

Ich mache schließlich die Genossinnen und Genossen darauf aufmerksam, daß nach der von uns beschlossenen Geschäftsordnung die Diskussionszeit zehn Minuten für jeden Redner beträgt.

Als erster Redner hat das Wort der Genosse Ernst Reuter, Berlin.

Ernst Reuter, Berlin: Genossinnen und Genossen! Die Annahme des Antrages, daß Berlin ein Glied der deutschen Sozialdemokratie sein soll, ermöglicht mir, die Diskussion als Berliner Delegierter und Vertreter der Berliner Sozialdemokratie zu eröffnen. Es kann in Deutschland keine Stadt geben, es kann in Deutschland keine politische Organisation unserer Arbeit geben, in der das Gefühl für die nationale Einheit unseres Landes, in der die Sehnsucht nach der Herstellung eines einheitlichen, freiheitlichen und demokratischen Deutschlands so stark und so lebendig ist, wie in unserer Stadt. Wir, die große 3½-Millionen-Stadt, die wir nur durch eingleisige Bahnen nach dem Osten, nach dem Norden und Süden, aber leider auch zu Ihnen nach dem Westen verbunden sind, wir, diese Stadt Berlin, können nicht leben, und wir wissen, daß wir auf die Dauer nicht leben können, wenn Deutschland nicht als eine politische, als eine ökonomische Einheit wiederhergestellt wird. Der Einheitsgedanke ist für uns in Berlin eine Frage auf Leben und Tod, ohne die wir auf die Dauer keine Existenzberechtigung haben. In den ungewöhnlichen Schwierigkeiten unserer besonderen Berliner Situation verkörpern sich die ganzen schwierigen Probleme, mit denen Deutschland als Gesamtheit zu rechnen hat, und mit dem Deutschland als Gesamtheit noch mehr zu rechnen haben wird, wenn erst an die Aufgabe herangegangen werden wird, ein einheitliches Deutschland auch politisch durch Schaffung einer einheitlichen Regierung zustande zu bringen. Wir verkörpern das Schicksal eines Volkes, das durch Zonen zerrissen ist. Denn durch unsere Stadt selbst gehen mitten hindurch die Sektorengrenzen, die unser Wirtschaftsleben in entscheidenden Punkten tödlich treffen und tödlich verletzen. Wir insbesondere in Berlin haben den Kampf für eine freiheitliche Selbstverwaltung zu führen, ohne die auf die Dauer ein Aufbau unseres Landes nicht möglich ist. Alles, was Sie in der Presse über die besonderen Probleme Berlins lesen, konzentriert sich immer wieder um die Frage, daß diese Stadt von vier Mächten besetzt ist, um die Frage, daß vier Kommandeure zu jedem Beschluß einheitlich ihre Stimme abgeben müssen in der Alliierten Kommandantur, daß diese Stadt um ihre eigene Selbstverwaltung immer noch kämpfen muß. Wir haben zwar vor dem Oktober 1946, in dem die Berliner durch ihre Abstimmung gezeigt haben, daß sie freiheitlich und demokratisch gesonnen sind, eine Verfassung bekommen, aber diese Verfassung kann täglich und stündlich durch neue Befehle der Alliierten Kommandantur abgeändert werden. Wir haben gerade gestern die Nachricht bekommen, daß die Alliierte Kommandantur in ihrer Sitzung vom 27. Juni, in der sie sich unter anderm über die Bestätigung der Wahl des Oberbürgermeisters nicht einig werden konnte und diese Frage an den Kontrollrat als höchste Instanz in Deutschland abgeben

mußte, einen unserer sozialdemokratischen Stadträte, den Genossen Nestriepke, seines Amtes enthoben hat. Wenn wir auch die Einzelheiten, die zu diesem Beschluß geführt haben, heute hier noch nicht in allen Details kennen, auch nicht den Wortlaut dieses Beschlusses, so ist es klar, daß ein solches Eingreifen in die Funktionen der von der Bevölkerung gewählten Selbstverwaltung allerschwerigste Probleme aufwirft. Man muß damit rechnen, daß nicht nur die sozialdemokratischen Mitglieder der Stadtverwaltung, sondern daß auch die Mitglieder anderer Parteien der Stadtverwaltung sich mit dem amtsenthobenen Stadtrat solidarisch erklären werden. Wir müssen damit rechnen, daß das ganze Gebäude unserer Verwaltung auf das schwerste von Unsicherheit und Ungewißheit in den Grundlagen erschüttert wird und daß der Gedanke der Demokratie, um dessentwillen doch die siegreichen Mächte in unsere Stadt eingezogen sind, schweren Schaden erleiden muß. Wir sind deshalb auch der Meinung, daß diese besonderen Probleme, die wir hier in Berlin auszufechten haben, nicht nur Berliner Probleme allein sind, sondern gesamtdeutsche Probleme. Denn hier wird exerziert, wie künftig einmal Deutschland verwaltet und regiert werden soll. Nicht wir haben die Bestimmungen der Notwendigkeit der Einstimmigkeit der vier Okkupationsmächte eingeführt. Sie ist von ihnen selbst eingeführt worden. Niemand muß so sehr wie wir und in Zukunft auch das deutsche Volk darunter leiden, daß die vier Okkupationsmächte sich auch in kleinen und unbedeutenden Fragen nicht einig werden können. Wenn wir, Genossinnen und Genossen, in diesem Kampf um unsere Selbsterhaltung etwas hartnäckig, etwas eisern und vielleicht auch etwas rücksichtslos darauf bestehen, daß dieses Recht der Selbsterhaltung uns nicht geschmälert werden darf, dann bitten wir den sozialdemokratischen Parteitag ganz Deutschlands, uns bei diesem unserem Kampf zu unterstützen, in der sicheren Erkenntnis und Überzeugung, daß dieser Kampf nicht ein Kampf für uns allein, sondern ein Kampf für Sie alle ist.

In der Stadt, in der wir leben, haben wir darüber hinaus andere Aufgaben positiv zu lösen, deren Lösung uns durch die besonderen Verhältnisse vorläufig außerordentlich erschwert wird. Wir sind eine Stadt internationaler Besetzung, und wir sind in unserem eigenen Interesse gezwungen, mit allen vier Besatzungsmächten diejenigen Beziehungen herzustellen, die die Voraussetzung dafür sind, daß das deutsche Volk seinen wirtschaftlichen und politischen Aufbau wirklich leisten kann. Es ist kein Zweifel, daß das besondere Problem in diesem Falle bei derjenigen Großmacht liegt, die, vom Osten kommend, einen großen Teil Deutschlands besetzt hat und die für alle Zeiten für uns ein lebenswichtiger Nachbar werden wird. Wir deutschen Sozialdemokraten müssen klar und offen und auch öffentlich bekennen, daß wir nicht nur keine Gegner dieses großen Landes sind, sondern daß wir aufrichtige und ehrliche Freunde des großen russischen Volkes sind und sein wollen, vor dessen gewaltigen kulturellen und politischen Leistungen uns mit Respekt zu verneigen durchaus am Platze ist. Wir wissen, was Rußland der Welt gegeben hat. Wir werden niemals die großen Leistungen der russischen Künstler, der russischen Kultur und Literatur verkennen, so wenig, wie wir verkennen werden, welche gewaltigen heroischen Leistungen das russische Volk in seiner Revolution zustande gebracht hat.

Nur eins, Genossen und Genossinnen, können wir nicht und werden wir niemals tun. Niemals werden wir deutschen Sozialdemokraten darauf verzichten können, unseren eigenen Weg als den demokratischen zu gehen. (Beifall.) Unsere demokratische, freihheitliche Überzeugung ist uns ein unabdingbares Recht, und welche Schwierigkeiten auch immer in dieser, wenn ich so sagen darf, belagerten Festung uns bevorstehen, immer wird über dieser belagerten Festung die Fahne der Freiheit und die Fahne der Demokratie wehen.

Wir sind als deutsche Berliner Sozialdemokraten stolz darauf, daß wir uns nicht nur auf unsere Bewegung stützen können, sondern daß die überwältigende Masse der Berliner Bevölkerung diesen unseren Kampf um eine echte, ehrliche, dauernde internationale Verständigung richtig zu würdigen weiß, daß die Berliner Bevölkerung begriffen hat, daß Freundschaft zweiseitig sein muß, daß sie nicht nur einseitig gegeben werden kann.

Niemand kann es mehr bedauern als wir, daß eine einzige Partei das Privileg für sich in Anspruch nimmt, dadurch, daß sie ununterbrochen Unruhe schafft, ununterbrochen unseren Widerstandswillen zu spalten versucht, eine solche Stadt wie Berlin nicht zur Ruhe kommen lassen will. Seien Sie sich darüber im klaren, Genossen und Genossinnen, das, was wir in Berlin durchzuexerzieren haben, das werden wir in ganz Deutschland durchkämpfen müssen. Deutschland kann seinen Weg auf die Dauer weder in einer einseitigen Orientierung nach der einen noch nach der anderen Seite finden. Deutschland kann seinen Weg nur finden, wenn es als Freund aller benachbarten Mächte selbständig seinen eigenen friedlichen Weg geht, den friedlichen Weg nicht einer nationalistisch-chauvinistischen Gesinnung, sondern den friedlichen Weg einer nationalen Selbstachtung, ohne die es keine Achtung auch von außen geben kann.

Frellich, Genossen und Genossinnen, der Kampf, den wir dort zu führen haben um unsere verfassungsrechtliche Situation, der Kampf, den wir um unsere Freiheit und Selbständigkeit zu führen haben, muß gleichzeitig verbunden und verkoppelt werden mit dem Kampf um unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau. Eine Stadt, die nur mit einem einzigen Gleise nach allen Seiten verbunden ist — über ein Gleis hinüber fahren alle Züge von Potsdam über Magdeburg, das grausam zerstörte Magdeburg, in dem wir auch noch einmal wieder zu sprechen hoffen — nach Helmstedt, nach Hannover, in die britische, in die amerikanische, in die französische Zone hinein, über einen einzigen Gleisstrang kommen die notwendigen Güter, die wir von dort zu bekommen haben, die Lebensmittel, und über einen einzigen Strang geht das wenige, was wir heute in Berlin produzieren können.

Wir sind uns darüber im klaren, daß auch die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands unter technisch und ökonomisch ausreichenden Bedingungen, daß das Wiederingangbringen unseres Wirtschaftslebens eine elementare Voraussetzung dafür ist, daß wir Berliner leben können.

Über eins aber wollen Sie sich bitte, Genossinnen und Genossen, nicht im unklaren sein. Wir wissen, daß unser Kampf um Selbstbehauptung ein langer, ein andauernder, ein schwieriger ist. Wir werden uns in diesem Kampf niemals von der Richtschnur ablenken lassen, die wir uns gestellt haben, unabhängig von jedermann, selbständig als deutsche Demokraten zu kämpfen. Aber wir wissen auch, daß dieser Kampf lange dauert und daß er viel, viel Geduld erfordert, daß er insbesondere von unserer Bevölkerung in Berlin viel Geduld erfordert. Denn diese Bevölkerung durch diese Zeit hindurchzubringen, das ist ein Kunststück, schwieriger als die Kunststücke, die die meisten von Ihnen, die gewiß manche Nöte und Sorgen haben, im Westen aus eigener Erfahrung kennen. Wir haben nur die eine Bitte, die ich hier an Sie richte: Lassen Sie uns in unserem Kampf um den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Berlin nicht allein, und lassen Sie uns nicht im Stich. Jede Tonne Kohle, die Sie im Westen mehr fördern, jeder Eisenbahnzug, der im Westen mehr fährt, jede Lokomotive, die mehr repariert wird, jeder Güterzug, der mehr in Gang kommt, bedeutet auch für uns neues Blut in unseren Adern und bedeutet für uns neue Kraft und neue Zuversicht. Und wenn wir die Hoffnung haben können, daß es Ihnen im Westen gelingen wird, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, dann seien Sie sicher, daß wir alles tun werden, den Anschluß an Sie zu finden, aber den Anschluß an Sie zu finden mit dem Willen, den Anschluß nach dem Osten niemals aufzugeben und niemals zu verlieren.

Ohne Berlin ist die Ostzone nicht ein komplettes Deutschland. Ohne Berlin kann die Ostzone nicht mit hysterischem Propagandageschrei den freiheitlichen Willen des Westens überrennen. Aber mit Berlin würde diese Ostzone etwas Großes und Bedeutendes darstellen. Um so wichtiger ist es, daß dieses Berlin mit seiner freiheitlich-demokratisch-gesinnten Bevölkerung seiner Vermittlerrolle, seiner Rolle als Treuhänderin der deutschen Einheit, für alle Zeiten treu bleibt.

Gestatten Sie mir, daß ich als erster, der in dieser Diskussion hier das Wort ergreift, Ihnen diese eine Versicherung abgebe: Diese Stadt wird immer die treueste Hüterin der Einheit Deutschlands sein. Diese Stadt wird immer die treueste Hüterin einer wahren Demokratie sein. In dieser Bevölkerung lebt der Geist eines freiheit-

lichen, unabhängigen, lebendigen Selbstbehauptungswillens, und diesen Selbstbehauptungswillen, der in uns lebt, möchten wir nach allen Seiten übertragen, nach Ost und West, bis wir eines Tages alle wieder zusammen sind in der einheitlichen großen deutschen Sozialdemokratie und dann als regierende Partei auf einer neuen Grundlage Deutschland aufbauen können. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Wir danken dem Genossen *Reuter* vor allem für seine letzten Worte. Ich glaube, daß ich im Namen des ganzen Parteitages spreche, wenn ich gleichzeitig hier der Berliner Delegation erkläre, daß die ganze Sozialdemokratische Partei Deutschlands an der Seite der Berliner Sozialdemokratie in ihrem Kampf um die Demokratie und um die echte Selbstverwaltung in Groß-Berlin steht. (Beifall.)

Das Wort hat nun der Genosse *Reinhard*, Südbaden.

Kurt Reinhard, Südbaden: Genossinnen und Genossen! Die Sozialdemokratische Partei in Südbaden gehört noch nicht voll zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie ist als solche nicht genehmigt, fühlt sich aber trotzdem als ein Teil der Gesamtpartei. Allerdings müssen wir den Wunsch aussprechen, daß man von der Gesamtpartei aus ein viel größeres Verständnis für unseren entlegenen, fernen Winkel des Südwestens hat. Wir haben einen Wahlkampf hinter uns, der vielleicht im Verhältnis zu den Ergebnissen des Nordens gering sein mag. Für diejenigen aber, die einen Einblick in unsere Verhältnisse haben, haben wir einen größeren Erfolg errungen, ohne uns dessen rühmen zu wollen. Wir leben nämlich in der schweren politischen Lage, von dem Teil Badens durch die Zonengrenze getrennt zu sein, der durch seine stärker industriell aufgebaute Wirtschaft auch für die Partei ein besseres Fundament geboten hätte. Wenn wir eine Zunahme von 24 Prozent der Stimmen errungen haben, so bedeutet das, daß wir auch dort unter langsam unter diesen manchmal schwerblütigen Menschen, unter diesen Menschen, die in stärkstem Maße der CDU anhängen, ohne irgendwie politisch denken zu wollen, etwas erreicht haben. Aus diesem Grunde müssen wir die Partei bitten, bei ihren Ausschüssen, bei Zusammenkünften und immer, wenn irgendwie eine Sonderarbeit getätigt wird, nicht nur nach den rein arithmetischen Zahlenverhältnissen zu gehen. Wenn wir in Südbaden 10 000 Mitglieder haben, so bedeutet das unseres Erachtens ein Wesentliches mehr an politischer Arbeit, als es vielleicht in einer Großstadt oder in einem Industriegebiet der Fall sein würde.

Welter darf ich darauf hinweisen, daß wir sehr wohl eine wichtige Aufgabe übernehmen könnten, denn wir sollten nicht der vergessene Winkel sein, sondern wir sollten vor allen Dingen das Bindeglied zur Schweiz, die direkt unser Nachbar ist, und zu Frankreich sein. Wir haben es sehr bedauert, daß wir von den Verhandlungen, die dann das Ergebnis von Zürich mit sich brachten, nicht vorher genügend in Kenntnis gesetzt waren. Meines Erachtens hätten wir mit unseren Schweizer Genossen dieses oder jenes günstiger herausarbeiten können.

Als Glied der französischen Besatzungszone sind wir stärkstens daran interessiert, daß das Verhältnis zu Frankreich so gestaltet wird, daß aus der Erkenntnis, daß das künftige Europa nur dann gesund und richtig gestaltet werden kann, wenn man den großen Wall des Mißtrauens, der im französischen Volk vorhanden ist und auf Grund der geschichtlichen Ereignisse vorhanden sein muß — das verstehen wir —, Stein für Stein abbaut. Hier wollen gerade wir als Grenzland unsere beste und positivste Arbeit sehen, um Brücken über den Rhein zu schlagen, gerade mit Hilfe unserer sozialdemokratischen Partei. — Das ist die Erklärung, die ich im Namen der Partei Südbadens abzugeben habe.

Persönlich möchte ich nun noch einiges zu dem Thema des Genossen *Schumacher* hinzufügen. Wir haben uns gefreut, daß Genosse *Schumacher* erklärt hat, daß der Zweizonenwirtschaftsrat in seiner Arbeit so handeln wird, daß die bisher nicht in ihm vertretenen Zonen später einmal — wir hoffen sogar, recht bald — aufgefangen werden. Wir haben uns auch gefreut, daß ein gewisser Optimismus aus den Worten des Genossen *Schumacher* in bezug auf die Arbeit dieses Zweizonenwirtschaftsrates

sprach. Wir können aber nicht umhin, eine gewisse Skepsis verlauten zu lassen in einer Hinsicht. Es gibt in Deutschland vier Zonen, aber nur eine Währung. Nun, Gott sei Dank! Da aber die Mitglieder des Zweizonenrates die Kontrolle über den Gesamtnotenumlauf in Deutschland nicht haben, besteht meines Erachtens wieder die Gefahr, daß der deutsche Arbeiter in dem Gebiet der zwei Zonen sich bemüht, endlich Werte zu schaffen, diese positiven Werte aber durch einen nicht kontrollierten Notenumlauf in einem verstärkten Maße dem Interzonen-Schwarzhandel zufließen könnten.

Ein weiterer Punkt: Es wurde als Ziel unserer Politik herausgestellt, daß es gilt, die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in immer stärkerem Maße unser Interesse auf die Kultur- und besonders die Schulpolitik werfen. In viel zu geringem Maße sind wir da, wo wir in den Regierungen und in den Ministerien vertreten sind, für das Kultusministerium interessiert. Noch immer ist in Deutschland das höchste Ideal des Normallehrers das Reserveleutnantsideal. Wenn unsere Lehrer nun aber nicht endlich lernen, die Jugend zur Persönlichkeit zu erziehen; die Jugend dahin zu erziehen, daß sie im Staat das wesentliche Element sieht, aus dem heraus wir alle und auch sie für die Zukunft lebt, dann werden wir nicht die Menge der Menschen schaffen, die wir für unsere wichtige politische Arbeit und für die Durchsetzung unserer Ziele brauchen.

Als letzten Punkt noch das eine: Wir sind völlig der Meinung, daß die Anklagen, die der Genosse Schumacher gegen die Kommunistische Partei gerichtet hat, richtig sind. Sie sind unserer Auffassung nach aber nur ein Teil dessen, was wir tun müssen. Wir sind uns doch darüber klar, daß wir einen gewissen Kader der kommunistischen Organisation niemals werden überzeugen können. Deshalb müssen wir noch zusätzlich zu einer anderen Form der Arbeit kommen. Es heißt sehr oft in den Kreisen der Partei, die kommunistischen Funktionäre sind aktiver. Genossen, das stimmt nicht. Es gibt keinen fleißigeren und treueren Menschen als den sozialdemokratischen Funktionär. (Beifall.) Aber eines muß gesagt werden. In einem unterscheidet er sich von dem kommunistischen Funktionär. Er arbeitet draußen in der Stadt, auf dem Lande oder wo es auch sei in stärkstem Maße isoliert. In unserer Parteilitzenorganisation fehlen leider immer noch die führenden Kopfstellen, die es sich zur Aufgabe machen, aus allen Gebieten der Wissenschaft, nicht nur der Wirtschaft, sondern der Wissenschaft, der Kultur, der Religion heraus das auszuarbeiten, was der kleine Funktionär für seinen politischen Kampf braucht, um wirklich tatkräftig weiterzuarbeiten und das Gefühl der Isolierung zu verlieren. Gerade der Punkt der Religion bedarf heute unserer stärksten Beachtung. Ich darf daran erinnern, daß der holländische Genosse sagte, wir müßten den Rahmen unserer Parteilarbeit wesentlich erweitern, um alle die Schichten des Volkes, die zu uns gehören, aber aus Glaubensgründen oder, wenn ich die Frage der Landwirtschaft ergreife, aus Berufsgründen sich noch nicht durch uns vertreten fühlen, heranzuziehen. Aus diesem Grunde richte ich an den Parteivorstand und an die Gesamtpartei die Bitte, keine Mühe und keine Mittel zu sparen, um die Institutionen zu schaffen, die es uns ermöglichen, den kleinen Funktionär und den letzten Parteigenossen so durchzubilden, daß er ein Vorkämpfer für eine wesentlich stärkere Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird. (Beifall.)

Willy Eichler, Köln: Genossinnen und Genossen! Auch ich glaube, daß die Kulturpolitik im Rahmen unserer gesamten Parteipolitik, auch im Rahmen unserer gesamten Diskussion, bisher erheblich zu kurz gekommen ist (sehr richtig!), und zwar glaube ich nicht, daß die Vorwürfe stimmen, die gelegentlich bei einer Kritik des Mißverhältnisses etwa zwischen Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik der Länder auftauchten, und die besagen, daß die Partei gewillt wäre, wirtschaftliche Vorteile gegen kulturelle Nachteile einzutauschen. Mir scheint, ein solcher Versuch wäre katastrophal, weil eine solche Trennung, die einem zwar wirtschaftliche Vorteile, dafür aber eine geistige Umnachtung bringen soll, zu nichts führen kann. Die Schulpolitik unserer Partei, die dank der Aufteilung Deutschlands in die verschie-

denen Zonen schon ohnehin uneinheitlich ist, muß trotzdem auf einen einheitlichen Nenner zu bringen versucht werden, auch wenn für die einzelnen Länder gewisse Abweichungen von dieser Linie unvermeidlich sein sollten. (Beifall.)

Die Schule ist selbstverständlich nicht nur eine Institution, die für die Sechsbis Vierzehnjährigen wichtig ist. Denn was dort auf der Schule erzo-gen wird, ist ja später das, woraus die Sozialdemokratische Partei ihre eigenen nachfolgenden Funktionäre und Mitglieder zu ziehen hat. Und es ist klar, daß eine Schule, die das deutsche Volk schon in ihren Grundlagen spaltet, und zwar nicht nach den Prinzipien spaltet, die man mit wissenschaftlichen Methoden erörtern und diskutieren könnte, die politische Spaltung der deutschen Bevölkerung noch viel mehr vertiefen würde, als es heute schon der Fall ist. Mir scheint deshalb, daß sich die Partei über die Fragen der Konfessionsschule und der Gemeinschaftsschule zu einem entschlosseneren Schritt bereithalten müßte. (Beifall.) Dafür ist auch nötig, in der Öffentlichkeit die vielen Mißverständnisse aufzuklären, die darüber bestehen, was die Sozialdemokraten sich unter Gemeinschaftsschule vorstellen. Die CDU hat in der schönen Gegend, woher ich komme, geflissentlich die Meinung verbreitet, die Gemeinschaftsschule sei bekanntlich die alte Nazischule; da die Sozialdemokraten daran festhalten, sähe man eben den gemeinsamen materialistischen Untergrund dieser beiden Parteien. Dank des Mangels an Aufklärung, dem das deutsche Volk in den letzten 14 Jahren unterworfen war, gibt es viele Leute, die das glauben. Die Sozialdemokratische Partei muß zu diesem Punkt klar und eindeutig und ausführlich Stellung nehmen.

Aber die Kulturpolitik erstreckt sich nicht nur auf die Schule, obwohl in der Schule selber, wie ich bereits sagte, manche Rückschläge zu verzeichnen sind, da es ja Länder gibt, die in diesem Augenblick für die Reform ihres Schulprogramms nichts Wichtigeres zu diskutieren haben als die Wiedereinführung der Prügelstrafe. Nachdem also für Erwachsene die Prügelstrafe aus dem Dritten Reich abgeschafft worden ist, wird sie wenigstens für die Kinder wiederhergestellt, offenbar damit uns wenigstens etwas aus den alten Zeiten erhalten bleibt.

Die Kulturpolitik unserer Partei müßte sich auch — dafür sind sehr bedeutsame Ansätze gemacht worden — in einer Bücherproduktion zeigen, die dem sozialdemokratischen Funktionär nicht etwa Evangelien unterbreitet, die er auswendig zu lernen hat, sondern die ihm gute Bücher liefert, aus denen er im Laufe der Zeit auch ohne ausgesprochene Schulungskurse sich in das sozialistische Gedanken-gut in weitestem Sinne einarbeiten kann. Die sozialistischen Verleger sind ja bereits zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, und es ist also, wie ich glaube, ein guter Schritt auf diesem Wege getan worden.

Unsere Partei muß sich auch um den Rundfunk kümmern, und zwar nicht nur um die Leute, die dort etwas zu sagen haben, sondern vor allen Dingen um die ganze Art der Gestaltung des Programms. Die Mitarbeit am Rundfunk ist mindestens so wichtig wie die Mitarbeit in sehr vielen anderen Institutionen. Denn den Rundfunk hören viele Leute, die sich sonst nie etwas von der Sozialdemokratischen Partei anhören würden. Da scheint es mir eine große Aufgabe, begabte Genossen zu ermutigen, sich dieser Aufgabe zu widmen.

Schließlich eine andere Frage der Kulturpolitik unserer Partei. Es handelt sich bei der Kulturpolitik im weiteren Sinne auch um eine Neuformung und Neuschaffung der geistigen Grundlagen unserer Partei. Wir haben bisher gehört und hören auch immer wieder, daß die Stellung zur Religion, die Stellung zur Ethik, die Stellung zum Materialismus und zu sehr vielen anderen Themen einmal einer Prüfung unterzogen werden müßte. Genossen, das kann nicht die Aufgabe einer bloßen Programmkommission sein, die sich etwa den Kopf um Formulierungen zu zerbrechen hätte. Das muß die Aufgabe einer Studienkommission sein, die sich hier einer sehr harten Arbeit unterzieht, die Ansichten, die hier zur Debatte stehen, wirklich zu studieren und zu kritisieren und ein gemeinsames Ergebnis geistigen Ringens zu erarbeiten, das dann der Sozialdemokratischen Partei als ein festes geistiges Fundament zur Annahme unterbreitet werden könnte.

Der zweite Punkt, über den ich reden wollte, war die Entnazifizierung. Mir

scheint, wir sind mit diesem politischen Instrument in eine Krise eingetreten. Nicht nur, daß wir sagen könnten, die Entnazifizierung ist nicht hinreichend scharf durchgeführt worden, aber wir können und müssen sogar sagen, daß sie an manchen Stellen bereits beginnt, sich ins Gegenteil dessen zu verkehren, was eigentlich damit beabsichtigt war. Wir alle kennen die vielen Schwierigkeiten bei der Zusammensetzung der Richter der Spruchkammern, und wir wissen, wie schwer es ist, aus dieser ganzen Arbeit persönliche Intrigen, Korruption usw. herauszuhalten. Hinzu kommt die Schwierigkeit, daß ein Teil der eigentlichen Nazis gar nicht Mitglied der NSDAP gewesen ist. Alle diese Schwierigkeiten sind, glaube ich, mit die Ursache für den Zustand, den wir heute sehen: daß eigentlich der nazistische Geist keineswegs aus den deutschen Institutionen — vom deutschen Volk gar nicht zu reden — verschwunden ist. Eines der krassesten Beispiele, das ich in letzter Zeit erlebt habe, war der Nordwestdeutsche Rundfunk in Hamburg. Dort wurden plötzlich fünf oder sechs der führenden Leute als alte aktive Nazis entlarvt, die da reingekommen waren, weil sie ihren Fragebogen gefälscht hatten. Nun, Genossen, selbstverständlich kann jemand einen Fragebogen fälschen. Aber es handelte sich bei einem Teil dieser Leute um Menschen, die so in der nazistischen Bewegung gestanden hatten, daß es auch ohne Fragebogen möglich gewesen wäre, in Zusammenarbeit mit deutschen Antifaschisten herauszubringen, um wen es sich bei diesen Vögeln dort handelte. (Sehr richtig!) Nachdem nun diese Leute entlassen worden sind, hat es Mr. Green, der Leiter des Nordwestdeutschen Rundfunks, für nötig gehalten zu erklären, das deutsche Volk sollte sich darüber nicht so aufregen, denn die Leute mögen ja, da sie Fragebogen gefälscht haben, von moralisch minderwertiger Qualität sein, aber alles in allem gesehen hätten sie doch gute Arbeit geleistet. (Hört, Hört!) Genossen, das ist die Frage: Gute Arbeit wofür? Gute Arbeit haben sie wahrscheinlich geleistet, aber nicht für die demokratische Aufklärung Deutschlands, und das war ja unserer Meinung nach der Sinn des Rundfunks.

Eine Frage zum Nachwuchs. Wir brauchen auf alle Fälle eine Schulung des Nachwuchses und zwar eine intensive Schulung, die sich nicht mit 14 tägiger Teilnahme an bestimmten Parteilkursen begnügen kann, so notwendig diese Kurse auch sind. Ich glaube, es ist für diese Arbeit wichtig, daß wir einmal überlegen, ob nicht zur Schulung ältere Funktionäre jeweils jüngere Genossen, von denen man annimmt, daß sie bildungsfähig und politisch aktiv und interessiert sind, als eine Art von Sekretär oder Assistenten zur Verfügung gestellt bekommen, die mit ihnen eine ganze Weile, etwa ein Jahr lang, die Arbeit machen, und die auf diese Weise wirklich in die Arbeit hineinwachsen und dann im Laufe relativ kurzer Zeit selbst die Posten übernehmen können, zu denen sie vorläufig nur als Assistenten zugezogen worden sind.

Zum Schluß ein Wort zu der Frage der amerikanischen Hilfsaktion. Ich glaube, wir alle können vollkommen damit einverstanden sein, wie Kurt Schmacher die Behandlung des amerikanischen Hilfsangebotes hier in die richtige Balance gebracht hat, indem er sowohl davor warnte, es als eine bloße Aktion des amerikanischen Dollarimperialismus anzusehen, als auch davor, mit beiden Beinen und Füßen und vielleicht auch mit dem Kopf besinnungslos zu sagen, daran sei überhaupt nichts auszusetzen. Ich bin damit vollkommen einverstanden und möchte, wenn nötig, eine einzige zusätzliche Bemerkung dazu machen.

Das amerikanische Hilfsangebot ist, glaube ich, das einzige, das im Augenblick sowohl greifbar als auch annehmbar ist. Aber es kann auf die Dauer — ohne Rücksicht auf die Absichten, die hinter diesem Angebot stehen — für Europa nur ein Segen werden, wenn Europa gleichzeitig auch, sich auf dem Wege zum Sozialismus befindet. Für diesen Punkt der Behandlung des Problems können wir es, scheint mir, als einen besonders glücklichen Umstand betrachten, daß wir auf diesem Parteitag so viele Vertreter des internationalen Sozialismus gehabt haben (Glocke), die nicht nur ihre Solidarität mit der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch mit dem internationalen Sozialismus zum Ausdruck gebracht haben. Es gibt keinen Sozialismus in einem einzigen Lande allein, und es ist auch nicht nur so,

daß die Welt Deutschland braucht, sondern auch Deutschland braucht die Welt. Aus dieser internationalen Verflechtung und Solidarität erwächst erst die eigentliche tragende Grundlage des internationalen Sozialismus, für den wir durch die Anwesenheit seiner Vertreter hier ein so glänzendes Zeugnis erlebt haben. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Eine Bemerkung möchte ich zunächst machen: Das Thema des Vortrags von *Dr. Kurt Schumacher* hieß „Deutschland und Europa“. (Sehr richtig!) Ich möchte die folgenden Diskussionsredner bitten, zu den durch das Referat allgemein aufgeworfenen politischen Problemen Stellung zu nehmen und nicht so sehr in Einzelheiten zu gehen, die bei anderen Punkten der Tagesordnung noch behandelt werden. Ich nehme an, daß damit die verschiedenen Wünsche auf Wortmeldungen zur Geschäftsordnung erledigt sind. — Es spricht dann der Genosse *Werner Jakobi*. Ihm folgt der Genosse *Gustav Klingelhöfer*, Berlin.

Werner Jakobi, Dortmund: Genossinnen und Genossen! Ich werde zum Thema sprechen. Als wir heute morgen in diese Kongreßhalle kamen, fanden wir auf dem Tisch die heutige Ausgabe der „Neuen Zeitung“ in München und in dieser Ausgabe einen Artikel, überschrieben „Entpolitisierung der Industrie“, mit einem Hinweis auf einen Aufsatz des Chefredakteurs des „Tagesspiegel“ in Berlin, *Erik Reger*. Und was er verlangt, ist, daß bei einer Neuordnung der deutschen Industrie eine Entpolitisierung stattfindet; daß es denjenigen, die als Industrielle oder in leitenden Stellungen in der Industrie in Zukunft arbeiten, untersagt werden soll, ein politisches Bekenntnis abzugeben oder sich politisch zu betätigen (hörtl, hörtl), daß untersucht werden soll, ob von diesen Leuten Zuwendungen an politische Parteien erfolgen und daß die betreffenden Personen kein passives Wahlrecht haben sollen.

Genossinnen und Genossen! So fing es schon einmal an. Lange vor 1933 hat der spätere Kronjurist des Regimes, der Staatsrechtler *Carl Schmidt*, die Ausschöpfung der Verfassungsprinzipien von Weimar mit der scheinheiligen Begründung eingeleitet, es gelte, den Staat vor der Kraftlosigkeit zu bewahren und zu verhindern, daß er zum Spielball parteipolitischer Leidenschaften gemacht werde. Kurz darauf war dieser um das Wohl der Weimarer Republik so besorgte Staatsrechtler, dieser Mann, der sich so scheinheilig zum Apologeten einer Demokratie machte, der Vertreter der Paperleute vor dem Staatsgerichtshof, und nach 1933 war er der führende Berater auf dem Gebiete des Verfassungsrechts für das Naziregime. Wenn er heute auch schweigt und wenn heute seine Forderungen, die damals dahin lauteten, den neutralen Mächten im Staat einen entsprechenden Platz einzuräumen, nicht mehr von ihm erhoben werden können, so gibt es doch eine Reihe von Leuten, die gerade jetzt bei den Besprechungen über die Neuordnung Deutschlands, der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates ähnliche Ideen zum Ausdruck bringen.

Wir müssen vor derartigen Konzeptionen warnen. Wir wissen, daß wir auch Anlaß haben, den Besatzungsmächten gegenüber unserer Besorgnis Ausdruck zu geben darüber, daß sie hier und da den Versuch machen, das Beamtentum von einer politischen Stellungnahme freizuhalten. Wir wissen ganz genau, daß eines der Fundamente eines commendenden demokratischen Staates die Verwaltung ist. In dem Maße, wie diese Verwaltung entpolitisiert, neutralisiert ist, ist sie ein Störungsfaktor und ein ständiger Gefahrenherd für eine wirkliche Demokratie.

Es sind hier Worte der Hoffnung und Worte der Besorgnis ausgesprochen worden, Worte der Hoffnung in bezug auf die Neuentwicklung der Wirtschaft und in bezug auf den neugebildeten Wirtschaftsrat. Solche Bemerkungen und Pläne, wie sie von *Erik Reger* vertreten werden, sind von uns mit allem Argwohn bei unserer Betrachtung der Dinge zu beachten. Das ist keine Freundschaft einer neuen Demokratie gegenüber; das ist die politische Ausdrucksform der Heckenschützen der Demokratie. (Sehr richtig!) Wir haben uns vor solchen Tendenzen in acht zu nehmen, und wir haben alles daran zu setzen, auch die Besatzungsmächte davor zu warnen, daß sie derartigen Plänen ihr Ohr leihen. Wer die Entpolitisierung der Verwaltung und der Wirtschaft wünscht, erschwert den politischen Parteien die Arbeits-

und Kontrollmöglichkeiten. Neutralisierung bedeutet Renazifizierung, bedeutet mindestens, daß Verwaltungen und Wirtschaft auf lange Zeit hinaus ein Hort der getarnten Reaktion bleiben oder werden. Wir sollten unsere Stimme erheben und sollten Wert darauf legen, herauszustellen, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht gewillt ist, ihre Kontrollfunktion aufzugeben, auch nicht gegenüber einer neugeordneten Verwaltung oder Wirtschaft. Wir sollten die Besatzungsmächte warnen und sollten die Deutschen warnen, die solche Pläne hegen. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Republik von Weimar nicht zuletzt daran gescheitert ist, daß ihre Beamenschaft und ihre Verwaltung sich unpolitisch gerierte und nicht den Mut hatte, ein Bekenntnis abzulegen. Dieses Bekenntnis muß aber der neue demokratische Staat von seinen Beamten verlangen, und eine völlig klare Erkenntnis der politischen Stellung der in der Wirtschaft in Zukunft tätigen Funktionäre ist ebenfalls ein Gebot der Klugheit und die Voraussetzung für eine wirklich sich entwickelnde Wirtschaftsdemokratie. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Das Wort hat der Genosse *Gustav Klingelhöfer*, ihm folgt der Genosse *Kubel*, Braunschweig.

Gustav Klingelhöfer, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich will nur zwei Dinge sagen. Ich habe mit großer Freude die Grüße des Genossen *Sander* aus London und von unseren anderen Freunden, unseren sozialdemokratischen Genossen im Auslande, gehört. Ich will dazu eine Bemerkung machen. Die Aufgabe, die die Sozialdemokratie in Deutschland zu lösen hat, ist eine Aufgabe für Jahrzehnte. Wir wissen, daß wir in Deutschland an einem Not leiden, und das sind Köpfe, die mit aufbauen helfen. Wir wissen, wir haben in Deutschland zwölf Jahre lang in einer geistigen Quarantäne gelebt. Wir brauchen die Genossen, die im Auslande sind, die das Glück hatten, von dieser geistigen Quarantäne befreit zu sein. Wir können auf sie nicht verzichten. Wir haben keinen Nachwuchs. Die Jungen, die draußen geblieben sind, sind teilweise noch jünger als die, die hier sind. Wir brauchen sie. Wir brauchen sie auch, weil sie jünger sind als wir, die wir hier drüben geblieben sind. Ich denke, wir wollen die Erfahrungen, die unsere Genossen im Auslande gesammelt haben, hier verwenden. Ich denke, wir wollen die Kraft, die im Auslande ist, hier nützen. Ich richte an die Genossen im Auslande den dringenden Wunsch, die dringende Bitte, sie sollen sich entschließen, zu uns zu kommen; denn wir brauchen sie. Ich weiß, daß unsere Genossen im Auslande uns große Dienste geleistet haben. Ich weiß, daß sie notwendig waren als der Sauerteig, der die Stimmung, wie Genosse *Stampfer* uns gezeigt hat, in Amerika weitgehend zu beeinflussen vermochte, auch zugunsten desjenigen Deutschland, das dem Hitlerismus widerstanden hat. Aber wir können nicht darauf verzichten; die Genossen von draußen sollen kommen, wir brauchen sie, wir brauchen sie hier zur Mitarbeit und zum Aufbau.

Das zweite, was ich sagen will, ist, daß mir — und Euch allen — die Wintersnot, die nun kommt, außerordentlich große Sorgen macht und daß sie die Sorge ist, die diesen ganzen Parteitag beherrscht. Diese Sorge muß in diesen Monaten, bevor der Winter kommt, in weitvorausschauender Weise behoben werden können. Die großen Probleme der Welt, die zwischen Moskau und London zu lösen sind, werden auch auf der Pariser Konferenz nicht gelöst werden. Die Pariser Konferenz kann die Möglichkeit geben, die Vorbereitung für London zu schaffen. Sie kann die Möglichkeit geben, die Dinge abzusprechen und London zu einem guten Start zu verhelfen. Aber was in Paris jetzt besprochen wird, ein langfristiges Wiederaufbauprogramm für Europa, wird in diesen Monaten nicht gelöst werden. Was wir aber brauchen, ist, daß man sich in Paris den Kopf darüber zerbricht, wie ein kurzfristiges Programm für Deutschland gemacht werden kann. Dieses kurzfristige Programm ist das einzige, was wir in Deutschland brauchen, und es ist genau so eine Frage der Welt und der großen Mächte, wie das langfristige Programm eine Frage für Europa und die Welt ist.

Wir können nichts dazu tun, daß die Geldreform durchgeführt wird. Wäre die

Geldreform durchgeführt worden, wäre das Geld in Deutschland selten geworden, dann hätten wir mehr Ware in Deutschland, dann wäre die Ware herausgekommen, die heute gehortet wird, und dann wäre die Produktion in Gang gekommen. Wir können nichts dazu tun und konnten nichts dazu tun.

Wir konnten auch bisher nichts dazu tun und können nichts dazu tun, daß die Demontagen aufhören. Sie haben nicht aufgehört. Es wäre notwendig gewesen. Aber auch diese Frage ist eines der großen Probleme, die wir nicht von uns aus lösen können. Wir können von uns aus nur die Forderung aufstellen, wie sie Kurt Schumacher aufgestellt hat.

Die Frage der Reparationen ist ein ebenso großes Problem. Wir wissen, daß von der Frage Reparationen alles in Deutschland abhängt. Wir wissen, daß das Fallen der Zonengrenzen eine Frage der Reparationen ist. Und wir wissen auch, daß wir berechtigt wären, zu sagen: Vorerst Schluß mit den Reparationen, denn Deutschland hat genug geleistet. Ich stelle hier nur fest, was ich in Berlin schon einmal festgestellt habe — die wenigsten wissen es: Im Jahre 1945 und 1946 wurden an Demontagen allein in Berlin und in der Ostzone Werte von mindestens fünf Milliarden Mark — diese Ziffern sind belegt — nach dem Osten abgeführt. An Reparationen aus laufender Produktion wurden allein im Jahre 1946, also in einem Jahr, $4\frac{1}{2}$ Milliarden Mark aus einer Zone geleistet. Das sind rund zehn Milliarden Mark, und zwar gute Goldmark unter Brüdern. Denn alles ist zu Preisen vom Jahre 1944 gerechnet. Diese zehn Milliarden sind 40 Prozent jener zehn Milliarden Dollar Reparation, die in Anspruch genommen werden soll, den Dollar zu 2,50 RM gerechnet. Diese 40 Prozent der gesamten deutschen Reparationen, die vom Osten in Anspruch genommen werden, sind in einem Jahr als Reparationen, in zwei Jahren als Demontagen allein aus einer Zone geleistet worden. Wir hätten das Recht zu sagen: Jetzt Schluß mit den Reparationen, bis die Reparaturen durchgeführt worden sind, damit das deutsche Volk am Leben bleiben kann! Aber auch das ist eine Frage, die wir jetzt im Augenblick nicht lösen können. Wir können nur unsere Forderung anmelden.

Anders aber ist es mit einer Frage, die uns unmittelbar auf den Nägeln brennt, und das ist die Frage der Not im kommenden Winter. Wir haben nicht die Möglichkeit, nachdem in Moskau internationale Verträge, die geheiligt sind, wie es heißt, über den Export von deutscher Kohle geschlossen worden sind, über diese Verträge zu sprechen. Es soll und darf nicht darüber gesprochen werden, was berechtigt wäre, daß wir ein Kohlenexportmoratorium, daß wir auch ein Holzexportmoratorium bekommen müßten. Das wäre notwendig, und es wäre berechtigt, diese Forderung zu stellen.

Wir wissen aber auch, daß uns die Verkehrsfrage eine noch viel größere Sorge als die Förderungsfrage bereitet. Wir wissen, daß 60 000 Waggons aus dem besetzten Deutschland verschwunden sind und daß einige tausend Lokomotiven verschwunden sind. Infolgedessen wird der Verkehrsengpaß so empfindlich und gewaltig werden, daß wir aus diesem Grunde die allergrößten Befürchtungen für den kommenden Winter haben müssen. Wenn wir das aber wissen, dann soll an Paris die Forderung gestellt werden, daß man sich überlegen muß, ob nicht von den 60 000 Waggons, die verschwunden sind, durch Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten und Ländern wenigstens 20 000 Waggons wieder zur Verfügung gestellt werden, um Transporte durchführen zu können. Und es soll die Frage überlegt werden, ob, wenn dieser Weg nicht gegangen werden kann, uns auf irgendeinem anderen Wege — und sei es leihweise — 20 000 Waggons in der kürzesten Frist zur Verfügung gestellt werden. Dasselbe gilt für die Lokomotiven. Genau so, wie wir ohne die 20 000 Waggons in diesem Winter vor die Hunde gehen werden, brauchen wir auch die 2000 Lokomotiven. Es soll in Paris überlegt werden, ob nicht die Möglichkeit besteht, entweder durch Zusammenwirken der Staaten oder leihweise uns außer den Waggons wenigstens 2000 Lokomotiven zur Verfügung zu stellen, damit wir die notwendigen Transporte durchführen können.

Und endlich: Die Kohlenförderung soll gesteigert werden. Jawohl! Diese Kohlenförderung könnte wirksam gesteigert werden, wenn uns die Geräte und

Maschinen zur Verfügung ständen, die wir unterirdisch bei der Kohle brauchen. Es wäre möglich, uns auch diese Geräte und Maschinen zur Verfügung zu stellen, und sei es wiederum leihweise. Wir hätten vieles in der Hand, wenn man sich in Paris bewußt wäre, daß für Deutschland und Europa zunächst ein kurzfristiges Notprogramm erforderlich ist.

Wenn ich hier durch die Stadt gehe, so sehe ich, daß in erster Linie die Kirchen wieder errichtet werden. Ich betone das nicht, weil es sich um Kirchen handelt, sondern weil das Brot doch noch wichtiger ist als das Seelenheil. Denn ohne daß die Menschen leben, können sie sich um ihr Seelenheil nicht kümmern. Ich sehe hier auch, daß ein Woolworth-Gebäude wieder errichtet wird, von dem nur die äußere Fassade steht. Wenn ich dies alles sehe, so frage ich mich, ob man sich denn bewußt ist, daß die Erhaltung des menschlichen Lebens in seiner nackten Existenz doch vordringlicher ist. (Beifall.)

Wir dürfen hier an die Alliierten auch offiziell den Wunsch aussprechen: Wenn heute in diesem besetzten Deutschland überall, wo Sie hinschauen, Tausende und Hunderttausende von Zentnern Zement zur Errichtung von neuen Flugplätzen verwendet werden, dann soll man diese Flugplatzbauten zunächst zurückstellen, bis der lebensnotwendige Wohnungsbedarf gesichert ist.

Wie mit den Baumaterialien, so ist es auch mit den Textilien und anderen Dingen. Wenn der Mensch nicht seine Stube heizen und sein Essen kochen kann, wenn der Mensch nicht seine Blöße bedecken kann, wenn der Mensch nicht die notwendigste Nahrung hat und sich nicht bekleiden kann, dann nützen alle Appelle nichts, dann nützt auch die Demokratie nichts. Denn der leere Magen macht keine Philosophie.

Also ich glaube, wir dürfen und müssen gerade diesen Parteitag als Forum benutzen, um der Welt zu sagen: Es muß in kürzester Frist ein Programm für Deutschland gemacht werden. An uns fehlt es nicht. Wir wollen arbeiten und warten nur auf die Gelegenheit, arbeiten zu können. Aber es ist ja ein entsetzliches Erlebnis, wenn man hierher fährt und im Lande umherfährt, daß man kaum einen Güterzug unterwegs sieht. Der Kontrollrat regiert in Deutschland. Ich greife den Kontrollrat nicht an. Aber wenn ich zwei Jahre sehe, in denen er regiert hat, und das Ergebnis ist, daß dieses Land, das arbeiten will, nicht zum Arbeiten kommt, dann glaube ich: würde ein Parlament diesem Kontrollrat eine Zensur zu geben haben, so würde es ihm keine gute Zensur geben. Wir brauchen in Deutschland Tätigkeit und Arbeit, die es uns ermöglicht, wieder hochzukommen. Es ist so, daß die Welt auch auf Paris schaut, und die Welt wird auch Paris eine Zensur geben. Wenn wir von hier aus die Wünsche nach Paris geben und die Welt darauf achtet mit der Wirkung, daß die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau der Lebensgrundlagen des deutschen Volkes geschaffen werden, und wenn Paris danach handelt, dann wird sich Paris auf eine Zensur freuen können, die auch der ganzen Welt nützt. (Beifall.)

Vorsitzender Ollenhauer: Das Wort hat der Genosse Kubel, Braunschweig. Ihm folgt der Genosse Karl Albrecht, Schleswig-Holstein.

Alfred Kubel, Braunschweig: Genossinnen und Genossen! Ich habe mich auf ein ähnliches Thema vorbereitet, wie es der Genosse Klingelhöfer eben behandelt hat. Auch ich habe mir den Satz aus der Rede des Genossen Schumacher notiert, wo er sagte, ein nächster Winter ohne Verbesserung der Ernährung und ohne Sicherung des Hausbrandes ist eine Unmöglichkeit. Ich möchte ganz klar feststellen, daß eine Sicherung des Hausbrandes, die praktisch nur von der Kohlenseite kommen kann, ebenso praktisch nicht erreicht werden wird. Für eine solche Sicherung müßten wir in günstigenfalls fünf Monaten die Produktion von etwa einem Monat dem Hausbrande zur Verfügung stellen können, wenn ich Steinkohlenproduktion und Braunkohlenproduktion zusammenrechne. Hierzu wäre eine ganz wesentliche Senkung des Kohlenexportprogramms erforderlich. Wir wissen, daß wir mittelbar und unmittelbar etwa eine Million Tonnen Kohle pro Monat expor-

tieren. Wir exportieren täglich 3,5 Millionen Kilowattstunden, die ich dabei mit berücksichtigt habe. Wir sollen uns keinen Illusionen darüber hingeben, daß in der allernächsten Zeit eine wesentliche Senkung dieses Exports sehr unwahrscheinlich ist.

So sehr es nun an und für sich selbstverständlich ist, daß Menschenleben über die Erhaltung einer industriellen Kapazität zu stellen sind, ebenso sicher ist, daß eine nennenswerte Einschränkung der noch bestehenden Kapazität zugunsten der Hausbrandversorgung nicht mehr möglich ist. Wir sollten das als Sozialisten und als Wirtschaftler vollkommen nüchtern sehen. Die Stromversorgung — die gehört schließlich dazu — ist wenigstens in der britischen Zone derartig katastrophal, daß die wichtigsten Betriebe praktisch nur noch mit Notstrom arbeiten, und zwar seit acht Tagen. Eine Besserung ist in der nächsten Zeit, wenigstens im Monat Juli, nicht zu erwarten. Wir haben im Lande Niedersachsen eine Leistung von 210 bis 220 Megawatt zur Verfügung. Ich weiß noch nicht, wie wir den in der nächsten Zeit anfallenden Bedarf zum Ausbruch der Ernte sichern sollen. Der Strombedarf hierfür beträgt — und bitte, vergleichen Sie die Zahlen — 40 bis 50 Megawatt.

Ich erinnere weiter daran, daß ein großer Teil der deutschen Industrie zwar die Kohle aus deutschen Kontingenten bekommt, aber ihre Produktion gegen befehlsgemäße Aufträge an die Besatzungsmächte liefert. Ich erinnere daran, daß der weitaus größte Teil der deutschen Zementproduktion oder vielmehr die ganze Zementproduktion aus deutschen Kohlenkontingenten dotiert wird, aber der größte Teil der Produktion geht an die Besatzungsmächte. Ich darf hierbei bemerken, daß ich ein solches Verfahren für überaus unfair halte. Aber diese Aufträge und diese Kapazitäten der Industrie werden wir wahrscheinlich in hinreichend kurzer Zeit nicht drosseln können, um die Katastrophe des Winters zu vermeiden.

Ich möchte das mit allem Ernst feststellen und möchte bitten, diese Feststellung weder als eine dramatische Übertreibung gegenüber den Delegierten oder unseren ausländischen Genossen oder der Weltöffentlichkeit, vor der dieser Kongreß stattfindet, zu betrachten, sondern als eine einfache nüchterne Feststellung dessen, was wir zu erwarten haben. Ich möchte wohl sagen, daß wir nach den Erfahrungen glücklich sein können, daß Menschenhand auf die Witterungsverhältnisse keinen Einfluß hat. Denn nur eine günstigere Entwicklung der Witterung mag uns, die wir schlechter vorbereitet in den kommenden Winter hineingehen müssen, als wir in den vergangenen Winter gegangen sind, vor dem Entsetzlichen bewahren. Wenn ich das ausspreche, muß ich eine gewisse Scheu überwinden, nämlich eine Scheu, davor eine Panikstimmung zu erzeugen. Denn Panikstimmung hindert uns bereits heute daran, das Mögliche in vernünftiger Form durchzuführen. Ich bitte ganz besonders die Presse, das bei ihren Berichten zu beachten. Wenn wir aber als Sozialisten daran gehen wollen, die Verhältnisse zu ändern, dann ist zunächst nötig, daß wir völlig klar sehen, wie sie sind. Das müssen wir völlig nüchtern betrachten.

Wenn Genosse Schumacher sagt, ein zweiter so schlecht vorbereiteter Winter ist eine Unmöglichkeit, so müssen wir dabei in der Tat von einer anderen Unmöglichkeit sprechen. Es scheint uns wieder einmal unfaßbar, daß es in einer gesitteten Menschheit möglich sein soll, wieder Tausende hungern und ein paar hundert Menschen erfrieren zu lassen. Es erscheint uns unfaßbar, daß die Welt zwar imstande ist, unerhörte Opfer im Kriege zu bringen, daß es aber unendlich schwer ist, sie zu geringeren Opfern für die Rettung von Menschenleben im nächsten Winter zu bringen. Mißverstehen Sie mich bitte nicht, Genossen. Ich sage: die Welt. Dazu gehören auch wir Deutschen. Wir haben allgemein wenig Veranlassung, uns darüber zu beklagen, daß in der Welt zwischen den Menschen so wenig Kultur und Gesittung herrscht. Und das scheint mir in unserer Zeit das weit Schlimmere zu sein. Denn die Tatsache, daß ein paar Tausend mehr hungern oder ein paar Hundert an Erfrierungen sterben werden, könnte man kalt als die Fortsetzung des Krieges bezeichnen, der ja noch nicht beendet ist. Aber die Tatsache der ungeheuren moralischen Verlosterung, die sich im kommenden Winter noch steigern wird, die immer weiter um sich greifende Einschläferung des Gewissens, des Willens, Recht von Unrecht zu unterscheiden, das Anwachsen der brutalen Selbst-

sucht — das ist es, was unserem sozialistischen Wollen so ungeheuer gefährlich ist. Woran sollen wir noch appellieren, wenn diese anständige Gesinnung im steigenden Maße eingeschliffert wird? Wird nicht auch in unseren eigenen Reihen Neid und Mißgunst, Selbstsucht und Gefühllosigkeit gegenüber den Leiden des Mitmenschen unsere Geschlossenheit gefährden? Wo aber ist dann die Kraft, die Ordnung in das Chaos bringen soll, und wo die Partei, die dann sagt: Trotzdem oder gerade deswegen halten wir die Ideale der Freiheit und der Gerechtigkeit aufrecht!

Hier wird die deutsche Sozialdemokratie vor einer Zerreißprobe stehen — das möchte ich betonen —, und wir werden nicht immer in der Lage sein, dem Strauchelnden unter uns die Bruderhand zu geben. Wir werden sehr hart sein müssen.

Die deutsche Wirtschaft ist zusammengebrochen, die uns die materiellen Voraussetzungen zum Leben geben sollte. Wir wollen das klar sehen. Millionen krabbelnder Lebewesen, die irgend etwas tun, machen noch keinen wirtschaftlichen Organismus aus. Das System der Zwangswirtschaft ist zusammengebrochen, wenn niemand mehr weiß, was und welche Mengen produziert werden und wo die produzierten Güter hingehen. Der deutsche Verkehr bröckelt weiter und weiter ab. Schon melden sich — und das ist bedenklich wie mir scheint — auch unter uns die Stimmen, die die Kompensation in gewissen Bahnen legalisieren wollen, die damit unser planwirtschaftliches Wollen oder — vielleicht besser gesagt — unser zwangswirtschaftliches Müssen in den Sumpf der gegenwärtigen Verhältnisse hineinziehen wollen, statt das Heer der dann zur Kontrolle notwendigen Beamten zur besseren Erfassung und Kontrolle der Produktion anzusetzen und die häßliche Wirklichkeit unserem sozialistischen Wollen näherzubringen.

Vor diesem Parteitag müssen wir den Kräften, die als Besatzungsmächte das Schicksal nicht nur Deutschlands in Händen haben, sagen, was geschehen muß und, wie *Schumacher* sagt, was schnell geschehen muß. Wir müssen das sagen mit aller Nüchternheit, deren Menschen noch fähig sind, die das Grauen in verstärkter Form auf sich zukommen sehen, mit aller gebändigten Leidenschaft, die uns als Deutschen besonders zukommt. Diese Zurückhaltung bestimmt mich auch und sollte uns alle bestimmen, das nicht wiederholt aufzuzählen, was an Kritik wegen mancher Unterlassungen, wegen mancher verpaßten Gelegenheiten in der europäischen Wirtschaft deutlich genug von uns bereits gesagt worden ist.

Der Genosse *Klingelhöfer* erwähnte die Verkehrslage. Ich darf ihn um Verzehrung bitten, wenn ich ihn ein wenig korrigiere. Wir haben 60 000 Waggons im vergangenen Jahre verloren, davon allerdings ins Ausland — das soll keine Abschwächung, sondern eine Feststellung sein — etwa 17 000 Waggons. Wir sind effektiv nicht mehr in der Lage, mit den deutschen Verkehrsmitteln, die demnächst auch die Ernteerträge transportieren müssen, die Kohle ins Ausland zu transportieren, die wir exportieren müssen. Wir müssen aus diesem Grunde, wenn wir auch vorsichtiger mit der Formulierung eines Exportmoratoriums sein sollten, als es meistens geschieht — wir sollten z. B. unsere Genossen in den Ländern nicht vergessen, die von deutscher Kohle wirklich abhängig sind —, doch sagen, das Ausland, das von uns Kohle braucht, muß sie sich mit eigenen Transportmitteln holen. Diese Bitte sollten wir ernsthaft aussprechen. Ich weiß nicht, ob es gelingen wird, 20 000 Waggons und 2000 Lokomotiven zu bekommen. Aber es sollte gelingen, die Armeen, die in erheblichem Umfang unser rollendes Material benutzen, zu bestimmen, davon etwas für deutsche Zwecke freizugeben. Es sollte möglich sein, mindestens das eine zu leisten, den Umlauf des rollenden Materials in den Händen der Armeen wesentlich zu beschleunigen. Es ist nicht mehr Krieg. Kein General achtet streng auf die Einhaltung der Termine, von deren Einhaltung sonst Opfer an Soldaten abhängen können. Aber wir stehen auch vor Opfern an Menschenleben, und deshalb dieser praktische und so einfache Vorschlag, von dem man wirklich annehmen sollte, daß er durchführbar ist.

Genossen! Ich rede mit dem Blick auf die Uhr. Ein solcher Parteitag bringt einen immer wieder in Versuchung, mit dem ganzen Gewicht des Parteitags über wirtschaftspolitische Probleme zu sprechen, nicht ohne Leidenschaft auch über

unsere Not zu sprechen, und Appelle zu richten. Ich kann das nicht mehr. Ich kann nur eins sagen, und wenn das auch eine Wiederholung ist, so möge es, um mit einem Worte Karl Liebknechts zu sprechen, als ein Hammerschlag gewertet werden, bis der Nagel sitzt, als ein Axthieb, bis der Baum endlich fällt: All unser heißes Bemühen als deutsche Sozialdemokratie, in Deutschland ein Gefühl für Friede und Kultur und Freiheit zu erwecken, wird in einem so unerhörten Maße durch Verhältnisse, für die wir nicht mehr allein verantwortlich gemacht werden können, gefährdet, daß es wohlverständlich ist, wenn wir unter diesen Verhältnissen selber mutlos werden möchten. Und doch dürfen wir es nicht, wenn wir nicht schließlich auch die Achtung vor uns selbst zu allem verlieren wollen. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Das Wort hat der Genosse *Albrecht*. Ihm folgt die Genossin *Spangenberg*, Frankfurt a. M.

Karl Albrecht, Kiel: Genossinnen und Genossen! Als eine der bedenklichsten Gefahrenquellen für den Neuaufbau hat schon der Genosse *Schumacher* in seinem Referat die Entpolitisierung der Verhältnisse gegeißelt. Auch in der heutigen Debatte ist dieses Thema, das wir heute in vielen Variationen kennenlernen, aufgeklungen. Nur zu diesem einen Punkt möchte ich hier einige Worte sagen.

Das wirksamste Mittel für die politische Reaktion und auch für die antidemokratischen Kräfte ist heute der Schrei nach der Entpolitisierung, weil sich in dieser Dunkelheit am ehesten das betreiben läßt, was diesen Kreisen günstig erscheint. Schon der Mensch, der zu denken beginnt, ist eine Gefahr für diese reaktionären Kreise, und wir sehen heute auf der ganzen Linie und in allen Sparten der Entwicklung, daß wir einer neuen und verstärkten Entpolitisierung des Lebens entgegengehen. Es beginnt bereits mit dem Ruf nach den Fachausschüssen. Es setzt sich fort in der ganzen Ebene der Verwaltungsarbeit. Wir wissen, daß nicht zuletzt auch in der Beamenschaft selbst sich dieses Prinzip verheerend auswirkt. Man fragt sich: Wo soll dann die Ansatzfläche sein, um die demokratische Erziehung überhaupt zu gewährleisten? Es wird bedenklich, wenn dieses Prinzip auch bereits in Kreise einbricht, die uns politisch unbedingt nahestehen. Der Genosse *Schumacher* hat darum nicht umsonst hier festgestellt, daß gewisse Spannungen zwischen SPD und Gewerkschaften so oder so ausgetragen werden müssen, weil wir auch hier auf gewerkschaftlichem Gebiet eine sogenannte Entpolitisierung feststellen können. Sie gibt sich mehr als Neutralität, aber wir wissen sehr genau, daß ja eine Gewerkschaft nie eine entpolitierte Arbeit treiben kann. Denn sie ist eine Organisation, die versuchen muß, den politischen Kampf auf ihrer Ebene zu führen. Das Prinzip der Neutralität ist auch hier eine Gefahr, und es fragt sich, wie dieser Gefahr irgendwie entgegenzutreten ist. Wir wissen, daß auf gewerkschaftlichem Gebiet eine Reihe von guten Genossen eine gute Ansatzfläche für ihre Arbeit gefunden haben. Nur haben wir den Eindruck, daß sie sich allzu stark mit dem Mantel der Neutralität umgeben (Sehr richtig!). Die Gewerkschaft ist doch letzten Endes genau auf dem gleichen Boden gewachsen, auf dem auch die Sozialdemokratische Partei gewachsen ist, und das muß sich auswirken, auch ohne daß die Besatzungsmacht die Gewerkschaft mit dem Makel abstempeln kann, daß sie sich zu sehr politisiert. Ja, wir wünschen eine politisierte Gewerkschaft, und zwar auf dem Boden, der unser gemeinschaftlicher Boden sein muß. Ich denke hier an das Wort von *Schumacher*, der sagt: Erst dann, wenn sich die Gewerkschaft offenbart hat, daß sie auf dem gleichen Boden steht, darf sich in ihrer praktischen Arbeit das Prinzip einer gewissen Neutralität auswirken.

Ich möchte hier zum Schluß nur noch auf eines hinweisen. Ganz gleich, wo heute unsere Arbeit ansetzen muß, ob in der Verwaltung oder bei den Beamten, ganz gleich in welcher Arbeit, wir bleiben doch letzten Endes auch als Beamte Sozialdemokraten, und das muß sich in der Gesamthaltung und Arbeitsmethode und in jedem einzelnen Arbeitsvorgang zum Ausdruck bringen lassen. (Sehr gut!) Wir sind ja Sozialdemokraten nicht nur, weil wir dies als eine geeignete wirtschaftliche Grundlage betrachten, sondern letzten Endes auch, weil dies für uns durchaus den

Wert und die volle Ausdrucksfähigkeit eines Glaubens hat. Entschuldigen Sie, Genossen, wenn ich dieses Wort „Glaube“ hier ausspreche. Aber die Basis, auf der sich geistig unsere Arbeit entwickeln muß, kann ja nicht groß genug sein. Sie muß alles das umschließen, was für uns wichtig und wesentlich ist. Darum, Genossen, ganz gleich, wo wir in der Arbeit stehen — und das gilt vor allen Dingen auch jenen Genossen, die in Gefahr kommen, durch den Druck der Besatzungsmacht und anderer Kreise und Kräfte nun aus allzu großer Loyalität neutral arbeiten zu wollen — ganz gleich, wo ihr steht, ihr müßt Euch offenbaren als Sozialdemokraten. Jedenfalls ist dies der Grundsatz, zu dem ich mich selbst in jedem einzelnen Stadium meiner Arbeit bekannt habe. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Die Genossin *Johanna Spangenberg* will zu einem späteren Punkte der Tagesordnung sprechen, so daß jetzt der Genosse *Karl Meitmann*, Hamburg, das Wort hat. Ihm folgt der Genosse *Franz Marx*, München.

Karl Meitmann, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Zu diesem Punkt der Tagesordnung ist auch durch unseren Vorsitzenden der Antrag 1 zur Behandlung gestellt worden. Ich will hier nur mit wenigen kurzen Worten auf die Bedeutung dieses Antrages hinweisen, weil ich überzeugt bin, daß es einer ausführlichen Begründung nicht bedarf. Wir haben in einer langen Deklaration die Voraussetzungen für das zu formulieren versucht, was in der Begrüßungsadresse unserer Genossen in der Ostzone zum Ausdruck kam, die hier von dem Genossen *Neumann* uns übermittelt würde.

Wir hören jetzt draußen im Kampf um die echte und wirksame Demokratie von seiten der KP und der SEP das Argument: Ihr habt in der Ostzone ja gar nicht den Antrag auf Zulassung Eurer angeblich verbotenen Partei gestellt. In diesem Antrag haben wir bis ins einzelne hinein klar die Voraussetzungen aufgezeigt, unter denen allein das geschehen kann, was wir alle wünschen und was unser Genosse *Schumacher* auf diesem Parteitag nicht nur vor den Delegierten, sondern schon vorher vor der Presse und in Unterhaltungen mit jenen Leuten, die sich dafür bevorzugt bevollmächtigt fühlten, ausgesprochen hat. Wir wünschen, daß in der deutschen Bevölkerung und in der Welt Klarheit darüber besteht, daß die Voraussetzung zur Bildung echten demokratischen Lebens und seiner Ausdrucksformen, nämlich der politischen Parteien, die Gleichheit ist. Dies richtet sich nicht nur an die Adresse der SEP und KP, sondern wir denken uns diese Formulierungen auch als eine Ermunterung und eine Mahnung an die Herren von der CDU und von der Liberal-demokratischen Partei, die sich beflissen fühlten, Kritik an unserem Sprecher und den hier formulierten Gedanken zu üben. Wir fragen sie nachdrücklich und möchten jetzt bald von ihnen unmißverständlich und klar hören, ob sie meinen, daß die Stimmen, die auf ihre Parteien in der Ostzone entfielen, ihnen in echten und von ihnen als demokratisch anerkannten Wahlen zugeflossen sind. Wir wissen, daß die Sehnsucht unserer Genossen drüben in der Ostzone nicht nur als Sehnsucht ganz allgemein besteht, freie Staatsbürger zu werden, sondern daß sie so wie wir selbst in die aktive politische Arbeit eintreten möchten. Wir erklären hier — und mehr will dieser Antrag nicht —: Wenn die Zeit gekommen ist, wo wir über eine Gesamtvertretung deutscher Bevollmächtigter mitzureden haben, so wollen wir schon jetzt erklären, daß die dortigen Parteien — und zwar alle — die Vorbedingungen dazu nicht erfüllen. Ehe wir nicht diese Vorbedingungen geschaffen haben, ist es unmöglich, ein echtes Mandat der gesamtdeutschen Bevölkerung in Anspruch zu nehmen.

Wir sagen — und damit komme ich zum Schluß —: Im Namen Deutschlands kann zur Welt nur sprechen, wer das Mandat wirklich frei gebildeter politischer Parteien hat. Die Voraussetzungen dazu sind in unserem Antrag klar herausgestellt, und wir bitten Euch, Genossinnen und Genossen, unseren Antrag so einmütig vom ganzen deutschen Parteitag anzunehmen, wie er von der Landesorganisation Hamburg einstimmig angenommen worden ist und vom Parteivorstand und Parteiausschuß ebenso einstimmig zur Annahme empfohlen wird. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Loßmann*: Das Wort hat Genosse *Marx*, München. Ihm folgt die Genossin *Wolff*, Berlin.

Franz Marx, München: Genossinnen und Genossen! Die alte Erfahrung, daß die Außenpolitik die Funktion der Innenpolitik darstellt, bestätigt sich heute in einer tragischen Weise an Deutschland, nur mit einem negativen Vorzeichen. Deutschland ist zum Objekt der außenpolitischen machtpolitischen Interessen der über Deutschland bestimmenden Mächte geworden, Deutschland ist das Objekt einer Politik, die eine Mischung von wirklich aufrichtigem Humanismus darstellt, weit überschattet von machtpolitischen, imperialistischen und kapitalistischen Interessen der Siegermächte auf der einen Seite und von einem weltanschaulich unterbauten Machtwillen auf der anderen Seite, der trotz der Möglichkeit, sich durchzusetzen, zumindestens seine weltanschauliche Rechtfertigung bis heute in der Welt noch nicht gefunden hat.

Wenn wir so die von außen auf Deutschland wirkenden Kräfte sehen, dann dürfen wir allerdings auch nicht übersehen, daß sich in Deutschland die Kräfte wieder stabilisieren, die uns die Voraussetzungen dieser Katastrophe geschaffen haben, daß die deutsche Reaktion sich allen staatspolitischen Notwendigkeiten dieses vollkommen zertrümmerten Deutschlands entzieht und rücksichtslos ihre klassenpolitischen Interessen wahrnimmt. Das äußert sich in allen Verästelungen des öffentlichen Lebens, das äußert sich in der Wirtschaftspolitik, in der Sozialpolitik und in der Kulturpolitik. Ich möchte beispielsweise nur nebenbei auf die kulturpolitische Entwicklung in Bayern aufmerksam machen, daß sich heute wieder ein Kultusminister erlauben kann, durch eine Ministerialverordnung in Bayern die Prügelstrafe in den Volksschulen einzuführen (pfaui), oder daß im Verfassungsausschuß dieses Bayerischen Landtags die Christlich-Soziale Union einen Antrag durchsetzen konnte, der bestimmt, daß während des Hochamts jedwede sportliche Veranstaltung zu unterbleiben hat.

Nicht wie die heutigen Parteien zum Faschismus und zur Reaktion stehen, ist der Maßstab zu ihrer Beurteilung, sondern wie sie zu den Voraussetzungen stehen, die uns die Not dieser Zeit gebracht haben. Genau so wie die Reaktion nicht erst im Jahre 1933 in Deutschland begann, als sie schon die politische Macht übernommen hatte, sondern schon im Jahre 1919 begann, so wird auch die erneute deutsche Reaktion nicht erst dann beginnen, wenn sie wiederum die politische Macht übernimmt. Die deutsche Reaktion hat schon mit dem 20. Juli 1944 begonnen, als sich ein Teil dieser Menschen von den Folgen der Ursachen distanzierte, zu denen sie wesentlich beigetragen haben, (Sehr richtig!) Die deutsche Reaktion hat in dem Moment mitbegonnen, als man in einem der Siegerstaaten das Komitee „Freies Deutschland“ aufzog, in dem sich die reaktionärsten Offiziere Deutschlands in dem Augenblick vom Faschismus distanzlierten, als die Niederlage dieser faschistischen Verbrecher eindeutig feststand.

Das Nürnberger Urteil hat in gewissem Maße eine internationale Rechtfertigung der Voraussetzungen zu dieser Katastrophe gebracht. Nicht die Handlanger dieser Katastrophe gehörten da verurteilt, sondern die Drahtzieher, die immer und immer wieder in der geschichtlichen Situation auch ihre Verteidigung gefunden haben, mußten verurteilt werden. Das waren die Vertreter der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Papen, Schacht und Genossen.

Wie hart der Kampf mit diesen Voraussetzungen sein wird, haben uns die zwölf Jahre gezeigt; denn der Faschismus war lediglich einer der Faktoren, die die Reaktion einzusetzen entschlossen ist, wenn es an die Grundlagen ihrer politischen Macht geht. Was wir jetzt in unserer gesamten politischen Arbeit tun, hat einfach den Zweck, die Ausgangsstellungen für den Moment zu schaffen, in dem die politische Initiative restlos an die deutschen Politiker übergeht. Der Genosse *Schumacher* hat hier schon richtig gesagt, daß das deutsche Volk oder die Katastrophenpolitiker vor einer Revolution bewahrt geblieben sind, die außerhalb unseres Machtbereichs liegende Kräfte zunächst verhindert haben. Das schließt nicht aus, daß es eine unserer wesentlichsten Aufgaben ist, die Voraussetzung für diese Korrektur,

die kommen muß, zu schaffen. (Beifall.) Die Schaffung dieser Voraussetzung bedeutet, daß wir beispielsweise an einer radikalen Eigentumsveränderung festhalten müssen. (Zustimmung.) Denn diese radikale Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist die Voraussetzung für das wirkliche Funktionieren einer Demokratie. Sie ist ja deswegen auch in einer der Zonen Deutschlands zunächst vorgenommen worden, allerdings mit negativen Vorzeichen in bezug auf eine der unabdingbaren Grundlagen sozialistischer Politik überhaupt, nämlich durch die Verletzung der geistigen Freiheit. Wir müssen an der Änderung der Eigentumsverhältnisse festhalten bei Sicherstellung der geistigen Freiheit. Nur so werden wir unseren Aufgaben gerecht. Die Partei selbst muß sich als Spiegelbild einer solchen Problematik darstellen. Sie muß praktisch die Tribüne all dieser fortschrittlichen Bestrebungen sein, die eine radikale Änderung der Eigentumsverhältnisse zum Ziel haben, aber bei unabdingbarer Sicherung der geistigen Freiheit. Das heißt, sie muß die negativen Voraussetzungen dieser östlichen Politik bei sich selbst aufheben.

Arbeiten wir nach diesen Gesichtspunkten, dann wird die Sozialdemokratische Partei ihren Aufgaben gerecht werden, dann wird sie die Schlagkraft erhalten, die auch die jetzt noch abseits stehenden Kräfte mitreißt und wird so wirklich zu dem positiven Faktor der deutschen Politik werden. Das ist die verantwortungsvolle Aufgabe unserer Partei, die uns keiner abnimmt, wie der Genosse *Schumacher* hier gesagt hat. Man kann die Politik unserer Partei für schlecht halten. Wir wollen es einmal zugeben und überspitzt sagen: Die Politik unserer Partei kann noch so schlecht sein, aber sie ist besser und wird besser bleiben als die Politik jeder anderen Partei Deutschlands. Darin liegt die Verantwortung für uns, innerhalb dieser Partei mit unserer ganzen Kraft, unserer ganzen Ausdauer und unserem ganzen Zielbewußtsein zu arbeiten. Dann werden wir unserer Pflicht als Sozialisten Deutschlands und internationalen Sozialisten gerecht werden. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Wort hat die Genossin *Jeanette Wolff*, Berlin. Ihr folgt der Genosse *Niepuandt*, Essen.

Jeanette Wolff, Berlin: Genossen und Genossinnen und liebe Gäste! Tief innerlich gerührt von den Worten, die der Genosse *Schumacher* und der Genosse *Stampfer* am heutigen Tage gerade hier in Nürnberg zur Judenfrage gefunden haben, gibt mir das Vertrauen, im Namen der Juden und als Sozialdemokratin hier all das auszusprechen, was jahrelang tief in unserem Herzen gelegen hat. Ich unterstreiche das, was der Genosse *Stampfer* in bezug auf den Rabbiner Dr. Beck sagte, mit dem ich jahrelang zusammen gearbeitet habe. Als im Jahre 1945 die Tore des KZ sich für uns öffneten, hat unser Herz geweint, als wir das erste deutsche Häuschen sahen. Denn das Heimweh nach Deutschland war in uns, nachdem wir jahrelang als Vergessene in den unkontrollierbaren Lagern des Ostens gelebt hatten. Wir als Sozialdemokraten und Juden, die für die Idee des Sozialismus schon 1933 nicht in die Verbannung, sondern in die Hände der Feldpolizei und der Gestapo gegangen sind, wollen offen aussprechen: Das deutsche Volk ist nicht antisemitisch; deshalb lehnen wir eine Kollektivschuld des deutschen Volkes an dem Hitlerverbrechen ab. (Beifall.) Wäre das deutsche Volk antisemitisch gewesen, es lebte kein Jude in Deutschland mehr. Das müssen wir auch der Welt immer und immer wieder sagen.

Wir wissen, daß gerade in den Herzen der Juden viel weniger die wirtschaftliche Wiedergutmachung als die moralische noch eine ungeheure Rolle spielt. Wer kann das besser ermessen, als ein Mensch, der jahrelang durch das Inferno dieser Hölle gegangen ist, als wir, die wir alles an Menschen verloren haben, die mit uns gemeinsam gekämpft und gearbeitet haben, die wir die Kinder verloren haben, die wir voll Hoffnungen der Welt gegeben hatten, wir, die wir heute, wenn wir nicht Sozialdemokraten wären und in der Arbeit ständen, zusammengebrochen vor dem Nichts unseres Seelenlebens stehen würden. Wir sprechen hier ganz offen aus: Es ist notwendig, daß gerade die Sozialdemokratie aus tiefstem Herzen die Lösung der Judenfrage mit auf ihre Fahnen schreibt, weil das Menschheitsideal der Sozial-

demokratie und das Menschheitsideal der Erlösung aller Menschen aus den Fesseln jeder Unterdrückung die Erlösung der Juden der Welt mit einschließt. In diesem Sinne möchte ich einige Dinge zur Klärung der ganzen Frage beitragen.

Kommunisten und andere sind in die KZ hineingegangen, ebenso wie ich und alle sozialdemokratischen Kämpfer hineingegangen sind, die das Fech hatten von einer jüdischen Mutter geboren zu werden. Aber es ist doch ein Unterschied zwischen uns und den anderen Juden. Wir haben gewußt, daß wir Kämpfer gegen die Diktatur und gegen den Faschismus waren. Wir haben gewußt, daß wir um eine neue Welt ringen wollten, daß wir ein neues Leben aufbauen wollten, in dessen Mittelpunkt wir den Menschen stellten. Aber jene Schar von Unzählbaren, die in Öten verbrannt und in Lagern gemartert wurden, jene unzählige Anzahl von Kindern, deren bloße Füßchen blutend durch die Schneefelder des Ostens in das Verderben hingerappt sind — sie wußten nicht, warum sie in dieses Verderben gingen —; sie gingen nur, weil eine Mutter sie geboren hatte. Ihnen begreiflich zu machen, daß sie wieder als voll geschätzte und gewertete Mitglieder in die deutsche Gemeinschaft aufgenommen werden, dazu haben die Worte beigetragen, die der Genosse Dr. Schumacher und der Genosse Stampfer an dieser Stelle gesprochen haben. Im Namen der deutschen Juden danke ich diesen beiden Genossen aus innerstem Herzen.

Das Problem der Judenfrage ist nicht damit gelöst, daß wir ihnen etwas von ihrem Eigentum oder ihren irdischen Gütern zurückgeben. Was nützt es dem Menschen, wenn er in seinen vier Wänden Bequemlichkeit hat und wenn er draußen gegen eine Wand von Mißtrauen zu kämpfen hat? Unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist es, dafür zu sorgen, daß die Quellen in Deutschland gesäubert werden, aus denen noch heute der Kampf gegen die Freiheit und auch der Kampf gegen das Judentum entströmt. Diese Quellen müssen gesäubert werden. Ich appelliere an alle unsere Genossen, die in irgendwelchen Ämtern in Deutschland sitzen, sei es in Staat, Stadt oder Gemeinde, sich ihre Mitarbeiter auf ihre politische Vergangenheit anzusehen und alles daran zu setzen, alle Ämter in Deutschland zu reinigen von jenen kleinen Meßnern, die es heute noch verstehen, unter devoten Bücklingen auch unseren Genossen sich unentbehrlich zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sind die Quellen, aus denen der Nationalismus getränkt wird.

Es gibt eine Reihe dieser dunklen und trüben Quellen, und der Genosse, der an dieser Stelle sagte, daß der Nationalsozialismus in Deutschland nicht tot sei, hat recht gehabt. Ich sehe die Dinge nicht aus meiner jüdischen Mentalität heraus, wie man mir einmal vor Jahren auf dem Heidelberger Parteitag gesagt hat, als ich als ganz junge Genossin zum Ausdruck zu bringen wagte, daß der Antisemitismus aus der deutschvölkischen Partei, aus der Partei eines Wulle und Knüppel-Kunze und aus den Nationalsozialisten der Totengräber der Weimarer Republik sei. Nach zwölf Jahren des Leidens sehen wir die Dinge un sentimental, so, wie sie sind. Gelingt es uns nicht, in Deutschland die trüben Quellen zu verstopfen, aus denen noch heute nationalsozialistische Ströme in das neuerwachende deutsche Volksempfinden quellen, dann werden wir niemals einen gesunden und friedvollen deutschen Staat in einem friedvollen Europa aufbauen können. Das ist nicht allein unsere Aufgabe, aber unsere in allererster Linie. Und dann ist es die Aufgabe der alliierten Behörden. Es tut mir leid, daß der größte Teil der Vertreter der Besatzungsmächte nicht mehr anwesend ist. Wir haben sie begrüßt als unsere Befreier. Sie haben die Welt von dem nationalsozialistischen Terror befreit. Aber sie müssen uns auch helfen, Deutschland von den unterirdischen Quellen zu befreien, und das ist nur nach zwei Seiten möglich. Auf der einen Seite müssen die deutschen Verhältnisse sobald wie möglich klar und eindeutig gestaltet werden, und man sollte sich nicht mit Interessengruppen darüber unterhalten, wann das geschehen soll. Nur wer schnell hilft, hilft gut. Und wenn ein Patient wie das deutsche Volk an einem Ansteckungsbazillus, der aus Not und Elend geboren ist, nun verschärft leidet, muß man diesem Volke helfen, daß es immun wird gegen die Dinge, die uns zwölf Jahre hindurch eine Hölle nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt gebracht haben.

Wir sind der Ansicht, daß alles daran gesetzt werden muß, die Zonengrenzen abzubauen, damit die Nationalsozialisten nicht mehr untertauchen können. (Beifall.) Wer in Berlin seine Kennkarte beschmutzt hat, taucht irgendwo im Westen unter, um in irgendeinem Ministerium oder einem Wirtschaftsrat wieder zu erscheinen. (Lebhafte Zustimmung.) Wer als Wehrwirtschaftsführer, ohne mit der Wimper zu zucken, Tausende von ausgepreßten Fremdarbeitern und Juden in die Lager zur Vernichtung geschickt hat, taucht wieder auf, weil er unentbehrlich ist. Diese Menschen sind für uns durchaus entbehrlich. (Sehr richtig!) Wir empfehlen allen Genossen, auf die Menschen zu achten, die sich ihnen nahen. Ich bin der Ansicht, daß auch in diesem Winter manches vermieden worden wäre, wenn nicht alliierte Stellen „fachmännisch“ von Leuten beraten worden wären, denen gar nichts an der Gesundung Deutschlands, aber alles an einem Chaos liegt, durch das sie an die Oberfläche gekommen sind. (Beifall. — Glocke.)

Meine Zeit ist um. Es ist ein weites Feld, über das zu reden wäre. Zum Schluß möchte ich Ihnen nur noch den einen Weg sagen. Es ist notwendig, daß neben allem anderen in Deutschland ein Entnazifizierungsgesetz kommt, das keine Stünde und keine Klassifizierungen mehr kennt. Wir dürfen keine Juristenkammern, keine Ärztekammern und keine Künstlerkammern haben. Ob jemand das Volk mit dem Wort, mit dem Lied oder mit der Schrift vergiftet hat, oder ob jemand mit dem Dolch einen Menschen umgebracht hat — sie haben die Atmosphäre geschaffen, aus der die menschlichen und baulichen Ruinen entstanden sind und in der Millionen von Menschen ihr Leben haben lassen müssen.

Wir wollen alle zusammenstehen. Aber wir wollen auch den Alliierten klar machen, ganz gleich, ob im Osten, im Westen, im Norden oder im Süden, daß sie mit uns die gleiche Verantwortung tragen, aus Deutschland den Ansteckungs- und Veredlungsbazillus zu entfernen und den Nationalsozialismus von innen heraus zu bekämpfen. Überall tauchen sie unter, wohin man kommt. Wir werden immer wieder fordern, daß bald die Direktive 38 für ganz Deutschland einheitlich wird, daß die Ausführungsbestimmungen so werden, daß wir alle Nazis, die sich schuldig gemacht haben, erreichen können. Ein Satz muß sich eisern in unser Hirn einprägen, und das soll das Letzte sein, was ich in meiner kurzen Rede zu sagen habe: Denkt an die vielen Opfer, an das Meer von Blut, an das zerstörte und verbrannte Hab und Gut, an die 12 Jahre, die so sinnlos uns verflossen, laßt sie nicht untertauchen, die Parteigenossen! (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir haben noch zwei Genossen auf der Rednerliste, den Genossen *Nießwandt*, Essen und den Genossen *Köth*, Hessen. Ich möchte die beiden Genossen bitten, sich so kurz zu fassen, daß wir noch vor der Mittagspause das Schlußwort des Genossen *Schumacher* hören und noch die Abstimmungen zu Punkt 2 der Tagesordnung vornehmen können. — Genosse *Nießwandt*, Essen!

Wilhelm Nießwandt, Essen: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Die Entschleußung des Vorstandes, die dem Parteitag vorgelegt worden ist, ist wohl das Ergebnis des Referats, das Genosse *Schumacher* gestern gehalten hat. Wir möchten besonders von der Ruhr aus ganz kurz, aber doch präzise zu der Frage Deutschland und Europa einiges sagen.

Wenn es heißt — damit möchte ich beginnen —, daß letzten Endes die Sozialdemokratische Partei sich bekennt zum demokratischen, die Freiheit der Persönlichkeit behandelnden Sozialismus, so sagen wir von der Ruhr vor allen Dingen: Möge das Ausland und mögen die Mächte, die jedenfalls auch an der Ruhr das letzte Wort sprechen, diese Freiheit der Persönlichkeit so verstehen, wie sie hier gemeint ist, und mögen sie sich endlich freimachen von einer Bevormundung, die wir immerhin als unentzählich empfinden. Denn die Worte Freiheit der Persönlichkeit werden auch von den Kräften, die einstmals die Ruhr beherrscht haben, immer wieder in den Mund genommen, und die Militärregierungen sind geneigt, diese Kräfte als unentbehrliche Exponenten der Wirtschaft an der Ruhr wieder anzuerkennen. Die Sozialdemokratische Partei muß es ablehnen, sich unter das

Motto zu beugen, daß diese Herren auf Grund ihrer Fachkenntnisse unentbehrlich wären, und sie muß somit den Beweis liefern, daß auch wir imstande sind, diese Wirtschaft auf Persönlichkeiten auszurichten und mit ihnen zu führen.

Ein weiteres Wort, das die Entschließung enthält, möchte ich hier ebenfalls zum Gegenstand einer kurzen Betrachtung machen. nämlich die ständig wachsende Hungerkrise. Alle Teilnehmer des Parteitags, die schließlich alle Zonen des Westens und damit alle Länder vertreten, blicken gespannt auf die Ruhr. Auf die Ruhr blickt aber auch das Ausland. Man sagt, das Ruhrgebiet sei zur Befriedigung der Ansprüche da, die Frankreich, Belgien, Italien und alle anderen, auch selbst England, zu stellen haben. Ich darf hier im Namen der Arbeitenden an der Ruhr nur erklären: Wenn man die Schaffenden an der Ruhr weiter so behandelt wie bis jetzt, dann wird es nicht gelingen, auch nur noch einen Waggon Kohle nach Frankreich oder anderswohin zu transportieren. Ich bitte darum, daß auch die Genossen in Frankreich mit aller Energie sich dem Gedanken entgegenstellen, es sei möglich, den arbeitenden Menschen in den zerschlagenen Großstädten der Ruhr zu größeren Leistungen zu bringen, als er sie bisher vollbracht hat, unter Verhältnissen, die nicht einmal denen auf dem Balkan entsprechen.

Bei einem weiteren Satz der Entschließung bitte ich, die Formulierung zu ändern. Es heißt hier: „einer starken und vom Vertrauen der arbeitenden Massen getragenen Wirtschaft“. Wenn wir, wie *Schumacher* erklärt hat, die Massen gewinnen müssen, um einstmals als die bestimmende Partei im Reich in Erscheinung zu treten, so wäre es angebracht, wie folgt zu formulieren: „einer starken und vom Vertrauen der breitesten Schichten getragenen Wirtschaft“. Ich meine damit, daß der Tenor, der immer wieder zum Vorschein kommt, in Zukunft nicht allein auf die arbeitenden Schichten abgestimmt sein darf, weil immer wieder ein falsches Verstehen dieses Wortes Platz greift. Zu den „breitesten Schichten“ gehören alle, die durch den Nationalsozialismus besonders enttäuscht worden sind. Sie müssen endlich ihren Halt finden, den sie suchen, und zwar in der Sozialdemokratischen Partei.

Nun noch ein anderes Wort zu dem gestellten Thema Deutschland und Europa. Will das Ausland begreifen, daß es letzten Endes nur eine Partei in Deutschland gibt, die sowohl in der Vergangenheit bemüht gewesen als auch jetzt bemüht ist, dem Ausland die Wahrheit über die Verhältnisse in Deutschland zu vermitteln? Das Ausland holte sich seine Orientierung vornehmlich von Kräften, die in der zurückliegenden Zeit gar nicht so sehr darauf bedacht waren, diese deutschen Interessen zu vertreten. Ich spreche ganz offen aus: Es handelt sich um die Kräfte, die als weltanschaulich betonte Kräfte auch zu Anfang des Dritten Reiches ein Positivum für sich herauszuarbeiten wünschten. Diese Orientierung des Auslandes ist jedenfalls nicht dazu angetan, die wahren Verhältnisse Deutschlands kennenzulernen. Denn diese Kräfte sind auch die aktivsten Kräfte in bezug auf den Partikularismus in Deutschland. Was *Schumacher* hier erklärt hat, ist schon richtig. Wollen wir zu einer einheitlichen Steuerung im Reiche, dann müssen diese Kräfte auf den Stand zurückgeschraubt werden, der für sie noch bleiben darf, um in Zukunft noch irgendwie tätig zu sein. Das ist das eine, was an der Ruhr ganz besonders empfunden wird. (Glocke.) Die arbeitenden Schichten an der Ruhr — und das betrifft alle, die sich nicht von dem Gedanken des Nazismus beeinflussen lassen — wünschen, daß die Partei allen diesen Fragen gegenüber diese klare Sprache spricht. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenauer*: Als letzter Redner Genosse *Köth*, Hessen.

Otto Köth, Hessen: Genossinnen und Genossen! Ich darf mir erlauben, ein Wort unseres Parteiführers Genossen *Schumachers* an die Spitze meiner Ausführungen zu stellen. Genosse *Schumacher* sagte: Wir sind unbehquem, aber wir sind reell. Wir sind es nicht nur, sondern wir waren es auch in der Vergangenheit und haben der Welt bewiesen, daß wir in jeder Weise und in jeder Form gewillt waren, mit ihr zusammen zu arbeiten. In Nürnberg ist der Sitz des hohen Gerichtes, das über

die Verbrechen und Verbrecher gegen die Gesetze der Menschlichkeit entscheidet. Nun ist es doch so: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Ich stehe auf dem Standpunkt, Mord bleibt Mord. Ob man jemand totschißt oder ob man ihn streichelt und dann trotzdem verrecken läßt, ist das gleiche. Der Hunger stoht über Deutschland. Hunger! ruft die ganze Welt. Über eines jedoch wollen wir uns im klaren sein: Brot allein tut's nicht, sondern der Geist ist es, der den Körper bildet. Die geistige Idee hat jeweils den Körper überwunden. Den besten Beweis für diese Behauptung hat das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, hat aber besonders die Arbeiterschaft in Deutschland und namentlich im Ruhrgebiet im vergangenen Winter geliefert. Sie hat gehungert, gefroren und ist trotzdem der sozialistischen Idee treugeblieben. Sie hat sich nicht radikaliseren lassen. Die Gefahr der Radikalisierung schwebt jedoch nach wie vor über uns. Denn auch der Körper kann den Geist töten und tötet ihn in dem Augenblick, wo er erlischt. Auf die Dauer kann auch der beste Sozialist nicht nur vom Geist leben. Wenn das Ausland unsere Hilferufe nicht hört, nicht hören will, so machen wir das gesamte Ausland, und zwar vor allem das Ausland, das uns helfen kann, darauf aufmerksam, daß wir diese Hilferufe gar nicht auszusprechen brauchten, wenn das Ausland vor 1933 auf die Warnrufe der SPD gehört hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Kein geringerer als Churchill hat den Ausspruch getan: Es ist nicht gut, an dem Kraterrand eines Vulkans zu leben. Und Deutschland ist ein Vulkan. Deutschland muß geholfen werden. Denn wenn die Hilfe nicht bald einsetzt, werden jene Kräfte, die schon einmal in jüngster Zeit uns das Unglück gebracht haben, wieder am Werke sein und die deutsche Demokratie untergraben, unterwühlen und Europa und die Welt erneut in Konflikte stürzen, die den Untergang nicht nur Deutschlands, sondern des gesamten Europa, den Untergang des Abendlandes bedeuten würden.

Will die Welt denn nicht endlich die Gesetzmäßigkeit in der Geschichte verstehen? Jedes Kind der ganzen Welt kennt die Gesetzmäßigkeit in der Natur. Jedes Kind in der Welt weiß, daß aus einem Zwetschenbaum keine Bananen wachsen. Die Gesetze der Geschichte jedoch will die Welt nicht erkennen. Das richtungswiesende Gesetz der Geschichte ist, daß die gesamte Welt zur sozialistischen Demokratie hinmarschieren wird. Entweder sie geht diesen Weg, oder sie geht zu Grunde.

Es wird heute soviel von der Weltsicherheit gesprochen. Ich möchte schon sagen, man könnte besser von einem Weltsicherheitsfimmel reden. Genossen im Ausland, an Euch ergicht mein besonderer Ruf und meine besondere Bitte: Seid die Mandatsträger für den Willen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands! Sorgt dafür, daß das, was Eure Regierungen, soweit sie sozialistisch sind, beschließen, auch von Euren Militärregierungen in den Besatzungszonen durchgeführt wird. (Zustimmung.) Die deutsche Sozialdemokratie hat den Krieg geächtet. Haben wir nicht vor 1933 gerufen und gewarnt: Wählt Hitler und Ihr wählt den Krieg! Das Ausland hat uns nicht gehört und hat uns nicht geholfen. Hilft das Ausland heute nicht der deutschen Sozialdemokratischen Partei, dann wird nicht nur der Sozialismus, sondern Deutschland und Europa vor die Hunde gehen. Wir kämpfen für Gerechtigkeit, für Freiheit, für Menschlichkeit. Sorgt draußen dafür, daß die Idee des Sozialismus nicht nur in wenigen Hirnen lebendig ist, sondern Gemeingut der breiten Massen ist. Dann werden wir auch die nächste Notzeit überstehen. Lassen Sie mich mit einem Goethewort schließen: Was ihr den Geist der Zeiten nennt, das ist der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln. Und dieser Geist muß ein sozialistisch-demokratischer sein, wenn die Welt in Ruhe und Frieden leben will. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen, Genossen, zum Schlußwort des Genossen *Dr. Schumacher*.

Dr. Kurt Schumacher (mit lebhaftem Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Es kann nicht Aufgabe des Schlußwortes sein, sämtliche hier ange-

schnittenen Spezialprobleme zu behandeln, schon deswegen nicht, weil dann durch die Konzentration auf ein Spezialproblem, und mag es noch so wichtig sein, eine Verlagerung im ganzen System der Wichtigkeiten eintritt. Aber gewisse Dinge, die für die Aktionsrichtung und die Prinzipien der Partei von Bedeutung sind, müssen doch kurz erörtert und auch einmal an dem einen oder anderen Spezialfall gemessen werden.

Genossinnen und Genossen! Das Positive der heutigen Diskussion war, daß die Kritik gut abgewogen war und daß die Kritik sich gleichmäßig verteilte auf die falschen Konsequenzen, die auf ein Nichterkennen solcher Probleme durch die Besatzungsmächte hervorgehen, und auf die innerdeutschen Faktoren. Für uns als Sozialdemokraten ist die erste Aufgabe, mit Energie im eigenen Lande den Gegner zu stellen. (Sehr richtig!) Daß wir es in unserer Haltung gegenüber den ausländischen machtpolitisch basierten Faktoren sind, das ist eine Selbstverständlichkeit; denn der demokratischen Staatsbürgerfreiheit im Innern entspricht immer eine Politik, auch wieder die Nation frei und gleichberechtigt zu machen. (Beifall.)

Nun, Genossen und Genossinnen, hat die heutige Kritik im Gegensatz zu der auf manchen früheren Tagungen nicht diesen larmoyanten, weinerlichen Ton getragen, der die Zustände beklagt, die uns doch allen bekannt sind und die uns in unserer politischen Sinnesbildung hin- und herreißen. Wir brauchen nicht über das Elend belacht zu werden, wir erleben es selbst. Heute war das Positive in der Kritik, daß jedesmal, wenn auf einen Mißstand hingewiesen wurde, auch zu gleicher Zeit die Methoden der sozialdemokratischen Politik zu ihrer Überwindung aufgezeigt wurden. Solche Kritik ist sinnvoll und ein Beitrag für die Bildung eines Gesamtresses der Partei. (Beifall.) Wir stehen im deutschen Volk und damit auch in der deutschen Sozialdemokratie vor dauernden Zerreißproben, und diese Zerreißproben werden sich unausweichlich steigern. Aber, Genossen, diese sind für weite Teile des deutschen Volkes ein guter Fundus, daß sich die Menschen auch von dem eigenen Elend nicht betäuben lassen und die politische Linie wahren, die herausgearbeitet werden muß. Dafür sind die Wahlen vor allem in der britischen, zum Teil auch in der französischen Zone, ein guter Beweis. Genossen und Genossinnen! Dieser 20. April vor allem ist ein Zeichen von einer neuauftretenden politischen Moral in Deutschland. Es ist durchaus nicht so, daß manche Leute, wie sie sich das denken, uns uneingeschränkt über die Demokratie belehren müssen, und daß diese sich in jedem Fall so gut benommen hätten, wie die Wähler der britischen Zone am 20. April 1947.

Nun, Genossen, bei diesen sich andeutenden Zerreißproben haben wir drei Aufgaben zu bewältigen. Wir müssen durch die Lebendigkeit der Demokratie in unserer Partei diese Partei zu einem ungeschriebenen Stück Verfassung der deutschen Republik machen. (Lebhafter Beifall.) Weil wir Demokraten sind, muß die deutsche Republik demokratisch werden. Zum andern müssen wir alle Kräfte anpacken für die Erhaltung und Steigerung des Produktionswillens; eine unpopuläre Parole, aber eine notwendige Parole. In dem Augenblick, wo das Volk sie nicht befolgt, begeht es Mittäterschaft an seiner eigenen Ermordung. Drittens, Genossen, lassen wir uns von dem Gedanken der Neuordnung und des Neubaus der Wirtschaftsverfassung, vom Sozialismus als der aktuellen Tagesaufgabe, nicht abbringen. (Beifall.)

Nun haben speziell die Genossen Kubel und Klingelhöfer das Referat von gestern sehr gut in einigen wichtigen Teilen untermauert und damit auch die Diskussion vorwärts getrieben, soweit sie sich auf diese Gebiete bezieht.

Sehr wichtig für uns ist die Überwindung der Transportkrise. Aber ebenso wichtig ist, daß man mit dieser passiven, apathischen und gleichgültigen Haltung derjenigen, die mit der Tatsache rechnen, daß die Besatzungsmächte mit verantwortlich sind für das deutsche Schicksal, die Transportkrise nicht beheben kann. Die deutsche Transportkrise ist die peinlichste und fatalste der europäischen Transportkrise. Ehe noch gewisse Möglichkeiten der Hilfe von den USA auf diesem Gebiete eintreffen, sollte man die europäischen Länder im Sinne der Versorgung mit Nahrungsmitteln, mit Kohle, mit Rohstoffen in den deutschen Industrie-

geblieben interessieren. Schon gestern haben wir davon gesprochen, daß, wenn die Transportkrise nicht beseitigt werden kann, die gesamte Warenverteilung in Deutschland zusammenbricht. Und ich glaube, in Europa wird es keinen denkenden Menschen mehr geben, der den Zusammenbruch des deutschen Transportwesens als ein notwendiges Mittel der Bestrafung der Deutschen für das Dritte Reich ansehen könnte.

Nun, wertige Versammlung, haben wir immer wieder festzustellen, durch die Konzentration auf die sozialökonomischen Nöte verschiebt sich das Bild unserer Interessen in der Partei etwas einseitig. Wir empfinden alle, wir gehen in diesen Winter hinein mit einer geringeren Polsterung an Ersparnissen, an Bekleidungs- mitteln, an Bedarfsgegenständen, an aller Hilfe des täglichen Lebens. Wir gehen auch in ein eventuell vorübergehendes Schicksal der Erwerbslosigkeit mit einer viel geringeren Stärke als etwa in der großen Krise von 1933. Damals konnte die Erwerbslosigkeit auch aus anderen ökonomischen Hilfsmitteln als aus der laufenden Produktion getragen werden. Aber heute trifft diese Krise gerade diejenigen Kreise am härtesten, die solcher Mittel völlig bar sind.

Wenn wir dieses schwere Schicksal sehen, dann geht unser Ruf an die Welt um so lauter, nicht etwa das Mitleid zu organisieren. Übrigens manchen ausländischen Kritikern möchte ich sagen, mitleidig zu sein ist höchstens ein Zeichen von Menschlichkeit. (Zustimmung.) Aber wir denken nicht daran, das Mitleid zu organisieren. Wir denken daran, die Vernunft zu mobilisieren für die Eigen- interessen der anderen Länder in Europa und in der Welt. Da man uns 1945 physisch nicht vernichtet hat, ist heute die Welt an einer gut prosperierenden und vertrauensvollen Atmosphäre in Deutschland interessiert. Aber da helfen keine platonischen Lippenbekenntnisse dieses Interesses, da helfen bloß gemeinsame Taten.

Der große Weg von der Idee zur Realität sollte, wenn nicht schwere Verluste eintreten sollen, noch vor dem Einbruch dieses Winters gegangen werden. Denn das nächste Frühjahr findet ein anderes deutsches Volk. Die nächste große Stimmungskrise zeichnet sich deutlich als herankommend ab. Es ist besser, ein Volk auf die Beine zu stellen, das noch Vertrauen zur Menschheit hat und das noch glaubt, daß die vier Punkte, die vier Freiheiten der Atlantic-Charta in der Mensch- heit leben und nicht so verschwinden, wie die 14 Punkte Wilsons. (Zustimmung und Beifall.) Es ist besser, einem Volke mit dieser moralischen Kraftreserve zu helfen, als später einem resignierenden Volke, dem dann auch mit der größten Hilfe nicht so intensiv geholfen werden kann wie heute, in diesem Sommer und Herbst, den Deutschen mit einer relativ geringen Hilfe.

Nun, wertige Genossinnen und Genossen, hat sich dabei herausgestellt, daß diese Sorgen des sozialen Lebens sich in der Diskussion etwas zu einseitig ausgedrückt haben. Ich habe schon vorher gesagt, am schlimmsten für mich in dem Referat ist, daß ich wohl mit den ökonomischen, mit dem geschichtlichen, mit den taktischen Dingen mich auseinandersetzen muß, aber daß ich kein Wort davon sagen kann, wie die Sozialdemokratie sich das kulturpolitische Leben des deutschen Volkes und auch die Symbiose in der europäischen und der Weltgemeinschaft vorstellt. Diese Verlagerung nach der einen Seite ist sehr schmerzhaft; denn in Wahrheit ist die Sozialdemokratie in der Vergangenheit die einzige Partei gewesen, die bereit war, für kulturelle Dinge materielle Opfer zu bringen. (Zustimmung.) Dazu ist die Sozialdemokratie auch heute noch bereit, und sie wird in Zukunft noch stärker dazu geneigt sein.

Nun lebt die Sozialdemokratie auch im Geiste der Unverzichtbarkeit der Demokratie als politisches Mittel und als Lebensform. Ich bestreite nicht, daß es anderswo auch Demokraten gibt, gute Demokraten mit gutem Willen. Ich bestreite nur, daß diese Menschen die Strategie ihrer Partei und ihren geistigen Inhalt bestimmen können. Denn bei allem subjektiv sauberen Willen zur Demokratie und sozialen Gerechtigkeit werden diese Menschen die großen objektiven Realitäten, nach denen die Ideale und die staatspolitische Stellungnahme ihrer Partei erfolgen, nicht beeinflussen können.

Wir haben daher bei der Realisierung sozialdemokratischer Anträge sehr lehr-

reiche Erfahrungen machen können. Heute ist es doch so, daß bei einer Millionenanhängerschaft von gutwilligen Demokraten die CDU im Prinzip genau wie die KP aus außerparlamentarischen und antiparlamentarischen letzten Quellen bezieht. Das gilt auch für andere bürgerliche Erscheinungen. Aber wir müssen sehen, daß dieses Wurzeln in letzten Fällen, zum Teil vergangenheitsverbunden in letzten Fällen wie bei der CDU, zum Teil ganz gegenwartsbelegt wie bei der KP, daß diese Quellen in dieser Konsequenz den Willen zur Demokratie ausschließen und daß sie das Interesse der jeweilig zu helfenden Klasse immer zum Interesse der ganzen Nation zu machen versuchen.

In dieser Situation sollen wir doch einmal sehen, daß diese Parteien ohne jede besondere Absprache die Rolle spielen, einander als die sich selbst bequemsten Gegner zu betrachten. Für die CDU ist doch der Kommunist der geeignetste Gegner. Von ihm geht keine akute Gefahr der Änderung der Eigentumsverhältnisse im Großkapitalismus aus. Und auch für die Kommunisten ist die CDU der passendste Gegner, denn sie ermöglicht ihm, von der Vielfalt der nationalistischen Aktionsformen in der kommunistischen Partei Europas einmal wieder zur alten Schmetterparole, zur proletarischen Weltrevolution, zurückkommen zu können. Dieses Aufeinander-angewiesen-Sein in den politischen Bedingungen formt die Politik dieser Parteien.

Es ist merkwürdig, zu sehen, wie diese Parteien in der Periode von 1945 bis 1947 sämtlich versuchen, neue Taktiken anzuwenden, daß sie aber nach dem ersten oder zweiten Schritt immer in ihren alten Praktiken enden. So haben wir das in der Periode der Weimarer Republik besonders in den aufschlußreichen Jahren von 1928 und 1929 gesehen, wo die bürgerlichen Parteien und die Kommunisten zusammen die letzte Chance der Weimarer Republik, nämlich den großen Wahlsieg der Sozialdemokratie vom 4. Mai 1928, verspielt haben. Dieselbe Situation und dieselbe Anziehungskraft der Mittel erleben wir heute. Die CDU und die KP werden doch in ihren Funktionen geehrt durch die Tatsache, daß beide Teile die Sozialdemokratische Partei als ihren wirklichen Hauptfeind betrachten. Darüber hilft uns weder das Volksgemeinschaftsgesäusel der CDU noch der Verbrüderungsmittel der Kommunisten hinweg, die uns ins Gesicht spucken und dann die Hand schütteln wollen.

Das deutsche Volk, dem so viel politische Erziehung fehlt, das 12 Jahre politischen Mangels hat durchmachen müssen, reagiert natürlich jetzt in der Periode der Mangelwirtschaft und des Elends sehr stark auf vermeidbare Beschneidungen seiner Existenz. Es ist nicht ein Spezialfall von uns, wenn wir die Frage der Hausbrandversorgung für die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft und auch für die Erhaltung des guten Willens für so wichtig halten. Da ist z. B. nach dem Voranschlag des Verwaltungsrates, der ja aus acht sozialdemokratischen Ministern für das Wirtschaftsamt bestand — ein Zustand, der sogar zur Entdeckung der Demokratie durch die einzelnen Siegermächte geführt hat (Heiterkeit) —, für die Vier-Wochen-Periode eine Kohlenförderung von 440 000 Tonnen vorgesehen worden. Auf Befehl der Militärregierung, die ursprünglich noch sehr viel radikaler streichen wollte, ist dies auf 350 000 Tonnen reduziert worden. Dieser Zustand ist objektiv unmöglich. Er gewährt weder die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft, noch gibt er die Möglichkeit, die für diesen Winter notwendige Grundstimmung eines Vertrauens zu erhalten. Wir haben eine Tagesförderung von etwa 220 000 Tonnen. Bei einer solchen Tagesförderung sind 340 000 Tonnen für die ganze Vier-Wochen-Periode zu wenig. Man müßte wenigstens durchsetzen, und die Sozialdemokratische Partei proklamiert es von dieser Stelle, daß mit der Steigerung der Kohlenförderung auch eine entsprechende Steigerung der Hausbrandversorgung vor sich geht. (Beifall.)

Nun müssen wir sehen, daß die politischen Parteien in Deutschland, die gegen die Sozialdemokratie stehen, dadurch, daß sie sich in ihrer Politik von dieser Feindschaft völlig faszinieren lassen, eine objektive gegenrevolutionäre Rolle in der deutschen und europäischen Entwicklung spielen. Bei dieser Zuspitzung der Verhältnisse, bei dieser Empfindlichkeit der deutschen Stellung im europäischen

Unglück ist heute eine bewußt deutsche ökonomische Potenzen vernichtende Politik, ist eine antideutsche Wirtschaftspolitik auch eine antieuropäische Wirtschaftspolitik.

Wir können in diesem Zusammenhang nicht auf eine Reihe von Fragen eingehen, die sich dabei aufwerfen. Wir möchten bloß sagen, daß unsere Erfahrungen mit jeder Art von Totalitarismus doch etwas stärker von den Siegern und ihrer eigenen Politik auf deutschem Boden beachtet werden sollten. Wir erleben es — der Fall des Genossen Nestriepke ist ein klassisches Beispiel dafür —, wie die eine Gruppe der Siegermächte von der anderen stets überfahren wird. (Sehr richtig!) Diesen Fall sollten die Siegermächte zum Anlaß nehmen, einmal zu erkennen, daß das, was wir gestern angekündigt haben, dieses prinzipiell obsta, widerstehe den Anfängen, die beste Politik zur Vereinheitlichung Deutschlands und zur Durchsetzung der Demokratie ist, und daß es doch möglich ist, daß Deutschland demokratisch wird.

Nun, Genossinnen und Genossen, haben wir einen kleinen Schritt getan in einem großen Prozeß, mit dem die Totalisierungspolitik gegenüber ganz Deutschland wieder in Schwung gesetzt werden soll. Man wird sich sehr bemühen, die kommunistische Politik in Deutschland zu einer populären, im nationalpolitischen Sinne populären Politik zu machen, und man wird dabei auch die wunderbarsten Dinge erleben. Während die Kommunistische Partei im Osten festgelegt ist auf die Einstellung einer endgültigen Grenze, wird sie zu gleicher Zeit besonders im deutschen Westen auf die Tuba des Nationalismus bezüglich der Erweiterung der deutschen Grenze nach Westen drücken. Aber ich glaube, dieses Volk hat den Mut und die Erkenntnis, skeptisch zu sein gegenüber einer bloßen Propagandamaschine.

Es klingt vielleicht bitter und ist doch eine Grundwahrheit, wenn man das Wesen einer totalitären Partei betrachtet. Die Kommunistische Partei in der Ostzone zeigt so recht den willkürlichen und gewaltsmäßigen Charakter des Totalitarismus. Die Kommunistische Partei — SEF glaube ich — ist eine Partei der politischen Funktionäre, die gleichzeitig Inhaber von Dienststellen der MVD sind, deutsche Kommunisten. Die politischen Generallinien einer solchen Partei werden dementsprechend stets diejenigen einer politischen Polizei sein. Wir haben die Konsequenzen einer solchen Linie und die Basierung einer solchen Linie 12 Jahre in Deutschland erlitten.

Wir möchten jetzt eins sagen: Die Frage nach der Parteidemokratie und nach dem Herausfinden der Stoßrichtung unserer Politik muß dauernd in der Diskussion sein, d. h. in den Versuchen der theoretischen und praktischen Gestaltung sein. Wir müssen, glaube ich, etwas mehr von manchen wahlvereinsmäßigen Elterschalen in der Politik unserer Partei abschreiben. (Zustimmung.) Wir müssen dabei stets unsere selbständige und unverzichtbare demokratische Linie betonen.

Hier hat mir ein Münchener Freund eine Resolution der Kader-Organisation der Münchener kommunistischen Partei heraufgereicht. Da steht:

Die Führung der Stadtteil-, Straßen- und Betriebsgruppen muß von den politisch stärksten und aktivsten Genossen besetzt werden. Genossen, die nicht mit der Generallinie einverstanden sind, können nicht in der Leitung vertreten sein.

Sehen Sie, Genossen, das ist der Geist oder Ungeist, vor dem wir uns hüten müssen. Wir akzeptieren die verschiedenartigsten politischen Meinungen auch in den höchsten und zentralsten Instanzen der Partei. (Lebhafter Beifall.)

Wir möchten den Genossen in der Ostzone jetzt noch etwas sagen. Man hat uns beschuldigt, als Sozialdemokratische Partei Zonenpolitik zu machen. Es ist das ein sehr merkwürdiger Vorwurf gerade im Munde einer Partei, die den Versuch macht, die politischen Voraussetzungen ihrer Zonenpolitik auf das ganze Deutschland auszudehnen. Aber dagegen will ich nicht reden. Wichtig, Genossinnen und Genossen, ist das andere. Die Existenz der Zonen kann nicht geleugnet werden. Aber die Sozialdemokratische Partei hat stets eine Politik gemacht, als ob die Zonen nicht

vorhanden wären, bei allen taktisch-praktischen Angleichungen an die Voraussetzungen des Tages. Nur in einem Punkte gibt es eine privilegierte Zone in der Sozialdemokratischen Partei für die Findung ihrer politischen Linie, für ihren Geist, für ihre Politik, und diese privilegierte Zone der Sozialdemokratie ist die unverzichtbare Ostzone mit ihren Sozialdemokraten. (Beifall.)

Mit dem Gang der Entwicklung innerhalb der Partei sind wir durchaus nicht zufrieden. Es läßt sich schon an manchen Stellen zuviel von der Selbstzufriedenheit mancher gehobenen Funktionäre spüren. (Lebhafter Beifall.) Und Selbstzufriedenheit ist nicht so sehr gesellschaftlich ein Hemmnis der Entwicklung, es ist eine Binde vor den Augen für die politischen Gefahren, die heranwachsen. (Zustimmung und Beifall.) Wir können unser Leben nicht aussuchen. Wie können also auch nicht aussuchen, welchen Gefahren wir ausweichen können und welchen wir begegnen müssen. Es ist gewiß klug, sich nicht bei jeder Kleinigkeit mit der ganzen Wucht des Prinzips in die Bresche zu werfen. Aber einer richtigen Gefahr soll man bei klassenpolitischen Auseinandersetzungen nicht aus dem Wege gehen. (Beifall.)

Da möchte ich ein Wort zu den verständnisvollen, durch ihr Lebensalter gereiften Parteigenossen sagen. Die Jugend kommt natürlich nicht mit dem politischen Apparat, den etwa unsere Generation gehabt hat, in das aktive Partyleben hinein. Die Jugend ist hier zum zweiten Male besiegt. Aber geben wir ihr nicht das Gefühl, daß sie auch als Generation besiegt ist. (Beifall.) Denn nur, wenn die Jugend als Generation Sieger wird, wird auch die deutsche Sozialdemokratie siegen können. (Starker Beifall.)

Genossen! Boklatscht das nicht nur, handelt auch danach! (Heiterkeit und erneuter Beifall.) Sucht nach den jungen Menschen. Es gibt unter ihnen unzählige charakterlich und geistig potente Typen, die es wert sind, daß man nach ihnen sucht. Wir sind doch heute in der Sozialdemokratie unter einem allgemeinen Menschenmangel, und es heißt, die großen Verdienste der älteren und mittleren Generation nicht beschneiden, wenn man diesen beiden Generationen die Aufgabe im Dienste der sozialdemokratischen Idee auferlegt, die Jugend für die Ideen des Friedens, der Freiheit und des Sozialismus zu aktivieren. (Anhaltender starker Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen zu Punkt 2 der Tagesordnung. Es liegt Ihnen vor die Vorlage Nr. 5, Antrag 43, Vorschlag des Parteivorstandes und des Partelausschusses für eine Entschleßung. Der Genosse *Nießwandt* hat vorgeschlagen, in dem vorliegenden Text eine Änderung vorzunehmen, und zwar in dem fünften Absatz zu sagen: „Eine erstarkende und vom Vertrauen der breitesten Schichten getragene Wirtschaft wird die Anziehung ausüben“. Wir sind mit dieser Abänderung einverstanden. Ich schlage vor, daß wir so verfahren, daß wir über den Antrag 43 abstimmen und daß mit der Annahme des Antrages 43 die Anträge 2, 3, 4 und 5 in der Vorlage Nr. 4 als erledigt betrachtet werden. Ist der Parteitag mit dieser Vorgangsweise einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Wir kommen zur Abstimmung über Antrag 43. Wer für Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es steht dann zur Abstimmung der Antrag 1 in der Vorlage Nr. 4, der von der Landesorganisation Hamburg eingebracht wurde. Wir schlagen vor, in der Begründung im zweiten Satz eine kleine Änderung vorzunehmen und an Stelle der Worte „In der russischen und französischen Zone“ zu sagen „In allen Zonen“. Wer für diese Entschleßung mit dieser Abänderung ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Genossinnen und Genossen! Damit ist der Punkt 2 der Tagesordnung erledigt. Die Verhandlungen sind bis 15 Uhr vertagt.

(Schluß der Vormittagssitzung 13.23 Uhr.)

Nachmittagssitzung

(Montag, 30. Juni 1947, 15.00 Uhr)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*, Nürnberg: Die Beratungen des Parteitagcs sind wieder eröffnet.

Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung:

Als erster Redner hat das Wort der Genosse *Erich Ollenhauer*.

Berichtersteller *Erich Ollenhauer*, Hannover: Genossen und Genossinnen! Die zu diesem Punkt der Tagesordnung vorgesehenen Referate der einzelnen Genossen des geschäftsführenden Vorstandes sind von uns nicht als Hauptreferate gedacht. Sie sollen sich auf mündliche Ergänzungen zu dem schriftlich vorliegenden Bericht des Parteivorstandes über die Arbeit der Partei im Jahre 1946 beschränken. Ich möchte als erster Redner in dieser Reihe mit gutem Beispiel vorangehen und möchte mich auf einige Bemerkungen beschränken, die zum Teil nicht Ergänzungen sind, sondern Wünsche und Anregungen für den Ausbau unserer Arbeit auf organisationspolitischem Gebiet.

Aus dem Arbeitsbericht geht hervor, daß es unserer Partei in dem Jahr der Arbeit seit dem Parteitag in Hannover gelungen ist, trotz aller Schwierigkeiten auf dem Wege der Entwicklung der Partei zu einer organisatorischen und politischen Einheit ein gutes Stück voranzukommen. Trotzdem sind wir im Parteivorstand mit den bisherigen Resultaten dieser Arbeit nicht voll zufrieden. Wir glauben, daß der organisatorische Stand, der sich günstig entwickelt hat und über den Genosse *Nau* noch einiges sagen wird, allein noch nicht ausreicht, um eine volle Aktionsfähigkeit der Partei zu erreichen, daß wir dahin kommen, die in der Partei zusammengeführten Mitglieder zu einer wirklichen Aktionsgemeinschaft nach einheitlichen Gesichtspunkten heranzubilden. Wir haben das im vergangenen Jahr auf verschiedenen Wegen versucht.

Wir haben vor allen Dingen den Versuch unternommen, durch Schaffung einer Reihe von Fachausschüssen aus Vertretern der Partei aus allen Teilen des Reiches, die auf den einzelnen Arbeitsgebieten über spezielle Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, die Grundlagen der praktischen Arbeit und der zentralen politischen Ausrichtung zu erarbeiten, die wir für unsere politische Tätigkeit brauchen. Sie finden in dem Arbeitsbericht eine Übersicht über die Fachausschüsse und über ihre bisherige Tätigkeit. Wir haben die Absicht, die Entwicklung auf diesem Gebiet auch in der Zukunft mit allem Nachdruck zu fördern, selbstverständlich immer mit der Begrenzung, daß sich in diesen Fachausschüssen und auf den einzelnen Fachgebieten unserer Arbeit nun nicht etwa ein selbständiges organisatorisches oder politisches Leben entwickelt, sondern daß diese Fachausschüsse immer ein Teil der Gesamtarbeit bleiben und daß sie ihr Ziel darin sehen, der Gesamtpartei für ihre praktische Arbeit die notwendigen sachlich fundierten Unterlagen zu schaffen.

Wir sind in den letzten Monaten auf dem Gebiet dieser Zusammenfassung unserer Arbeit noch ein Stück weiter gegangen. Wir haben heute in den Ländern der drei Westzonen und in Berlin Parlamente, die aus freien demokratischen Wahlen hervorgegangen sind. Die Sozialdemokratie spielt in allen diesen Ländern eine entscheidende Rolle. Die Funktionen und Rechte dieser Länderparlamente sind im Laufe des Jahres erweitert worden. Eine Reihe von Aufgaben ist durch Verordnungen der Militärregierungen in die Selbstverwaltung der deutschen Länderregierungen übergegangen. Damit gewinnt die parlamentarische Arbeit der sozialdemokratischen Länderfraktionen eine erhöhte Bedeutung. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, daß sich diese Arbeit unserer Fraktionen in den einzelnen Länderparlamenten in den großen Linien auf der Grundlage unserer einheitlichen Vorstellungen als Sozialdemokratische Partei Deutschlands entwickelt.

Wir haben deshalb auf der Tagung in Frankfurt am Main, Ende Mai 1947, auf der neben dem Parteivorstand auch alle führenden Genossen der Länderregierungen und Länderparlamente vertreten waren, beschlossen, daß wir neben den Organi-

sationskörperschaften der Partei einen besonderen Arbeitsausschuß bilden aus je zwei Vertretern der einzelnen sozialdemokratischen Länderfraktionen und aus dem jeweils führenden sozialdemokratischen Minister, soweit wir an den Länderregierungen beteiligt sind.

Wir glauben nach den Erfahrungen der ersten Sitzung dieses Ausschusses, die sich insbesondere mit unserer Arbeit in dem kommenden Wirtschaftsrat beschäftigte, daß wir hier eine Arbeitsgemeinschaft entwickeln können, die es uns ermöglicht, in den Fragen der Länderpolitik eine einheitliche Auffassung in allen sozialdemokratischen Fraktionen der Länderparlamente und in den Parlamenten selbst durchzusetzen.

Durch die Bildung des Wirtschaftsrates für die britische und amerikanische Zone ist zum ersten Male eine Einrichtung geschaffen worden, die auch durch die direkte Vertretung der Parteien über die Zonengrenzen hinausgeht. Wir haben im Wirtschaftsrat eine sozialdemokratische Fraktion, die aus Vertretern der Partei aus den beiden Zonen besteht. Auch hier wird es unsere Aufgabe sein, das gemeinsame politische Bewußtsein der Partei zu entwickeln. All diese Bestrebungen sind geboren aus der außergewöhnlichen Situation, die durch die Aufteilung Deutschlands in Zonen entstanden ist. Aber unsere Auffassung ist es, daß wir als SPD nicht nur in der Idee die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands vertreten wollen, sondern daß wir sozusagen als Vorstufe für den staatsrechtlichen Zustand, den wir anstreben, in unserer eigenen praktischen politischen Arbeit eine solche Einheit herbeizuführen suchen.

Das ist die eine Bemerkung, die ich als Ergänzung zum politischen Teil des Jahresberichtes machen möchte. Die zweite Bemerkung bezieht sich auf ein spezielles Gebiet unserer organisationspolitischen Arbeit, das in den letzten Monaten erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Es ist unsere Auffassung im Parteivorstand, daß wir vor der dringenden Notwendigkeit in unserer Partei stehen, die Betriebsarbeit zu aktivieren, daß wir dazu kommen müssen, besondere Betriebsgruppen unserer sozialdemokratischen Parteimitglieder zu bilden und diese Betriebsgruppen in einer Weise zu aktivieren, daß die sozialdemokratischen Vorstellungen und Auffassungen unter den Belegschaften der Betriebe nicht nur in der Verteidigung gegen politisch feindliche Strömungen, sondern aktiv und effektiv vertreten werden. Es ist unser Wunsch, daß alle Teile der Partei in der nächsten Zukunft dem Ausbau der sozialdemokratischen Betriebsarbeit ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden. Wir haben die Absicht, im Parteivorstand für all diese Fragen ein besonderes Referat zu schaffen, das die Aufgabe haben soll, den Genossen in den Bezirken und Ortsvereinen beim Auf- und Ausbau in dieser Betriebsarbeit behilflich zu sein. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag in der Beurteilung der Bedeutung dieses Teiles unserer Arbeit mit uns übereinstimmt.

Dann ein dritter Punkt. Sie haben aus dem Jahresbericht ersahen, daß die Partei in dem letzten Jahre die Zahl der Ortsvereine wesentlich hat erhöhen können, daß wir heute unsere Parteilongorganisation im Westen in viel breiterem Maße verankert haben, als das vor 1933 der Fall war. Das ist der eine Punkt. Der andere ist der, daß die Partei auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens vor eine solche Vielzahl von Aufgaben gestellt wird, daß wir immer wieder bei der Durchführung dieser Aufgaben und bei der Erziehung der neugewonnenen Parteimitglieder vor dem Problem stehen, wo wir die geschulten und erfahrenen Funktionäre hernehmen sollen, die wir für diese Arbeit brauchen. Es muß Aufgabe der Partei im nächsten Jahre sein, auf dem Gebiete der politischen Funktionärschulung in der Partei wesentlich mehr zu tun, als wir in der Vergangenheit getan haben. (Sehr richtig!) Wir hatten die Absicht, auch hier durch zentrale Einrichtungen mitzuhelfen. Wir wollten nicht nur die zentralen Funktionäre in den Bezirken und Unterbezirken zu Kursen zusammenfassen, die vom Parteivorstand selbst durchgeführt werden, sondern unsere Pläne gehen auch dahin, Kursleiter für Bezirks- und Unterbezirkskurse und Schulungsleiter auf den wichtigsten Gebieten unserer politischen Arbeit durch zentrale Bildungsstätten der Partei heranzubilden. Die Schwierigkeiten, die uns bisher daran gehindert haben, dieses Werk bereits in Angriff zu nehmen, liegen

ausschließlich auf technischem Gebiet. Wir haben bisher nicht die geeigneten Räumlichkeiten und die notwendigen Einrichtungsgegenstände herbeischaffen können, die wir für eine oder mehrerer solcher zentralen Parteischulen benötigen. Aber das Problem drängt, und wir müssen in sehr kurzer Zeit zu einer positiven Lösung kommen, weil wir sobald als möglich wieder einen Funktionärstab haben müssen, der nicht nur in der Lage ist, die technischen und organisatorischen Angelegenheiten, die die Aufrechterhaltung der Organisation erfordert, erfüllen zu können, sondern der auch in der Lage ist, die politische Schulungs- und Erziehungsarbeit an unseren Mitgliedern auf der breitesten Basis durchzuführen. Wir werden in der Zukunft noch in schwere Kämpfe und Situationen kommen. Es kommt dann darauf an, daß alle unsere Mitglieder nicht nur aus einem Gefühl der Treue oder aus einem konservativen Gefühl bei der Partei bleiben, sondern aus innerster Überzeugung auch dann für die Idee der Partei aktiv wirken, wenn man diese Ideen im Kampf gegen äußere und innere Schwierigkeiten durchsetzen muß. Das erfordert ein hohes Maß von politischer Einsicht und von politischer Schulung, das wir nur durch eine intensive Erziehungsarbeit schaffen können.

Zum Schluß eine letzte Bemerkung. Ich nehme Bezug auf die Schlußbemerkungen von Dr. Kurt Schumacher heute mittag über das Problem der jungen Generation in Deutschland und in der Partei. Wir haben auf dem Parteitag in Hannover einstimmig der Beschluß gefaßt, innerhalb der Partei die jungen Parteigenossinnen und -genossen zu jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen. Wir sind im ersten Jahr dieser Arbeit ein gutes Stück vorangekommen. Wir haben heute etwa 30 000 junge Parteigenossen in diesen Gruppen organisiert. Auf der ersten zentralen Tagung der Jungsozialisten in Gelsenkirchen hat sich gezeigt, daß in dieser jungen Parteimitgliedschaft ein guter aktiver sozialdemokratischer Geist lebt. Ich glaube, daß wir mit der Arbeit auf diesem Gebiet auf dem richtigen Wege sind. Aber zunächst einmal ist bis jetzt nur ein Teil unserer jungen Parteimitglieder in diesen Gruppen erfaßt. Es bleibt also innerhalb der Partei noch viel zu tun, um diese junge Parteimitgliedschaft zu aktivieren.

Zum anderen aber ist die Arbeit der jungsozialistischen Gruppen nicht Selbstzweck, sie ist auch nicht der Inhalt einer selbständigen Organisation. Die Jungsozialisten sind ein Teil der Partei, und ihre Erziehungsarbeit hat kein anderes Ziel, als die jungen Genossinnen und Genossen durch die Schulung und durch die kulturelle Arbeit an die praktische Arbeit der Partei heranzuführen.

Dazu gehört die Bereitschaft, die praktische, organisatorische und politische Kleinarbeit in der Partei zu übernehmen. Es gehört aber auch dazu der gute Wille der Parteiorganisation selbst, diesen Jungen Arbeitsmöglichkeiten zu geben. Wenn wir die vielfachen Erfahrungen auf diesem Gebiete im letzten Jahre Revue passieren lassen, ist unser Gefühl, daß es zwar einen objektiven Mangel an Funktionären gibt, daß es aber auch schon wieder zahlreiche Fälle gibt, in denen dieser Mangel dadurch künstlich verschärft wird, daß Genossinnen und Genossen, die bereits viele Funktionen haben, nicht bereit sind, jungen Menschen Aufgaben anzuvertrauen. (Sehr richtig!) Es hilft nichts, wenn wir diesen jungen Menschen zagen, was sie selbst wissen, daß sie in den zwölf Jahren der politischen Abschmürung viele Erfahrungen von dem Funktionieren einer demokratischen Organisation nicht gewinnen konnten. Man kann aber diese Erfahrung nicht allein gewinnen am grünen Tisch, in Kursen und Arbeitsgemeinschaften, man muß sie sich auch erarbeiten können in der täglichen praktischen Arbeit, in verantwortungsvollen Funktionen der Partei, und diese Schulungsmöglichkeit für junge Menschen, die die Fähigkeiten und den guten Willen haben, müssen wir in der Partei in der Zukunft viel mehr erschließen, als das bisher der Fall war. Es genügt nicht, daß wir das Problem der jungen Generation von heute immer wieder aufzeigen und den positiven Standpunkt der Sozialdemokratie herausstellen. Die beste überzeugende Darstellung unserer positiven Gesichtspunkte im Verhältnis zur Jugend wird sein, wenn wir durch die immer stärkere Heranziehung von jungen Menschen beweisen, daß die Sozialdemokratische Partei durch die Zusammensetzung ihrer Vertrauensleute und Funktionäre tatsächlich eine Partei ist, in der jung und alt sich zu einer echten

Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben. Mein Appell an den Parteitag geht also dahin, daß wir in dieser Richtung, in dieser zukunftsweisenden und bedeutungsvollen Richtung, im nächsten Jahre noch einen großen Schritt voranzukommen versuchen.

Im übrigen haben wir den Genossinnen und Genossen einen schriftlichen Bericht über die Arbeit des Parteivorstandes und seiner Einrichtungen im Jahre 1946 zur Verfügung gestellt. Mit meinen ergänzenden Bemerkungen unterliegen diese schriftlichen Mitteilungen jetzt der Kritik und der Entscheidung des Parteitages. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Als zweiter Redner hat das Wort Genosse *Alfred Nau*.

Alfred Nau, Hannover: Die ersten Maßnahmen, die getroffen werden konnten, um aus den unzähligen vielen kleineren und größeren illegalen sozialdemokratischen Widerstandsgruppen eine neue legale Organisation zu bauen, liegen fast zwei Jahre hinter uns. Die Träger dieser Arbeit waren vornehmlich die Funktionäre, die sich vor 1933 und während der Herrschaft der Naziverbrecher im Kampf bewährt hatten. Unter ihnen befanden sich in großer Zahl die jüngeren Kräfte, die vor 1933 als Mitglieder und Helfer in der sozialistischen Arbeiterjugend tätig waren, gerade sie gehörten zu den aktivsten Kämpfern gegen das Dritte Reich. Ein erheblicher Teil dieser früheren Jugendgenossen sind heute gute Funktionäre der Partei und bekleiden sehr oft verantwortliche Positionen. Die Aufgabe der Funktionäre, eine neue und legale Organisationen zu schaffen, war und ist riesengroß; es kam und kommt darauf an, der Partei einen festgefügteten Unterbau zu geben als Voraussetzung für die Durchführung des politischen Kampfes. Wenn wir heute die Ergebnisse betrachten, so dürfen wir sagen, daß große Leistungen vollbracht wurden.

Wir haben den Delegierten des Parteitages eine Zusammenstellung der 1946 organisatorisch und politisch geleisteten Arbeit in Form des Jahrbuches überreicht. Wir setzen damit eine gute Tradition der Partei fort. Erstmals wurde der Bericht des Parteivorstandes in Form eines Jahrbuches dem Parteitag 1927 in Kiel überreicht. Es ist ein Beweis von Kraft und Stärke, wenn wir somit in aller Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen. Sie ersuchen aus dem Jahrbuch, daß die Partei am 31. Dezember 1946 rund 712 000 Mitglieder zählte. Diese gute Entwicklung der Mitgliederbewegung hat auch in den hinter uns liegenden Monaten von 1947 angehalten. Am 31. März 1947 betrug die Mitgliederzahl in den Westzonen — einschließlich Berlin — 782 000. Wenn wir uns daran erinnern, daß wir zum Parteitag 1946 in Hannover eine halbe Million Mitglieder noch nicht erreicht hatten, so ist damit die Größe des Erfolges beschrieben. Innerhalb eines Jahres haben wir 300 000 neue Mitglieder gewonnen. Inzwischen ist ein weiteres Vierteljahr vergangen. Da dieses Quartal erst heute abgeschlossen wurde, haben wir noch keine endgültigen Zahlen über den gegenwärtigen Stand der Mitgliederbewegung, jedoch beweisen uns die bereits vorliegenden Berichte, daß mit dem 30. Juni 1947 weit über 800 000 Menschen politisch in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands organisiert sind. Diese soeben genannten Zahlen werden erst besonders interessant, wenn wir sie mit den Ergebnissen sozialdemokratischer Organisationsarbeit vor 1933 vergleichen. Da das Jahr 1931 mit die besten Ergebnisse in der Arbeit unserer Organisation brachte, eignet sich zweifellos 1931 besonders gut für solche Gegenüberstellungen. Gegenüber 1931 mit 602 000 Mitgliedern in den Gebieten der jetzigen Westzonen betrug der Mitgliedererwerb am 31. März 1947 180 000, das bedeutet eine Steigerung um 30 Prozent. Selbstverständlich müssen bei solchen Betrachtungen Bevölkerungsverschiebungen berücksichtigt werden. Die Westzonen haben einige Millionen Flüchtlinge aufnehmen müssen, aber das Anwachsen der Partei ist weit aus stärker und größer als der prozentuale Zugang der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang darf ich noch einmal auf den Kieler Parteitag 1927 aufmerksam machen. Damals berichtete *Konrad Ludwig* über 824 000 Mitglieder im gesamten Reichsgebiet. Wenn ich nun hier vor dem Nürnberger Parteitag berichten kann,

daß mit dem 30. Juni 1947 diese Zahlen allein in den Westzonen nicht nur eingeholt, sondern überschritten sind, dann ist das der stärkste Beweis für unsere Feststellung, daß die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine überraschend starke Aufwärtsentwicklung genommen hat. Ergänzend füge ich hinzu, daß am 1. April 1946 in der russisch besetzten Zone ohne Berlin 550 000 organisierte Sozialdemokraten vorhanden waren. Wir haben im Jahrbuch über die z. T. unterschiedliche Entwicklung der Mitgliederbewegung in den Bezirken aufmerksam gemacht, so daß ich mich hier auf wenige Bemerkungen beschränken kann. Ich will einige Beispiele für die ungeheuren Leistungen unserer Funktionäre geben und führe deshalb nur vier Bezirke aus drei Zonen an.

Der Bezirk Pfalz in der französischen Zone steigerte gegenüber 1931 seine Mitgliederzahl um 49 Prozent, obwohl dieses Gebiet weniger Einwohner zählt als 1931.

In der amerikanischen Zone ist die Entwicklung des Bezirkes Kassel bemerkenswert. Er zählt heute 10 000 Mitglieder mehr und gewann 78 Prozent.

Die politische Entwicklung des schwerindustriellen Ruhrgebietes ist nicht nur für die britische Zone, sondern darüber hinaus für alle Zonen von entscheidender Bedeutung. Es wird deshalb auch für uns wichtig sein, festzustellen, wie stark im Ruhrkohlengebiet die Sozialdemokratische Partei ist. Parteipolitisch wird dieses Gebiet durch die Bezirke Niederrhein mit dem Sitz in Düsseldorf und Westliches Westfalen mit dem Sitz in Dortmund betreut und bearbeitet.

Der Bezirk Niederrhein hat heute gegenüber 1931 330 000 Einwohner weniger, konnte jedoch seine Mitgliederzahl um 20 000 erhöhen und hat somit einen Gewinn von 74 Prozent zu verzeichnen.

Noch stärker sind die Erfolge im Bezirk Westliches Westfalen. Gegenüber 1931 haben in der Bevölkerungsbewegung keine wesentlichen Verschiebungen stattgefunden, die Gesamtzahl der Bevölkerung hat sich nicht erhöht. Die Partei steigerte jedoch gegenüber 1931 ihre Mitgliederzahl um 165 Prozent, damit steht Westliches Westfalen mit rund 90 000 Mitgliedern an der Spitze aller Bezirke.

Daß die Partei heute ohne jeden Zweifel viel stärker im Volk verankert ist, beweist auch die Entwicklung der Ortsvereine. Am 31. März 1947 bestanden in den Westzonen 8586 Ortsvereine, d. h., daß heute in 3334 Gemeinden der Westzonen Ortsvereine der Partei arbeiten, in denen es früher keine SPD gab. Diese Zahlen beweisen uns, daß wir bei dem Kampf um das flache Land einen tiefen Einbruch erzielt haben. Dieser riesige Gewinn zeigt, wie groß das Neuland ist, das bereits erobert wurde und zeigt uns andererseits die Verpflichtung, noch intensiver gerade die kleinen Orte und Dörfer zu bearbeiten. Bei den Neugründungen von Ortsvereinen führen nachfolgende Bezirksorganisationen:

Schleswig-Holstein mit	. 642 Ortsvereinen, der Gewinn beträgt	192 Prozent
Hannover mit 1076 Ortsvereinen, der Gewinn beträgt	120 Prozent
Westliches Westfalen mit	. 621 Ortsvereinen, der Gewinn beträgt	71 Prozent
Braunschweig mit 301 Ortsvereinen, der Gewinn beträgt	61 Prozent

und die Bezirke Oberbayern-Schwaben mit insgesamt 411 Ortsvereinen und einem Gewinn von 190 Prozent.

Bei der Neugewinnung von Ortsvereinen war sehr stark die aktive Arbeit von Flüchtlingen und Evakuierten festzustellen, das gilt insbesondere für die zuletzt genannten Bezirke Oberbayern und Schwaben, hier haben sozialdemokratische Flüchtlinge aus dem Sudetenland wesentlich zum Ausbau der Parteiorganisation beigetragen.

Nach dieser Übersicht über die Entwicklung der Organisation will ich einige Worte über die finanziellen Leistungen der Mitglieder und Beiträge der Bezirksorganisationen an den Parteivorstand sagen. Die Beitragsleistungen der Mitglieder sind sehr gut. Im vierten Quartal betrug die durchschnittliche Beitragsleistung im Rahmen der Gesamtpartei 81,5 Prozent. Diese durchschnittliche Beitragsleistung erhöht sich im ersten Quartal 1947 auf 98 Prozent. Die Angaben beweisen,

daß es sich bei den über 800 000 zählenden Mitgliedern nicht um Papiersoldaten, sondern um wirklich zahlende, also echte Mitglieder handelt.

Die Beitragsverpflichtungen der Bezirke gegenüber dem Parteivorstand sind durch Bestimmungen im Statut der Partei und durch Beschlüsse des Parteiausschusses festgelegt. 1946 erhielt der Parteivorstand 492 000 RM als Beiträge der Bezirke. Bis zum 20. Juni 1947 betragen die Beitragseingänge beim Parteivorstand bereits rund 565 000 RM. Wir haben also in der ersten Hälfte 1947 schon 73 000 RM mehr als im gesamten Jahr 1946 erhalten. Bei den Beitragszahlungen an den Parteivorstand führen folgende Bezirke:

Hannover	mit 93 000 RM
Westliches Westfalen	mit 74 000 RM
Hamburg	mit 51 000 RM
Niederrhein	mit 42 000 RM
Württemberg-Baden	mit 38 000 RM
Ober- und Mittelfranken	mit 34 000 RM

Bei dieser Gelegenheit will ich den Antrag 14 behandeln. Unter Punkt 3 der Tagesordnung haben die Krefelder Genossen eine Änderung des § 8 des Statuts beantragt. Der Antrag der Krefelder Genossen lautet: Anstelle von „Verkaufte Marken“ ist zu setzen „Verkaufte Beitragsmarken“. Da wir grundsätzlich mit der Regelung, daß die vereinnahmten Eintrittsgelder in voller Höhe bei den Ortsvereinen verbleiben, einverstanden sind, haben wir im Prinzip nichts gegen diesen Antrag einzuwenden. Wir wünschen jedoch in Übereinstimmung mit den Genossen aus Krefeld bzw. des Bezirkes Niederrhein eine etwas andere einseitige Formulierung. Der Absatz 4 im § 8 soll lediglich durch zwei Worte ergänzt werden. Der Absatz lautet:

„Der Bedarf des Parteivorstandes wird von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder verkauften Marke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.“

Wir beantragen, daß hinter den Worten „Von jeder verkauften Marke“ in Klammer gesetzt wird: (ausgenommen Eintrittsmarke). Das bedeutet also, daß mit Wirkung vom 1. Juli 1947 die Eintrittsgelder in voller Höhe bei den Bezirksverbänden bzw. bei den Ortsvereinen verbleiben. Damit dürfte den Wünschen der Genossen in voller Weise Rechnung getragen werden. In dieser Fassung bitten wir, den Antrag anzunehmen zu wollen.

Damit leite ich zum geschäftlichen Teil meines Berichtes über. Nachdem im März des vergangenen Jahres der Parteivorstand beschlossen hatte, für die wirtschaftlichen Unternehmungen der Partei sowie für die der Partei nahestehenden Unternehmungen eine Dachgesellschaft ins Leben zu rufen, fand im Oktober 1946 die Gründungsversammlung der „Konzentration“ G. m. b. H. als Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmen statt. Diese Gesellschaft ist die Rechtsnachfolgerin der vor 1933 existierenden „Konzentration“. Trotzdem unterscheidet sie sich in ihrer Struktur wesentlich von der alten Gesellschaft. Die alte „Konzentration“ war eine Aktiengesellschaft. Die Aktionäre waren fast ausschließlich Mitglieder des Parteivorstandes. Die neue Gesellschaft unter Leitung von Karl Störbeck ist eine G. m. b. H. und läßt jedes Unternehmen mit gleichem Anteil gleichberechtigt teilnehmen. Der Parteivorstand hat sich auf 10 Prozent des Gesellschafterkapitals beschränkt. Mit diesem Aufbau ist eindeutig klargestellt, daß der Parteivorstand keinerlei Majoritätsabsichten hat. Der Wirkungskreis der „Konzentration“ erstreckt sich analog der Organisation der Partei über die drei Westzonen und Berlin. In der britischen Zone sind mit Ausnahme von Aachen, Köln und Essen unsere Verlage angeschlossen, die sozialdemokratische Zeitungen herausbringen.

Bei den Gründungen und Lizenzierungen dieser Zeitungen hat der damals für die Militärregierung verantwortliche Minister Hynd erklärt, daß wir diese Unter-

nehmungen als zur Sozialdemokratischen Partei gehörend betrachten können. Nachdem uns durch die Nazis unsere zahlreichen Zeitungsunternehmen und Druckereien geraubt wurden, haben wir die Erklärung des Herrn Minister Hynd als den Beginn einer notwendigen Wiedergutmachung angesehen, ohne daß die Rückübertragung der beschlagnahmten Vermögenswerte durchgeführt wurde. Im Gegensatz zu der grundsätzlichen Erklärung von Minister Hynd sind uns in der letzten Zeit Bestrebungen aus dem Kreise verantwortlicher hoher Offiziere der Militärregierung bekanntgeworden, die als Ziel die völlige Lösung der sozialdemokratischen Zeitungen von der Partei verfolgen. Gegenüber solchen Versuchen erklären wir hier vor dem Parteitag, daß wir nie unseren Eigentumsanspruch aufgeben und die sozialdemokratischen Zeitungen als unlösbar mit der Partei verbunden betrachten.

Die „Konzentration“ hat nur wirtschaftliche Aufgaben. Sie betrachtet sich nicht als Aufsichtsorgan, sondern sie will unsere Wirtschaftsunternehmen in allen kaufmännischen und praktischen Fragen beraten. Gegenwärtig ist ihr die Aufgabe gestellt, eine Gesamtzusammenstellung der Werte der 1933 geraubten Besitzgüter vorzunehmen. Nach den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen betragen die Bilanzwerte unserer Druckerei- und Verlagsbetriebe 65 Millionen RM. Da infolge der Abschreibungen die Tageswerte wesentlich höher waren, darf man mit Sicherheit die echten Werte unserer Druckerei- und Verlagsunternehmen mit rund 90 Millionen RM bezeichnen. Eine graphische Darstellung für die einzelnen Orte hat die „Konzentration“ anfertigen lassen und hier im Parteitagsgelände zur Schau gebracht. In diese Summe von 90 Millionen RM sind nicht eingerechnet:

1. die Werte der unserer Parteiorganisation gehörenden Grundstücke und Inventarien;
2. die Werte der zahlreichen Kinder-, Mütter-, Erziehungs- und Erholungsheime der Arbeiterwohlfahrt.

Die Gesamtwerte dieser beschlagnahmten Vermögen erhöhen sich hierdurch auf rund 110 Millionen RM. Dabei sind die auf den Bank- und anderen Konten angelegten Gelder nicht eingerechnet. Ebenso sind in dieser Summe nicht einbezogen das beschlagnahmte Vermögen der Nebenorganisationen der Arbeiterbewegung, wie z. B. Naturfreunde und Arbeitersportvereine. Wir werden bei den kommenden Verhandlungen mit den Militärregierungen die Rückübertragung des gesamten Vermögens beantragen. Wir sind durch die Direktive Nr. 50 des Koordinierungsausschusses beim alliierten Kontrollrat darüber unterrichtet, daß grundsätzlich die Rückübertragung der beschlagnahmten Vermögen beschlossen ist. Wir werden besonders darauf achten müssen, daß auch das von den Nazis verschobene Vermögen dabei erfaßt wird. Zu dieser Bemerkung werde ich durch einen besonderen Fall veranlaßt. Zu den Gebäuden des Karl-Marx-Museums in Trier, das am 4. und 5. Mai 1947 in Anwesenheit internationaler Gäste eingeweiht wurde, gehört ein bebautes Grundstück, das von den Nazis verkauft wurde. Dieses Haus ist kürzlich von der Militärregierung freigegeben, aber nicht an uns, sondern an den Privatmann, mit dem die Nazis ihr Geschäft gemacht haben. Wir erheben gegen diese Entscheidung unseren Einspruch, da diese Rückgabe im Widerspruch zu den grundsätzlichen Erklärungen des alliierten Kontrollrates steht.

Unsere besondere Sorge gilt dem Schicksal der Angehörigen der Pensionskassen, der Arbeiterbewegung. Ich meine hier die Unterstützungsvereinigung und die Fürsorgekasse. Durch den Raub der Nazis sind tausende Funktionäre der Partei und Gewerkschaften, die jahrelang hohe Beiträge für ihre Altersversorgung gezahlt haben, in Not gekommen und auf die Hilfe der Wohlfahrt angewiesen. Das ist ein unwürdiger Zustand. Hier ist ein besonders schweres Unrecht geschehen, das so schnell wie möglich durch entsprechende Maßnahmen der Militärregierung, aber auch der deutschen Verwaltung wieder gutgemacht werden muß.

Wir erheben diese Forderungen aus menschlichen und politischen Verpflichtungen unseren alten Funktionären gegenüber. Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Worte über die Funktionäre sagen. Die Funktionäre sind das Rückgrat der

Partei. Ich habe Ihnen im ersten Teil meiner Ausführungen einige Zahlen über unsere organisatorische Arbeit genannt. Dieser große Erfolg war nur möglich durch die ungeheuren Leistungen der Funktionäre. Ich möchte deshalb für den Parteivorstand — und ich glaube, ich mache mich darüber hinaus zum Dolmetscher der Gefühle des ganzen Parteitäges — den Funktionären für ihre aufopfernden Leistungen unsere hohe Anerkennung und den Dank der Partei zum Ausdruck bringen.

Wir sind uns mit den Zehntausenden unserer Funktionäre darüber einig, daß wir unermüdlich daran weiterarbeiten, die Partei noch stärker zu machen. Wir wollen die gute und schlagkräftige Organisation, die — lebendig gestaltet — eine verschworene Gemeinschaft sozialistischer Kämpfer ist. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Zum Bericht über Presse und Propaganda hat nunmehr das Wort Genosse *Fritz Heine*.

Fritz Heine, Hannover: Die Freiheit der Meinungsäußerung, die erste der vier Freiheiten, ist die Vorbedingung für eine wirkungsvolle sozialdemokratische Presse- und Propagandaarbeit.

Daß es in unserem Lande ohne Souveränität, okkupiert von vier untereinander uneinigen Siegermächten, keine unbeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung geben kann, ist verständlich und muß hingenommen werden. Mit der einen großen Ausnahme — Ostzone — haben wir jedoch, im ganzen gesehen, heute bereits wieder einen beträchtlichen Teil dieser essentiellen Freiheit zurückgehalten. Was heute geschrieben, gesprochen, vorgetragen und vorgeführt werden kann, ist weit mehr, als je seit 1933 möglich war. Es ist dabei nicht so, daß wir nur die Freiheit haben, unsere Meinung über Zustände und Besatzungsmächte in den anderen Zonen zu sagen. Es ist auch nicht so, daß die Publizisten und Sprecher alle Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung ausgenutzt oder um die Erweiterung dieser Freiheit in jedem Augenblick und mit aller Kraft gekämpft hätten. Und es ist auch zuzugeben, daß von dieser wiedergewonnenen Freiheit nicht immer nur der richtige Gebrauch gemacht worden ist.

Trotzdem: Sieht man von den durch die allseitige Mangelage bedingten technischen Unvollkommenheiten einmal ab, dann ist die heutige Presse (die Erzeugnisse der Diktatur-Vorkämpfer lasse ich außer Betracht) zweifellos nicht die schlechteste Institution der Öffentlichkeit, die sich aus dem Schutt zu neuem Leben gefunden hat. Die Besatzungsmächte, die die Kontroll- und Zensurzügel bereits gelockert haben, sollten deshalb die Entwicklung etwas mehr beschleunigen und uns auch vom administrativ-bürokratischen Gängelband abschneiden. Der Versuch, einem Land mit einer 300jährigen Zeitungstradition die eigenen Zeitungsmethoden aufzuzwängen, sollte beendet werden. Dieser Versuch, die eigenen Erfahrungen oder Ansichten auf die betreffende Zone zu übertragen, ist eines der Haupthindernisse dafür, daß wir heute noch keine deutsche, sondern eine Zonenpresse haben. Hier widerspiegeln sich die Vorgänge der allgemeinen Politik mit allen Nachteilen.

In Berlin, in der britischen und der französischen Zone haben wir sozialdemokratische Zeitungen — wobei wir in dem einen Fall freier im Publizistischen und im anderen Fall freier in der Eigentumsfrage sind. In der amerikanischen Zone fehlt uns noch die eigene Tagespresse, wir haben aber die Erwartung, daß sie noch in diesem Jahre zugelassen wird. In der totalitär von der SEP beherrschten Ostzone dagegen sind unsere Zeitungen verboten, unsere Druckerellen geraubt; Strafe und Verhaftung droht jedem, der es wagt, den „Telegraf“ oder eine andere sozialdemokratische Zeitung zu lesen. Die Freiheit der Meinungsäußerung in den Westzonen wird durch den technischen Faktor des Mangels stärker als durch irgendeinen anderen Faktor eingeschränkt. Seit zwei Jahren ist das Schießen vorüber, und noch immer haben wir die Kümmerlichkeit von zweimal wöchentlich erscheinenden zwei bis acht Seiten schwachen Zeitungen außerhalb Berlins. Es ist ein unerträglicher Zustand, der mehr zur Schädigung der demokratischen Entwicklung beiträgt, als irgendeine der gespensterhaften Naziaktivitäten. Die rigorose Begrenzung der Auf-

lage, der Erscheinungshäufigkeit und des Umfangs ist ein fast klassisches Beispiel dafür, wie unwillentlich durch ein Minimum an Ersparnis ein Maximum an Schaden angerichtet werden kann. Das ist durchaus nicht ausschließlich an die Besatzungsbehörden allein gerichtet, die Unterschätzung der Presse und ihrer Bedeutung ist eine Gabe, über die auch die deutschen Stellen in überreichlichem Maße verfügen.

Über die sozialdemokratische Presse befinden sich Einzelangaben im Jahrbuch. Es gibt gegenwärtig 17 sozialdemokratische Zeitungen, die eine Gesamtauflage von zweieinhalb Millionen Exemplaren haben. Der Strukturwandel der Presse (Deutschland hat 95 Prozent aller Zeitungen seit 1933 eingebüßt) formt auch einen neuen sozialdemokratischen Zeitungstyp: An die Stelle der mehr dem Funktionär geeigneten Zeitung tritt ein Blatt, das sich vor allem an die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung wendet und besonders der Frau mehr Lesbares als früher bieten soll. Das ist eine zwangsläufige und im ganzen erfreuliche Entwicklung. Zeitungen dieses Typs mit dem Ziel der Gewinnung breiter Lesermassen müssen für ihre mehr populäre Form mit dem teilweisen Verzicht auf die ausführliche politische Schulung und Propaganda zahlen. Das wird von keinem von uns gern gesehen. Es bedeutet eine Erschwerung und Verlagerung der politischen Schulung in einem Augenblick, in dem sie mehr als je nötig ist — ohne daß ausreichender Ersatz in der Form von Parteimitteilungsblättern und Zeitschriften sichtbar wäre. Wenn wir uns trotzdem bewußt für das Massenorgan einsetzen, dann nicht nur, weil wir unter einer gewissen Verpflichtung handeln. Viel entscheidender ist für uns der Wunsch, die sozialdemokratische Presse aus der Begrenzung herauszuführen, in der sie vor 1933 war. Wir wollen, daß die neue sozialdemokratische Presse weitergreift, in Neuland vorstößt und mithilft, Schranken der Voreingenommenheit und Ignoranz uns gegenüber einzureißen.

Die Zukunft und die Währungsreform werden zeigen, daß der Kulturetat der Arbeitenden am schärfsten leidet und die heute übersteuerten Zeitungspreise nicht mehr bezahlt werden können. Dann müssen wir leistungsfähige, billige Blätter bieten können, und die Voraussetzung dazu ist die Massenaufgabe, die populäre, gute, sozialdemokratische Volkszeitung. Die sich vollziehende Neugestaltung der sozialdemokratischen Presse bezieht sich selbstverständlich nur auf die äußere Gestaltung, keineswegs auf die Tendenz. Kämpferin für Wahrheit, für Recht und Freiheit zu sein, war ihre Aufgabe, ist ihre Aufgabe und wird ihre Aufgabe bleiben.

Die sozialdemokratischen Zeitungen führen im Augenblick fast allein einen entscheidend wichtigen Kampf in Deutschland. Abgesehen von einigen anderen Blättern, sind es nur die sozialdemokratischen Zeitungen, die gegen die neuen Sozialistenverfolgungen, gegen die Lüge und gegen den Terror ihre Stimme erheben. Wir bedauern, daß wir diesen Kampf fast allein, ohne die Presse der übrigen demokratischen Parteien und ohne die Mehrzahl der sogenannten „überparteilichen“ Lizenzpresse führen müssen.

In den letzten Monaten haben sich die ersten Anzeichen einer Wandlung des Pressewesens bemerkbar gemacht. In der französischen Zone wird der vorherrschende etwas undurchsichtige Zeitungstyp durch die Lizenzierung einer Anzahl Parteizeitungen verändert; in der amerikanischen Zone besteht offenbar endlich Aussicht auf Überwindung des unerträglichen Zustandes, daß den die Verantwortung tragenden Parteien seit fast zwei Jahren die Publikationsorgane vorenthalten wurden. Andererseits ist in der britischen Zone eine rückläufige Bewegung in dem Bestreben der zuständigen Okkupationsbehörden unverkennbar, nichtparteigebundene Blätter auf Kosten der Parteipresse zu fördern. Vor allem in der amerikanischen Zone ist es zu Auseinandersetzungen zwischen der parteilosen Presse und den Parteien gekommen, deren Heftigkeit wir bedauern. Von manchen Parteivertretern sind dabei pressefeindliche Ansichten geäußert worden, die wir nicht teilen. Auf der anderen Seite hat sich aber auch die Lizenzpresse ihr Kontingent an (sagen wir) „volkstümlichen“ Formulierungen zu erhalten gewußt. Es sollte doch auch diesen Zeitungen zu denken geben, daß die Parteien in wirklich seltener Einmütigkeit Beschwerde geführt haben. Diese Parlamentarier mit ihren Ansichten sind die vom

Volk gewählten Repräsentanten dieses Volkes; während die Lizenzträger nicht, wie einige Publizisten meinen, „die Vertreter des Volkes gegenüber den Parteien“ sind, sondern die von der Militärregierung ernannten Besitzer von konkurrenzfreien Monopolunternehmen darstellen. Die Presse hat Kritik an Regierungen und Parteien geübt. Das ist ihr Recht. Das ist die eine der beiden Aufgaben, die sie hat. Auch uns gefällt manches an den Parteien nicht, und zwar nicht nur an den anderen Parteien. Wir sind für Kritik — ich meine Kritik, nicht Tiefschläge — dankbar. Aber die Presse sollte kein Monopol auf Kritik haben. Manche Journalisten meinen, wenn sie kritisiert werden, dann sei die Pressefreiheit in Gefahr. Wir sind durchaus der Überzeugung, daß die Mehrzahl der sogenannten Gemeinschaftszeitungen den ehrlichen Willen hat, dem Gesamtwohl zu dienen und objektiv zu sein. Wir werden aber sicher auch bei den Lizenzträgern Zustimmung finden, wenn wir feststellen, daß das Bemühen um Objektivität nicht immer von Erfolg gekrönt ist. Wenn Zeitungen etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, einem Fußballspiel dreimal mehr Raum widmen, als einer am gleichen Tage am gleichen Ort stattfindenden sozialdemokratischen Kundgebung mit 40 000 bis 50 000 Zuhörern, dann sind solche Zeitungen in ihrem Kampf um die Objektivität unterlegen, und nicht einmal sonderlich ehrenvoll. (Sehr richtig!)

Auf der einen Seite werden Maßnahmen getroffen, um die Bindungen zwischen den Parteien und ihren Zeitungen zu lockern. Auf der anderen Seite wird die Sympathie für die parteilose Presse herausgestellt. Kein Wunder, daß die Kommunisten dies auszunutzen suchen. Es gibt seit Monaten Mitteilungen, daß im Herzen des Ruhrgebietes eine große übergebietliche und sogenannte überparteiliche Zeitung geschaffen werden soll, bei der die KP in Gestalt ihres führenden Pressevertreters den entscheidenden Verlagsmann stellen will. Sie versuchen unter der Maske der Überparteilichkeit ein trojanisches SED-Pferd zu servieren.

Wir glauben, daß das Wesen der Parteipresse von den Außenstehenden mißverstanden wird. Für die Sozialdemokratie kann ich erklären, daß wir die Vertretung unserer Auffassungen in unseren Zeitungen nicht durch Diktate von oben gewahrt sehen wollen, sondern dadurch, daß wir als Redakteure aufrechte Männer und Frauen haben, die Sozialdemokraten aus Überzeugung und Erkenntnis sind. Wir sind stolz darauf, daß wir als Parteizentrale keiner Zeitung und keinem Redakteur irgendeine Anweisung, was zu schreiben sei, gegeben haben und daß wir das auch in Zukunft so zu halten gewillt sind. Es ist selbstverständlich, daß die Gesamtpartei ihrerseits von ihren freischaffenden Redakteuren erwartet, daß sie die gemeinsam erarbeitete und beschlossene Politik auch publizistisch vertreten.

Dem Parteitag legen die Anträge 11 und 12 vor, die sich mit Presse- und Papierfragen beschäftigen. Wir stimmen den in diesen Anträgen geäußerten Wünschen zu. Da die Entscheidungen darüber in Händen der Besatzungsmächte liegen, empfehlen wir dem Parteitag die Überweisung dieser Anträge an den Parteivorstand.

Einige Bemerkungen über unsere Informations- und Propaganda-Arbeit in der Berichtszeit. Auch hierbei verweise ich auf das Jahrbuch, das Einzelangaben enthält.

Die 1000 Jahre der Despolie zeichneten sich aus durch Überfütterung mit Propaganda und Unterernährung an Informationsvitaminen. Wir versuchen den Prozeß umzukehren: nachzuholen, was an Information über die wahren Fakten unterschlagen wurde und unseren Funktionären und Freunden ein möglichst umfassendes und möglichst objektives Bild des Geschehens zu vermitteln. Information und Werbung standen freilich noch immer vor dem unlösbaren Problem der Beschaffung des Rohstoffes Papier. In den für diese Aufgabe erforderlichen Quantitäten. Wir Sozialdemokraten haben darunter besonders gelitten im Gegensatz zu den Parteien rechts von uns, vor allem den Kommunisten. Wenn Sie erst heute z. B. in Ihren Mappen das Parteitagprotokoll von 1946 finden, dann ist auch das ein Hinweis auf unseren Mangel. Und wir haben auch heute aus Mangel an Papier nicht die Möglichkeit, direkte Verbindung mit allen unseren Gliederungen aufzunehmen und damit überhaupt erst einmal die Voraussetzungen für eine normale Informations- und Propagandaaarbeit einer Parteizentrale zu schaffen. Wir alle

wissen, wie sehr Papier zur Mangelware wurde. Aber auch hier gilt das Wort von den kleinen Ursachen: es kann noch einmal große Wirkungen haben und teuer bezahlt werden müssen, daß den Verfechtern der demokratischen Ideen nicht einmal Papier genug gegeben wurde, um ihre Sache zu vertreten.

In unserer Propaganda haben wir zwei Gesichtspunkte allen anderen vorausgestellt: den abwehrenden des Kampfes gegen das totalitäre Prinzip und den positiven des Kampfes für die Sozialisierung. Dieser Kampf ist und wird geführt vor allem von den vielen zehntausend sozialdemokratischen Funktionären. Nie werden sie sichtbar, nie genannt; nur das Ergebnis ihrer Arbeit zeigt sich — — — und es ist ganz selten, daß sie dafür Kredit erhalten. Diese immense, vielfältige Arbeit läßt sich schwerlich schildern und schon gar nicht in diesen wenigen Minuten. Ich möchte statt dessen versuchen, durch drei Zahlen die Größe dieser Arbeit anzudeuten. In den 23 westlichen Bezirken der Partei, also ohne Berlin, hat die Sozialdemokratie 1946 neben den üblichen monatlichen Mitgliederversammlungen 52 000 Versammlungen abgehalten, an denen rund 14 Millionen Männer und Frauen beteiligt waren. Während der Wahlkämpfe des vergangenen Jahres und zu anderen Gelegenheiten sind über 700 verschiedene Flugblätter in 36 000 000 Exemplaren verbreitet und 600 Plakate in über 10 000 000 Exemplaren geklebt worden. Vergewärtigen Sie sich bitte für einen Augenblick, welche Aufopferung, welcher Idealismus, welche rein physische Arbeitsleistung — vor allem angesichts des Hungerzustandes — sich in diesen Zahlen summiert. Was mit Deutschland geschehen soll, wird in den Hauptstädten der Welt entschieden. Was aber mit den Deutschen wird, ob wir eine demokratische sozialistische Republik schaffen und erhalten, das wird zu einem sehr wesentlichen Teil von den unbekanntenen Männern und Frauen entschieden, die als Funktionäre der Sozialdemokratie ihre ganze Kraft hergeben, weil sie glauben und wissen, daß sie damit für das Recht und die Wahrheit kämpfen.

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort zum Arbeitsbericht über das Frauensekretariat hat nunmehr Genossin *Herta Gotthelf*.

Herta Gotthelf, Hannover: Bevor ich die Ergänzungen zu dem Jahresbericht gebe, der gedruckt vorliegt, möchte ich etwas Grundsätzliches erklären. Die sozialdemokratischen Frauen sind nicht eine besondere Frauenbewegung, sondern ein Teil der großen Sozialdemokratischen Partei. Wir betrachten es als unsere vornehmste Aufgabe, so zu arbeiten, daß wir Männer und Frauen politisch so erziehen, daß keine gesonderte Frauenbewegung innerhalb der Partei mehr notwendig ist. Allerdings sind wir leider heute noch nicht so weit. Es ist deshalb notwendig, daß wir unsere Frauengruppen, unsere Frauenorganisation innerhalb der Partei stärken als ein Instrument der Erziehung und der Werbung zum politischen Denken.

Genosse *Alfred Nau* hat ein paar Zahlen genannt. Am 31. Dezember 1946 hatten wir 109.215 Frauen in der Partei, d. h. gleich 15,4 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Ende März hatten wir 130 166 Frauen in der Partei, das sind 16,66 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Das ist nicht genug.

Obwohl wir hier einmal vor aller Öffentlichkeit feststellen möchten, daß in keiner politischen oder sonstigen Organisation 130 000 Frauen organisiert sind, sind wir aber lange nicht stolz auf diese Zahlen. Wir müssen versuchen, diese Zahlen und besonders den prozentualen Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft im kommenden Jahre wesentlich zu erhöhen.

Das Schicksal Deutschlands hängt davon ab, daß es uns gelingt, die Millionen Frauen, die heute die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung ausmachen, zu politischem Denken zu erziehen und ihnen klar zu machen, daß die Zeit endgültig vorbei ist, in der die Frau in einer besonderen Nische sitzt und darauf wartet, daß andere ihr Last und Verantwortung abnehmen. Die Millionen Frauen, die heute dank Hitlers Krieg die Alleinversorger ihrer Familien sind, und die weiteren Millionen, die dank Hitlers Krieg nie wieder einen Lebenskameraden finden werden, sind gezwungen, selber für sich und ihre Kinder die Verantwortung zu übernehmen, und zwar nicht nur für sich und ihre Kinder, sondern für Deutschland, für Europa.

Das Instrument zur politischen Erziehung ist unsere eigene Organisation. Wir müssen versuchen, diese Organisation so schlagkräftig wie möglich zu machen. Wir haben leider erst in acht Bezirken von vierundzwanzig eine hauptamtlich angestellte Frauensekretärin. Auch das ist nicht genug. Hier appelliere ich ganz besonders an unsere Genossen. Genau so selbstverständlich wie Ihr in jedem Bezirk versucht, einen Genossen oder eine Genossin für die Jugendarbeit oder die Betriebsarbeit zu haben, so versucht auch, jemanden zu finden, der hauptamtlich sich mit der Frauenarbeit beschäftigt. Ich möchte Euch bitten: wählt diese Genossinnen besonders sorgfältig aus. Nur die besten sind gut genug für diese Arbeit.

Nach dem Parteistatut haben wir heute im Parteiausschuß acht Frauen. Jeder Bezirk, der mehr als 5000 weibliche Mitglieder hat, ist berechtigt, eine Frau in den Parteiausschuß zu delegieren. Wir schlagen Ihnen vor, das Parteistatut dahingehend abzuändern, daß die Bezirke, die den Reichsdurchschnitt des prozentualen Anteils der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft erreicht haben, ebenfalls berechtigt sind, eine Frau in den Parteiausschuß zu delegieren. Damit wollen wir bezwecken, daß kleine Bezirke, die niemals die Zahl von 5000 Frauen erreichen können, die Möglichkeit haben, durch eine Frau im Parteiausschuß vertreten zu sein.

Während des letzten Jahres haben unsere Frauen nicht nur politische Erziehungs- und Werbungsarbeit geleistet, sie haben auch Stellung genommen zu brennenden Tagesproblemen. Ganz besonders haben sie Protestaktionen durchgeführt gegen die miserable Ernährungslage, gegen die katastrophale Hausbrandversorgung und für die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen. Wir hatten im letzten November unsere erste Reichsfrauenarbeitstagung in Frankfurt a. M., und um die Wichtigkeit der Frauenarbeit für unser gesamtes Wirtschaftsleben zu demonstrieren, war unser Hauptthema auf dieser Tagung: Die Frau im Erwerbsleben. Wir waren stolz darauf, daß zwei führende Genossinnen aus der Gewerkschaftsbewegung unsere Hauptreferentinnen waren.

Im Verlauf von *Kurt Schumachers* Referat und auch in der Diskussion ist über die Beziehungen zu den Gewerkschaften gesprochen worden. Was die Frauenbewegung anbetrifft, gibt es kein Problem in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Unsere Zusammenarbeit ist sehr gut. Dasselbe kann man auch für die Genossenschaften sagen.

Einige unserer Genossinnen stehen an führenden Stellen im öffentlichen Leben. Ihr wißt alle, daß *Louise Schröder* Oberbürgermeisterin in Berlin ist, und *Luise Albertz* ist Oberbürgermeisterin in Oberhausen am Rhein. Wir hatten das erste Mal in Deutschland einen weiblichen Minister, und zwar war die Genossin *Marta Fuchs* Erziehungsministerin in Braunschweig. Sie ist jetzt Staatskommissarin für das Flüchtlingswesen im Lande Niedersachsen. Ihr wißt alle, daß in den Gemeindeparlamenten unsere Frauen vertreten sind und gute Arbeit leisten. Dasselbe kann man von den Landesparlamenten sagen, aber die Zahl unserer weiblichen Vertreterinnen in den Landesparlamenten ist bei weitem nicht ausreichend. Ich möchte hier betonen, daß wir nicht der Meinung sind, daß überall eine Frau vertreten sein muß, weil wir ja „auch eine Frau“ brauchen, sondern eine Frau soll vertreten sein, weil sie geeignet ist und weil sie etwas leisten kann. Und nun guckt Euch mal Eure männlichen und weiblichen Vertreter an, ob Ihr da immer nur die allergescheitesten Männer in die vordersten Stellungen gestellt habt! (Heiterkeit. — Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Im Lande Bayern haben wir keine Frau, die als sozialdemokratische Abgeordnete im Landtag sitzt, und ich hoffe, daß die Bayern sich bessern werden und zwar recht bald. In der britischen Zone haben wir drei sozialdemokratische Frauen im Zonenbeirat, die Genossin *Anni Krahnstöver*, die Genossin *Frieda Nadig* und die Genossin *Korspeter*.

Unsere Werbearbeit wird genau wie die allgemeine Werbearbeit dadurch erschwert, daß wir kein Papier haben, und alle Bezirkssekretäre werden meine ständigen Klagerufe nach Papier für das Frauenbüro kennen. Ich möchte Euch auch hier noch einmal ans Herz legen, daß es notwendig ist, so viel wie möglich auch gedrucktes Material für die Frauenarbeit herauszugeben, und wenn Ihr Papierzutellungen macht, denkt nicht immer an die Frauen zuletzt.

Wir hatten gerade vor zwei Tagen unsere Frauenkonferenz in Fürth, und ich will Euch nur ganz kurz davon berichten. Ich habe allen Delegierten die Hauptanträge, die dort angenommen worden sind, heute morgen vertellen lassen. Unsere Konferenz war von 200 Delegierten und Gastdelegierten aus den drei westlichen Zonen und Berlin beschickt, und es wird Euch vielleicht interessieren, daß ein Drittel all dieser Frauen während der 12 Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern gesessen hat. Unsere beiden Hauptreferenten waren *Erich Ollenhauer*, der über die Sozialdemokratische Partei und die Frauen sprach und damit beweisen und demonstrieren wollte, wie wichtig die Sozialdemokratische Partei die politische Arbeit der Frauen einschätzt. Unser zweiter Hauptreferent war die Genossin *Louise Schröder*, die über die Stellung der Frau in Staat und Gesellschaft sprach. Genossen, es sieht ja nicht schön aus, wenn man sich selber lobt, aber ich kann sagen — und alle, die dabei waren, können es bestätigen —, die Frauenkonferenz war ein voller Erfolg, die Diskussion hatte einen sehr hohen Standard, und ich hoffe, Ihr könnt das durch die ganzen Tage hier so durchhalten, wie wir es durchgehalten haben. (Beifall.)

Unsere Frauenkonferenz hat Euch auch noch etwas anderes vorweggenommen. Wir sind nämlich die erste zentrale sozialdemokratische Reichskonferenz gewesen, auf der offizielle ausländische Delegierte gesprochen haben. Der Genosse *Reeves* aus England hat, bevor er zu Euch gesprochen hat, zur Frauenkonferenz in Fürth gesprochen (Heiterkeit), und zwar als offizieller Delegierter der Labour Party zur Frauenkonferenz in Fürth, und wir hatten ebenfalls die große Freude, die Genossin *Gabriele Proft* und die Genossin *Jochmann*, die beiden führenden Genossinnen in Österreich, als Delegierte auf unserer Frauenkonferenz zu haben. Über die Anträge will ich Euch im einzelnen nichts sagen, denn es ist noch ein weiterer Referent, der darauf wartet, Euch etwas zu erzählen. Ich bitte Euch aber, sie anzusehen und sie nicht nur anzusehen, sondern unseren Frauen zu helfen, daß die Dinge, um die wir hier beschlossen haben, auch in der praktischen Arbeit durchgesetzt werden!

Zum Schluß möchte ich noch einmal betonen, wir sind keine Frauenrechtlerinnen, sondern wir sind Sozialisten. Unsere Bewegung ist gewachsen aus der gemeinsamen Not von Mann und Frau im kapitalistischen Staat, und unsere Bewegung wird siegen im gemeinsamen Kampf von Mann und Frau für den demokratischen Sozialismus. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Jullus Lofmann*: Zum Bericht der Kontrollkommission hat das Wort der Genosse *Schönfelder*:

Adolf Schönfelder, Hamburg: Genossen und Genossinnen! Nach den kurzen Berichten kann mein noch kürzerer Bericht eingeleitet werden mit der erfreulichen Mitteilung, daß Beschwerden über den Parteivorstand im Berichtsjahr nicht eingegangen sind. (Bravo!) Und auch bis heute nicht eingelaufen sind. (Beifall.)

Genossen und Genossinnen, die Kontrollkommission hat ja nach dem Parteistatut die Aufgabe der Kontrollierung des Parteivorstandes, und sie soll Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand sein. Nach dem Statut sind dieser Kontrolltätigkeit keinerlei Grenzen gesetzt. Es kann natürlich nicht ihre Aufgabe sein, die rein politische Tätigkeit des Parteivorstandes zu kontrollieren. Sie kann sich nur insoweit damit beschäftigen, als politische Handlungen das Organisationsleben, den Stand der Organisation und insbesondere die Finanzen der Organisation beeinflussen. Nach alter Gepflogenheit berichtet deshalb der Parteivorstand in den Sitzungen der Kontrollkommission über die wichtigsten politischen Ereignisse und nimmt in der Regel der Vorsitzende der Kontrollkommission an den Sitzungen des Gesamtvorstandes und des Parteausschusses teil.

Die Bestimmung des Statuts, daß die Kontrollkommission vierteljährlich kontrollieren soll, hat zunächst nicht erfüllt werden können, da nach dem Parteitag in Hannover die Abrechnungsberichte so zögernd und spät eingingen, daß es dem Hauptkassierer nicht möglich war, rechtzeitig einen Bericht vorzulegen. Nach Überwindung dieser Schwierigkeiten, die mit dem Neuaufbau der Partei zusammen-

hängen, muß aber darauf gesehen werden, daß in der Partei draußen in den Bezirken Pünktlichkeit, insbesondere in den geschäftlichen und finanziellen Dingen, herrscht. Deshalb ist es vielleicht gut, daß überall darauf gesehen wird, daß nur mit diesen Geschäften ein Genosse besonders betraut wird.

Genossinnen und Genossen, durch die Unterschrift unter dem Kassenbericht hat die Kontrollkommission bescheinigt, daß alles in Ordnung befunden ist, und ich hätte deshalb hier nur den formellen Antrag zu stellen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Dennoch hat die Kontrollkommission den Wunsch, daß ich in ihrem Namen hier folgendes erkläre: Unsere Partei ist nach Überwindung vieler Anfangsschwierigkeiten zu einer imposanten Organisation geworden. Daß der Neuaufbau unserer Partei in diesem Ausmaße gelingen konnte, ist neben dem Verdienst der vielen tausende Funktionäre draußen in den Bezirken und im Lande auch ein Verdienst des Parteivorstandes, insbesondere der geschäftsführenden Genossen und ihrer Mitarbeiter. Ich habe deshalb den Auftrag, hier nicht nur zu beantragen, die Entlastung auf den ganzen geschäftsführenden Vorstand auszudehnen, sondern auch den Genossen im Namen der Kontrollkommission und, wie wir glauben, deshalb auch im Namen der Partei Dank und Anerkennung auszusprechen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Zum Bericht der Mandatsprüfungskommission hat das Wort der Genosse *Thiele*, Berlin.

Theo Thiele, Berlin: Genossen! Wir wollen in Konkurrenz treten mit dem Bericht der Kontrollkommission. Unser Bericht wird also noch kürzer sein. Es wurden keine Mandate beantragt. Von den 366 Delegierten des Parteitages sind 357 anwesend. Alle 357 Mandate konnten anerkannt werden. Von den gewählten Delegierten der Bezirke fehlen sechs Genossen, so daß 293 anwesend sind. Vom Parteivorstand fehlen zwei Genossen, anwesend sind 24 Genossen. Die Kontrollkommission ist mit allen Mitgliedern — der Zahl nach neun — vertreten. Vom Parteil Ausschuß fehlt ein Genosse. Damit ist der Bericht der Mandatsprüfungskommission beendet. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Genossen und Genossinnen! Sie haben die Berichte gehört. Ich glaube, über den Bericht der Mandatsprüfungskommission können wir sofort zur Abstimmung schreiten. Ist der Parteitag damit einverstanden? — Wer mit dem Bericht der Mandatsprüfungskommission einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke.

Genossen und Genossinnen! Wir haben nunmehr noch eine Ehrenpflicht zu erfüllen. Wir denken in dieser Stunde an alle die Genossen und Genossinnen (die Anwesenden erheben sich von den Plätzen), die im Laufe des letzten Jahres in ganz Deutschland ihr Leben für die Partei, für die Parteilarbeit lassen mußten. Wir denken an alle die vielen, die frühzeitig von uns gerissen worden sind. Wir denken an die Genossen und Genossinnen, die mitten aus der Parteilarbeit von uns genommen wurden, und ich glaube, wir können das Andenken an unsere Toten am besten damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns geloben, in ihrem Sinne zu wirken, daß wir uns geloben, mit doppeltem Eifer an die Arbeit zu gehen und ihr Lebensziel mitzuerfüllen: An die Arbeit für den Sozialismus! — Sie haben sich zu Ehren unserer Toten von den Sitzen erhoben; ich danke Ihnen.

Genossen und Genossinnen! Wir wollen die Diskussion über den Geschäftsbericht für heute vertagen. Wir werden die Berichte für heute abschließen, da wir spätestens um 18.30 Uhr im Opernhaus sein müssen, wo pünktlich begonnen werden muß, denn um 20.30 Uhr müssen wir das Opernhaus wieder verlassen.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Ich bitte die Genossen Delegationsführer, die Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes eingereicht haben, jetzt noch für einige Minuten hier in das Parteivorstandsbüro zu einer kurzen Besprechung zu kommen. — Damit sind die Verhandlungen auf morgen 9.00 Uhr vertagt.

(Schluß der Nachmittagssitzung 16.36 Uhr)

Dritter Verhandlungstag

(Dienstag, 1. Juli 1947, 9.00 Uhr)

Vormittagssitzung

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Die Sitzung des Parteitages ist eröffnet. Wir schlagen vor, daß wir heute früh zunächst in die Diskussion über die Berichterstattung eintreten. Ich ersuche die Delegierten, die Vorlage Nr. 4 zur Hand zu nehmen. Neben den Berichten stehen nunmehr zur Diskussion die Anträge Nr. 6, 7, 9, 10, 11, 12, 14 und 15, außerdem Vorlage Nr. 8, Antrag Nr. 49.

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein. Als erster Diskussionsredner hat das Wort der Genosse *Zöllig*, Düsseldorf.

Karl Zöllig, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen! Der Genosse *Nau* hat uns ein Bild von der glänzenden Entwicklung unserer Partei seit dem Zusammenbruch des Nazisystems gegeben. Ich glaube, ich verrate hier kein Geheimnis, wenn ich feststelle, daß dieses glänzende Ergebnis in der Hauptsache nicht so sehr auf die großen Versammlungen usw. zurückzuführen ist, sondern auf die intensive Kleinarbeit, die in unserer Partei geleistet worden ist. Wenn wir uns hier vergewärtigen, wie unsere Partei in die Breite gegangen ist, so müssen wir leider feststellen, daß der Kreis derer, die die wichtigste Parteiarbeit, die Kleinarbeit, leisten, nicht in diesem Ausmaße gewachsen ist. Der Stamm unserer Funktionäre hat sich nicht wesentlich erweitert gegenüber dem früheren Zustand. Wir können heute feststellen, daß vielfach noch 70 jährige die Beiträge einkassieren müssen. Notwendig ist eine Aktivierung der Jugend auch auf diesem Gebiet, und ich möchte sowohl an eine Bemerkung des Genossen *Schumacher* als auch des Genossen *Ollenhauer* anknüpfen und sagen: Der Weg in die Vertrauensstellung muß über die Kleinarbeit führen. Es muß den jungen Genossen zum Bewußtsein gebracht werden, daß jemand nur dann in einer Vertrauensstellung wirksam sein kann, wenn er sich in der Kleinarbeit das notwendige Vertrauen der Gesamtmitgliedschaft erworben hat. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß es absolut nicht notwendig ist, wenn auch vielfach in der Partei die Auffassung vertreten wird, daß man der Jugend gegenüber nicht allzusehr parteipolitische Maßstäbe anwenden soll. Es ist genug, wenn von seiten der Besatzung den unpolitischen Jugendverbänden so viel Beachtung geschenkt wird. Wir sind uns, glaube ich, klar darüber, daß die vergangenen 14 Jahre gezeigt haben, daß die Jugend, soweit sie durch die Sozialdemokratische Arbeiterjugend gegangen ist, in diesen Jahren bewiesen hat, welche hohen sittlichen Werte die sozialdemokratische Jugendbewegung zu vermitteln vermag.

Genossen, das ist wichtig, wir haben einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen, aber, Genossinnen und Genossen, wir hatten auch nach 1918 einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen. Aber wir haben es damals nicht verstanden, uns das Vertrauen zu erhalten. Sorgen wir dafür, daß uns das Vertrauen, das uns jetzt weiteste Kreise entgegenbringen, erhalten bleibt. Es sind in dieser Beziehung große Gefahren für unsere Bewegung deutlich erkennbar. Diese Gefahren sind heute meines Erachtens noch größer, als dies nach 1918 der Fall war. Wir werden und wir sind schon in einem großen Ausmaße dahingekommen, daß in den leitenden Stellen Sozialdemokraten sitzen. Diese Genossen können für uns eine Gefahr

werden, wenn sie sich nicht bewußt sind, daß sie als Sozialdemokraten in diesen Stellungen sind. Diese Genossen müssen sich in diesen Stellungen als Sozialisten auf vorgeschobenem Posten betrachten.

Es drohen uns Gefahren auf kulturellem Gebiet. Genossinnen und Genossen, wir wollen tolerant sein. Aber es darf nicht dahin kommen, daß diejenigen unter uns, die weltanschaulich ihre Konsequenzen gezogen haben, sich dafür fast entschuldigen müssen. Wenn wir z. B. die Einheitsschule fordern, dann müssen unsere Genossen auf vorgeschobenem Posten diese Forderung mit ihrer ganzen Person vertreten. Wenn sie das nicht können, dann sollten sie zurücktreten, oder die Partei sollte sie zurückrufen.

In unserer Arbeit muß der marxistische Gedanke wirksam sein. Es darf nicht so sein, daß dieses marxistische Gedankengut nur bei festlichen Veranstaltungen zu Deklamationszwecken benutzt wird. Unsere Arbeit muß davon getragen sein. Denken wir zurück an die Blütezeit der sozialdemokratischen Bewegung, an die Zeiten eines August Bebel, eines Wilhelm Liebknecht. Sorgen wir dafür, daß die Sozialdemokratische Partei wieder ein Fanal wird, an dem sich die jungen Menschen aufrichten können, so wie wir uns einstmals daran aufgerichtet haben.

Eine weitere Gefahr ist die nationalistische Versuchung, die heute schon wieder in einem großen Ausmaße zu verzeichnen ist. Seien wir uns klar darüber, daß daran die Sozialdemokratische Partei nicht ganz unschuldig ist. Es spricht heute der einfache Mann nicht mehr von dem Verbrecher Hitler, es spricht heute der einfache Mann nur davon, daß uns das Ausland verhungern lassen will. (Klingel des Vorsitzenden — Zuruf: Schluß!) Genossen, ich muß zum Schluß kommen, und darum nur noch eins. Es hat uns auf das tiefste bewegt, als uns der Genosse aus Holland die Fahnen wiederbrachte. Ich möchte diesen Augenblick dazu benutzen, um den Genossen, die uns die Fahnen wiedergebracht haben, zu sagen, daß wir diese Fahnen nicht öffentlich zeigen dürfen. Das aber kirchliche Vereine, Schützenvereine usw. heute schon wieder ihre Fahnen zeigen dürfen, Fahnen, die oft genug auch zur Verherrlichung des nazistischen Systems verwandt wurden, daß aber die Fahnen, unter deren Schatten Tausende im Kampf gegen das Hitlersystem ihr Leben gelassen haben, zu zeigen uns heute von der Besatzung verboten ist. Die Genossen des Auslandes, die hier sind, könnten hier etwas unternehmen, damit das Symbol der Völkerbefreiung, der Völkerversöhnung auch wieder zu Ehren kommt. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Zur Geschäftsordnung ein Genosse aus Westfalen:

(Zur Geschäftsordnung: Wir haben den Wunsch, daß die anderen Diskussionsredner sich an das Thema halten, das hier zur Debatte steht, damit die Zeit nicht unnötigerweise vergeudet wird! — Zustimmung.)

Genossen, ich glaube, wir können uns diesem Wunsche anschließen. Wenn in der Geschäftsordnung steht, daß jeder Diskussionsredner zehn Minuten Redezeit hat, ist damit nicht zum Ausdruck gebracht, daß jeder zehn Minuten reden muß. (Sehr wichtig!) Im Gegenteil, wir sind außerordentlich dankbar, wenn die Genossen sich kurz fassen, damit die Möglichkeit besteht, alle Diskussionsredner zum Wort kommen zu lassen, und zweitens, damit wir möglichst bald die anderen Tagesordnungspunkte erledigen können. Ich bitte also die Genossen, sich dementsprechend zu verhalten.

Wir fahren nun in der Diskussion fort. Das Wort hat jetzt der Genosse *Schroth*, Solingen. Ihm folgt der Genosse *Mehnert*, Hannover.

Heinrich Schroth, Solingen: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Der Bericht des Genossen *Nau* hat uns bewiesen, daß wir eine starke Zusammenfassung von Menschen sind. Die Arbeit in dem letzten Jahre aber — und das ist zweifellos bedenklich — beweist uns, daß wir noch keine Organisation sind, und daß die Arbeit des Parteitages sich äußerst darauf konzentrieren muß, eine Parteiorganisation zu schaffen, die den Aufgaben der Partei gerecht wird. Es ist ganz klar, daß durch die hinter uns liegenden 14 Jahre schon ein großer Teil des damals vorhandenen

Funktionärapparates abgehen mußte. Es ist ebenso klar, daß der größte Teil dessen, was wir bedurften, nicht nachwachsen konnte. Wir müssen aber mit diesem Notstand fertig werden. Deshalb war sehr wesentlich, was der Genosse *Ollenhauer* vorschlug: die Schaffung der Referate und vor allen Dingen die Schulungsarbeit der Partei. Da haben wir allerdings sehr viel vermißt. Ob es nun im Wahlkampf war, den wir meistens mit neuen, der Gesamtarbeit der Partei entfremdeten jungen Funktionären durchführen mußten. Ob es in der Gewerkschaftsarbeit war, deren Wichtigkeit wiederholt betont worden ist, uns fehlen an allen Ecken und Enden nicht nur die Funktionäre, die da sind und die wir haben könnten, wenn wir sie anleiten; uns fehlt vor allen Dingen vom Parteivorstand die zentrale Richtlinie.

Wenn ich in diesem Augenblick daran erinnere, daß wertvolle Genossen, wie der Genosse *Böckler* in der Gewerkschaftsbewegung, sich absolut neben die Partei stellen und eine Gewerkschaftsarbeit vorschlagen, die wir nicht tragen können, dann muß hier um der Partei willen der Parteivorstand uns die notwendigen Richtlinien geben, die Funktionäre, die im Augenblick nicht in der Arbeit stehen, entsprechend durchzubilden.

Uns fehlen die Betriebsgruppen, die die Stärke der Kommunistischen Partei bilden und die wir zwangsläufig jetzt schaffen müssen, ob mit oder ohne Zustimmung der Gewerkschaftsfunktionäre. Es wird uns von den Gewerkschaftsfunktionären gesagt, daß die britische Militärregierung oder eine sonstige Militärregierung die Entpolitisierung der Gewerkschaften wünsche. Gut! Aber ist der Wunsch der Besatzungsbehörde in diesem Fall für uns Befehl? Ich glaube, wir haben die Aufgabe, Deutschland aufzubauen. Und wollen wir Deutschland aufbauen, so geht das nur aus dem Betriebe heraus. Wenn die Arbeiter, wenn die Schaffenden an der Maschine nicht das politische Gesicht Deutschlands bestimmen, wird das Gesicht Deutschlands zwangsläufig entweder von Kleinbürgern oder von Kapitalisten bestimmt werden, und das haben wir zu verhindern, wenn wir das, was in den großen politischen Referaten hier zum Ausdruck gekommen ist, durchführen wollen: entweder die Sozialisierung, oder wir stehen am Rande unseres Untergangs.

Deshalb ist gerade die Frage so außerordentlich wichtig, daß die Schaffung der Referate für die politische und die Schulungsarbeit die erste und wichtigste Aufgabe des Parteivorstandes sein und bleiben muß. Dabei muß aber eine Beweglichkeit in die Partei hineingebracht werden. Wir werden uns einmal an den Zustand gewöhnen müssen, daß wir nicht nur einmal im Jahr unsere Genossen wählen und sie dann auf alle Zeit hinaus mit dieser Arbeit betrauen, wenn sie nicht von sich aus einmal den Wunsch haben, nicht mehr mitzumachen. Da wir nun einmal im Zeitalter des Experimentierens und Improvisierens sind, wird sich für uns auch die Aufgabe ergeben, die Genossen in ihrer Arbeit zu prüfen und sie laufend zu überprüfen und den Mut zu haben, wenn jemand im Laufe des Jahres seine Arbeit nicht in dem von uns gewünschten Sinne entweder aus Unfähigkeit oder aus schlechtem Willen durchführen kann, ihn auch während der Amtsperiode abzurufen. Funktionäre sind nicht nur da, um während einer gewissen Zeit, meinetwegen in der Spanne eines Jahres, nie mehr überprüft und kontrolliert zu werden, sondern die Partei muß tatsächlich auch die notwendige Autorität besitzen, den, der seine Arbeit nicht tut, zurückzurufen. Ich freue mich auch heute noch darüber, daß wir feststellen können, daß eine ganze Reihe alter und ältester Genossen in der Partei heute ihre Pflicht tun. Aber ich muß auch darauf aufmerksam machen, daß sie mit dem Gewicht ihrer Autorität junge, aufkommende Kräfte manchmal erdrücken und sie einfach nicht zum Zuge kommen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist einmal gesagt worden: Eure Verdienste in allen Ehren, aber wenn es um das Leben der Partei geht, habt Ihr auch einmal abzutreten, ob Euch das paßt oder nicht. (Zustimmung.) Wenn wir unsere Agitations- und Organisationsarbeit einmal von diesen Dingen aus ansehen, so glaube ich, wird es besser werden. Wir haben bei uns im Bergischen, in der Ecke, wo die Kommunistische Partei heute noch ein Faktor ist, die Probe aufs Exempel gemacht, und ich glaube, sie ist nicht ganz daneben gelungen. Wenn heute Solingen mit den Kommunisten zu mindesten paritätisch, dann verdanken wir das nicht zuletzt auch unseren jüngsten und jüngeren

Funktionären, und wenn junge Funktionäre einmal etwas daneben machen, dann ist es besser, sie von Alten einmal zu korrigieren, als die Fehler der Alten aus der Vergangenheit und der Gegenwart konservieren zu wollen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort hat der Genosse *Mehnert*, Hannover. Ihm folgt der Genosse *Hernsdorf*, Hannover.

Heinz Mehnert, Hannover: Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir als einem der jüngsten Delegierten des Parteitages einige Worte zur Jugendfrage, die ja mit unserer Parteilorganisation untrennbar verbunden ist. Jugend ist grundsätzlich sozialistisch. Die Jugend wird nur dann millitäristisch und nationalistisch, wenn sie aufgehetzt wird und ihre Ideale mißbraucht werden. Das Problem der Jugend heißt Wiedergutmachung an der Jugend. Die betäubten Grundinstinkte der jungen Menschen müssen wieder geweckt und gefördert werden, um die Jugend ins alte Gleichgewicht zurückzubringen. Dazu ist es erforderlich, daß man nicht immer und immer wieder über die Jugend, sondern mit ihr spricht, so wie es auch jene Kreise geschickt getan haben, die diese Jugend in jene furchtbare Lage gebracht haben. Nicht durch mit Applaus unterstrichenen Resolutionen ist dieses Ziel zu erreichen, sondern allein mit der festen inneren Überzeugung unserer erfahrenen Genossen, sich praktisch dieser Aufgabe anzunehmen und unermüdet zu arbeiten und bereit zu sein, gegebenenfalls selbst Platz zu machen für die junge Generation. Stellt die Jugend nicht als Assistenten an, sondern stellt die junge Generation mitten in die Verantwortung hinein. Seid als erfahrene Genossen treue Wächter, daß diese verantwortungsbereiten jungen Genossen nicht ausgleiten, daß sie nicht ausbrechen, aber weist nicht mit dem Finger auf diese Jugend, wenn sie einmal einen Fehler begeht. Politische Fehler haben schon die erfahrensten Routiniers gemacht. Nur mit Hilfe übertragener Verantwortung wird die Jugend aus ihrer geistigen Isolierung herauskommen. Die praktischen Erfahrungen zeigen oft, daß die Jugend mit schwierigsten Problemen fertig wird. Der eine wird dann den anderen mitreißen. Nur so wird nicht jene furchtbare Möglichkeit Tatsache werden, daß eine ganze Generation ausfällt und unsere Partei und unsere kommende Republik unheilbaren Schaden erleiden.

Wir jungen Sozialisten glauben, daß einzig und allein die internationale Verbundenheit die Menschheit retten kann. Wir wünschen, daß die internationalen Verbindungen der Jugend der sozialistischen Parteien aller Länder trotz aller bestehenden Schwierigkeiten viel intensiver gestaltet werden. Führt die Jugend der Völker zusammen, und Ihr spart Jahre unfruchtbarer, internationaler Verhandlungen!

Eins muß ich noch hinzufügen: Die Jugend wird niemals zu gewinnen sein, wenn die notwendige Verbreiterung der Basis unserer Partei zur Mehrheitspartei auf Kosten der revolutionären Gesinnung und Einstellung unserer Partei geschieht. Wir befürchten oft, daß unserer Partei zu viele Zöpfe anhängen, und wir glauben, daß ein Teil der Funktionäre sich allzusehr in Selbstzufriedenheit gefällt. Jugend ist sozialistisch und revolutionär zugleich, das müssen wir in Rechnung stellen, und sie wird sich jeder Verbürgerlichung unserer Partei entgegenstemmen. Wir glauben auch, daß die SPD von 1947 sich mehr eines August Bebel's erinnern müßte und nicht immer wieder an 1933 anschließen sollte. (Beifall.)

Die Jugend muß wissen, daß sie eine neue, bessere Welt baut für die ganze Menschheit und damit für sich selbst. Dafür, Genossinnen und Genossen, setzt Euch ein! Wenn schon Euch nicht das Glück dieser Welt beschieden war, dann sollen wenigstens Eure Kinder einmal sagen können, daß das Leben in einer wahrhaft sozialistischen Welt, zu der Ihr den Grundstein gelegt habt, lebenswert ist. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort hat der Genosse *Hernsdorf*, Hannover. Ihm folgt die Genossin *Kranstöver*, Kiel.

Hans Hernsdorf, Hannover: Genossinnen und Genossen! Einige Freunde haben mich beauftragt, da kein Bericht über die Jugendarbeit gegeben worden ist, den

Bericht des Genossen *Erich Ollenhauer* über die Jungsozialistenarbeit ein wenig zu ergänzen. Das will ich tun. Als in Nürnberg im Juli vorigen Jahres die Jugend aus allen Gebieten des Reiches das erste Mal zusammenkam und auch zur Frage der Jungsozialisten Stellung nahm, war sie sich darüber klar, daß man bei jungsozialistischer Arbeit nicht an die jungsozialistische Tradition vor 1933 anknüpfen konnte, sondern daß diese Arbeit einen ganz neuen Inhalt bekommen mußte. Dies ist im Laufe des Jahres geschehen. Wir haben heute bei den Jungsozialisten bei Abschluß des Berichtes 932 Arbeitsgemeinschaften mit einer aktiven Teilnehmerzahl von 30 000 jungen Genossinnen und Genossen. Die Arbeit dieser Arbeitsgemeinschaften ist sehr differenziert und läßt sich in einem kurzen Bericht von fünf oder zehn Minuten nicht genau erläutern. Oberster Grundsatz der Arbeit der Jungsozialisten ist nach wie vor die Schulungsarbeit und die Erziehung dieser jungen Freunde im sozialistischen Geist. Ich muß sagen, daß heute in der Jungsozialistenarbeit die Stärke nicht mehr so sehr wie früher in der Stadt liegt, sondern daß wir gerade in den ländlichen Gebieten einen ganz enormen Aufschwung haben, und daß dort ein Reservoir liegt, das noch gewaltig für uns ausbeutet werden kann.

Ich möchte vor allen Dingen den älteren Genossen, die bei dem Wort Jungsozialisten stets etwas beunruhigt sind, sagen: Jungsozialistenarbeit ist keine Sonderarbeit, und Jungsozialisten sind keine Sonderorganisationen, sondern oberstes Prinzip der Jungsozialistenarbeit ist Parteiarbeit, und die Jungsozialisten wollen die aktivsten Funktionäre der Partei werden. Dieser Grundsatz kam auf der Reichskonferenz in Gelsenkirchen, die wir im Mai abhielten, zum Ausdruck. Ich kann Ihnen sagen, daß nicht die geringsten Bestrebungen bestehen, die Jungsozialisten als eine eigene Organisation zu betrachten, sondern wir betrachten unsere Arbeit als vorübergehend. Das heißt, der Hohlraum in der Alterspyramide, der durch die 12 Jahre entstanden ist, soll ausgefüllt werden, indem Jungfunktionäre herangebildet und in die Parteiarbeit eingereiht werden. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo einmal Jungsozialistenarbeit im heutigen Sinne überflüssig ist, wo wir nur noch Jugendarbeit und Parteiarbeit haben. Das ist unser Ziel. Es sind in verschiedenen Bezirken bereits Sekretäre für Jungsozialistenarbeit angestellt worden, und wir können sagen, daß die Arbeit in Norddeutschland wie in Süddeutschland und besonders auch hier in Nürnberg außerordentlich gut fundiert ist. Ich versichere Ihnen, die Jungsozialisten werden alles, aber auch alles daran setzen, um das Banner aufzugreifen, das eventuell einmal den Älteren entfallen könnte und es vorwärts tragen im Sinne der großen sozialdemokratischen Tradition: vorwärts für Freiheit, Sozialismus und Völkerverständigung. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort hat die Genossin *Kranstöver*, Kiel. Ihr folgt *Adolf Dünnebacke*, Berlin.

Anni Kranstöver, Kiel: Genossen und Genossinnen! Ich habe den Eindruck, als ob die Diskussionsredner bisher einen sehr wesentlichen Teil unserer politischen Arbeit völlig außer acht gelassen haben. Das ist nämlich die Gewinnung von weiblichen Mitgliedern und die Beeinflussung der Wählerinnen. Leider haben in den Jahren 1932 und 1933 Millionen von Frauen dem Machthaber ihre Stimme gegeben, der uns in dieses namenlose Elend unserer Tage geführt hat. Es muß unsere vordringlichste und wichtigste Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß ein solches Unglück sich nie wiederholt. Die Genossin *Gotthelf* hat in ihrem Bericht aufgezeigt, daß zwar an vereinzelt Stellen die Frauen im öffentlichen Leben tätig sind, und wir freuen uns auch, daß das in der Partei der Fall ist. Wenn hier auch mit großem Bedauern festgestellt worden ist, daß im Bayerischen Landtag keine Frau sitzt, so wissen wir doch, daß in diesem Land, dessen herzliche Gastfreundschaft wir alle dankbar genießen, eine Frau als Landesvorsitzende vorhanden ist, und wir haben die Freude, in zwei Bezirken, in Berlin und in Schleswig-Holstein, Frauen als Bezirksvorsitzende mit gleichen Rechten zu sehen. Aber diese Frauen sind in erster Linie als Menschen und nicht als Frauen gewählt worden. Selen wir uns darüber

klar, wir werden immer mehr Frauen in die Arbeit hincinstellen müssen, wenn wir den Einfluß auf die Wählerinnen nicht verlieren wollen. Die Waffe des Politikers ist das Wort. Wir brauchen das kluge, richtungweisende und aufbauende Wort des Mannes, und wir brauchen in dieser großen Notzeit das hilfsbereite, verstehende und mütterliche Wort der Frau. Wir haben in Schleswig-Holstein unseren Wahlsieg nicht zuletzt den vielen Frauenstimmen zu verdanken. Wir haben diese Stimmen gewonnen, weil die Menschen die große Hoffnung und das Vertrauen in uns gesetzt haben, daß wir sie aus der Not und dem Elend unserer Tage herausführen, und wir werden Mühe und Not haben, alle unsere Kräfte in rastloser Arbeit und mit hingebender Leidenschaft dafür einzusetzen, daß dieses Vertrauen nicht enttäuscht wird. Wir haben die große Bitte an alle Genossen dieses Parteitages, überall dafür zu sorgen, daß die Frauen an den richtigen Platz gestellt werden, damit sich die Katastrophe nicht wiederholt und nicht ein zweites Mal das Kreuz auf dem falschen Feld des Wahlzettels, von dem der Genosse *Stampfer* gesprochen hat, uns zum Verhängnis wird. Wir wollen als Männer und Frauen in der Partei gemeinsam daran mitwirken, daß eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufgebaut werden kann zum Wohle unseres Volkes und für die gute Zukunft unserer Kinder. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort hat der Genosse *Dünnebacke*, Berlin. Ihm folgt der Genosse *Bergmann*, Essen.

Adolf Dünnebacke, Berlin: Genossinnen und Genossen! Die Gewerkschaftspolitik ist in dem Bericht des Vorstandes ein wenig am Rande behandelt worden. Das ist verständlich bei der Fülle der Probleme, die zu behandeln waren. Aber es entspricht nicht der Auffassung der gewerkschaftlich-orientierten Mitglieder unserer Partei, welche mit Sorge beobachten, daß eine gewisse Desorientierung in gewerkschaftlichen Fragen innerhalb der Arbeiterschaft und innerhalb der Partei sich bemerkbar macht, eine Desorientierung, die zu ganz bedenklichen Konsequenzen führen kann. Nicht nur in Deutschland, in der ganzen Welt bahnen sich auf diesem Gebiet Veränderungen an. Wir brauchen nur an die gewerkschaftspolitische Entwicklung in Amerika zu denken. Wir brauchen nur zu beobachten, wie in Frankreich die Gewerkschaften radikalisiert werden und staatspolitischen Einfluß auszuüben versuchen. Vielleicht können wir auch die Streiks im Ruhrgebiet als eine Entwicklung beobachten, die zu ganz bestimmten staatspolitischen Konsequenzen führen muß. Die Abgrenzung der staatspolitischen Aufgaben zu den engeren klassenpolitischen Interessen der Arbeiterschaft muß gefunden werden. Wenn auch in Deutschland zur Zeit die Dinge nicht akut geworden sind, so werden wir früher oder später in dieses Kraftfeld einbezogen werden und haben dementsprechend die notwendigen organisatorischen und programmatischen Vorbereitungen zu treffen.

Genosse *Schumacher* hat von der Narrenfreiheit der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften gesprochen. Ich glaube, wir in Berlin und in der Ostzone sind hart an der Grenze dessen angelangt, was man den Kommunisten innerhalb der Gewerkschaft an Narrenfreiheit zugestehen darf. Die kommunistisch geleiteten Gewerkschaften in Berlin und in der Ostzone sind neuerdings zum Gemüsehandel in Konkurrenz getreten. Sie beschäftigen sich mit der Verteilung von Textilien, von Schuhwaren, von Schnaps und anderen Mangelwaren. Neuerdings tritt sogar die Forderung auf, die gesamte Versorgung der Bevölkerung in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Diese Tatsache und diese Entwicklung beleuchtet eine vollkommen mangelhafte Ordnung der geistigen Begriffe. Sie zeigt einen falschen Begriff von der Zuständigkeit der Organe des öffentlichen Lebens und eine schlechte Arbeitsteilung. Sie bedeutet ferner die heraufstolgende Gefahr einer Korruption innerhalb der Gewerkschaften. Wer in der gegenwärtigen Notzeit den Mangel an Lebensmitteln und Bedarfsgütern dazu benutzt, um Mitglieder zu werben, der mag damit einen augenblicklichen Erfolg erzielen. Auf die Dauer gewinnt er nur einen Interessentenhaufen, und niemals wird er imstande sein, eine gesunde gewerkschaftliche Organisation aufzubauen.

Wie ist diesen Gefahren zu begegnen? Es ist notwendig, uns von dem traditionellen Begriff einer parteipolitischen Neutralität innerhalb der Sozialdemokratischen Partei loszumachen. Die Dinge sind nicht mehr so wie vor 1933, als die Gewerkschaften noch im wesentlichen sozialdemokratischen Gedankengängen zugänglich waren. Es bahnt sich eine Entwicklung an, welche zu einer bedenklichen Radikalisierung und zu einer ideologischen Desorientierung der gesamten betrieblichen Arbeiterschaft führt. Es ist notwendig, die Gewerkschaftsfrage vom sozialdemokratischen Standpunkt, vom Ideengut des demokratischen Sozialismus aus zu betrachten und dabei zu beachten, daß die staatspolitischen Aufgaben Sache der Parteien sind und daß die Gewerkschaften lediglich spezielle wirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben und Funktionen zu lösen haben, daß sie aber nicht dazu berufen sind, selbst als staatspolitischer Faktor aufzutreten. An organisatorischen Maßnahmen ist dazu notwendig, daß wir mit Beschleunigung an den Aufbau der betrieblichen Arbeit gehen, in allen Betrieben Betriebsgruppen bilden, eine Intensivierung der betrieblichen Arbeit vornehmen, wie wir sie bisher nur noch bei den Kommunisten zu beobachten in der Lage waren. Notwendig ist ferner, daß eine ganz spezielle sozialdemokratische Gewerkschaftsprogrammatik entwickelt wird, welche den Wandel in den Funktionen und Formen des Klassenkampfes beachtet, wie er sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland und in der Welt gezeigt hat. Das heißt, daß eine Synthese gefunden werden muß zwischen den staatspolitischen Aufgaben und den klassenpolitischen Interessen, welche wir zu beachten haben. Diese Aufgabe erscheint mir so wichtig, daß es notwendig wäre, dem Vorstand zu empfehlen, eine Studienkommission einzusetzen, die sich die Entwicklung einer sozialdemokratischen Gewerkschaftsprogrammatik zur speziellen Aufgabe macht. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das Wort hat Genosse *Bergmann*, Essen. Ihm folgt *Erwin Stein*, Rheinpfalz.

K. Bergmann, Essen: Genossinnen und Genossen! Endlich findet man sich bereit, Partei-Betriebsgruppen aufzuziehen. Ich bin erstaunt, daß sie jetzt erst gefordert werden. Man müßte erwarten, daß diese Betriebsgruppen auf Grund der Zwangsläufigkeit schon gegründet waren. (Zuruf: Sind sie auch!) Ich stehe auf dem Standpunkt, daß unsere Arbeit sich dringend damit beschäftigen muß, das Verhältnis zwischen Betriebsgruppen der Partei und den Gewerkschaften zu klären.

Wir müssen uns im klaren sein: Wenn es der deutschen Angestellten- und Arbeiterbewegung gelingen soll, ihre große Aufgabe zu lösen, müssen wir unsere vornehmste Aufgabe darin sehen, den Bestand der Einheitsgewerkschaftsorganisation zu erhalten und auszubauen. Nur diese sind in der Lage, die nötige Schlagkraft zu entwickeln, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Es zeigt sich, daß einzelne Genossen kein Verständnis dafür finden, den Einklang zu finden zwischen Betriebsgruppen und Gewerkschaftsarbeit. Seit über einem Jahre betreiben wir diese Praxis, und es gibt dort keinen Widerspruch, sondern Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsarbeit ist eins. Sie gehören zusammen, und es ist erfreulich, daß nun auch die Partei sich auf Betriebsarbeit umstellen will. Denn dort finden sich die Arbeiter täglich, dort wird über politische Fragen diskutiert. In den Betrieben sind die Massen und besprechen ihr Schicksal, und dort muß der Sozialdemokrat wirken. Er hat Fragen aufzuwerfen, er hat zu diskutieren, und ganz von selbst gewinnt er das Vertrauen seiner Kollegen, ganz von selbst erobert er die Führerposition, die er im Betriebe notwendig hat. Dann kommen wir dazu, die Betriebe politisch zu erobern.

Damit haben wir viel gewonnen, indem neue Funktionen gewonnen werden und ihnen eine Aufgabe, ein Betätigungsfeld gegeben wird. Und glauben Sie, aus unserer Praxis haben wir es erlebt, mit welcher Begeisterung, mit welchem Elan unsere Kameraden aus dem Bergbau dort herangehen und zum Gegenschlage ausgeholt haben. Denn nur so ist es uns gelungen, den Ansturm, der von der einen Seite drohte, nicht nur abzuwehren, sondern uns selbst an die Spitze zu stellen und

die Belange der Kollegen zu vertreten. So gewinnen wir das Vertrauen der breitesten Schichten für unsere Partei.

Wenn vom Genossen *Ollenhauer* Schulung unserer Funktionäre gefordert wurde, so ist es besonders wichtig, die Betriebsfunktionäre zu schulen. Seit längerer Zeit werden seitens der Kommunistischen Partei auf mehrere Wochen ihre Leute herausgezogen und dann wieder in den Betrieb hineingeworfen. Schaffen wir das Gleichgewicht, schulen wir unsere Genossen, dann werden sie die Funktionäre, die imstande sind, den Kampf zu führen.

Außerdem ist es dringend erforderlich — das hat sich bei uns in Essen gezeigt —, eine eigene Betriebszeitung herauszugeben. Denn damit haben wir die Möglichkeit, dem Betriebsfunktionär den Diskussionsstoff zu geben, den er benötigt, um zu diskutieren.

Nun zu einem anderen Problem, das der Genosse *Ollenhauer* aufgeworfen hat: jungsozialistischer Arbeit. Ich hatte dabei den Eindruck, als wollte der Genosse *Ollenhauer* die Jungsozialistengruppen nach dem alten Schema von vor 1933 aufziehen. Ich möchte davor warnen, nur Diskuterklubs aufzuziehen. Damit haben wir nur einen kleinen und engen Rahmen erreicht. Hier möchte ich mich lieber den Ausführungen eines Diskussionsredners anschließen: Unsere Jungsozialisten müssen die entscheidendsten Funktionäre in der Partei und zu gleicher Zeit im Betriebe sein. Denn dort müssen sie ihren Elan und ihre Ellbogen gebrauchen. Stellen wir ihnen eine Aufgabe, damit sie dann gezwungen sind, sich zu betätigen. Sie haben ja die Aufgabe, nicht nur unsere jungen Parteigenossen zu führen, sondern die Aufgabe, den jungen Menschen überall zu vertreten, wo er ist: die Jungarbeiter in den Sportorganisationen, im Betrieb usw. Das ist die Aufgabe der jungen Sozialdemokraten. Fassen wir die Arbeit eines jungen Sozialdemokraten so auf, dann gelingt es uns, die junge Generation für die Sozialdemokratie zu gewinnen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Als nächster Redner hat das Wort der Genosse *Erwin Stein*, Rheinpfalz. Ihm folgt als letzter Diskussionsredner Genosse *Niefwandt*, Essen.

Erwin Stein, Rheinpfalz: Meine lieben Parteigenossen und Parteigenossinnen! Wir dürfen um die freundliche Aufmerksamkeit dieses Parteitags bitten, auch wenn es sich um die kleinen Leute aus der Provinz handelt, die hier das Wort ergreifen. Es geht oft der Streit darum, inwieweit die Partei in einer solchen Zeit eine Verantwortung in den Gemeinden übernehmen kann oder nicht, und inwieweit die Parteiorganisation dies verträgt. Es ist zu sagen, daß eine Partei oder eine politische Bewegung auch die Verantwortung für unpopuläre oder unpopulär erscheinende Maßnahmen tragen kann, wenn ihr Aufklärungsapparat stark genug ist, die Unvermeidlichkeit solcher Maßnahmen nachzuweisen und in allen Köpfen der breiten Schichten zum Bewußtsein zu bringen. Unsere Partei ist im Begriff, staatspolitisch und kommunalpolitisch eine Stellung zu beziehen, die eine starke und breite Aufklärungsorganisation voraussetzt. Unsere Aufklärungskräfte und die dazu nötige Organisation sind noch zu schwach, um unsere Maßnahmen und Vorschläge die nötige Resonanz in den breiten Volksschichten zu verschaffen. Nicht nur, daß wir im Hinblick auf die junge Wiedergeburt der Partei nur über eine ungenügende Zahl politischer Funktionäre, insbesondere aus der jüngeren Generation, verfügen, sind wir auch im Begriff, zahlreiche bisher in der praktischen Arbeit der Parteiorganisation verwendete Funktionärskräfte an die öffentliche Verwaltung abzugeben. Die starke Inanspruchnahme dieser Parteigenossen in der Verwaltung rechtfertigt wenigstens teilweise ihren Rückzug aus der praktischen Organisationsarbeit der Partei. Die rasche Heranbildung junger politischer Funktionäre wird daher zu einer unabwiesbaren Notwendigkeit. Wir brauchen einen wesentlich größeren Stab von jungen Referenten, von jungen Agitatoren und Organisationskräften, die mit einem gediegenen politischen Wissen

ausgestattet sind. Wir müssen bitten, daß die Partei hier schnellstens in höherem Maße Bildungslehrgänge durchführt, die aus dem reichen Reservoir der jungen Parteiorganisation schöpfen werden. Ich wiederhole hier den gestrigen Satz unseres Genossen Dr. Schumacher, daß mancher ältere Funktionär, der auf einer Vielzahl von Funktionen sitzt, sich überlegen müßte, ob er nicht bald jüngeren Kräften bestimmte Aufgaben aus seinem Aufgabenkreis zuweisen sollte.

Nun noch ein Wort zu Organisation und Propaganda an sich. Allenthalben wird gesagt, man sollte nicht dort anfangen, wo wir 1933 aufgehört haben. Unter denen, die das sagen, gibt es leider viele, die in den veralteten Methoden der Agitation und Werbung weiterfahren, ohne es zu merken. Sie glauben, es genüge, wenn alle drei Monate eine Mitgliederversammlung und alle acht Wochen eine Ausschußsitzung stattfände, und daß man öffentliche Versammlungen nur in Zeiten des Wahlkampfes durchführen solle. Es ist am Platze, durch Belehrung hier einen Wandel der Ansichten herbeizuführen und den Zurückgebliebenen einen anderen Rhythmus des Organisationslebens beizubringen. In der Propaganda müssen wir eines lernen: unsere eigenen Leistungen jeweils besser herauszustellen. Das tun die anderen, und das haben die anderen uns voraus. Aus jedem Agitationsantrag, den sie irgendwo einbrachten, haben sie eine unglaubliche Stimmungsmache entfesselt, während wir so gutgläubig waren anzunehmen, daß die breiten Massen von selbst unsere Leistungen und Anstrengungen anerkennen würden. Auch hier muß viel mehr aktive Herausstellung unserer tatsächlichen Arbeit Platz greifen.

Schließlich noch ein Wort zur Parteidisziplin. — Zur Parteidisziplin gehört, daß man in öffentlichen Ämtern stehende Genossen nicht angreift oder unter Kritik stellt, wenn politische Gegner anwesend und Zeugen solcher Ausfälle sind. Der politische Gegner läuert darauf, solche inneren Spannungen und Meinungsver-schiedenheiten in unserer Partei zu kennen und sie auszuschlachten. Kritik ist notwendig am Platze. Aber sie muß sich auf dem breiten Felde unserer inneren, demokratischen Parteiorganisation entfalten. In vielen Gemeinden kann demgegen-über beobachtet werden, daß Bürgermeistergenossen oder sonstige in der Ver-waltung stehende Genossen den Kontakt zur Partei zu verlieren im Begriffe sind, daß sie souverän arbeiten, daß sie sich selten oder überhaupt nicht mit der Partei zusammensetzen, um Rückfrage zu halten, wenn sie, diese Bürgermeistergenossen, vor wichtigen Entscheidungen stehen. Daraus sind mancherlei Fehler und Irrtümer entstanden, die ihrerseits wieder zu unerwünschten Spannungen innerhalb mancher Parteiorbitsvereine führten und die Werbekraft unserer Partei bei Wahlkämpfen usw. lähmten. Wir müssen ernstlich bitten, daß jeder Genosse, der als führender Beamter unsere Partei repräsentiert oder sich in der Behauptung seiner Position auf die Partei stützt, ständigen Kontakt mit der Partei hält und bei der Durchführung seiner Maßnahmen vor allem die Ansichten der Gesamtpartei mit zugrunde zu legen versucht.

Auch dürfen Genossen, die nun einmal in einer arbeitsreichen Position stehen, nicht glauben, daß sie damit von jeglicher Parteiorganisationsarbeit entbunden wären. Die gesunde und breite Organisation unserer Partei, die tüchtige Kleinarbeit und Aufklärungstätigkeit sind uns so wichtig, daß wir auf die praktische Mitarbeit eines jeden dieser Genossen unbedingt rechnen müssen können. Die Jungsozialisten, über die gesprochen wurde, werden erst dann zu einer breiten Bewegung werden, wenn die Mehrheit unserer älteren Parteifunktionäre begriffen hat, daß sie ihre Söhne und Töchter zuhause gelstig so zu erziehen haben, daß diesen jungen Menschen die Zugehörigkeit zu unserer Jugendbewegung und den Jungsozialisten zu einer inneren Selbstverständlichkeit wird. (Beifall.)

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich appelliere daher an einen fort-schrittlicheren Geist in Fragen der Parteiorganisation und Parteidisziplin, und ich appelliere an Sie alle, in der Frage der Erfassung der Jugend innerhalb Ihrer eigenen Familie ein Vorbild zu schaffen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Als letzter Diskussionsredner hat das Wort der Genosse *Nießwandt*, Essen.

Wilhelm Nießwandt, Essen: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Im Telegrammstil möchte ich ganz einfach, aber doch präzise zu dem Stellung nehmen, was die Genossen *Ollenhauer* und *Nau* als Ergänzung zu dem Bericht des Vorstandes uns mitgeteilt haben. Wir sind mit dem Ergebnis der Arbeit, sagt der Genosse *Ollenhauer*, nicht zufrieden. Auch ich bin mit diesem Ergebnis nicht zufrieden und möchte nur ein paar Punkte zur Überlegung und Betrachtung anschnitten, und zwar die Fachausschüsse der Partei.

Nehmen wir einmal den kommunalpolitischen Ausschuß, so stellen wir fest, daß es leider noch nicht gelungen ist, auf diesem so eminent wichtigen Gebiet zu einer ganz klaren Marschroute zu kommen, die die Gesamtpartei zu bilden und fortzusetzen hat. Was sich hier zeigt, die Zwiespältigkeit zwischen den Beamten und Kommunalvertretern der Partei, muß unter allen Umständen unterbunden werden. Es darf nicht vorkommen, daß beamtete Genossen in einer Richtung marschieren, die letzten Endes durch die Exponenten der CDU vertreten wird. Ich wehre mich dagegen, daß, wenn schon diese Zweiteilung existiert, dann dazu noch das Primat der kommunalen Körperschaft gehört, die sich die Vertretung des Volkes nennt.

Weiter vermisste ich beim Fachausschuß für Kulturpolitik die absolute Rührung, die wir nun endlich einmal einschlagen müssen. Ich möchte auch besonders daran erinnern, daß hier zwei Probleme absolut nicht geklärt worden sind, einmal die Schule als solche, darüber hinaus aber auch das Gebiet der Fachschulen, das von der Gegenseite mit allen Mitteln in Angriff genommen wird. Die Partei muß sich entscheiden, ob sie die Fachschulen auch den andern Kräften — ich meine vornehmlich die Kräfte der CDU — und ihren Hintermännern ausliefern will. Die Partei muß darauf Bedacht nehmen, daß auch der Nachwuchs für die deutsche Wirtschaft von Dingen beeinflusst wird, die letzten Endes ein Positivum und nicht ein Negativum bedeuten.

Nur ein Wort zur Betriebsarbeit. Der Erfolg unserer Betriebsarbeit wird abhängen von dem Selbstbewußtsein unserer Funktionäre, die wir in dem Betrieb haben. Darauf ist und muß unsere ganze Bildung und Schulung abgestellt werden.

Eine weitere Mahnung an den Vorstand: Wenn wir die Ergebnisse der vergangenen Arbeit nicht als befriedigend ansehen, dann gebe ich zu bedenken, daß dies auch an der Gruppierung der Organisation liegt, und ich empfehle ganz entschieden, die Einteilung und Regelung innerhalb der Organisation einer Überprüfung zu unterziehen. Denn wenn ich das sage, habe ich jedenfalls auch einen Grund, und ich will letzten Endes nachweisen, welche Möglichkeiten gegeben sind, wenn mit dieser Intensität an die Arbeit gegangen wird und der Schwerpunkt als solcher erkannt und auch herausgearbeitet wird.

Darf ich einmal auf dem Parteitag erklären, daß zum Beispiel diese Stadt Essen, die vor 1932 eine Metropole des Zentrums war, wo die Partei ganze 2000 Mitglieder zählte, heute einfach von uns erobert worden ist, indem von sieben Abgeordneten fünf Genossen in den Landtag eingezogen sind. Ich meine damit, daß auch in diesem schwärzesten Ort eine Arbeit möglich ist, die den Erfolg garantiert, wenn man nur will.

Weiterhin eine andere Frage, weil meine Zeit sehr kurz ist: die Frage der Presse, da auch Essen in dem Bericht des Genossen *Nau* genannt wurde. In Verbindung mit der „Konzentration“ möchte ich hier erklären: Partei und Presse gehören zusammen. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß es im Augenblick vielleicht ganz besonders notwendig ist, daß sie getrennt marschieren, und zwar aus einem ganz bestimmten Grunde. Mag die Partei als solche bereits in etwas fundamementiert sein, unsere Presse war es unter keinen Umständen, und sie soll sich den Resonanzboden erobern, der letzten Endes erforderlich ist, um alle Angriffe, die gestartet werden, abzubiegen. Ich denke ganz besonders daran, daß die Militärregierung in Verbindung mit Ratgebern, die immer wieder auf der rechten Seite stehen, alles daran gesetzt hat, die sogenannte überparteiliche Presse in die Wege

zu leisten. Das muß mit allen Mitteln verhindert werden. Denn davon hängt nämlich noch etwas anderes ab: das Wiederaufleben der ehemaligen Generalanzeiger. Ich bin der Auffassung, sollte es einmal dazu kommen, so muß die Parteipresse instande sein, den Vorsprung, den sie einmal gewonnen hat, auszuwerten und diesen unberechenbaren Blättern jegliche Resonanz zu nehmen. Darum stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Schaffung einer „Konzentration“ unbedingt als verfrüht angesehen werden muß, weil damit Erinnerungen verbunden sind, die wir nicht gern in unser Gedächtnis zurückrufen wollen. Mehr möchte ich im Augenblick nicht dazu sagen, sondern möchte nur noch hinzufügen: Wenn es uns gelingt, auch die Presse auf die Sprache auszurichten, die allen verständlich erscheint, und wenn wir die ersten von mir aufgeführten Grundsätze mehr beachten, dann werden Organisation und Presse imstande sein, breiteste Schichten des Volkes zu erobern und unsere Machtposition im Reich zu sichern.

Stellvertretender Vorsitzender *Loßmann*: Das Schlußwort für sämtliche Berichterstatter hat der Genosse *Ollenhauer*.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Zunächst einige Bemerkungen zu den zu diesen Punkten der Tagesordnung vorliegenden Anträgen. Wir haben die Anträge 6 und 7, Unterbezirk Celle und Kreisverein Münster-Land. In beiden Anträgen wird völlige Neuwahl der Gemeinde- und Kreisparlamente in der britischen Zone gewünscht. Ich möchte dazu mitteilen, daß die sozialdemokratischen Fraktionen in den Landtagen der britischen Zone bei der Aufnahme der Tätigkeit der neugewählten Landtage Anträge einbringen werden, in den Ländern der britischen Zone eine neue Gemeindeordnung und ein neues Gemeindevahlrecht zu schaffen und nach der Verabschiedung dieser Gesetze in allen Ländern der britischen Zone völlige Neuwahlen der Kreis- und Kommunalparlamente durchzuführen. Diese Aktion wird in einzelnen Länderparlamenten in den nächsten Wochen starten, und wir empfehlen mit Rücksicht auf diesen Beschluß des Parteivorstandes, die beiden Anträge 6 und 7 mit dieser Erklärung des Parteivorstandes als erledigt zu betrachten.

Der Antrag 8 ist bereits angenommen.

Antrag 9 deckt sich mit meinen Ausführungen über die Notwendigkeit der Heranziehung von jungen Parteigenossen zu aktiven Funktionen in der Partei. Der Parteivorstand empfiehlt deshalb die Annahme des Antrags.

Der Antrag 10, der die Schaffung von Parteschulen fordert, entspricht unseren eigenen Vorstellungen. Ich habe in meinem Bericht dargestellt, daß wir selbst bemüht sind, solche Parteschulen in möglichst kurzer Frist zu schaffen. Wir empfehlen deshalb, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Die Anträge 11 und 12, die sich mit Fragen der Presse beschäftigen, empfehlen wir ebenfalls dem Parteivorstand zu überweisen.

Außerdem bitten wir, den Antrag 49 des Parteivorstandes und des Partelausschusses, der in der Vorlage Nr. 8 abgedruckt ist, anzunehmen.

Nun möchte ich einige Bemerkungen zu der Diskussion über die Berichte des Parteivorstandes über die geleistete Arbeit machen. Ich darf wohl zunächst feststellen, daß die Diskussion gezeigt hat, daß der Parteitag die vom Parteivorstand und seinen Einrichtungen im vergangenen Jahr geleistete Arbeit im allgemeinen anerkannt hat. Es ist keine ernsthafte Kritik an unserer Arbeit geübt worden, und wir freuen uns, daraus schließen zu können, daß wir in unserer Arbeit in Übereinstimmung mit dem Willen und den Vorstellungen der Parteimitgliedschaft gestanden haben.

Der Genosse *Nießwandt* hat einige Bemerkungen über die Entwicklung auf dem Gebiete des Pressewesens gemacht. Ich kann mich darauf beschränken, an die Ausführung des Genossen *Heine* zu erinnern, der die Auffassung des Parteivorstandes hinsichtlich unserer Stellung zu der sogenannten überparteilichen Presse hier klar dargestellt hat. Zwischen dem, was der Genosse *Nießwandt* gesagt hat, und unseren eigenen Vorstellungen gibt es keine Meinungsverschiedenheit.

Wir werden in unserer praktischen Arbeit versuchen, diese unsere Vorstellungen, die die Auffassung der Gesamtpartei darstellen, durchzusetzen.

Ich will nicht auf alle Einzelheiten der Diskussion eingehen. Ich möchte mich in meinem Schlußwort auf zwei Punkte beschränken, die in der Diskussion eindeutig vorgeherrscht haben. Der erste Punkt ist die Frage einer besseren Entwicklung und Intensivierung unserer Arbeit in den Betrieben. Einige der Diskussionsredner haben die Forderung nach einer verstärkten sozialdemokratischen Betriebsarbeit verbunden mit kritischen Bemerkungen über die Gewerkschaftsbewegung. Das veranlaßt mich, hier vor dem Parteitag und, wie ich überzeugt bin, als Auffassung der Gesamtpartei festzustellen, daß die Sozialdemokratische Partei selbstverständlich nach wie vor und wie immer in ihrer Geschichte positiv zur Gewerkschaftsbewegung steht (Beifall), daß es unsere Auffassung ist, daß die Entwicklung und die Ausgestaltung einer starken Gewerkschaftsbewegung, einer aktiven Gewerkschaftspolitik für den Bestand und den Aufbau der deutschen Demokratie und für die Entwicklung eines sozialistischen Gemeinwesens eine Lebensnotwendigkeit ist. Es ist die Pflicht jedes Sozialdemokraten, Gewerkschaftsmitglied zu sein, aktiv in der Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten und für das Anwachsen und für die verstärkte Aktivität der Gewerkschaft tätig zu sein. Wir sehen auch heute in der Gewerkschaftsbewegung die zweite große Säule der deutschen Arbeiterbewegung, von deren Stärke und Einfluß unendlich viel für die Durchsetzung unserer sozialistischen Vorstellungen abhängt.

Genossen! Wir verstehen die neue Situation, die für die Gewerkschaften durch die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft entstanden ist. Wir bejahen den Gedanken und den Versuch, eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation aller Arbeitenden in Deutschland aufzubauen. Wir akzeptieren die sich daraus ergebende Verpflichtung der Gewerkschaft, in parteipolitischen Fragen neutral zu sein. Wir sind überzeugt, daß es auch die ehrliche Überzeugung der Gewerkschaftler ist, daß auf der anderen Seite eine fruchtbare Gewerkschaftspolitik nur möglich ist, wenn sie aufgebaut ist auf den Grundgedanken unserer Vorstellungen für eine sozialistische Gemeinwirtschaft. Es kommt darauf an, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, die als einzige auf dem Boden einer sozialistischen Entwicklung steht, von ihren verschiedenen Standpunkten und Aufgaben aus sich in dem Punkt zu gemeinsamer Arbeit treffen, um die sozialistischen Vorstellungen vor allen Dingen auf dem Gebiet der Wirtschaft durch politische und gewerkschaftliche Arbeit in die Wirklichkeit umzusetzen.

Aber, Genossen und Genossinnen, auf der anderen Seite ist es ebenso klar, daß die Sozialdemokratische Partei nicht darauf verzichten kann, für ihre sozialdemokratischen Ideen in den Betrieben zu werben und diese sozialdemokratischen Ideen in den Betrieben zu verwirklichen. Man kann nicht unter der Fiktion leben, daß die Betriebe sozusagen ein politisches Vakuum sind, in denen parteipolitische Fragen nicht diskutiert und parteipolitische Meinungen nicht geformt werden. Die notwendige Neutralität der Gewerkschaft in ihrer Arbeit kann nicht die Konsequenz haben, daß wir nun in den Betrieben als Sozialdemokraten unseren politischen Gegnern das Feld überlassen. Es ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht, durch die Bildung von aktiven sozialdemokratischen Betriebsgruppen unsere sozialdemokratischen Genossen in den Betrieben zusammenzufassen und durch sie für die Auffassungen der Sozialdemokratie unter den Belegschaften der Betriebe zu werben.

Ich habe in meinem Bericht als Auffassung des Parteivorstandes vertreten, daß wir zu einer größeren Aktivität und zu einer größeren Planmäßigkeit auf diesem Gebiet kommen müssen. Ich habe davon gesprochen, daß wir als Parteivorstand in dieser Frage mit unseren eigenen Leistungen unzufrieden sind, und ich glaube, die Selbstkritik, die darin zum Ausdruck kommt, berechtigt mich aber auch zu der Feststellung, daß manches in dieser Beziehung schon besser wäre, wenn unsere vielfachen Anregungen in den Bezirken mit größerem Nachdruck schon früher in die Wirklichkeit überführt worden wären. Es sind nicht nur Mängel und Lücken oben, es gibt auch Mängel und Lücken und Nachlässigkeiten auf dem Gebiete der Aktivierung unserer Betriebsarbeit in den Bezirken. Wir werden den Genossen und

Genossinnen an diesen Stellen der Partei helfen, indem wir ein zentrales Betriebssekretariat einrichten mit dem Ziele, aus den Erfahrungen, die draußen gewonnen werden, und aus allen zentralen Notwendigkeiten unserer Arbeit eine Reihe von Richtlinien zu entwickeln, die unserer Arbeit auf diesem Gebiete eine einheitliche Grundlage geben.

Das kann keine Arbeit vom grünen Tisch aus sein, weniger als auf irgendeinem anderen Gebiete. Wir werden deshalb im Zusammenhang mit der Schaffung einer solchen zentralen Stelle beim Parteivorstand auch eine Kommission von Genossen und Genossinnen wählen, die draußen im Lande in der aktiven Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit stehen, damit die Summe der Erfahrungen, die wir gewinnen können, auch zentral ausgenutzt und allen Teilen der Partei auch zugeleitet werden kann.

Ich möchte zum Abschluß dieser Bemerkungen unterstreichen, daß der Parteivorstand in dieser Frage absolut positive Vorstellungen hat, daß wir aber wünschen, daß wir auf diesem Gebiete eine noch stärkere Mitarbeit von den Genossen und Genossinnen bekommen, die jetzt schon draußen in dieser praktischen Betriebsarbeit stehen.

Nun, Genossen, noch einige Bemerkungen zu dem zweiten Hauptthema der Diskussion, nämlich zu dem Verhältnis zwischen Partei und Jugend. Der Genosse *Bergmann*, Hessen, hat meine Ausführungen über die Jungsozialisten so verstanden, als ob ich die Vorstellung habe, daß unsere jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften Diskutierklubs werden sollen oder Gruppen von jungen Menschen, die ihre Energien verbrauchen in theoretischen Auseinandersetzungen. Ich glaube, daß keine Bemerkung meiner Ausführungen zu diesem Teil Anlaß zu dieser Auslegung gegeben hat. Sie entsprechen nicht meiner persönlichen Auffassung und, was viel wichtiger ist, sie entsprechen nicht den Vorstellungen der Genossen und Genossinnen, die heute aktiv in der jungsozialistischen Arbeit stehen.

Ich habe glücklicherweise an den meisten Tagungen unseres Arbeitsausschusses der Jungsozialisten teilgenommen, und ich muß sagen, das Erfreulichste an diesen Beratungen war, daß es unter den Trägern dieser Arbeit nicht die geringste Meinungsverschiedenheit darüber gab, daß die Jungsozialistengruppen von heute in erster Linie das Ziel haben müssen, diese Jungsozialistengruppen zu Aktivgruppen der Gesamtpartei heranzubilden. Ich glaube, daß die Einstellung der führenden jungsozialistischen Vertreter von heute uns die Gewähr dafür gibt, daß durch diese Arbeit unsere jungen Genossen und Genossinnen nicht auf das Gebiet abseitiger theoretischer Diskussionen geführt werden, sondern daß sie hineingeführt werden in all die praktischen Aufgaben, die die Partei zu erfüllen hat. Ich möchte aber hinzufügen, daß man auf der anderen Seite diesen jungen Genossen auch die Möglichkeit geben muß, den positiven Willen, den sie haben, in der Parteiorganisation durchzusetzen und sie an den Funktionen in der Partei zu beteiligen, und zwar auf jeder Stufe unseres organisatorischen Aufbaues.

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen. Es ist selbstverständlich, Genossen und Genossinnen, daß die Frage Jugend und Partei heute weniger als je als ein organisatorisches und technisches Problem gesehen werden darf. Es ist ein eminent politisches und ein eminent psychologisches Problem. Die Partei muß immer wieder den Inhalt und die Richtung ihrer gesamten Arbeit dahingehend prüfen, ob wir mit unseren Vorstellungen, unseren Methoden und unseren Zielsetzungen auch den Weg zu den Herzen und Hirnen der jungen Menschen von heute finden. Nur in dem Maße, in dem es uns gelingt — ich erinnere an die Bemerkungen des Genossen *Dr. Schumacher* in seinem Schlußwort —, nicht nur durch organisatorische Mittel, sondern auch durch die politische Anziehungskraft, die die Sozialdemokratie ausübt, an die junge Generation heranzukommen, können wir die Zukunft unserer eigenen Bewegung in der nächsten Generation dauernd und sicher verankern. Das Problem ist bei weitem noch nicht gelöst, und wir werden sehr ernst und sehr oft an allen Stellen uns mit dieser Frage auseinandersetzen müssen.

Weil das so ist, möchte ich noch eine Bemerkung hinzufügen. Genossen und Genossinnen! Einer unserer jungen Genossen hat hier gesagt, die Jugend ist

revolutionär und sozialistisch. Ich will mit ihm über dieses Wort nicht debattieren. Aber ich möchte eins sagen: Ich glaube, wir werden das richtige Verhältnis zur jungen Generation von heute nicht finden, wenn wir uns unsere Vorstellungen über die Jugend von heute allzusehr vereinfachen. (Zustimmung.) All die Diskussionen über das deutsche Volk seit 1945, auch von Ausländern, die die Deutschen studiert haben, waren im wesentlichen immer wieder konzentriert auf die geistige und psychologische Verfassung der deutschen Jugend. Wir haben allzuoft beobachtet, daß man sehr leicht geneigt ist, bei der Beurteilung der deutschen Jugend im ganzen in das eine oder in das andere Extrem zu fallen. (Sehr richtig!) Es ist ein Unfug zu sagen, daß die deutsche Jugend von heute ein hoffnungsloser Fall sei und daß es keinen Zweck habe, sich um sie zu bemühen, denn sie sei durch 12 Jahre totalitärer Erziehung für immer für die Ideen der Demokratie und der Freiheit verloren. Diesen Unfug sollten wir nicht mitmachen, weil wir selbst dann in eine völlig falsche Position kommen. Das andere Extrem ist, daß man über alles, was mit der deutschen Jugend geschehen ist und was die jungen Menschen in der Zeit der Hitler-Diktatur aktiv mitgemacht haben, den Mantel einer sentimentalischen Verzehrung deckt und sagt: alles ist gut.

Die einzig mögliche und dauerhafte Basis für eine Diskussion über das Problem zwischen Partei und Jugend wird sein, daß wir uns bemühen, die junge Generation von heute ernst zu nehmen, daß wir sie weder vorachtern noch verurteilen, noch bemitleiden, sondern sie ernst nehmen. Wir müssen ihr durch eine sachlich klare, unemagogische Argumentation klarmachen, daß wir als Sozialdemokratie in Wirklichkeit die Partei der Jugend sind, weil wir den jungen Menschen die Chance geben wollen, in einer geordneten Wirtschaft ihre geistigen und kulturellen Fähigkeiten voll zu entfalten. Sie müssen die Überzeugung gewinnen, daß wir ihnen einen Platz geben wollen in der Gesellschaft, auf dem sie unter Entwicklung all ihrer Fähigkeiten sich entfalten können. Was der junge Mensch von heute morgen in der Gesellschaft sein wird, das hängt nicht nur davon ab, was ihm an Möglichkeiten zugeschoben wird oder was ihm an Fähigkeiten und Idealismus angedichtet wird, sondern das hängt von seiner eigenen persönlichen Leistung ab. (Zustimmung.) Wenn wir nicht so zur Jugend sprechen, werden wir aus ihr nie die Menschen heranbilden können, die aus eigener Verantwortung, aus dem Bewußtsein einer Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber, aus tiefer innerer Überzeugung Demokraten werden, Menschen, die wissen, daß die Demokratie den Menschen nicht nur Rechte gibt, sondern ihnen auch Verpflichtungen für die Gemeinschaft auferlegt. Diesen demokratischen und sozialen Geist in der Jugend zu entwickeln, dafür ist die Sozialdemokratie aus ihrer grundsätzlichen Einstellung heraus die gegebene Stätte. Nutzen wir die Möglichkeit, indem wir in dieser Weise auf der Ebene echter Kameradschaft und gegenseitiger Achtung die junge Generation an die praktischen Aufgaben der politischen und sozialen Umgestaltung Deutschlands in der Richtung des Sozialismus heranzuführen. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender **Julius Loßmann**, Nürnberg: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Genosse **Schönfelder** hat im Auftrage der Kontrollkommission beantragt, daß dem Kassierer, dem Genossen **Alfred Nau**, Entlastung erteilt wird (Zuruf: Und dem Geschäftsführenden Vorstand) und in Ergänzung damit dem gesamten Geschäftsführenden Vorstand Entlastung erteilt wird, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke, die Gegenprobe! — Ich konstatiere einstimmige Annahme.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die anderen Anträge.

Genosse **Ollenhauer** hat beantragt, die Anträge 6 und 7 durch seine Erklärung als erledigt zu betrachten. Ist eine andere Auffassung vorhanden? — Das ist nicht der Fall. Es wird also so entschieden.

Antrag 9 wird zur Annahme empfohlen. — Der Parteitag ist damit einverstanden,

Zu den Anträgen 10, 11 und 12 hat Genosse Ollenhauer beantragt, sie dem Parteivorstand zu überweisen. Ist eine gegenteilige Auffassung vorhanden? — Es ist dem Antrage entsprochen.

Antrag 13 soll später beraten werden. Zum Antrag 14 wird von dem Genossen Nau eine kleine Änderung beantragt. Nach diesem Antrag müßte das Organisationsstatut wie folgt geändert werden:

Der Bedarf des Parteivorstandes wird von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder verkauften Marke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.

Hier beantragte Genosse Nau, daß hinter „jeder verkauften Marke“ eingefügt wird „eingenommen Eintrittsmarken“. Das hat den Sinn, daß in Zukunft den Bezirksverbänden bzw. den Ortsvereinen das gesamte Eintrittsgeld belassen wird. Wer mit diesem Antrag des Genossen Nau, dem sich auch der Parteivorstand und der Parteausschuß angeschlossen haben, einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke, die Gegenprobe! — Ich konstatiere ebenfalls einstimmige Annahme.

Antrag 15 wird von dem Genossen Ollenhauer beantragt abzulehnen. Ist eine gegenteilige Auffassung vorhanden? Wer mit der Ablehnung einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke, die Gegenprobe! — Der Antrag ist abgelehnt.

Dann kommt noch zur Abstimmung der Antrag 49 von der Vorlage Nr. 8. Ist es notwendig, den Antrag noch einmal zu verlesen? — Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Antrag des Parteivorstandes und des Parteausschusses. (Statutenänderung.)

Der § 22 des Organisationsstatutes wird wie folgt geändert: Nach dem Satz: „Sind im Bezirk mehr als 5000 weibliche Mitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen“, wird eingefügt:

„Bezirke, die die Zahl von 5000 weiblichen Mitgliedern nicht erreichen, können ebenfalls ein weibliches Mitglied in den Parteausschuß wählen, wenn der Anteil der weiblichen Mitglieder den Reichsdurchschnitt erreicht oder überschreitet. Für die Feststellung dieses Anspruches werden jeweils die Mitgliederzahlen am Schluß des letzten Geschäftsjahres zugrunde gelegt.“

Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

— Ich danke, die Gegenprobe! — Gegen einige Stimmen angenommen.

Damit, Genossen und Genossinnen, sind die Anträge zu Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich habe Ihnen nun zunächst folgendes Begrüßungstelegramm zur Kenntnis zu bringen:

In stolzer Erinnerung an bedeutsame Entscheidungen früherer Parteitage, die zum Aufstieg des Volkes führten, wünscht Euren Arbeiten für ein demokratisch-sozialistisches Deutschland besten Erfolg
Awein Brandes.

(Beifall.) Das ist der frühere Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Ich habe dem Parteitag weiter davon Kenntnis zu geben, daß zu unserer Freude nunmehr auch die Delegation aus Italien eingetroffen ist. (Lebhafter Beifall.) Es sind eingetroffen die Genossen Alberto Simonini, Zagari und Carlo De Gregorio. Der Genosse Simonini wird nunmehr an den Parteitag eine Ansprache halten.

Simonini, Italien (mit Beifall empfangen), begrüßt den Parteitag in italienischer Sprache.

Dolmetscher: Der Genosse Simonini hat eben den Gruß der italienischen sozialistischen Partei, der italienischen Arbeiter, der deutschen Sozialdemokratischen Partei überbracht. Er grüßte alle Anwesenden auf das herzlichste, und er sagte,

daß nach der schmerzlichen Trennung, die augenblicklich zu zwei sozialistischen Parteien in Italien geführt hat, vielleicht mit großer Arbeit die Zeit kommen wird, wo in Italien eine Sozialistische Partei entstehen wird.

Wir haben als italienische Sozialisten in Zürich als erste die Notwendigkeit empfunden, auf dem internationalen sozialistischen Kongreß unser entscheidendes Wort für Deutschland abzugeben. Was in Zürich passiert ist, das ist wirklich sehr traurig. Es hat in Zürich einige Sozialisten gegeben, die den Völkern die Verantwortung, die nur einzelne Menschen haben, zuteilen wollten, ich spreche von der Kriegsverantwortung. In Zürich sind einige Sozialisten der Meinung gewesen, daß die Kriegsverantwortung den Völkern auferlegt werden müßte, was ganz falsch ist. (Beifall.) Man kann den Völkern diese Verantwortung sicher nicht zuweisen. Das, was in Zürich passiert ist, wird mit der Zeit in objektiver Weise von allen verurteilt werden.

Auf jeden Fall darf es aber niemals mehr eine Diktatur geben. Die Pläne, die Prinzipien, der Geist des Sozialismus müssen allmählich durch die sozialistische Internationale in alle Welt eindringen. (Beifall.)

Wir überbringen auch die Grüße der Genossin *Angelika Balabanoff*. (Beifall.) Die Genossin *Balabanoff* hat uns gebeten, ihre Grüße zu übermitteln, da sie leider nicht hier anwesend sein kann. (Erneuter Beifall.) Immer wollen wir die sozialistische Fahne hochhalten für die Einigkeit der sozialistisch denkenden Völker. (Beifall.)

Vorsitzender *Loßmann*, Nürnberg: Wir danken dem italienischen Genossen für die Übermittlung der Grüße und Wünsche, und wir hoffen, daß die Genossen aus Italien, die zu uns gekommen sind, den Eindruck von hier fortnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratische Partei einig und festgefügt dasteht.

Wir kommen nunmehr zum 4. Punkt unserer Tagesordnung:

Der Aufbau der deutschen Republik.

Referent ist Genosse *Dr. Walter Menzel*.

Der Aufbau der deutschen Republik.

Dr. Walter Menzel, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen! Das Referat des Genossen *Dr. Schumacher* hat uns und hoffentlich einer breiteren Weltöffentlichkeit noch einmal klar vor Augen geführt, welche Bedeutung die deutsche Frage für die europäische Situation hat, und mit welchen Wünschen, Hoffnungen und Erwartungen wir der jetzigen Zusammenkunft in Paris und der Londoner Konferenz im November entgegengehen. Die Probleme der deutschen Zukunft sind vielseitiger Natur, und zu einem der wichtigsten gehört das Thema dieses Vortrages: „Der Aufbau der deutschen Republik.“ Die Katastrophe von 1945 hatte nicht nur den üblichen Regierungswechsel zur Folge. Sie brachte darüber hinaus die Abkehr weiter Schichten von den Ideen der Diktatur, ohne daß die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre die Möglichkeit geboten hätte, die dadurch entstandenen Lücken durch neue positive Ideen zu ersetzen und die Hoffnungen der Menschen auf neue Wege und Ziele zu erfüllen. Das politische Weltbild von Millionen Deutscher bedarf daher einer neuen Formung, und als größte deutsche Partei müssen wir die Verpflichtung und die Möglichkeiten erkennen, die sich heute auch auf diesem Gebiet für uns geradezu aufdrängen.

In der Erkenntnis dieser Verpflichtung und dieser Möglichkeiten hat der Parteivorstand bereits im September 1946 einen verfassungspolitischen Ausschuß mit der Ausarbeitung von Richtlinien für den Aufbau der deutschen Republik und seiner künftigen Verfassung betraut. Sie sind Ihnen als Drucksache zugegangen. Da wir in Zeitnot sind, will ich versuchen, sie Ihnen in 1 bis 1½ Stunden zu erläutern.

Bei der Abfassung dieser Richtlinien war uns klar, daß Staat und Verwaltung

in ihrem Aufbau und ihrer Gesetzmäßigkeit nur Spiegelbilder der jeweiligen sozialen und ökonomischen Kräfte sind, und daß Gesetze und Grundsätze, wenn sie Bestand haben sollen, dem allgemeinen Volkswillen entsprechen, mit den ökonomischen Tatsachen übereinstimmen und den politischen und sozialen Spannungen des Volkes Rechnung tragen müssen. Das ist eine Erkenntnis, die für uns Sozialisten an sich nichts Neues bedeutet, aus der wir aber gerade jetzt für den Neuaufbau der deutschen Republik, vor den wir so plötzlich gestellt sind, die richtigen Schlußfolgerungen ziehen müssen.

Seit Jahrhunderten hat die deutsche Geschichte ihre Prägung durch den Widerstreit partikulärer Kräfte und dem Sehnen nach einer staatlichen Einheit erhalten. Nur wenige große völkergeschichtliche Ereignisse haben vermocht, die zusammenschließenden Faktoren gegenüber den auseinanderdrängenden zu stärken. Die asiatische Flut der Völkerwanderung und — Jahrhunderte später — die Idee des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation waren solche Kräfte, die, geboren aus gemeinsamer Not und Gefahr oder aus einem gemeinsamen geistesgeschichtlichen Unterbewußtsein heraus, eine Zeitlang als Bindemittel wirkten.

Dabei trugen die Vorstellungen und die Kämpfe um das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zugleich den Keim des Zerfalles in sich. Die Gier nach der Kaiserkrone verwickelte das Abendland in unfruchtbare, über Jahrhunderte hinaus reichende Kämpfe der weltlichen Macht mit dem Papst, Schamlos genug und unter Mißachtung und völliger Verkennung der geschichtlichen Notwendigkeiten nutzten die deutschen Könige und Duodezfürsten die immer wiederkehrende Bedrängnis ihrer Kaiser aus, um die politische Vormachtstellung ihrer Dynastien und ihrer kleinen Länder auf Kosten einer Reichseinheit zu stärken. Während England in jenen Jahrhunderten sein Weltreich zimmerte, Frankreich seine nationale Geschlossenheit fand, Spanien und Portugal ihre Kolonialmacht gründeten, vergaß Deutschland im Kampf um die Form des heiligen Abendmahls seine politische Verpflichtung. So konnten die übrigen Länder des europäischen Kontinents — ungehindert von partikularen Strömungen und religiös-kirchlichen Auseinandersetzungen — zu einer staatlichen Einheit gelangen, während die rechtzeitige Entwicklung Deutschlands zu einer politischen Einheit an der Engstirnigkeit seiner Fürsten scheiterte.

1048 wird Frankfurt am Main das hundertjährige Fest der Paulskirche begehen. Aber in jenem Jahre wird sich auch zum 300sten Male der Abschluß des Dreißigjährigen Krieges durch den Westfälischen Frieden jähren, der die deutsche Zwietracht durch die Zuerkennung der Souveränität an die einzelnen Landesfürsten noch einmal bestätigte. Es bedurfte dann erst wiederum einer ausländischen Macht, um, von der Ideologie der großen französischen Revolution des Jahres 1789 herkommend, durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 eine teilweise Bereinigung der politischen Flurkarte Deutschlands zu ermöglichen.

Zunächst vermochte sich Deutschland den Auswirkungen dieser französischen Revolution zu entziehen. Erst 1848 drängte das Bürgertum zur Effektivierung seiner langsam entstandenen wirtschaftlichen und politischen Macht. Da es mit seinen Zielsetzungen jedoch auf halbem Wege stehen blieb, mußte ihm jede wirkliche Resonanz und Stoßkraft versagt bleiben. Die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts begann daher mit einer labilen Situation, die es für jedes neue politische Kräftezentrum reif machte, das in irgendeiner Ecke Deutschlands entstand. Als daher Preußen unter Führung Bismarcks in den politisch leeren Raum mit seinem Willen zur Gestaltung der deutschen Zukunft vorstieß, fand es leichtes Spiel. Daß die Zeit zu den damaligen Ereignissen, d. h. zur Bildung einer größeren staatlichen Zusammenfassung, reif war, wird mit am besten bewiesen durch die Tatsache, daß Europa dann mehr als 50 Jahre im Frieden leben konnte und zweifellos bei der Fortsetzung einer vernünftigen Politik Deutschlands auch noch weiter im Frieden hätte leben können. Die technische und ökonomische Entwicklung drängte mithin bereits damals zu größeren staatlichen Einheiten. Dieser Vergangenheit können wir nicht entgehen.

Insoweit stehen wir heute fast vor der gleichen Situation wie nach 1918.

Deutschland hat in seiner ereignisreichen Geschichte nie die Wohltat einer echten Revolution erlebt, einer Revolution, die sich nicht an der Zahl der Toten oder der Dauer der Barrikadenkämpfe mißt, sondern an der Gründlichkeit und der Tiefe einer wirklichen sozialen Umwälzung. Während die in jedem geschichtlichen Prozeß und bei jedem Volke zwangsläufig entstehenden sozialen Spannungen bei anderen Nationen ihren Ausweg auf der politischen Ebene einer innerstaatlichen Revolution fanden und sich zugleich zu dem Werkzeug eines echten politischen und kulturellen Fortschritts für jenes Volk entwickelten, wurden diese Spannungen in Deutschland durch die Reibungen der partikularen Kräfte mit ihrer dynastischen Betonung abgelenkt und verbraucht.

Zweifellos hat die junge Demokratie nach 1918 unter dem Mangel einer solchen echten Revolution, die ihr das politische Feld bereinigt hätte, gelitten, und ich fürchte, daß die 1945 zwangsläufig unterbliebene Revolution, die nach alter geschichtlicher Erfahrung an sich fällig gewesen wäre, kein Segen für das deutsche Volk gewesen ist. Die latente Labilität und unklare Position unserer heutigen politischen Lage zerstören letzten Endes mehr, als es in einer kurzfristigen Umwälzung geschehen kann. Wieder einmal drängen, wie nach 1918, die zunehmenden sozialen und politischen Spannungen zu einer Effektivierung der neuen Situation, und wieder einmal, wie nach 1918, steht eine junge europäische Demokratie vor der Aufgabe, erst mühselig Trümmerfelder beseitigen zu müssen, ehe sie an den eigentlichen Aufbau gehen kann, und wieder einmal ist eine junge Demokratie mit Hunger und Krisen belastet, die die leidende Bevölkerung und die Jugend verwirrt und unerschütterlich abseits stehenlassen.

Die verfassungs- und verwaltungspolitische Entwicklung, die nach der bedingungslosen Kapitulation von 1945 einsetzte und in allen Zonen eine sehr verschiedene Entwicklung nahm, gab zwar eine Fülle von Anregungen, erschwerte aber zugleich auch das Entstehen endgültiger einheitlicher Vorstellungen über unseren zukünftigen Staatsaufbau, einen Staatsaufbau, der das Schicksal von Generationen entscheidend beeinflussen wird. Das Zusammenwachsen aller deutschen Kräfte zu einer einheitlichen Überzeugung und zu einem gemeinsamen Ziel über den Aufbau unserer Republik wird durch die Aufteilung in sechs verschiedene Zonen entscheidend erschwert. Die Zonen haben sich nicht nur als Gebiete der verschiedenen militärischen Besatzungen entwickelt. Sie sind leider auch zur Grundlage unserer politischen und wirtschaftlichen Zerrissenheit geworden. Jede Besatzungsmacht hat seit der Kapitulation versucht, ihre Zone so aufzubauen, wie das Heimatland der Besatzungsmacht selbst aussieht.

Zweifellos ist es richtig, wenn die Siegermächte von uns verlangen, daß wir die Fülle der neuen Probleme auch mit neuen Lösungen meistern sollen. Aber diese neuen Lösungen sehe ich nicht darin, daß man uns phantasielos und schematisch fremde Staats- und Verfassungssysteme aufpropft, die unter völlig anderen Voraussetzungen entstanden sind. Auch hier gilt das Sprichwort: „Eines schickt sich nicht für alle.“ Hinzu kommt, daß bei Deutschland in einem ganz anderen Maße mit der politischen Umwelt seiner Nachbarn, und jetzt vor allem mit dem völlig anders gearteten Aufbau innerhalb jeder Zone, gerechnet werden muß und dies Probleme mit sich bringt, vor denen die Siegermächte in ihrer Heimat nie gestanden haben.

Ohne die Überwindung dieser Zonenaufteilung werden wir zu keiner Entwicklung kommen, die den labilen Verhältnissen der nächsten Jahrzehnte standhalten kann, und dabei sollten sich alle Beteiligten, insbesondere auch die Siegermächte, im klaren darüber sein, daß die von ihnen grundsätzlich anerkannte und von allen deutschen Parteien und Ländern immer wieder geforderte Wirtschaftseinheit ohne eine politisch-staatliche nicht denkbar ist.

Man hat von einem Teil der Siegermächte versucht, dieser Konsequenz auszuweichen durch den Hinweis, daß die Bildung zentraler Gewalten eine erneuerte Gefahr für Europa, insbesondere für unsere westlichen Nachbarn, entstehen lassen würde. Der Wunsch der Siegermächte, den Erdball vor neuen deutschen Aggressionen zu bewahren, ist nach den Erfahrungen der letzten 100 Jahre europäischer

Geschichte durchaus verständlich, und Millionen Deutsche hätten es begrüßt, wenn sich diese Erkenntnis in der übrigen Welt schon alsbald nach 1933 durchgesetzt hätte. Auch wir sind für eine völlige Abrüstung, nicht nur auf den Industriellen, sondern auch auf den Gebieten des geistigen und politischen Kriegspotentials. Aber es wäre falsch, diese Forderung nach Sicherheit mit der Frage des künftigen verfassungsmäßigen Aufbaus der deutschen Republik zu verknüpfen. In ihm liegt eine Umkehrung von Ursache und Wirkung der innerdeutschen Entwicklung vor 1933 und eine Verkennung des Verhältnisses zwischen Staatsform und Staatsgesinnung eines Volkes.

Die deutschen Expansionen der Jahre 1864 nach dem Norden, 1866 nach dem Süden, 1871 nach dem Westen gingen nicht von einem zentralistisch geführten, sondern von einem in eine Vielzahl souveräner Staaten aufgegliederten Deutschland aus. Es war die preußische Ideologie des Militarismus, die sich trotz der politischen Zersplitterung Deutschlands durchzusetzen vermochte. Niemand wird bestreiten können, daß in der deutschen Verfassung von 1871 bis 1918 das Schwergewicht der Machtverteilung bei den Ländern und nicht in Berlin lag, und trotzdem kam es zu dem ersten Weltkrieg.

Hitler und seine Trabanten, die Kräfte der deutschen Reaktion, sind nicht durch einen deutschen Zentralismus, sondern gerade deswegen zur Macht gelangt, weil sich die Reichsgewalt in Berlin gegen den Föderalismus einiger Länder nach 1918 nicht durchzusetzen vermochte. Als Hitler 1923 mit seinem Novemberputsch scheiterte, kam er nicht vor das Reichsgericht in Leipzig, das ihn neben der Freiheitsstrafe zur Reichsverweisung verurteilt hätte, sondern vor ein bayrisches Volksgericht, das sich mit einer bescheidenen Freiheitsstrafe begnügte, Hitler alsbald begnadigte, ihm aber noch vorher die Möglichkeit gegeben hatte, im Gefängnis sein Buch „Mein Kampf“ zu schreiben. An eine Ausweisung dachte niemand in Süddeutschland, und die dahingehenden Wünsche Berlins wurden geflissentlich übersehen. Es ist klar, daß die deutsche Reaktion diesen Fall „Hitler“ als Schulbeispiel ansah und Süddeutschland zum Aufmarschgebiet der Konterrevolution von 1933 machte.

Aber auch im übrigen wurde die verhängnisvolle Rolle Bayerns gegenüber jeder demokratischen Reichspolitik gestützt durch das Fehlen einer verfassungstreuen Parlamentsmehrheit im bayrischen Parlament selbst. Die Entwicklung führte zwangsläufig dazu, daß die Reichsregierung in vielen Fällen von vornherein auf politische Maßnahmen und Direktiven verzichten zu müssen glaubte, weil ihr die praktische Durchführung ihrer Ansichten nicht möglich erschien. Nur diesem unglücklichen Dualismus Reich — Länder ist auch zu verdanken, daß Hitler später in Thüringen zum Polizeibeamten ernannt werden konnte und damit die deutsche Staatsangehörigkeit erhielt, und daß durch die Wahlfälschung bei den Landtagswahlen in dem kleinsten deutschen Lande Lippe im Januar 1933 Hitler auch politisch in den Sattel gehoben wurde. Die politische Ohnmacht Berlins und nicht ein ungesunder Zentralismus haben somit das Vordringen des Nationalsozialismus begünstigt.

Zwei Jahre mußten vergehen, ehe sich die ersten ausländischen Stimmen meldeten, die nicht in der Schaffung einer neuen Reichsgewalt, sondern in einer Zersplitterung und Aufteilung des deutschen Reiches mit Recht eine politische Gefahr sehen. So bekennt sich die große englische Zeitung, die „Times“, in ihrem Leitartikel vom 11. April 1947 zu folgenden Sätzen:

Ob Deutschland einmal wieder imstande sein wird, den europäischen Frieden zu bedrohen oder nicht, ob es hierfür die nötigen Mittel besitzt und ob eine Wahrscheinlichkeit für eine solche Gefahr besteht, wird kaum in hohem Maße davon abhängig sein, wie Deutschland sich in nächster Zukunft politisch organisiert oder welche Art politischer Organisation man ihm aufdrückt. Die Gefahr wird, genau wie in der Vergangenheit, in der Zahl und im Potential der deutschen Bevölkerung sowie im Umfang seiner Hilfsquellen, nicht aber in seiner verfassungsmäßigen Form liegen.

Ähnliche Zitate ließen sich vermehren.

Aber auch die innerdeutschen föderalistischen Kräfte mögen sich darüber klar sein, daß es in der deutschen Geschichte immer die demokratischen, freiheitlich gesinnten Männer gewesen sind, die die Fahne der deutschen Einheit hochgehalten haben, während es die Reaktion war, die in einem ausgeprägten Föderalismus eine starke Stütze zu finden hoffte und auch leider immer gefunden hat.

Die alten Burschenschaften vor mehr als 100 Jahren, die Linke der Paulskirche, die liberale Mitte und die Sozialdemokratie der Reichstagsperiode nach 1918 waren die eigentlichen Vorkämpfer gegen die immer wiederkehrenden reaktionären Versuche, ein ohnmächtiges Reich zum Kostgänger machtvoller Länder zu machen. Diese reaktionären Kreise setzten so die Rolle jener Länderfürsten des frühen Mittelalters fort, die schon damals das Entstehen eines deutschen Reiches gehindert hatten. Das Paradoxe der gegenwärtigen deutschen Situation wird am klarsten sichtbar durch die Gegenüberstellung der „Kirchturmspolitik“ autark sein wollender Länder mit dem Ruf nach der deutschen Wirtschaftseinheit, durch die Gegenüberstellung der ihrem Wesen nach universalen Industrialisierung mit dem Versuch Demokratie nur kleinräumig zu praktizieren. Unsere Partei sollte übrigens bei Erörterung dieser Probleme auch nicht außer acht lassen, welche Möglichkeiten für die Durchsetzung ihrer Ideen eines Tages bestehen können, wenn in allen Zonen eine freie politische Betätigung erlaubt sein wird. Die Frage der europäischen Sicherheit hat also nichts mit der deutschen Staatsform zu tun. Deutschland wäre vielmehr bei einer Auflösung in mehrere selbständige Staaten nicht lebensfähig, und die Gefahren, es auf längst überlebte Zustände vor 1871 zurückzubringen, sollten nicht unterschätzt werden. Die Entwicklung zu größeren staatlichen Einheiten ist nicht nur eine deutsche oder europäische Erscheinung, sondern eine Tatsache, die in der allgemeinen Entwicklung zur Universalität und in der Natur der modernen Technik liegt und darum eine generelle Erscheinung des politischen und wirtschaftlichen Lebens aller Kontinente ist. Damit ist zugleich auch gesagt, daß wir jeden Separatismus — offen oder versteckt — schroff ablehnen und in keinem Lande einer Verfassung unsere Zustimmung geben könnten, die auch nur die Möglichkeit von Abspaltungen offenläßt. Hinzu kommt, daß die Jugend aller Länder großräumig und nicht provinziell denkt. Wenn wir sie mit der Idee des demokratischen Staates verbinden wollen, müssen wir diesem Denken gerecht werden und verhindern, daß sie noch einmal von politischen Hasardeuren mißbraucht wird und in ein nationalistisches Fahrwasser gerät. Ich habe dieser Frage der deutschen Einheit einen so großen Teil meiner Ausführungen gewidmet, weil hinter ihr die Bedeutung aller anderen Probleme zurücktritt. Unser Ringen um die Neugestaltung unserer Wirtschaft, unser Suchen nach einer besseren, sozialeren und gerechteren Verteilung des Grund und Bodens und des Wirtschaftsproduktes ist sinnlos, wenn Deutschland auseinanderfällt. Die Ohnmacht unserer Republik würde dem deutschen Restkapitalismus und dem Spätkapitalismus der anderen Länder neue Hoffnungen zur Konservierung ihres Systems geben und eine deutsche Wiedergeburt hoffnungslos werden lassen. Der Wegfall aller zentralen Gewalten durch die bedingungslose Kapitulation — vorweg vor allem die endgültige Zerschlagung Preußens und seiner Hegemonie — hatten zur Folge, daß alle Befugnisse legislativer und exekutiver Art auf die Besatzungsmächte übergingen. Diese bedienten sich zur praktischen Durchführung ihrer Maßnahmen in der britischen Zone zunächst der ehemaligen preußischen Provinzen, in der amerikanischen Zone der früheren Länder, während die Franzosen neue Gebilde schufen, und die russische Besatzungsmacht schließlich ebenfalls die preußischen Provinzen und Länder für den Aufbau zugrunde legte. Allsbald stellte sich heraus, daß eine Fülle von Problemen nicht mehr auf der Länderstufe geregelt werden konnte, sondern zu einer Zusammenfassung auf einer höheren Ebene drängte. Die schwierigen Fragen der Ernährung, die komplizierten Probleme der Wirtschaftlenkung, der Produktion und der Verteilung, der diffizile Mechanismus des Straßen- und Eisenbahnverkehrs bedurften, wenn ein endgültiger Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft vermieden werden sollte, einer Regelung, die über den Bereich

der einzelnen Länder hinausging. Aus diesem Bedürfnis und aus dieser Zwangslage heraus entstanden zunächst für die britische die zonalen und dann später gemeinsam für die amerikanische und britische Zone die bizonalen Zentralämter (z. B. für Ernährung, Finanzen, Verkehr und Post). Die volle Souveränität verblieb zwar bei den Besatzungsmächten, aber diese übertrugen einen Teil ihrer Zuständigkeiten auf diese zonalen und bizonalen Ämter. Sie stellten somit den ersten Ansatzpunkt künftiger reichszentraler Befugnisse dar, weil sie eben ihre Zuständigkeiten aus der teilweisen Übertragung der den Besatzungsmächten zustehenden früheren Reichsgewalten herleiteten.

Abgesehen von der Bildung solcher Organe, die über den Ländern liegen und deren Schaffung auf den Zwangsläufigkeiten des wirtschaftlichen und ernährungspolitischen Lebens beruhte, hatte sich die Militärregierung in der britischen Zone vom Anbeginn an bemüht, eine klare Abgrenzung zwischen den künftigen Ländergewalten und den späteren Reichsaufgaben zu ziehen. Diese Bemühungen haben Ende 1946 ihren Niederschlag in der VO 57 gefunden, die eine klare Aufteilung zwischen den künftigen Zentralgewalten und den Länderzuständigkeiten brachte. Wenn ich auf diese Verordnung besonders hinweise, so geschieht das nicht, um eine spezielle Frage einer einzelnen Besatzungszone zu entwickeln, sondern deshalb, weil die VO 57 — die leider viel zu wenig Beachtung gefunden hat — einen richtigen Ansatzpunkt für den Aufbau der deutschen Republik auf dem Gebiete der Zuständigkeitsverteilung enthält. Mit der Aufteilung der Aufgaben in der VO 57 und ihren Anhängen A—D ist der Versuch unternommen, schon jetzt in groben Umrissen abzuzichnen, was auch künftig Länderaufgabe bleiben wird und was künftig Reichsaufgabe sein soll. Danach sind primär die Länder auf allen Gebieten für die Gesetzgebung zuständig, es sei denn, daß es sich um die in den Anlagen A—D aufgeführten Materien handelt. Danach gibt es folgende vier Gruppen von Gesetzgebungszuständigkeiten:

1. Gebiete, die der gesetzgebenden Gewalt des Landes endgültig entzogen sind, z. B. auswärtige Angelegenheiten, Landesverteidigung usw., Staatsangehörigkeitsfragen, Währungsfragen, Eisenbahn und Schifffahrt, Außenhandel, Einkommensteuer, Strafrecht, Bürgerliches Recht usw.
2. Gebiete oder Angelegenheiten, bei denen z. Z. die Militärregierung infolge der Notlage die Gesetzgebungsbefugnis ausübt (u. a. Preisbildung und Preiskontrolle, Löhne, Arbeitslenkung, Flüchtlingswesen).
3. Angelegenheiten, die nur vorübergehend der Gesetzgebungskompetenz der Länder entzogen sind (Bodenreform, Industrienormung, Planung der Lebensmittelherzeugung usw.).
4. Gebiete der Grundsatzgesetzgebung durch die Militärregierung (künftig das Reich, kirchliche Angelegenheiten).

Wir sehen hier ein Anklagen der früheren Aufteilung in ausschließliche Gesetzgebung, in die konkurrierende und in die Grundsatzgesetzgebung, wie die Weimarer Verfassung sie kannte. Neben dieser Kompetenzverteilung bei der Gesetzgebung ist nach der VO 57 entscheidend, daß bei der Exekutive, d. h. bei der praktischen Durchführung der Gesetze, in erster Linie die Länder zuständig sind, und zwar auch für diejenigen Gebiete, die hinsichtlich der Gesetzgebung nicht den Ländern obliegen, also, um ein Beispiel zu geben, würde bei der Arbeitslenkung nicht die Gesetzgebung, wohl aber die praktische Durchführung Aufgabe der Länder sein. Das entspricht durchaus unseren Auffassungen für den künftigen Aufbau der deutschen Republik. Die VO 57 enthält also klar den von uns vertretenen Standpunkt, den ich bitte, sich einzuprägen: Zentrale Lenkung, aber dezentralisierte Verwaltung.

Demgegenüber sind in Süddeutschland die Länder Träger sämtlicher Zuständigkeiten einschließlich der früheren Reichsgewalten geworden. Ihre Kompetenzen sind also universaler und nähern sich stark den Rechten eines Staatenbundes, der der künftigen deutschen Republik kaum noch lebenswichtige Funktionen übrigläßt. Hier ist jetzt durch die Errichtung des Wirtschaftsrates insofern eine erhebliche sich den Verhältnissen in der britischen Zone angleichende Neuerung entstanden,

als die dem Wirtschaftsrat unterstehenden bizonalen Ämter für Wirtschaft, Ernährung, Finanzen und Verkehr bindende Weisungen für die Länder geben können. Kennzeichnend für die Verfassungslage der amerikanischen Besatzungszone ist auch, daß die Länder nach einer Verlautbarung des Länderrats die verfassungsmäßigen Grundlagen für ihre Existenz und ihre Zuständigkeiten nicht nur in geschriebenen Gesetzen des Kontrollrats und Verordnungen der amerikanischen Kontrollkommission sehen, sondern auch in einer Rede des Generals Clay, die er am 8. Januar 1947 vor dem Länderrat in Stuttgart gehalten hat und sogar in einem Stenogramm der Rede des Generals Clay vom 23. Februar 1947. Für unsere Vorstellungen über ein rechtsstaatliches Denken ist es immerhin ungewöhnlich, dergartig wichtige Grundfragen des staatlichen Lebens in dem Inhalt einer mündlichen Rede oder in einem Stenogramm zu sehen. Alle diese Fragen haben nicht nur einen rein theoretischen Charakter. Sie sind von höchster Aktualität bei dem vordringlichen Problem der bizonalen Zentralämter geworden.

Im Herbst 1946 verkündeten die westlichen Siegermächte die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone. Es sollte ein großes Ereignis sein, aber die Schaffung einer politischen Einheit wurde ausdrücklich abgelehnt. Hand in Hand mit dieser Verkündung erging die Garantieleistung für täglich 1550 Kalorien, die in wichtigen Gebieten Deutschlands nie ausgegeben worden sind. Aber man begriff doch, daß eine wirtschaftliche Einheit nicht möglich wäre, wenn nicht eine diese Einheit verkörpernde Klammer über beide Zonen geschaffen werden würde. So dehnte man den Bereich der in der britischen Zone bereits vorhandenen zonalen Ämter auf die amerikanische Zone aus, schaffte die bizonalen Ämter und gab ihnen die erforderlichen Exekutivrechte. Denn es war klar, daß beim Zusammenbringen der beiden Zonen die Schaffung eines gemeinsamen Lebensstandards nur möglich sein würde, wenn die für diese Zwecke notwendigen Planungen durch entsprechende Erfassungs- und Lenkungsmaßnahmen auch bei den Ländern notfalls durchgesetzt werden konnten. Leider dauerte diese Einsicht nicht lange. Moskau warf seine Schatten voraus, und so wurden Ende Februar dieses Jahres die bizonalen Ämter ihrer Anordnungsbefugnis entkleidet. Die Folgen stellten sich als bald ein. Einige Länder gerieten mit mehreren tausend Tonnen Lebensmitteln gegenüber anderen Ländern in Rückstand, und aus Verzweiflung und auch tatsächlich vorhandenem Hunger wurde die Arbeit an der Ruhr, wenn auch nur kurze Zeit, eingestellt, aber immerhin war es bald so weit, daß durch den Hunger mehr als eine halbe Million Tonnen Kohle ausliefen. Niemand war da, der die Länder zur Erfüllung der ihnen von dem bizonalen Zentralamt auferlegten Lieferungen anhalten konnte. Diesem Problem konnte und kann man nur gerecht werden, wenn man in den mehrzonalen Ämtern die Vorläufer künftiger Zentralgewalten sieht. Sie sollen die großräumige strukturelle Planung und Lenkung haben, dafür aber muß die Durchführung, d. h. die Verwaltung, bei den Ländern und Gemeinden, nicht aber bei eigenen nachgeordneten Dienststellen der Zentralämter liegen. Damit würden wir gleichzeitig alle Sonderverwaltungen vermeiden und einen einfachen und für jedermann übersichtbaren Verwaltungsaufbau von der letzten Gemeinde bis zur Spitze des Reiches ermöglichen. Daß unsere Auffassung über die notwendigen Exekutivbefugnisse der mehrzonalen Ämter richtig ist, beweist am besten die Tatsache, daß die amerikanische und britische Militärregierung diesen Ämtern inzwischen durch die Bildung des neuen Wirtschaftsrates auch die Exekutivbefugnisse gegenüber den Ländern gegeben hat. Gleichzeitig sind die bizonalen Ämter durch den Wirtschaftsrat endlich unter eine politisch-parlamentarische Kontrolle gestellt worden. Mit der Forderung der Sozialdemokratischen Partei, daß die Gesetzgebung auf den wichtigsten Gebieten grundsätzlich durch eine über den Ländern liegende Zentrale zu erfolgen habe, und daß auch die Lenkung und strukturelle Planung auf den meisten Gebieten, insbesondere der Wirtschaft, der Ernährung, der Justiz, der Finanzen usw., bei dieser über den Ländern stehenden Zentralgewalt liegen soll, ist nicht ein Einheitsstaat oder ein Zentralismus hitlerischer Prägung gemeint, denn wir halten an dem Grundsatz einer starken Dezentralisierung fest. Wir sind vielmehr für ein starkes Eigenleben der Länder auf den ihnen überlassenen Gebieten,

Insbesondere des kulturellen und sozialen Lebens. Die Länder stellen den Raum dar, den der Staatsbürger durch seine lebendige Mitarbeit so gestalten kann, wie es seinen Wünschen und seinen Stammeseigentümlichkeiten entspricht. Am treffendsten erscheint mir die Formulierung, die Dr. Schumacher bei seinem Aufenthalt in der Schweiz gegeben hat: „So föderativ wie möglich, so zentral wie nötig“. Bei dem Streit um Zentralismus oder Föderalismus wird meines Erachtens immer wieder der entscheidende Unterschied zwischen dem Zentralismus der Gesetzgebung und dem Zentralismus der Exekutive, wie ihn vor allem Hitler aufgebaut hat, übersehen. Gegen einen Zentralismus der Verwaltung, d. h. des Grundsatzes, daß die kleinste Verwaltungsangelegenheit in einer Zentrale für das gesamte Reich zu entscheiden ist oder entschieden werden kann, muß man sich sicherlich mit aller Entschiedenheit wehren. Aus diesem Grund wird man darauf zu achten haben, daß die Zentralämter keine „Wasserköpfe“ werden und daß sie vor allem keinen eigenen Unterbau haben, sondern sich der Länder als Mittelinstanzen bedienen. Eine ganz andere Frage ist aber die zentrale Planung, Lenkung und Gesetzgebung, und ich glaube, wir reden viel aneinander vorbei, weil dieser Unterschied nicht immer klar durchdacht wird. Zwei Beispiele: Bei der Wirtschaft gibt es wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit: sie muß zentral gelenkt werden; und bei den kulturellen Angelegenheiten gibt es wohl auch keine Meinungsverschiedenheit: sie sollen ländermäßig geregelt werden. Unsere Auffassung wird vielleicht am besten gekennzeichnet durch die Ausführungen von Hugo Preuß zu seinem damaligen Entwurf der Weimarer Verfassung:

„Dem deutschen Volkscharakter wohnt unzweifelhaft eine starke Abneigung inne gegen eine unbeschränkte Zentralisierung allen öffentlichen Lebens und gegen eine mechanische Leitung aller Verwaltung von einem einzigen Mittelpunkt aus. Mit Züchtigkeit hängt das deutsche Volk an der Eigenart seiner Landschaften und Stämme, an der Pflege ihrer kulturellen Mannigfaltigkeit, und es schätzt nach ihrem vollen Werte die autonome Selbstverwaltung engerer und weiterer kommunaler und landwirtschaftlicher Verbände. Dem neuen deutschen Volksstaat kann nichts ferner liegen, als sich diesem Zuge des Volksgelstes zu widersetzen; vielmehr wird er in diesem Eigenleben seiner Glieder die starken Wurzeln seiner Kraft finden. Ein solches Eigenleben steht nicht im Widerspruch mit der notwendigen und unentbehrlichen Staatseinheit in allen für das Gemeinleben des gesamten deutschen Volkes entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Dingen.“

In diesen Sätzen liegen aber zugleich auch die Schranken der Ländergewalten, wenn die Länder eben da allein und abschließend zuständig sein sollen, wo es sich um Fragen ihrer besonderen Eigenart und Kultur handelt. Zentral sind lediglich diejenigen Aufgaben, die ihrer Natur nach zwangsläufig nur großräumig gelöst werden können und sich in ihrer Bedeutung nicht allein oder wesentlich nur in kleinen Gebieten und Landschaften erschöpfen. So werden u. a. die Fragen von Schule, Kirche und Staat, der sonstigen kulturellen und Wohlfahrtsangelegenheiten, der Kommunalaufsicht, der Polizei, des Verwaltungsaufbaus, der Justizverwaltung usw. Länderaufgaben sein. Bei den Zuständigkeiten für Gesetzgebung und Verwaltung sind vier Gruppen zu unterscheiden:

1. Keine Reichsaufgaben mit eigenem Unterbau, wie z. B. Auswärtiges Amt, Reichspost. Hier liegt die ausschließliche Gesetzgebung beim Reiche.
2. Reichsangelegenheiten, bei denen das Reich nur die Lenkung hat, die Länder oder Stadt-Landkreise die Ausführung im Wege des Auftrages haben (dezentralisierte Verwaltung).
3. Aufgaben, die zur Länderzuständigkeit gehören, dem Reich also nur die Gesetzgebung verbleibt. Bei der Gesetzgebung ist insoweit wiederum zu unterscheiden
 - a) Grundsatzgesetzgebung,
 - b) konkurrierende Gesetzgebung.

4. Reine Selbstverwaltungsaufgaben, unterteilt nach der Zuständigkeit von

- a) Stadtkreisen,
- b) Landkreisen,
- c) kreisangehörigen Gemeinden.

Dabei muß man sich aber auch im klaren darüber sein, daß Einheitsstaat, Bundesstaat und Staatenbund letzten Endes nur Vokabeln sind, mit denen man zu leicht die wirkliche Gewaltenteilung in einem Gesamtorganismus verschleiern kann. Es gibt jedoch zwei einwändfreie Maßstäbe, aus denen man ohne weiteres den wahren staatlichen Charakter der künftigen deutschen Republik entnehmen kann. Das erste Kriterium ist die Kompetenz-Kompetenz. Erschrecken Sie nicht vor diesem Fremdwort. Sie bedeutet die Entscheidung der Frage, ob die Gesamtrepublik oder die Länder zu bestimmen haben, wer die Gesetzgebung über eine bestimmte Materie hat. Jede Verfassung wird zunächst den Versuch machen, diese Fragen in der Verfassungsurkunde von vornherein zu klären und durch Kataloge zu bestimmen, wie sich diese Zuständigkeiten der Gesetzgebung zwischen dem Reich und den Ländern verteilen sollen. Die Weiterentwicklung unseres staatlichen und politischen Lebens, der Fortschritt von Technik und Wirtschaft werden jedoch immer wieder neue Probleme entstehen lassen, die einer gesetzlichen Regelung bedürfen. Es würde eine unnötige Belastung unseres politischen Lebens bedeuten und der Würde der Verfassung widersprechen, wenn jedes Mal ein Kampf um die Gesetzgebungsbefugnis entstehen könnte. Es muß daher von vornherein in der Verfassungsurkunde klargestellt werden, ob die Vermutung der Zuständigkeit für die Gesetzgebung bei der deutschen Republik oder bei den Ländern liegt. Dies schließt nicht aus, daß, liegt die Vermutung bei der Zentralgewalt, diese das Recht von Fall zu Fall an die Länder abtreten kann. Aber durch das Recht, diese Zuständigkeit von sich aus zu bestimmen (Kompetenz-Kompetenz) wäre klargestellt, daß die künftige deutsche Republik mit dem erforderlichen Schwergewicht ausgestattet ist. Gibt man jedoch dieses Recht den Ländern, dann würde das Reich auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung Kostgänger der Länder werden, und Deutschland würde gerade bei der Bedeutung, die dieser Frage in seinem politischen Leben seit rund einem Jahrhundert zukommt, eine schnelle Entwicklung zu einem Staatenbund erleben mit all den Folgen einer politischen und wirtschaftlichen Zerrissenheit. Damit hängt eng zusammen unsere alte Forderung: „Reichsrecht bricht Landesrecht.“

Das zweite einwändfreie Kriterium über den wirklichen staatsrechtlichen Charakter eines Landes ist die Steuerhoheit und der Inhalt des Finanzausgleiches. Dabei ist der Finanzausgleich kein Problem der Finanzwissenschaft oder der Fachjuristen, sondern der Prüfstein der politischen und staatlichen Machtverteilung schlechthin. Die Gesetze über den Finanz- und Lastenausgleich enthalten die wichtigsten Bestimmungen, wer das Recht zu Steuererhebungen hat, das Reich oder die Länder, wer die Verteilung vornimmt und wie die Aufteilung tatsächlich zu geschehen hat. Da auch im Staatsleben die Macht immer da ist, wo das Geld verteilt wird, enthalten diese manchmal etwas trocken anmutenden Gesetze über die Steuerhoheit, der Finanz- und Lastenausgleich zugleich die Grundlagen der wirklichen Machtverteilung. Wer im Gemeindeleben steht, weiß, wie wichtig die Bestimmungen über die Verteilung der Zuschüsse sind. Die einmütige Forderung nach der baldigen Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands beweis, daß niemand die Notwendigkeit einheitlicher Grundsätze für die Wirtschaftspolitik, die Produktion und die strukturelle Gesamtplanung bestreiten wird. Sie können nur durch künftige Reichsorgane durchgeführt werden. Die bizonalen Zentralämter sind der Anfang. Bei den Lasten, die das nationalsozialistische System und der Krieg dem deutschen Volke aufgebürdet haben, wird mehr als die Hälfte des deutschen Volkseinkommens, d. h. die produktive Leistung, auf Jahrzehnte hinaus in Steuern umgelenkt werden müssen. Damit wird die Steuerpolitik mehr denn je ein wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik werden. Würde man die Steuerhoheit lediglich den Ländern oder sogar den Gemeinden überlassen, dann müßte dies

zwangsläufig dazu führen, daß die Kostenfaktoren der Wirtschaft in den Ländern erheblich voneinander abweichen würden, denn die Höhe des Lohnabzuges, die Sätze der gewerblichen Steuern und vor allem der Umsatzsteuer üben einen wesentlichen Einfluß auf die Preisgestaltung aus. Wir würden also innerhalb der so klein gewordenen Republik in ein heilloses Durcheinander nicht nur auf steuerlichem, sondern auch auf dem Preis- und damit auch auf dem gesamten Wirtschaftsgebiete geraten. — Wenn daher Stimmen laut werden, die die Länder zum Träger der Finanzhoheit machen und das Reich nur wie vor 1914 auf sogenannte Matrikularbeiträge verweisen wollen, wenn darüber hinaus teilweise sogar gefordert wird, das Einkommenssteuerrecht wieder den Gemeinden zu übertragen, dann würden wir selbst den ersten Grundstein zu einer völlig ohnmächtigen Republik legen, die nicht in der Lage wäre, Deutschland wirtschaftlich wieder emporzubringen. Der Hinweis, daß die finanzielle Selbstverwaltung der Länder und der Gemeinden das Verantwortungsgefühl der politischen Vertreter jener Gebiete stärken würde, schlägt demgegenüber nicht durch. Wir bestehen schließlich nicht nur aus Gemeinden oder Ländern, sondern wir sind in erster Linie ein Gesamtvolk. Wir alle, und vor allem diejenigen, die als Vertreter des Volkes in die Parlamente einziehen, müssen uns gegenseitig und uns selbst dazu erziehen, nicht nur mit dem eigenen Taler, sondern auch mit dem Pfennig des Nachbarn sparsam umzugehen. Wären nicht einmal die politischen Exponenten der Bevölkerung zu einer solchen Einsicht zu bringen, dann müßte man die Hoffnung auf eine politische Gesundung unseres gesamtdeutschen Lebens überhaupt aufgeben. Die Katastrophe der Kriegsjahre hat die einzelnen Teile Deutschlands ganz verschieden betroffen. Nur das Reich kann die nötigen, gerechten und sozial ausgleichenden Maßnahmen treffen, um diejenigen Gebiete, die erfreulicherweise so wenig unter dem Krieg gelitten haben, in einem erhöhten Maße zu den Lasten heranzuziehen als diejenigen Länder, bei denen die Kriegsgelübel so furchtbares Elend angerichtet hat. Es wäre nicht zu verantworten, diese Entscheidungen den Ländern in eigener Souveränität zu überlassen, denn es würde dazu führen, daß die zerstörten Teile Deutschlands mehr Steuern erheben müßten, als diejenigen, die verschont geblieben sind. Ich erinnere dabei an die frühere Einkommenssteuerpolitik der Gemeinden, die vor der Erzbergerschen Reform das Recht zu eigenen Einkommensteuerausschlägen besaßen, und dann die sogenannten Steueroasen bildeten. Daher muß nicht nur der Finanz-, sondern auch der Lastenausgleich der Reichsgewalt vorbehalten bleiben. Dieser Aufgabe kann die Republik aber nur gerecht werden, wenn es gleichzeitig das Recht zur Erhebung der wichtigsten Steuern erhält; denn man kann aus einer Kasse nichts zahlen, wenn man nichts in sie hineinbekommt. Damit hängt eng zusammen die Frage, ob die Finanzverwaltungen bei dem Reiche bleiben oder den Ländern überlassen werden sollen. Auch hier handelt es sich nicht um eine Spezialfrage, sondern um ein Problem der Machtverteilung. Wir haben uns bei vielen Erörterungen über die künftige Verwaltung auf den Standpunkt gestellt, daß die Gesetzgebung und Lenkung bei der Gesamtrepublik, die Ausführung aber, die Exekutive, bei den Ländern liegen soll. Zentrale Lenkung und dezentralisierte Verwaltung. Die Finanzgesetze aber enthalten Regelungen, die das Reich für sich selbst macht, wo es selbst unmittelbarer Geschäftspartner auch gegenüber den Ländern ist bei den Fragen der Finanzausschüsse und Steuerverteilungen. Was hat es für einen Sinn, wenn wir uns grundsätzlich dazu entschließen, die Gesamtrepublik als Träger des Lasten- und Finanzausgleiches anzuerkennen, wenn wir ihr gleichzeitig das Handwerkszeug (die Verwaltung der eingehenden Steuergelder) nehmen wollen, das es zur Durchführung dieses Lasten- und Finanzausgleiches braucht?

Das Problem der Finanzverwaltung muß auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt gesehen werden, unter dem Gesichtspunkt der Reichsexekutive, wie sie früher in dem berühmten Artikel 48 niedergelegt war. Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt, muß die Republik die Möglichkeit haben, ihre Politik in den Ländern durchzusetzen, soll es nicht wieder zu dem unglückseligen Dualismus Reich — Länder kommen, wie nach 1918. Diese Exekutive wird am wirksamsten und ver-

waltungsmäßig einfachsten durch die Sperrung der im Finanzausgleich vorgesehenen Zuschüsse und Steuerüberweisungen geschehen können. Man braucht dann nicht zu dem recht fragwürdigen Mittel des Reichskommissars zu greifen. Die Sperrung der Finanzzuweisungen ist übrigens ein beliebtes Mittel der Kommunal- und Polizeiaufsicht im britischen Weltreich. Zur Durchsetzung eines solchen Zwangsmittels ist es aber notwendig, daß die Finanzverwaltung als Reichsinstrument eingesetzt wird und nicht den Ländern überlassen bleibt, da sich das verfassungstreue Land der Exekutive sonst dadurch leicht entziehen könnte, daß es seine Länderbeamten anweist, die eingegangenen Steuergelder und sonstigen Einnahmen nicht mehr dem Reich zur Verfügung zu stellen.

Nun noch einige politisch wichtige Einzelfragen aus der Verfassungsurkunde, wie wir sie uns denken. Ich habe bereits erwähnt, daß das Verfassungsgesetz nicht zu umfangreich werden darf, weil es sonst nicht in das Bewußtsein des einzelnen eindringen kann, und auch der einfache Mann nicht die innere Bindung zu dem Grundgesetz seines Volkes erhält, wie es erforderlich ist. Als erste selbstverständliche Forderung steht die Schaffung eines Reichstages, der sich zusammensetzen muß aus unmittelbar vom Volk gewählten Vertretern und nicht aus Vertretern, die von den einzelnen Länderparlamenten gewählt sind. Die Mitglieder des Reichstages sollen nicht für Länderinteressen sprechen und abstimmen, sondern sich als Vertreter des gesamten Volkes und nicht nur ihres eigenen vielleicht sehr kleinen Landes fühlen. Daher bedauern wir Sozialdemokraten es, daß die Mitglieder des politischen Zonenrates in Hamburg und des Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main von den Länderparlamenten der britischen und amerikanischen Zone gewählt werden mußten, denn dadurch entsteht die Gefahr, daß das künftige Organ, das für die politische Willensbildung der deutschen Republik geschaffen werden soll, auf einer falschen Grundlage aufgebaut wird. Bei dem Reichstag wird das Schwergewicht der politischen Willensbildung liegen. Zu seiner Zuständigkeit gehören vor allem die Reichsgesetzgebung und die genaue Überwachung der Regierung, ob diese die Beschlüsse und Gesetze des Reichstages auch sinngemäß durchführt. Der Reichstag muß aus einem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und gehehnen Wahlrecht aller wahlberechtigten Männer und Frauen hervorgehen, wobei wir auch die Frage klären müssen: Verhältniswahlrecht oder Mehrheitswahlrecht. Der von der Kieler Ortsgruppe gestellte Antrag, der Parteitag möge sich für die Einführung des reinen Mehrheitswahlrechts entscheiden, wird mir Veranlassung geben, hierzu in der Diskussion zu sprechen. Ich kann daher hier dieses Thema übergehen und nur sagen, daß mir eine vernünftige Synthese zwischen Mehrheits- und Verhältniswahlrecht möglich und richtig erscheint. Bei allen Überlegungen dürfen wir nicht die Forderung vergessen, die Gleichwertigkeit aller Stimmen als einen unabdingbaren Grundsatz aufzustellen. Auf allen Gebieten vertreten wir die Gleichheit des Menschen, und es besteht keine Veranlassung, von dieser These ausgerechnet bei der politischen Willensbildung abzugehen.

Bei einer solchen Zusammensetzung des Reichstages wird man das schwerfällige Instrument des Volksentscheids oder des unmittelbaren Volksbegehrens zwar nicht völlig ablehnen, aber doch auf wesentliche in der Verfassungsurkunde aufzuzählende Fälle beschränken können. Würde man die unmittelbare Volksbefragung in allen Fällen ohne weiteres zulassen, dann wäre es auch für die gewählten Volksvertreter zu leicht, sich in schwierigen Fragen der Verantwortung dadurch zu entziehen, daß sie die eigene Verantwortung ablehnen und durch den Volksentscheid an den Wähler wieder zurückgeben und auf ihn abwälzen. Wir aber fordern, daß der Volksvertreter gerade dann seine Pflichten gegenüber der Allgemeinheit erkennt und erfüllt, wenn es sich um schwerere Fragen des staatlichen Lebens handelt.

Das gleiche Problem hatten wir unter Ziffer B 4 der Richtlinien bei der Frage eines Mißtrauensvotums gegen die amtierende Reichsregierung zu prüfen. Die Regierungen nach 1918 wurden, insbesondere in den letzten vorhitlerischen Jahren, vielfach durch sogenannte unechte Mehrheiten der rechten und der linken extremen Parteien gestürzt, ohne daß diese Mehrheiten in der Lage waren, selbst eine Re-

glerung zu bilden. Das parlamentarische Mittel des Mißtrauensvotums wurde daher zu einem rein destruktiven Machtmittel. Der Wiederholung solcher Möglichkeiten wollen wir mit aller Energie entgegenreten. Wir fordern daher eine Bestimmung für die Reichsverfassung, daß ein Mißtrauensvotum nur dann zum Rücktritt der Regierung führt, wenn binnen einer bestimmten Frist eine neue arbeitsfähige, auf dem Mehrheitswillen des Reichstags beruhende Regierung gebildet wird. Bis zu ihrer Bildung bleibt das gestürzte Kabinett in voller Regierungsgewalt.

Neben dem Reichstag wird sich eine Art zweite Kammer, bestehend aus den Abgesandten der Länder, nicht vermeiden lassen. Wir haben ihn zunächst wieder als Reichsrat benannt. Seine Befugnisse bestehen in der Zustimmung oder Ablehnung zu den vom Reichstag beschlossenen Gesetzen und in der Möglichkeit, selbst die Gesetzesinitiative zu ergreifen. Das Ablehnungs- oder Vetorecht darf aber nicht zu einem Hemmschuh für eine fortschrittliche Politik werden. Daher kann es nur eine aufschiebende Wirkung haben und nicht dazu führen, daß der Reichstagsbeschluß ohne weiteres hinfällig wird. (Auf Grund des Vetos hat der Reichstag lediglich die Verpflichtung, das Gesetz nochmals zu beraten. Nimmt er es ein zweites Mal an, dann bleibt der frühere Beschluß ohne weiteres in Kraft.) Wenn auch die Mitglieder des Reichsrates von den Ländern zu stellen sein werden, so müssen wir auch hier verlangen, daß sie sich nicht als Vertreter des Landes, sondern als Vertreter der Interessen des gesamten Volkes fühlen und nur danach ihre Entscheidungen fällen.

Über allen diesen Organen der Reichsgewalt steht an ihrer Spitze der Reichspräsident. Er soll unmittelbar von dem Volk für eine Zeitdauer gewählt werden, die zwischen der einfachen und doppelten Legislaturperiode des Reichstages liegt. Seine Befugnisse sollen mehr auf dem Gebiete der formellen Repräsentation liegen. Eine verfassungsmäßige Vormachtstellung soll ihm, wie es in der Weimarer Verfassung der Fall war, nicht mehr gegeben werden. Wir wollen vor allem nicht wieder zurück zur Diktaturbefugnis jenes Artikels 48, der sowohl der verantwortlichen Reichsregierung als auch den Abgeordneten des Reichstages zu leicht die Möglichkeit gab, sich der politischen Verantwortung zu entziehen.

Man wird daher daran festzuhalten haben, daß es kein Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten oder der Reichsregierung wie bei der Weimarer Verfassung geben darf, weil damit den Parteien die politische Verantwortung abgenommen oder erleichtert wird. Aber es kann, wie bei der Gerichtspflege ohne Verschulden der Mitglieder des Reichstages oder des Reichsrates eine objektive Unmöglichkeit entstehen (Naturkatastrophen, Maßnahmen der Besatzungsmächte, Unruhen oder dergl.), die politischen Funktionen zu erfüllen. Hierfür wird ein Ausweg zu finden sein mit dem wesentlichen Unterschied zu der Weimarer Verfassung, daß nicht nur der Reichspräsident allein, sondern nur die Reichsregierung zusammen mit dem Reichspräsidenten ein Notverordnungsrecht besitzen und der Reichstag nach Behebung der Schwierigkeiten alsbald über die erlassenden Notverordnungen selbst zu entscheiden hat.

Nun einige Fragen zum Aufbau der Länder. Hier spielen die Fragen der Grenzziehung und des staatlichen und verwaltungsmäßigen Einbaues der Länder in die deutsche Republik die vornehmste Rolle. Wir sind der Auffassung, daß die jetzigen Ländergrenzen nicht als endgültig angesehen werden dürfen. Nach zwei so gründlich verlorenen Weltkriegen sind die auf alten dynastischen Interessen beruhenden Grenzen weitgehend überholt, und wir werden uns entschließen müssen, aufgebaut auf den Grundsätzen einer vernünftigen strukturellen Raumplanung, Gebiete zu schaffen, die wirtschaftlich, verkehrstechnisch und kulturell eine geschlossene Einheit bilden und dadurch eine eigene innere Tragfähigkeit besitzen. Sie müssen in der Lage sein, den ersten Ausgleich in sich selbst zu vollziehen. Gebiete, denen wesentliche Lebensgrundlagen fehlen, würden zu leicht in die Zwangslage versetzt werden, bei Krisen die nächsthöhere Instanz heranzuholen. Sie würden damit einem ungesunden Zentralismus der Verwaltung neue Nahrung geben. Die Bildung solcher leistungsfähiger Gebiete ermöglicht zugleich einen sparsamen und klaren Verwaltungsaufbau ohne unnötige Sonderverwaltungen und Mittelinstanzen. Wie

wir uns die Machtverteilung zwischen den künftigen Zentralgewalten und den Ländern denken, habe ich bereits an anderer Stelle dargelegt.

Nach jenen Grundsätzen werden sich auch die Verfassungen der Länder zu richten haben. Sie sollen keine Bestimmungen aufnehmen, die der künftigen Reichsverfassung vorbehalten bleiben müssen und den Aufbau des Reiches stören können. Sicherlich ist die Weimarer Verfassung mit daran gescheitert, daß sie nicht als eine Besonderheit aus den übrigen Gesetzen hervorgehoben war. Die Demokratie von Weimar hat es nicht verstanden, so wie es mit den Grundgesetzen anderer Völker geschehen war — ich erinnere an die Magna Charta Englands, an die Freiheitserklärung der Vereinigten Staaten und an die ersten Verfassungen der Französischen Revolution von 1789 —, dem Volke die Auffassung zu vermitteln, daß eine Verfassung auf dem Gebiete der Gesetzgebung etwas Besonderes sein muß. Wenn jedes Land, und Deutschland wird vielleicht einmal aus 15 bis 20 Ländern bestehen, für sich in Anspruch nimmt, alle die Fragen, die in eine Reichsverfassung gehören, z. B. die Fragen der Grundrechte und Pflichten oder die soziale Verpflichtung des Staates gegenüber dem Einzelnen, für sich allein zu gestalten, dann würden diese Probleme und ihre Lösungen bald ebenso eine abgegriffene Münze werden, wie dies manchmal heute mit dem Wort „Demokratie“ festgestellt werden kann. Davor muß sich jedes Land um des Reiches willen schützen und bewahren.

Es wäre auch unwürdig, das Reich auf den Weg der Kodifikation, sozusagen des Zusammenklaubens, zu verweisen, daß es sich aus den Ländern holt, was es braucht. Dieses Zusammenholen würde jedesmal einen neuen Kampf um die Eigenstaatlichkeit der Länder bringen und den sehr unglücklichen Dualismus Reich — Länder in einer neuen Ebene wiedererstehen lassen.

Man muß sich daher entschließen, von vornherein dem Reiche zu lassen, was des Reiches ist, und nicht jetzt für die Länder etwas beanspruchen, was ihnen bei der endgültigen Gestaltung des deutschen Staatsaufbaues nicht verbleiben soll. Andererseits ist auch für kürzere Zeit nicht ohne eine gesetzmäßige Normierung der Ländergewalt auszukommen. Jede Länderverfassung aber sollte mit dem Satz anfangen, daß die Länder nur Bestandteile der deutschen Republik sein können.

Ein solches Bekenntnis gehört an die Spitze einer jeden Landesverfassung und darf nicht nur bollfüßig in irgendeinem der vielen Artikel etwas verschämt oder sogar überhaupt nicht erwähnt werden. Landesverfassungen, die dieses klare Bekenntnis nicht enthalten oder sogar Sonderrechte aufführen, um Teilgebieten des Landes ein Abgehen von der deutschen Einheit zu ermöglichen, können niemals die Zustimmung deutscher Sozialdemokraten bekommen. In dem Bekenntnis zum Reich liegt auch eine besondere Möglichkeit und Verpflichtung für die süd- und westdeutschen Länder. Ihr Bekenntnis gibt dem Osten die Gewißheit, daß wir uns mit ihm über ein künftiges Deutschland verbunden fühlen. Im übrigen wird der politische Aufbau und die politische Willensbildung innerhalb der Länder im großen und ganzen dem des künftigen Reichs entsprechen. Wir lehnen die Einsetzung eines Staatspräsidenten in den Ländern kompromißlos ab, weil sie eine zu starke Betonung föderalistischer Elemente wäre und zu leicht zum Separatismus führen könnte.

Mit der gleichen Energie müssen wir uns gegen die Einrichtung einer zweiten Kammer in den Ländern wenden. Für die Gesamtrepublik läßt sich auf Grund der bundesstaatlichen Struktur eine solche zweite Kammer in Form des Reichsrats nicht vermeiden, aber daraus resultiert noch nicht zwangsläufig, daß auch in den Ländern die Gesetzgebung und das freie Wirken der repräsentativen Demokratie durch das Dazwischenschalten einer weiteren Kammer gehemmt werden darf.

Neben jenem Machtzentrum des Reichs- und der Ländergewalten steht die zweite wesentliche Säule eines jeden Staates, die Gemeinden, Städte und Kreise als Selbstverwaltungskörperschaften. Sie sind die Träger der ureigsten demokratischen Volkskräfte. In ihrem Bereich vermag sich der Staatsbürger mit den politischen Tagesfragen vertraut zu machen, ehe er in das Gebiet des Allgemeinpolitischen vorstoßen kann. Die äußeren Ereignisse und die innere Problematik unserer Zeit gleichen der preußischen Situation nach 1800, die ihren vorläufigen Abschluß

in der Stein-Hardenbergschen Verwaltungsreform fand. Die Idee des Naturrechts und die Auswirkungen der Französischen Revolution hatten, zusammen mit dem napoleonischen Imperialismus, das Feld für diese Reform vorbereitet. Daß sie nicht zur vollen Auswirkung kam, daß die Geburt der preußischen Selbstverwaltung nicht die Erwartungen erfüllte, die vor allem eine Demokratisierung nicht nur unserer Verwaltung, sondern auch der Gelernten herbeiführen konnte, hatte seinen entscheidenden Grund darin, daß in dem gleichen Jahrzehnt, in dem die deutsche Selbstverwaltung geboren wurde, das Scharnhorstsche Edikt über die allgemeine Wehrpflicht am 9. Februar 1812 in Kraft trat. Damit wurde die Grundlage für den modernen preußischen Militarismus geschaffen, der sich bisher nur auf ein Heer freiwilliger Soldaten erstreckt hatte, nun aber alle jungen wehrfähigen Männer erfaßte. Zweifellos hat die Schulung des Kasernenhofes einen entscheidenden Einfluß auf das politische Weltbild aller jener Männer ausgeübt, die später an der Selbstverwaltung politisch mitarbeiten sollten. Der Drill schuf den Untertanen und machte den Menschen für eine freie demokratische Selbstverwaltung untauglich.

Der gemeindlichen Selbstverwaltung war seit jeher die besondere Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie gewidmet. Während ihren Vertretern noch im Kaiserreich der Zutritt zu allen Dienststellen des Reichs und der Länder verwehrt war, gewannen sie auf die Selbstverwaltungen, wenn auch in bescheidensten Grenzen, eher Einfluß. Hierin dürfte mit ein wesentlicher Grund liegen, daß in die Selbstverwaltungen liberale und politisch tolerante Grundsätze schneller Eingang fanden, als in die reinen Hohelichtsverwaltungen. Die deutsche Selbstverwaltung vor 1933 war nicht schlecht, und sie hat dem Ansturm des Nationalsozialismus am längsten widerstanden.

Wenn wir nunmehr auch bei der Selbstverwaltung an den Neuaufbau gehen, dann deshalb, weil die Demokratisierung unserer Verwaltung und Politik und die Erziehung des Deutschen zum demokratischen Denken und Handeln über die Möglichkeit weitgehender Beteiligung des einzelnen an dem Gemeindeleben führt.

Die Selbstverwaltung ist ein wesentliches, vielleicht das wesentlichste Instrument einer wirklichen Demokratie. Sie wird daher von der allgemeinen Krise der Demokratie, die wir seit dem Ausgang des vorigen Jahrhunderts entstehen sehen, ergriffen, einer Krise, die wir durch den immer mehr um sich greifenden allgemeinen Lebenspessimismus als eine ungeheure Gefahr erkennen sollten.

In diesem allgemeinen Lebenspessimismus liegt eines der schwierigsten Probleme unserer praktischen Selbstverwaltungsarbeit. Wir werden daher auch bei ihr zu neuen Lösungen und Formen kommen müssen. Diese Lösungen können aber nicht auf der engen Ebene der untersten Gemeinden gefunden werden. Auch aus diesem Grunde muß die soviel angefeindete Kommunalaufsicht bleiben. Sie ist das, was wir auf dem Gebiet der Wirtschaft als Planung und großräumige Lenkung bezeichnen. Sie soll die Fülle der Erfahrungen, die sie als Aufsichtsinstanz aus ihrer höheren Warte heraus sammeln kann, zugunsten der übrigen Selbstverwaltungskörperschaften verwenden, sie beraten und lenken. Im übrigen ist es interessant, festzustellen, wie, und zwar nicht nur unter dem Einfluß der Besatzungsmächte, auch die Selbstverwaltung einen Zug zu großräumigeren Gebieten aufweist und sich in zunehmendem Maße von den Gemeinden auf die Ämter und Kreise verlagert.

Als Freund jeder Selbstverwaltung lehnen wir gleichzeitig jede Sonderverwaltung ab, gleichgültig, auf welcher Verwaltungsstufe sie sein mag. Weder beim Reich noch bei den Ländern, ihren Mittelinstanzen und den Gemeinden besteht die Notwendigkeit von Verwaltungen, die neben der allgemeinen Verwaltung unkontrolliert und politisch anonym ihr Dasein fristen. Sie sind nicht nur bei der Personalpolitik, sondern auch in ihren materiellen Entscheidungen zu leicht die Todfeinde einer neuen Demokratie, weil sie sich jeder Kontrolle durch das Volk, d. h. durch eine politische Vertretung, entziehen können. Sie sind daher abzulehnen. (Soweit in den Ländern Mittelinstanzen wegen der Größe der Gebiete nicht zu vermeiden sind, fordern wir die Einheit der Mittelinstanz. Alle Angelegenheiten,

die nicht unmittelbar zwischen den Gemeinden und den jeweiligen Landesregierungen erledigt werden können, müssen in einer Behörde zusammengefaßt werden und dürfen nicht auf verschiedenen Dienststellen aufgeteilt werden.)

Bei den zuletzt behandelten Fragen ging es um den innerstaatlichen Aufbau. Und nun noch einige Probleme, die sich mit dem Verhältnis der künftigen Reichsverfassung unserer nationalen Umwelt befassen. Wir haben bei den Richtlinien absichtlich darauf verzichtet, etwas über die theoretische Begründung des Staates zu sagen. Die Sorgen in unserem Vaterland sind so gefährdend, daß uns solche Überlegungen wenigstens zur Zeit fruchtlos erscheinen. Anders aber liegt die Frage nach der Kontinuität unseres jetzigen staatsrechtlichen Aufbaues zu der Weimarer Verfassung vor 1933. Wir bejahen sie, nicht so sehr aus theoretischen Erwägungen, sondern weil die Weimarer Verfassung und der Gedanke einer noch vorhandenen deutschen Republik zur Zeit die einzigen und letzten Klammern des deutschen Staats- und Verfassungslebens sind. Diese Bejahung der Kontinuität legitimiert uns zugleich, die Freilassung unserer Kriegsgefangenen nicht nur auf die Gesetze der völkerrechtlichen Moral, sondern vor allem auch auf die vor der Hitlerzeit geschlossenen internationalen Verträge zu stützen. Da gilt vor allem auch die Forderung, daß der Osten endlich jene Frauen und Mädchen freigibt, die entgegen allen völkerrechtlichen Grundsätzen noch in Gefangenschaft gehalten werden.

Ich habe an anderer Stelle bereits erklärt, daß sich die Probleme des staatlichen Wiederaufbaus Deutschlands in ihrer Bedeutung nicht nur auf die Gebiete innerhalb unserer Grenzpfähle beschränken, sondern auch auf die gesamte europäische Lage ausstrahlen werden. Wir sind gewillt, Deutschland nicht mehr nur als ein nationales Einzelwesen anzusehen, sondern als einen Bestandteil des großen Europas. Daher haben wir unseren Richtlinien das Bekenntnis zu einem europäischen Staatenbund vorangestellt und gefordert, daß unsere künftige Verfassung die Bereitschaft vorsehen muß, zugunsten internationaler Einrichtungen deutsche Hoheitsrechte aufzugeben. Wir stehen mit dieser Auffassung nicht allein. Die Präambel der am 13. Oktober 1946 angenommenen Verfassung Frankreichs enthält den Satz:

„Frankreich akzeptiert die für die Organisierung und Erhaltung des Friedens erforderlichen Beschränkungen seiner Souveränität nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit.“

So sehen wir, daß sich, wenn auch spärliche so doch hoffnungsfreudige Ansätze bemerkbar machen, das Leben der Staaten zueinander auf einer höheren Ebene neu zusammenzufassen, auf einer höheren Ebene, die nicht nur eine übergeordnete formale Instanz, sondern zugleich auch die Verwirklichung völkerrechtlicher Ideale bedeuten könnte. Diese Entwicklung wird zweifellos dadurch gefördert, daß die bisherigen Begriffe über die Souveränität nicht mehr aufrechterhalten werden können. In einer Welt der Atombombe und der Freisetzung von Atomenergien auch zu friedlichen Mitteln läßt sich die Menschheit nicht mehr in kleinräumigen Gebieten im Sinne einer früheren Souveränität „beherrschen“.

Daher beginnen unsere Richtlinien mit folgenden Sätzen:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert, daß die Verfassung der deutschen Republik die Möglichkeit einer künftigen Zugehörigkeit Deutschlands zu einem europäischen Staatenbund berücksichtigt. Die friedliche Entwicklung zu einem europäischen Bunde verlangt eine klare Absage an jede Politik eines nationalen Egoismus, der sich unter Ausnutzung der politischen Machtstellung durch den jeweils Mächtigen auf Kosten des jeweils Schwächeren insbesondere in Annexionen äußert. Annexionen können nicht die Grundlage friedlicher Entwicklungen bilden.“

Mit diesem letzten Satz wollen wir verhüten, daß wiederum nationalistische Instinkte entstehen, und wir wollen verhüten, daß die Jugend, die noch nicht die Zeit und die Möglichkeit gehabt hat, sich mit dem Ideengut einer wirklichen

Demokratie zu befassen, in eine neue nationalistische Politik hineingetrieben wird, nur weil eine Lösung der Grenzfragen aus machtsstaatlichen Motiven und nicht aus den Überlegungen der Vernunft und des organischen Aufbaues angestrebt wird.

Kriege waren immer der letzte Ausweg aus innerpolitischen Schwierigkeiten. Sie waren der letzte Ausweg aus den in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, und sie waren schließlich auch das stärkste Kampfmittel im Wettbewerb der Völker um die Rohstoffquellen und Absatzgebiete der Erde. Wir Sozialdemokraten glauben, daß die sozialistische Wirtschaft, verbunden mit einer strukturellen großräumigen Planung und Lenkung, die sich nicht auf die Gebiete der einzelnen Nationen beschränken, die Voraussetzungen für die Wirtschaftskrisen und damit ihre fürchterlichsten Folgeerscheinungen, die Kriege, vermelden wird. Aber wir wollen auch, daß der Krieg ideologisch aus den Hirnen und Herzen der Menschen, vor allem der Jugend, ausgelöscht wird. Wir müssen uns dazu entschließen, den Krieg unter allen Umständen und aus jeder Begründung heraus abzulehnen. Es genügt nicht, diesen Exzessen der menschlichen Gesellschaft, den Kriegen, die wirtschaftliche und soziale Basis zu entziehen. Wir müssen ihn auch durch die Idee über die Notwendigkeit eines moralischen und sittlichen Zusammenlebens der Völker ächten. Die Verfassungsurkunde der deutschen Republik wird daher an sichtbarer Stelle die Forderung enthalten müssen, daß der Krieg kein Mittel der Politik mehr sein darf. Sie würde sich damit dem Inhalt anderer Verfassungen anschließen. So heißt es z. B. in der Hessischen Verfassung:

„Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, eine friedliche Zusammenarbeit der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Krieges vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Damit hängt zusammen, daß auch die bindenden und allgemein anerkannten Sätze des Völkerrechtes für jeden Menschen und alle Staatsorgane (auch für die Gerichte) unmittelbar berechtigende und verpflichtende Geltung haben, ohne daß es erst eines besonderen Reichs- oder Landesgesetzes bedarf. Das Völkerrecht ist der sittliche Überbau im Leben der Völker, ihm kann sich niemand entziehen. Die Verhandlungen vor dem Nürnberger Kriegstribunal haben gezeigt, welche Tragweite diese Auffassung haben kann. Sie haben gezeigt, daß im Leben der Völker die allgemeinen Regeln der Menschlichkeit auch dann bestehen und gelten müssen, wenn ein Land glaubt, sich durch Vorschriften, die von diesen Gesetzen abweichen, außerhalb des Völkerrechtes stellen zu können.

Um die Grundrechte sind Revolutionen entstanden, sind die Menschen auf die Barrikaden gegangen, haben sie Blut und Gut geopfert. Sie sind die unerläßlichen Voraussetzungen, die das Leben erst lebenswert machen. Niemals haben wir diese bittere Erkenntnis so klar vor Augen gesehen als angesichts der Kz, der Gestapokeller, des politischen Denunziantentums der Terrorzeit, und nichts hat so sehr den Glauben der Welt an eine wirkliche deutsche Kultur und an die Möglichkeit einer Wiedergeburt echter Menschlichkeit auch in Deutschland erschüttert, wie die Unterdrückung jener unveräußerlichen Ideen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschenwürde nach 1933. Niemals aber auch waren Humanität und Freiheit in der Welt so in Gefahr wie jetzt, niemals sind sie zwar so mißachtet worden wie unter Hitler, aber so wie jetzt haben niemals früher die Völker dieser Erde die Möglichkeit gehabt, den Segen dieses Ideengutes durch ihre positive Anwendung zu beweisen. Bestimmt dazu, den Menschen wieder in den Mittelpunkt unseres gesamten Lebens zu stellen, sollen sie Richtschnur sein für unser politisches und soziales Denken und Handeln.

Die Freiheit der Person, die Freiheit des Gewissens und Denkens, der religiösen und politischen Überzeugung, die Gleichheit vor dem Gesetz und der rechtliche Schutz vor jeder staatlichen Willkür sind ihre wesentlichsten Bestandteile. Ihre nur formale Aufzählung in einer Verfassungsurkunde würde aber nicht genügen. Sie müssen mit den Vorstellungen unseres Volkes und jedes einzelnen dieses Volkes tief innerlich verwurzelt werden, sie müssen ein unabdingbarer und selbstverständlicher Bestandteil unseres staatlichen Lebens werden.

Wenn wir durch den sozialistischen Neuaufbau der Wirtschaft erreichen wollen, daß nicht mehr der Profit im Mittelpunkt der Wirtschaft steht, sondern der Mensch und seine Arbeitskraft, so darf auch im Staatsleben die Allmacht des Staates und die These „Der Staat ist alles, der Einzelne nichts“ nicht mehr gelten. Auch hier müssen der Mensch und seine Würde Mittelpunkt sein und vor jedem Mißbrauch geschützt werden. Die Grundrechte sollen daher die klaren Grenzen darstellen zwischen dem Staat und dem Individuum.

Die geschichtlichen Grundlagen dieser Anschauungen liegen in dem Geburtsland der Demokratie, in der Magna Charta Englands von 1215.

Die ursprünglich mit dem Gedanken der Religionsfreiheit verknüpften Rechte auf Gewissensfreiheit in allen religiösen Entscheidungen wurden später säkularisiert, d. h. in die weltlichen Forderungen nach Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit vor jeder Willkür im Staat und vor den Gerichten und gegen alles, was die unbeschränkte Allmacht des Staates dem einzelnen antun könnte, umgewandelt.

Die neue Verfassung der deutschen Republik wird diese Rechte an ihre Spitze stellen müssen, denn sie enthalten nicht nur die notwendigen Grundsätze unserer Vorstellungen von der Würde und den Freiheiten des einzelnen, sie regeln auch die Schranken zwischen Staat und Individuum.

Der Staat kann diese Schranken aber nur dann einhalten und diese Rechte nur dann garantieren, wenn jeder einzelne sich zugleich seiner Pflichten gegenüber der Gesamtheit bewußt wird und diese Pflichten auch erfüllen will, denn Demokratie bedeutet nicht, daß an die Stelle der Willkür des Staates die Willkür des einzelnen gesetzt wird. Demokratie bedeutet nicht Autoritätslosigkeit und Anarchie, sie bedeutet die freiwillig anerkannte Ordnung des Staatslebens und ihre freiwillige Einhaltung.

Man wird mit Recht fragen, worin die Garantie liegt, daß jene Grenzen des staatlichen Handelns eingehalten werden. Zunächst gilt auch hier wie überall, daß die gesamte Politik die beste Garantie ist, getragen von dem allgemeinen Volkswillen und seiner Gesinnung. Aber alle modernen Verfassungen haben seit jeher Staatsgerichtshöfe mit der Aufgabe einer solchen Rechtskontrolle beauftragt. Sie sollen die Gewähr dafür schaffen, daß sich auch die gesetzlichen Gewalten an das Grundgesetz des Volkes, an die Verfassung, halten, und daß sie nicht — verlockt durch politische Machtbildungen oder als Vorwand zur Überbrückung angeblicher politischer Notstände — in die von der Verfassung garantierten Rechte des Staatsbürgers eingreifen. Damit ist zugleich das Recht zur Nachprüfung durch einen solchen Staatsgerichtshof dahin ausgeschlossen, ob ein Gesetz zweckmäßig und politisch sinnvoll ist.

Es bedarf jedoch nicht nur einer Nachprüfung der Gesetzmäßigkeit der Reichs- und Ländergesetzgebung insbesondere dahin, ob sie den wesentlichen Fundamenten der Verfassung zuwider läuft. Es müssen auch Möglichkeiten geschaffen werden, diejenigen Männer zur Verantwortung zu ziehen, die die Verfassung oder die Reichsgesetze schuldhafterweise verletzen. Hier kann Artikel 59 der Weimarer Verfassung über die Ministeranklage wieder übernommen werden.

Mit den vorhin gegebenen Hinweisen auf die Grundrechte und Grundpflichten des einzelnen Staatsbürgers haben wir zugleich einen wesentlichen Beitrag zu dem materiellen Inhalt der künftigen Reichsverfassung gebracht, vielleicht den wesentlichsten. Denn der Geist und der Inhalt jener Grundrechte wird zugleich auch die Richtschnur sein müssen für alle Fragen der Erziehung unserer Jugend, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, der sozialen und verpflichtenden Aufgaben des Staates gegenüber den einzelnen — Grundsätze, die über den formalen Aufbau unserer derzeitigen Verfassung hinaus das Fundament des deutschen politischen und gesellschaftlichen Lebens formen sollen.

Die Aufnahme ethischer Grundgedanken in die Verfassung wird bekunden, daß das öffentliche Leben nicht allein nach politischen und wirtschaftlichen Gesetzen organisiert werden kann, sondern daß zu einem gesunden Staatsleben auch ein sittlicher Unterbau gehört und daß auch der Staat in seinen Funktionen in der

inneren wie äußeren Politik an unzerstörbare Sittengesetze gebunden ist, und daß die Forderungen der Wohlfahrt und Humanität, daß die Forderungen der Gerechtigkeit und Wahrheit nicht ungestraft vernachlässigt werden dürfen. Nach den bitteren und grausamen Erfahrungen, die wir nach 1933 durchmachen mußten, wissen wir, daß Form und Organisation nicht alles sind, daß sie zusammenbrechen können, wenn nicht gleichzeitig starke unzerstörbare geistige und moralische Kräfte diese Form ausfüllen. Es kommt nicht so sehr auf die Staatsform als auf die Gesinnung an. Staatsformen allein waren noch nie ausreichende Garantien für ein friedliches Zusammenarbeiten der Völker, denn Staatsformen können — das haben wir selbst nach 1933 gesehen — durch einen revolutionären Akt beseitigt werden, wenn sie mit den ökonomischen und sozialen Spannungen nicht mehr übereinstimmen. Entscheidend war immer und wird auch künftig immer bleiben die Gesinnung der Mehrheit des Volkes und ihre Besinnung auf ihre soziale Verpflichtung nach innen und eine wirklich echte weltbürgerliche Einstellung nach außen.

Eine Demokratie ist nur lebensfähig und von Dauer, wenn sie auf einem haltbaren Fundament umfassender, vertiefter, allgemeiner Volksbildung ruht. Diese vertiefte allgemeine Volksbildung wird daher ein wesentlicher Bestandteil der künftigen Reichsverfassung sein müssen. Ihr werden wir daher unsere besondere Aufmerksamkeit zu widmen haben. Denn die Staatsform der Demokratie legt die Entscheidung über das Schicksal der Nation in die Hände der Massen, und diese müssen zu solchen Entscheidungen fähig gemacht werden, nicht nur durch die Vermittlung der dazu nötigen politischen, geschichtlichen, geographischen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse, sondern auch durch eine planmäßige demokratische Erziehung zum Gemeinsinn, zur Kameradschaft und zur geistigen Verbundenheit.

Wir müssen wissen: Es muß die neue Gesinnung geboren werden, wenn die neue Zeit auch bestehen soll.

Alle Verfassungsbestimmungen sind etwas Äußerliches, Formales. Inhalt und Leben erhalten sie erst durch die großen sozialen Mächte, die in ihrer Zusammensetzung die Kräfte des Volkes ausmachen.

Von der Gesundheit der sozialen Verhältnisse und von der Geschlossenheit und der Staatsgesinnung des Volkes hängt das Gedeihen des Staates ab.

Und nun gestatten Sie mir, das Schlußwort einem Großen unserer Bewegung zu geben, dem leider viel zu früh verstorbenen ersten Präsidenten der deutschen Republik, Friedrich Ebert, wenn er sagte:

„Wie wir auch politisch stehen, das eine sollten wir Deutschen in dieser furchtbaren und entsetzlichen Not erkennen: daß es aus dieser Lage keinen anderen Ausweg mehr gibt als das einmütige Zusammenfassen aller Kräfte, die es ernst meinen mit unserer Zukunft. Wenn wir uns auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet in den großen Lebensfragen unseres Volkes zusammenschließen, dann brauchen wir nicht zu verzagen; dann werden wir durch Tüchtigkeit und Fleiß schließlich auch über dieses Unglück hinwegkommen und unsern Kindern eine glücklichere Zukunft sichern.“

Das war, Genossen und Genossinnen, nach dem ersten Weltkrieg. Unserer Generation bleibt nur die Hoffnung, daß diese Worte Friedrich Eberts auch für uns gelten dürfen und daß wir dereinst, wenn wir unsere neue deutsche Republik aufgebaut haben, sagen können: „Wir haben gebaut ein statiliches Haus.“ (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Soeben geht uns folgendes Fernschreiben zu:

„Eure Genossen aus Sachsen wünschen Euch vollen Erfolg und hoffen, bald in Euren Reihen mitkämpfen zu können — für die wahre Demokratie und den Sozialismus.
Die illegale SPD in Dresden“

(Lebhafter Beifall.)

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein. Als erster Redner hat das Wort der Genosse *Karl Schmid*.

Karl Schmid, Tübingen: Genossen und Genossinnen! Es ist von größter Wichtigkeit, daß die Partei heute schon Leitsätze für die künftige Verfassung der deutschen Republik aufstellt. Gerade weil es bisher so aussieht, als ob die Siegermächte sich das erste und letzte Wort zur Frage zur Konstituierung Deutschlands vorbehalten werden, müssen, in diesen Gesprächen sich die deutschen Stimmen laut erheben.

Wir anerkennen gewiß das Interesse unserer Nachbarn an der Art und Weise, wie sich das deutsche Volk politisch gestaltet. Ratschläge dafür können uns willkommen sein, und wir werden sie sicher sorgfältig erwägen. *Aber man sollte sich keiner Täuschung hingeben. Die Zeiten des Wiener Kongresses sind vorbei, wo man noch glauben konnte, die Verfassung Deutschlands im Wege eines völkerrechtlichen Vertrages schaffen zu können. Nur eine von der politischen Repräsentation des deutschen Gesamtvolkes geschaffene Reichsverfassung wird das deutsche Volk als im Gewissen verpflichtend anerkennen.* (Beifall.) Die deutsche Nationalversammlung, die die Verfassung zu geben hat, soll bestimmen, wie Deutschland konstituiert wird, und sonst niemand. (Beifall.)

Wie die Reichsverfassung aussehen wird, wissen wir heute noch nicht. Aber eins können wir wohl heute schon sagen: Sie wird keinen Staatenbund vorsehen und sicher auch nicht den zentralistischen politischen Ausbeutungstrust, den die SEP in Ihren ferngesteuerten Gehirnen ausgebrütet hat. (Lebhafter Beifall.)

Man wird auch da und dort innerhalb unserer Partei vielleicht verschiedener Meinung sein über dieses und jenes konstruktive Element dieser Verfassung, und ich selber würde mich freuen, wenn recht viele schöpferische Meinungsverschiedenheiten bei uns ausdiskutiert werden können.

Ich selber möchte wünschen, wir möchten in unserer Reichsverfassung gerade so viel Föderatives haben, als unter Berücksichtigung und ohne irgendwelche Schädigung der deutschen Gesamtinteressen verantwortet werden kann, und nur so viel Zentralismus, als wir um der Gesamtbelange willen brauchen. Auch da wird man sich um die Einzelverwirklichung streiten können und streiten müssen. Aber klar muß für uns alle sein: Erstens, nicht die Länder sollen diese Dinge bestimmen, sondern das Gesamtvolk; zweitens, immer haben die Interessen des Ganzen den Interessen der Glieder voranzugehen.

Wie sollen denn auch die Länder bestimmen können, wie Deutschland aussehen soll? Neue Länder sind von den Besatzungsmächten gerade erst geschaffen worden; man weiß nicht immer recht, nach welchen Gesichtspunkten. Alte Länder sind durch den Zufall der Zonengrenzen in mehrere Teile zerschnitten worden, und die Teile sind ganz gegen ihren Willen nun plötzlich zu selbständigen Ländern gemacht worden.

Diese fremden Zufallsgebilde haben keine echte politische Existenz und müssen verschwinden. (Beifall.) Und an ihre Stelle müssen vom Willen des Volkes her bestimmte organische Einheiten treten. Nur so bekommen wir Deutschland in Verfassung. Man sollte sich in der Welt beruhigen und uns mit gewissen negativistischen Föderalismus in Ruhe lassen. Der Frieden Europas wird nicht garantiert durch Föderalisierung Deutschlands, sondern durch Demokratisierung Deutschlands (Beifall), und diese Demokratisierung Deutschlands garantiert die Sozialdemokratie. (Beifall.)

Es ist gut, daß unsere Leitsätze die Ächtung des Krieges vorsehen. Man sollte das überall sehr ernst nehmen, und wir müssen dafür sorgen, daß unser Volk diese Ächtung des Krieges in unserer künftigen Verfassung ernst nimmt. Es wird aber dann nicht genügen, daß wir unser Volk darauf hinweisen, daß der Krieg eine schlimme Sache ist. Wir werden dem Volk klarmachen müssen, daß das Problem der Ächtung des Krieges nicht nur eine negative, sondern auch vor allem eine positive Seite hat, und diese ist in der Erkenntnis beschlossen:

Die vorbehaltlose Entscheidung für die Gewaltlosigkeit ist für das Volk, das sich für sich ohne Hintergedanken und abseits allem „die Trauben sind mir zu sauer“ entscheidet, die beste und wirksamste Waffe im Ringen um seine Freiheit. Und es könnte einmal der Ruhm des deutschen Volkes werden, daß es durch sein Beispiel den Vortrupp abzugeben hat für eine neue Art der Völker, sich zueinander zu verhalten. (Beifall.)

Nur wenn wir der Kriegsächtung diesen Sinn geben, werden wir die Jugend für den Heroismus des Friedens gewinnen können. Auch hier macht nur das Positive fruchtbar.

Wir werden uns bei unseren späteren Beratungen noch genau überlegen müssen, was für eine Art Wahrheit wir in Deutschland haben wollen, ob wir es bei dem alten oder modifizierten Verhältniswahlrecht sein Bewenden haben lassen wollen, oder ob wir nicht vielleicht zum alten oder modifizierten Ein-Mann-Wahlrecht zurückkehren wollen. Wir werden uns hüten müssen, uns hier mit einigen Schlagworten selbst abzuspelsen. Wir müssen das Problem sehr genau untersuchen, und ich weiß nicht, ob hier nicht gewisse uns lieb gewordene Parteidoktrinen werden revidiert werden müssen. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß das Beispiel Schleswig-Holsteins, wenn es auch nicht für alle Länder gleich schlüssig sein sollte, doch ernsthaft Anlaß dafür abgeben muß, daß wir uns dieses Problem einmal gründlich neuüberdenken. (Sehr richtig!)

Wenn wir unsere Verfassung werden geben können, wissen wir nicht. Vielleicht werden wir hoch unter einer ganzen Reihe von Notdächern unterstehen müssen, bis wir unser Haus werden bauen können. Unterdessen leben wir schon unter einer Verfassung, die, wenngleich sie auch nicht von unserm Volk ausgeht, doch die Ordnung ist, die das Leben jedes einzelnen von uns bestimmt, wie die Kanonen des Königs von Preußen und die Fabriken des Herrn von Borsig nach den Worten Lassalles einmal ein Stück preußische Verfassung gewesen sind. Ich meine damit nicht die Verfassungen der Länder, die weithin praktisch nichts anderes sind als Literatur. Es kann ja jeder Quartiermacher, jeder Militärpolizist ihre Grundrechte gegenstandslos machen, und die Landtage sind ja nur weithin wenigstens insoweit souverän, als die Besatzungsmächte ihnen das von Fall zu Fall erlauben. (Sehr gut!) Ich meine mit dieser Verfassung, unter der wir leben, etwas anderes. Die wirkliche Verfassung, unter der wir leben, sieht so aus: Sie besteht aus zwei Artikeln:

Artikel 1. Die Staatsgewalt in Deutschland geht nicht vom deutschen Volke, sondern von den Besatzungsmächten aus. Sie sind dabei absolut und nur an Beschränkungen gebunden, die sie sich selber auferlegen wollen. (Heiterkeit.)

Artikel 2. Die Besatzungsmächte können gewisse Befugnisse an deutsche Stellen und von ihnen geschaffene Zonenorgane übertragen, die ihrer Kontrolle unterstehen, und diese Kontrolle kann auftrennen, was je und je von den Länderregierungen und Zonenorganen gewoben worden ist. (Beifall.)

Das, Genossen und Genossinnen, ist die wirkliche Verfassung, unter der wir heute leben. Es wäre aber falsch, wenn wir darüber nun billig ergrimmt und dies dem bösen Willen böser Besatzungsmächte zuschrieben. Daß dies so ist, ist die unausweichliche Konsequenz des Hitlerverbrechens. (Sehr gut!) Wenn ein Krieg wie dieser geführt wurde, und wenn er so geführt wurde, wie er geführt worden ist, dann kann man sich füglich nicht wundern, daß die Sieger mit diesem Deutschland, zum mindesten von der Organisationsseite her gesehen, so umgegangen sind, wie sie es getan haben.

Die Frage aber ist die, ob dieser Zustand, diese absolutistische Besatzungsverfassung notwendig so bleiben muß, wie sie heute ist, ob wirklich der Quartiermacher, ob wirklich der Wirtschaftskontroll-Offizier wesentliche Elemente einer deutschen Verfassung bleiben müssen. Ich glaube nicht, daß es notwendig so bleiben muß. Ich meine sogar, daß dieser Zustand notwendig geändert werden muß. Denn wie sollen wir unter der Taucherglocke einer absolutistischen Besatzungsverfassung einen demokratischen Rechtsstaat aufrichten können? (Sehr gut!)

Die Lösung ist nicht so schwierig, wie sie aussieht. Man kann sie in einem Satz zusammenfassen, der lautet: Die Besatzungsherrschaft muß rechtsstaatlich gemacht werden. Das kann nur dadurch geschehen, daß die Besatzungsmächte, die hier souverän sind, sich von sich aus, aus eigenem Entschluß, selbst beschränken, daß sie für ihre Dienststellen und für ihr Verhältnis zu den deutschen Stellen Reglements erlassen, in denen all das enthalten ist, was man seit rund 200 Jahren für das Essentiale eines rechtlich Gefügten, einer herrschaftlichen Organisation ansieht.

Aber dabei sollten sie eins nicht vergessen: das Recht ist unteilbar dem Wesen

nach. Man kann es nicht suspendieren in der Zeit, und man kann es nicht suspendieren im Raum. Man kann nicht sagen, wir suspendieren nun für einige Jahre das Recht, ohne damit die Idee des Rechts überhaupt zu vernichten. (Beifall.) Man kann nicht sagen, wir schließen wenigstens für Zeit bestimmte Gruppen von Menschen vom Recht aus und überlassen sie dem diskretionären, wohlwollenden -- meinetwegen -- Ermessen des Machthabers, ohne auch damit die Idee des Rechts für alle Zeiten zu verraten. (Sehr gut!)

Ein Besatzungsregime stellt sich rechtlich so dar, daß sich zwei Rechtsordnungen und zwei Hoheiten ineinander verschränken. Wenn man dieses Verhältnis nicht rechtlich gegeneinander absetzen kann, bleibt nichts anderes übrig, als daß das Recht des Stärkeren das Recht des Schwächeren aufhebt. Und wenn der Staat selber nicht als ganzes in das Recht eingebettet ist, dann kann er selber sich seinen Bürgern nicht im Rechte verhalten.

Wenn man also den deutschen Rechtsstaat will -- und wir wollen ihn so leidenschaftlich wie nur irgendeiner außerhalb Deutschlands -- dann ist der erste Schritt, der hier zu tun ist, der, daß zwischen der deutschen Rechts- und Hoheitssphäre und der Besatzungs- und Hoheitssphäre ein rechtlich bestimmtes Verhältnis hergestellt ist und nicht nur ein faktisches und bloß empirisches.

Das hat eine Reihe von Konsequenzen. Natürlich können wir den Alliierten nicht vorschreiben, in welchem Sinne sie ihre Besatzungsherrschaft ausüben sollen und für welche Zwecke. Die Bestimmung der Besatzungszwecke ist wohl ihre Sache und muß es bleiben. Aber sie sollten hier endlich zu einer klaren Definition dessen kommen, was sie unter dem Zweck ihrer Besatzung verstehen, und zwar zu einer so klaren Bestimmung, daß wir sie bei jeder Leistung, die sie von uns verlangen können, fragen können: Zeige uns den Titel vor, auf den Du Dein Verlangen stützt! (Beifall.)

Und weiter muß etwas geschehen, nämlich daß man ganz klar bestimmt, daß im Zweifelsfall die Vermutung zugunsten deutscher Kompetenzen spricht, und daß nur dort, wo im einzelnen bestimmt ist, daß nicht die deutschen, sondern die Besatzungsstellen kompetent sind, die deutschen Stellen nicht zuständig sind. Wenn es nämlich so bleibt wie bisher, dann muß fast in jedem Einzelfall das deutsche Organ in bitteren, aufreibenden und nutzlosen Kämpfen nachweisen, daß es berechtigt ist, zu handeln. Und so kann kein Staat geschaffen werden.

Weiter muß klar begrenzt sein, auf welche Fälle sich das eigene Gesetzgebungsrecht der Besatzungsmächte zu beschränken hat. Denn nur dann sind die deutschen Organe überhaupt in der Lage, etwas wie eine planmäßige Gesetzgebungsarbeit zu leisten. Es ist ja schrecklich zu sehen, wie heute Gesetze gemacht werden. Dort und drüben entstehen Gesetze wie Kraut und Rüben durcheinander, und kein Mensch ist mehr imstande, darin etwas von einer Planmäßigkeit, von einem System zu entdecken. Die Legislative ist doch nicht nur eine Technik, um von Fall zu Fall brauchbare Statuten zu schaffen, sondern die Legislative muß doch gerade unter der Idee des Rechtsstaates etwas wie eine Gesamtheit, durch ein planmäßiges Durcheinander gewobenes Netz von Recht schaffen können.

Schließlich muß sehr genau definiert werden, auf welche Einzelfälle das Recht der Besatzungsmächte beschränkt werden muß, durch eigene Verwaltungsmaßnahmen in deutsche Dinge eingreifen zu können, und die Uferlosigkeit der konkurrierenden deutschen und alliierten Kompetenzen muß weitgehend eingedämmt werden. Wenn nicht, verfallen wir langsam der administrativen Anarchie.

Es muß insbesondere klar abgegrenzt und ins Verhältnis gebracht werden die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit und der deutschen Gerichtsbarkeit. Wenn das nämlich nicht geschieht, wenn es so bleibt, wie es an manchen Orten der Fall zu sein scheint, dann ist es mit der Idee der Rechtssicherheit bei uns schlecht bestellt. Zum mindesten sollte eins geschehen: daß die Namen von Verhafteten innerhalb eines vernünftigen Zeitraumes den Länderregierungen mitgeteilt werden. (Lebhafter Beifall.)

Was ich hier ausgeführt habe, Genossinnen und Genossen, mag ein wenig theoretisch geklungen haben. Es ist aber nicht ein theoretisches Interesse, was mich

zum Sprechen brachte, sondern die praktische Not. Wir können ja nicht ordnungsgemäß wirtschaften, wenn nicht durch klare Abgrenzung der Zuständigkeit auf lange Zeiträume hin festgestellt werden kann, was wir produzieren, und was wir für uns produzieren oder was wir für andere produzieren müssen.

Und wir können bei uns in Deutschland nicht haushalten, wenn wir nicht vorher bestimmt die Kosten wissen, die die Besatzung machen darf. Wir müssen sehr bald dazu kommen, daß die Besatzungskosten uns in Pauschalbeträgen aufgegeben werden, die für lange Zeiträume gelten. (Sehr gut!) Nur wenn das der Fall ist, werden die Herren Intendanturräte der Besatzungsmächte das Rechnen lernen. Solange man Ausgaben machen und bei dem Herrn Finanzminister nachfordern kann, wird es keinem Zahlmeister einfallen, besonders genau zu kalkulieren. Wenn aber von vornherein feststeht, soundsoviel haben die Deutschen zu zahlen, dann werden die Wirtschaftsoffiziere der Truppen den spitzen Bleistift nehmen müssen, und das wird nicht nur uns gut tun, sondern den Besatzungsmächten selbst. (Sehr richtig!)

Es genügt, daß hier das Pauschalssystem eingeführt wird. Es muß auch eine Proportionalität zwischen Besatzungskosten und der Finanzkraft hergestellt werden. (Sehr gut!) Es geht doch auf die Dauer nicht an, daß die reinen Besatzungskosten in einer Reihe von Ländern ungefähr die Höhe des ordentlichen Haushalts erreicht haben. (Hört! Hört!) So kann nicht hausgehalten werden. Es muß hier eine Selbstbeschränkung erfolgen, etwa in dem Sinne, daß die Alliierten erklären: Pauschalbeträge in Höhe von soundsoviel Prozent des Steueraufkommens.

Es wäre darüber noch viel zu sagen. Aber ich habe meine Diskussionszeit schon überschritten, und bitte, mich zu entschuldigen. (Zuruf: Weiter!)

Der alte Zustand kann jedenfalls nicht bleiben. Die Besatzungsmächte müssen das erkennen, und sie müssen sich selbst beschränken zu unserer Rettung und zu ihrem Vorteil. Wir können das nicht unter Berufung auf Rechtstitel fordern. Man muß sich darüber klar sein, daß Berufungen auf die Haager Landkriegsordnung hier auch rechtlich betrachtet nicht sehr wirksam sein können. Aber die politischen Parteien, und insbesondere die SPD, würden ihre Pflicht versäumen, wenn sie nicht laut und vernehmlich ihre Stimme zu diesem Problem erheben. Auf der Länderstufe können diese Dinge nicht in Ordnung gebracht werden. Nur eine Regelung im deutschen Gesamtmaßstabe kann helfen, und darum muß sich um diese Dinge derjenige kümmern, der für ganz Deutschland zu sprechen legitimiert ist, und das sind heute die politischen Parteien.

Hierüber zu sprechen ist auch Arbeit an der deutschen Verfassung. Möchten alle es hören, die es angeht: Wenn es nicht gehört wird, dann wird ein wesentlicher Besatzungszweck, den die Sieger haben, der Besatzungszweck, der vielleicht der nutzbringendste von allen Zwecken sein könnte, nämlich die Demokratisierung Deutschlands, nicht erfüllt werden können. (Lebhafter Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Genossen und Genossinnen! Bevor wir in die Mittagspause eintreten, habe ich noch folgendes in Vorschlag zu bringen. Das Büro schlägt vor, daß nach Abschluß des Punktes 4 der Tagesordnung die Wahl des Parteivorstandes vorgenommen wird. Es muß unsere Aufgabe sein, die Arbeiten des Parteitages ordnungsgemäß zu Ende zu führen. Um das zu ermöglichen, schlagen wir vor, daß jetzt nach Eintritt der Pause die Verhandlungen um 3 Uhr wieder aufgenommen werden, und zwar bis um 7 Uhr. Dann sind wir gezwungen, um unser Ziel zu erreichen, heute abend von 9 bis 11 Uhr eine Abendsitzung anzusetzen. Es ist dies notwendig, wenn alle Fragen so behandelt werden sollen, wie es erforderlich ist. Wir wollen nicht, daß sich die Arbeiten morgen mittag zusammendrängen und alles Hals über Kopf erledigt werden muß. Morgen mittag um 1 Uhr wollen wir den Parteitag zum Abschluß bringen, damit die Genossinnen und Genossen die Möglichkeit haben, frühzeitig die Heimreise anzutreten. Darum schlagen wir vor, daß in dieser Weise verfahren wird. Erhebt sich gegen diesen Vorschlag ein Einwand? — Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Dann habe ich weiter bekanntzugeben: Alle Delegierten haben in ihren Mappen einen Fragebogen. Dieser Fragebogen soll bei Beginn der Nachmittagssitzung hier im Büro abgegeben werden.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluß der Vormittagssitzung 13,10 Uhr.)

Nachmittagssitzung

(Beginn 15 Uhr)

Annahme der Richtlinien für den Aufbau der deutschen Republik

Vorsitzender *Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Wir setzen unsere Beratungen fort, und zwar die Aussprache über das Referat des Genossen *Menzel*. Zur Diskussion stehen bei diesem Tagesordnungspunkt der Antrag Nr. 16 in der Vorlage Nr. 4 und der Antrag Nr. 48 in der Vorlage Nr. 8. In diesem Antrag Nr. 48 wird vorgeschlagen, die Richtlinien für den Aufbau der deutschen Republik anzunehmen. Der Wortlaut der Richtlinien befindet sich ebenfalls in der Mappe der Delegierten.

Das Wort hat jetzt der Genosse *Robert Görlinger*, Köln.

Robert Görlinger, Köln: Genossen und Genossinnen! Die Frage des Wahlrechts hat der Genosse *Menzel* behandelt und gesagt, er persönlich glaubt, daß eine Synthese zwischen Verhältniswahlrecht und Mehrheitswahlrecht zum Reichstag und zu den Landtagen als Ergebnis unserer Beratungen herauskommen wird. *Karl Schmid* sprach von einem modifizierten Verhältniswahlrecht. Ich persönlich bin, gerade aus den langen Kämpfen heraus, die wir in der Partei um das Wahlrecht geführt haben, der Auffassung, daß wir nicht so leicht von dem Verhältniswahlrecht abgehen sollten, um so mehr, als meines Erachtens durchaus die Möglichkeit besteht, auch im Rahmen des Verhältniswahlrechts Splitterparteien zu unterbinden. Man kann meines Erachtens das Wahlrecht nicht aus der Perspektive von Schleswig-Holstein betrachten. Dann müßte man auch nach Nordrhein-Westfalen und nach Niedersachsen sehen. Es wird doch von dem Standpunkt aus betrachtet werden müssen, den wir Sozialdemokraten vertreten haben, der Wertung jedes einzelnen als gleichberechtigter Wähler.

Was mich aber veranlaßt hat, mich zum Wort zu melden, ist vor allem die Frage der Grundlagen des Staatsaufbaues. Wir haben nach dem Zusammenbruch erlebt, daß der erste Aufbau von der Gemeinde her wieder begonnen hat. Und wir als Sozialdemokraten wissen, daß auch dort die Grundlagen einer freien Selbstverwaltung unter allen Umständen gesichert werden müssen. Wir waren es, die für die Gemeinde, die Selbstverwaltung gekämpft haben, und diese freie Gemeinde, die sich auf demokratischem Wahlrecht aufbaut, die nur an die Gesetze des Staates gebunden ist, muß meines Erachtens auch wieder die Grundlage des Staatsaufbaues darstellen, um so mehr, als die Gemeinde, wenn wir die Dinge geschichtlich betrachten, ja vor dem Staat da war. Es ist selbstverständlich, daß alle Gemeindepolitik auch auf das ganze ausgerichtet sein muß, und gerade da glaube ich, daß sich aus der Gemeindepolitik heraus nicht nur im Lande, sondern sehr oft auch im Reich Ergänzungen finden werden und man so aus einer Eigenheit heraus von selbst reichsbejahend wird. Voraussetzung dafür sind die Forderungen, die sich auch jetzt wieder herausstellen: Übertragung von Reichsbefugnissen und Funktionen, die heute noch beim Staat ausgeübt werden, auf die Gemeinden. Alles, was in der Gemeinde erledigt werden kann, muß ihr als Funktion zugeführt werden, und wir sehen, daß selbst unsere Freunde sehr leicht, wenn sie in Funktionen als Minister kommen, schnell ihre Meinung wandeln, und dann vom Lande aus nun auch die Selbstverwaltung zentralistisch nicht so fördern, wie sie es vorher getan haben, solange sie Oberbürgermeister oder Beigeordnete waren.

Es muß das erreicht werden, was wir 1919—1933 nicht erreicht haben, daß wir

zu einer einheitlichen Verfassung für Stadt- und Landgemeinden kommen, eine Forderung, die wir damals stärkstens vertreten haben und die auch heute wieder Gültigkeit hat. Meines Erachtens kann auch nur das Einkammersystem mit der Gemeindevertretung als leitende Verwaltungsinstanz von uns herausgestellt werden. Die Verwaltung selbst wird kraft Auftrages der Gemeindevertretung geführt werden müssen. Die Wahl der Beamten durch die Gemeindevertretung ist durch Ortsgesetze zu regeln. Die leitenden Beamten sind auf Zeit zu wählen. Da müssen wir im Gegensatz zu der englischen Auffassung meines Erachtens absolut an unserer Programmatik von vor 1933 festhalten, die auch noch heute voll ihre Gültigkeit hat.

Eine weitere Forderung, die ich für notwendig halte, ist, daß in die Gemeindeordnung auch Volksbegehren und Volksentscheid für die Gemeinden mit aufgenommen werden, vor allen Dingen über die Auflösung der Gemeindevertretung und über den Erlaß von Ortsgesetzen. Nicht in das Volksbegehren einzubeziehen sind Fragen der Haushaltsberatung, der Steuer- und Abgabenordnung. Gerade die Schweiz hat mit diesem Volksbegehren und Volksentscheid in der Gemeindepolitik außerordentlich gute Erfahrungen gemacht. Wir sind nach 1919 nur zögernd in den vielen Gemeindevertretungen innerhalb Deutschlands auf diese Frage eingegangen. Ansätze dafür waren aber in den verschiedenen Ländern vorhanden. Sachsen, Thüringen, Bremen usw. hatten solche Ansätze gehabt.

Meines Erachtens muß auch die Beseitigung der das Wahlrecht einschränkenden Bestimmungen gefordert werden. Ich weiß, daß die Wahl der Flüchtlinge, die Wahl der Emigrierten, die Wahl der landwirtschaftlichen Arbeiter in den Gemeinden dort hemmend wirkt. Aber auch diese Periode des Flüchtlingszustroms ist im wesentlichen abgelaufen, und wir haben ein großes Interesse daran, daß auch diese neue Struktur der Gemeinden in der Gemeindevertretung zur Geltung kommt, weil ich der Meinung bin, daß gerade diese demokratischen Kräfte, die in den Gemeinden, vor allen Dingen in die ländlichen Gemeinden, eingeflossen sind, durchaus schöpferisch in den Gemeindevertretungen wirken werden, um auch dort Neues zu schaffen.

Die Straflosigkeit von Äußerungen in Ausübung ihres Amtes muß auch für die Gemeindevertreter herausgestellt werden.

Meines Erachtens darf auch nicht wieder das Bestätigungsrecht für die Gemeindebeamten und für die Beigeordneten und Oberbürgermeister vom Staat oder den Ländern ausgeübt werden. Die Beseitigung dieses Bestätigungsrechtes haben wir auch früher schon gefordert. Wir sehen, daß das jetzt alles wieder von den Ländern aus angestrebt und durchgeführt wird. Meines Erachtens haben wir zu fordern: Beschränkung der Staatsaufsicht auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte. Wir werden sicher im kommenden Kalenderjahr auch unsere kommunalpolitischen Forderungen in geschlossener Form wieder zur Debatte stellen müssen, um innerhalb der Gesamtpartei unsere Tätigkeit im Gemeindeaufbau, in der untersten Zelle des Staates, einheitlich auszurichten. Es wird unsere Aufgabe sein, in dem Jahr, das vor uns liegt, diese Arbeit zu leisten, und ich bin überzeugt, daß es uns gelingen wird, aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit über die Ländergrenzen hinaus solche einheitlichen Auffassungen mindestens für die drei Westzonen herauszuarbeiten. Vergessen wir nicht, daß Zehntausende sozialdemokratischer Vertreter heute in den Gemeindevertretungen tätig sind und daß, wenn sie einheitlich arbeiten, darin eine ungeheure Macht liegt.

Das Wort Gemeindegemeinschaft war uns ein fester Begriff geworden. Die Genossen Lindemann, Südekum, Paul Hirsch, um nur einige zu nennen außer den Tausenden von kommunalpolitisch tätigen Genossen, hatten damals feste Begriffe geformt. In den Richtlinien, die jetzt zur Annahme empfohlen werden, ist die Selbstverwaltung sehr knapp weggekommen. Es wird unsere Aufgabe sein, diese zwei, drei Sätze mit Leben auszufüllen im kommenden Jahr. Ich erinnere nur daran, daß wir ein Kommunalisierungsgesetz als eine der Forderungen herausstellen müssen, wodurch den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, auch die Kommunalisierung jetzt vorwärts zu treiben. Versorgungs- und Verkehrsbetriebe sind heute keine Streitfrage mehr. Aber die Entwicklung der Sparkassen zur Stadt-

bank ist eine Frage, die vor uns steht. In Berlin ist sie ja im Fluß oder, glaube ich, schon gestaltet. In der übrigen Westzone haben wir kaum angefangen. Vergessen wir nicht, daß die Sparkassen und die Girozentralen im Bankwesen einen Sektor darstellten, der gegenüber den Privatbanken mehr als die Hälfte betrug. Er trat durch seine Zerspaltung nur nicht in Erscheinung. Wir sehen jetzt, daß die Privatbanken die Situation benutzen, um sich wieder allein Rechte zu verschaffen, die auch auf die Stadtbanken und die Girozentralen ausgedehnt werden müssen.

Ich denke daran, daß die Gemeindefinanzpolitik vorbildlich sein kann und vorbildlich sein muß, daß die Schul- und Kulturpolitik in den Gemeinden etwas Schöpferisches darstellt, daß Wohlfahrtswesen und Jugendfürsorge, Grundstücks- politik, Wohnungs- und Siedlungswesen, eine systematische Planung des Neubaus unserer Städte, Kleinstädte und Dörfer Fragen sind, die das Gesicht der Zukunft mitgestalten werden. Aber auch für diese Aufgaben müssen wir es den Gemeinden ermöglichen, im Rahmen des Ganzen eine Finanz- und Steuerpolitik zu treiben, die die Grundlage für die Durchführung solcher Aufgaben der Selbstverwaltung bildet. Wir wissen, daß gerade bei der Finanz- und Steuerpolitik die Gemeinden oft Stärkeres leisten als die Länder, weil dort der Ausgleich herbeigeführt werden muß, da der in den Ländern nicht herbeizuführen ist.

Genossinnen und Genossen! Ich stelle das nur mit Stichworten heraus, weil das Thema selbst ja viel eingehender erörtert werden müßte. Wir sind uns aber bewußt, daß der Staatsbürger der Gemeinde am nächsten steht, daß er tausendfach mit ihr in Berührung kommt und die Gemeinde und ihre Selbstverwaltung eine Schulung in der Demokratie darstellt, sowohl für den Bürger als auch für den Gemeindevertreter. Darum muß meines Erachtens die Sozialdemokratie wieder wie in der Vergangenheit für den Ausbau und die Sicherung der Selbstverwaltung der stärkste treibende Motor sein. Denn nur so werden wir in der Lage sein, Länder und Reich zu einem großen organischen Aufbau zu gestalten und der wahren Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Wort hat der Genosse *Andreas Gayk*, Kiel.

Andreas Gayk, Kiel: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Der Genosse *Menzel* hat heute vormittag über das Gesamtproblem des Aufbaus einer deutschen Republik gesprochen. Der Antrag 16 über das Wahlrecht, den ich zu begründen habe, beschäftigt sich nur mit einem Teilproblem dieses Aufbaus der Republik, nämlich mit der Technik einer gesunden Demokratie. Ich glaube, für uns alle ist es klar, daß dem Bekenntnis zum modifizierten Mehrheitswahlrecht, das der schleswig-holsteinische Antrag verlangt, ein gründlicher Meinungsaustausch innerhalb der Parteipublizität vorhergehen muß. Dieser Meinungsaustausch ist auf dem heutigen Parteitage nur begrenzt möglich. Deshalb sind wir einverstanden, daß unser Antrag nach dem Vorschlag des Vorstandes dem Verfassungspolitischen Ausschuß überwiesen wird. Wir wären mit diesem Vorschlag nicht einverstanden, wenn diese Überweisung einem Begründungsausschuß erster Klasse gleichkäme. Ich glaube, unsere Sozialdemokratische Partei kann und darf vor einem solchen wichtigen politischen Problem nicht den Kopf in den Sand stecken. Der Zweck unseres Antrages war und ist, die Diskussion über die Wahlrechtsreform innerhalb der Sozialdemokratischen Partei endlich einmal in Gang zu bringen.

Wir sind uns dessen wohl bewußt, daß der ganzen Diskussion, sowohl der über den Aufbau der deutschen Republik wie auch der über das kommende Wahlrecht, etwas Fiktives anhaftet. Diese Diskussion ist genau wie unsere gesamte deutsche Politik von den weltpolitischen Machtkämpfen überschattet. Denn es einmal aus Deutschland wird, das wird weniger von unserer eigenen Einsicht, sondern mehr von den Entscheidungen abhängen, die in London gefällt werden. Diese Politik des Als-ob, die wir heute in Deutschland treiben müssen, nimmt jedoch dem Problem, das uns beschäftigen soll, gar nichts von seiner inneren Dynamik, und sie entbindet eine sozialdemokratische Partei nicht von dem Zwang, die geistige Vorarbeit für den Aufbau einer wirklich arbeitsfähigen Demokratie zu leisten. Ich glaube, es ist höchste Zeit, den Konservatismus im politischen Leben Deutsch-

lands zu überwinden. Diesen Konservatismus gibt es nicht nur auf der Rechten, und es gibt ihn auch nicht nur bei den Doktrinären ganz links von uns, diesen politischen Konservatismus gibt es auch in der Sozialdemokratischen Partei. Auch bei uns gibt es Leute, die bereit sind, jeden politischen Leichnam zu konservieren, der dadurch geheiligt worden ist, daß er im Kommunistischen Manifest oder im Erfurter Programm einmal erwähnt wurde.

Über die Bedeutung des Wahlrechts für eine kompromißlose Pölkilk, wie der Genosse *Ollenhauer* sie in seinem Referat gefordert hat, haben die letzten Landtagswahlen, wie mir scheint, allen denen, die Augen im Kopfe haben, so etwas wie einen politischen Anschauungsunterricht erteilt. Sie haben bewiesen, daß das Verhältniswahlrecht ein sehr fragwürdiges Mittel zum Aufbau einer arbeitsfähigen Demokratie ist. Ich glaube, es war kein sehr erhebendes Schauspiel, den Zangen-geburten der Regierungsbildung in den Ländern zuzusehen. Eine reine Freude hat in dieser Beziehung sicher nur die Regierungsbildung in Schleswig-Holstein hervorgerufen. Aber Schleswig-Holstein hatte ein modifiziertes Einmann- und Mehrheitswahlrecht. Die sogenannten Koalitionskabinette oder auch das Allparteienkabinet in Niedersachsen hat einer, der noch boshafter ist als ich, als politische Sodomie bezeichnet. Auch ich halte es für widernatürliche politische Unzucht, wenn einem Kabinet außer Sozialdemokraten auch, nun, etwa ein Herr Loritz angehört. (Beifall.) Auch ein Allparteienkabinet wie z. B. in Niedersachsen, das im Stil eines Weltreiches gleich drei Minister ohne Geschäftsbereich enthält, wird kaum dazu beitragen, das Vertrauen der Wähler zur parlamentarischen Demokratie zu stärken. Niedersachsen hätte sicher besser daran getan, genau wie Schleswig-Holstein ein modifiziertes Mehrheitswahlrecht zu schaffen. Dann hätte es nämlich genau wie wir eine sozialistische Mehrheit bekommen. (Zustimmung.)

Schleswig-Holstein hat, wie Sie alle wissen, ein solches modifiziertes Mehrheitswahlrecht, das ganz bewußt die großen Parteien begünstigt und damit die Arbeitsfähigkeit des Parlaments außerordentlich erhöht. Mit 44 Prozent aller abgegebenen Stimmen hat die Sozialdemokratische Partei knapp 60 Prozent der Mandate erungen. Innerhalb von acht Tagen hatte Schleswig-Holstein ein arbeitsfähiges, und zwar diesmal ein sozialistisches Kabinet, und es hätte dieses Kabinet genau so gut innerhalb von acht Stunden haben können.

Es ist nun eingewendet worden, daß die Wahlen auch in Schleswig-Holstein eines Tages einmal anders ausgehen können. Das wissen wir ebensogut wie jeder andere. Aber was bewirkt denn das? Warum soll eine Partei wie die Sozialdemokratische nicht das Schwarzbrot der Opposition wieder essen, wenn die Zelten es so mit sich bringen? Ich glaube, das ist bekömmlicher als der übel-schmeckende Brei mancher Koalitionsregierungen, die wir heute sehen. (Beifall.) Dies modifizierte Mehrheitswahlrecht, für das wir Schleswig-Holsteiner heute auf diesem Parteitag eine Lanze brechen möchten, hat also nicht nur die Geburtswehen der Regierungsbildung ganz wesentlich abgekürzt. Es wird — das wird die Zukunft beweisen — die Arbeitsfähigkeit jedes Parlaments ganz außerordentlich erhöhen. Diese praktischen Vorteile wiegen nach meiner Überzeugung alle theoretischen Vorzüge des Verhältniswahlrechts auf.

Die Anhänger des Verhältniswahlrechts halten dieses für eine unwiderlegbare Forderung der Gerechtigkeit, während sie das Mehrheitswahlrecht so etwas über die Schulter als eine Forderung politischer Zweckmäßigkeit ansehen. Der Genosse *Menzel* hat hier eine Formulierung von der Gleichwertigkeit aller Stimmen gebraucht. Ich glaube, das ist wohl ein verstecktes Bekenntnis zum Verhältniswahlrecht. Denn ich sehe nicht ein, was eine solche Formulierung anderes bedeuten könnte. Diese seltsame Auffassung, daß ein Einmann- und Mehrheitswahlrecht nur der reinen Zweckmäßigkeit diene, hat Professor *Rudbruch* kürzlich in einem sehr lesenswerten Aufsatz über die Erneuerung des Rechts in der „Wandlung“ bestritten. „Wahlen“, so sagt Professor *Rudbruch* mit Recht, „haben nicht den Zweck, die politischen Glaubensbekenntnisse der Wähler widerzuspiegeln. Die Wahlen haben eine praktische Aufgabe. Sie haben nämlich die Aufgabe, die besten Voraussetzungen für eine Regierungsbildung zu schaffen. Und unter diesem Ge-

sichtswinkel“, so sagt Professor Radbruch, „ist es nicht nur unzweckmäßig, unter diesem Gesichtswinkel ist es auch ungerecht, den großen und regierungsfähigen Parteien und den kleinen Splitterparteien die gleichen Chancen zu gewähren.“ Ich glaube, niemand wird bestreiten, daß in den Koalitionsregierungen eben diese Splitterparteien einen weit größeren Einfluß ausüben, als ihnen zahlenmäßig überhaupt zukäme. (Zustimmung.) Meine Meinung und die Meinung der schleswig-holsteinischen Delegation ist: das Verhältniswahlrecht erzwingt faule Kompromisse, das Verhältniswahlrecht begünstigt Koalitionen, in denen jede Partei ihre Hauptaufgabe darin sieht, die andere Partei an jeder schöpferischen Arbeit zu hindern. (Zustimmung.) In der Stille solcher Koalitionskabinette muß jede parlamentarische Demokratie verkümmern. Diese Kabinette sind schon von Geburt zur Untätigkeit und zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Was wir heute in Deutschland angesichts dieser beängstigenden Situation brauchen, sind arbeitsfähige Regierungen auf der einen Seite und eine verantwortungsbewußte Opposition auf der anderen Seite. (Beifall.) Dabei ist es ganz gleichgültig, ob diese Opposition jeweils die CDU oder auch einmal die Sozialdemokratische Partei wäre.

Der Genosse Menzel hat in seinem Vortrage einige Ausführungen gegen die unechten Mehrheiten gemacht und Sicherheiten verlangt gegen die Möglichkeit, daß eine Oppositionspartei zur Linken mit der zur Rechten sich verbündet und eine Mehrheit gegen die Regierung erreicht. Praktisch hat er also einem geschäftsführenden Kabinett ohne eine parlamentarische Mehrheit das Wort geredet. Kabinetten, wie wir sie in der Vergangenheit häufig genug erlebt haben. Ich glaube, er könnte sich seine ganzen Sorgen um die Verfassungsbestimmungen sparen, wenn er einfach klare Mehrheiten in den Parlamenten schafft. Dann brauchen wir nämlich solche Sicherheitsventile überhaupt nicht mehr. Es ist richtig, was der Genosse Menzel sagt, daß wir eine vernünftige Synthese zwischen dem Mehrheitswahlrecht und dem Verhältniswahlrecht brauchen. Aber diese Synthese kann nicht so geschaffen werden wie in Nordrhein-Westfalen (Glocke), wo die Vorteile des Mehrheitswahlrechts praktisch aufgehoben werden auf dem Umwege über die Umrechnung der Reststimmen. Ich glaube, man kann einen feurigen Araberhengst und einen alten Ochsen vor denselben Wagen spannen, aber man kann nicht verlangen, daß man in diesem Wagen gut fährt. Nur alte und ausgediente Klepper werden sich vor einem solchen Regierungskarren wohlfühlen. (Beifall.) Ich glaube, in solchen revolutionären Zeiten, wie wir sie heute haben, wo das Tempo der Entwicklung wesentlich beschleunigt wird, da kann eine Partei ihre Politik nicht den ausgedienten Politikern anvertrauen. (Zustimmung.)

Es liegt mir vollständig fern, die Weltgeschichte zu vereinfachen und etwa den Eindruck hervorzurufen, als ob die Weimarer Republik allein an dem Verhältniswahlrecht zugrunde gegangen sei. Aber daß das Verhältniswahlrecht eine wesentliche Ursache dieses Zusammenbruchs gewesen ist, das glaube ich, sollten wir alle inzwischen begriffen haben. Durch die Vielzahl von Parteien hat sich die Weimarer Republik zu Tode regiert. Ich glaube, wir hätten Ursache, aus diesen Fehlern zu lernen und Verbesserungen innerhalb unseres künftigen Wahlrechts einzuführen, wie wir sie beispielsweise in Schleswig-Holstein vorgefunden haben. Wir erreichen damit zum ersten, daß die großen Parteien begünstigt werden — und das ist u. a. immer die Sozialdemokratie —, und daß die Regierungsbildung wesentlich erleichtert wird. Wir erreichen zum zweiten, daß wir zu echten politischen Verantwortlichkeiten kommen in demselben Augenblick, wo wir die Besatzungsmächte nicht mehr in Deutschland haben. Und wir erreichen drittens, daß die Anonymität der politischen Führung beseitigt wird und daß politische Persönlichkeiten auch den Weg in die große Politik finden können. Heute weiß doch kein Mensch während einer Wahl, wer dann morgen als Ministerpräsident auftauchen wird und wem er sein Schicksal in die Hand gelegt hat. Seht einmal nach England herüber, wie das dort vor sich geht. Da weiß jeder Wähler, wer morgen seine Geschäfte führt, und zwar in demselben Augenblick, wo er seine Stimme abgibt. Die Entwicklung der Parteien — und das ist ein weiterer Vorzug dieses Wahlrechts — wird systematisch in eine Richtung gedrängt, die die Bildung von Splitterparteien verhindert.

Ich weiß sehr wohl, daß Genossen, wie beispielsweise *Görlinger*, die aus dem Rheinland oder etwa aus Süddeutschland sind, mit dem Einwand kommen können, daß wir den politischen Gegnern die Macht in die Hände spielen wollten; denn sie hätten ja gegenwärtig den Vorteil eines solchen Wahlrechts. Aber ist diesen Genossen noch nicht klar geworden, daß man mit dem Verhältniswahlrecht diesen trostlosen Zustand in ihren Ländern verewigt? (Sehr richtig!) Ich glaube, die Koalitionen, wie wir sie in diesen Ländern haben, dokumentieren doch nichts als die politische Ohnmacht der Sozialdemokratie. Da wäre es schon besser, eine klare, verantwortliche Opposition zu führen und die Regierungspartei innerhalb der Regierung zu verschleifen und uns nicht die Möglichkeit zu verbauen, auf Grund einer klaren Opposition morgen das Vertrauen der Wähler zu haben und an die Regierung zu kommen. (Glocke.)

Ich schließe mit einer Formulierung, die Genosse *Schumacher* gebraucht hat. Er meinte, es sei an der Zeit, die Eierschalen auf sehr vielen Gebieten abzustreifen. Mir scheint, zu diesen falschen Ideologien, die wir haben, gehören auch bestimmte Vorstellungen über die Technik und das Funktionieren einer arbeitsfähigen Demokratie. Aber man soll es nicht so machen, wie es der Genosse *Menzel* heute vorgeschlagen hat, d. h. waschen, ohne ihn naß zu machen. Er hat selber davon gesprochen und ist sogar davon ausgegangen, daß der Zusammenbruch in Deutschland eine gewisse Abkehr von der Diktatur geschaffen hat — von den Zuneigungen für diktatorische Experimente —, und daß wir also nach dieser Seite hin gewisse Möglichkeiten politischer Entwicklung hätten. Nun, in den zwei Jahren, die hinter uns liegen, sind diese Möglichkeiten schon zu einem erheblichen Teil verschüttet, und das Erziehungsexperiment, das man mit dem deutschen Volke gemacht hat, hat in einer Erziehungskatastrophe geendet. Ich glaube, wir würden die Reste dieses Vertrauens zur neuen Demokratie durch eigene Schuld aufs Spiel setzen, wenn wir jetzt auch noch die parlamentarische Demokratie durch ein falsches Wahlrecht zum Gespött der Leute machen würden. Ich glaube also, die Sozialdemokratie soll ihre Eierschalen abwerfen. Sie soll nicht Hundert Jahre rückwärts sehen und nachlesen, was im Erfurter Programm oder im Kommunistischen Manifest steht. Sie soll ihre Richtlinien für die Politik aus der gegenwärtigen Situation ableiten. Deshalb plädieren wir Schleswig-Holsteiner für die Einführung eines modifizierten Mehrheitswahlrechts. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Als letzter Redner hat der Genosse *Jakobi*, Iserlohn, das Wort.

Werner Jakobi, Iserlohn: Genossinnen und Genossen! Der Genosse *Gayk* hat gute Gründe für den Antrag der Schleswig-Holsteiner angeführt, die dahin tendieren, für ein Mehrheitswahlrecht einzutreten. Der Genosse *Görlinger* hat vor ihm die Bemerkung gemacht, man dürfe die Frage des Wahlrechts nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer regionalen Augenblickssituation sehen, und er hat damit fraglos auf die Verhältnisse in Schleswig-Holstein abgezielt, wo wir auf Grund des Mehrheitswahlrechts imstande waren, sozusagen im Sekundentempo eine arbeitsfähige Regierung zu bilden.

Die Stellungnahme des Genossen *Görlinger* geht von einer anderen regionalen Situation aus, von der Situation in Nordrhein-Westfalen, über die der Genosse *Gayk* sich aus dem ruhigen Port der Kieler Lager eine überlegene Bemerkung gestalten zu sollen glaubte. Aber würden wir das Prinzip, das der Genosse *Gayk* mit solcher Vehemenz verteidigt, nun auch auf die Bezirke ausdehnen, in denen nicht derartige Mehrheitsverhältnisse möglich sind, wie dies in Schleswig-Holstein der Fall ist, dann würde sich mancherorts eine Folge von Jahren ergeben, in denen wir zwar in einer möglicherweise fruchtbarer Opposition arbeiten könnten, in denen wir aber kaum einen entscheidenden Einfluß zu nehmen vermöchten auf die Beobachtung und Behebung einer Gefahr, die vielleicht die wesentlichste des Augenblicks ist, nämlich die der Bürokratie in Staat und Verwaltung.

Der Genosse *Gayk* hat von den ausgedienten Kleppern vor dem Regierungs-

wagen gesprochen und hat damit wiederum das Vergnügen gehabt, auf andere Bezirke Bezug nehmen zu dürfen als auf den, über den und für den er spricht. Ich möchte hoffen, daß die Vollblutrenner vor dem Regierungswagen in Schleswig-Holstein das ihnen anvertraute Vehikel gut durch die Schlaglöcher hindurchmanövrieren werden, die die Bürokraten ihnen in den Weg legen werden. (Zustimmung.)

Der Genosse Gayk hat davon gesprochen, man dürfe die Dinge nicht vereinfachen. Ich glaube, er läuft ein wenig Gefahr, dies selbst zu tun. Denn die schleswig-holsteinischen Verhältnisse lassen sich im Augenblick nur schwer auf die Verhältnisse in anderen Ländern ohne Schaden für unsere Sache übertragen.

Im übrigen — der Genosse Schmid war es wohl, der als erster Diskussionsredner ein Wort von Ferdinand Lassalle zitierte — ist es gut, wenn man sich der Rede über Verfassungswesen und einiger anderer Sentenzen entsinnt, die Ferdinand Lassalle im vergangenen Jahrhundert sprach, und daß man immer wieder daran erinnert, daß es die realen Machtverhältnisse sind, mit denen wir fertig werden müssen. Die Frage des Wahlsystems kann nicht nur aus der Augenblickssituation gesehen werden. Sie kann nur betrachtet, gewertet und gelöst werden, wenn man sie in die Gesamtsituation einbezieht, wenn man auch die soziologischen Verhältnisse der Jetztzeit betrachtet und im übrigen die harte politische Realität unserer Tage betrachtet, über die sowohl der Genosse Menzel wie der Genosse Schmid außerordentlich treffende Ausführungen gemacht haben.

Wir wollen uns vor einer Gefahr hüten: zu glauben, daß eine Regierung, die sozialdemokratisch intentioniert ist, deshalb eher Regierung ist, als etwa eine unter den Einflüssen der CDU stehende Regierung. Heute ist eine Regierung in allen Ländern Deutschlands eine recht problematische Angelegenheit. Bei der Gesamtbetrachtung der Frage müssen wir davon ausgehen, daß es propagandistisch und politisch notwendig ist, immer wieder der Bevölkerung und der Wählerschaft darzutun, daß echte politische Entscheidungen im Augenblick von uns überhaupt nicht getroffen werden können, daß wir uns im Zustand des Laborierens befinden. Wir müssen uns auch bei der Formulierung gewisser Fragen, bei der Einbringung von Gesetzen, bei der politischen Arbeit in Regierung und Verwaltung geflissentlich davor hüten, in irgendwelchen Kreisen der Bevölkerung die Meinung aufkommen zu lassen, als wenn wir auch nur über eine Scheinsouveränität verfügten. (Zustimmung.) Es ist notwendig, den harten Tatsachen der Gegenwart ins Auge zu sehen. Es ist notwendig, sie völlig undogmatisch zu betrachten und sich vor der Gefahr hüten, stolz zu werden auf irgendeinen Erfolg, zumal man bei einer nüchternen Betrachtung der Dinge ohne weiteres zugeben muß, daß jeder Erfolg heute auf der Regierungsebene recht problematisch ist.

Es sind heute gute und kluge Worte über die Notwendigkeit einer Abgrenzung der Befugnisse der Deutschen gegenüber der Besatzungsmacht gesprochen worden. Das ist die entscheidende politische Aufgabe unserer Tage, und dieser Aufgabe müssen wir unsere ganze Energie, unseren Elan und unsere Arbeit widmen. Wenn es uns gelingt, in der Bevölkerung immer mehr das Verständnis für unsere grundlegenden Forderungen und Pläne für Gegenwart und Zukunft zu wecken, wenn wir dabei aber in gleicher Weise herausstellen, daß wir im Augenblick nicht in der Lage sind, den Siegermächten nun ohne weiteres Referenz zu erweisen für das problematische Geschenk einer Scheindemokratie, über die wir heute verfügen, sind wir auf dem richtigen Wege.

Gewiß wird es notwendig sein, daß klare Entscheidungen getroffen werden. Sie können nur getroffen werden, wenn wir die Diskussion nicht nur formal führen, sondern wenn wir sie unter Beachtung der lebendigen politischen Gegenwart führen, d. h. unter Beachtung der Schwierigkeiten, mit denen wir es zu tun haben. Wir wollen diese Schwierigkeiten zu beheben versuchen, und wir können sie beheben, wenn ein aktiver politischer Wille in uns lebendig ist. Aber die Frage des Wahlsystems ist nur ein Teilproblem bei diesen Aufgaben. Hüten wir uns davor, diese Frage regional zu sehen oder regional zu lösen. Es wäre eine Spottgeburt, wenn wir es erreichen würden, mit einer Besatzungsmacht in diesem oder jenem

Land eine Lösung zu treffen, die vielleicht der Situation dieses Landes entspricht, wenn wir uns aber entgegenhalten lassen müßten, daß wir nicht auf dem Wege der Einheit, sondern auf dem Wege der Aufspaltung sind. Wir müssen alle diese Fragen schließlich auch als gesamtdeutsche Fragen sehen. Deshalb ist es gut, daß die Genossen von Schleswig-Holstein soviel Einsicht an den Tag legen, daß sie mit einer Beratung ihres Antrags in dem dafür zuständigen Ausschuß der Partei einverstanden sind.

Es kommt darauf an, sich darüber klar zu sein, daß die Politik nicht immer nur von den Akteuren getrieben wird, die auf dem Podium stehen; manchmal sind die wahren Drehbuchautoren im Schatten eines Dschungels verborgen. Eine neue Demokratie kann nur politisch lebendig werden, wenn nicht nur demokratisch regiert und geführt, sondern wenn sie auch demokratisch verwaltet wird. Wir wollen deshalb unser Augenmerk darauf richten, nicht nur sozialdemokratische Regierungen oder solche Regierungen zu erhalten, auf die die Sozialdemokratie einen gewissen Einfluß zu nehmen in der Lage ist, sondern wir wollen all den Genossen, die in einer solchen Regierung tätig sind, immer wieder ans Herz legen: Schaut Euch die Mitarbeiter an, die ihr zum Teil zwangsläufig übernehmen müßt, und denkt daran, daß der Erfolg Eurer Arbeit nicht nur von Euerem Willen abhängt, sondern von dem Willen derer, die Euch als Ministerialbeamte oder in sonstigen Funktionen der Regierung oder Verwaltung zur Seite stehen. Wenn das beachtet wird, wenn wir wirklich dazu kommen, eine neue Schicht der Beamten- und Angestelltenschaft in unserem Geiste und in unserem Sinne zu erziehen, werden wir in den Stand gesetzt sein, den Regierungswagen ohne Panne zu steuern. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Jetzt hat der Genosse *Dr. Walter Menzel* das Wort zu seinem Schlußwort.

Dr. Walter Menzel: Genossinnen und Genossen! Ich darf mich auf die eine Frage in meinem Schlußwort beschränken, die Frage des Wahlrechts, und darf vorausschicken, daß es wohl das Richtige wäre, diese Frage dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen, und zwar unter Erweiterung seiner jetzigen Mitglieder durch Vertreter des reinen oder des modifizierten Mehrheitswahlrechts, damit im Rechts- und Verfassungsausschuß die Gesichtspunkte dieser Genossen zur Geltung kommen können. Wir werden auch die Frage des Wahlrechts, weil sie wichtig geworden ist, als nächsten Punkt unserer Beratung nehmen.

Nun zu der Frage des Wahlrechts. Zweifellos wäre es ideal, wenn der Wille des Volkes in allen zur Entscheidung stehenden Fragen durch eine unmittelbare Abstimmung ermittelt werden könnte. Das wäre eigentlich die klarste, reinsto Form der Demokratie. Die klare Mehrheit würde dann entscheiden, und jede Stimme, die abgegeben ist, würde auch das gleiche Gewicht haben. Die Gleichheit des einzelnen bei der politischen Willensbildung wäre dann gewahrt, und gerade auf diese gleiche Wertung des Menschen im politischen Leben kommt es meines Erachtens an. Ich vermag nicht einzusehen, warum dieses Prinzip der Gleichheit bei der politischen Willensbildung plötzlich dann nicht mehr gelten soll, wenn wegen der Größe des Landes oder wegen der Vielzahl der Wahlkreise eine direkte Wahl und Abstimmung durch die Gesamtbevölkerung nicht mehr technisch durchführbar ist. Ich vermag nicht einzusehen, warum eine technische Unzulänglichkeit zu anderen politischen Prinzipien führen soll. Könnte man Deutschland in einen einzigen Wahlkreis zusammenfassen, so wäre dieser Streit heute müßig. Nur die notwendige Vielzahl der Wahlkreise bringt eigentlich dieses Problem. Was aber hat, frage ich Sie, die Anzahl der Wahlkreise mit den Grundsätzen der Stimmenbewertung zu tun?

Wir werden in der künftigen Verfassung, wie ich heute vormittag gesagt habe, in bestimmten Fällen auch die Möglichkeit eines Volksentscheides vorsehen müssen. Hier hat jede Stimme die gleiche Bedeutung. Warum soll das nicht gelten, wenn der Wähler nicht unmittelbar, sondern durch einen Abgeordneten entscheiden muß? Wir Sozialisten fordern — das habe ich heute früh schon angedeutet — seit jeher die Gleichheit vor dem Gesetz, die gleichen Ausgangspunkte für jeden in der Wirt-

schaft, die gleiche Fürsorge im Arbeitsprozeß. Daher ist es nicht nur nicht folgerichtig, es würde vielmehr jeder wirklichen demokratischen Idee widersprechen, nur und ausgerechnet bei der wichtigsten Frage, nämlich der politischen Willensbildung, diesen Grundsatz der Gleichheit zu verlassen.

Dieser Grundsatz muß daher oberstes Gesetz bei allen unseren Überlegungen auf diesem Gebiete sein. Er wird aber nicht bei einem reinen Mehrheitswahlrecht erreicht, sei es ausländischer, sei es innerdeutscher Prägung. Denn bei dem Mehrheitswahlrecht ist grundsätzlich immer, man kann wohl sagen, ohne jede Ausnahme, jede Stimme anders bewertet. Haben wir es doch in unseren Ländern erlebt, daß in einem Wahlkreis 10 000 Stimmen für einen Kandidaten genügten, in einem anderen Wahlkreis aber mehr als die doppelte Anzahl der Stimmen notwendig war. Daß in dem einen Kreis jeder Wähler eine doppelte so große Stimmenmacht haben soll wie in einem anderen, ergab sich dann aber nicht aus sachlichen politischen Gründen, sondern doch nur aus Zufälligkeiten. Die demokratische Willensbildung ist aber kein Würfelspiel. Wir haben bisher immer an einem geheimen, unmittelbaren und gleichen Wahlrecht festgehalten. Diese Forderung müßten wir dann aufgeben. Denn das Mehrheitswahlrecht ist eben kein gleiches, sondern ein höchst ungleiches Wahlrecht. Nur das Verhältniswahlrecht gibt die Möglichkeit der gleichen Wertung.

Bei den Versuchen, die politische Meinung des Volkes, die sich bei den Wahlen zeigt, sinngemäß auf die Zusammensetzung des Parlaments zu übertragen, läßt sich über die Modifikation durchaus reden. Man hat zur Rechtfertigung des Mehrheitswahlrechts ausgeführt, daß es sehr einfache Mehrheiten schaffe und damit die politischen Entscheidungen erleichtere. Der Genosse Gayk hat hier auf das Beispiel von Schleswig-Holstein hingewiesen, daß dort das modifizierte Mehrheitswahlrecht zu einer schnellen und reibungslosen Kabinettsbildung geführt habe. Ich aber bin der Auffassung, daß wir diese Fragen nicht ländermäßig sehen dürfen, daß wir nicht dazu da sind, uns die politische Entscheidung auf jeden Fall und auch auf Kosten der demokratischen Gleichheit zu erleichtern, sondern daß wir dazu da sind, politische Machtpositionen zu erkämpfen. Ein solcher Kampf kann und darf aber nicht damit beginnen, daß man von vornherein eine der wichtigsten der Positionen, nämlich die Gleichheit des einzelnen, opfert und aufgibt.

Man hat ferner geglaubt, die Zerschlagung der Weimarer Republik in einen ursächlichen Zusammenhang mit dem Verhältniswahlrecht bringen zu können. Das kaiserliche Deutschland hatte das Mehrheitswahlrecht. Trotzdem war seine Politik schlecht und führte zu seinem Untergange. Andere, außerdeutsche Länder haben das Verhältniswahlrecht. Ich darf hier auf die Schweiz verweisen, die so häufig als Muster einer demokratischen Staatsordnung hingestellt wird. Diese Schweiz hat das Verhältniswahlrecht und hat doch eine sehr glückliche und friedliche Politik getrieben. Ich glaube also, daß man diese politischen Fragen nicht ohne weiteres mit dem System des Wahlrechts verknüpfen darf.

Wenn man schließlich einwendet, das Verhältniswahlrecht fördere die kleinen Parteien und bringe dadurch einen starken Unsicherheitsfaktor in die Politik, dann wird überschen, daß durch die Festsetzung einer Mindeststimmzahl oder durch andere einschränkende Bestimmungen, wie sie in vielen Ländern bereits jetzt üblich sind, die Gefahr der Zersplitterung vermieden wird. (Zuruf: Wo bleibt da die Gleichheit?) Ich verweise vor allem auf die Ereignisse in Bayern, wo ja die Kommunisten trotz einer fast zehnprozentigen Stimmenzahl keinen Abgeordneten bekommen haben und trotzdem ihr Schwergewicht so weit entwickeln konnten, daß Bayern sogar einen kommunistischen Delegierten in das Wirtschaftsparlament abgesandt hat. Auch das kaiserliche Deutschland hatte für den Reichstag das Mehrheitswahlrecht, und doch waren im Reichstag nicht weniger als elf Parteien vertreten. Auch der Hinweis, daß die Parteiliste der Verhältniswahl die Anonymität der Kandidaten mit sich bringe, ist nicht durchschlagend, denn die Parteiliste braucht kein wesentlicher Bestandteil dieses Wahlrechts zu sein.

Man hat immer wieder zugunsten des Mehrheitswahlrechts angeführt, daß bei ihm in erster Linie die Persönlichkeit gewählt werde, und daß es richtig sei, die Wahl auf eine Persönlichkeit und nicht auf eine anonyme Liste abzustellen. Auch

das ist bei dem Verhältniswahlrecht möglich. Lassen Sie mich das am besten an einem Beispiel klarmachen. Nehmen wir an, Deutschland würde künftighin mit etwa 65 Millionen Einwohnern auf je 150 000 Einwohner einen Abgeordneten, d. h. insgesamt dann rund 435 Reichstagsmitglieder wählen, dann müßte man Deutschland in eben diese 435 Reichstagswahlkreise aufteilen und festlegen, daß diejenigen Kandidaten gewählt sind, die in jedem Wahlkreis die meisten Stimmen erhalten haben. Im Vordergrund würde also die Persönlichkeit und nicht die anonyme Liste irgendeiner Partei stehen. Nach dem Abschluß der Wahl wären dann alle Stimmen der einzelnen Parteien aus sämtlichen Wahlkreisen zusammenzuzählen und nach dem Verhältniswahlrecht aufzuteilen. Die Partei, die in den einzelnen Wahlkreisen nicht die genügende Anzahl von Sitzen erobern konnte, die also in den Kreisen weniger Abgeordnete erhalten hat, als sie nach der Schlüsselung des Verhältniswahlrechts bekommen müßte, würde nunmehr aus ihrer Reserveliste die nötige Anzahl der Mandate hinzubekommen. Nur insofern würde also auch eine Liste eine Rolle spielen.

Sie sehen also, daß man das, was gegen das Verhältniswahlrecht eingewandt wird: die Förderung der kleinen Parteien, die Anonymität der Parteien, leicht durch ein modifiziertes und kombiniertes Mehr- und Verhältniswahlrecht, wie ich es kurz skizziert habe, widerlegen und ausräumen kann.

Aber ich will gar nicht die Frage des Wahlrechts als eine rein rechnerische oder mathematische auffassen. Wir wollen uns klar sein, daß auch diese Frage eine Frage der Machtpolitik ist. Und machen Sie sich eines klar: Wenn wir das reine Mehrheitswahlrecht in der britischen Zone zugrunde gelegt hätten, würde unsere Partei nicht nur jetzt, sondern für immer die wichtigste Position aufgeben, die sie hat, nämlich Nordrhein-Westfalen, wo die Reichtümer unter der Erde liegen, die Deutschland verblieben sind. Wir würden uns mit einem reinen Mehrheitswahlrecht selbst aus all den Neuordnungen des sozialen und wirtschaftlichen Aufbaus ausschalten, der dort vordringlich ist.

Ich weiß, man hat erklärt, wir sollten nicht kleinmütig sein, sondern damit rechnen, daß nach einer dreijährigen Opposition der Sozialdemokratie die CDU auch in die Minderheit gehen würde. Wer das sagt, kennt die Verhältnisse nicht in einem Lande, wo eine mächtige Partei wie die CDU in jedem Ort ihren Mittelpunkt in den Vertretern der Kirche hat. Eine noch so starke und gutgeführte Opposition der SPD in diesem Teile Deutschlands würde nie dazu führen, die CDU in eine Verteidigungsstellung zu bringen, die es uns möglich machen würde, mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg die Mehrheit zu gewinnen oder eine Regierung zu bilden.

Wenn dann auf die schwere Zangengeburt in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bei der Regierungsbildung hingewiesen worden ist, so darf ich nur sagen: Das hatte mit dem Wahlrechtssystem gar nichts zu tun. Wir wären auch nach dem jetzigen Wahlerfolg durchaus in der Lage gewesen, eine eigene Regierung unter Ausschluß der CDU zu bilden. Es waren ganz andere Überlegungen und Faktoren, die gerade an Rhein und Ruhr mit ihren Konflikten und sozialen Aufspaltungen die Verhältnisse erheblich schwerer machen als im übrigen Deutschland. Der Genosse *Jakobi* hat diese Verschiedenheit der Verhältnisse klargelegt; ich brauche sie nicht weiter auszuführen. Aber selbst wenn ich einmal optimistisch unterstellen würde, daß nach drei- oder sechsjähriger Oppositionspolitik die SPD in den Ländern nicht nur des Nordens, also auch in Nordrhein-Westfalen, sondern auch Süddeutschlands dann die Mehrheit für eine Regierungsbildung bekommen würde, wie es jetzt in Schleswig-Holstein der Fall ist, so wollen wir uns doch darüber klar sein, daß dann die SPD einen Apparat übernehmen müßte, der durch die letzten drei und sechs Jahre politisch völlig verseucht sein würde. Während jetzt die neugebildeten Regierungen die Möglichkeit haben, selbst ihre Funktionäre hineinzubringen und der gesamten Verwaltung den Stempel ihrer politischen Überzeugung aufzudrücken, wäre nach drei oder sechs Jahren dieses Beginnen völlig sinnlos und fruchtlos. Wir würden dann den Anfang einer neuen sozialdemokratischen Regierung in einem solchen Staat mit dem einen zentnerschweren Hemmschuh dieser Verwaltungsbürokratie beginnen, die unsere Opposition in sechs Jahren nicht hat aufbauen

können. Ich glaube also, wir sollen doch diese Frage wie alles andere im staatspolitischen Leben klar erkennen und uns bewußt sein, daß wir sie unter dem Gesichtspunkt der Macht betrachten und sehen müssen, wo wir in Deutschland unsere Machtpositionen aufbauen müssen. Ich glaube nicht, daß wir bei der Annahme des Schleswig-Holsteiner-Vorschlages in der Lage wären, unsere Positionen in den wichtigsten Gebieten Deutschlands noch zu halten. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge zu Punkt 4 der Tagesordnung. Wir stimmen zunächst ab über den Antrag 48 auf der Vorlage Nr. 8: „Der Parteitag beschließt die Annahme der Richtlinien für den Aufbau der deutschen Republik.“ Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen.

Wir haben dann abzustimmen über den Antrag Nr. 16 in der Vorlage Nr. 4. Es handelt sich um den Antrag des Bezirks Schleswig-Holstein zur Frage des Wahlrechts. Die Antragsteller sind mit dem Vorschlag des Parteivorstandes und Parteiausschusses einverstanden, diesen Antrag dem verfassungspolitischen Ausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen. Der Genosse *Menzel* hat mitgeteilt, daß die Erörterung dieser Fragen als Punkt 1 auf dem Arbeitsprogramm des verfassungspolitischen Ausschusses steht und daß wir die Absicht haben, zu diesen Beratungen alle die Genossen und Genossinnen heranzuziehen, die sich speziell mit diesem Problem beschäftigt haben. Es ist also die Garantie einer sachlichen Untersuchung dieses Problems gegeben. Wer mit der Überweisung dieses Antrags an den verfassungspolitischen Ausschuß einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Auch das ist einstimmig beschlossen.

Ehe wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich dem Genossen *Heinrich Wenke* das Wort geben.

Heinrich Wenke, Dortmund: Genossinnen und Genossen! Uns erreichte heute morgen die bedauerliche Nachricht, daß im Ruhrgebiet sich ein Grubenunglück ereignet hat auf der Zeche „Minister Achenbach“ in Lünenbrambauer. (Die Anwesenden erheben sich.) Dort sind nach der ersten Meldung zehn Bergleute verschüttet worden. Es ist den Rettungsmannschaften gelungen, fünf von ihnen zu bergen, zwei davon als Schwerverletzte. Die drei anderen sind unversehrt geborgen worden. An den Rettungsarbeiten wird weiter gearbeitet, und wir wollen hoffen, daß auch die fünf übrigen Bergleute geborgen werden können.

Im Bergbau ist im Dritten Reich durch einen verantwortungslosen Raubbau die Grubensicherheit stark behindert, vielfach sogar ganz zerstört worden. Die nun vorhandene Grubenunsicherheit zerstört Menschenleben, zerstört wichtigste Arbeitskräfte und hindert so den unbedingt notwendigen Anstieg der Kohlenförderung. Ich schlage dem Parteitag vor und bitte ihn, an die Belegschaft der Zeche „Minister Achenbach“ folgendes Telegramm zu senden:

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Nürnberg hört mit Entsetzen die Nachricht von dem Grubenunglück auf der Zeche „Minister Achenbach“ in Lünenbrambauer. Der Parteitag bangt um das Leben der dort eingeschlossenen Bergarbeiter und hofft, daß es den Rettungsmannschaften gelingen wird, ihr schweres, unter eigener Lebensgefahr bereits erfolgreich begonnenes Werk mit vollem Erfolg zu Ende zu führen. Den schwerverletzten Bergarbeitern wünscht der Parteitag baldige Genesung. Der gesamten Belegschaft und den von dem Unglück betroffenen Opfern der Arbeit und ihren Familien versichern die Delegierten des Parteitages ihre volle Anteilnahme. Die Delegierten des Parteitages betrachten die Beschaffung eines Höchstmaßes an Grubensicherheit, die im Dritten Reich durch verantwortungslosen Raubbau stark zerstört wurde, als eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei.*)

*) Die Hoffnung auf eine Rettung der verschütteten Bergarbeiter hat sich leider nicht erfüllt. Die Explosion auf „Minister Achenbach“ forderte neun Todesopfer.
Die Redaktion.

Vorsitzender *Erich Ollenauer*: Genossinnen und Genossen! Sie haben den Vorschlag des Genossen *Wenke* gehört. Ich nehme an, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß wir das vom Genossen *Wenke* verlesene Telegramm an die Verunglückten abschicken. — Ich höre keinen Widerspruch; das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Punkt 8 der Tagesordnung, und zwar zunächst zur

Wahl des Parteivorstandes.

Ich bitte Sie, die Vorlage Nr. 7 dabei zur Hand zu nehmen. Parteivorstand und Parteiausschuß haben zu diesem Punkt der Tagesordnung drei Anträge vorgelegt, und ich möchte einige Bemerkungen im Namen des Parteivorstandes und Parteiausschusses zu diesen Anträgen machen.

Parteivorstand und Parteiausschuß sind sich darin einig, daß die Ausdehnung unserer Arbeit im Büro des Parteivorstandes und die vor uns liegenden zahlreichen Aufgaben, die dringend in Angriff genommen werden müssen, es notwendig machen, daß wir die Zahl der besoldeten Parteivorstandsmitglieder erhöhen. Wir kommen mit den wenigen uns jetzt zur Verfügung stehenden Kräften nicht aus, wenn wir die Aufgaben befriedigend erledigen wollen. Der Parteivorstand hat beschlossen, dem Parteitag vorzuschlagen, die Zahl der besoldeten Mitglieder von fünf auf acht zu erhöhen und damit ihm die Möglichkeit zu schaffen, wenigstens einen Teil der dringendsten Bedürfnisse zu erfüllen.

Wir haben uns ferner im Zusammenhang mit dieser Frage auch mit der Frage beschäftigt, ob wir bei einer solchen Erhöhung der Zahl der besoldeten Vorstandsmitglieder nicht auch eine Erhöhung der Gesamtzahl der Mitglieder des Parteivorstandes vornehmen sollen, um einen möglichst großen Kreis von führenden Vertretern der Partei an der aktiven Arbeit des Parteivorstandes zu beteiligen. Parteivorstand und Parteiausschuß schlagen Ihnen vor, die Zahl der Mitglieder von jetzt 28 auf 30 Mitglieder insgesamt zu erhöhen. Sie finden diesen Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses unter Antrag Nr. 46. In der Ihnen vorliegenden Formulierung ist ein Druckfehler enthalten, den ich zu berichtigen bitte. Es heißt: Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, sechs — und nicht acht — besoldeten Mitgliedern und 22 unbesoldeten Beisitzern.

Wir haben Ihnen für die Personenwahl einige Vorschläge zu machen, die sich auf einen gemeinsamen Beschluß des Parteivorstandes und des Parteiausschusses gründen. Wir schlagen Ihnen außer den bisherigen besoldeten Mitgliedern des Parteivorstandes vor, die Genossin *Hertha Gotthelf*, die bisher das Frauensekretariat der Partei geleitet hat, als besoldetes Vorstandsmitglied zu wählen. Wir schlagen Ihnen weiter vor, einen zweiten Genossen als besoldetes Vorstandsmitglied heute zu wählen, der in erster Linie die Aufgabe haben soll, die organisatorischen Arbeiten in der Partei in die Hand zu nehmen, und zwar ist der Kandidat des Parteivorstandes und Parteiausschusses der Genosse *Egon Franke*, der bisherige Bezirkssekretär eines unserer größten Bezirke, des Bezirks Hannover.

Wir haben in dieser Vorlage im Antrag Nr. 46 gebeten, eine Erhöhung der Zahl der besoldeten Mitglieder von fünf auf acht vorzunehmen. Wir machen Ihnen heute aber nur zwei Vorschläge. Wir haben es für richtig gehalten, den dritten Platz, den wir neu zu besetzen haben, heute, ohne daß wir eine völlige Klarheit über den Kandidaten haben, nicht aus dem Stegreif zu besetzen. Parteivorstand und Parteiausschuß bitten den Parteitag, ihm die Möglichkeit zu geben, die Frage der Besetzung dieser Stelle in einer der nächsten Sitzungen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses endgültig zu entscheiden und den beiden leitenden Körperschaften dafür die notwendige Vollmacht zu geben. Sie finden diese Vollmacht in dem Antrag Nr. 47, Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses. In diesem Antrag heißt es, daß Parteivorstand und Parteiausschuß ermächtigt sind, während der kommenden Arbeitsperiode bis zum nächsten Parteitag ein besoldetes Vorstands-

mitglied zu wählen, das mit allen Rechten eines besoldeten Vorstandsmitgliedes dem Parteivorstand angehört.

Zu diesen beiden Punkten haben wir noch einen dritten, den wir ebenfalls in Form eines gemeinsamen Antrags des Parteivorstandes und des Parteiausschusses dem Parteitag unterbreiten. Das ist der Antrag Nr. 45. Wir haben auf dem ersten Parteitag in Hannover die Konstituierung des Parteivorstandes in der Weise vorgenommen, daß der Parteivorstand sich nach seiner Wahl selbst einen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat. Wir haben damals diese Regelung gefunden, weil wir auf diesem ersten Parteitag erst den notwendigen persönlichen Kontakt finden mußten, um in allen diesen Personalfragen die Entscheidungen in voller Übereinstimmung mit den Wünschen der Partei durchzuführen. Wir haben damals auch auf die Tatsache Rücksicht genommen, daß die Partei in den einzelnen Zonen erst allmählich in einen engeren Kontakt kommen mußte, und wir haben deshalb auch bei der Konstituierung des Parteivorstandes die Aufteilung in Zonen in Rechnung gestellt. Parteivorstand und Parteiausschuß sind der Meinung, daß in dem zurückliegenden Jahr die innere Konsolidierung der Partei soweit fortgeschritten ist und daß wir so stark zu einer einheitlichen Partei ohne Rücksicht auf die Zonen Grenzen zusammengewachsen sind, daß es an der Zeit und richtig ist, jetzt wieder zu der alten Übung in der Partei zurückzukehren und den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden durch den Parteitag wählen zu lassen. Um diese Regelung durchführen zu können, ist die Satzungsänderung notwendig, die wir hier unter Antrag Nr. 45 dem Parteitag vorgelegt haben.

Das sind die drei Anträge, über die wir entscheiden müssen, ehe wir zur eigentlichen Wahl kommen können. Ich stelle diese drei Anträge zur Diskussion. — Genosse Mattis, Berlin!

Hellmut Mattis, Berlin: Genossinnen und Genossen! Wir werden alle der gleichen Meinung sein, daß die Wahl des Parteivorstandes für unsere Organisation eine der wichtigsten Aufgaben ist, die der Parteitag durchzuführen hat. Die Genossen aus Berlin bedauern, daß über die Kandidaten, die für die Wahl zum Parteivorstand vorgeschlagen werden, erst jetzt kurz vor der Wahl die Namen, die in Frage kommen, bekanntgemacht werden. Es scheint uns zweckmäßig zu sein, daß man eine so wichtige Entscheidung über diejenigen Personen, die in den Parteivorstand zu wählen sind, so trifft, daß den Delegierten doch Zeit gelassen wird, sich darüber Gedanken zu machen. Wir sind uns darüber klar, daß in der augenblicklichen Situation die Dinge nicht anders geregelt werden können, und haben auch gegen die Personen, die hier vorgeschlagen worden sind, bis auf einige Ausnahmen keine Bedenken. Wir möchten aber in diesem Zusammenhang doch den Vorschlag machen, daß bei künftigen Wahlen stärker darauf Rücksicht genommen wird und daß vor allen Dingen die Kandidatenliste rechtzeitig vorher den Delegierten unterbreitet wird, die Liste, die für die Vorstandswahl in Betracht kommt. Denn es muß jedem Delegierten möglich sein, sich über die Kandidaten ein Bild zu machen. Denn derjenige, der in den Parteivorstand gewählt wird, hat eine große Verantwortung, und auch jeder Delegierte, der hier sitzt, ist ja schließlich als Vertreter seiner Wähler in der Partei verpflichtet, seinen Wählern darüber Rechenschaft abzulegen, wen er in den Parteivorstand gewählt hat.

Außerdem scheint es uns nicht gut zu sein, wenn bei der Vornahme von Wahlen für den Parteivorstand nur soviel Kandidaten auf der Vorschlagsliste erscheinen, wie zu wählen sind. Es ist doch in jeder demokratischen Organisation anders üblich, und man kann auch schlecht von einer Wahl sprechen, wenn tatsächlich nur soviel Kandidaten auf der Vorschlagsliste stehen, wie zu wählen sind. Eine Wahl bedeutet doch, daß man eine Auswahl haben muß. Auch das muß unseres Erachtens zum mindesten bis zum nächsten Parteitag soweit geklärt werden, daß in Zukunft die Möglichkeit besteht, zwischen den einzelnen Kandidaten, die vorgeschlagen werden, eine Auswahl zu treffen. Ich glaube auch — die Genossen werden mich verstehen, daß das nicht irgendwie eine Auseinandersetzung um persönliche Dinge sein soll —, daß diejenigen Genossen, die auf der Vorschlags-

liste als Kandidaten erscheinen, nicht deshalb verärgert zu sein brauchen, weil sie nicht gewählt werden. Aber die Möglichkeit zu einer Wahl muß in jeder Organisation gegeben sein, und ich glaube, daß gerade die Sozialdemokratische Partei, die ja auf diesem Gebiete vorbildlich sein will, auch in ihren eigenen Reihen diesen Grundsatz beherzigen sollte. Wenn wir also infolge der augenblicklichen Situation diese Dinge nicht mehr berücksichtigen können, so scheint mir doch der Vorschlag des Parteivorstandes, der im Antrag Nr. 47 zum Ausdruck kommt, nicht annehmbar zu sein. Es ist meines Erachtens ein Ding der Unmöglichkeit, daß die höchste Instanz der Partei, die den Parteivorstand zu wählen hat, dieses Recht aufgibt und es derjenigen Institution übergibt, die von ihr selbst gewählt wird. Der Parteivorstand ist praktisch für uns in der Partei eine Regierung. Er ist unsere Regierung, die wir als Partei für ein Jahr uns wählen. Es ist undenkbar, daß man eine so wichtige Funktion, selbst wenn im Augenblick Schwierigkeiten entstehen sollten, der Organisation überläßt, die selbst dafür gewählt worden ist. Ich würde es deshalb für falsch halten, wenn wir diesen Antrag annehmen, trotz gewisser Schwierigkeiten, die dadurch entstehen können. Ich glaube, jeder Delegierte des Parteitages muß sich der großen Bedeutung und der Verantwortung, die er damit übernimmt, bewußt sein, ob er berechtigt ist, in einer demokratischen Organisation eine Art Ermächtigungsgesetz seinem Vorstand zu übertragen und es diesem Vorstand bzw. dem Parteiausschuß zu überlassen, den wichtigen Mann in den Parteivorstand selbst zu wählen. Unter diesem Gesichtspunkt würde ich vorschlagen, diesen Antrag abzulehnen.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich möchte zu den Ausführungen des Genossen *Mattis* einige Bemerkungen machen. Wir selbst haben das größte Interesse daran, daß jeder Delegierte auf diesem Parteitag die Möglichkeit hat, sich über die vorgeschlagenen Kandidaten ein Urteil zu bilden, ehe er sie wählt. Wir haben alle Möglichkeiten technischer Art geschaffen, um diese Informierung der Delegierten zu ermöglichen. Wir haben am Sonnabend nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und Parteiausschusses die Namen der Genossen und Genossinnen vorgeschlagen, die als Vorsitzende und besoldete Vorstandsmitglieder in Frage kommen. Wir haben ferner in der gleichen Sitzung allen Parteiausschußmitgliedern, d. h. den Delegationsführern der einzelnen Bezirke, den Vorschlag gemacht, bereits am Sonntagabend Besprechungen ihrer Delegierten auch über die Frage der Wahl des Vorstandes abzuhalten.

Soweit also die besoldeten Vorstandsmitglieder in Frage kommen, konnten am Sonntagabend alle Delegierten über unsere Vorschläge informiert sein. Wir haben ferner den Genossen und Genossinnen am Montagfrüh hier im Parteitag mitgeteilt, daß alle diejenigen, die Vorschläge für den Parteivorstand zu machen haben, diese Vorschläge hier bis gestern nachmittag 16.00 Uhr einreichen könnten. Wir haben gestern nachmittag 16.30 Uhr, also eine halbe Stunde nach diesem Termin, wiederum eine Besprechung mit allen Genossen und Genossinnen gehabt, die Vorschläge eingereicht haben. In dieser Besprechung ist den Genossen und Genossinnen die gesamte Liste der Kandidaten für den Vorstand mitgeteilt worden. Es bestand also durchaus die Möglichkeit, jeden einzelnen Delegierten über Inhalt und Umfang der Liste zu informieren.

Wenn wir noch ein besseres technisches Verfahren finden, in einer so kurzen Zeit bei einer so gedrängten Fülle von Aufgaben die Information der Delegierten zu verbessern, dann werden wir das tun; denn hier liegt ein gemeinsames Interesse aller an diesem Parteitag Beteiligten vor.

Was nun die Frage der Wahl selbst angeht, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Stimmzettel, die jetzt zur Verteilung kommen, nicht 29 Namen enthalten, die zu wählen sind, sondern 31. Das sind alle Vorschläge, die uns gemacht worden sind. Es besteht also durchaus die Möglichkeit, daß der Einzelne individuell seine Entscheidung fällt.

Nun noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Genossen Mattis zum Antrag Nr. 47. Genossen und Genossinnen! Wir sind uns der außergewöhnlichen Situation, die durch diesen Antrag dargestellt wird, durchaus bewußt. Wir würden viel lieber heute dem Parteitag einen vollen personellen Vorschlag machen, damit das ganze Recht der Entscheidung bei ihm liegt. Das ist die Lösung, die wir angestrebt haben. Es ist wahrlich nicht unsere Schuld, wenn wir sie bis heute nicht erreicht haben. Aber, Genossen und Genossinnen, Ihr müßt bedenken, wir leben in einer außergewöhnlichen Zeit. Ein Jahr ist eine lange Zeit, wenn wir die Dringlichkeit der Aufgaben sehen. Wir möchten dieses Jahr nicht verlieren. Unter diesem Gesichtspunkt bitten wir hier frei und offen den Parteitag um eine absolut beschränkte Vollmacht in diesem speziellen Falle während des laufenden Geschäftsjahres, und zwar, nicht dem Parteivorstand, sondern dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß dieses Recht zuzubilligen, für den Rest der Geschäftsperiode einen solchen Genossen als vollberechtigtes Vorstandsmitglied zu wählen. Selbstverständlich wird, wenn wir eine solche Wahl vornehmen, dieser Genosse auf dem nächsten Parteitag wie alle anderen Genossen zur Wahl stehen, und der Parteitag hat volle Freiheit, den Entschluß des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zu korrigieren, wenn er diesen Entschluß für falsch hält. Ich glaube, wenn man die Dinge in diesem Zusammenhang sieht, kann man auch als guter Demokrat einer solchen außergewöhnlichen Regelung mit der Beschränkung in der Sache und mit der Beschränkung in der Zeit zustimmen, und ich möchte Sie daher bitten, dem Antrage des Parteivorstandes und Parteiausschusses Ihre Zustimmung zu geben.

Genossen und Genossinnen! Wir kommen dann zur Abstimmung. Ich schlage vor, daß wir zunächst über Antrag Nr. 46 abstimmen, über die Zahl der Vorstandsmitglieder, nämlich Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, sechs besoldete Mitglieder und 22 unbesoldete Mitglieder. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist gegen eine Stimme beschlossen.

Wir kommen dann zu Antrag Nr. 45, der vorsieht, daß die Wahl des Parteivorstandes in allen seinen Funktionen durch die direkte Wahl im Parteitag erfolgt. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen dann zu Antrag Nr. 47. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag Nr. 47 ist gegen 61 Stimmen angenommen worden.

Ehe wir nun zur Wahl kommen, mache ich den Vorschlag, daß wir unsere Mandatsprüfungskommission als Wahlkommission einsetzen. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Das ist so beschlossen.

Genossen und Genossinnen! Wir werden jetzt durch die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission die Stimmzettel für die Wahl des Parteivorstandes an alle Delegierten gegen Vorzeigung ihrer Delegiertenkarte verteilen. Zur Kontrolle wird eine Ecke dieser Delegiertenkarte von den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission abgerissen werden. Ich bitte die Wahlkommission, die Stimmzettel zu verteilen. — Bei der Wahl ist zu beachten, daß auf dem Stimmzettel nur 29 Namen stehen bleiben dürfen. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig. Ich möchte dann noch auf eine Bestimmung unseres Statuts aufmerksam machen. Nach der Statutenänderung, die wir eben beschlossen haben, müssen mindestens vier Frauen in den Parteivorstand gewählt werden. Ich bitte, das bei der Auswahl der Kandidaten zu berücksichtigen.

Genossen und Genossinnen! Haben alle Delegierten einen Stimmzettel bekommen? — Die Stimmzettel werden jetzt eingesammelt. — Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? — Dann ist die Wahlhandlung geschlossen.

Wir kommen nun zu Punkt 8b der Tagesordnung:

Wahl der Kontrollkommission.

Die Kontrollkommission besteht bis jetzt aus den Genossen

Gustav Bratke
Walter Damm
Heinrich Höcker
Georg Richter
Adolf Schönfelder
Karl Seeser
Jacob Steffan
Fritz Ullrich
Christjan Wittrock.

Außer den bisherigen Mitgliedern der Kontrollkommission sind keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen worden. Die bisherigen Mitglieder der Kontrollkommission sind bereit, eine Wiederwahl anzunehmen, so daß wir, wenn der Parteitag damit einverstanden ist, die Wahl der Kontrollkommission auch hier durch eine offene Abstimmung vornehmen können. Wenn aber der Parteitag wünscht, daß wir auch hier eine schriftliche Abstimmung durchführen, dann wird das selbstverständlich getan. Ich möchte also zunächst fragen: Ist der Parteitag damit einverstanden, daß wir die alte Kontrollkommission in der bisherigen Zusammensetzung durch Akklamation wiederwählen? Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist gegen wenige Stimmen beschlossen. Wir kommen dann zur Wahl der Kontrollkommission. Wer dafür ist, daß die Kontrollkommission in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Kontrollkommission ist gegen zwei Stimmen gewählt worden. (Bravo!)

Genossen und Genossinnen! Damit ist der Punkt 8 der Tagesordnung erledigt. Wir kommen jetzt zum Punkt 5 der Tagesordnung:

Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie.

Berichtersteller ist der Genosse Prof. Dr. Erik Nölting.

Berichtersteller Prof. Dr. Erik Nölting: Liebe Parteifreunde! Dem Parteitag liegt zu Punkt 5 der Tagesordnung der Antrag Nr. 50 vor, die Resolution zur Wirtschaftspolitik, die einen konzentrierten Extrakt der Arbeit und der Forschungsergebnisse des wirtschaftspolitischen Ausschusses darstellt. Da sie Ihnen vorliegt, brauche ich sie Ihnen nicht vorzulesen, sondern es ist wohl besser, daß ich den Fetzen Zeit, der mir hier gelassen wird, dazu benutze, dieser Resolution einige grundlegende Erwägungen zur Seite zu stellen.

Genossen! Über die erste Phase unserer Bewegung: Begründung und Lehre, und die zweite Phase: Agitation und Werbung hinaus ist der Sozialismus inzwischen in seine dritte Phase eingetreten: Verwirklichung und Erfüllung.

Verwirklichung der sozialistischen Idee auf wirtschaftlichem Gebiete aber bedeutet: Lenkungswirtschaft und Sozialisierung. Als damals nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Deutschlands im Jahre 1918 der deutschen Sozialdemokratie die erste große Chance zufiel, ihre Theorien in die Tat umzusetzen, da war die Partei — warum das beschönigen und warum das verschweigen? — weder gelüstig noch organisatorisch noch machtmäßig in ausreichendem Maße auf eine solche Aufgabe vorbereitet. Man hat damals nur getrommelt, ohne den Marsch anzutreten. Uns fehlte die große zusammenfassende Konzeption, und hinter dem Radikalismus der Formel verbarg sich weitgehend eine nur schlecht verhüllte

Impotenz im Handeln. Wir redeten von Generalexpropriationen und von Vollsozialisierung, praktisch aber kamen wir nicht vom Fleck. Das ist die große Verpflichtung, die uns heute zufällt, daß die große Massensehnsucht unserer Tage nicht abermals zugeschüttet wird durch Saumseligkeit, Zwietracht und durch einen peinlichen Mangel an konstruktiver Phantasie. (Beifall.) Während man damals tatenscheu darüber philosophierte, ob man denn einen Scherbenhaufen sozialisieren könne, ist es heute einhellige Überzeugung in unseren Reihen, daß der Wirtschaftsapparat überhaupt nur noch auf sozialistischer Tourenzahl laufen kann. Aus dem Trümmerhaufen, den uns die Nazis hinterlassen haben und der vor unseren Füßen liegt, ergibt sich die gebieterische Notwendigkeit eines sozialistischen Neuaufbaues. Wir wollen den feudal-kapitalistischen Wechselbalg nicht wieder zusammenflicken, selbst wenn wir es könnten. Wir wollen nicht nur leben, was praktisch doch nur ein Vegetieren im Nachtrab reicherer und glückhafterer kapitalistischer Staaten bedeuten würde, sondern wir wollen eine sozialistische Zukunft gestalten. Wir wollen das Wirtschaftswrack nicht nur in Fahrt bringen, sondern es soll auch Kursrichtung nehmen mit dem Ziel auf den Sozialismus. (Beifall.) Deshalb fordern wir nicht nur einen Wiederaufbau der Wirtschaft, sondern einen radikalen Umbau und Neubau. Hier liegt für uns die Grenzscheide zwischen sozialistischem und bürgerlichem Wirtschaftsdenken. Niemand in unseren Reihen glaubt mehr an einen jähen dramatisch-explosiven Umschlag vom Kapitalismus in den Sozialismus einzuleiten durch eine fest terminierte Generalexpropriation. Die sozialistische Wirtschaft wird nicht geboren in einem einmaligen Gesetzgebungsakt, sie ist vielmehr ein Konstruktions- und ein Gestaltungsproblem, und sie wird nur dann morgen da sein, wenn wir heute für sie arbeiten.

In dieser Phase der Verwirklichung, in dieser dritten Phase, die für jede Bewegung die schwerste und recht eigentlich kritische Phase ist, reicht es nicht mehr aus, bloße Endziel-Philosophie zu betreiben und sich mit den säkularen Plakatformeln zu begnügen, mit denen noch unsere Väter auskamen. Da ist es nötig, daß man um die Kilometersteine weiß, die zum Ziele führen. Aber genau so deutlich muß gesagt werden, ein Ziel muß hinter all unserem Tun stehen, denn ohne solches Ziel bleiben alle Kilometersteine nur elendes Steingerümpel. Ich würde niemals den Satz unterschreiben, daß die Bewegung alles und das Ziel nichts sei.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß beim Parteivorstand ist eingesetzt worden, um für die in unserer Zeit anfallenden Gestaltungsaufgaben praktische Lösungsvorschläge vorzubereiten. Dabei ist man zunächst so vorgefahren, daß die wirtschaftspolitischen Ausschüsse der Bezirke ersucht wurden, je einen Delegierten in diesen zentralen Wirtschaftspolitischen Ausschuß beim Parteivorstand zu entsenden. Es hat sich aber später als zweckmäßig und notwendig herausgestellt, diese Kreise durch Fachleute bestimmter Sondergebiete zu erweitern und vor allem auch die Verbindung zu den sozialdemokratischen Wirtschaftsministern in den Landesregierungen herzustellen, die natürlich nur in engem Kontakt mit diesem Wirtschaftspolitischen Ausschuß arbeiten können.

Dieser Ausschuß hat seit seiner Begründung eine Reihe von Sitzungen abgehalten, teils in der amerikanischen, teils in der britischen Zone. Ich glaube, alle, die wir an diesen Sitzungen teilgenommen haben, haben den Eindruck, daß hier fruchtbare Arbeit geleistet wird, daß hier die Probleme nicht simplifiziert werden, sondern in ihrer ganzen problematischen Wucht erfaßt werden und daß es möglich ist, auf diese Weise Leute zur Parteilarbeit heranzuholen, die anderweitig oft nur schwer zu erfassen wären.

Naturgemäß stand im Mittelpunkt unserer wirtschaftspolitischen Erörterungen der große Problemkomplex der Sozialisierung, dem wir heute eine überragende Bedeutung zuerkennen. Deshalb wurde eine besondere Sozialisierungskommission gebildet, bestehend aus Mitgliedern des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, Vertretern sozialdemokratischer Gewerkschaftskreise und aus anderen sachkundigen Persönlichkeiten. Über den Fortgang der Arbeit dieser Sozialisierungskommission ist dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß fortlaufend berichtet worden.

Das geschah zuletzt noch am 19. und 20. Juni in Bad Wildungen nach einem ausführlichen Referat des hier sprechenden Berichterstatters.

Es besteht, um die wichtigsten Grundlinien unserer Arbeit herauszustellen, Einigkeit darüber, daß auch die sozialisierten Wirtschaftszweige einzubauen sind in ein Erzeugung und Verteilung sinnvoll lenkendes, unter dem Bedarfs Gesichtspunkt gestelltes Wirtschaftssystem. Denn Sozialisierung ist kein Teilakt, es muß auch der sozialisierte Wirtschaftszweig überwölbt werden von einem General lenkungsplan. Dieser Lenkungsplan hat natürlich auch die Landwirtschaft und die Arbeitspolitik einzubeziehen. Politische und wirtschaftliche Gründe bestimmen uns, die Grundstoff- und Schlüsselindustrien zu sozialisieren, nicht zuletzt deshalb, weil es sich hier um akute Machtfragen handelt. Dagegen sind es Gründe mehr technischer Art, die uns eine Sozialisierung des Verkehrswesens, soweit es an Schienenstrang und Oberleitungen gebunden ist, der Energiewirtschaft, der Zementindustrie sowie des Banken- und Versicherungswesens wünschenswert erscheinen lassen.

Die Sozialisierungskommission hat sich zunächst mit den Sozialisierungsformen für die Kohlenwirtschaft, die eisen- und stahlschaffende Schwerindustrie bis zum Halbzeug und die Grundstoff- und Großchemie beschäftigt. Hier liegen jetzt konkrete Sozialisierungsvorschläge vor. Ich sagte absichtlich Kohlenwirtschaft und sagte nicht Kohlenbergbau; denn in die Sozialisierung dieses Wirtschaftszweiges sind auch die sogenannten „milchgebenden Kühe“ des Bergbaues, d. h. die Kohleveredelung, die Treibstoffgewinnung und der Zechenhandel einzubeziehen. Denn wir dürfen uns nicht in eine Sozialisierung der Unterbilanzen und der roten Verlustziffern hineinmanövrieren lassen, damit man später nicht mit dem Finger auf uns zeigt und behauptet, die Sozialisierung habe sich blamiert. Natürlich legen wir mit diesen drei Wirtschaftszweigen durchaus nicht einen für alle Zeit abgeschlossenen Sozialisierungskatalog vor. Wir können uns keine starre Demarkationslinie vorschreiben lassen zwischen der sozialisierten und privaten Wirtschaft, schon aus dem Grunde nicht, weil jede technische Neuerung, jede entscheidende Änderung in der allgemeinen Wirtschaftslage über Nacht ganz neue Situationen entstehen lassen und neue Sozialisierungsprobleme aufwerfen kann.

Im Sektor der Verbrauchs- und Gebrauchsgüter-Industrien kommt die Sozialisierung nach unserer Auffassung für alle solche Unternehmen in Frage, denen eine marktbeherrschende Stellung zufällt. In dem Grade, wie sich monopolistische Machtbeherrschungstendenzen ausbreiten, wächst zwangsläufig die Sozialisierungsrolle.

Damit keine allgemeine Sozialisierungspanik und keine Rebellion aufgeschreckter Eigentumsinstinkte entsteht, ist es nötig, daß wir auch von dieser Stelle mit aller Deutlichkeit sagen, was unter allen Umständen außerhalb der „Schußzone der Sozialisierung“ bleibt. Da erklären wir, die Sozialisierung bedroht weder das private Konsum- noch das Arbeitseigentum. Das erste dient Genuß-, das zweite Arbeitszwecken. Die Sozialisierung legt ihre schwere Hand ausschließlich auf das kapitalistische Großeigentum, das Bereicherungs- und Machtzwecken dient und das bereits weitgehend funktionslos geworden ist in dem sich am Eigentum vollziehenden ökonomischen Aushöhlungsprozeß, weil hier die Eigentums- und Erzeugungssphäre längst auseinandergetreten sind, so daß nur noch in der politisch-juristischen Ebene konserviert wird, was in der wirtschaftlich-materiellen Ebene seine Bedeutung längst einbüßte.

Der Bauer auf eigener Scholle kann im Gegensatz zum Großgrundbesitzer, in dem wir den traditionellen Träger einer feudalistisch-militaristischen Gesinnung erblicken, als der „ewige Mensch“ angesehen werden, der schon lange vor dem Kapitalismus geschaffen wurde und sich in allen Stadien der kapitalistischen Wirtschaft ungebrochen behauptet hat, weshalb er auch die kapitalistische Phase überdauern wird.

Ebenso ist der Handwerker keine kapitalistische Figur, und die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung des Handwerks ist unumstritten. Wir wünschen nur, daß der Bauer und Handwerker sich immer besser seiner eigentlichen Waffe bedienen möge: der Genossenschaft.

Auch der Handel ist seinem Wesen nach keineswegs zwangsläufig kapitalistisch, und er wird im regen Wettbewerb mit anderen Verteilungsformen, namentlich genossenschaftlicher Art, auch weiterhin eine wichtige Rolle innerhalb der Volkswirtschaft zu erfüllen haben.

Desgleichen fällt der kleine und mittlere Unternehmer, der noch wirklich als Betriebsleiter seine Funktionen ausübt, nicht unter die Rubrik der Sozialisierung.

Diese Sozialisierung selbst ist uns heute keine Einbahnstraße mehr, und es führen viele Wege nach Rom, d. h. zur sozialistischen Wirtschaft. Das öffentliche Unternehmen hat seit Jahren seinen naturgemäßen Standort überall dort, wo es um große Anlagewerte geht, wo die erforderliche Kraftanstrengung über private und genossenschaftliche Dimensionen hinausgeht oder wo sonst gefährliche Machtballungen in privater Hand entstehen würden. Gleichberechtigt neben den öffentlichen Unternehmen und bestimmt nicht weniger erwünscht steht das freigemeinschaftliche Unternehmen, bei dem es ohne jeden staatlichen Zwang und Bürokratismus abgeht, ohne alles Anordnen und Befehlen von oben. Die sozialisierte Wirtschaft muß grundsätzlich dahin streben — und dadurch unterscheiden wir uns von den Auffassungen der Jahre 1918 und 1919 —, einen möglichst großen Reichtum und eine Vielfalt an Unternehmenstypen zu entwickeln, die miteinander wetteifern und die wettbewerbsmäßig am Winde bleiben.

Wir wollen dreierlei. Wir wollen erstens eine Reihe von Wirtschaftszweigen durch Übergang des Eigentums in die öffentliche Hand restlos und unmittelbar auf das Gemeinwohl ausrichten. Wir wollen eine weitere Reihe von Wirtschaftszweigen stärker, als es bisher der Fall war, mit gemeinwirtschaftlichen und namentlich genossenschaftlichen Unternehmen durchsetzen. Und wir wollen drittens die gesamte Wirtschaft in den staatlichen Ordnungs- und Lenkungsrahmen einbauen; denn auch der Restkapitalismus ist in die allgemeine Wirtschaftsplanung einzufügen. Es ist durchaus nicht etwa so, als ob wir nur die Monopole bekämpften und uns sonst mit dem Kapitalismus ohne Widerspruch abfinden könnten.

Bei den zu schaffenden öffentlichen Unternehmen steht die Eigentumsfrage gewissermaßen nur im Vordfeld der eigentlichen Sozialisierung. Das Wesentliche in der Sozialisierung ist nämlich die Konstruktion der Führungs- und Lenkungsorgane für die unter die Sozialisierung fallenden Unternehmensgebilde und Wirtschaftszweige. Da aber ist mit aller Deutlichkeit zu erklären: Sozialisierung ist nicht identisch mit Verstaatlichung. Die Aufgabe ist nicht damit gelöst, daß man die Eigentumstitel umschreibt und den Verwaltungsbezirk in einen Naturschutzpark für tintensaufende Bürokraten verwandelt. (Heiterkeit und Beifall.)

Würden wir uns mit der bloßen Errichtung staatlicher Regiebetriebe begnügen, wir hätten die Sozialisierung bald in einer Sackgasse festgefahren. Gegenüber der von der Kartell- und Trustbürokratie angerichteten Verschachtelung und Verfilzung wird gerade die Sozialisierung eine willkommene Gelegenheit bieten, diese Starre und diese Verkrustung aufzulockern.

Selbstverständlich kann die Schaffung dieser neuen Organisationsformen, was auch bei unseren Verhandlungen im Wirtschaftspolitischen Ausschuß evident wurde, nicht nach einem Reißbrettschema erfolgen, sondern es ist notwendig, der Eigenart jedes Wirtschaftszweiges Rechnung zu tragen und die geeignete Organisationsform aufzuspüren.

Für die Kohlenwirtschaft denken wir dabei an sogenannte Sozialgewerkschaften, (Sozialgewerke), für die Eisen- und Stahlerzeugung an Sozialgesellschaften. Daneben werden Sozialgenossenschaften eine große Rolle spielen. Gesondert nach den einzelnen Wirtschaftszweigen werden dann die sozialisierten Unternehmen zu besonderen Vertikal-Organisationsgebilden zusammengefaßt, in deren leitende Führungsstellen neben Fachleuten aus Kreisen der neuen Werkleitungen Vertreter der Gewerkschaften, der Genossenschaften, Vertreter der öffentlichen Hand, der sozialisierten Anschluß-Industrien, der Gemeinden und Gemeindeverbände ihren sorgsam ausgewogenen Platz finden werden. Die Sozialisierung darf weder zu einer starren Einförmigkeit, noch darf sie zu einer unerträglichen Freiheitsberaubung

führen, weshalb marktwirtschaftliche Elemente und Sicherungen zur Wahrung des Kostendenkens und der Wirtschaftlichkeit einzuführen sind. Jede allzu intime und anrühige Berührung und Anlehnung an den Staat aber ist auf alle Fälle zu vermeiden. Hitler hat die Hybris des staatlichen Omnipotenzwahnes gebracht, und die heidnische Staatsvergottung erzeugte im Grunde eine durchaus gesunde Reaktion. Alle Staatssuperlative sind abgenutzt, und die Theorie der schrankenlosen Höheit des Staates und der Staatsregierung findet heute keine Anhänger mehr. Darauf haben wir auch bei unseren Sozialisierungsprojekten Rücksicht zu nehmen. Auch unseren Sozialisten verursacht die Vorstellung von einem Staatsmoloch, von einem Superstaat, von einem Staatsleviathan nur ein unbehagliches Alpdrücken. Mit Staatsverherrlichung würden wir hoffnungslos in den geistigen Nachtrab geraten. Wir wollen keine gigantische Staatsspinne, welche die einzelnen Menschen wie zappelnde Fliegen in ihr bürokratisches Netz zieht, und wünschen durchaus nicht, von einer bürokratischen Staatsmaschinerie zu seelenlosen Automaten gemacht zu werden. Der Ameisenhaufen erteilt keinen sozialistischen Anschauungsunterricht — mir ist die Ameise schon immer ein höchst unsympathisches Tier gewesen. Und Rußland ist ein warnendes Beispiel dafür, daß man einen Kollektivismus aufbauen, dabei aber die sozialistische Zielsetzung verfehlen kann. Auch der proletarische Diktaturstaat wäre praktisch nur ein totalitärer Staat strengster Observanz, und wir dürfen nichts propagieren, was nur von ferne nach einem neuen Totalitarismus schmeckt, wofür wir unseren Gegnern nicht eine höchst wirksame und gefährliche Waffe in die Hand spielen wollen.

Wir haben deshalb bei der Konstruktion der Verwaltungsorgane der sozialisierten Wirtschaftszweige uns schon etwas mehr in geistige Unkosten zu stürzen, als daß wir einfach die Ministerialräte aus den vorhandenen Wirtschaftsverwaltungen in diese Körperschaften schicken: (Zustimmung und Beifall.) Dieser Auffassung hat auch der Wirtschaftspolitische Ausschuß einhellig beigeplichtet.

Ebenso bestand in den Reihen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses Übereinstimmung darüber, daß die sogenannte „Produktivgenossenschaft“ im Sozialisierungsbereich nur eine Zerrform bedeuten würde, weil von vornherein alle Tendenzen ausgeschaltet werden müssen, die zu einem Durchbruch von Betriebs- und Gruppenegoismus führen könnten. Der wesentliche Mangel dieser Produktivgenossenschaften liegt in dieser Konservierung von Betriebsegoismus, daneben meistens in dem meist vorhandenen Mangel an Kapital und an geordneter Arbeitsdisziplin. Nur äußerst selten, das lehrt die praktische Wirtschaftserfahrung, sind solche Produktivgenossenschaften zur Blüte gelangt. Wo sie aber zur Blüte gelangten, haben sie nach allgemeiner Wirtschaftserfahrung sofort aufgehört, noch ferner wirkliche Produktivgenossenschaften zu sein. Dann beginnen sie, sich kapitalistisch abzukapseln. Deshalb ist das kein Entwicklungszweig, den wir fördern.

Sonst aber soll die sozialistische Gemeinschaftswelt im Wettbewerb mit den öffentlichen Unternehmen aus einer Vielzahl freier sozialistischer Gebilde erwachsen. In dieser Beziehung muß Aufgeschlossenheit und Beweglichkeit bestehen, und wir dürfen keiner programmatischen Schablone anhängen. Mancher Baustein kann dabei nutzbar sein, den wir früher allzu hastig verworfen haben. Erfahrungen in England, Schweden und Dänemark sollten uns zum Nachdenken und zur Auseinandersetzung anregen und uns davor bewahren, daß wir uns einseitig in die Formen einer starren und festgelegten Denkungsart hineinpressen lassen.

Wir wünschen deshalb für die Betriebe unserer Konsumgenossenschaften, deren Träger nicht die Betriebsangehörigen, sondern die Arbeiterschaft insgesamt sind, repräsentiert durch ihre Gewerkschaften, ein weites Feld der Betätigung. Denn gerade damit ist eine Organisationsform gefunden, die durchaus zukunftsträchtig ist und sich für die großbetriebliche Fertigung eignet.

Lassen Sie mich zum Schluß in einer ganz einfachen Formel zusammenfassen, was wir wollen: die wirtschaftliche Verfügungsgewalt in den maßgebenden Grundstoffindustrien geht vom Volk aus, Juristischer Eigentümer in diesen Bezirken ist das Volk, repräsentiert durch den demokratischen Volksstaat. Lenkung und Leitung der sozialisierten Industrie erfolgt dagegen

durch Organe einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen und im Rahmen des generellen Lenkungsplanes, unter Industrien tätigen Arbeiter und Angestellten sind berufen, neben ihren Gewerkschaften an der Betriebsführung und Verwaltung des betreffenden Wirtschaftszweiges mitzuwirken. In ihrem Anwendungssektor, den ich umrissen habe, verdient die freie, gemeinwirtschaftliche Unternehmung jede Förderung.

Liebe Parteifreunde! Ich sprach eingangs von den drei Phasen unserer Bewegung. In der dritten Phase, der Phase der Verwirklichung und praktischen Durchsetzung, ist die entscheidende Frage die, ob der demokratische Sozialismus, den wir auf dem wirtschaftlichen Felde zu untermauern haben, die Sammlungsparole für alle sich vom Kapitalismus distanzierenden Kräfte wird, Kräfte, die wir im Jahre 1918 nicht in unsere Reihen einzugliedern vermochten. Ich denke an die Produktionsintelligenz, die Techniker, Handwerker, die Kleingewerbetreibenden usw., auch an die bürgerliche Kultur- und Intelligenzschicht. Ich denke vor allem an die Jugend. Die alle werden zu uns stoßen, wir sind für sie bündnisfähig, wofür es uns gelingt, in diesen Kreisen die Erkenntnis durchzusetzen, daß Freiheit, Menschenwürde und Persönlichkeitswerte bei uns gut aufgehoben sind und daß sozialistische Wirtschaftspolitik keine Gefährdung und Schmälerung, sondern eine Sicherung und Ausweitung der Existenz bedeutet. Die Zusammenschweißung der breiten Front aller Schaffenden ist die große Gegenwartsaufgabe der deutschen Sozialdemokratie. Sie zu lösen wird uns gelingen, wenn wir, wie es Genosse Schumacher einmal formulierte, immer mehr von der Deklaration zu der Realität kommen, oder wenn wir, wie ich sage, nicht Gefangene einer sturen und viel zu eng gewordenen Doktrin bleiben. Wir Revolutionäre dürfen nicht unrevolutionär im Denken und nicht sterblich in der Phantasie und Konzeption für die Konstellation werden, die politisch und wirtschaftlich am Himmel Europas heraufgezogen ist. Sozialismus ist kein Schreck der politischen Kinderstube mehr, wie es noch im Jahre 1918 der Fall war. Damals, 1918/19, sind wir großmütig im Reden, aber kleinnützig und schlapp im Handeln gewesen. (Beifall.) Ich möchte genau wie ich unlängst in Bad Wildungen auf der Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses diesen kurzen Bericht auch hier abschließen mit der Bitte, daß wir diesmal, was Reden und Gerede anlangt, etwas weniger geräuschvoll auftreten, daß wir aber dafür diesmal kräftiger und machtbewußter im Zupacken werden. Denn ich möchte es nicht abermals erleben, daß eine Demokratie stirbt an der ekelhaften Jungmädchenkrankheit, an der Blutarmut.

Vorsitzender *Erich Ollenauer*: Wir kommen zur Aussprache über das Referat vom Genossen *Nöltig*. Mit zur Diskussion steht die Vorlage Nr. 4 mit den Anträgen Nr. 17 und 20. Außerdem steht auf der Vorlage Nr. 10 mit zur Diskussion der Antrag Nr. 50: Resolution zur Wirtschaftspolitik. Das Wort hat jetzt Genosse *Emil Sieg*, Franken.

Emil Sieg, Franken: Genossinnen und Genossen! Wir haben soeben von dem Genossen *Nöltig* gehört, daß wir bei der ersten Möglichkeit, mit der Sozialisierung zu beginnen, versagt haben. Gegenwärtig ist das Wort Sozialismus und Sozialisierung wieder aktuell. Die Parteigenossenschaft und insbesondere die junge Generation fragen sich, was es mit diesen Dingen für eine Bewandnis hat. Nach unseren Erkenntnissen hat Karl Marx die kapitalistische Wirtschaft in drei Sphären geteilt, in die Produktion, in die Zirkulation und in die Konsumtion. Bislang haben wir versucht, von der gewerkschaftlichen Seite her einen Einfluß in der Produktion dadurch geltend zu machen, daß wir versuchten, Lohn und Arbeitsbedingungen zu unseren Gunsten in den Betrieben zu gestalten. Die Zirkulationssphäre, die meines Erachtens die wichtigste Phase in der kapitalistischen Wirtschaft darstellt, wurde von uns noch sehr wenig beachtet. Genosse *Nöltig* hat auch hier wieder davon gesprochen, daß der Handel nicht der Sozialisierung unterstehen soll. Aber generell ist es doch so, daß in der Zirkulationssphäre der Mehrwert realisiert wird, der dem im Hintergrund stehenden Kapitalismus ausgehändigt wird. Durch den Handel wird

die Ware verteuert. Der Unternehmer ist genötigt, uns am Arbeitsplatz für unsere Leistungen immer weniger Lohn zu geben, weil das das einzige Mittel für ihn bedeutet, seinen Reichtum zu vergrößern. Wenn wir als Arbeitende auf den allgemeinen Markt geschickt werden mit dem geringen Lohn, überfallen uns sofort neue Kapitalisten in der Zirkulationssphäre, die versuchen, uns für unseren Lohn möglichst wenig zu geben, weil sie dadurch ihre Gewinnmöglichkeit leichter gestalten können. Nun stehen wir sozusagen zwischen zwei Mahlsteinen. Wir werden von der Produktion und dann nochmals in der Zirkulation ausgebeutet. Da haben wir nun in unserer Genossenschaft einen Ausweg gesucht, indem wir den privaten Handel ausschalten, um uns auf diesem Wege wirtschaftliche Vorteile zu sichern. Die Kapitalisten haben uns im Anfang nicht ernst genommen. Als wir dann aber versuchten, mit ähnlichen Methoden wie die Kapitalisten zu arbeiten, als wir versuchten, Privatbanken zu schaffen und eigene Versicherungen aufzuziehen, haben wir den Neid der Kapitalisten herausgefordert. Sie haben dann diesen braunen Narren aus Braunau beauftragt, unsere moderne Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Wenn Hitler nichts gekonnt hat: unsere Genossenschaftsbewegung hat er vollständig ruiniert. Heute sind unsere Anlagen, die durch die Nationalsozialisten in die Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitfront eingegliedert waren, Beutegut der Besatzungsmacht. Die Genossenschaften mühen sich seit einer Reihe von Monaten, im Wege der Verhandlungen wieder zu ihrem Vermögen zu kommen. Ich bezweifle nicht, daß wir das Vermögen zurückbekommen. Aber der Weg ist ein sehr langer. Es ist nicht klar, wie und wann wir uns unter diesen Umständen entfalten sollen. Die Kapitalisten sind uns wieder um eine Nasenlänge voraus. Sie brauchen nur auf die bisherigen Leitungen zu sehen. Dort haben sie wieder ihre Macht geltend gemacht. Sie haben erklärt, daß wir nach einem Jahre nur an die Mitglieder verkaufen dürfen, und die allgemeine wirtschaftliche Situation ist so, daß für uns überhaupt keine andere Möglichkeit vorhanden ist. Es ist Mangel auf allen Gebieten. Jede Hausfrau ist bereit, in den Laden hineinzugehen, wo sie etwas Mangelware neben der ihr zugewiesenen Ware bekommt. Sie wird auch gar nicht daran denken, ihre jetzige Geschäftsverbindung aufzugeben. Die Kapitalisten nützen das aus. Hitler hat durch ein Gesetz von 1941 unser gesamtes Vermögen nationalsozialisiert dadurch, daß er uns unsere Geschäftsanteile zurückgab zu einer Zeit, als man für Geld überhaupt nichts bekam. Damals wurde das Vermögen der braunen Schar zugeschachert, und wir sind ohne jede wirtschaftliche Möglichkeit und können uns nicht vorwärtsbewegen. Hierauf muß unser Augenmerk gerichtet werden.

Interessant war, daß vor wenigen Wochen in der Gewerkschaftszeitung der Genosse *Fischer* aus München einen Artikel schrieb, in dem er nachwies, daß in Bayern z. Z. die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder 20 000 000 RM Jahreseinkommen beziehen, daß aber die Genossenschaften nur einen Jahresumsatz von 4 000 000 RM hatten. Wir entnehmen daraus, daß wir uns wieder mit unserem eigenen Geld dadurch schlagen, daß wir es in die Privatgeschäfte hineinragen. Durch die Partei muß darauf hingewiesen werden, daß unsere sämtlichen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter versuchen, in ihren Genossenschaften ihren Bedarf zu decken, weil nur dadurch eine Möglichkeit besteht, wirtschaftliche Vorteile für die breite Masse zu sichern.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Wort hat Genosse *Gustav Dahrendorf*.

Gustav Dahrendorf, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Genosse *Nölting* hat uns durch seine Ausführungen ebenso wie der Wirtschaftspolitische Ausschuß durch seine Richtlinien ein Zeugnis dafür gegeben, daß wir eine durchaus zeitgemäße Konzeption in allen Fragen der gemeinwirtschaftlichen Neuordnung der Wirtschaft haben. Aber ich glaube, es wäre durchaus angebracht gewesen, wenn darüber hinaus sowohl der Wirtschaftspolitische Ausschuß als heute der Referent Genosse *Nölting* ein Wort darüber gesagt hätte, wie sich gegenüber den Richtlinien der Sozialdemokratie die Wirklichkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung aus-

nimmt, wie sie sich insbesondere in den letzten Monaten abgezeichnet hat. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir in bezug auf diese Wirklichkeit ein Aufsehen erregendes Beispiel vor uns haben in den Maßnahmen, wie sie z. Z. im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in der Frage der Konzernentflechtung getroffen werden und wie sie außerdem auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft getroffen werden, ohne daß wir heute bereits in der Lage sind, darüber nun etwas absolut Endgültiges zu sagen. Wir sehen, wie die Konzernentflechtung durchgeführt wird, indem man eine Reihe von subventionsbedürftigen Betrieben schafft, ohne daß die Besitzfrage geregelt wird. Wir sehen außerdem, wie auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft ein — ich möchte es einmal so formulieren — zentralistisch geführter Superkonzern im Werden ist, wiederum ohne eigentliche Regelung der Besitzfrage. Ich bin gewiß der Meinung, daß bei einem normalen Ablauf diese Besitzfragen nicht absolut im Vordergrund stehen. Aber sie erhalten heute ihr besonderes Gepräge angesichts der Tatsache, daß wir seit Jahr und Tag Bemühungen feststellen können, die aus dem Bereich des internationalen Großkapitalismus kommen. Ich darf besonders darauf hinweisen, daß es keine andere Zeitung war als die „Times“, die bereits im Februar dieses Jahres warnend ihre Stimme erhob angesichts dieser Bemühungen des internationalen Großkapitals, denen aber viel wichtigere und nachhaltiger unterstützte Bemühungen deutscher Großkapitalisten entsprachen. Wir wissen, daß man von dieser Seite nach den Verbindungen mit dem internationalen Großkapital sucht. Wir wissen, daß die Wirkung, wenn sie sich durchsetzen sollte, wäre eine Überfremdung der wichtigsten Grundindustrien in Deutschland, die sich damit dem Einfluß jener Konzeption entziehen würden, die Genosse Nölting hier vor uns in prägnanten Ausführungen entwickelt hat.

Wir wollen dabei eines nicht außer acht lassen. Die internationalen Mächte, auch die deutschen Besatzungsmächte, haben im Kreise der Deutschen manchen Berater, der ihnen sehr gefährliche Ratschläge erteilt. Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß jüngst die Tatsache bekannt wurde, daß ein Mann wie *Erich Reger*, der einer der leitenden Männer der Berliner Tageszeitung „Der Tagespiegel“ ist, den Amerikanern erklärt hat, „auf Grund seiner sicheren Kenntnis der Situation des Ruhrbergbaues und der Mentalität der Bergarbeiter“, daß es den Bergarbeitern völlig gleichgültig sei, was aus dem Bergbau unternehmens- und besitzmäßig werde. (Hört, hört!) Das hat einen tiefen Eindruck gemacht. Und es mag nicht von ungefähr so sein, daß dieser Eindruck außerordentlich tief ist. Ich glaube, daß auch wir als Sozialdemokraten die besondere Verpflichtung haben, hier von dieser Stelle aus zu erklären, daß beispielsweise das Problem der Kohlenförderung nicht nur ein Problem der Ernährung ist, sondern daß es in starkem Maße ein Problem der Besitzverteilung, ein Problem der Lösung der Besitzfrage und der Formen ist, in denen der Bergbau entwickelt wird. Ich bin überzeugt, daß eine Reihe der Schwierigkeiten gerade auf diesem Gebiete nur positiv überwunden werden können, wenn in der Frage des Besitzes und wenn in der Frage der Form der gemeinwirtschaftlichen Neuordnung der Kohlenwirtschaft wie auch der Schwerindustrie bald eine klare Lösung erfolgt. Auf diese Notwendigkeit auch von dieser Stelle aus hinzuweisen, ist unbedingtes Erfordernis einer Politik, von der wir wissen, daß von ihrem Erfolg wesentlich mehr abhängt, als nur die Höhe der Kohlenförderung, oder als nur die Höhe der Stahlproduktion, sondern von der wir wissen, daß von ihrer Lösung letzten Endes die wirtschaftliche und damit auch die politische Gesundung Deutschlands abhängig sein wird. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Schlußwort hat Genosse Nölting.

Nölting: Werte Parteifreunde! Sie dürfen nicht vergessen, daß ich vorhin nicht als Referent, sondern als simpler Berichterstatter zu Ihnen gesprochen habe, dem, als er das Podium betrat, „drohend“ vom Vorstandstisch zugerufen wurde: Aber nur eine Viertelstunde! Ich sollte ja hier nicht ein eigenes Wirtschaftsprogramm entwickeln, sondern ich sollte über die Leistungen und Arbeitsergebnisse unseres Wirtschaftspolitischen Ausschusses berichten. Ich habe mich deshalb

immer wieder bemüht, von den eigenen Gedankenausflügen zurückzukehren in diesen Arbeitsbezirk. Deshalb muß ich für manche Unterlassung um mildernde Umstände bitten. Es lag eben daran, daß ich heute lediglich als Berichterstatter vor Sie trat.

Ich habe durchaus nicht gesagt, der Handel sei durchweg nicht kapitalistisch, sondern ich habe lediglich erklärt, daß auch der Handel seinem Wesen nach keineswegs zwangsläufig kapitalistisch zu sein braucht. Er soll im Wettbewerb mit anderen Verteilungsformen arbeiten, und es soll sich die Wettbewerbsüberlegenheit durch ein ehrliches gegenseitiges Ringen herausstellen.

Daß ich die Konsumvereine in ihrer Bedeutung genügend zu schätzen und zu würdigen weiß, liegt auf der Hand. Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß man mit Mitteln der sogenannten geplanten Lenkung ihnen jedwede Förderung zuteil werden läßt, die vertretbar erscheint. Dagegen ist es, wenn man von einer Übergangszeit der Rekonstruktion und des Neuaufbaues spricht, nicht ganz logisch zu fordern, daß die Konsumvereine jede vereinsmäßige Begrenzung sprengen und nun an jedermann verkaufen, indem sie einfach auf den offenen Markt vorstoßen. Denn damit würden sie selber aus der Vereinswirtschaft heraustreten und könnten dann nicht mehr den sonst durchaus berechtigten Anspruch auf besondere Förderung für sich ableiten. (Sehr richtig!) Ich möchte auch hier kein Schema, sondern Wettbewerb. Nicht zuletzt, um den Kampf um den Kunden und den Dienst am Kunden wieder herzustellen. Ich wünsche, daß die sich so sehr breitmachende Betriebsmuffigkeit endlich ausgeräuchert und daß der Kunde, der sein ehrliches Geld hinglegt, nicht mehr als lästiger Bittsteller und Almosenempfänger behandelt wird. (Lebhafter Beifall.) Genossinnen und Genossen! Schon deshalb brauchen wir den frischen Wind des Wettbewerbs, damit sich kleine Diktatoren und Haustyranen im Westentaschenformat wieder endlich daran erinnern, daß sie Dienst an der Allgemeinheit zu üben haben.

Den Ausführungen des Genossen Dahrendorf widerspreche ich nicht. Ich habe im Wirtschaftspolitischen Ausschuß wiederholt darauf hingewiesen, daß mir diese von oben befohlene Dekartellisierung weitgehend nur ein Ablenkungs- und Täuschungsmanöver zu sein scheint. Man tut so, als ob man dem Kapitalismus die Giftzähne ausziehen wolle, in Wirklichkeit aber will man die Sozialisierung zahllos machen, indem man dann eines Tages im Tone des Biedermannes erklärt, damit sei das eigentliche Angriffsobjekt aus der Welt geschafft, und die Sozialisierung sei damit gegenstandslos geworden. Konzern ist nicht gleich Konzern. Wir müssen bei ihnen unterscheiden zwischen solchen, die nach rein finanzpolitischen Erwägungen zusammengeramscht sind, und anderen, bei denen betriebsnotwendige Zusammenhänge vorliegen. Wenn ein Konzern z. B. Bergwerke, Schifffahrtslinien und Hotels in sich vereinigt, so ist das kein organisch gewachsenes Gebilde. Das kann und mag auseinandergenommen werden. Aber technisch notwendige Zusammenhänge dürfen nicht zerrissen werden. Unsere Technik muß modern und großräumig bleiben, es gibt kein Zurück zur Butzenschelbenromantik. Wir können die Verspätung, mit der wir ohnehin beim Wettbewerb auf den Weltmarkt auftraten, nur dann aufholen, wenn wir uns modernster technischer Formen bedienen. Man kann nicht aus einem Hochofen ein „Hochöfchen“ machen. Deshalb scheint es mir richtiger, wo man Konzerne sieht, zu sagen: Hier ist die Sozialisierungsreife gegeben, statt daß man sie in irgendwelchen Formen abmontiert.

Außerordentlich sympathisch war mir das, was über die Kohlenwirtschaft gesagt wurde, daß gerade auch von der arbeitspsychologischen Seite gesehen, die Erfüllung des längst überfällig gewordenen Sozialisierungsversprechens dringend geboten ist. Ich habe bei vielen Verhandlungen auf der Villa Hügel — und ich sitze fast mehr auf der Villa Hügel als in meinem Zimmer im Ministerium — darauf hingewiesen, daß nicht nur die Ernährungsnot, nicht nur die Überalterung, nicht nur die technische Verklüderung unserer Werke daran schuld trägt, daß die Förderziffern nicht befriedigen, sondern daß vor allem die auf dem Bergmann lastende Ungewißheit ausgeräumt werden müsse. Es würden ganz andere Arbeitsimpulse zur Verfügung stehen, wenn der Bergmann die feste Gewißheit hätte, daß er nicht hingeworfen

wird als Ausbeutungskuli für ein internationales Finanzkapital, sondern daß seine Arbeit wirklich dem deutschen Volke und dem Aufbau einer neuen Wirtschaft zugute kommt. (Lebhafter Beifall.) Genossinnen, und Genossen! Es läßt sich nicht alles mit dem Punktsystem erreichen. Denn es läßt sich der Arbeiter nicht sein revolutionäres Erstgeburtsrecht durch Schnaps und Zigaretten abkaufen. (Zustimmung.) Gott sei Dank nicht! Man beseitige endlich diese dunkle Wolke der politischen Ungewißheit, die noch immer über dem Ruhrgebiet liegt! Erst dann ist die Luftbereinigung da, die wir brauchen, erst dann haben wir eine neue Situation. Der Arbeitswille scheuert sich heute an den Besitzverhältnissen, an den Eigentumsschranken! Man hat sein Leben nicht deshalb aus Kanonenschlünden und Bombenteppichen heimgebracht, um es in freudloser Form zur Bereicherung einer fremden Ausbeuterkaste zu verbringen. (Lebhafter Beifall.) Aus dem Industriekuli will ein Industriebürger werden. (Sehr richtig!) Letzter Leistungswille ist nur da zu fordern, wo Einblick, wo Mitgestaltungs- und Mitverantwortungsrechte gewährt werden. Europa will Kohlen haben. Nun wohl, die große Kraftzentrale Europas steht bereit, für die Kessel des Wirtschaftsschiffes genügend Kohlen zur Verfügung zu stellen. Dann aber soll man auch die politischen und psychologischen Voraussetzungen dafür schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge, die zu diesem Punkt vorliegen. Im Antrag 17 fordert der Unterbezirk Altena-Lüdenscheid die Durchführung einer Volksabstimmung über die Sozialisierung und über die Bodenreform. Die Politik unserer Partei war in der Vergangenheit klar darauf ausgerichtet, beide Forderungen zu den zentralen Problemen unserer politischen Arbeit zu machen und jedes politische Mittel anzuwenden, um beide Forderungen zu verwirklichen. Ein solches politisches Mittel kann auch die Forderung nach einem Volksentscheid für die Sozialisierung und für die Bodenreform sein. Aber es ist notwendig, daß wir über den Zeitpunkt und die Art einer solchen weitgehenden Aktion uns die Entscheidungsfreiheit vorbehalten. Wir schlagen deshalb vor, daß dieser Antrag dem Parteivorstand zur Beachtung bei seinen weiteren Maßnahmen zur Durchsetzung unserer Ziele auf dem Gebiete der Sozialisierung und der Bodenreform überwiesen wird.

(Der Antrag wird darauf gegen 11 Stimmen gemäß dem Vorschlag des Vorsitzenden dem Parteivorstand überwiesen.)

Dann schlagen wir vor, daß wir den Gedanken des Antrages Nr. 20 in die allgemeine Entschloßung aufnehmen, damit wir alle unsere konkreten wirtschaftlichen Forderungen in einer Gesamtentschloßung des Parteitages vereinigt haben, und zwar empfehlen wir, daß wir im Absatz 3 der Entschloßung des Antrages Nr. 50 in der vorletzten Zeile einfügen: „keine weiteren Demontagen von Anlagen der Friedensproduktion“.

(Darauf wird einstimmig diese Ergänzung des Antrages Nr. 50 beschlossen und der Antrag 20 gegen eine Stimme als erledigt erklärt.)

Wir kommen dann zu Punkt 6 der Tagesordnung: Die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Das Wort als Berichterstatter hat Genosse *Hennig*.

Die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie

Arno Hennig, Hannover: Genossinnen und Genossen! Eine Viertelstunde Kulturpolitik. Ich bitte um dieselben mildernden Umstände wie Genosse *Nöthing*. Wir haben die kulturpolitische Tagung in Erlangen nach einer langen Reihe von Debatterednern und unter Aufarbeitung einer Fülle von Anträgen mit dem Beschluß geschlossen: jetzt geht es erst los! Die Tagung wird in vier Wochen fortgesetzt. Jeder von uns war der Überzeugung, daß die ganze kulturpolitische

Problematik unserer Tage eine solche ist, daß wir diesen Fragen nicht länger aus dem Wege gehen können. Die Arbeit wächst uns gewissermaßen unter den Händen. Wir müssen in der Kulturpolitik gegenwärtig geradezu den Hebel zur Machtentfaltung erblicken. Wir sind nahezu auf allen Gebieten um unsere Souveränität gebracht. Wir sind verwaltungsmäßig stärkstens beschränkt, wir sind wirtschaftlich unerträglich behindert. Es wird lange dauern, ehe wir die politische und ökonomische Souveränität zurückerhalten. Aber kulturell sind wir nahezu souverän. Jedoch nützt die Sozialdemokratie von heute diese Möglichkeit nicht entfernt aus. Es ist leider immer noch so, daß die Kulturpolitik meist das fünfte Rad am Wagen ist. Genosse Thomassen aus Holland hat den Parteitag begrüßt mit der Frage, warum wir nicht Katholiken und Protestanten in die neue Partei hineingeholt haben. Ich habe mich mit dem Genossen Thomassen anschließend ausgesprochen und ihm dargelegt, daß diese Erneuerung in Wirklichkeit durchaus angelaufen ist, und daß wir uns vollkommen einig sind, daß es sich beim Sozialismus nicht um Doktrinen handelt, sondern um Menschen.

Die Kulturzentrale des Parteivorstandes hat zwei große Gebietsgruppen aufzuarbeiten. Wir haben uns erstens das Ziel gesteckt, heute mehr als jemals vor 1933 die gesamte Kulturgebarung des deutschen Volkes zu innervieren.

Zweitens obliegt uns das, was man früher Arbeiterbildung nannte und was wir heute sozialistische Schulung nennen. Es hat an Anregungen dieser Art nicht gefehlt. Aber es haben sich an der Basis der Partei diese Anregungen noch lange nicht durchgesetzt. Vieles von dem, was wir gewollt und vorgeschlagen haben, was wir als dringlich bezeichnet haben, ist in den Schubladen der Bezirke liegengeblieben. Wir haben keine Zeit zu verlieren. In diesen Monaten formt sich der politische Wille des deutschen Volkes. Die Kulturpolitik ist das Mittel, das einzige Mittel, diesen Willen zu beeinflussen.

Wir haben nicht nur agitatorische Gründe für unser Wollen, sondern wir haben, wie sich das auf der kulturpolitischen Tagung in Erlangen gezeigt hat, eine Hinterlassenschaft aufzuarbeiten, die wir dort mit Totalitarismus bezeichneten. Diese Aufarbeitung muß erfolgen durch eine vollständige Umerziehung unseres Volkes.

Wir haben in Erlangen eine Reihe von Resolutionen gefaßt. Aber wir haben unter uns eine Menge ungeduldiger Genossen, die mit Recht festgestellt haben, daß nicht genug geschehen sei und daß das, was geschehen sei, nicht mit der nötigen Gründlichkeit durchgeführt worden wäre. So waren sich am Schluß doch alle einig, daß wir den Parteitag bitten müssen, das Material, das wir ihm zu den wichtigsten Fragen vorlegen könnten (Einheitsschule, ihr Auf- und Ausbau, Lehrerbildung, Schulgesetzgebung), dem Parteivorstand zur Aufarbeitung auf der nächsten Sitzung der kulturpolitischen Tagung zu überweisen. Gleichzeitig wird der Parteivorstand von Ihnen sich die Ermächtigung geben lassen, einen Kulturausschuß zu berufen, der nicht nach dem Delegationssystem zusammengesetzt sein soll, sondern dessen Mitglieder nach persönlichen Qualitäten berufen werden sollen. Diesem Ausschuß obliegt dann die weitere Beschlußfassung über das Schulprogramm und über das Erziehungsprogramm der SPD.

Sie haben unter den Drucksachen zu Punkt 6 der Tagesordnung Anträge gefunden vom Ortsverein Hannover über die Errichtung einer Hochschule für Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Vom Bezirk Schleswig-Holstein liegt eine Entschleßung betreffend Verwaltungsschulen vor. Von der Ortsgruppe Dortmund-Huckarde ist der Antrag gestellt, Schritte zu unternehmen für die Einrichtung von Elternberäten. Der Ortsverein Hannover wünscht die Schaffung von Gesetzen, um den Schutz, die Erziehung und Unterbringung entwurzelter Jugendlicher zu gewährleisten. Vom Ortsverein Dortmund-Eichlinghofen liegt ein Antrag betreffend die Jugendfrage vor, der sich mit der Behebung des Jugendlends befaßt. Es steht nichts entgegen, daß die Anträge sofort verhandelt werden. Der Ausschuß empfiehlt aber, auch diese Anträge dem Parteivorstand zu überweisen, damit sie mit den übrigen Beratungsgegenständen zusammen behandelt werden.

Die kulturpolitische Tagung in Erlangen hat noch zwei andere Entschlüsse gefaßt, die von erheblicher Bedeutung sind und die wir auch dem Vorstand zu überweisen bitten. Der eine Antrag vom Genossen *Wehn* aus Hamburg betrifft die Ausgestaltung der Kulturzentrale beim Parteivorstand. Der Antrag wird sicherlich ohne weiteres vom Parteivorstand selbst unterstützt werden, der sich über die Notwendigkeit dieses Ausbaues klar ist. Ich bin bereit, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, sobald der Parteivorstand dafür Zeit haben wird.

Zweitens ist vom Genossen *Eichler*, Köln, und dem Genossen *Dr. Prüfer*, Hamburg, ein Antrag gestellt worden in bezug auf die Prüfung der geistigen Grundlagen der Partei. Er lautet:

Die auf der kulturpolitischen Tagung der SPD in Erlangen versammelten Teilnehmer sind überzeugt, daß es nötig ist, die philosophischen Grundlagen der sozialistischen Bewegung neu zu studieren und zu formulieren. Sie bitten den Parteivorstand, möglichst bald eine Kommission einzusetzen, die sich dieser Aufgabe unterzieht.

Damit sind wir an einem sehr wichtigen Punkt angelangt. Es handelt sich heute nicht darum, was vor 100 Jahren einmal Männer gedacht und gesagt haben. Vieles davon ist vergänglich. Aber für den Sozialismus als Wissenschaft genügt es nicht, sich allein quellenforscherisch und historisierend zu verhalten; er muß die Gegenwart verarbeiten. Was Karl Marx getan hat, war nichts anderes, als daß er die Philosophie, die Soziologie, die Ökonomie seiner Zeit verarbeitet hat. Wir müssen das gleiche tun. Wir müssen das ungeheure Material aufarbeiten, das in der soziologischen Forschung der letzten Jahrzehnte, in den naturwissenschaftlichen Ergebnissen eines halben Jahrhunderts, in der zeitgenössischen Philosophie vorliegt, und müssen daraus die neuen geistigen Grundlagen der Partei formulieren. Wir stoßen überall, wo wir auf junge Menschen treffen, auf diesen Einwand, auf den Einwand, daß wir zu eng seien, daß wir im Grunde genommen auf dem Standpunkt von vor 100 Jahren stünden. Es wird hohe Zeit, daß wir uns diesem Trugschluß entgegenstellen. Wir hätten es längst gekonnt. Wir haben die Konzeption, aber wir haben noch nicht die Zeit gefunden, sie auszuarbeiten und zu popularisieren. Der zu berufende Kulturausschuß wird die Körperschaft sein, die auf diesem Gebiete entscheidende Schritte vorzubereiten hat, die hoffentlich dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden können. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen zur Aussprache, die sich gleichzeitig bezieht auf die Anträge 22, 23, 24, 25 und 26 in der Vorlage Nr. 4.
Das Wort hat Genosse *Dr. Berger*, Niederrhein.

Dr. Berger, Niederrhein: Genossinnen und Genossen! Über die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie könnte und müßte man sehr viel sagen. Infolge der beschränkten Zeit kann ich nur auf zwei Punkte kurz eingehen.

Zuerst eine Bemerkung über die Zusammensetzung der kulturpolitischen Tagungen. Die Teilnehmer werden vom Vorstand auf Grund ihrer kulturellen Bedeutung, Leistung oder Fähigkeit ausgewählt. Dem wird man zunächst zustimmen können. Wenn jemand Genosse und auf kulturpolitischem Gebiet bewandert ist, so kann uns seine Mitarbeit auf diesem Gebiet doch nur willkommen sein. Aber es hat sich doch gezeigt, oder es ist wenigstens der Anschein entstanden, als ob durch diese Auswahl auf den kulturpolitischen Tagungen diejenigen Genossen eine Mehrheit gewinnen, die lediglich kulturpolitisch interessiert sind, an den übrigen Bestrebungen der SPD sehr wenig Anteil nehmen und mit Arbeitermassen und ihrer Gesinnung sehr wenig Verbindung haben. Es entsteht dadurch die Gefahr, daß kulturpolitische Veranstaltungen der Sozialdemokratie Veranstaltungen einer intellektuellen Oberschicht werden, die den Zusammenhang mit unseren Genossen aus dem Volk verloren hat. Vor 1933 kamen wohl auch Genossen aus bürgerlichen

Kreisen zu uns, die durch den Gegensatz zur Kirche und zur Religion, aber durch kein anderes sozialistisches Interesse zu uns getrieben wurden. Heute ist das Bild gerade umgekehrt. Auf den kulturpolitischen Tagungen der Sozialdemokratie steht der religiöse Sozialismus durchaus im Vordergrund, so daß bei unbefangenen Zuhörern der Eindruck entstehen könnte und auch tatsächlich entstanden ist, als ob der religiöse Sozialismus die einzige offiziell anerkannte kulturpolitische Richtung der Sozialdemokratie sei. (Hört, hört!) Noch schärfere Beurteilungen, die vorgekommen sind, möchte ich hier nicht vortragen.

Zur Eröffnung der kulturpolitischen Tagung in Erlangen wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der über den religiösen Sozialismus gesprochen wurde. Der zweite Verhandlungstag galt dem Thema: „Sozialistische Erziehung“ oder vielmehr: „Die Reform der sozialistischen Erziehung“. Die Verhandlung begann um 9.00 Uhr. Um 10.35 Uhr hörte man zum ersten Male das Wort „Schule“. Die ganzen vorhergehenden Ausführungen des Referenten Minister Grimme handelten ausschließlich vom religiösen Sozialismus. (Hört, hört!) Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß dadurch zum mindesten die Verhandlungen des zweiten Tages einen etwas einseitigen Verlauf nahmen.

Genossinnen und Genossen! Kein Wort gegen die religiösen Sozialisten. Sie sollen uns willkommen sein, und es ist oft genug von maßgebender Parteistelle ausgesprochen worden, daß uns die Genossen, die aus dem Geiste der Bergpredigt zu uns kommen, uns ebenso willkommen sein sollen, wie jene, die aus dem Geiste des Marxismus zu uns kommen. Aber: wenn wir so gegen die religiösen Sozialisten Toleranz üben, so sind doch neuerdings Zweifel laut geworden, ob von den religiösen Sozialisten dieselbe Toleranz gegen die anderen Sozialisten geübt wird. (Sehr richtig!) Es fiel schon auf der Erlanger Tagung in Hinsicht auf den religiösen Sozialismus das bittere Wort, daß die römische Kirche nicht die einzige Hierarchie sei, die den totalitären Anspruch erhebe, die allein seligmachende zu sein.

Wir wollen doch nicht vergessen, daß sehr viele Genossen ihren Sozialismus nicht von der Bergpredigt, sondern von Karl Marx herleiten. Und in weiten Bezirken unseres Vaterlandes werden sehr viel mehr junge Sozialisten durch die Lehren von Karl Marx zu uns geführt, als durch die Lehren der Bergpredigt. Und es ist doch leicht einzusehen, daß gerade eine Jugend, die in der irrationalen Propaganda des Nationalsozialismus aufgewachsen ist, weniger auf neuen Irrationalitäten, als vielmehr auf Nüchternheit und Sachlichkeit neuen Grund zu finden sucht: eben auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus. Eine nüchterne und sachliche, wissenschaftlich fundierte Lehre wie der wissenschaftliche Sozialismus hat heute noch die besten Aussichten, eine desillusionierte kritische Jugend als Anhänger zu gewinnen. Das hat sich erwiesen. Und gerade der wissenschaftliche Sozialismus hat in seiner phrasenlosen Nüchternheit und Sachlichkeit auf die Dauer die besten Aussichten, die Jugend in eine neue Begeisterung hineinzuführen. Man soll uns da doch nicht mit „Eierschalen vergangener Jahrhunderte“ kommen und damit uns den wissenschaftlichen Sozialismus madig machen wollen. Nur die gelben Küken, die gerade erst ausgekrochen sind, sind stolz darauf, auf den Eierschalen, die sie gerade abgestreift haben, herumzutrampeeln.

Noch einmal, Genossinnen und Genossen! Wir haben nichts gegen die religiösen Sozialisten. Sie sollen uns wie alle anderen Sozialisten brüderlich willkommen sein. Nur: man möge dafür Sorge tragen, daß die kulturpolitischen Tagungen der Partei nicht mehr einseitig als Veranstaltungen der religiösen Sozialisten erscheinen.

Zweitens: Es ist auf der kulturpolitischen Tagung in Erlangen, wie auch sonst schon oft und vielerorts der dringende Ruf nach einem Kulturprogramm der SPD erhoben worden. Man klagt gerade in den Kreisen jüngerer und neuerdings erst zu uns gekommener Genossen über das Fehlen eines ausführlichen Kulturprogramms unserer Partei. Gewiß, wir älteren Genossen haben wohl unsere Ansicht über unser Kulturprogramm und können auch unseren jüngeren Genossen unsere Meinung darüber sagen, aber unsere jüngeren Genossen sind unsicher und wissen

nicht, was sie im Meinungsstreit mit Angehörigen anderer Parteien als sozialistisches Kulturprogramm vertreten sollen, und sie wollen wissen, woran sie sind. Kurz, es wird immer wieder der Ruf laut nach einem Kulturprogramm der SPD, und es scheint höchste Zeit, daß in dieser Hinsicht etwas geschieht. Wenigstens sollte man zunächst einmal ein Schulprogramm aufstellen. Auf der Tagung in Erlangen waren drei oder vier verschiedene Vorschläge für ein Schulprogramm eingegangen. Wir haben auch eine Kommission zur Verarbeitung der vorgelegten Vorschläge eingesetzt. Man hat sich dann auch auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt. Warum man nun diesen gemeinsamen Vorschlag hier nicht zur Beschlußfassung vorlegt, ist einigermaßen schleierhaft. Es kann nur vermutet werden, daß die Intellektuellen wahrscheinlich wieder einmal zu zögernd waren und, wie man so zu sagen pflegt, Angst vor der eigenen Courage hatten. (Beifall.) Besprochen worden sind diese Dinge eigentlich genügend, und man ist sich auch in weiten Kreisen über die Dinge einig, die man als Schulprogramm wenigstens vorschlagen will und vorschlagen kann.

An erster Stelle steht der Vorschlag, daß alle Schulen — von wenigen begründeten Ausnahmen abgesehen — Staatsschulen sein sollen. Staatsrecht bricht Elternrecht; so wie früher der Grundsatz galt, daß Reichsrecht Landesrecht bricht. Die Jugenderziehung ist Angelegenheit des ganzen Volkes.

An zweiter Stelle steht die Forderung, daß die Staatsschulen Simultanschulen sein sollen. Wir wollen nicht die Verewigung der konfessionellen Gegensätze, wie sie durch die konfessionelle Grundschule hervorgerufen wird.

An dritter Stelle fordern wir die Einheitsschule, die differenzierte Einheitsschule natürlich, im Interesse der Volksgemeinschaft oder — um mich lieber in sozialistischer Sprechweise auszudrücken — im Interesse einer zukünftigen klassenlosen Gesellschaft. Von einem bestimmten Schuljahr an — man hat sich inzwischen auf das 7. Schuljahr geeinigt — soll eine Differenzierung eintreten, so daß etwa der Unterricht im Turnen, Singen, Zeichnen und in einem gewissen Kernunterricht weiterhin gemeinsam sein soll. Daneben tritt dann für Kinder, die nur nach Begabung und Eignung ausgewählt sein dürfen, ein Zusatzunterricht in Fremdsprachen, Mathematik und dergleichen. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich Schulgeldfreiheit, Lehrmittelfreiheit, Erziehungsbeihilfe für bedürftige Kinder.

Als Punkt fünf fordern wir ferner die gemeinsame Ausbildung der Lehrer aller Schulen.

Ein Punkt, der etwas mehr Schwierigkeiten machte, war die Frage des Religionsunterrichtes. Hierzu sind verschiedene Vorschläge eingegangen, z. B. von Berlin und Hamburg. Ich könnte da nur die Entschleußung zur Annahme empfehlen, die auf dem Frauenkongreß in Fürth gefaßt worden ist. Es zeigt sich, daß unsere Genossinnen einmal wieder mehr Mut gehabt haben (lebhafter Beifall) und da eine Entschleußung eingebracht und angenommen haben, zu der die Intellektuellen einmal wieder nicht den Mut gefunden haben.

Genossinnen und Genossen! Ich kann nicht weiter auf die Einzelheiten eingehen. Die anderen Parteien sind uns kulturpolitisch wieder einmal weit voraus. Wir dürfen nicht wieder in den Ruf kommen, daß uns die Kulturpolitik verhältnismäßig nebensächlich sei. Die Kulturpolitik ist heute fast das einzige Gebiet, auf dem uns die Besatzungsmächte fast völlige Freiheit lassen. Es ist der böse Verdacht geäußert worden, daß wir von anderen Parteien, besonders von der CDU, von der Kulturpolitik abgedrängt werden, damit wir uns auf sozialpolitische Themen und dergleichen beschränken und damit die CDU unbeschränkt auf dem Gebiete der Kulturpolitik herrschen kann, wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen. Dann wird vielleicht eines Tages die Besatzungsbehörde sich gegen die Forderungen der Sozialisierung und gegen die wirtschaftspolitischen Forderungen stellen, und wir wären dann wieder einmal die Enttäuschten, die hier auf dem Gebiete der Kulturpolitik gar nichts erreicht haben.

Damit will ich schließen. Ich möchte noch einmal an unseren Vorstand appellieren, daß er darauf drängt, daß nicht nur ein Schulprogramm, sondern ein allgemein kulturpolitisches Programm der SPD mit aller möglichen Beschleunigung aufgestellt wird. Es gilt auch hier für den Sozialisten und für den Arbeiter „eine Welt zu gewinnen“, ein Reich, das durchaus nicht von jener Welt ist, sondern ein Reich, das fest auf dieser Erde begründet ist, das Reich einer sozialistischen Kultur, die durchaus unter dem Zeichen Beethovens und unter dem Zeichen Schillers stehen wird, und von der man auch mit den Worten der 9. Symphonie, wie wir sie gestern hier gehört haben, sagen könnte:

Deine Zauber binden wieder
was die Mode streng geteilt;
alle Menschen werden Brüder,
wo dein sanfter Flügel weilt.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Wort hat Genosse *Schult*, Hamburg.

Johannes Schult, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Es ist erklärlich, daß in einer Zeit der großen materiellen Nöte Kulturfragen in die zweite Linie gerückt werden, und doch darf das von unserer Bewegung nicht geduldet werden. Die Bedeutung der Kulturpflege und der Kulturpolitik brauche ich hier in diesem Raume nicht noch einmal zu unterstreichen. Das Kulturreferat beim Parteivorstand hat eine außerordentlich umfassende Aufgabe. Zahlreiche Einzelaufgaben sind zu lösen. Darum empfehle ich den Antrag *Eichler* zur Annahme, der einen Ausbau des Kulturreferates beim Parteivorstand vorschlägt. Wenn wir bedenken, daß in Zukunft die eigentliche Kulturpolitik im wesentlichen in den Gemeinden und Ländern gemacht werden wird, so sehen wir zugleich auch hier die Möglichkeit des Auseinanderfallens dieser Kulturpolitik in den einzelnen Teilen Deutschlands. Wir müssen darauf achten vom Parteivorstand her, daß hier nicht einander entgegengesetzte Entwicklungen vor sich gehen. Noch sind wir nicht einmal in den eigenen Reihen über wichtige kulturpolitische Grundsätze einig, z. B. in bezug auf die Schulpolitik. Mit diesem Thema müssen sich in Zukunft nicht nur die Parteigenossen, die Fachleute sind, sondern auch die übrigen Parteigenossen beschäftigen. Die Fachleute sind im letzten Grunde etwas einseltig. Sie stammen meistenteils aus einer Erziehung, die nicht die unsrige ist. Wir haben einen großen Zustrom an Lehrern nach 1918 bekommen. Wir haben auch jetzt wieder einen solchen. Aber wir müssen darauf achten, daß sie eingegliedert werden in die große Tradition unserer Bewegung. Diese ist im wesentlichen doch eine proletarische Tradition. (Sehr richtig!) Das muß einmal deutlich gesagt werden, damit nicht etwa Bildungsideale und Erziehungsziele, die rein bürgerlicher Natur sind, die sich aus der Tradition des Bürgertums entwickelt haben, für uns als maßgebend angesehen werden. (Sehr gut!) Ich bin ganz anderer Meinung, als sie manchmal auch von sehr gewichtigen Parteigenossen vertreten wird, z. B. in bezug auf das Bildungsideal unserer Hochschulen und unserer Oberschulen. Denn diese Ideale sind nicht die, die wir als Sozialisten zu vertreten haben. Wir dürfen nicht kritiklos diese Ideale vom Bürgertum übernehmen. (Zustimmung.)

Ich weise weiter darauf hin, daß wir eine geistige Neuorientierung vornehmen müssen. Wir haben in früherer Zeit eine große Menge von Gedanken nur unter uns gepflegt. Jetzt ist ein Zustrom von außen erfolgt, und es ist notwendig, eine Auseinandersetzung über die von außen herangetragenen Gedankengänge auch bei uns durchzuführen. Das ist eine schwere und langwierige Aufgabe. Ich wünsche, daß sich in allen Teilen Deutschlands in den Parteikreisen Leute finden, die sich daran beteiligen. Es wird eine Gemeinschaftsarbeit werden müssen. Das läßt sich nicht so machen, daß man etwa einem Ausschuß der Partei den Auftrag erteilt, ein Programm hierüber auszuarbeiten. Es gehört mit zu den Aufgaben des Kultur-

referates beim Vorstand, diese Dinge zu pflegen. Wenn er nur diese Aufgabe hätte, hätte er schon reichlich zu tun und käme mit den augenblicklichen Bedingungen, unter denen dieses Referat arbeitet, nicht aus.

Um noch einen anderen Punkt zu erwähnen, der mir von ganz großer Bedeutung zu sein scheint, weise ich auf die Kulturpflege innerhalb unserer eigenen Bewegung und Organisation hin. Das hat mit der Kulturpolitik im engeren Sinne nichts zu tun. Diese Kulturpflege ist im Jahre 1933 abgerissen und muß wieder mühsam neu geschaffen werden. Die Kulturpflege in unseren eigenen Reihen sollte niemals unwichtig genommen werden. Ich habe 1920 auf dem damaligen ersten Kulturtag der Sozialdemokratischen Partei auf diesen Umstand hingewiesen und die Formulierung geprägt, daß wir von einem Wahlverein, der lediglich Wahlen vorzubereiten hätte, zu einer Kulturbewegung werden müssen. Die Entwicklung unserer Partei ist von der Machtpolitik weitergeschritten zu der großen umfassenden Aufgabe, eine neue Kultur aus den Menschen heraus zu gestalten. Diese Aufgabe muß überall angepackt und muß vom Kulturreferat des Vorstandes gepflegt und entwickelt werden. Im Jahre 1920 hatten wir einen Reichsjugendtag in Welmar. Dieser Reichsjugendtag ist noch heute eine Kraftquelle ersten Ranges. Ich glaube, unter Euch sitzen viele Dutzende, wenn nicht Hunderte, die sich eine schöne Erinnerung an dieses Erlebnis bewahrt haben. (Zustimmung.) Wir sollten uns darum mit den Dingen, die wir damals als Kulturpflege von der Jugendbewegung aus in die Partei übertragen haben, in viel höherem Grade als bisher beschäftigen. (Zustimmung.) Ich denke z. B. an folgendes. Wodurch hat die katholische Kirche ihre außerordentliche innere Kraft? Weil sie Bezirke des menschlichen Seelenlebens pflegt, die bei uns oftmals zu kurz gekommen sind. Wenn wir diese Bezirke des menschlichen Seelenlebens pflegen, dann ist erst Sicherheit gegeben, daß eine solche Bewegung nicht wieder totgemacht werden kann, daß sie nicht mit einer Gewaltpolitik aus der Welt geschafft werden kann. (Beifall.) Gerade dieses Beispiel der katholischen Kirche sollte uns veranlassen, die Kulturpflege in unserer eigenen Partei zu betreiben, so weit wie irgend möglich, mit gegenseitiger Hilfe in materiellen Dingen. Vielfach sind die Nöte nicht materielle, sondern geistiger und seelischer Art. Das sind wichtige und manchmal wichtigere Dinge als die materiellen. Somit bin ich der Meinung, daß wir das Kulturreferat der Partei ausbauen sollten, damit es zu dem wird, was es eigentlich sein muß: umfassend wie das ganze menschliche Leben mit all seinen materiellen, geistigen und seelischen Beziehungen. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich vorschlagen, daß die Wahlkommission das Resultat der Wahlen zu dem Parteivorstand mittelt.

Theo Thiele, Berlin: Die Wahlkommission hat folgende Feststellung getroffen: Von 357 anwesenden Delegierten haben 344 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Es wurden 3 ungültige Stimmzettel abgegeben und 341 gültige. Davon erhielt *Dr. Kurt Schumacher* als Vorsitzender 340 Stimmen. (Lebhafter Beifall.) *Erich Ollenhauer* erhielt 337 Stimmen. (Beifall.)

Als besoldete Mitglieder des Parteivorstandes erhielten Stimmen:

<i>Herta Gotthelf</i>	332 Stimmen
<i>Fritz Heine</i>	327 Stimmen
<i>Alfred Nau</i>	327 Stimmen
<i>Herbert Kriedemann</i>	239 Stimmen
<i>Egon Franke</i>	221 Stimmen

Die unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes erhielten folgende Stimmen:

Fritz Hensler	335 Stimmen
Dr. Karl Schmid	335 Stimmen
Louise Schröder	332 Stimmen
Franz Neumann	331 Stimmen
Franz Bögler	326 Stimmen
Julius Lofmann	324 Stimmen
Karl Meitmann	324 Stimmen
Wilhelm Kaisen	323 Stimmen
Dr. Viktor Agartz	321 Stimmen
Andreas Gayk	320 Stimmen
Adolf Grimme	315 Stimmen
Willi Eichler	314 Stimmen
Willi Knothe	314 Stimmen
Valentin Bauer	311 Stimmen
Dr. Walter Menzel	308 Stimmen
Ernst Gnoß	306 Stimmen
Lisa Albrecht	304 Stimmen
Emil Groß	304 Stimmen
Fritz Helmstetter	304 Stimmen
Dr. Hermann Veit	289 Stimmen
Robert Görlinger	258 Stimmen
Dr. Elisabeth Selbert	253 Stimmen

Weitere Stimmen erhielten

Marta Fuchs	236 Stimmen
Anna Beyer	225 Stimmen

Für Dr. Hermann Brill und Waldemar von Knoeringen wurde je 1 Stimme abgegeben.

Das war der Bericht der Mandatsprüfungskommission über die Wahl. Alle Dinge wurden in Ordnung befunden. Die Stimmzettel und die Listen wurden von allen Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission unterzeichnet.

Vorsitzender *Erich Ollenbauer*: Wir fahren in der Diskussion fort. Genossin *Edith Hoereth-Menge* hat das Wort.

Edith Hoereth-Menge, München: Genossinnen und Genossen! Weit gespannt ist der Bogen der Kulturpolitik, wie der Genosse Hennig ihn uns gezeigt hat. Aber wenn die Grundlage dazu nicht fest ist, dann fällt dieser Bogen in sich zusammen. Das breite Fundament der Kulturpolitik ist die Schulpolitik. Dieses breite Fundament muß durch die Schule geschaffen werden, in der die höchstmögliche Bildung und umfassendste Erziehung allen Kindern des Volkes vermittelt wird. Wir Frauen haben das in Fürth wohl richtig erkannt, das zeigt unser Antrag, und ich möchte ergänzend dazu sagen, daß wir nicht nur den Mut aufgebracht haben, einen Antrag einzubringen, sondern, daß wir wahrscheinlich auch die nötige Intelligenz dazu hatten, daß es also nicht notwendig ist, daß, wenn man intellektuell ist, man dabei keinen Mut haben muß. (Beifall.) In diesem Antrag haben wir gefordert, daß sich der Parteivorstand umgehend damit beschäftigt, daß die Schulreform in allen Ländern unverzüglich durchgeführt wird. Denn, Genossinnen und Genossen, was helfen uns alle geistreichen Diskussionen über Kulturpolitik, über das Verhältnis zu den religiösen Sozialisten und über wer weiß was nicht alles, wenn wir die ungeheure Not der Kinder und der Schule ansehen.

Wir, die wir im praktischen Volksschul- und Erziehungsleben stehen, wir sehen mit der allertiefsten Sorge auf die kommende Generation. Wenn es mit der Schül-

bildung so weitergeht, dann wird aus dem deutschen Volk allmählich ein Volk von Analphabeten werden. Denn die Not der Kinder, die physische Not, die ja jetzt zum Teil etwas durch die Schulpeisung behoben wird, die Lernmittelnot, die Schulraumnot, die Lehrernot, die sind so groß, daß es nicht möglich ist, den Kindern des Volkes nur die allerelementarsten Grundlagen des Wissens mitzugeben, und das ist das Gefährliche, wenn wir diese Kinder aus der Schule entlassen, daß sie dann nicht die Grundlage haben, um in dem Kampf für den Staat, den sie sich bilden sollen, mitzureden. Der Genosse Menzel hat gesagt, das Schicksal der neuen deutschen Republik liegt in den Händen der Masse. Diese Masse muß aber demokratisch und bestmöglich erzogen sein. Bei den heutigen Verhältnissen kann das aber aus den erwähnten Notgründen nicht erfolgen.

Es ist darum die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, so schnell wie möglich, und nicht erst nach Überweisung an den Parteivorstand und die kulturpolitischen Ausschüsse, wo die Anregungen womöglich halbe oder ganze Jahre liegen bleiben, zu prüfen, welche praktischen Vorschläge für die Schulreform zu unterstützen und in welchen Ländern sie durchzubringen sind. (Beifall.)

Ein Beispiel dafür, wohin man kommt, wenn keine Richtlinien zur Kulturpolitik vorhanden sind, ist unser Land Bayern. Hier ist die Verfassung leider so gemacht worden, daß die kulturpolitischen Bestimmungen, die diese Verfassung enthält, direkt dem widersprechen, was die Sozialdemokratie als elementarste Forderung von jeher anerkannt hat und heute noch anerkennen muß. In Artikel 135 der bayrischen Verfassung z. B. wird für die Lehrer ein Zustand geschaffen, der sie vollkommen ohnmächtig macht, im Geist der Freiheit und der Demokratie die Kinder zu erziehen. Dieser Artikel sagt, daß nur die Lehrer, die geeignet und bereit sind, im Geiste des Bekenntnisses zu unterrichten und zu erziehen, an den Schulen tätig sein können. Diese Knute der Meinungsgebundenheit jagt die Lehrerschaft in die Kasematten mittelalterlichen Denkens zurück. Was soll aus der Schule werden, wenn die Lehrer keine selbständig denkenden, sich frei schließenden Persönlichkeiten sein dürfen? Wir versuchen in Bayern einen Schulreformvorschlag unseres Genossen Pittroff durchzubringen, der die differenzierte Einheitsschule vorschlägt. Aber es wird bei diesen Verfassungsbindungen kaum möglich sein, den Plan durchzuführen, wenn sich nicht hinter solche Pläne, die außerdem gleichzeitig in allen Ländern gefördert werden müssen, die große, starke, unnachgiebige Macht der Sozialdemokratischen Partei stellt.

Leider hat die Sozialdemokratische Partei bisher wenig Aktivität für die kulturpolitischen Forderungen entwickelt, was vielleicht aus der Not der Zeit erklärlich ist. Man hat aber weder die sozialdemokratischen Parteigenossen noch die sozialdemokratischen Wählermassen irgendwie an- und aufgerufen, daß sie sich entscheiden sollen, wie die Schule für ihre Kinder gestaltet werden soll. Wenn wir das nicht bald tun, kommen wir mit unseren Richtlinien und mit allen schönen Vorschlägen der kulturpolitischen Ausschüsse wieder zu spät, und es geht uns genau so, wie es in den Jahren 1919 und 1920 gegangen ist. Wenn dann die Kuh aus dem Stalle ist, dann möchte ich wissen, wer sie wieder hineinbringt. Wir bitten wenigstens auf diesem Parteitag darum, die Entschloßung der Frauenkonferenz tatkräftig zu unterstützen, die als Grundschule die Staatsschule, also die Simultanschule festlegt. Für die Extravaganzen, wie wir sie in Bayern haben, können Sozialdemokraten nicht eintreten, denn die in Bayern als Regelschule festgelegte Bekenntnisschule ist der erste, aber auch wirkungsvollste Versuch, die geistige Frohheit des Volkes zu knebeln (Beifall) und es dahin zu bringen, daß es gar nicht möglich ist, unsere Kinder zur Toleranz, zur Demokratie und zu selbständigem Denken und Handeln zu erziehen.

Weiter muß es auch eine Sorge der Sozialdemokratie sein, daß anerkannt wird, daß die Lehrerschaft, die hin- und hergerissen wurde und die vielleicht, wie ihr nicht ganz ohne Berechtigung vorgeworfen wird, ein Teil der Bevölkerung war, der sich besonders rasch dem Nationalsozialismus zugewandt hat, in dem Teil, der festgeblieben ist, heute mehr als seine Pflicht tut. Denn wenn wir heute täglich vor 100 Kindern stehen und 100 Kindern Wissen vermitteln und auf sie erzieherisch

einwirken sollen, dann, Genossen und Genossinnen, werden Sie doch selber sagen, daß bei dem heutigen Ernährungszustand — denn uns speisen auch nicht die Raben des Ellas — dies kaum möglich ist. Die Lehrer müssen wissen und erfahren, daß sie einen geistigen Rückhalt bei ihrer Arbeit haben und den müssen sie in der Arbeiterschaft finden. Wir Lehrer müssen wissen, daß wir in unserem Kampf gegen alle reaktionären Einflüsse nicht alleinstehen, sondern daß wir getragen sind von dem gleichgerichteten Willen der großen Sozialdemokratie. Die Schulreform kann man nicht mehr, wie es in Bayern geschehen soll, auf die lange Bank schieben, sondern die Zeit und ihre Not erfordert es, daß sie durchgeführt wird. Die Schulreform muß von der Sozialdemokratie Deutschlands getragen und vorwärts getrieben werden. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Ich gebe jetzt noch dem Genossen *Meltes*, Detmold, das Wort, und dann werden wir die Verhandlungen bis 9 Uhr vertagen. Ich bitte darum, daß alle Delegierten an dieser Abend-sitzung teilnehmen, weil wir die Diskussionen über das kulturpolitische Referat und die beiden Berichte über Sozialpolitik und Agrarpolitik noch heute abend erledigen müssen.

Wilhelm Meltes, Detmold: Genossinnen und Genossen! Der Punkt 6 der Tagesordnung lautet: Die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Der Genosse *Hennig* hat uns hier erklären müssen, daß er keine kulturpolitischen Forderungen vorzubringen hat, weil die Partei in ihrer Arbeit noch nicht weit genug fortgeschritten ist. Es scheint mir so, daß es dann richtiger gewesen wäre, in diesem Falle einen solchen Punkt nicht auf die Tagesordnung zu setzen, denn es muß so der Eindruck erweckt werden, daß sich die Sozialdemokratie über ihre kulturpolitische Bedeutung keinesfalls im klaren ist. Wir werden aber wohl darüber einer Meinung sein, daß dieser Eindruck nach außen hin nicht erweckt werden darf. Man hat der Sozialdemokratie schon früher vorgeworfen, daß die Kulturpolitik bei ihr fünftes Rad am Wagen sei. Das ist in den verflochtenen Jahrzehnten aus der Situation der Zeit heraus zu verstehen, denn wenn man die Massen zum kulturellen Leben bringen will, sind dazu zwei Voraussetzungen nötig. Einmal muß das Existenzminimum gesichert sein, und zweitens muß zur kulturellen Betätigung auch die nötige Muße vorhanden sein. Der Genosse *Grimme* hat schon vor anderthalb Jahrzehnten einmal gesagt:

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Ich bitte um Ruhe, die Verhandlungen sind nicht unterbrochen. Es ist ungeheuer schwer, hier zu sprechen, wenn eine Unruhe im Saale ist.

Wilhelm Meltes, Detmold: „Wer den Menschen die Muße nimmt, begeht ein Verbrechen gegen das keimende Leben der Kultur.“

Die Not der gegenwärtigen Zeit — das ist auch gesagt worden — hindert uns vielfach an der kulturellen Betätigung. Denn es bewahrheitet sich heute natürlich das Wort, das Arno Holz vor 15 Jahren einmal prägte: „Was soll uns Goethe, Kant und Luther, dem Elend dünkt ein Stückchen Butter erhab'ner als der ganze Faust.“ Aber trotzdem darf meines Erachtens die Sozialdemokratische Partei nicht müde werden, in den kulturpolitischen Dingen weiter vorzudrücken. Denn wir stehen in einer besonderen Situation. Die Reaktion des Bürgertums ist im Begriff, sich in zwei Bezirken außerordentlich festzusetzen. Nachdem in der Wehrmacht und zum Teil auch in der Industrie und in der übrigen Wirtschaft bevorzugte Plätze nicht mehr zur Verfügung stehen, drängt sich alles in die Verwaltung und in die kulturpolitische Betätigung. Wer heute das kulturelle Leben betrachtet, kann sich ja nicht darüber beklagen, daß zu wenig getan würde. Im Gegenteil, man kann sehr häufig von einem Kulturbetrieb in nicht gerade sehr angenehmem Sinne reden. Aber dieser Kulturbetrieb wird getragen von den bürgerlichen Kräften. Wir müssen überall auf kulturellem Gebiete feststellen, daß die starke Machtposition der Sozial-

demokratie noch keineswegs zum Durchbruch gekommen ist, und wir müssen mit Nachdruck darauf drängen, daß auf beiden Gebieten, sowohl in der Verwaltung als auch auf kulturellem Gebiet, unser Einfluß so stark wird, wie es der politischen Struktur der Bevölkerung entspricht.

Woher kommt nun unsere Schwäche auf kulturellem Gebiet? Ich möchte dafür kurz zwei Gründe erörtern. Der eine liegt in dem, was der Genosse Schumacher angeführt hat, als er über die Betätigung der leitenden Genossen sprach. Wir haben leider allzusehr den Eindruck, daß unsere Genossen in den leitenden Stellen, in den Ministerien und Regierungen allzusehr schwach werden gegenüber der bürgerlichen Front, der sie sich im kulturellen Leben gegenübersehen. Wenn man ihnen Vorhaltungen macht, daß gewisse Dinge aus Gründen der Demokratie und Toleranz nicht gemacht werden dürften, dann werden sie sehr schnell von des Gedankens Blässe angekränkt und haben nachher nicht mehr den Mut und die Tatkraft, die sozialistischen Forderungen im kulturellen Bezirk durchzusetzen, und es stimmt schon in etwa, was die Genossin vorhin anschnitt, daß der Intellekt in diesem Falle auch tatsächlich schwach macht. Demokratie und Toleranz dürfen nicht zu einer Knochenweichung bei diesen Auseinandersetzungen führen, die letzten Endes auch machtpolitische Auseinandersetzungen sind.

Der zweite Grund scheint mir in dem zu liegen, was auch der Genosse Berger bereits angeschnitten hat, daß wir die kulturelle Auseinandersetzung heute allzuviel unter dem Blickpunkt der Auseinandersetzung sehen, die unter dem Thema geht: Religion und Sozialismus oder — besser gesagt— Kirche und Sozialismus. Es scheint mir unbedingt erforderlich, daß wir auch auf diesem Gebiet zu einer klaren Begriffsbestimmung kommen. Ich halte diese Gespräche nicht etwa für abwegig oder für verfehlt, im Gegenteil, ich halte sie für außergewöhnlich wichtig. Aber wir befinden uns dabei leider dauernd in einer Verteidigungsposition. Diese Verteidigungsposition brauchen wir auf keinen Fall zu beziehen, sondern wir müssen im Gegenteil von uns aus zum Angriff übergehen. Deshalb müssen meines Erachtens im Vordergrund dieser Gespräche drei Fragen stehen.

Zunächst einmal ist von uns aus darauf hinzuweisen, daß die starken Spannungen, die in den früheren Jahrzehnten zwischen Sozialdemokratie und Kirche ohne Frage bestanden haben, nicht auf das Schuldkonto der Sozialdemokratie kommen, sondern auf das der Kirche, weil sich die Kirche zum Vorspann der reaktionären Cliquen mißbrauchen ließ. (Beifall.)

Der zweite Punkt, den wir in den Vordergrund stellen müssen, ist der, daß eine Verwirklichung der ethischen Grundsätze des Christentums in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht möglich ist. Wenn man also verlangt, daß die Menschheit nach den hohen ethischen Grundsätzen des Christentums leben soll, dann muß man auch die Verhältnisse so gestalten, daß man danach leben kann.

Danach leben kann man nur dann, wenn die egoistische kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt und durch die sozialistische Wirtschaftsordnung ersetzt ist. Von besonderer Wichtigkeit scheint mir der dritte Punkt zu sein, nämlich der, daß man die Toleranz nicht einseitig auffassen kann. Dieses Wort wird in den Gesprächen von seiten der Kirche immer wieder gebraucht, aber wir müssen feststellen, daß in den schönen Formulierungen, die die kirchlichen Vertreter zu diesem Thema bringen, immer noch allzusehr der totalitäre Gedanke der Kirche verkleidet ist. Wenn man sich also schon über diese Fragen unterhalten will, dann muß meines Erachtens zunächst einmal die Grundlage geklärt werden, und da befinden wir uns, wie gesagt, nicht etwa in der Verteidigung, sondern wir befinden uns im Angriff. Aber wir begehen einen großen Fehler, Genossinnen und Genossen, wenn wir die kulturelle Auseinandersetzung lediglich unter diesen Gesichtspunkt stellen.

Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, daß niemand unter uns der Meinung ist, unsere Jugend dürfte über Religion überhaupt nichts erfahren. Im Gegenteil, wir werden alle der einen Meinung sein, daß unsere ganze Kultur in den letzten Jahrtausend auf christlichem Boden erwachsen ist, und infolgedessen gehört selbstverständlich die Kenntnis dieser religiösen Dinge auch mit zur Bildung der Jugend.

Aber einer zweiten Gefahr müssen wir ebenfalls auf kulturellem Gebiete vorbeugen. Das ist nämlich, daß wir die ganze Frage der Kulturpolitik unter dem Gesichtspunkt der Schule sehen. Das ist bis jetzt auch in der Diskussion sehr stark zum Ausdruck gekommen. Gewiß, wer kulturell tätig sein will, muß zunächst die Schule wollen. Aber, Genossinnen und Genossen, das kulturelle Gebiet hat einen so ungeheuren Umfang angenommen, daß wir sehr schlecht beraten wären, wenn wir uns nur auf die Schulpolitik beschränken wollten. Wir müssen in bezug auf die Fragen der Kunst, des Rundfunks und des Films unsere Stellung klar zum Ausdruck bringen und müssen unseren starken Einfluß, den wir durchführen können, wenn wir nur wollen, auch tatsächlich zur Durchführung bringen. Gegenüber den Bestrebungen, die gegenwärtig auf kulturellem Gebiet vorhanden sind, müssen wir auch mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß wir, genau so wie wir im wirtschaftlichen Leben vorstoßen und durchstoßen müssen von der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaft, auch auf kulturellem Gebiet von der individuellen Kultur zur Gemeinschaftskultur durchstoßen müssen. (Beifall.)

Vorsitzender Ollenhauer: Heute nach dem Abendessen wird am Eingang des Speiseraums ein Kasten stehen, damit wir uns bei dem Personal, das uns in diesen Tagen so gut betreut hat, erkenntlich zeigen können. Ich bitte alle Genossen und Genossinnen, diese Gelegenheit nach ihren Kräften wahrzunehmen.

Ich unterbreche jetzt die Verhandlungen, und wir beginnen wieder um 21.00 Uhr in diesem Saal.

(Schluß: 18.56 Uhr.)

Abendsitzung

Beginn 21.00 Uhr.

Vorsitzender Erich Ollenhauer: Genossen und Genossinnen! Wir nehmen unsere Verhandlungen wieder auf. Ich möchte zunächst eine technische Mitteilung machen. (Betrifft den Straßenbahnverkehr nach der Abendsitzung.)

Dann möchte ich noch eine andere aufklärende Mitteilung machen, über die nicht hier noch im einzelnen eine Diskussion geführt werden soll. Wir sind von verschiedenen Genossen nach der Verkündung des Wahlergebnisses um Aufklärung darüber gebeten worden, daß ein Kandidat in der Gruppe der besoldeten Vorstandsmitglieder mit weniger Stimmen als gewählt betrachtet wird als eine Genossin, die zu den nicht gewählten Kandidaten gehört, an Stimmen erhalten hat, Genossen, das ist ein sehr einfacher Vorgang, und da ich nicht möchte, daß irgendeiner unserer Delegierten aus Unkenntnis oder aus irgendeiner anderen Überlegung heraus mit einem falschen Eindruck von diesem Resultat nach Hause geht, möchte ich noch einmal die Situation schildern, unter der wir gewählt haben.

Nach unseren Beschlüssen besteht der Parteivorstand aus drei Kategorien von Mitgliedern, zunächst aus den beiden Vorsitzenden, dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden, zweitens aus der Gruppe der besoldeten Mitglieder des Parteivorstandes, und drittens aus der Gruppe der unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes. Wir haben durch Beschluß vor der Wahl festgelegt die Ämter der beiden Vorsitzenden, die Zahl der besoldeten Vorstandsmitglieder als zweite Gruppe und drittens die Zahl der unbesoldeten Mitglieder des Vorstandes. In jeder dieser Gruppen ist eine bestimmte Anzahl von Kandidaten vorgeschlagen worden, und für jede dieser Gruppen gelten die dort Genannten für die dort vorgesehenen Funktionen als gewählt, wenn sie mehr als die Hälfte der Stimmen erzielt haben. Wir haben bei der Gruppe der unbesoldeten Beisitzer und nicht bei den Gruppen der besoldeten Beisitzer zwei Kandidaten mehr gehabt, als wir zu wählen hatten. Deshalb mußten zwei von den Kandidaten natürlicherweise als nicht gewählt ausscheiden. Man kann jetzt nicht das Resultat so vergleichen, daß man die Stimmen-

zahl eines nicht gewählten Kandidaten der Gruppe Belsitzer mit der Stimmzahl irgendeines Mitgliedes in der zweiten Gruppe der besoldeten Mitglieder vergleicht. Das ist in der Gruppierung der Zusammensetzung des Parteivorstandes völlig klar ersichtlich, und unser Wahlverfahren entspricht absolut der Übung, die wir früher auf unseren Parteitag gehabt haben.

Wir hätten selbstverständlich für jede dieser drei Gruppen einen gesonderten Wahlgang durchführen können. Dann wäre das Resultat völlig dasselbe gewesen, und es wäre nicht diese Diskussion entstanden. Wir haben uns im Parteivorstand und Partiausschuß entschieden, diesen Wahlgang zu vereinfachen und alle drei Gruppen auf einem Stimmzettel zu wählen. Aus diesem technischen Grunde ist bei einigen Genossen diese Unklarheit entstanden, und es lag mir daran, diese sachliche Aufklärung zu geben, damit sie nicht weiter besteht und Anlaß zu irgendwelchen Kombinationen über das Wahlresultat gibt.

Jetzt fahren wir in der Diskussion zu dem Bericht des Genossen Hennig fort. Es hat das Wort die Genossin Greising, Hannover.

Gertrud Greising, Hannover: Genossen und Genossinnen! Es ist hier heute mehrfach von der Jugend die Rede gewesen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit weiter auf die Jugend lenken, die ohne Helmat und ohne Angehörige umherirrt. Auf der Tagung der Arbeiterwohlfahrt in der vorigen Woche in Kiel hat man u. a. festgestellt, daß z. B. allein in Schleswig-Holstein 5000 Jugendliche ohne Lebensmittelkarten und ohne Unterkunft herumvagabundieren. Zur Zeit kommen viele Jugendliche aus der Ostzone an, die sich einer Registrierung entziehen wollen. Nicht nur in Schleswig-Holstein sind die Verhältnisse so, sondern, so weit ich unterrichtet bin, ist es ähnlich in der ganzen britischen Zone. In der amerikanischen Zone werden wahrscheinlich ähnliche Verhältnisse herrschen.

Wenn wir vor 1933 Berichte aus Rußland über das Kinderelend und über die Verwahrlosung der Jugend lasen, dann waren wir erschüttert darüber. Heute kann man feststellen, daß in Deutschland ähnliche Verhältnisse herrschen. Man schätzte vor kurzem noch die Zahl der monatlich zwischen der russischen und britischen Zone über die Grenze kommenden Flüchtlinge auf 15 000. Jetzt hört man bereits, daß die Zahl sich auf mindestens 50 000 Menschen monatlich beläuft. Unter ihnen befindet sich auch eine große Zahl Jugendlicher. Sie kommen alle ohne Gepäck und ohne Papiere, schlecht gekleidet und ungepflegt. Es befindet sich auch ein großer Teil Kinder unter ihnen. Die Jugendlichen hausen zum Teil in Bunkern, Wartesälen und in den Trümmern der Großstädte. Merkwürdigerweise sind sie allerdings gut genährt und stechen auf diese Art angenehm von den anderen Jugendlichen ab, die sich durch ehrliche Arbeit betätigen. Die Jugendlichen, die so in der Welt herumirren, ernähren sich durch Schleichhandel. Die weiblichen Jugendlichen verfallen sehr oft der Prostitution. Arbeitsmöglichkeiten weisen sie ab.

Diese Jugendlichen bilden eine Gefährdung der gesamten Jugend, stellen aber auch eine Gefahr für die Volksgesundheit dar. Bei Registrierungen durch Razzien hat man festgestellt, daß 25 bis 30 Prozent der weiblichen Sistierten geschlechtskrank sind. Eine große Zahl der Jugendlichen ist auch kriminell. Außerdem gefährden sie die übrigen nicht nur durch die eben genannten Krankheiten, sondern auch noch durch Tuberkulose und Hautkrankheiten, die sie bei Übernachtungen übertragen. Zu erwähnen ist auch noch eine Ungerechtigkeit, die darin besteht, daß man einen Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Sistierten macht. Die weiblichen Sistierten werden auf Geschlechtskrankheiten untersucht, während die männlichen von dieser Untersuchung ausgenommen werden und die Geschlechtskrankheiten ungehindert weiterverbreiten können. Weiter ist festzustellen, daß die weiblichen Untersuchten, wenn sie geschlechtskrank sind, in ein Krankenhaus übergeführt und dort ausgeheilt werden. Diejenigen, die nicht krank sind, läßt man laufen und überläßt sie nach wie vor ihrem Schicksal.

In all diesen Dingen liegt eine Gefährdung für die gesamte Jugend nicht nur in gesundheitlicher, sondern auch in moralischer Beziehung. Denn die Jugendlichen, die heute noch ihrer Arbeit ehrlich nachgehen, stellen fest, daß die anderen weit

besser und leichter ihr Leben fristen können, die Schattenseiten dieses Daseins sehen sie allerdings nicht.

Die Jugendlichen, die so verwahrlosen, bilden eine starke Belastung für die Allgemeinheit. Ungeheure Kosten entstehen durch Polizeiaufgebote, die gegen sie eingesetzt werden, durch Ärzte, Beamte, Transportkosten, Medizin, Krankenhaus-hilfe usw.

Nun kann man diese Jugendlichen natürlich nicht ohne weiteres verurteilen. Wir als Sozialisten wissen, daß sie bedauernswerte Opfer des Naziregimes sind. Sie sind genau so um ihre Jugend betrogen worden, um den wertvollsten Teil ihres Lebens, wie wir alle, die hier anwesend sind. Diese Jugendlichen haben zum großen Teil keine Schule besuchen können. Der Vater war zum Kriegsdienst ein-gezogen und die Mutter zum Arbeitsdienst. Dazu kommt die Erziehung in der Hitler-Jugend. Durch die Passivität der Gesellschaft wurden sie gewissermaßen zu Feinden der Gesellschaft. Umgekehrt ist es heute bei Razzien oft so, daß sie, wenn sie zusammengespart werden, sagen: das nennt man nun Demokratie.

Wir müssen versuchen, diese Jugendlichen wieder emporzuziehen. Wehe, wenn sie in die Hände derer fallen, die aus ihrer Not wieder ein Geschäft machen und so dem Nationalsozialismus oder irgendeiner anderen verneinenden Weltanschauung in den Arm getrieben werden. Denn dann werden sie nicht nur zur Gefahr der Bevölkerung, sondern zu einer Gefahr für die Arbeiterbewegung.

Daher müssen wir für Unterbringungsverfahren sorgen, die heute nicht in genügendem Maße zur Verfügung stehen. Wenn man uns entgegenhält, das seien Nazimethoden, dann müssen wir das ablehnen und erklären, daß man diese Jugend-lichen mit Nazimethoden nicht wieder erziehen kann. Man will ihnen vor allen Dingen eine Arbeit zuweisen, die ihren Fähigkeiten entspricht. Man will sie nicht dazu anhalten, nur die niedrigste und schlechteste Arbeit zu machen. Vielleicht kann man ihnen auch durch Kultur- und Sportveranstaltungen das Leben wieder lebenswert machen. Man muß sie auch dazu anhalten, Werte zu schaffen, statt eine Belastung der Allgemeinheit zu sein.

Genosse *Schumacher* hat einmal im vorigen Jahr gesagt: Gebt der Jugend eine Chance! Wir müssen auch dieser Jugend eine Chance geben, denn wenn wir uns der Jugend nicht annehmen, werden es andere tun, die es nicht so ehrlich mit der Jugend meinen wie wir.

Ich bitte daher, den Antrag Nr. 25 nicht, wie es hier beantragt worden ist, dem Parteivorstand zur weiteren Bearbeitung zu überweisen, sondern dafür zu stimmen, daß sich unsere Länderparlamente sofort auf diesem Gebiete einsetzen, damit diese Angelegenheit, die ja sowieso noch einige Zeit zu ihrer Durchführung in Anspruch nehmen wird, nicht wieder jahrelang verschleppt wird.

Was ich hier ausführte, trifft in erhöhtem Maße auch für die Erwachsenen zu. Gerade weil der Antrag Nr. 25 nicht so weitergegeben worden ist, wie er in Hannover auf der Partelausschustagung beschlossen worden ist, bitte ich, daß er hier ergänzt wird und daß diese Ergänzung ebenfalls angenommen wird. Die Ergänzung lautet folgendermaßen:

Es sollen weitere Maßnahmen getroffen werden, um die große Zahl ver-wahrloster erwachsener Männer und Frauen wieder an ein geordnetes Leben zu gewöhnen bzw. dazu zu erziehen. Ich bitte, auch diesem Vorschlag Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Kurt Reinhardt, Neustadt (Schwarzwald): Genossen und Genossinnen! Der Ge-nosse *Berger* hat vorhin einen guten Teil lebhaften Beifalls errungen, als er wieder einmal von einer gewissen Schicht von Menschen sprach, über die man in gleicher Art und Weise schon früher in Nürnberg sprach. (Beifall.) Das waren nämlich die Intellektuellen. Ich habe mich sehr gewundert, daß dieses Wort hier eine derartig seltsame Resonanz gefunden hat. Man scheint doch gerade bei denen — und Genosse *Berger* scheint sich zu ihnen rechnen zu wollen —, die sich gute Marxisten nennen, vergessen zu haben, daß Marx wirklich den Ehrennamen eines

Intellektuellen verdient. Es ist ja nicht so, daß sich jeder Schwätzer als solcher bezeichnen kann (sehr gut!), sondern ich bin der Auffassung, daß zum Intellektuellen ein großes Maß immer wiederkehrender geistiger Bemühung gehört. (Sehr gut.) Ich bin weiter der Meinung, daß wir zu den Intellektuellen diejenigen Leute rechnen können, die Erich Kästner und Kurt Tucholski heißen. Das als Einleitung.

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß wir, gerade wenn wir uns bemühen wollen, den Marxismus zu begreifen, und zwar als Arbeitsmethode zu begreifen, auch danach handeln sollten. Ich habe auch hier das Gefühl gehabt, daß sich der Genosse Berger sehr auf dogmatischen Wegen bewegt hat. Man kann sich doch wirklich nicht hinstellen, zumindest nicht derjenige, der sowohl in der Propagandarbeit als auch in der Schulungsarbeit der Partei tätig ist, und behaupten, daß ein großer Teil unserer Genossen durch die Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu uns gekommen ist. Genossen, wir wissen doch, wie schwer das ist, zum mindesten diejenigen wissen es, die sich darum bemühen, sich mit dem Problem des Sozialismus auseinanderzusetzen. Alle, die zu uns stoßen, sind zu uns gekommen aus der Not des täglichen Lebens und nicht aus wissenschaftlichen Erkenntnissen. Diese kommen zahlenmäßig erst in zweiter Linie. Wenn ich diese Behauptung aufstelle, dann knüpfte ich weiter an das an, was der holländische Genosse sagte: Wir können heute nicht so mit einem kleinen Händeringen die Probleme des religiösen Sozialismus abtun. Das muß heute im Vordergrund stehen, weil weiße Volkskreise, die soziologisch durchaus und vollkommen zu uns gehören, sich von unserer Partei noch abgestoßen fühlen, weil sie der Auffassung sind, wir seien die ausgesprochenen Atheisten. (Sehr richtig!) Gerade diesen müssen wir begreiflich machen, daß wir in positiver Weise tolerant sind.

Man darf auch nicht an Probleme der Kulturpolitik so herangehen und fragen, wer an dem Verhältnis Kirche—Partei schuld ist, die Kirche oder wir. Die Fragestellung ist falsch. Man muß fragen, ob es nicht heute gerade in der CDU große Kreise junger Menschen gibt, die sich absolut nicht ausgefüllt in dieser Partei fühlen, die nun suchen und suchen und zu uns stoßen würden, wenn sie die Gewähr dieser positiven Toleranz hätten. (Sehr richtig!)

Zur Kulturpolitik gehört etwas weiteres. Die älteren Genossen — dies soll kein Vorwurf sein — haben sich mit der Fortentwicklung der Naturwissenschaften nicht in dem geeigneten Maße vertraut machen können. Sie müssen nämlich das eine wissen, was ich hier nur andeuten kann, obwohl ich Fachmann in der Richtung bin, daß Marx eine gewisse Kombination von Hegel und dem Materialismus ist. (Zuruf: Das ist ganz neu!) — Einen Augenblick, ich bin ja noch nicht fertig, der Einwurf war nicht gerade gelstreich. — Wenn Sie die heutigen Probleme der Naturwissenschaft nehmen — ich darf dabei an Planck und Heisenberg erinnern —, dann werden Sie sehr schnell erkennen müssen, daß das Problem des Materialismus einer ungeheuren Revision bedarf und nicht mehr in der Form diskutiert werden kann, wie man es vor 15 oder 10 Jahren getan hat. Damit sind die Grundlagen der früheren Parteidoktrin andere geworden, und das müssen wir auch beim Problem Kirche—Religion und bei der Erfassung neuer Kreise des Volkes berücksichtigen.

Wenn wir zum Schul- und Lehrerproblem übergehen, darf man sich auch nicht ohne weiteres hinstellen und glauben, daß man nun jeden, der dem Lehrerstand angehört, als halb verknöchert ansehen soll. Täuschen Sie sich nicht! Wenn man mit Ernst und Wahrhaftigkeit im Lehrerberuf steht, dann kann man oft die Hände überm Kopf zusammenschlagen über die Auffassungen und Erziehungsmethoden der Laien und der Eltern. Es ist nicht so, daß das nun eine ganze große Geheimwissenschaft wäre. Aber es gehört ein ernsthaftes Bemühen auch der Laien dazu, sich in die Probleme, die die Psychologie heute aufgeworfen hat, hineinzufinden, um den modernen Erziehungsmethoden gerecht zu werden. Dabei will ich keinesfalls behaupten, daß etwa auch nur ein ansprechbarer Teil unserer Lehrerschaft schon diesen Weg gegangen ist. Das mitnichten! Da wird es allerdings unsere Aufgabe sein, neue Wege zu bahnen und Forderungen aufzustellen. Aber diese Forderungen müssen nicht derartig sein, daß man das Gefühl hat, hier will wieder

jemand Beifall erhaschen. Es gehört ein ernsthaftes Stück Arbeit zu diesen Dingen der Kulturpropaganda und der Kulturarbeit sowohl für die Schule als auch in der Neugründung und Neuschöpfung unserer grundsätzlichen Theorie, die wir uns wieder schaffen müssen, ausgehend von der marxistischen Basis, aber mit der marxistischen Arbeitsmethode und nicht mit dem marxistischen Dogma östlicher Richtung. (Lachen.) Es ist doch tatsächlich das besonders entscheidend, daß wir keine dogmengläubigen Marxisten sind.

Da wird der Weg zu finden sein, unsere Partei ganz wesentlich zu erweitern und vor allen Dingen eines zu verhüten: den Kulturkampf. Der Kulturkampf gegen irgendeine Kirche kann uns nur schaden. Wir haben doch politisch überhaupt kein Interesse daran, unsere Arbeit in eine solche Richtung, die sich manchmal nicht einmal fundieren läßt, zu drängen.

Wir wollen uns also bemühen, uns sauber und sachlich mit diesen Kulturproblemen auseinanderzusetzen, um weiterzukommen, um unsere Arbeit zu fundieren, um Forderungen für die Einheitsschule, für den neuen Lehrerstand zu stellen, und so dem Volke zu zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei in allen Richtungen auf dem Stande der Zeit ist. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Schlußwort hat der Genosse *Hennig*.

Arno Hennig: Ich bin mit der Debatte nicht so unzufrieden, wie ich es sein könnte. Sie hat manches unterstrichen. Erstens glaube ich, daß sich der Parteitag hat überzeugen können, daß mit einer Viertelstunde Kulturpolitik in vier Tagen nicht auszukommen ist und daß der nächste Parteitag wahrscheinlich ein zentrales kulturpolitisches Referat enthalten muß.

Zweitens sind hier Probleme und Mißverständnisse aufgetaucht, die geradezu beweisen, daß wir heute abend in der Eile unmöglich ein Schul- oder Kulturprogramm beschließen können. (Sehr gut!) Genossen, wir haben in Erlangen sehr genau überlegt, ob wir solche konkreten Vorschläge machen sollen. Wir wären dazu in der Lage gewesen. Ich habe sie hier in der Hand. Wir haben es aus Verantwortungsgefühl nicht getan, weil wir glauben, daß die parteigenössische Öffentlichkeit vorher davon unterrichtet werden muß und vorher Gelegenheit haben muß, diese Fragen zu diskutieren, um dann auf einem Parteitag nach einem abschließenden Referat zu beschließen, was geschehen soll. Wir können nicht in diesem halbfertigen Zustande ein Kulturprogramm an die Öffentlichkeit herausgeben, ohne Gefahr zu laufen, mißverstanden zu werden.

Es ist bezeichnend, daß die drei Richtungen, wenn ich einmal so sagen darf, die sich zu diesem Schulentwurf vereinigt haben, den wir in Erlangen vorbereitet, selbst dazu, kamen, drei Fragen aus dem Komplex auszuschneiden, über die keine Einigkeit erzielt worden war. Einigkeit besteht — und die besteht auch ohne Programm seit langem unter allen Sozialdemokraten —, daß wir kompromißlos die Einheitsschule vertreten und daß wir nicht gewillt sind, diese Einheitsschule an irgendeine konfessionelle oder doktrinaire Herrschaft auszuliefern. (Sehr richtig!) Das kann ein Sozialdemokrat oder ein sozialdemokratischer Erzieher auch ohne Parteiprogramm jeden Tag von uns hören und hat es gehört.

Ich komme nun zu den Worten des Genossen *Berger*, über die ich mich außerordentlich gewundert habe. Der Genosse *Berger* hat der Erlanger Tagung von Anfang bis Ende beigewohnt, und in seiner Gegenwart sind die Beschlüsse gefaßt worden. Genosse *Berger* hat es so dargestellt, als sei in der kulturpolitischen Tagung eine Reihe von religiösen Sozialisten absichtlich — so habe ich ihn verstanden — zusammengeschoben worden, um dort einseltige Politik im Sinne der religiösen Sozialisten zu machen. Er hat insbesondere den Genossen *Grimme* angegriffen und hat gesagt, sein Referat habe erst nach eineinviertel Stunden angefangen, von der Schule zu sprechen. Das ist absolut irrig. In Erlangen haben Delegierte teilgenommen, je vier von jedem Bezirk. Außerdem sind eingeladen worden die höheren Ministerialbeamten in den Kultusministerien der deutschen Länder, und ich wollte, diese wären vollständig erschienen, denn wir legten gerade

auf diesen Kontakt den allergrößten Wert. Außerdem sind noch eine Reihe Persönlichkeiten um ihrer qualifizierten Leistung willen vom Parteivorstand eingeladen worden, aber absolut nicht nach dem Gesichtspunkt, ob sie religiöse Sozialisten sind oder nicht. Diese Eingeladenen waren ungefähr 20. Einige davon sind nicht erschienen. In Erlangen sind alle Redner zu Worte gekommen, am ersten Tage 17, am zweiten Tage 28.

Die Fragen sind gründlichst durchgesprochen worden, und das hier umstrittene Referat des Genossen Grimme hat sich im ersten Teil allerdings mit weltanschaulichen Fragen befaßt, aber fast durchweg in polemischer Art gegen die Tendenz der Kirche, die Diskussionsgrundlage zwischen Sozialdemokratie und religiösen Menschen zu verschieben und zu vereinseltigen.

Es ist uns jetzt in letzter Minute ein Dokument dafür in die Hand gekommen. Die Bayrische Isarzeitung schreibt über dieses kulturpolitische Referat des Genossen Grimme in Erlangen:

Im Rahmen der kulturpolitischen Tagung der SPD-Organen sprach sich der Kultusminister von Niedersachsen, Adolf Grimme, gegen die konfessionellen Schulen aus und erklärte, daß das Schulprogramm Volkssache und nicht lediglich Angelegenheit der Lehrer sei.

Sie sehen also, daß der Genosse Dr. Berger, selbst ein Intellektueller und ein Lehrer, durchaus eine offene Tür eingerannt hat, die in Erlangen in seiner Gegenwart bereits geöffnet worden war, daß nämlich ein Schulgesetz nicht Sache der Schulmeister, sondern des Volkes und der ganzen Partei ist.

Das Mißtrauen der Kirche und ihr Kampf gegen die Einheitsschule und ihre Lehrer resultiere nicht aus der Angst um das Seelenheil der Kinder, sondern daraus, daß die Kirche selbst keinen Glauben an die Kraft ihrer eigenen Verkündigung habe.
So Grimme in Erlangen.

Der Kampf gegen die konfessionelle Schule müsse aufs schärfste geführt werden, da gerade in ihm Materialismus Trumpf geworden sei. Es gäbe heute bereits eine Reihe von Geistlichen, die eine weitgespannte Einheitsschule befürworteten.

Genossen! Das ist das Zeugnis einer überparteilichen Zeitung. Und nun vergleichen Sie das mit den Worten des Genossen Berger. Daß allerdings die Frage Christentum und Sozialismus sich in Erlangen auch in den Vordergrund geschoben hat, ist heutzutage eine Selbstverständlichkeit. Denn jeder Versammlungsredner weiß, daß über dieses Thema in jeder Versammlung geredet wird. Es ist eine akute Frage und geradezu eine Frage um Sein oder Nichtsein unserer Bewegung, die auf demokratischem Wege zur Macht kommen will. (Sehr richtig!)

Es ist hier davon gesprochen worden, daß die Menschen als Intellektuelle diffamiert werden sollten. Es ist nicht mein Geheimnis, das ich jetzt aus dem Sacke lasse, sondern es ist bereits in der sozialistischen Zeitschrift „Die Zeit“ erörtert worden, und zwar vor 1933, daß der Handarbeiterstand allein keine Mehrheit gehabt hat und keine wieder bekommen kann, weil die Entwicklung dahin geht, daß die technischen und Angestelltenberufe zahlenmäßig immer stärker werden. Ich wiederhole: Es ist heute eine Frage um Sein oder Nichtsein, in diese Zwischenschicht einzudringen. Und das kann man nicht bloß, indem man sich auf einen dogmatisierenden Standpunkt zurückzieht — ich muß es leider wegen der Kürze der Zeit so ausdrücken —, der einem früheren Stadium entsprechen haben mag, aber der heutigen Situation nicht mehr entspricht. Darum haben wir uns auch in Erlangen dafür entschieden, daß als Auftakt und Vorarbeit für unsere kulturpolitische Programmformulierung eine Klärung erfolgen muß, auf welchem geistigen Fundament die Partei heute steht, und zwar unter Berücksichtigung aller Faktoren, die das gegenwärtige Leben tragen. Denn die Politik wird vom Leben bestimmt, und nicht die Politik allein bestimmt das Leben. Wir dürfen am Men-

schen nicht vorbeischaun, sondern müssen den Menschen begreifen und danach unsere Politik einstellen: Es ist nicht nur eine Frage der agitatorischen Zweckmäßigkeit, ob wir das tun oder nicht, sondern es ist eine Frage der inneren und äußeren Wahrhaftigkeit. Täten wir es nicht, so wären wir nicht in der Lage, die Politik wirklich ethisch und wissenschaftlich zu fundieren.

Frellich, wir haben es schwer, und etwas von dem Unmut über diese Schwierigkeiten muß in solchen Ausführungen nachzittern. Ich gebe zu, die CDU hat das leichter. Für sie wird von allen Kanzeln dauernd geworben. Wer wirbt für uns? Wir müssen es selber tun. Aber wir müssen uns ausrüsten mit Waffen, die blank sind und die zuletzt unbesiegt sind, mit den Waffen der wissenschaftlichen Logik und mit der ganzen Größe des Verantwortungsgefühls gegenüber allen tragenden Kräften des Lebens. (Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Ich habe mich in dieser Viertelstunde nicht über das einzelne auslassen können, das die Kulturzentrale des Parteivorstandes will oder soll. Sie haben Gelegenheit gehabt, etwas davon in dem Jahrbuch kennenzulernen, das Ihnen vorgelegt worden ist, oder in der kleinen Festschrift. Wir stehen in der Tat nicht im Wiederaufbau unserer Partei, sondern wir stehen in der Neufundierung. Wir wollen, um mit dem Genossen Schumacher zu reden, unser Haus groß und weit bauen. Um das zu können, dürfen wir uns nicht scheuen, mit uns selbst am strengsten ins Gericht zu gehen. Es ist bereits in der kurzen Zeit wertvolle Vorarbeit geleistet worden. Alle Teilnehmer der Erlanger Konferenz, die seinerzeit in Gandersheim anwesend gewesen waren, haben bestätigt, daß bereits ein großer Fortschritt in der Richtung auf die wesentlichsten Punkte erzielt worden ist. Wenn Sie uns auf diesem Wege ermutigen, dann werden Sie sich selbst künftig auch am besten Ihre agitatorische Arbeit erleichtern.

Aber zum Schluß bitte ich dringend noch um eins: Lassen Sie das nicht eine Angelegenheit der Zentrale bleiben, sondern tragen Sie diese Arbeit hinaus in die Bezirke! Veranstalten Sie auch in Ihren Bezirken Kulturkonferenzen, und schaffen Sie vor allen Dingen, was wir schon lange gefordert haben, in jedem Bezirk den kulturpolitischen Ausschuß, an dessen Spitze ein der Partei eng verbundener Geistesarbeiter stehen muß, dessen Arbeit natürlich im Sekretariat vom zuständigen Sekretär aufgearbeitet werden soll. Es ist nicht allein entscheidend, was wir an der Spitze wollen, sondern was sich an der Basis verwirklicht, und so wenig wir jetzt ökonomisch vielleicht erreichen können — auf kulturpolitischem Gebiet sind wir souverän, und es liegt ganz bei uns, was wir auf diesem Gebiet schaffen werden. Die großen politischen Schlachten werden zuletzt doch auch in der Tiefe der menschlichen Seele entschieden. Das wollen wir nicht vergessen, wenn wir sozialistische Kulturpolitik treiben. (Beifall.)

Vorsitzender Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen die Anträge 22 bis 26 vor. Der Genosse Hennig hat mitgeteilt, daß die kulturpolitische Tagung der Partei, die vor dem Parteitag in Erlangen stattgefunden hat, beschlossen hat, den Parteivorstand zu ersuchen, einen kulturpolitischen Ausschuß für die Gesamtpartei zu bilden. Dieser Beschluß der Tagung in Erlangen deckt sich mit den eigenen Wünschen des Parteivorstandes. Wir hatten verabredet, daß wir diese Tagung in Erlangen abwarten, ehe wir uns im Parteivorstand über die personelle Zusammensetzung dieses Ausschusses entscheiden. Der Parteivorstand wird in seiner nächsten Sitzung nach dem Parteitag diesen kulturpolitischen Ausschuß konsultieren, und wir haben die Hoffnung, daß im Laufe des nächsten Jahres die Arbeit dieses Ausschusses so entwickelt werden kann, daß wir auch auf den verschiedenen Gebieten der Kulturpolitik und der kulturellen Arbeit zu konkreteren Richtlinien und Formulierungen kommen, als wir sie bis heute vorliegen haben.

Wir sind hier noch nicht in der Lage, dem Parteitag in einer Gesamtresolution die Auffassung der Partei in diesen Fragen formuliert vorzulegen. Der Genosse Hennig hat mit Recht auseinandergesetzt, daß es in dieser Situation besser ist, daß wir zunächst von einem solchen Versuch einer allgemeinen Formulierung der kul-

turpolitischen Ziele der Sozialdemokratie absehen, und daß wir alle Anträge, die zu diesen Fragen heute dem Parteitag vorliegen, dem neuen kulturpolitischen Ausschuß überweisen, entweder um konkret im Sinne dieser Anträge zu wirken, oder aber diese Anregungen zu benutzen für die Ausarbeitung von programmatischen Richtlinien für die Arbeit der Partei auf diesem Gebiet.

Ich möchte zunächst bitten, daß der Parteitag die Anregung der Tagung in Erlangen, einen kulturpolitischen Ausschuß für die Gesamtpartei zu bilden, zum Beschluß erhebt. Wer dafür ist, daß der Parteivorstand beauftragt wird, diesen Ausschuß zu bilden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Dann schlage ich vor, daß wir aus den Gründen, die der Genosse Hennig und ich dargelegt haben, die Anträge 22 bis 25 diesem kulturpolitischen Ausschuß überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Die Gegenprobe bitte. — Es ist so beschlossen.

Ich möchte dann in Abweichung von den Vorschlägen des Genossen Hennig anregen, daß wir den Antrag 26, der im wesentlichen eine fürsorgliche Frage, vor allen Dingen in seinem entscheidenden ersten Teil, behandelt, dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. In einer ganzen Reihe von Städten und Ländern sind bereits auf diesem Gebiet Einrichtungen geschaffen, und es ist nützlich, daß im sozialpolitischen Ausschuß der Antrag daraufhin geprüft wird, welche praktischen Anregungen aus den Erfahrungen der praktischen Arbeit gezogen und der Gesamtpartei zugänglich gemacht werden können. Es heißt das nur, daß wir diesen Antrag möglichst an den Ausschuß bringen, der der Sache nach mit diesem Antrag konkreter und positiver verfahren kann, als etwa der kulturpolitische Ausschuß. Sind die Genossen und Genossinnen mit diesem Verfahren einverstanden? (Zustimmung.) Ich höre keinen Widerspruch; dann ist es so beschlossen.

Damit ist der Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen jetzt zum Punkt 6 a:

Bericht über die agrarpolitische Kommission der Partei

Dazu hat der Genosse Herbert Kriedemann das Wort.

Herbert Kriedemann, Hannover: Genossinnen und Genossen! Man kann der Partei auch für frühere Perioden nicht den Vorwurf machen, daß sie das Agrarproblem nicht gesehen habe. Es ist immer ernsthaft diskutiert worden. Mit den Mitteln der marxistischen Methode hat man versucht, ihm zu Leibe zu gehen, und es hat zu allen Zeiten sehr beachtliche Agrarprogramme gegeben, wenn sie auch häufig ein Kompromiß zwischen theoretischer Erkenntnis und der Praxis dargestellt haben. Abgesehen davon ist auch die praktische Politik der Sozialdemokratie in bezug auf die Landwirtschaft durchaus beachtlich. Wenn man zum Beispiel weiß, was die preußischen Regierungen, die unter sozialdemokratischem Einfluß gestanden haben, an auch heute noch brauchbaren Gesetzen geschaffen haben, oder wenn man daran denkt, daß in der Praxis diese Preußen-Regierungen sehr viel mehr wirkliche Siedlungsarbeit geleistet haben als alle Nazis zusammen, dann wird man dem zustimmen.

Wenn sich dieses Bemühen unserer Partei auf dem Lande doch nicht in ausreichendem Maße ausgewirkt hat, wenn die Masse der ländlichen Bevölkerung auch in den Weimarer Jahren kein positives Verhältnis zur Sozialdemokratie gewinnen konnte, dann gibt es dafür gar keine sachlichen Gründe innerhalb der Sozialdemokratie, etwa in der Form einer Bauernfeindlichkeit oder im Mangel an Verständnis für landwirtschaftliche und agrarsoziale Probleme. Es liegt viel mehr daran, daß es die reaktionären Parteien immer verstanden haben, mit den Mitteln der Verleumdung und der Täuschung das Land für ihre politischen Zwecke zu monopolisieren. Es hat bekanntlich viele Dörfer gegeben, in denen man es sich zur

besonderen Ehre angerechnet hat, daß in ihnen niemals ein Sozialdemokrat reden durfte, und das kulturelle Niveau wurde bei vielen danach eingeschätzt, ob oder ob man nicht sozialdemokratische Flugblätter ins Haus genommen hat. Das Ergebnis dieser Monopolisierung der politischen Kräfte des Landes durch die bürgerlich-reaktionären Parteien ist dann eine völlig falsche Agrarpolitik gewesen, die ganz wesentlich zu der falschen politischen Entwicklung in Deutschland beigetragen hat. Der rückständigste — auch landwirtschaftlich gesehen — rückständigste Teil der deutschen Agrarier hat dabei den Ton angegeben. Man hat geradezu eine künstliche Not geschaffen, weil man einen Hintergrund für die reaktionäre Junkerpolitik in Deutschland brauchte. Das hat innerpolitische und außenpolitische Konsequenzen gehabt, und wir wissen alle, inwieweit diese Entwicklung dazu beigetragen hat, daß die Demokratie in Deutschland nicht fest genug eingepflanzt werden konnte. Daß es dann zum Schluß zu der Katastrophe des Nationalsozialismus und des Krieges kam, ist eindeutig auch darauf zurückzuführen.

Gegenüber diesem Tatbestand ist es uns allen klar, daß eine entscheidende Änderung herbeigeführt werden muß. Die Voraussetzung dafür ist eine Konzentration unserer Kräfte auf das Land und seine Probleme. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich hier nicht in erster Linie um ein Problem der Propaganda handelt. Wir könnten uns nicht damit begnügen, eben vor den Wahlen einmal mit den Bauern zu reden. Es handelt sich vielmehr um eine gründliche sachliche Arbeit, die dann vernünftig propagiert werden muß. Wir haben deshalb, und weil darüber hinaus auch im neuen Deutschland die Landwirtschaft eine ganz andere Rolle zu spielen hat, von Anfang an versucht, hier nachzuholen, was versäumt worden ist, und wir müssen auch auf diesem Gebiet die Lücke der zwölf Jahre so schnell wie möglich schließen.

Das haben wir im agrarpolitischen Ausschuß beim Parteivorstand angefangen. Ich will gern zugeben, daß es in ihm manchmal sehr heiß hergegangen ist. Es ist inzwischen auch gelungen, in sehr vielen Bezirken heute schon gut funktionierende bezirkliche Ausschüsse für Agrarpolitik zusammenzubringen, in denen nicht nur Theoretiker und nicht nur Verbraucher die Dinge vom Ernährungsstandpunkt aus ansehen, sondern in denen sozialdemokratische Bauern sitzen. Die Arbeit der Bezirksausschüsse und des zentralen Ausschusses ist ganz ohne Zweifel in der praktischen Agitation eine wertvolle Hilfe gewesen, und wir haben doch bei allen Wahlen, nicht zuletzt auch bei den Wahlen in der britischen Zone, feststellen können, daß den Sozialdemokraten ein echter Einbruch in ländliche Wählerkreise gelungen ist. Nicht nur die Flüchtlinge haben uns gewählt, sondern auch Bauern haben den Sozialdemokraten ihre Stimme gegeben, und zwar nach unserer Meinung gerade deshalb, weil wir ihnen nicht zum Munde geredet haben, weil wir nicht im Liebeswerben konkurriert haben mit den Leuten, die sich immer als die Wortführer des Landvolkes besonders berufen fühlen. Wir haben das Vertrauen dieser Wählerkreise vielmehr dadurch gewonnen, daß wir ganz offen die Notwendigkeiten der Gegenwart ausgesprochen haben und weil wir dafür auch vernünftige Vorschläge aufzuweisen hatten.

Im Mittelpunkt dieser Dinge steht im Augenblick nun die Bodenreform. Wir haben sie auch ganz bewußt in den Mittelpunkt hineingestellt, weil sie nach unserer Meinung Ausgang für die neue Agrarpolitik ist, die wir in Deutschland brauchen, um unser Leben wieder in Ordnung zu bringen. Nachdem uns der Einbruch in bäuerliche Kreise gelungen ist und nachdem die Reaktionäre aller Schattierungen zu ihrem Schrecken haben erfahren müssen, wie ihnen dadurch Domänen verlorengegangen sind, deren sie sich ganz sicher wähhnten, ist nun der Kampf in ganzer Heftigkeit entbrannt, und die Leute haben ja auch allen Grund dazu. Wie sehr die Reaktion darauf aus ist, ihre Vormachtstellung auf dem Lande zu behalten, ja, darüber hinaus uns vom Lande mit allen Mitteln fernzuhalten, das zeigt sich ja auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Auf ein interessantes Detail bin ich heute noch von dem Genossen aus Westfalen aufmerksam gemacht worden. Auch Hugenberg ist aus der Schutzhaft entlassen worden, und so ziemlich das erste, was der gemacht hat, war, daß er seinen Anspruch auf sein Rittergut angemeldet hat.

Wir haben die Bodenreform an den Anfang der neuen Agrarpolitik gestellt, weil unserer Meinung nach der Mensch in der Landwirtschaft noch mehr als in allen anderen Teilen der Wirtschaft im Mittelpunkt auch der Produktion steht. Die Gegner reden immer mit Vorliebe über Kunstdünger und Maschinen, wenn von der notwendigen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gesprochen wird. Wir dagegen weisen darauf hin, daß es dann darauf ankommt, den Menschen in eine bessere Beziehung zu dieser Arbeit zu bringen. Unserer Auffassung nach soll der Boden in das Eigentum derjenigen kommen, die ihn tatsächlich bearbeiten. Darum können wir in der Bodenbesitzreform keine Kompromisse vertragen. Wir haben gerade auf diesem Gebiet uns auf eine gute Vorarbeit stützen können. Im agrarpolitischen Ausschuß beim Parteivorstand ist gemeinsam von den Vertretern aller Bezirke mit Genossen, die an die Dinge auch vom theoretischen Gesichtspunkt aus herangingen, der Gesetzentwurf für die Bodenbesitzreform erarbeitet worden. Sie haben ihn alle in Ihren Mappen vor sich liegen. Er unterscheidet sich sehr weit von alledem, was bisher in Deutschland über Bodenreform geredet, und noch viel mehr von dem, was bisher an Bodenreform gemacht worden ist.

Als damals im Osten von Deutschland die Bodenreform auf die Tagesordnung kam, haben auch hier im Westen, anfänglich sogar in unseren Reihen, viele gemeint, daß dort nun einmal etwas ganz Großes geschehe, hinter dem wir weit zurückbleiben würden. Wir haben schon damals demgegenüber eine völlig klare, d. h. eine entschiedene ablehnende Haltung eingenommen. Wir haben uns andererseits aber auch nicht identifiziert mit den sehr vorsichtigen Vorschlägen für eine „westliche“ Bodenreform nach dem Motto, den Bären zu waschen und seinen Pelz nicht naß zu machen. Wir haben deshalb auch wegen ihrer Unzulänglichkeit die Bodenreformversuche abgelehnt, die in der amerikanischen Zone zuerst in eine gewisse gesetzliche Form gegossen wurden. Auch in der Diskussion, die gerade in diesen Tagen in der britischen Zone aus Anlaß einer Vorlage der Kontrollkommission zur Bodenreform geführt wird, gehen wir nicht von den Formulierungen ab, die in unserem Bodenbesitzreformentwurf niedergelegt worden sind. Wir bleiben dabei, daß der Bodenbesitz, der in privater Hand ist, 100 ha nicht übersteigen darf. Wenn in unserem arm gewordenen Volk möglichst viele einen genügend großen Besitz behalten sollen, dürfen wir nicht einigen wenigen zuviel überlassen. Wir bleiben auch bei unseren Forderungen, daß man die Betriebe, die über diese Größe hinausgehen, im Ganzen wegnehmen muß. Denn für uns ist die Bodenreform ja keine politische Angelegenheit allein, wir sehen in ihr keine Strafexpedition, sondern wir wollen damit sehr praktische Zwecke erreichen, und wir meinen, daß dazu die Bodenreform ebenso unentbehrlich ist wie auf einem andern Gebiet die Sozialisierung.

Wir wollen z. B. den Vertriebenen, die einen berechtigten Anspruch darauf haben, wieder eigenen Boden unter die Füße zu bekommen, tatsächlich diesen Anspruch erfüllen. Wir wollen das in Formen tun, die die Ernährung unseres Volkes, die landwirtschaftliche Leistung aus eigenem Boden nicht gefährden. Die Widerstände sind außerordentlich groß, und wir haben keine Garantie, daß unsere Argumente, auch wenn sie sachlich nicht widerlegt werden können, sich gegenüber diesen klassenpolitischen Widerständen werden durchsetzen können. Aber das soll uns nicht veranlassen, auf Kompromisse irgenwelcher Art einzugehen.

Sehen Sie, es hat in Deutschland noch niemals eine Agrarrevolution gegeben. Was einmal bei der Bauernbefreiung als eine solche gedacht war, ist nachher auf dem Verwaltungswege in Wahrheit zur schlimmsten Agrarreaktion geworden. Nun liegt es vielen Menschen in Deutschland, ein bißchen zu sehr auf bequeme Lösungen zu hoffen, anstatt um richtige Lösungen zu kämpfen. Ich glaube, daß wir auch in unseren eigenen Reihen noch manch einen haben, der es ganz nicht finden würde, wenn die Bodenreform, um die hier in Deutschland bisher nie gekämpft worden ist, nun von der Besatzungsmacht „auf dem Verwaltungswege“ eingeführt würde. Unsere Gegner werden es uns aber nicht so leicht machen, und wir werden uns darauf gefaßt machen müssen, daß dieses Problem jetzt nicht gründlich gelöst

werden wird. Das heißt aber, daß es auf der Tagesordnung bleiben wird, bis es einmal mit anderen Mitteln gelöst wird. Ich beziehe mich dabei auf den Antrag Nr. 17 der Vorlage, in dem gefordert wird, man solle die Bodenreform ebenso wie die Sozialisierung zum Gegenstand einer Volksabstimmung machen. Ich glaube, wir sollten uns jetzt nicht im einzelnen darauf festlegen, wie wir die Bodenreform, ohne die wir die deutschen sozialen Verhältnisse nicht in Ordnung bringen können, gegen den Widerstand der Reaktionsäre durchsetzen sollen. Ich weiß nicht, ob das einmal mit den Mitteln einer Volksabstimmung geschieht. Es wäre mir persönlich schon sehr angenehm, wenn es auf eine so verhältnismäßig ordentliche Weise ginge. Wir wollen jedenfalls gegenüber all denen, für die die Spannungen, die sich aus der gegenwärtigen Unordnung ergeben, unerträglich geworden sind, keinen Zweifel daran lassen, daß wir Sozialdemokraten auch zu anderen Mitteln bereit sind, wenn es unsere Gegner billiger nicht haben wollen. (Sehr gut!) Wie alle versäumten Revolutionen muß auch die deutsche Agrarrevolution nachgeholt werden.

Zur positiven Agrarpolitik gehört noch mehr als die Bodenreform. Allen denen, die sich ernsthaft mit dem Problem befassen, fällt es sogar sehr schwer, aus dem ganzen Umfang der Agrarreform die Bodenreform als ein Detail herauszunehmen. Wir wissen auch zu den anderen Themen noch einiges zu sagen. Wir sind der Meinung, daß es für die gesamte Volkswirtschaft darauf ankommt, die Landarbeit — ganz egal, wer sie leistet, ob Bauer oder Landarbeiter — produktiv und sinnvoll zu machen. Wir können uns nach dieser Katastrophe keine Landwirtschaft leisten, die nicht wirklich ein gesundes Glied der Volkswirtschaft ist, wie es auch in der Resolution heißt: Ich habe vorhin schon gesagt, daß die falsche Agrarpolitik im wesentlichen darin bestanden hat, eine künstliche Not zu erzeugen, um die Bauern zum willigen Vorspann für die Großen zu machen. An den Folgen dieser falschen Agrarpolitik, die ihren Höhepunkt in den Erzeugungsschlächtereien der Naziagrarpolitik gehabt hat, ist unsere Landwirtschaft gefährlich erkrankt.

Heute steht die Frage ja meistens noch so: Inwieweit kann die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk ernähren? Daß die Dinge so auf die Ernährung, auf die Ablieferung zugespielt werden, hat mit dazu beigetragen, daß auch in unseren Kreisen die Diskussionen manchmal ein bißchen sehr heftig geführt worden sind. Es wird eine Zeit kommen, in der die Frage ganz anders aussehen wird, nämlich so: Inwieweit kann das deutsche Volk seine Landwirtschaft ernähren? Darauf müssen wir gefaßt sein. Noch ehe unsere Landwirtschaft ohne die künstlichen Hilfen der Schutzzölle und ähnlicher Einrichtungen in die Weltagrarwirtschaft einbezogen wird, müssen wir sie wirklich gesund gemacht und ihre wirtschaftliche Kraft gut in Ordnung gebracht haben.

Bäuerliche Arbeit muß sinnvoll gemacht werden für den Bauern, aber auch für die Volkswirtschaft. Wir müssen uns also zu Wortführern aller derjenigen machen, die sich für die Modernisierung und die Intensivierung der Landwirtschaft einsetzen. Wir müssen diesen Menschen — und wir haben in unseren eigenen Reihen genug von ihnen — mit politischen Mitteln die Wege freikämpfen, die ihnen heute noch versperrt sind, weil ja noch immer die Kräfte, die die alte Agrarpolitik getrieben haben, fest im Sattel sitzen. Um nämlich reaktionsäre Agrarpolitik treiben zu können, braucht man nicht Herr über ein paar tausend Morgen irgendwo im Osten zu sein. Hier mitten im Herzen von Deutschland, in allen deutschen Ländern gibt es genügend Vertreter dieser Auffassung, die bloß sechshundert Morgen haben, und die können es auch ganz gut. Es gibt außerdem noch eine hinreichende Anzahl von solchen Vertretern, die überhaupt keinen Quadratmeter Land selbst besitzen, aber in der Verwaltung dafür sorgen, daß der alte Ungeist nicht ausstirbt.

Diese Widerstände zu überwinden, den Männern und den Methoden die Bahnen zu eröffnen, die zur Modernisierung, zu einer vernünftigen Intensivierung unserer Landwirtschaft führen, ist insbesondere sozialdemokratische Aufgabe. Wir erfüllen damit auch einen wichtigen politischen Zweck. Bauern, deren Wirtschaften in Ordnung sind, wählen nämlich nicht reaktionsär. Wenn man immer wieder darauf

hinweist, daß in den typischen Bauernländern rund um Deutschland, z. B. in Dänemark und Holland — das sind ja die beliebten Beispiele —, die Bauern ganz und gar nicht reaktionär, sondern demokratisch sind, dann findet das seine Erklärung darin, daß es dort auch nicht so eine Pensionärländwirtschaft, so eine Hungerleiderlandwirtschaft gibt wie in Deutschland. Und wenn wir solche merkwürdigen Erscheinungen, wie etwa die Niedersächsische Landespartei, aus der Welt schaffen wollen — und die müssen wir aus der Welt schaffen, wenn wir in Deutschland vernünftige Politik machen wollen —, dann müssen wir ihnen den Boden entziehen, den sie bisher in der notleidenden Landwirtschaft immer noch finden.

Darüber hinaus Genossen: Das Land ist für unsere Partei ein Kräfte-reservoir, dessen Umfang heute noch gar nicht richtig abgeschätzt wird. Es lohnt sich schon, wenn wir uns darum bemühen. Es ist nicht ausreichend, daß wir uns gegenüber den Problemen und Menschen, die damit zu tun haben, wohlwollend neutral verhalten. Nein, wir müssen sehr aktiv werden. Ebenso wichtig wie z. B. die kommunalpolitische Arbeit ist die Arbeit der Agrarpolitiker in der Partei, in der Theorie, aber auch in der Praxis. Wir haben Veranlassung genug, Mut zu haben. Ich sagte, uns ist schon ein echter Einbruch gelungen. (Zuruf: Wie willst Du das beweisen?) — Das beweise ich mit den Wahlziffern. (Zuruf: Das ist ja unmöglich!) — Das ist gar nicht unmöglich. Schaut Euch einmal einige Bezirke, z. B. gerade den Bezirk Hannover an, wo wir in durchaus rektionären Bezirken den Rektionären Sitze streitig gemacht und weggenommen haben, und zwar dadurch, daß wir mit den Bauern geredet haben. Der Zwischenruf veranlaßt mich, ausdrücklich zu sagen: Die Bauern sind keine rektionäre Masse. Laßt ja nicht bei uns jetzt etwa diese Vorstellung wieder Boden gewinnen. Bauer ist nicht Bauer. Es ist zwar aus dem Nationalsozialismus übriggeblieben, daß man sich, auch wenn man noch niemals eine Mistforke in der Hand gehabt hat, der Ordnung halber oder, weil das einen so guten Eindruck auf die Leute macht, Bauer nennt. Derjenige, der tatsächlich seinen Acker selbst bestellt, der Besitzer eines Familienbetriebes, der mit seiner und seiner Familie Arbeitskraft seine Wirtschaft betreibt, der muß nicht notwendigerweise rektionär sein. (Zwischenruf: Aber konservativ!) Nun ja, konservativ. Die Frage ist ja, wie weit wir ihn aus dieser Enge herausholen, wenn wir einmal mit ihm reden, und darauf kommt es an.

Die Bauern haben inzwischen erfahren, weil wir es immer wieder gesagt haben, daß sie ihren Problemen nicht dadurch beikommen können, daß sie den Kopf in den Sand stecken. Sie wissen in zunehmendem Maße, in welcher Gefahr auch sie sich befinden. Es gibt eine ganze Masse vernünftiger Leute unter ihnen. Laßt Euch das bitte von den Genossen sagen, die den ernsthaften Versuch gemacht haben, mit Bauern zu reden, und zwar vernünftig mit ihnen zu reden. Die Zahl der vernünftigen Bauern nimmt durchaus zu. Es hängt von uns ab, in welchem Tempo sie zunimmt. Sie wissen, daß sie mit uns zusammen allein die Chance haben, der Katastrophe zu entgehen, die sich unweigerlich über sie ergießen wird, wenn eine so sture Politik gemacht wird, wie es die Besitzverteidiger tun, die immer nur nein und nein sagen wollen.

Wir werden es so, wie wir angefangen haben, mit den Bauern weitermachen. (Zuruf.) — Ich spreche durchaus aus der Praxis, und ich hoffe, daß der eine oder andere, der hier auch aus der Praxis redet, noch einiges dazu sagen wird. Die Grundlage aber muß Vertrauen sein.

Ich will noch einmal zum Schluß sagen, was ich am Anfang gesagt habe: Es ist in Wirklichkeit gar kein Problem der Propaganda. Es kommt nicht etwa darauf an, daß wir versuchen, ob wir die Bauern nicht besser dumm machen können als ihre bisherigen Verführer. Sie haben ja jetzt hinreichend Gelegenheit, am eigenen Leibe zu erfahren, was es sie gekostet hat, daß sie sich so leicht haben über den Löffel barbarieren lassen. (Zuruf: Bis jetzt noch nichts!) Sie merken, was es sie kostet, daß sie sich so vor den Wagen haben spannen lassen, der mit dem Besitzerinteresse geladen war. Wir müssen ihnen die Sorgen nehmen, daß wir uns in die Rolle der Betrüger und Baueranfänger einschleichen wollen. Wir müssen offen mit

ihnen reden. Und welche Partei könnte das besser als die Sozialdemokratische Partei? Auch die Menschen, die auf dem Lande leben, gehören zu den arbeitenden Menschen, und ich hoffe, daß sich diese Auffassung überall durchsetzt. Wir brauchen nämlich das Vertrauen der Bauern, wie wir das Vertrauen aller arbeitenden Menschen brauchen. Wir würden uns ein großes Feld, auf dem eine Saat steht, die jetzt für uns reif wird, selber versperren, wenn wir etwa hier lapidar erklären würden, daß mit den Bauern nichts anzufangen sei, daß sie eine reaktionäre Masse seien, unsere geborenen Feinde. Nein, Genossen, auch auf dem Lande gibt es eine Sorte von Menschen, mit denen für Sozialdemokraten keine Verständigung, geschweige denn eine Freundschaft möglich ist, aber es ist auf dem Lande auch so, daß der weitaus größere Teil in Wahrheit zu uns gehört. Ihnen das klar zu machen, ist Ziel und Aufgabe unserer Agrarpolitik. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loffmann*: Zur Diskussion stehen nunmehr die Anträge Nr. 18, 19 und 21, außerdem in Vorlage Nr. 6 Antrag Nr. 44.

Als erster Redner hat das Wort Genosse *Kaisen*, Bremen, ihm folgt *Ludwig Bodenbender*, Frankfurt a. M.

Wilhelm Kaisen, Bremen: Genossen und Genossinnen! Ich kann es nicht unterlassen, den Bericht des agrarpolitischen Ausschusses einer ernsthaften Kritik zu unterziehen. (Sehr gut!) Denn das, was uns von der Arbeit des agrarpolitischen Ausschusses berichtet wurde, ist an dem Wesentlichen vorbeigegangen. Das wichtigste Problem, daß wir heute im agrarpolitischen Ausschuss zu lösen haben, ist das Problem der Ernährung, und es wäre endlich an der Zeit, daß der agrarpolitische Ausschuss entsprechende Vorschläge beibringt, die man den Landtagsfraktionen überweisen kann, damit Gesetze geschaffen werden, die die Ernährung erfassen und vertellen.

Genossen! Ich spreche hier nicht als Städter, ich spreche als Vertreter eines Landbezirkes. Das, was ich hier sage, daß wir dafür sorgen, daß die auf dem Lande erzeugten Güter erfaßt und gerecht verteilt werden, entspricht der Forderung der Kleinbauern, der Pächter, der Siedler und der Heuerleute. Diese Leute sind daran interessiert, daß gesetzliche Unterlagen geschaffen werden, durch die es den Großbauern unmöglich gemacht wird, diese enormen Mengen von Nahrungsmitteln zu verschleiben, und durch die erreicht wird, daß diese Nahrungsmittel endlich den Verbrauchern zugeführt werden.

Wenn Genosse *Kriedemann* davon sprach, daß wir einen Einbruch in das Land vollzogen haben, so ist das nicht auf die Unterstützung durch den agrarpolitischen Ausschuss zurückzuführen, sondern in erster Linie darauf, daß die kleinen Funktionäre sich selbst bemüht haben, in das Landvolk Eingang zu finden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der der Demokratisierung der Landwirtschaft. Wir haben mit Schrecken in den Zeitungen gelesen, daß der Reichsnährstand zwar aufgehoben wurde, daß er aber eigentlich nur umgetauft wurde. Statt Kreisbauernschaft heißt es jetzt Kreisleitstelle. Aber die gleichen reaktionären Kräfte wie früher sitzen dort. Es wird nötig sein, daß der agrarpolitische Ausschuss entsprechende Vorlagen an die Landtagsfraktionen bringt, damit die Landwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil der gesamten Arbeit wird. Heute ist es so, daß wenige Männer, in der Regel Großgrundbesitzer, allein bestimmen, was in den einzelnen Kreisen den einzelnen Betrieben an Ablieferungskontingenten auferlegt wird. Es wird notwendig sein, daß hier Kräfte eingesetzt werden, die bereit sind, wirklich alle Nahrungsmittel zu erfassen.

Wir haben im norddeutschen Raum eine Organisation geschaffen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, daß Leute in die Kreisbauernschaften hineinkommen, die bereit sind, alle landwirtschaftlichen Güter zu erfassen und den Verbrauchern zuzuführen. Vorher müssen aber die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit diese Männer auch berechtigt sind, gegen Fehlgriffe oder gegen Verschleibungen tatsächlich einzuschreiten.

Genossen! Es ist für uns bedauerlich, Tag für Tag zusehen zu müssen, wie Tausende von Tonnen Nahrungsmittel verschoben werden und man keine Handhabe hat, dagegen einzuschreiten. (Zuruf: Die Bauern sind konservativ!)

Ich habe wiederholt festgestellt, daß Großschieber in landwirtschaftlichen Gütern zwar der Staatsanwaltschaft gemeldet worden sind, aber bis heute nicht abgeurteilt sind, weil alle diese Stellen von reaktionären Kräften besetzt sind, die kein Interesse daran haben, daß es dem deutschen Volke ernährungspolitisch besser gehen soll. (Zustimmung.) Auf unsere Vorstellungen bei der Militärregierung, daß die Militärregierung versuchen möchte, die Kreisbauernschaften und Landesbauernschaften umzubesetzen, wurde uns von der Militärregierung die Antwort gegeben, das sei eine Aufgabe der deutschen Behörden. In der Not, in der wir jetzt stehen, müssen wir uns klar werden, daß unsere Landtagsfraktionen sofort beauftragt werden müssen, entsprechende Gesetze auszuarbeiten, die es möglich machen, die landwirtschaftliche Erzeugung wirklich so zu erfassen, wie es notwendig ist.

Zu dem agrarpolitischen Problem gehört gleichzeitig das kulturpolitische Problem. Wenn wir es fertig bringen, das agrarpolitische Problem zusammen mit dem kulturpolitischen zu lösen, dann werden wir erreichen, daß der Sozialismus in Deutschland vorankommt. Genossen, wir haben gesehen, von 1918 bis 1933 haben alle Wahlen keine sozialdemokratische Mehrheit gebracht, weil wir es versäumt haben, eine positive Agrarpolitik zu betreiben. Wenn wir heute versuchen, auf das Land vorzustoßen — und das Land ist dazu aufnahmebereit —, wenn wir in Verbindung mit dem agrarpolitischen Problem das kulturelle lösen, dann ist es uns möglich, eine sozialistische Mehrheit zu schaffen.

Noch ein anderer Punkt ist sehr wichtig. Vor den letzten Landtagswahlen in der britischen Zone wurde verabsäumt, auf das Land besonderen Wert zu legen. Ich bin der festen Überzeugung, hätte der agrarpolitische Ausschuß vor den Landtagswahlen feste Richtlinien herausgegeben und eine gute Propaganda gemacht, dann wäre es zum Beispiel im Lande Niedersachsen möglich gewesen, eine sozialistische Mehrheit bei den Wahlen herauszuholen. Ich glaube auch, daß die Ergebnisse in der französischen Zone zeigen, daß es auch dort möglich ist, in das Land vorzustoßen.

Ich bitte den Parteitag, das Problem der Landwirtschaft nach der Wichtigkeit zu beachten, die es zweifellos hat. Es ist heute neben der Wirtschaftspolitik das wichtigste Problem, das wir überhaupt zu lösen haben. Die Ernährung steht bei allen Menschen immer wieder an erster Stelle. Erst wenn wir die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, können wir damit rechnen, daß die Massen des Volkes für die gelistete Arbeit einer politischen Partei empfänglich sind.

Genossen! Wir wollen beachten, daß wir als Sozialdemokraten verpflichtet sind, den Leuten auf dem Lande, die heute zum Teil, wie es im nordwestdeutschen Raume der Fall ist, in Leibeigenschaft, in einem Sklaventum, leben, wie es in ganz Deutschland kein zweites gibt, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß sie gleichberechtigte Mitbürger in unserem deutschen Staate sind. Dann werden diese Männer und Frauen auch bei den kommenden Wahlen zu den Wahlurnen gehen und den Sozialdemokraten ihre Stimme geben. Sie werden eine sozialistische Politik unterstützen, die uns auf dem Lande zum Siege des Sozialismus verhilft. (Beifall.)

Ludwig Bodenbender, Frankfurt am Main: Genossinnen und Genossen! Das Kapitel Agrarpolitik ist bei uns seit jeher etwas stiefmütterlich behandelt worden. Diese Tatsache bringt es auch mit sich, daß wir bis heute auf diesem Gebiet noch keine klare Stellungnahme parteimäßig gezeigt haben. Heute stehen in der Frage der Agrarpolitik die Produktion und das Erfassungswesen im Vordergrund, mit anderen Worten die Ernährung.

Aber bevor ich hierzu komme, möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem allgemeinen Thema machen. Wenn wir zu einer vernünftigen Agrarpolitik

kommen wollen, dann ist es zweifelsohne unsere Aufgabe, den Großgrundbesitz in seiner Gesamtheit zu zerschlagen, weil dort ja nicht nur die nazistischen Herde, sondern auch die militaristischen Herde vorhanden waren, und weil dort die Reaktion auch heute noch eine sehr starke Stütze hat. Es kommt nur darauf an, was man mit dem Grundbesitz, der dort zerschlagen werden muß, beginnen will.

Wir stehen in Hessen vor der Verwirklichung oder Durchführung unseres Artikels 42 der Verfassung, der besagt, daß der gesamte Großgrundbesitz zu enteignen ist. Nun entsteht die Frage: wo ist die Grenze des Großgrundbesitzes? Liegt diese Grenze wirklich bei 100 ha oder soll sie woanders liegen? Es ist weiter die Frage: in welcher Form soll dieser zu enteignende Großgrundbesitz in Betriebe überführt werden? Sollen wir generell neues Eigentum schaffen oder sollen wir nicht, aus der Not der Zeit heraus geboren, auch auf diesem Gebiete, wie wir wahrscheinlich auch auf dem Gebiete des Pachtwesens zum Erbpachtrecht werden kommen müssen, zu dem Erbpachtrecht kommen, um nicht wieder neue Formen von Privateigentum zu schaffen?

Wenn hier vorhin bei den Ausführungen meines Vorredners der Zwischenruf erscholl, daß die Bauern konservativ seien, dann wissen wir als Sozialisten, daß der Mensch ein Produkt seiner Verhältnisse ist und daß, wenn wir die Menschen, auch die Bauern, ändern wollen, wir zunächst die Verhältnisse ändern müssen. Das als programmatische Erklärung im voraus!

Wir in Hessen haben keine Neigung, bei der Zerschlagung des Großgrundbesitzes neues Eigentumsrecht zu schaffen, sondern wir neigen vielmehr der Idee des Erbpachtrechtes zu, unter dem der Bauer genau so gut wirtschaften kann wie bei Eigentumsverhältnissen.

Hier ist von den Erfassungsmöglichkeiten innerhalb der Landwirtschaft von notwendigen Gesetzentwürfen usw. gesprochen worden. Wenn man etwas erfassen will, dann muß zunächst dafür Sorge getragen werden, daß das, was erfaßt werden soll, produziert worden ist. (Sehr richtig!) Das ist die unbedingte Voraussetzung. Deshalb erscheint es uns müßig, sich zunächst mit Erfassungfragen zu beschäftigen. Wir müssen uns der Produktionsfrage zuwenden, und zwar dergestalt, daß wir — in Hessen sind wir jetzt dabei — einen Initiativantrag dem Parlament vorlegen, der das gesamte Erfassungswesen auf eine neue Grundlage, auf die Grundlage der Hektargröße, abstellen soll. Wir können heute noch so viel gegen den Schleichhandel, die Korruption und Kompensation reden, wie wir wollen. Wir können auch, wie ich es im Hessischen Landtage getan habe, für jene Hyänen die Todesstrafe verlangen, wir werden sehen, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen und bei den gegenwärtigen Erfassungsmethoden diese Dinge nicht beseitigen können.

Deshalb haben wir in unserem Antrag gefordert, daß das gesamte landwirtschaftliche Erfassungswesen auf der Grundlage der Hektar-Umlage vor sich gehen soll. Unseres Erachtens ist dies die einzige Möglichkeit, um den Bauern, sagen wir einmal, vor Unwahrheit und ungerechtfertigten Geschäften zu bewahren. Dazu ist es notwendig, daß die Unterlagen, die seit Jahrzehnten für diese Erfassungsmethode vorhanden sind, in richtiger Form angewandt werden.

Wir haben deshalb verlangt, daß auf der Kreisebene Grundausschüsse gewählt werden und daß sich die Ortsgrundausschüsse ebenfalls mit dieser Frage beschäftigen. Wir werden dann den Bauern sagen können, nicht du mußt so und so viel produzieren, sondern du hast eine Betriebsgröße von so und so viel Hektar, und du mußt bei der nächstjährigen Ernte je Hektar so viel Brotgetreide, so viel Kartoffeln, so viel Milch, so viel Ölansaat und so viele Eier ablefern. Nur wenn wir auf diesem Wege durchkommen, erreichen wir auch auf der anderen Seite eine Besserung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion und damit auch des Erfassungswesens. Man kann das Erfassungswesen nicht dadurch fördern, daß man immer nur Ausschüsse einsetzt, um diese Dinge zu erledigen, sondern man kann es nur dadurch fördern, daß man zu einer reellen Grundlage des gesamten Erfassungswesens kommt.

Generell möchte ich noch folgendes sagen: Unsere Landwirtschaft geht ganz zweifelsohne schweren Zeiten entgegen. Wenn hier zu unserer Versorgungslage

gesagt wird, daß auch für den Bauern ein gerechter Lohn herbeigeführt werden muß, dann, glaube ich, steht das Problem der Agrarpolitik in all seiner Größe und Schwierigkeit vor uns. Wir werden es in Deutschland nicht meißtern, wenn wir uns nicht zu einer radikalen Umstellung auf die landwirtschaftliche Veredelungswirtschaft entschließen. Das ist und bleibt die Voraussetzung, und Voraussetzung dafür ist wieder, daß für die landwirtschaftliche Durchbildung und Weiterbildung weit mehr getan wird als seither, daß das landwirtschaftliche Berufsschulwesen und Hochschulwesen ganz intensiv ausgebaut wird.

Nun möchte ich noch einige Worte zu dem Antrag 18 sagen, der meines Erachtens in dieser Form abgelehnt werden muß, weil er uns sonst draußen alles zerschlägt, was wir in mühseliger Arbeit im Interesse der Partei in den ländlichen Bezirken bisher geleistet haben. (Beifall.)

Magnus Bunk, Augsburg: Genossinnen und Genossen! In der Frage der Agrarpolitik ist zweifellos in den letzten Monaten durch die agrarpolitischen Ausschüsse versucht worden, fruchtbare Arbeit zu leisten. Man kann mit der Arbeit und Ansicht des Parteivorstandes in der Frage der Bodenreform sich ohne weiteres einverstanden erklären. Wenn aber feststeht, daß wir noch mindestens ein Jahrzehnt die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel haben werden und wir danach immer noch eine zentrale Planung und Lenkung derselben brauchen, dann müssen wir den Fragen der landwirtschaftlichen Produktion und der Erfassung und Verteilung unser besonderes Augenmerk zuwenden. Wenn man um die Dinge nur herumgeht, ohne den Bauern praktische Vorschläge zu machen, dann wird man aus den Bauern, und besonders auch aus den Kleinbauern, keine Sozialdemokraten machen. Wir müssen in dieser Frage mit praktischen Gesichtspunkten kommen. Unsere Landtagsfraktionen müssen diese Dinge auch nach dieser Richtung behandeln. Wir müssen praktische Arbeit leisten, die sowohl den Bauern wie auch den Konsumenten dient. Die Planung der Erzeugung ist notwendig. Es geht nicht an, daß man z. B. in Schleswig-Holstein die Weiden umpflügt und damit die vorbildliche Viehwirtschaft dieses Landes ruiniert. Das geschieht und ist geschehen. (Zuruf: Die Militärregierung!)

Zu dem Einwand: „Das macht die Militärregierung!“ Die Militärregierung arbeitet in diesem Sinne nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in Bayern, wo man ähnliche Wege zu gehen versucht. Wenn wir wissen, daß es gegenwärtig vielleicht noch in Bayern, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Ostfriesland Viehüberschußgebiete in Deutschland gibt, die zur Ernährung auf dem Fleischsektor für das übrige Deutschland noch etwas zusätzlich tun können, dann muß man diese Erzeugung doch auch so gestalten, daß eine Erfassung auf die Dauer möglich ist.

Es dreht sich nicht um die gegenwärtige Erfassung. Ich kenne ihre Mängel durchaus, weil ich dauernd mit ihr zu tun habe. Es dreht sich mehr um die zukünftige Erfassung der Nahrungsmittel in Deutschland. Diese muß zum Nutzen der Bauern und Konsumenten auf eine andere Grundlage gestellt werden, und zwar dahingehend, daß der Bauer weiß, was er an Kilo Schlachtvieh im Jahr abzulefern hat, die Schlachtvieherfassung also nicht nach Hektargrößen. Er muß z. B. wissen, ich habe 750 Kilogramm abzulefern. Wenn ich diese abgeliefert habe, habe ich meine Ruhe. Man kann das auf die ganzen Gebiete umlegen. Dann wird eine bestimmte Rechtssicherheit eintreten. Es werden nicht zu 70 bis 80 Prozent C- und D-Kühe auf die Schlachtviehmärkte kommen. Der Bauer hat dann ein Interesse daran, daß er ein möglichst hohes Gewicht und demnach ein besseres Tier auf den Markt bringt und damit der Fleischerzeugung wie der Erzeugung von Schlachtfett dient. Daß man das Getreide nach der Hektarfläche abliefern kann, das ist mir ohne weiteres klar.

Wir müssen uns auch als Partei gegen die Zerstörung des deutschen Waldes wenden. Das ist eine Frage, die sehr eng mit der Landwirtschaft verbunden ist. Wenn man diese Tausende und aber Tausende von Hektar des deutschen Waldes, die jetzt vernichtet werden, berücksichtigt, und wenn man weiß, daß diese Wälder

auch in der Zukunft für den Wiederaufbau Deutschlands überanstrengt werden müssen, dann muß man sich klar sein, daß selbst die notwendige Düngemittel-erzeugung nicht mehr genügen wird, um eine intensive Bewässerung durchzuführen, weil die klimatischen und damit die Bewässerungsverhältnisse sich ändern und dadurch ein laufender Erzeugungsrückgang eintreten wird.

Ich sage noch einmal, man muß auch in der Erfassung, wenn man weiß, daß man auf Jahre hinaus noch erfassen und planen muß, eine gewisse Rechtssicherheit anstreben. Wir müssen das zugunsten der Bauern und Konsumenten in den Parlamenten verlangen. Der Parteivorstand und die gesamte Partei werden alles daransetzen müssen, auch in dieser Frage sich die notwendigen Voraussetzungen zu erarbeiten. Es sind zweifellos gute Ansätze vorhanden. Das bestreift niemand. Aber es wird auch niemand behaupten, daß man etwa mit dem, was der Genosse *Kriedemann* vom agrarpolitischen Ausschuß heute vorgetragen hat, zu den Bauern hingehen kann, um Agitation für die Sozialdemokratische Partei zu machen. (Beifall.)

August Blanke, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen! Sie werden entschuldigen, wenn ich trotz der vorgerückten Stunde zu einer Frage das Wort ergreife, die vornehmlich der Bevölkerung an Rhein und Ruhr stark am Herzen liegt. Ich möchte zu dem Antrag 19 einige Ausführungen machen. Noch werden wir überschattet von der Not in unserem politischen Denken. Als Partei stehen wir gewiß vor großen Problemen. Meiner Auffassung nach ist die Lösung des Ernährungsproblems für uns die vornehmste Forderung.

Selbstverständlich müssen wir heute auch die Sozialisierung im Auge haben. Aber es ist doch so, daß gerade die Bevölkerung, auf die sich die Sozialisierung stützen müßte, kaum noch arbeitsfähig ist. Nach dem Bericht des Arbeitsamtes Düsseldorf sind beispielsweise im vergangenen Monat 40 bis 50 Prozent der Berufstätigen nicht mehr zur Arbeit erschienen, nicht, weil sie nicht arbeiten wollen, sondern einfach, weil die Möglichkeit zu einer Arbeit nicht mehr gegeben ist.

Sie dürfen versichert sein, Parteigenossen, daß gerade die Bevölkerung von Rhein und Ruhr, die Bevölkerung in den Großstädten Köln, Düsseldorf und Wuppertal nach diesem Parteitag schaut, weil sie hofft, daß sich dieser Parteitag dieser Nöte des Landes annimmt. Heute steht zwar ein Teil unseres Volkes resigniert abseits, eben weil die Lage dieser Bevölkerung an Rhein und Ruhr schier unerträglich geworden ist. Das Volk hungert. Ein Volk, das bereits fünf Monate lang keine Kartoffeln mehr gegessen hat, kann zu einer Arbeit nicht mehr fähig sein. Und es erscheint mir, daß auch hier in diesem Kreis man sich über den Ernst der Situation nicht so recht im klaren ist. Man hat zu dieser Frage in der Form noch nicht Stellung genommen, wie man es wohl annehmen könnte. Die Verteilung ist nicht so, wie sie sein müßte. Gleiche Rechte und gleiche Pflichten sollten unserem Volke auferlegt sein. Aber wenn wir, die wir vom Rheinland gekommen sind, hören, daß die Bevölkerung hier beispielsweise schon 20 Eier insgesamt bekommen hat (Zurufe), aber die Bevölkerung am Rhein noch auf das dritte Ei wartet, so ist dies ein Problem, das im Vordergrund des Interesses stehen muß.

Vielleicht mag hier und da bei meinen Ausführungen die Meinung auftauchen, ich spreche nicht zum Agrarprogramm, aber ich weiß, daß wir chaotischen Zuständen entgegengehen, wenn diese Frage nicht in Bälde gelöst wird. Glauben Sie mir, wenn ich hier zu diesem Problem spreche, so möchte ich damit erreichen, daß die Parteilinstanzen sich dafür einsetzen, daß für den kommenden Winter die Kartoffelzuführung für diese Gebiete nicht wieder ein Versprechen bleibt, sondern daß sie diesmal Wirklichkeit wird, und daß wir uns für diese Dinge einsetzen, das haben wir jenen versprochen, die uns mit dieser Delegation beauftragt haben.

Eine Verzweiflungsstimmung macht sich breit. Noch kommen zwar Verantwortungsbewußte täglich ihrer Arbeit nach; aber schnelle Hilfe tut not.

Wir verlangen diese Hilfe vom Ausland, weil wir wissen, daß es dazu in der Lage wäre, wenn es das ernsthaft will. Aber gerade weil hier zum Agrarproblem gesprochen wird, verlangen wir auch diese Hilfe von der deutschen Landwirtschaft.

Ich glaube, daß man sich nicht immer dessen eingedenk ist, daß man gerade auf das Gebiet von Rhein und Ruhr angewiesen ist, wenn die deutsche Wirtschaft wieder gesunden soll.

Die Bevölkerung an Rhein und Ruhr, die während des Krieges am meisten ertragen mußte, die Bevölkerung, die dem Nationalsozialismus vielleicht am meisten ablehnend gegenüberstand, hat heute noch die meisten Leiden über sich ergehen zu lassen. Darum haben wir zu betonen, was inzwischen klar genug gesagt wurde, daß wir in diesem Moment auch an das Gewissen des Auslandes appellieren. Düsseldorf und Köln fragen sich, wie kann man, wenn man eine Bevölkerung hungern sieht, verbieten, daß das Gemüse, das Holland liefern möchte, mindestens für diese Notzone freigegeben wird, als die man das Ruhrgebiet und Rheinland erkannt hat. Darum sollte man, wenn man weiß, daß der Hunger für die Demokratie, an der wir so sehr hängen und die wir verteidigen möchten, eine Gefahr ist, dieses Ernährungsproblem in den Vordergrund schieben.

Der Osten ist nicht an eine Besserung der Lebensverhältnisse im Westen interessiert. Er hätte dazu die Möglichkeit gehabt, wenn er im vergangenen Frühjahr, statt die 420 000 t Kartoffeln zu Schnaps zu verbrennen, sie der Bevölkerung von Rhein und Ruhr zur Verfügung gestellt hätte. Wir wissen, daß gewisse Kreise kein Interesse daran haben, und die Bevölkerung verlangt von uns, daß wir uns für diese ihre Belange rückhaltlos einsetzen und alles tun, um diesen verzweifelt Menschen in Kürze Hilfe angedeihen zu lassen.

So wie bisher geht es jedenfalls nicht weiter. Darum verlangen wir, daß zunächst einmal rücksichtslos eingeschritten wird gegen die Auswüchse des Schwarzen Marktes. Dort kann ein Arbeiter und Angestellter, der seinem ehrlichen Erwerb nachgeht, nichts kaufen und sich keine zusätzlichen Lebensmittel beschaffen. Alles, was über den Schwarzen Markt verschwindet, geht den Menschen verloren, die nur auf ihren Verdienst angewiesen sind.

Zweitens verlangen wir, daß eine scharfe Kontrolle der Erfassung der Agrarproduktion durchgeführt wird, aber auch eine Kontrolle der Industrieproduktion und des Handwerks. Denn es wird in der Industrie produziert. Aber wo bleiben die Waren? Sie verschwinden. Wir verlangen eine gerechte Verteilung der Produktionsgüter.

Die Voraussetzung dafür ist der gute Wille. Leider gibt es in der Verwaltung Klüfte, die nur mit halbem Herzen dabeistehen. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die im Vordergrund stehenden Genossen der Sozialdemokratischen Partei in den Verwaltungen alles tun, um die Sozialdemokratie in den Vordergrund zu schieben und ihr eine Plattform dadurch zu schaffen, daß die Saboteure beseitigt werden und Sozialdemokraten, von denen sie wissen, daß sie mit voller Überzeugung die Erfordernisse durchzuführen gewillt sind, in deren Ämter einziehen lassen. Wenn wir so handeln, werden wir den kommenden Winter überstehen. Glauben Sie nicht, daß das, was das rheinische Volk im vergangenen Winter und Frühjahr bis jetzt ertragen mußte, auf die Dauer noch ertragen werden kann. Bemühen wir uns daher, eine Besserung der Lebensverhältnisse dieser Bevölkerung zu erreichen. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossen! Wir schlagen vor, daß nun noch Genosse *Gleisner* das Wort erhält und dann die Diskussion auf morgen vertagt wird.

Alfred Gleisner, Hamm: Genossinnen und Genossen! Der Genosse *Kriedemann* hat im Zonenrat bei der Vorlage der Agrarreform den Engländern gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß wir Sozialdemokraten dieser Vorlage nicht zustimmen können und daß wir uns an unsere Vor schläge halten werden. Der Genosse *Kriedemann* hat eben in seinen Ausführungen u. a. den Satz gebracht, daß es auf dem Lande einen großen Teil Menschen gibt, mit denen wir niemals Freundschaft schließen können und werden. Die gesamte Agrar- und Ernährungsfrage ist eine zweiteilige Frage, wobei ein Teil der Schuld bei den Siegerstaaten und ein Teil bei den Behörden und nicht zuletzt bei den Bauern liegt.

Wir selbst haben in unserem Bezirk mit den Bauern keine Experimente gemacht, und wir können sagen, daß ein großer Teil der Bauern ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei gegeben haben, aber nicht etwa deshalb, weil wir diesen Bauern zu Munde geredet, sondern weil wir darauf aufmerksam gemacht haben, daß ein großer Teil dieser Bauern bereit ist, um ein Mehr an Gewinn einen Teil der Bevölkerung verhungern zu lassen. Wenn wir heute sehen, wie diese adligen Bauernführer schon wieder Reitervereine gründen und ähnliche Dinge treiben, dann müssen wir zweifellos zu diesen Verhältnissen etwas sagen.

Wir sehen heute auf den Bahnhöfen Tausende von Menschen, die einen Rucksack oder einen Koffer haben, und alle haben etwas drin. Der eine hat es von einem christlichen Bauern für unchristliches Geld erhalten, und der andere fand keinen christlichen Bauern oder es fehlte ihm unchristliches Geld, und er hat es sich deshalb geklaut. Beide Verfahren werden von uns verurteilt und sind nur der Ausdruck der augenblicklichen Moral. Woran liegt das? Es liegt an der Tatsache, daß es heute noch anonyme Ministerien gibt, die keinerlei parlamentarischer Kontrolle unterstehen und über diese Güter verfügen, ohne daß parlamentarisch hier eingewirkt werden kann. Die Großgrundbesitzer versuchen, aus der augenblicklichen Notlage für sich ein Geldgeschäft zu machen; daß sie es können, zeigt uns in der Erfassung ein großes Loch.

Wir haben in einem ganz kleinen Kreis von Westfalen einmal mit Hilfe von Polizei, auch englischer Polizei, die Bauernhöfe kontrollieren lassen und haben festgestellt, daß 400 Kühe bei den Bauern schwarzstanden. In einem Orte, in dem 640 Menschen wohnen, wurden allein 96 Stück Großvieh vorgefunden und beschlagnahmt. Daß wir diesen Dingen nicht zustimmen können, daß wir diesen Bauern klar zu sagen haben, was wir von ihnen halten, das ist selbstverständlich.

Wenn heute irgendwo ein Sozialdemokrat in den Reichsnährstand hinein soll, dann kann er nicht angenommen werden, da der Reichsnährstand keinen Etat hat. Diesen hat die Landesbauernschaft, und diese hat in ihrem Stellenplan nicht vorgesehen, daß dieser Mann in die Behörde hineinkommt. Wir haben das jedenfalls bisher nicht fertiggebracht, und damit steigt die Schuld des Engländer, weil er diesem Reichsnährstand alles zugesteht.

Wir haben diesem anonymen Ministerium unsere Aufmerksamkeit im weitesten Maße zu schenken. Wir haben in den Parlamenten darauf hinzuweisen, daß wir nicht gewillt sind, diese Verhältnisse weiter bestehen zu lassen. Man muß den Bauern sagen, daß die augenblicklichen Verhältnisse eine rasante Entwicklung nehmen können. Es ist den Bauern entgangen, daß es noch keine zwei Jahre her sind, wo eine Handvoll Ukrainer oder Polen den ganzen Bauernstand terrorisierten. Wenn die grauen Gestalten im Ruhrgebiet ob dieser Haltung der Bauern aufstehen und in Richtung der Bauernhöfe marschieren, dann ist diese Sache organisiert, dann ist es nicht ein unorganisierter Haufen, und dann wird es zu einer vollkommenen Zerschlagung unserer Ernährung kommen. Dann werden diese Bauern im Endeffekt vor einem Nichts stehen. Es ist nicht so, daß man das mit seinem satten Bauch erdenken kann. Denken, die der Hunger quält, ist ein englisches Maschinengewehr keine Angelegenheit. Für sie ist eine englische Kugel nichts weiter als ein gnädiges Schicksal. Man sollte daher die Sache nicht auf die Spitze treiben. Ich glaube nicht, daß nur Streiks die Antwort sein werden, sondern ich glaube, ja, ich weiß, daß in diesen Kreisen ganz klar und unzweideutig zu diesen Dingen Stellung genommen wird.

Wir haben in einem sozialdemokratischen Kreis mit den Bauern ein ernstes Wort geredet. Wir haben zwei vollkommen schwarze Ämter umgekrempelt, so daß sie sozialdemokratisch geworden sind. Wir haben die Bauern veranlaßt, von schlechten Bauern abzurücken. Was haben diese Bauern getan? In diesem Kreis, in dem 175 000 Menschen wohnen, liegt die Milchabgabe mit 1,4 Liter über dem Landesdurchschnitt, liegt die Kartoffelabgabe mit 4600 Tonnen und die Fleischabgabe mit 1008 Kühen über der Norm. Die Bauern haben damit praktisch nichts weiter als ihre Pflicht getan. Das Erfassungssoll ist so niedrig, daß es dem Bauern nicht schwer fällt, wenn er will, auch die hundert Prozent zu erfüllen.

Aus dieser Erfahrungstatsache heraus sollten wir in unseren Ministerien bei der Neufestsetzung des Erfassungssolls darauf achten, daß die Erfassungsquote so angegeben wird, daß der Bauer seine Produkte auch wirklich abgeben muß.

Wenn man heute den Bauern reden hört, da hat man den Eindruck, als wäre der Industriearbeiter oder der Bergmann daran schuld, daß Kompensationsgeschäfte gemacht werden. Man führt als Beweis dafür an, daß auf irgendeinem großen Werk ein LKW mit 4000 Kilogramm Käse aus Bayern vorgefunden worden sei, und man meint, damit beweisen zu können, daß die Bergarbeiter schuld haben, wenn die Erfassung nicht richtig vor sich geht. Ich habe in der Schule gelernt, daß Käse nicht in Bergwerken gehackt wird, sondern aus Milch gemacht wird, und die Kuh, die die Milch gibt, steht beim Bauern.

Ich stehe auf dem Standpunkt, wir haben von Partel wegen den Bauern ganz klar zu sagen: wir bekennen uns zu Euch, soweit ihr Eurer Pflicht nachkommt, und wir verlangen von Euch, daß Ihr Euch gegen die Bauern wendet, die den augenblicklichen Notstand benutzen, um für sich Geldgeschäfte zu machen.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Die Verhandlung des Parteitages ist auf morgen früh, 9 Uhr, vertagt.

(Schluß der Abendsitzung 22.59 Uhr.)

Vierter Verhandlungstag

(Mittwoch, 2. Juli 1947, 9 Uhr)

Vormittagssitzung

Vorsitzender **Erich Ollenhauer**: Genossinnen und Genossen! Die Verhandlungen des Parteitages sind wieder eröffnet. Bevor wir in der Diskussion fortfahren, möchte ich folgendes mitteilen: Die Kontrollkommission hat gestern eine konstituierende Sitzung abgehalten und den Genossen **Adolf Schönfelder** (Hamburg) wieder zum Vorsitzenden gewählt. Die Adresse des Genossen **Adolf Schönfelder** ist: Hamburg-Fuhlsbüttel, Olendörp 27.

Das Wort hat jetzt Genosse **Scheller**.

Hans Scheller, Weiden: Genossen und Genossinnen! Der Bericht des agrarpolitischen Ausschusses ist etwas mager ausgefallen. Damit möchte ich aber nicht sagen, daß dies an dem guten Willen oder Wollen unserer Genossen, die in diesem Ausschuß sitzen, liegt. Ich suche den Grund darin, daß dieser Ausschuß noch zu jung ist. Wir alle wissen aus der Erfahrung, daß wir vor 1933 der Agrarpolitik nicht die Aufmerksamkeit gewidmet haben, die notwendig gewesen wäre. Gerade diesem Ausschuß kommt in der gegenwärtigen Zeit und auch für später eine ganz besondere Bedeutung zu. Ich möchte sagen, daß dieser Ausschuß in enger Verbindung mit dem Wirtschafts- und kulturpolitischen Ausschuß zusammenarbeiten muß.

Die Bodenreform wird in den verschiedenen Zonen und Ländern ganz verschiedenartig durchgeführt. Ich möchte ganz entschieden davor warnen, daß wir die Bodenreform nach den Methoden, die in der Sowjetzone gepflogen werden, als durchführbar betrachten. Neben dieser Bodenreform muß analog die Flurbereinigung gehen, eine alte Forderung der Sozialdemokratischen Partei. Wenn in einer anderen Zone die Bodenreform so durchgeführt wird, daß den Neusiedlern nur Stellen mit rund drei Hektar gegeben werden, so sind das keine Bauern. Diese Neubauern werden niemals ihre Familien durch diesen Hof ernähren können. Auf diese Weise bekommen wir einen neuen Stand von Lohnrückern. Wir müssen daher der Bodenreform ein ganz besonderes Augenmerk zuwenden, damit derartige Dinge verhindert werden.

Gestern ist ausgeführt worden, daß der Bauer in seiner Einstellung konservativ ist. Ich kann dem nur zu einem Teil zustimmen. Wir konnten im Gegenteil feststellen, daß ein großer Teil der Bauern durchaus für uns eingenommen ist. Er hat aber in gewisser Hinsicht noch irgendwelche Hemmungen. So ist er oft noch der Meinung, unsere Einstellung zur Religion wäre die gleiche wie früher. Und die CSU und CDU lassen den Bauern in dieser Meinung. Es liegt nun an uns, daß wir dem Bauern klarmachen, daß er ebenso in den Kreis der schaffenden Menschen und daher zur Sozialdemokratie gehört wie der Arbeiter.

Wenn wir die Entwicklung in der neueren Zeit bezüglich des Landvolkes betrachten, müssen wir feststellen, daß in den landwirtschaftlichen Genossenschaften und in den Lagerhäusern immer noch die gleichen Leute sitzen wie früher. Hier muß ein Wandel eintreten.

Nun noch etwas anders. Nach wie vor ist eine Landflucht zu beobachten. Bei uns erhalten viele Bauern nicht einmal die Diensthöfen, um den Betrieb so aufrecht zu erhalten, wie es notwendig wäre. Da müßten die Arbeitsämter ein-

greifen. Wir wissen: Die Bevölkerung in der Stadt hungert. Die Gesichter unserer Kinder werden von Tag zu Tag magerer. Und während die Bevölkerung der Städte ärmer wird und in ihrer Not das letzte Stück auf das Land hinausträgt, gibt es immer noch Bauern, die für die soziale Not kein Verständnis besitzen. Auf der anderen Seite muß man aber auch berücksichtigen, daß nicht allein im Landvolk, sondern in der gesamten Wirtschaft diese Korruptionserscheinungen festzustellen sind. Den Bauern wird vorgeschrieben, alles abzuliefern, was ihnen auferlegt ist. Wo finden sie die gleiche Bestimmung bei der Wirtschaft? Ist es zu verantworten, daß die Wirtschaft und die Industriekapitäne ein Freikontingent von 20 bis 25 Prozent erhalten, während auf der anderen Seite das gleiche den guten Bauern nicht zugestanden wird? Es ist kein Zustand, daß der Bauer nicht einmal Hufnägel bekommt. Auf dem Schwarzen Markt wird für das Kilogramm Hufnägel ein Kilogramm Fett verlangt. Die Schuld liegt also nicht allein am Landvolk. Wenn wir den Bauern für uns gewinnen wollen, müssen wir mit der gleichen Aktivität wie bei den Arbeitern und Angestellten vorgehen. Wenn der Bauer einmal gesehen hat, daß die Sozialdemokratische Partei sein Interesse wahrt, wird er für uns der treue Anhänger werden, den wir von ihm erwarten. Wenn Genosse Kriedemann gestern in seinem Bericht gesagt hat, daß wir die unverbrauchte Kraft des Landes für uns gewinnen müssen, daß das Landvolk ein Reservoir für uns ist, so möchte ich dem nur hinzufügen: es darf für uns keine Arbeit zu viel sein, um uns diesem Ziel zu widmen. (Beifall)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Der Parteitag wird mit uns darüber einig sein, daß wir heute morgen unsere Zeit rationieren müssen. Ich möchte daher vorschlagen, daß wir bis 10 Uhr den Bericht über die agrarpolitische Arbeit abschließen einschließlich des Schlußwortes des Genossen *Kriedemann*. (Zustimmung.) Ich schlage daher vor, daß die drei Genossen, die sich jetzt noch gemeldet haben, auf einige wenige Bemerkungen sich beschränken, damit wir unseren Arbeitsplan für heute vormittag einhalten können. Ich möchte darüber keine formelle Abstimmung herbeiführen und möchte annehmen, daß wir uns auf Grund einer freiwilligen Verständigung daran halten.

Das Wort hat jetzt Genosse *Gebhard*.

Josef Gebhard, Hersbrück: Genossinnen und Genossen! Ich kann dem Wunsch des Genossen *Ollenhauer* entsprechen, nachdem mein Vorredner bereits sehr viel von dem gesagt hat, was uns in der agrarpolitischen Frage am Herzen liegt. Zunächst müssen wir für den agrarpolitischen Ausschuß zwei wesentliche Punkte herausarbeiten, von denen die Arbeit dieses Ausschusses für die Zukunft bestimmt sein muß. Erstens handelt es sich um die Verbesserung der Erzeugung und der Erfassung, und zweitens um die politische Erfassung der Bauern.

Zur Verbesserung der Erzeugung habe ich nur einen Vorschlag: wir müssen unsere Erzeugung mehr auf Qualitätsprodukte umstellen. Ein Beispiel: Auf einem Hektar Land können wir rund 20 Zentner Weizen erzeugen. Wenn wir auf dem gleichen Hektar Land 20 Zentner Hopfen erzeugen, können wir mit dem Exporterlös 400 Zentner Weizen einführen. Natürlich läßt sich das nicht auf jedem Boden machen. Die Böden müssen für derartige Qualitätsverbesserungen ausgesucht werden. Die Quintessenz: Wir müssen in Deutschland, und zwar im Rahmen eines europäischen Gesamtplanes, einen Anbauplan aufstellen, der dies alles berücksichtigt, und der insbesondere darauf Rücksicht nimmt, daß wir hier in Deutschland mit dem verringerten Devisenaufkommen nicht mehr in der Lage sind, hochwertige Erzeugnisse, wie z. B. Gemüse, einzuführen.

Mit der Erfassung, wie sie Genosse *Bodenbender* gestern vorgeschlagen hat, sind wir einverstanden. Wir haben ähnliche Vorschläge bereits ausgearbeitet. Aber die Ministerialbürokratie hat sich gegen diese Vorschläge gewandt, weil sie eine Vereinfachung der Erfassung bedeutet hätten und damit verschiedene Herren überflüssig geworden wären. Wichtig ist aber, daß wir die Reste des Reichsnährstandes

grundsätzlich abschaffen. Diese sogenannten Fachleute sind nichts anderes als getarnte Nationalsozialisten, die überall und immer wieder versuchen, uns zu sabotieren.

Nun zur politischen Erfassung der Bauern. Wir müssen vor allen Dingen in unserer Partei mehr Verständnis für die Psyche der Bauern aufbringen. Wir müssen verstehen, daß der Bauer jahrzehntelang uns als Sozialistenschreck hingestellt bekommen hat. Auch den jahrhundertelangen Einfluß der Kirche dürfen wir nicht unterschätzen. Auf der anderen Seite müssen wir die Werte der Bauernarbeit begreifen lernen, müssen lernen, den ehrlichen Kleinbauern vom Schieber und Großgrundbesitzer zu trennen. Wir müssen aber auch beim Bauern Verständnis für die Belange der Arbeiter wecken. Dabei kann ein Flugblatt, wie es uns zu Beginn überreicht wurde, ein sehr guter Anhaltspunkt sein. Aber unsere ganze Arbeit bleibt ergebnislos, wenn sie sich nur auf Flugblätter beschränkt. Mündliche Propaganda ist das einzig richtige, um an den Bauern heranzukommen.

Genosse *Kriedemann* sagte, in den agrarpolitischen Ausschüssen der Bezirke sitzen auch Bauern. Wir dürfen nichts unversucht lassen, um die besten Bauern in diese Ausschüsse hineinzubringen. Dann dürfen wir bei der ganzen agrarpolitischen Arbeit nicht vergessen, daß im Norden und Westen große Besitztümer sind und daß das, was dort richtig ist, nicht ohne weiteres für den Süden richtig sein muß. Wir müssen gerade auf agrarpolischem Gebiet feinfühlig und differenziert vorgehen, wenn wir wirklich etwas erreichen wollen.

Zum Schluß: Ich empfehle Ihnen, den Antrag Nr. 18 abzulehnen. Er würde unserer Arbeit auf dem Lande nur neue Schwierigkeiten machen. Das darin Geforderte steht überhaupt z. Z. noch nicht zur Diskussion. Wenn wir wirklich aus dem Bauernstand die neuen Kräfte für unsere Partei erhalten wollen, müssen wir die Synthese finden zwischen dem Arbeiter der Stadt und zwischen dem Bauern. Dann wird sich auch das Symbol, das hier über unserem Parteitag so verheißungsvoll schwebt, verwirklichen: Bauern und Arbeiter als gemeinsame Kämpfer für den Sozialismus. (Beifall.)

Richard Jückle, Freiburg i. Br.: Genossinnen und Genossen! Zur Diskussion steht das agrarpolitische Problem unserer Zeit und nicht die Ernährungsfrage, wie es gestern abend den Anschein hatte. Man hatte gestern den Eindruck, daß die Panikstimmung des vergangenen Winters und die Sorgen um den kommenden Winter die Diskussion beeinflusst hatte. Der agrarpolitische Ausschuß kann niemals die Aufgabe haben, sich mit dem Gegenwartsproblem der Ernährung zu befassen, sondern er hat das Agrarproblem für das Zukunftsprogramm unserer Partei zu klären und zu gestalten. (Beifall.) Wenn wir den sozialistischen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft vornehmen wollen — wir wollen ihn auf demokratischer Grundlage vornehmen —, müssen wir alles tun, um zu einer Massenpartei aller Schaffenden zu werden. (Bravo.) Hierzu gehören auch die Schaffenden auf dem Lande. Wenn gestern über die korrupten Bauern gesprochen wurde, so müssen wir sagen, daß auch in Handel, Gewerbe und in der Industrie der gleiche Prozentsatz an Korruption vorhanden ist. (Sehr richtig!) Woher kommt denn der Schwarze Markt? Weil der Bauer auf dem ordentlichen Markt nichts kaufen kann und die Handwerks- und Industriebetriebe ihre Produkte in den sogenannten Kompensationsgeschäften absetzen. Hier liegt das Grundübel. (Sehr richtig!) Wir dürfen aber nicht vergessen, daß, wie der Vorredner sagte, nicht nur die Großbauern Norddeutschlands, sondern die Kleinbauern, die Familienbetriebe in Süddeutschland, unter der falschen nationalsozialistischen Agrarpolitik krankten. Diese Menschen durch eine positive Agrarpolitik zu gewinnen, muß die Aufgabe unserer Partei sein. Wenn das Protokoll des Parteitages von gestern abend bei uns in Südbaden der CDU in die Hände fällt und dort ausgewertet wird, Genossinnen und Genossen, dann brauchen wir nicht mehr um die Bauern zu kämpfen, dann haben wir sie bekämpft und endgültig von uns gestoßen. (Sehr richtig!) Wir dürfen auch nicht die Forderung erheben, daß die Partei und die Gewerkschaften in der Erfassung den Polizeibüffel

spielt, sondern wir müssen hinausgehen auf das Land und die verantwortungsbewußten Bauern — es gibt deren nicht allzu wenige — zur Selbstverantwortung bringen und ihnen die Produktionserfassung übertragen. Nur eine aktive Agrarpolitik, wie sie Genosse *Kriedemann* gestern skizziert hat, kann Aufgabe und Ziel der Sozialdemokratischen Partei sein.

Herbert Kriedemann (Schlußwort): Genossinnen und Genossen! Was gestern von der Kulturpolitik gesagt worden ist, muß auch von der Agrarpolitik gesagt werden. Sie verdient eine ausführliche Behandlung, und zwar deswegen vor allen Dingen, weil sie wirklich nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Ernährungskrise, sondern weit darüber hinaus für unsere Partei von besonderer Bedeutung ist. Nach einem notgedrungenermaßen so kurzen Bericht kann leicht gesagt werden, daß der Bericht mager ist. Daraus ist aber nicht zu schließen, daß wir auf dem Gebiete der Agrarpolitik in unserer Arbeit nur magere Ergebnisse haben. Ich kann Euch sagen, daß wir gründlich beraten haben und gründlich nachgedacht haben über die neuen Methoden der Erfassung, über die Mittel und Wege, um auf eine gerechte und vernünftige Weise die tüchtigen Bauern voranzubringen und auf der anderen Seite diejenigen, die es einfach nicht können, auszuschalten. Dem Genossen *Kaisen* möchte ich sagen, daß der Bauern- und Siedlerbund, den er hier mit Recht hervorgehoben hat, in den Beratungen des agrarpolitischen Ausschusses geboren ist. Wir haben uns sehr lange und eingehend mit der Frage der beruflichen Organisation der Bauern befaßt, wir haben überlegt, ob wir die Dinge dort laufen lassen können oder eine sozialdemokratische Bauernorganisation schaffen sollen usw. Es ist aus begreiflichen Gründen nicht zweckmäßig, allzusehr auf Details einzugehen. Ich würde dem Genossen raten, sich mit dem Genossen *Bettermann* einmal zu unterhalten, der der Vorsitzende des Bauern- und Pächterbundes und ein sehr aktives Mitglied im agrarpolitischen Ausschuss ist.

Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die Diskussion zu weit auf die Ernährungs- und Erfassungseite geschoben wird. Ich will nicht so weit gehen wie der Vordrner, der sagte, es sei nicht Aufgabe des agrarpolitischen Ausschusses, sich mit der Frage der Volksernährung oder Erfassung zu beschäftigen. Das muß er schon tun. Er darf dabei nicht übersehen, daß die Erfassung bei aller Wichtigkeit heute doch oben erst das zweite Problem ist. Die Erzeugung muß auf alle Fälle im Vordergrund stehen.

Von mehreren Rednern ist das eine oder andere bemängelt worden. Ich habe vieles von dem, was vermißt wurde, in der vorgelegten Resolution gefunden. Der Reichsnährstand wird immer wieder zitiert. Darf ich darauf verweisen, daß wir hier gefordert haben, daß die immer noch von reaktionären Kräften beeinflusste landwirtschaftliche Verwaltung an Haupt und Gliedern reformiert werden muß, daß wir, was uns sehr wichtig erscheint, ihre Unterstellung unter die Parlamentskontrolle bis hinein in die Kreisebene gefordert haben. Wir wissen auch, mit welchen Mitteln die Herren versuchen, den Reichsnährstand, ihre alte reaktionäre Organisation, nun wieder einmal umzubauen. Wir glauben auch nicht, daß die bürgerlichen Landwirtschaftsminister in den Ländern trotz aller felerlichen Besteuerungen ernsthaft daran denken, diesen Reichsnährstand und das Prinzip, das er verkörpert, restlos abzuschaffen. In allen Landtagen haben sich Sozialdemokraten zum Sprecher dieser Forderung gemacht. In allen Landtagen haben auch Sozialdemokraten ein Gesetz gefordert zur Bestrafung derjenigen, die ganz gewissenlos nur an sich denken, und wenn darüber so und so viele Frauen und Kinder verhungern. Wir wollen eine positive Agrarpolitik betreiben. Das ist von allen Seiten gesagt worden. Das geht aber nicht, wenn es aus irgendeinem Ressentiment geschieht. Es gibt bei uns viele, die besorgt sind, wir könnten eine Mittelstandspartei werden. Das wollen wir doch nicht. Es gibt auch viele, die die Sorge haben, wir könnten den Bauern zu sehr zu Willen sein, wir könnten uns zu weitgehend zu ihren Sprechern machen. Wir Sozialdemokraten wollen auch in diesem Sinne, im Sinne der reaktionären Parteien niemals eine Bauernpartei sein. Wer aber positiv Agrarpolitik betreiben will, muß das mit den Bauern tun. Die Landwirtschaft soll

doch eine Bauernlandwirtschaft werden, da nach unseren Forderungen hinsichtlich der Bodenreform das Land in die Hände derjenigen kommen soll, die es bearbeiten.

Ich weiß, daß der Antrag Nr. 18 zurückgezogen ist. Sonst würde ich mit allem Nachdruck dagegen gesprochen haben, daß Sozialdemokraten fordern, man solle allen Grund und Boden und alle Produktionsmittel enteignen. Wir stehen doch bekanntlich auf dem Standpunkt, daß Arbeitseigentum in Privatbesitz bleiben soll. (Sehr richtig!) Ich bin sehr froh darüber, daß hier mehrere Diskussionsredner uns vor einer anderen Haltung gewarnt haben, weil dadurch das zerschlagen werden würde, was wir auf dem Lande aufgebaut haben.

Nun lassen Sie mich, um die Zeit einzuhalten, noch einmal ganz kurz meine Ausführungen zusammenfassen: Wir müssen mit den Bauern ins Gespräch kommen. Das ist viel zu lange nicht geschehen. Wir wissen, wer uns davon ferngehalten hat, und warum man uns davon ferngehalten hat. Wir kennen alle die Folgen dieser Trennung von Sozialdemokraten und Bauern. Dieses Gespräch mit den Bauern muß aber getragen sein von Vertrauen. Auf unserer Seite müssen wir ohne Voreingenommenheit, ohne Ressentiment an diese Dinge herangehen. Der Bauer muß das Gefühl haben, daß ihm Gerechtigkeit widerfährt. Ich habe mit großer Freude mir aus einem Landkreis erzählen lassen, daß da jetzt die Bauern zu unserem sozialdemokratischen Landrat kommen und dort um Schutz bitten gegen ungerechte Angriffe, nicht weil besonders freundlich mit den Bauern geredet worden ist, nein, weil die Sozialdemokraten dort dafür gesorgt haben, daß alle unklaren Dinge klargestellt wurden, daß in die Dunkelkammer Licht hineingebracht worden ist. Dort ist die Kreisbauernschaft nicht mehr in der Lage, hintenherum zu tuscheln. Unseren Genossen ist es gelungen, die Bauern davon zu überzeugen, daß jeder ordentliche Bauer am besten fährt, wenn seine Ablieferungsleistung auf dem Rathaus zu jedermanns Einsicht offenliegt.

Der Bauer ist konservativ und mißtrauisch. Die Lebenslage des Bauern unterscheidet sich von denen anderer Bevölkerungsteile. Man muß dieser Tatsache ganz einfach Rechnung tragen. Der Bauer denkt aber zum Schluß doch ganz nüchtern und logisch. Er weiß, daß nur wir in der Lage sind und daß nur eine gründliche Neuordnung aller sozialen Verhältnisse in der Lage ist, auch ihm eine gesicherte Basis für seine Arbeit und seine persönliche Existenz zu garantieren. Darin liegt unsere große Chance. Das Gespräch muß also vom Vertrauen getragen sein. Unsere agrarpolitischen Forderungen müssen sich dadurch auszeichnen, daß sie klar und ganz verständlich sind. Gerade die Debatte um die Bodenreform hat bewiesen, daß wir darüber mit den Bauern ganz offen reden können, wenn es auch nur mit dem Resultat geschieht, daß ein sehr großer Teil der Bauern einsieht, daß diese Angelegenheit sie überhaupt nicht betrifft, daß es gar nicht stimmt, was die Reaktionen immer behaupten: erst kommen die Großen und dann die Kleinen bis zu den Kleinsten dran, sondern, daß es uns Sozialdemokraten völlig ernst damit ist, echtes bäuerliches Arbeitseigentum zu schützen. Wenn wir unsere agrarpolitischen Forderungen so aufstellen, daß der an sich selbst interessierte Bauer die Sicherheit hat, ihm widerfähre hier Gerechtigkeit, daß wir die erhebliche Bedeutung seiner Arbeit anerkennen, die er für die Erhaltung unseres Volkes leistet — und zwar nicht nur in solchen Zeiten einer unmittelbaren Hungerkatastrophe —, dann werden wir mit ihm in dieses vertrauensvolle Gespräch kommen.

Ich hoffe, daß unsere agrarpolitische Praxis uns dabei helfen wird. Wenn jetzt ein großer Versuch gemacht wird, die Bauern vor dem grauen Markt zu bewahren, indem man die Versorgung des Landes mit den industriellen Erzeugnissen, die nun einmal notwendig sind, um die landwirtschaftliche Produktion aufrechtzuerhalten, planmäßig auf kürzestem Wege vornimmt, und wenn man dem einzelnen Bauern den Umweg über die schwarzgemachte Butter zu den Hufnägeln erspart, wird der Bauer sehr viel mehr von dem vernünftigen Zweck der Planwirtschaft begreifen, als es ihm noch so viele Reden klarzumachen vermögen. Wir hoffen, daß es uns Sozialdemokraten gelingen wird, solche und andere Ergebnisse unserer Arbeit in die Praxis umzusetzen, nachdem durch die Schaffung des Wirtschaftsrates und der

blzonalen Ämter eine Gelegenheit gegeben ist, diese Dinge zu regeln. Genossinnen und Genossen! Ich kenne auch die Einwände, die von der einen oder anderen Seite gemacht werden, wenn es um Grundsätze sozialdemokratischer Politik geht, die da meinen, das sei alles ganz gut, aber für ihre besonderen Verhältnisse käme das noch nicht in Frage. Die peinlichen Gegensätze zwischen Nord und Süd sind gestern auch hier angeschnitten worden, die Differenzen in der Eierlieferung usw. Auch in unseren Ausschuß haben diese Dinge hineingespielt. Es war das nicht immer angenehm zu hören. Aber wenn wir unter uns die Dinge nicht klären könnten, haben wir auch keine Möglichkeit, ihre Klärung im Reichsmaßstab durchzusetzen. Da sollten wir nicht zu ängstlich und nicht zu lokalpatriotisch sein. Die Agrarpolitik Deutschlands muß ebenso wie die Politik auf vielen anderen Gebieten grundlegend erneuert werden. Wir stehen vor völlig neuen Problemen auf jedem Gebiet, auch auf dem Gebiete der Bodenreform im Zusammenhang mit der Siedlung. Es wird bei uns in diesen Fragen noch vielfach zu sehr nach alten Rezepten und mit alten Manuskripten gearbeitet. Nur wenn es gelingt, uns davon frei zu machen und den Dingen unvoreingenommen entgegenzutreten, wenn wir bereit sind, auch diese Probleme zu lösen, wie alle Probleme gelöst werden müssen: sozialistisch und radikal, dann werden wir die Basis dafür schaffen, daß wir mit den Bauern erfolgreich reden. Davon hängt für die Sozialdemokratische Partei, aber auch für Deutschland, sehr viel ab. Ich weiß, daß es heute noch einige Bezirke gibt, in denen diese Arbeit längst nicht so betrieben wird, wie sie nach der tatsächlichen Bedeutung betrieben werden müßte. Ich hoffe, daß es unseren gemeinsamen Anstrengungen gelingt, genügend Sozialdemokraten an diese Arbeit unmitttelbar heranzubringen. Es muß, glaube ich, bis hinunter in jeden Kreisvorstand mindestens einen sozialdemokratischen Funktionär geben, der sich dieser Aufgabe unterzieht. Wir können dafür heute schon sehr viele geeignete und in ihrem Dorf auf Grund ihrer beruflichen Leistungen anerkannte Bauern finden. Wenn wir überall zeigen und beweisen, daß die Sozialdemokratie als Partei aller arbeitenden Menschen auch die Partei aller arbeitenden Bauern ist, werden wir Vertrauen gewinnen. Das schließt ein, daß sie Feind aller derjenigen ist und bleibt, die von der Ausbeutung leben, auch von der Ausbeutung der Bauern. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge Nr. 19 und 21 in der Vorlage Nr. 4 und über den Antrag Nr. 44 in der Vorlage Nr. 6. — Antrag Nr. 18 ist zurückgezogen. Ich schlage vor, die Anträge Nr. 19 und 21 dem agrarpolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung und vor allen Dingen zur Ausarbeitung von Vorschlägen an den Parteivorstand für die notwendigen Aktionen auf den hier erwähnten Gebieten zu überweisen. (Wird einstimmig beschlossen.) Ich schlage vor, den Antrag Nr. 44 der Vorlage Nr. 6 anzunehmen. (Wird einstimmig angenommen.)

Damit ist Punkt 6a erledigt. Wir kommen zu Punkt 6b, die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Das Wort hat der Referent *Dr. Paul Nevermann*.

Die sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie

Dr. Paul Nevermann, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Ich habe mir als Überschrift für meinen Bericht gewählt: „Den letzten beißen die Hunde.“ Man kann aber auch sagen: „Je später am Parteitag, desto kürzer die Berichte.“ Im Oktober 1940 fand eine erste sozialpolitische Tagung in Bad Gandersheim statt. Die verschiedenen Teilgebiete der Sozialpolitik wurden behandelt, um zunächst einmal eine Schau der Probleme nach der Kapitulation zu gewinnen. Als dann wurde vom Parteivorstand ein sozialpolitischer Ausschuß berufen. Dieser hat die in Gandersheim begonnenen Arbeiten fortgesetzt. In einer Sitzung in Göttingen beschäftigte sich der Ausschuß zunächst mit sozialpolitischen Tagesfragen. Ich will auf die dort gefaßten Beschlüsse nicht eingehen. Sie sind den Bezirken seinerzeit zugegangen und auch in verkürzter Form in dem jetzt vorliegenden Jahrbuch der Partei abgedruckt.

Der Ausschuß befaßte sich dann mit der gerade in diesen Tagen besonders akuten Frage der Organisation der Arbeitsbehörden auf bizonaler Grundlage. Der Ausschuß hat sich eindeutig und einstimmig, um die Einheitlichkeit des Arbeitsrechtes und des Sozialrechtes zu erhalten und für die Zukunft zu gewährleisten, für ein mehrzonales Amt für Arbeit und Sozialwesen eingesetzt. Diesem mehrzonalen Amt soll angegliedert sein eine Mehrzonenanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung und ein Amt für Sozialversicherung. Der Ausschuß hat mit besonderem Nachdruck gefordert, daß über diesem bizonalen Amt für Arbeit und Sozialwesen eine politisch-parlamentarische Kontrollinstanz zu stehen hat. Später hat sich dann der Ausschuß, insbesondere in seiner Sitzung in Kassel, mit den Vorarbeiten für ein sozialpolitisches Programm beschäftigt. Es ist gestern der Entwurf eines solchen Sozialprogramms unserer Partei verteilt worden. Ich betone mit Nachdruck, daß es sich nur um einen Entwurf handelte. Ich wünsche — und der Parteivorstand ist auch dieser Auffassung —, daß dieser Entwurf jetzt in den Bezirken zur Diskussion gestellt wird, insbesondere in den sozialpolitischen Ausschüssen der Bezirke. Es sind auch einige Abänderungen der Redaktionskommission in diesem Entwurf noch nicht berücksichtigt worden. Der sozialpolitische Ausschuß wird, wenn die Stellungnahme der Bezirke vorliegt, erneut zusammentreten und die endgültige Fassung des Programms ausarbeiten. Aus diesen Gründen kann ich es mir ersparen, in die Materie dieses Programms einzusteigen. Nur zwei Erläuterungen möchte ich geben. Der Abschnitt „Wohnwesen“ muß so verstanden werden, daß in diesem Sozialprogramm selbstverständlich nur die besonderen sozialpolitischen Gesichtspunkte zum Bau- und Wohnwesen zusammengestellt werden können. Der übrige Teil, und zwar der wesentlichste Teil eines Bau- und Wohnungsprogrammes, gehört entweder in ein Wirtschaftsprogramm oder in ein besonderes Programm für das Bau- und Wohnwesen. Für ein solches Programm liegen sehr beachtliche Entwürfe aus Berlin und aus Hamburg bereits vor. Es wird eine besondere Konferenz zusammentreten müssen, um dieses Programm für die sozialdemokratische Bau- und Wohnungspolitik vorzulegen. Der Abschnitt „Flüchtlingswesen“ muß noch durch die Arbeit des Flüchtlingsausschusses ergänzt werden. Es kommt aber in diesem Programm nicht darauf an, Gegenwartsforderungen des Flüchtlingswesens zusammenzustellen, sondern nur die in die Zukunft weisenden echten sozialpolitischen Gesichtspunkte auf diesem Gebiet.

Im übrigen will ich zu dem vorgelegten Programmentwurf folgende Anträge stellen:

Erstens. Der Entwurf eines sozialpolitischen Programmes wird den Bezirken und insbesondere ihren sozialpolitischen Ausschüssen zur Stellungnahme überwiesen.

Zweitens. Der Parteitag beauftragt den sozialpolitischen Ausschuß, auf Grund der Stellungnahme der Bezirke eine endgültige Fassung des Sozialprogrammes auszuarbeiten.

Ich habe mich dann auftragsgemäß mit den Anträgen zu beschäftigen, die auf den Gebieten der Sozialpolitik vorliegen. Es handelt sich um die Anträge Nr. 31 und 36. Ich beantrage, daß diese Anträge dem sozialpolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung überwiesen werden.

Die Frauenkonferenz hat beschlossen, daß der sozialpolitische Ausschuß sich außerdem mit dem § 218 befassen soll. Sie sehen, daß eine Fülle von Arbeit für den sozialpolitischen Ausschuß bereitsteht, und zwar auch eine Fülle laufender Arbeit. Aus der Fülle dieser Aufgaben leite ich das Recht her, die Forderung an den Parteivorstand zu erheben, beim Parteivorstand eine besondere Zentralstelle für Sozialpolitik zu schaffen, besetzt mit einem besoldeten sozialpolitischen Sekretär. (Zustimmung.)

Es ist unmöglich, Genossinnen und Genossen, all diese laufenden sozialpolitischen Aufgaben und die Richtlinien, die darüber an die Bezirke und Fraktionen herausgegeben werden müssen, ehrenamtlich zu erledigen. Es ist auch unmöglich, daß einer der jetzigen Parteivorstandsmitglieder oder Sekretäre die Arbeiten

zusätzlich macht. Die Genossen im Parteivorstand sind mit den bisherigen Arbeitsgebieten bereits mehr als überbelastet. Die Sozialdemokratie kann sich aber nicht erlauben, das Gebiet der Sozialpolitik zu vernachlässigen und auf diesem Gebiet von anderen Parteien überspielt zu werden. Die Sozialdemokratie ist ja nicht nur Vertreterin des arbeitenden Menschen, sondern wir sind ja eine soziale Bewegung des arbeitenden Menschen selbst. Aus diesem Grunde ist es eine sozialistische Aufgabe, sich in erster Linie mit den sozialpolitischen Problemen der Gegenwart zu beschäftigen. Abschließend will ich doch daran erinnern, daß am Beginn der sozialistischen Bewegung vor nunmehr fast 100 Jahren der Kampf für die Verbesserung der Arbeitswürde und der Lage des arbeitenden Menschen stand. Es ist vielleicht gut, in der Fülle der großen politischen Probleme daran zu erinnern, daß bis auf den heutigen Tag der tiefste Sinn der sozialistischen Bewegung ist, dieses Urziel im Auge zu behalten: Den arbeitenden Menschen in seiner wirtschaftlichen und kulturellen Lage zu heben und zu fördern. Das ist der Ursinn unserer sozialistischen Bewegung. Daraus ergibt sich, daß unsere Partei sich in verstärktem Maße um die sozialpolitischen Probleme kümmern muß. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen zur Aussprache. Mit zur Diskussion stehen die Anträge Nr. 32 bis 36 der Vorlage Nr. 4.

Das Wort hat Genosse *Rudolf Wissel*, Berlin.

Rudolf Wissel sen., Berlin (mit Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Daß der Zufall diesen Punkt der Tagesordnung beinahe an den Schluß des Parteitages gestellt hat, soll in keiner Weise eine Wertung sein, oder etwa dartun, daß dem Gebiet der Sozialpolitik nicht gebührende Beachtung geschenkt wird. Die Sozialpolitik ist in der heutigen Zeit nötiger, als sie es je gewesen ist. Millionen von Kriegshinterbliebenen sind zu betreuen. Millionen und aber Millionen von Flüchtlingen und Verdrängten, unzählige weitere Kranke — ich will nur kurz die Zunahme der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten erwähnen — stellen uns vor Aufgaben, wie sie noch keine Zeit in diesem Ausmaß zu erfüllen gehabt hat. Wer ein feines Ohr hat, der hört heute noch das Rauschen der Fittiche des Todes, deren Schatten schon im Gesicht so vieler von diesem Schatten Betroffenen gezeichnet ist.

Gerade darum sage ich, daß die Sozialpolitik heute beinahe mit zum Zentralproblem auch der Sozialdemokratie geworden ist. Was aber not tut, ist Klarheit über das Gebiet der Sozialpolitik. In der bisherigen Diskussion — nicht hier auf dem Parteitag — ist leider nicht immer eine absolute Klarheit auf diesem Gebiet in Erscheinung getreten.

Ich möchte zunächst ein ganz kurzes Wort zur Gewerkschaftsfrage sagen, und zwar um deswillen, weil ja alle Fragen, die die Gewerkschaftsbewegung zu erledigen hat, Fragen der Sozialpolitik sind. Tarifvertrags- und Lohnrecht, Betriebsräte usw. — alles das sind Fragen, die die Gewerkschaften mit zu lösen haben. Die Gewerkschaften sind heute vor neue Aufgaben gestellt. Sie haben nicht nur die Mitarbeit in der Wirtschaft zu erfüllen, sie sind auch dafür mitverantwortlich. Darum freue ich mich, daß der Genosse *Ollenhauer* in seinem Schlußwort erklärt hat, daß der Parteivorstand positiv zu der Gewerkschaftsbewegung stehe. Damit ist meiner Meinung nach auch ausgesprochen, daß er sich dort, wo durch Maßnahmen der Besatzungsmächte die Tätigkeit der Gewerkschaften beeinträchtigt wurde, dagegen wenden wird.

Genossen! Im Jahrbuch der Partei, wie es eben der Genosse *Nevermann* schon mitgeteilt hat, finden Sie die Entschließung des sozialpolitischen Ausschusses in Göttingen, und darin finden Sie auch die erschütternde Feststellung, daß fast die Hälfte der Arbeiter heute nicht in der Lage ist, mit ihrem Arbeitsverdienst auch nur die jetzigen Hungerrationen zu bezahlen und sie sich restlos zu beschaffen. Die Gewerkschaften müssen daher auch in viel höherem Maße die Möglichkeit haben, hier einzugreifen und auch Tarifverträge abzuschließen. Noch ist es nicht in allen Zonen möglich.

Seit 1945 haben wir eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung. Es gibt keine besonderen Richtungsgewerkschaften mehr. Wir begrüßen das, und wir begrüßen vor allem, daß die neue Gewerkschaftsbewegung sich auch einheitlich für eine demokratische Planwirtschaft eingesetzt hat. Die neue Form der Gewerkschaften zwingt aber auch die Partei, um die Gewerkschaftsmitglieder zu werben. Ich sage bewußt nicht, um die Gewerkschaften, sondern um die Mitglieder. Wir wollen keine parteipolitischen Gewerkschaftsorganisationen. Aber wir wollen politisch denkende Gewerkschaftsmitglieder, und wir müssen die politisch denkenden Gewerkschaftsmitglieder davon überzeugen, daß die SPD die einzige Partei ist, die ehrlich für eine echte Sozialpolitik kämpft. Deshalb muß auch ein sozialpolitisches Programm der Partei Grundlage unserer Betriebsarbeit sein, und es ist Aufgabe des Parteivorstandes, für die Verbreitung dieser Aufgabe zu sorgen.

Wir müssen auch dafür sorgen, daß eine einheitliche Sozialpolitik im Reich besteht, daß wir nicht in jedem einzelnen Lande, in jedem einzelnen Gebiet, das besetzt ist, ein anderes Arbeitsrecht, eine andere Lohnpolitik, eine andere Sozialpolitik haben. Deshalb begrüßen wir es auch, daß der neue Wirtschaftsrat ein Mehrzonenamt für die Arbeit fordert. Auch hier muß die Partei fördernd sein.

Der sozialpolitische Ausschuß hat Ihnen in der Vorlage, die Ihnen vorliegt, gewissermaßen die Grundlage für einen klaren Aufbau einer sozialdemokratischen Arbeits- und Sozialverwaltung gegeben. Der Parteivorstand hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß alle Bezirke und alle Minister aller Fraktionen im gleichen Sinne auch für dieses Ziel arbeiten.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik sollte es eigentlich in unseren Reihen keine Meinungsverschiedenheit geben. Und doch müssen wir feststellen, daß hier und da Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Es haben sich für die Gestaltung der Sozialversicherung in der Nachkriegszeit Einflüsse geltend gemacht, die nicht immer von rein sachlichen Gesichtspunkten getragen werden. (Sehr richtig!) Es haben sich sowohl politische als auch Gefühlsmomente eingeschaltet, die dem Wesen der Sozialpolitik, wie wir sie in der Zukunft treiben müssen, nicht immer gerecht werden. Wenn wir hören, daß einzelne Gebiete sich selbständig gemacht haben, während doch die Reichsversicherungsordnung immer noch gilt — sie ist nicht aufgehoben —, wenn ein kleines Land sich herläßt, eigene Berufsgenossenschaften zu bilden, und dabei übersieht, daß die Konsequenz dann die ist, daß es natürlich auch die alten Renten aus seinen eigenen Mitteln zu bezahlen und zu tragen hat — dann sind das Wege, die wir nicht für richtig halten können.

Unter dem Namen Einheitsversicherung verbergen sich sehr starke politische Tendenzen, denn einzelnen, dem sie nur gefühlsmäßig zum Bewußtsein kommen, gewiß nicht erkennbar. Zuerst, als wir eine Einheitspartei in Berlin angeboten haben, da wurde das mit abwehrenden Händen abgelehnt. Da hofften noch diejenigen, die das ablehnten, die Mehrheit der Arbeiter auf ihrer Seite. Als diese Hoffnung vorbei war, da war auf einmal die Einheit das, was unter allen Umständen geschaffen werden mußte: einheitliche Gewerkschaftsbewegung, einheitliche Sozialversicherung. Und dann ging die Parole ins Land hinaus: einheitliche Renten für Arbeiter, für Angestellte und für Bergarbeiter, immer aber erst, wenn der Betreffende Invalide wäre. Es muß geradezu wie ein Guß mit kaltem Wasser auf die Arbeiter gewirkt haben, wenn sie hörten: einheitliche Renten für alle Arbeiter. Ja, das ist geändert worden. Selbst im russischen Gebiet hat man den Bergarbeitern wieder das gegeben, was sie angesichts der außerordentlichen Gefahrenmomente ihrer Arbeit auch mit Recht zu beanspruchen haben. Damals war übersehen worden, daß der Bergarbeiter immer sein Totenhemd anhaben kann, wenn er in die Grube hinunterfährt. Er weiß nicht, ob er aus ihr wieder herauskommt, und wir haben ja am gestrigen Tage gehört, wie es den Bergleuten gehen kann. So geht es nicht, alles will genau überlegt werden.

Man darf auch folgendes nicht übersehen: Die Rentenversicherung für Invaliden und Angestellte kann zusammengelegt werden. Darüber kann ich im Augenblick nicht sprechen. Aber die Rentenversicherung ist auf dem Wege, in eine Katastrophe hineinzugleiten. Nur ein Wort dazu. Als seinerzeit die Invalidenversicherung ge-

schaffen wurde, nahm man an, in fünfzig Jahren ist der Beharrungszustand erreicht, da sind die zugehenden und abgehenden Renten etwa in gleicher Höhe, und dann ist das Gleichgewicht da. Damals konnte man noch nicht ahnen, daß die Geburtenhäufigkeit wesentlich zurückgehen würde. Heute, 1947, treten in das Rentengenußalter diejenigen, die im Jahre 1882 geboren sind. Damals hatten wir auf 1000 Einwohner — Männer, Kinder und Greise, alles einbegriffen — eine Geburtenhäufigkeit von 37 und 38. Heute werden es wahrscheinlich im ganzen Reich keine 15 sein. Die Basis der Versicherung ist wesentlich schmaler geworden. Heute sind ja auch die Arbeitsmöglichkeiten in dem Umfange gar nicht gegeben, wie sie in der Vorkriegszeit gegeben waren. Und woher sollen denn all diese Leistungen der Versicherung fließen? Sie können doch nur erarbeitet werden. Sie fließen aus der Arbeit derer, die sie schaffen.

Zum Schluß noch ein Wort in Ergänzung dessen, was der Genosse Nevermann gesagt hat. Wenn Sie den Entwurf des sozialpolitischen Programms der SPD zur Hand nehmen, dann werden Sie gleich auf der ersten Seite unter den allgemeinen Forderungen im zweiten Absatz finden: daß jeder nicht voll Erwerbsfähige Anspruch auf ein Mindesteinkommen aus öffentlicher Arbeitslosen- oder Sozialversicherung haben soll, bis eine sozialistische Planwirtschaft eine allgemeine Staatsbürgerversorgung ermöglicht. Und nun heißt es weiter: „Das gilt auch für die Opfer der beiden Weltkriege und für die Opfer des Naziterrors.“ Genossen, Sie müssen dieses „das gilt“ auf das Mindesteinkommen beziehen. Es ist hier ein technisches Druckversehen vorgekommen. Die Sozialversicherung, die Rentenversicherung ist außerstande, diese Lasten noch auf sich zu nehmen. Das ist Aufgabe des Staates, und das Steueraufkommen muß dafür zur Verfügung stehen. Der Programmentwurf ist nur eine Diskussionsgrundlage. Es ist auch manches weitere Redaktionelle oder Drucktechnische übersehen worden. Ich glaube, wenn wir in dem alten Geist an die neuen Aufgaben herangehen, dann werden wir zwar nicht alle Wünsche erfüllen, aber doch zu den berechtigten und unter den gegebenen Verhältnissen möglichen Leistungssteigerungen auch auf dem Gebiet der Sozialversicherung kommen. (Beifall.)

Vorsitzender Ollenhauer: Das Wort hat der Genosse Heinrich Kramer, Bielefeld.

Heinrich Kramer, Bielefeld: Genossinnen und Genossen! Sozialpolitik treiben heißt helfen, und helfen ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Wenn wir uns heute unsere Sozialversicherungs-Gesetze oder -Verordnungen ansehen, dann müssen wir doch das eine feststellen: sie geben denjenigen, die unter diesen Auswirkungen des Nazireiches am schlimmsten gelitten haben, das allerwenigste. Wenn wir mit den Kreisen zusammenkommen, die heute unterstützt werden müssen, so halten sie uns entgegen: Seht euch das an, unsere Renten hat man uns gekürzt, unsere Renten sind bis zu dem heruntergerechnet worden, daß wir davon nicht mehr leben und auch kaum noch davon sterben können. Ich glaube, das ist das Schlimme, was uns heute belastet. Wir haben zuviel Probleme nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zu erledigen, und wir kommen scheinbar nicht dazu, dieses Problem, das eins der wichtigsten ist, grundsätzlich anzufassen.

Ich weiß nicht, was es im vorigen Jahr im August zu bedeuten hatte, wie man die Renten der Kriegerfrauen und Kriegerwitwen heruntersetzte und auf der anderen Seite die Pensionen der Beamten usw. bestehen ließ. Es müßte eigentlich so sein, daß die Beamten heute, wenn sie mit den Fürsorgeberechtigten zusammen treffen, einen roten Kopf bekommen. Denn es ist doch bezeichnend, daß auf der einen Seite erklärt wird, wir könnten nicht bezahlen, und auf der anderen Seite werden diese Gehälter und Pensionen ruhig weiter gezahlt. Ich glaube, wir müßten vor allem einmal darauf Wert legen, daß da ein Ausgleich erzielt würde, denn es geht doch heute nicht an, daß wir die Frauen, deren Männer noch hinter den Stacheldrähten sitzen, mit den Hungerpfennigen versorgen und die Beamten, die vielleicht überhaupt nicht Soldat gewesen sind oder durch irgendwelche Umstände früh zurückgekommen sind, wieder ihre Pensionen usw. bekommen, und daß wir es weiter

nicht durchdrücken können, daß die sogenannten Sozialrenten heute nicht mehr in der Höhe bezahlt werden, wie sie bezahlt werden müßten.

Wenn der Genosse *Schumacher* von der gleichen Armut für alle sprach, die dem deutschen Volke im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich beschert werden müßte, so müßten wir das vor allen Dingen berücksichtigen. Ich habe nicht vor, irgendwelche Spitzen gegen die Beamten vorzubringen, aber das eine müßten wir uns merken, nämlich daß das ein vordringliches Problem ist, hier so schnell wie möglich einen Ausgleich zu schaffen. Denn die Frauen schreiben das ihren Männern in die Gefangenschaft, und wenn die Männer zurückkommen, werden sie sich darüber wundern, was wir hier in Deutschland für Verhältnisse haben. Es geht nicht an, daß der eine Teil heute gar nichts mehr hat und der andere Teil alles. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Die Diskussion ist geschlossen. Der Genosse *Nevermann* verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung. Es liegt zunächst der Antrag des Berichterstatters vor, der Entwurf eines sozialpolitischen Programms. Der Antrag ist nicht vervielfältigt. Ich lese ihn deshalb noch einmal vor:

1. Der Entwurf eines sozialpolitischen Programms wird den Bezirken und insbesondere ihren sozialpolitischen Ausschüssen überwiesen.

2. Der Parteitag beauftragt den sozialpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes, auf Grund der Stellungnahme der Bezirke eine endgültige Fassung des Sozialprogramms auszuarbeiten.

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen.

Dann hat der Genosse *Nevermann* als Referent im Einvernehmen mit dem Parteivorstand vorgeschlagen, die Anträge 31, 32, 33 und 34 dem sozialpolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung zu überweisen. Wer für die Annahme dieses Vorschlages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Weiter schlagen wir in Abänderung des Antrages des Berichterstatters, aber im Einvernehmen mit ihm, vor, die Anträge 35 und 36 nicht dem sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen, sondern hier anzunehmen. Wer dafür ist, daß diese beiden Anträge angenommen werden, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Auch das ist einstimmig beschlossen.

Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt, und wir kommen jetzt zum Punkt 7 der Tagesordnung:

Sonstige Anträge

Ich schlage vor, daß wir mit der Beratung des Antrages Nr. 52 in der Vorlage Nr. 12 beginnen, der sich mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigt, und ich bitte den Genossen *Ernst Herder*, Regensburg, dazu das Wort zu nehmen.

Helmut Herder, Regensburg: Genossinnen und Genossen! Der Parteitag in Hannover vom Jahre 1946 hat in der einstimmigen Annahme der Resolution, die sich mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigt hat, den Flüchtlingen das Versprechen abgegeben, ihnen zu helfen, und der Parteitag heute hat nun das Recht und die Pflicht, zu untersuchen, ob und inwieweit dieses Versprechen in der Zwischenzeit wahrgemacht worden ist.

Ich darf zunächst auf etwas kommen, was die Flüchtlinge ja ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Einstellung und Bindung berührt. Das ist die Grenzfrage im Osten Deutschlands, und ich darf dem Genossen *Schumacher* von dieser Stelle aus für die Haltung danken, die er in dieser Frage eingenommen hat. Denn von dieser Haltung sind die Flüchtlinge unmittelbar am meisten berührt worden. (Beifall.)

Wir Flüchtlinge, soweit wir sozialdemokratisch organisiert sind, beabsichtigen nicht, innerhalb der Partei eine besondere Partei oder Gruppe zu bilden. Das lehnen wir ab. Wir verlangen auch nicht besondere Privilegien. Aber wir glauben, daß die besonders prekäre Lage der Flüchtlinge, die man ja zusammengefaßt als Flüchtlingsproblem bezeichnet, auch besondere Maßnahmen erforderlich macht. In Ausführung des vorjährigen Beschlusses hat nun der Parteivorstand durch Errichtung eines besonderen Flüchtlingsreferats dem Flüchtlingsproblem seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt und durch Ernennung unseres Genossen Zimmer zum Flüchtlingsreferenten eine Stelle geschaffen, in der alles zentral zusammenläuft, was mit diesem Problem im Zusammenhang steht.

Genossen, was die Flüchtlinge in ihrer neuen Heimat wollen, ist Gleichberechtigung. Diese Gleichberechtigung mit der einheimischen Bevölkerung ist der Ausgangspunkt für ihre Eingliederung, die ja im letzten das Ziel aller Maßnahmen auf dem Flüchtlingssektor überhaupt sein muß. Wir haben zu untersuchen, was in dieser Richtung hin bisher geschehen ist.

Wir haben im Juni dieses Jahres eine Zusammenkunft der Flüchtlingsvertreter der Sozialdemokratie aus den drei westlichen Zonen gehabt und haben dabei feststellen können, daß auf diesem Gebiet schon sehr Erhebliches geleistet worden ist. Wir haben weiter feststellen können, daß gerade in Bayern dank der Initiative der deutschen sozialdemokratischen Flüchtlinge auf gesetzgeberischem Gebiet und auf dem Gebiete der Verordnung Maßnahmen zugunsten der Flüchtlinge getroffen worden sind, die die Anerkennung des Flüchtlingsbeirates der Partei gefunden haben, indem man sie als Grundlage und als Richtschnur dafür angesprochen hat, dem Flüchtlingsproblem auf gesetzgeberischem Wege zentral praktisch zu begegnen. Auf dieser Konferenz des Flüchtlingsbeirates ist auch die Entschließung entstanden, die Ihnen in dem Antrag 52 zur Vorlage Nr. 12 gedruckt vorliegt. Dort ist gefordert worden, daß zunächst die organisatorischen Vorarbeiten für die Flüchtlingsarbeit, soweit die Partei dafür in Frage kommt, geschaffen werden müssen. Der Parteivorstand hält es für notwendig, die Bezirke aufzufordern, einen besonderen besoldeten Flüchtlingsreferenten zu bestellen, um bezirksmäßig die Arbeiten zu leisten, denn der Parteivorstand steht auf dem Standpunkt, daß das Schwergewicht dieser Arbeit gerade in den Bezirken liegt und nur durch die Bestellung eines besonderen Referenten, der mit dieser Aufgabe betraut ist, gemeistert werden kann. Darüber hinaus glaubt der Parteivorstand, daß eine Notwendigkeit besteht, ein zentrales Flüchtlingsamt für das ganze Deutsche Reich zu schaffen als Ausgleichsstelle und Aufgangsstelle für alles, was zum Beispiel mit der Familienzusammenführung im Zusammenhang steht, was mit dem Arbeitsausgleich im Zusammenhang steht und vor allem mit der Notwendigkeit der gebietsmäßigen Verteilung der Flüchtlinge.

Wir müssen hierbei feststellen, daß zum Beispiel in der französischen Zone durch die Haltung der dortigen Besatzungsmacht bisher nur sehr wenige Flüchtlinge aufgenommen worden sind, ein Zustand, der ganz naturgemäß dazu geführt hat, daß die übrigen Zonen überbelegt sind. Wenn wir berücksichtigen, daß in Zukunft noch mit einem weiteren Zustrom von Flüchtlingen zu rechnen sein wird, dann besteht die Notwendigkeit, auch in der französischen Zone Flüchtlinge unterzubringen.

Ich möchte von dieser Stelle aus an den Kontrollrat die dringende Bitte richten, diesem Problem größte Aufmerksamkeit zu schenken, wenn er praktisch einen Beitrag zur Lösung dieses Problems in diesem speziellen Punkt überhaupt leisten will.

Genossen, etwas, was als die zweite Phase des Flüchtlingsproblems schon alsbald akut werden wird und was ein wichtiges Problem der sozialdemokratischen Politik überhaupt berührt, das ist der Lastenausgleich, an dem diejenigen, die nicht nur ihr materielle Existenz, sondern auch ihre Heimat verloren haben — und das sind die Ausgewiesenen, die Flüchtlinge —, besonders interessiert sind. Heute weiß der überwiegende Teil aller Ausgewiesenen, daß dieser Lastenausgleich nur auf sozialistischem Wege gelöst werden kann, und die überwiegende Mehrzahl der Flüchtlinge weiß heute schon, daß nur eine starke Sozialdemokratie eine derartige

Lösung herbeizuführen in der Lage ist. Und weil das so ist, deshalb erwachsen der Partei gerade auf diesem Gebiet Verpflichtungen, die unbedingt eingehalten und eingelöst werden müssen.

Die Notwendigkeit eines sozialistischen Lastenausgleichs ist bereits auf dem Parteitag hier betont worden. Ich kann es mir ersparen, dazu weitere Ausführungen zu machen. Wir müssen alle Anstrengungen machen, um das Flüchtlingsproblem als solches so schnell wie möglich zu überwinden. Man hat auch schon auf diesem Parteitag gesagt, daß es nicht möglich ist, dieses Problem ohne internationale Hilfe zu lösen. Jawohl, das ist richtig. Aber wir als Deutsche haben die Pflicht, zunächst im eigenen Lande unsere eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen, die dazu führen könnten, das Problem wenigstens zum großen Teil einer Lösung zuzuführen. Dazu ist es notwendig, daß sich alle Genossen aktiv und positiv der Lösung dieses Problems gegenüber einstellen. Wir haben in der Entscheidung, die Ihnen vorliegt, aus sehr guten Gründen einen Appell an die Genossen gerichtet, die in verantwortlicher Stelle, sei es in den Länderregierungen, sei es in den Kommunalverwaltungen, stehen und mit diesen Dingen täglich praktisch zu tun haben, daß sie sich nicht den Notwendigkeiten verschließen, die das Flüchtlingsproblem mit sich bringt, und daß gerade sie es sein müßten, die mit besonderem Beispiel bei der praktischen Lösung des Einzelfalles vorangehen sollten.

Ich darf mit der Bitte schließen, daß die gesamte Partei, so wie sie es bisher getan hat, auch in Zukunft den Flüchtlingen die Unterstützung gibt, die notwendig ist, damit die Flüchtlinge sich in ihrer neuen Heimat so, schnell wie möglich als gleichberechtigte Menschen eingegliedert sehen und ihre neue Existenz finden werden. (Beifall.)

Anni Krahnstöver, Kiel: Genossen und Genossinnen! In einer der Zeitungen, die uns in diesen Tagen in die Hände gegeben worden sind, war ein Bericht über das Gebiet, wo es in Deutschland am engsten ist, und das ist das Gebiet, wo die Flüchtlingsnot so groß ist, daß wir nicht wissen, wie wir Ihrer Herr werden sollen, nämlich in Schleswig-Holstein. In Schleswig-Holstein kommen auf sieben Einwohner sechs Flüchtlinge. Das ist eine Not, von der sich kaum ein Mensch eine Vorstellung machen kann. Wir haben auf den Friesischen Inseln Zehntausende von Menschen, die in der allerprimitivsten Weise leben, Menschen, die seit mehr als zwei Jahren in kein Bett mehr gekommen sind, Menschen, die nicht mehr von einem Teller gegessen und aus keiner Tasse getrunken haben, und wir haben keine Möglichkeit, um ihnen in ihrer materiellen Not zu helfen, weil wir keine Industrie haben. Wir haben keine Porzellanfabriken, wir haben keine Wälder, um Betten anfertigen zu können. Uns bleibt nur übrig, den dringenden Appell an alle unsere Genossen in allen Ländern zu richten: Helft uns dadurch, daß wir durch einen Bevölkerungsausgleich diese Not in gewisser Weise lindern!

Wir wissen, daß der Wohnraum überall sehr beengt ist. Aber glaubt bitte nicht, daß wir nicht auch zerstörte Städte haben. In Kiel ist die Wohnungsnot genau so groß wie in Neumünster. Die Menschen, die dort hoffnungslos und verzweifelt leben, haben ihre ganze Hoffnung auf die Sozialdemokratische Partei gesetzt, weil sie glauben, daß das die Partei ist, die sich ihrer Not am vorzüglichsten annimmt. Sie hoffen ja alle, noch einmal wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können (Beifall), und wir haben uns gefreut, daß der Genosse *Schumacher* diese Forderung auch in seinem Referat wieder erhoben und bekräftigt hat.

Aber solange diese Menschen nicht in ihre Heimat zurückkehren können, müssen wir dafür sorgen, daß sie ein erträgliches Leben haben, und unser Appell geht dahin, durch Erleichterung von Zugangsgenehmigungen und durch alle möglichen Hilfsmaßnahmen uns zu helfen, dieser Not Herr zu werden. Genossen und Genossinnen, es ist nicht nur ein soziales, ein charitatives Problem, sondern es ist ein eminent politisches Problem. Diese Menschen in ihrer Verzweiflung, in ihrer Verelendung, neigen nämlich dazu, zu radikalisieren, und sie gehen eines Tages wieder in die nationalistischen Parteien oder Verbände oder sie gehen in die ganz radikale linke Richtung, wenn es uns nicht gelingt, ihnen aus ihrer Not und Verzweiflung zu

helfen. Ich habe mich hier als Flüchtling zum Anwalt für diese bedrängten Menschen gemacht, und ich hoffe, daß der Parteitag diesen Appell so versteht und uns in unserer bedrängten Lage helfen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 52. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Die Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen 27, 28, 29 und 30. Die Hamburger Genossen, die den Antrag 27 eingebracht haben, verzichten auf eine Begründung ihrer Sache, weil sie überzeugt sind, daß der Parteitag mit der Tendenz dieses Antrages einverstanden ist.

Zum Antrag 29 wird das Wort gewünscht vom Genossen Karl Bruns aus Osterode.

Karl Bruns, Osterode: Genossinnen und Genossen! Der Antrag 29 entspringt einer Sorge, die wir seit längerer Zeit um den Fortbestand des demokratischen Gedankens hegen. Ich komme aus dem Grenzkreis Osterode, jenem Kreis, der vor 14 Tagen durch einen Bericht des Polizeihauptausschusses davon Kenntnis erhielt, daß die dortige Polizei zu über 60 Prozent aus Offizieren besteht (hörtl! hörtl!) und nur der Rest sich aus einem Mannschaftsbestand zusammensetzt. Wer darüber hinaus die Psyche der dort stationierten Polizeikräfte studiert, wird zu sehr eigenartigen Schlußfolgerungen gelangen. Aus diesem Grunde bitten wir, diesen Antrag 29 gesondert anzunehmen und ihn einer besonderen Arbeit unterziehen zu lassen.

Ich verweise auf die Verhältnisse, die sich vor wenigen Monaten in Hannover ereignet hatten, als auch dort mit energischer Hand eingegriffen wurde und der Beweismittel unserer Vermutungen erbracht war. Wir müssen gerade in der Frage der Polizei die Entwicklung mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Alle unsere Auseinandersetzungen hier auf dem Parteitag über die legislativen Pflichten und Rechte sind hinfällig, wenn sie nicht durch eine besonders gut fundierte demokratische Exekutive ergänzt werden. (Beifall.) Wir werden es erleben können, daß, wenn wir nicht mit ganz besonderer Aufmerksamkeit gerade die Polizei entwickeln, dann alle unsere Arbeit, all unser guter Wille, all unsere Tätigkeit und auch das Schicksal all der vielen kleinen Funktionäre bedenklich erschüttert werden könnte. Darum bitte ich Euch, den Antrag 29 gesondert anzunehmen, und den Parteivorstand bitte ich, diese Frage mit besonderer Aufmerksamkeit zu untersuchen. (Beifall.)

Vorsitzender Erich Ollenhauer: Genossen und Genossinnen! Der Vorschlag des Parteivorstandes geht dahin, den Antrag 27 anzunehmen. In diesem Antrag 27 wird die Demokratisierung der Verwaltung im allgemeinen gefordert. Wir halten es für richtig, es bei dieser allgemeinen Entschließung zu belassen und nicht einzelne Gebiete der Verwaltung durch besondere Entschließungen besonders zu behandeln. Wir hatten mit dem Genossen Bruns verabredet, daß er den Antrag 29 hier begründet, damit sein Hinweis auf die besondere Situation der Polizei in den Ländern der britischen Zone ins Protokoll kommt und der Parteivorstand veranlaßt werden kann, an die Länderregierungen in der britischen Zone in der Richtung dieses Antrages heranzutreten. Ich möchte an dem Vorschlag des Parteivorstandes festhalten, der dahin geht, den Antrag 27 anzunehmen und die Anträge 28 bis 30 dadurch als erledigt zu betrachten, daß der Antrag 29 der besonderen Beachtung des Parteivorstandes empfohlen wird, mit der Maßgabe, den Inhalt dieses Antrages den sozialdemokratischen Fraktionen und Ministern, vor allem in der britischen Zone, zur Kenntnis zu bringen. (Zuruf: Das gilt für Antrag 30 auch!) — Jawohl, Entschuldigung, einschließlich 30. — Ist der Parteitag mit diesem Verfahren einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag 27. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist so beschlossen.

Dann schlage ich vor, daß wir Stellung nehmen zu dem Antrag 37 in der Vorlage Nr. 4. Ich möchte dazu folgende Erklärung im Einvernehmen mit den Antragstellern abgeben:

Über die Stellung der Partei und den Beschluß des Parteivorstandes und Parteiausschusses zur VVN haben die an dieser Frage besonders interessierten Genossinnen und Genossen des Parteitages während des Parteitages ausführliche Besprechungen gehabt. Alle Beteiligten, einschließlich der Antragsteller, schlagen vor, von einer öffentlichen Diskussion dieses Problems auf dem Parteitag abzusehen, aber den Antrag 37 dem Parteivorstand zu überweisen mit der Abmachung, daß in allernächster Zeit unter Führung des Parteivorstandes eine Sonderkonferenz der an dieser Frage besonders interessierten Genossinnen und Genossen stattfindet, damit wir uns da mit den durch unsere Beschlüsse und die Aktivität der VVN entstandenen Problemen auseinandersetzen können. Es ist unser Wunsch, daß wir in dieser Frage zu einer Entscheidung kommen, die von allen Genossen und Genossinnen der Partei als richtig und begründet anerkannt wird.

Sind die Genossen damit einverstanden, daß wir diesen Antrag dem Parteivorstand unter Hinweis auf die Erklärung, die ich hier abgegeben habe, überweisen? — Ich höre keinen Widerspruch. Stimmen wir darüber ab. Wer ist für die Überweisung dieses Antrags? — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Es kommt jetzt, so schlage ich vor, der Antrag 38. Zu diesem Antrag wünscht der Genosse *Wilhelm Ruhnke*, Hildesheim, das Wort.

Wilhelm Ruhnke, Hildesheim: Die Entnazifizierung befindet sich im Augenblick in einer absoluten Krisis (sehr richtig), und unser Antrag ist durchaus nicht etwa eine lokale Erscheinung. (Zuruf: Leider!) Die Ergebnisse der Entnazifizierung sind bereits ein Schöpfbrunnen reaktionärer Kreise geworden. (Sehr richtig!) Wir haben ein großes Interesse daran, uns eingehend mit dieser Frage zu befassen, und aus diesem Grunde haben wir unseren Antrag gestellt. Wenn englische Lagerurteile absolut aktive Nazis freisprechen und die deutschen Ausschüsse dagegen die Treppenläufer aus Lohn und Brot bringen, so ist es die höchste Zeit, daß nun die Sozialdemokratische Partei zu dieser Frage Stellung nimmt. Wir müssen auch weiter bedenken, daß die Entnazifizierung, geschichtlich gesehen, einstmals der Sozialdemokratischen Partei zum Vorwurf gemacht werden kann, wie sie in der britischen Zone gehandhabt wird. Die Entnazifizierung bietet heute schon reichlichen Stoff für Witzblätter. Wenn eine Persönlichkeit, ein Steigbügelhalter der Nazis, ein Hugenberg, heute bereits an die offene Tür der Minderbelasteten klopft, so sehen wir, wie weit wir in der Entnazifizierung gekommen sind. Aus diesem Grunde bitten wir, unseren Antrag anzunehmen, daß unsere Genossen aus den Ausschüssen in der britischen Zone herausgezogen werden, damit wir uns nicht mitschuldig machen an den Folgen, die wir später einmal zu tragen haben müssen. (Sehr richtig! — Beifall.)

Heinrich Kramer, Bielefeld: Genossinnen und Genossen! Der Genosse aus Hildesheim hat wohl das angeführt, was grundsätzlich zur Entnazifizierung zu sagen ist. Ich möchte nur noch auf einiges hinweisen. Genosse *Schumacher* hat gestern erklärt, wir wollten kein Instrument irgendeiner Sache sein, wir wollten eine Bewegung für die Arbeiterschaft sein. Bei der Entnazifizierung scheint es mir so, als wenn wir ein Instrument einer ausländischen Macht geworden wären. Denn es ist doch so: Wir sitzen in den Entnazifizierungsausschüssen, zerbrechen uns den Kopf, in welcher Weise wir diesen und jenen wohl lahmlegen können, der sich in den zwölf Jahren in irgendeiner Weise schlecht und schöffig gegenüber uns betragen hat, und dann erleben wir, daß der frühere Geheimrat und Reichsminister Hugenberg aus einem Internierungslager entlassen wird, obwohl ihn die deutschen Entnazifizierungsausschüsse als Kriegsvorbereiter gestempelt haben, und es besteht keine Möglichkeit, diesen Mann in den nächsten zwei Jahren vor einem deutschen Ausschuss zu belangen. So geht es nicht weiter.

Ich glaube, nicht nur die Ortsgruppe Hildesheim, sondern hundert und tausende Ortsgruppen der Partei würden diesen Antrag gestellt haben, denn die Entnazifizierung in der britischen Zone ist so trostlos, daß wir uns als Partei damit nicht belasten dürfen. Wir sitzen am Tage und am Abend bis spät in die Nachtstunden hinein, um die einzelnen kleinen Sachen der Nazis zu bearbeiten, und wenn wir dann feststellen müssen, daß Standartenführer usw. als unbelastet aus den Internierungslagern entlassen worden sind, dann müssen wir doch zu der Entscheidung kommen, daß wir in dieser Beziehung mit der englischen Militärregierung nicht mehr mitmachen können.

Im vorigen Herbst war in dem Kreis, in dem der Geheimrat Hugenberg sein Besitztum hat, folgende Situation entstanden: Wir von der Kreisverwaltung wollten eine Möglichkeit schaffen, die Flüchtlinge und Vertriebenen des Ostens auf dem sehr großen Gut, das Geheimrat Hugenberg dort besitzt, unterzubringen. Hugenberg weigerte sich, einen Teil eines Hofes abzugeben, den er in den nationalsozialistischen Jahren angekauft hatte. Daraufhin haben wir die Militärregierung angerufen, und es schien zunächst so, als wenn diese uns den Zuspruch geben wollte. Dann aber trat wieder ein Wechsel in der Kommandantur ein, und die Verfügung wurde zurückgenommen. Wir haben uns dann in öffentlicher Kreistags- und Kreisnusschusssitzung damit befaßt, und wir haben dann die Möglichkeit gehabt, daß Geheimrat Hugenberg daraufhin, daß Leute aus England kamen und sich mit unseren Besprechungen befaßten, interniert wurde. Denn wir mußten feststellen, daß auf seinem Gut im Norden des früheren lippeschen Landes 42 seiner Freunde, Grafen und Barone so und so, gelandet waren. (Hört! Hört!)

Wir haben dann fertiggebracht, daß diese Leute von dem Gut entfernt wurden. Jetzt, nach einem halben Jahr, ist der Mann aus dem Internierungslager entlassen worden. Wir lehnen es ab, eine solche Entnazifizierung mitzumachen, denn damit können und dürfen wir uns nicht belasten. Letzten Endes ist das Entnazifizierungsproblem auch ein soziales Problem. Was haben wir für ein Interesse daran, die kleinen Nationalsozialisten zu entlarven, wenn diese Leute, die die Harzburger Front geschaffen haben, nicht herangekriegt werden können? (Beifall.)

Wenn zum Beispiel ein Betriebsführer, der während des ganzen Krieges im Auftrage des OKW seine Reisen ins Ausland zur Organisation eines bestimmten Industriebetriebes gemacht hat, nicht belastet werden kann, weil er nicht in der NSDAP gewesen ist und auch eventuell nie mit „Heil Hitler“ begrüßt hat — Genossen, was hat das zu sagen? Dafür saß aber sein Bruder in Berlin und ließ sich mit Hermann Göring photographieren. Diese Leute spielen heute wieder die erste Geige.

Im vorigen Jahr, bevor Hugenberg verhaftet war, hätten Sie mal sehen sollen, was da für Autos vorfuhren, welche Verbindungen da bestanden! Jetzt ist der gute Mann wieder entlassen. Seine erste Sorge war, daß er sich beim Landrat meldete und seinen Anspruch auf das Gut, das auf Anweisung des Security Service geräumt worden war, wieder anmeldete.

Das dürfen wir nicht zulassen. Ich glaube, die Sozialdemokratische Partei hat schon in den zwei Jahren bewiesen, daß sie gewillt ist, mit jeder der Militärregierungen auf anständige Art und Weise zusammenzuarbeiten. Aber das geht unserer Ansicht nach zu weit.

Ich bitte Euch alle, den Antrag des Genossen aus Hildesheim zu unterstützen. Denn die englische Militärregierung muß wissen, daß eine solche Entnazifizierung nicht möglich ist. Ich möchte vor allen Dingen die Genossen aus den anderen Zonen darauf aufmerksam machen, daß die Entnazifizierung in ihren Zonen etwas grundsätzlich anderes ist. Bei uns ist noch keiner bestraft worden. Wir haben Anträge gestellt, daß die Entnazifizierung wenigstens von diesen Leuten bezahlt werden sollte. Das hat uns die Militärregierung abgelehnt. Und stellt Euch mal vor, die Steuerzahler müssen in unserem kleinen Kreise — es ist ein Kreis von 125 000 Einwohnern — im Jahre mindestens 75 000 bis 80 000 Mark aufbringen, um diese Entnazifizierung durchzuführen. Ist das nicht ein Skandal? Selbst politische Verfolgte müssen heute durch ihre Steuern die Entnazifizierung für diese Leute mitbezahlen.

Wir wissen, daß es dem Parteitag heute nicht leicht wird, die Entscheidung zu fällen, ob wir unsere Genossen auffordern sollen, aus diesen Ausschüssen auszutreten oder nicht. Aber, Genossen, wer damit in der britischen Zone zu tun hat, der weiß, mit wie wenig Interesse wir heute noch an diese Aufgabe herangehen. Die englische Regierung kann uns nicht vorwerfen, wir wollten die Entnazifizierung nicht. Im Gegenteil, wir können den Engländern nur sagen: Entweder macht Eure Militärregierung etwas anderes, als Ihr anordnet, oder wir können das nicht mehr mitmachen. Deshalb bitte ich Euch, Genossen, stimmt dem Antrag 38 zu, damit wenigstens die Genossen aus der britischen Zone aus den Ausschüssen und damit aus dieser ungeheuren Belastung herausgenommen werden. (Lebhafter Beifall.)

Jeanette Wolff, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich kann die Empörung des Genossen aus der britischen Zone in bezug auf die Entnazifizierung sehr gut verstehen. Aber es ist nicht damit getan, daß wir das Kind mit dem Bade ausschütten und den anderen die Entnazifizierung überlassen, sondern der Mangel liegt auch in der britischen Zone daran, daß die Menschen, die die Entnazifizierung dort durchführen, nicht das Rückgrat haben, sich der britischen Militärregierung gegenüber durchzusetzen. (Lebhafter Widerspruch.) Das ist keine Verkennung der Tatsachen, denn ich spreche aus der Praxis, und ich habe mich bei den britischen Militärbehörden, soweit es sich um den britischen Sektor von Berlin handelt, in Entnazifizierungsfällen durchgesetzt. (Zurufe.) Es handelt sich um etwas anderes, Genossen. Es handelt sich nicht darum, daß Ihr zurücktreten müßt, sondern es handelt sich darum, daß die maßgebenden Instanzen der Partei, unsere Genossen, die der Labour-Regierung nahestehen, einmal darüber sprechen, daß jene Offiziere zurückgezogen werden, die in Eurer Zone Nazis als harmlos hinstellen. (Beifall. — Widerspruch. — Lebhaftes Zurufe.) — Ja, Genossen, es kommt doch nicht darauf an, daß Ihr dagegen schreit, sondern es kommt darauf an, daß Ihr handelt, und das ist eine Aufgabe der Partei, die zur Säuberung Deutschlands gehört. Mit dem Ablehnen allein ist es nicht getan. Auch die anderen alliierten Behörden sind am liebsten verschont von all den Klagen in bezug auf die Entnazifizierung. Aber es ist doch nicht die Sache der Engländer, der Amerikaner, der Franzosen und der Russen, Deutschland zu entnazifizieren, sondern es ist unsere Aufgabe. Darauf kommt es letzten Endes an. (Beifall. — Zurufe.) Ich weiß nicht, warum im englischen Teil Deutschlands die Kosten für die Entnazifizierung von den Steuerzahlern getragen werden müssen. (Zuruf: englische Verfügung! — Die Direktive!) Die Direktive des Entnazifizierungsgesetzes, nach der wir verfahren, bestimmt, daß die Kosten — — ja, Genossen, wenn ihr mich totschreit, damit ist es doch nicht getan; ich bin bemüht, Euch auseinanderzusetzen, wie wir eventuell zu einem Entnazifizierungsgesetz kommen können. (Klingel des Vorsitzenden.)

Vorsitzender *Erich Ollenauer:* Genossin *Jeanette Wolff*, hier ist keine allgemeine Entnazifizierungsdebatte. Hier steht ein konkreter Antrag zur Diskussion, nämlich der Antrag 38, und ich bitte Dich, dich mit einigen Schlussbemerkungen zu diesem Antrag zu äußern.

Jeanette Wolff: Aha, gut. Ich habe das nicht gewußt, und ich bitte, das zu entschuldigen. — Ich bin der Ansicht, daß damit, daß Ihr diesen Antrag annehmt, für uns die Pflicht, uns um die Nazis zu kümmern, noch lange nicht behoben ist. Ich bin der Ansicht, daß man diesen Antrag dem Parteivorstand zur Bearbeitung übergeben sollte. (Zurufe: Nein!) Denn ich bin der Meinung, daß, wenn die Direktive 38 mit den richtigen Ausführungsbestimmungen für das ganze Reich kommt, unsere Arbeit innerhalb der Entnazifizierungsausschüsse unentbehrlich ist, zumal die Direktive 38 in ihren Ausführungsbestimmungen von den Alliierten den Passus bekommen soll, daß Juristen den Kommissionen vorgesetzt werden sollen, und wenn wir die Dinge laufen lassen, dann laufen wir Gefahr, daß wir erst einmal 85 Prozent der Richter entbräunen müssen, ehe wir sie in die Kommissionen setzen können.

Aus diesem Grunde bitte ich Euch, Genossen, überlegt Euch, ob es nicht besser ist, mit der Annahme eines solchen Antrages zu warten, bis wir das Kontrollratsgesetz Nr. 38 mit den Ausführungsbestimmungen vor uns haben, denn es ist ja unsere Sache, Deutschland zu säubern. Mit der Ablehnung der Arbeit kommen wir keinen Schritt weiter. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Für den Parteivorstand spricht die Genossin *Dr. Selbert*.

Frau Dr. Selbert: Genossen und Genossinnen! Lassen Sie mich bei meinen Ausführungen von einer Feststellung ausgehen: Verpaßte und verhinderte Revolutionen, in denen ein mißbrauchtes und gequältes Volk sich von seinen Feinigern befreit, können niemals im Wege der Rechtsprechung oder durch Verwaltungsakte oder wie hier durch ein besonderes Entnazifizierungsverfahren nachgeholt werden. (Sehr richtig!) Hier liegen die Grenzen des Problems und auch die Antwort darauf, daß es eine Patentlösung nicht gibt.

Der Tatbestand, von dem die Hildesheimer Genossen in ihrem Antrag ausgehen, ist der, daß Naziaktivisten in einem Internierungslager offenbar unter Ausschluß der Öffentlichkeit durch britische Courts abgeurteilt, und zwar zu Unrecht entlastet bzw. zu günstig eingestuft worden sind, obwohl ihre Aktivität — das entnehme ich aus dem Antrag der Genossen — feststand.

Angesichts der Forderung der Alliierten nach Entnazifizierung und nach Ausrottung des Nazismus in Deutschland hätte man allerdings von den Alliierten erwarten können, daß sie mit größter Konsequenz, soweit sie selbst die Zuständigkeit für die Entnazifizierung für sich in Anspruch nehmen, diese Entnazifizierung durchführen oder aber in den Fällen, wo sie in Händen der Deutschen liegt, uns sekundieren, anstatt uns Schwierigkeiten zu machen. Wir haben erlebt, daß gerade in den Verwaltungsstellen der Militärregierungen alte Kämpfer und Pgs. aus den Jahren 1930 und 1932 von Anfang an saßen, ohne daß man bei ihnen nach dem Fragebogen fragte, während bei uns die sogenannten Treppenläufer, wie sie der Genosse vorher genannt hatte, die kleinen 37er Pgs., die in die Partei hineingezwungen waren, nur deshalb, weil sie eine kleine Funktion in der NSV hatten, herausgetan werden mußten.

Bei dieser Gelegenheit nur eins über die Spruchpraxis der deutschen Stellen. (Zuruf: Zum Antrag) — Ja, das ist zum Antrag (Zuruf: Aber nicht mehr als von der Genossin *Wolff*).

Ich möchte die Gelegenheit nicht versäumen, um unseren deutschen Stellen die Anerkennung auszusprechen, die sie zu einem großen Teil angesichts ihrer aufopfernden und mühevollen Arbeit für eine glatte Durchführung des Verfahrens verdienen. Das hindert nicht, auch Kritik zu üben. Denn wir haben ja auch vieles erlobt, was nicht richtig ist. Aber, Genossen, ich will hier nicht auf die Mißstände im einzelnen eingehen. Vielleicht ließe sich dieser ganze Fragekomplex einmal in einer besonderen Konferenz besser erörtern als heute an dieser Stelle, und vielleicht können wir uns dann mit diesen Dingen noch etwas intensiver beschäftigen.

Man soll sich gerade in der Politik — und das ist etwas zum Antrag selbst — davor hüten, immer die letzte Alternative zu stellen, zumal es sich hier um Fälle handelt, die Gegenstand einer Kritik an der Besatzungsmacht sind und nicht an deutschen Stellen. Ich bin der Ansicht, daß wir diese Mißstände mit offenen Augen sehen sollen. Die Genossin *Wolff* hat schon sehr richtig gesagt, wir müßten von den Alliierten mehr verlangen. Wir müssen, wenn die Denazifizierung schon eine deutsche Angelegenheit sein soll, verlangen, daß sie auch ausschließlich in die Hände deutscher Stellen gelegt wird. Ich verweise Sie auf die Richtlinien, die wir in unserem Ausschuß ausgearbeitet haben, wonach die Denazifizierung eine deutsche Aufgabe ist.

Genossen, ich halte es für verkehrt, von einer allgemeinen Krisis zu sprechen. So weit geht es nicht. Wir haben zwar Mißstände bei deutschen und noch vielmehr bei den ausländischen Stellen, aber ich halte es bei der Bedeutung des Problems

für falsch, jetzt in die Resignation zu gehen und zu sagen: wir machen nicht mehr mit. Dieser Zeitpunkt ist heute noch nicht gekommen. Vergessen wir nicht, daß dieses Problem ein hohes politisches Problem ist, das an den Grundfesten unseres Volkes rüttelt. Es handelt sich um Tausende von Menschen, die einmal wieder ins politische Leben zurückgeführt werden müssen.

Genossen und Genossinnen, auch wir in der USA-Zone haben keine Patentlösung gefunden, und das Befreiungsgesetz ist keineswegs der Weisheit letzter Schluß. Ich darf Ihnen aber einige Ziffern nennen, um Ihnen zu zeigen, wo die Sonde der Kritik anzusetzen ist:

Aufspaltung der Nazis, Herausgreifen und Eliminieren der wirklichen Verbrecher, und dann im übrigen ein beschleunigtes Verfahren für die große Zahl der kleinen Pgs., eine Beschleunigung, wie wir sie bereits auf dem vorigen Parteitag in Hannover verlangt haben. Wir haben in Hessen etwa 800 000 Betroffene; von diesen 800 000 fallen allein 500 000 unter die Jugend- und Weihnachtsamnestie, soweit sie nicht Übeltäter und Nazi-verbrecher sind. Die übrigen 300 000 werden zu einem großen Teil im beschleunigten Verfahren abgeurteilt bzw. es wird über sie durch Sühnebescheid entschieden. Wir werden damit rechnen können, daß wir in etwa einem Jahr in der USA-Zone mit den Dingen fertig sind.

Sorgen Sie in der britischen Zone dafür, daß die Entnazifizierung dort gleichfalls in die Hände der Deutschen gelegt wird. Wir haben in der USA-Zone drei politische Minister, die letzten Endes sogar das Kassationsrecht haben, durch das sie in allen Fällen, wo wir mit Recht Kritik an der Spruchpraxis der Spruchkammern üben, die Sprüche wieder aufheben und regulieren können.

Vergessen Sie nicht, daß wir uns dieser Aufgabe nicht entziehen können. Wir sind es unseren Toten und den Opfern des verbrecherischen Regimes schuldig, mit dafür zu sorgen, daß die wirklichen Verbrecher erfaßt und nach dem Prinzip der Gerechtigkeit zur Rechenschaft gezogen werden.

Das ist ein Stück moralische Reparation. Das ist ein Akt von außenpolitischer Wichtigkeit, eine Notwendigkeit, um auch auf diesem Wege Deutschland wieder ehrbar zu machen. Er soll der Sühne der Nazi-verbrecher (Glocke), der innerdeutschen Wiedergutmachung und der Sicherung der Demokratie dienen. Das ist eine Aufgabe, der wir uns nicht entziehen können.

Ich habe Verständnis für die Sorgen der Genossen, die hier gesprochen haben und die meinen, der Höhepunkt der Krise sei erreicht. Ich bin nicht der gleichen Meinung. Wir sollten alles daransetzen, um die bestehenden Mißstände abzustellen und uns an den entsprechenden Stellen einzuschalten. (Zurufe: Unruhe.) Ich bin ferner der Meinung, Genossen, daß wir den Antrag heute nicht zur Abstimmung bringen, ihn vielmehr bei einer späteren Beratung maßgeblicher Genossen, die bei der Denazifizierung mitarbeiten, noch einmal erörtern und schlage Ihnen im Auftrag des Parteivorstandes vor, ihn zunächst an den Ausschuß für Entnazifizierungsfragen zu überweisen.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Wir haben diesen Antrag hier zur Diskussion gestellt, um vor der Öffentlichkeit deutlich zu machen, wie kritisch die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei zu den bisherigen Methoden der Entnazifizierung ist. Ich glaube, dafür haben die Diskussionsredner deutliche Beweise gegeben. Ich möchte aber jetzt den Parteitag bitten, in bezug auf diese Frage keine Entscheidung zu fällen, die ein sehr schwieriges Problem durch eine schematische Generalregelung zu lösen versucht. (Sehr gut!) Die Annahme dieses Antrages wäre keine Lösung. Die Dinge liegen erstens in den einzelnen Zonen verschieden, und zweitens lassen sich auch Einzelfälle nicht zur Grundlage einer politischen Entscheidung von der Bedeutung machen, wie sie hier in diesem Antrag verlangt wird. Ich bitte den Parteitag dringend, dem Vorschlag des Parteivorstandes und Partelausschusses zu folgen und diesen Antrag zur weiteren Beratung und zur Nachprüfung der hier genannten Einzelfälle dem Entnazifizierungsausschuß beim Parteivorstand zu überweisen. (Zurufe: Nein!) Das ist der Antrag, über den diskutiert worden ist. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer

für den Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses ist, den Antrag zu überweisen, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war zweifellos die Mehrheit. (Widerspruch.) Genossen, wird die Abstimmung ernsthaft angezweifelt? (Zurufe: Nein, das kann nicht sein!)

Wir kommen jetzt zu den Anträgen-Nr. 39 bis 41. Alle drei Anträge beschäftigen sich mit der Frage der Kriegsgefangenen. Ich glaube, über die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Kriegsgefangenenproblem und über die Aktivität der Partei in der Frage der beschleunigten Entlassung der Kriegsgefangenen gibt es hier und in der Öffentlichkeit keine Unklarheit. Trotzdem empfiehlt der Parteivorstand gemeinsam mit dem Parteiausschuß bei der großen politischen und menschlichen Bedeutung dieses Problems, von den drei Anträgen, die zu dieser Frage hier vorliegen, den Antrag Nr. 40 anzunehmen, um noch einmal zum Ausdruck zu bringen, daß die Sozialdemokratische Partei alle Anstrengungen machen wird, um unsere Kriegsgefangenen so schnell wie möglich in die Heimat zurückzuführen. Ich meine, daß eine Diskussion über diese Frage hier in diesem Parteitag nicht mehr nötig ist. Wenn der Parteitag diese Auffassung teilt, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß der Antrag Nr. 40 angenommen wird und dadurch die Anträge Nr. 39 und 41 erledigt sind, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen!

Genossen! Wir kommen dann zu den Anträgen Nr. 13 in der Vorlage Nr. 4 und Nr. 55 in der Vorlage Nr. 15. Wir möchten jetzt, wenn möglich, eine längere Statutenberatung vermeiden. Ich möchte deshalb zunächst die Stellungnahme des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zu diesen beiden Anträgen bekanntgeben. Wir verstehen die Tendenz des Antrages des Bezirks Schleswig-Holstein sehr gut. Wir haben es erlebt, daß in der gegenwärtigen Übergangszeit die in unserem Organisationsstatut festgelegten Bestimmungen über das Ausschlußverfahren gegen ein Mitglied außerordentlich schwerfällig sind und daß sie uns oft in Fällen einer dringenden örtlichen oder kreislichen Gefahr daran hindern, Schädlinge der Organisation schnell ihrer Funktionen zu entheben und sie aus der Partei zu entfernen. Der Antrag Schleswig-Holsteins versucht, hier eine Regelung durchzuführen, die, auf der einen Seite der Organisation in den unteren Einheiten die Möglichkeit gibt, schneller als bisher zu handeln, aber auch auf der anderen Seite jedes Mitglied in der Partei das Recht erhält, in einem Verfahren gegen sich alle seine Ansprüche geltend zu machen. Wir sind der Auffassung, daß wir nur ein Ausschlußverfahren akzeptieren können, das diesem demokratischen Grundprinzip gegenüber jedem Mitglied der Partei gerecht wird. Parteivorstand und Parteiausschuß sind der Auffassung, daß die jetzt von Schleswig-Holstein vorgeschlagene Fassung des § 28 — nicht „25“, wie es in dem Antrag der Schleswig-Holsteiner Genossen heißt — beiden Bedürfnissen Rechnung trägt. Wir sind deshalb damit einverstanden, daß der Antrag Nr. 13 und der formal dazu notwendige Antrag Nr. 55 angenommen werden. Der Antrag Nr. 55 ist notwendig, weil in der Schilderung des Organisationsaufbaues in diesem Teile des Statuts die Kreisvereine, die in dem Ausschlußparagrafen genannt werden, nicht als Organisationseinheit erwähnt werden. Ich frage den Parteitag, ob er nach dieser Erklärung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses eine Diskussion über diese beiden Anträge wünscht. (Zurufe: Nein!) Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für Annahme des Antrags Nr. 13 und des Antrags Nr. 55 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Diese Statutenänderung ist einstimmig beschlossen worden.

Dann, Genossen, liegt der Antrag Nr. 51 in der Vorlage Nr. 11 vor. Zu diesem Antrag hat der Genosse Baur, Augsburg, das Wort gewünscht.

Valentin Baur, Augsburg: Genossinnen und Genossen! Ein Redner hat gestern bei der Debatte über den verfassungsrechtlichen Aufbau der deutschen Republik zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig sei, den Krieg auch zu beenden. Ich darf dazu ein paar Bemerkungen machen. Erinnern wir uns, daß wir nach dem ersten

Weltkrieg Propaganda mit der Losung „Nie wieder Krieg“ betrieben haben. Ich erinnere daran, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine Broschüre herausgab in sechs Sprachen der Welt, mit Bildern, die Friedrich Friedrichs aus dem ersten Weltkrieg gesammelt hat, und erinnern wir uns daran, daß wenige Monate später die Propaganda der Militaristen und Nationalisten wieder einsetzte in der Praxis der damals organisierten Regimentsfeiern. Erinnern wir uns daran, daß unendlich viele deutsche Männer auf diese Propaganda hereingefallen sind, die dann zu den Formationen des Stahlhelms, der SA, SS usw. geführt haben, die erste Etappe der geheimen Aufrüstung. Erinnern wir uns an die Reden des „berühmten“ Generals Gröner, der zum Ausdruck gebracht hat, daß die Pazifisten und Sozialisten ihren inneren Schweinehund, nämlich die Feigheit, noch nicht überwunden hätten, und wir wissen, welcher Gewissenszwang und welche Ächtung von dieser Parole ausgegangen ist, wo sich die Propaganda auf jedes Café erstreckte und die Menschen gezwungen waren aufzustehen, sobald die verschiedenen nationalistischen Melodien ertönten. Erinnern wir uns an alles das, und vergessen wir dabei nicht, festzustellen, das wir dadurch in die Verteidigung gedrängt worden sind und es zum zweiten Weltkrieg kommen konnte.

Ich stehe daher auf dem Standpunkt, daß es nicht genügt, nur eine Parole „Nie wieder Krieg“ herauszugeben, sondern daß es wichtig ist, eine aktive Bewegung dagegen zu organisieren. Daher ist der Antrag gestellt worden.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Es ist notwendig, Gelegenheiten zu schaffen, wo wir den Nationalisten sagen, nicht der Pazifist und Sozialist hat seinen inneren Schweinehund, die Feigheit, noch nicht überwunden, sondern der Militarist und Nationalist hat seinen inneren Schweinehund, nämlich die Bestie, noch nicht überwunden. Wir müssen alle Menschen dazu auffordern, in einer regelmäßig jährlich wiederkehrenden Veranstaltung größten Stiles zum Ausdruck zu bringen, daß sie tatsächlich Gegner des Krieges geworden sind. Dadurch wird es der deutschen Sozialdemokratie gelingen, die Menschen ein für allemal von dem Wahn des Krieges und des Militarismus abzubringen.

Vergessen wir nicht und nehmen wir diese Sache nicht leichtfertig hin, daß wir ein Volk sind, das nahezu hundert Jahre in der Tradition des Volksheeres erzogen wurde, und daß der Stolz des Vaters, Soldat gewesen zu sein, sich auf den Sohn vererbt hat.

Organisieren wir daher durch Annahme dieses Antrages in Deutschland eine Ächtung des Krieges, eine Gelegenheit, jährlich die Menschen aufzufordern, dem Kriege jedes Mittel der Ablehnung und des Kampfes entgegenzustellen. Ich bitte Sie daher, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenauer*: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, eine weitere Begründung dieses Antrages ist in diesem Kreise nicht notwendig. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen einige Stimmen angenommen.

Genossen! Wir kommen dann zum Antrag 53 in der Vorlage Nr. 13. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich schlage vor, diesen Antrag als Empfehlung anzunehmen. Ich glaube, die Genossen, die von früheren Parteitagen die Diskussion über diese Frage kennen, werden verstehen, wenn ich diesen Antrag nur als Empfehlung bewertet sehen möchte. Ist der Parteitag damit einverstanden, daß wir diesen Antrag als Empfehlung annehmen? Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist so beschlossen.

Genossen! Jetzt kommt der Antrag 54 in der Vorlage Nr. 14, Antrag *Dinnebacke* und Genossen. Ich möchte dazu folgendes mitteilen: Dieser Antrag in der Ihnen vorliegenden Formulierung ist Gegenstand von Unterhaltungen zwischen den Antragstellern und gewerkschaftlich organisierten und aktiv tätigen Genossen auf dem Parteitag gewesen. Die Antragsteller und die sozialdemokratischen Gewerkschafter auf diesem Parteitag schlagen vor, den Antrag nicht in der vorliegenden Fassung, sondern in der folgenden neuen Fassung anzunehmen:

Der Vorstand wird ersucht, eine Studienkommission einzusetzen mit der Aufgabe, die grundsätzliche und taktische Stellung der Partei zu den Gewerkschaften zu klären.

Wird zu diesem abgeänderten Antrag das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für Annahme dieses abgeänderten Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen.

Genossen! Dann liegt noch der Antrag 56 in der Vorlage Nr. 16 vor:

Der Parteitag möge beschließen, das Material zum Parteitag muß mindestens vier Wochen vor Statifinden des Parteitages in den Händen der Delegierten sein.

Über die sachliche Berechtigung dieses Antrages brauchen wir überhaupt nicht zu reden. Aber ich benutze die Einbringung dieses Antrages doch zu einer Information. Ich glaube, es sind sich nicht alle Genossen, die diesen Antrag gestellt haben, völlig darüber klar, welches technisch ungeheuer schwierige Problem es ist, eine Fülle von solchen Vorlagen, wie wir sie den Delegierten vorgelegt haben, einschließlich des Jahresberichtes, bei dem heutigen Mangel an Papier rechtzeitig fertigzustellen. Dazu kommt zweitens: Wir wären in der Lage gewesen, etwa zehn Tage vor dem Parteitag jedem Delegierten das Material, wie wir es hier in Nürnberg bei der Ankunft ausgegeben haben, zuzuschicken. Aber unsere Erfahrungen mit den Postverbindungen, vor allen Dingen über die Zonengrenzen hinweg, sind so schlecht, daß wir es nicht für richtig gehalten haben, das Risiko zu laufen, daß die Hälfte unserer Delegierten des Parteitages das Material dann überhaupt nicht rechtzeitig erhält. Ich glaube, alle, die in der praktischen Arbeit stehen, werden zugeben, daß das unter den heutigen Bedingungen ein durchschlagendes Argument ist.

Wir haben nichts dagegen, daß der Antrag angenommen wird, aber mit der Maßgabe, daß wir ihn je nach den Umständen durchführen, die im nächsten Jahre vor dem Parteitag 1948 bestehen (Zuruf; Und nach den Möglichkeiten!), und nach den Möglichkeiten. Ist der Parteitag damit einverstanden? — Dann ist der Antrag mit der Erklärung angenommen.

Nach meiner Übersicht über die Anträge bleibt jetzt nur noch der Antrag 42 in der Vorlage Nr. 4 übrig, Antrag des Ortsvereins Düsseldorf, den nächsten Parteitag in Düsseldorf abzuhalten.

Genossen! Ich möchte vorschlagen, daß wir uns in dieser Stunde nicht durch Parteitagsbeschluß darauf festlegen, wo wir den nächsten Parteitag abhalten, sondern daß wir diesen Antrag dem Parteivorstand als Material bei seiner Beschlußfassung über den Ort des nächsten Parteitages überweisen. Besteht damit Übereinstimmung? (Zustimmung.) Das ist so beschlossen.

Soweit wir es hier im Präsidium übersehen, sind jetzt alle Anträge, die verteilt worden sind, erledigt. Der Parteitag ist der gleichen Auffassung? — Das ist der Fall.

Dann möchte ich jetzt zunächst dem Genossen Paul Löbe das Wort geben.

Paul Löbe, Berlin (mit lebhaftem Beifall empfangen): Erlaubt mir, liebe Gesinnungsfreunde, am Schluß der Beratungen einige Worte an Euch zu richten, nicht im Auftrage, aber im Geiste der sogenannten Alten, die hier manchmal hart angefaßt wurden. (Heiterkeit.) In wenigen von Euch werden die Gefühle mitschwingen, die diejenigen hegen, die vor einem halben Jahrhundert vor dem Grabmal Ferdinand Lassalles standen und lasen: Hier ruht, was sterblich war von Ferdinand Lassalle, „dem Denker und Kämpfer“, die vor einem halben Jahrhundert auf Parteitagen zu Füßen von Bebel und Liebknecht, von Ignaz Auer und Singer, von Vollmar und Grillberger saßen und denen es dann vergönnt war, die lange Zeit zu überleben, in der die anderen glaubten, daß unser Kreis in Gefängnissen und Bombenkellern begraben werden könnte. Jetzt atmen wir wieder das Fluidum dieses Parteitages. Wir sehen vor uns die alte Gestalt unseres Genossen

de Brouckère (Beifall), der nach und nach zu einem Vater der Internationale herangewachsen ist, nachdem neben ihm so viele dahinsanken, die in unserer Erinnerung leben: Branting aus Schweden, Stauning und Borgberg aus Dänemark, van Kol und Troelstra aus Holland, Mac Donald, Henderson und Tom Shaw aus England, Jaurès und Jules Guesde aus Frankreich, Vandervelde aus Belgien, Pablo Iglesias aus Madrid, Treves und Turati aus Spanien, Hermann Greulich von der Schweiz, Adler und Pernerstorfer aus Österreich, Garami aus Ungarn, Sakasoff aus Bulgarien, Rakowski aus Rumänien, Ludwig Czech und Tomaczek aus Prag, Limanowski, Daszinski und Diamand aus Polen; Lenin und Trotzki, die unter uns saßen, aber auch Plechanoff, Martow und Axelrod aus Rußland, Tanner aus Finnland, Kalnin aus Lettland. Ich glaube, mancher ist nicht weniger überrascht gewesen als ich, als wir in diesen Tagen in den Zeitungen lasen, daß der junge japanische Student Katayama, der vor vierzig Jahren seine ersten Briefe an uns richtete in der Zeit, als das japanische Proletariat noch im tiefen Schlummer lag, heute mit der Regierungsbildung von Japan beauftragt worden ist.

Wir sehen auf diesen Bänken unseren Genossen Grumbach, den quecksilbrigen (Beifall und Heiterkeit), unter dessen sprudelnder, uns alle entzückender Redekunst doch so viel Zähigkeit und Geduld liegt, daß er immer wieder dem Werke der französisch-deutschen Verständigung zusammen mit Léon Blum seine Tatkraft lieh, und er das ihm zweimal aus der Hand geschlagene Werk wieder aufnahm, um es zum Erfolg zu führen. Ich sehe Buchinger aus Ungarn, den ich schon 1907 im Gefängnis in Weitzen besuchte, der damals schon ein alter Kampfgefährte war. Ich sehe Reeves von der Labour Party, die heute an der Spitze schreitet, unsere Genossen aus Skandinavien, die in ihrer Person förmlich die Stetigkeit ihrer Politik verkörpern, die Freunde aus Österreich und Italien. Ich kann sie nicht alle aufzählen.

Als nun am Montag hier die Weisen der Internationale erklangen, nicht zögernd und zaghaft, sondern mit Wucht und Inbrunst, da werden auch sie gefühlt haben, die deutschen Sozialdemokraten sind zu keiner Zeit in ihrem Herzen der Internationale untreu geworden. (Starker Beifall.) Auch nicht in den zwölf Jahren der Macht, als wir mit gesenktem Kopf am Abgrund schritten, am Abgrund, in den so viele der unsrigen hineingestoßen wurden, und wo die Freunde von draußen uns nur durch die Lücken eines hohen Zaunes erblickten und die helfende Hand nicht reichen konnten. Nun können wir es wieder laut betonen, daß wir uns zu Euch bekennen und daß wir wieder eine imponierende sozialdemokratische Organisation in unserem Lande aufgebaut haben. (Beifall.) Vor uns her schreitet ein Primus inter pares, von den Narben des Krieges bedeckt, von der Tyrannei der Verfolger gebeugt, aber von hinreißendem Feuergeist, der in schmetternder Rede seinen Ruf an die Mühseligen und Beladenen richtet.

Mit Genugtuung sehen wir, wie jene ersten Sendboten der sozialistischen Arbeiterjugend, die einst in die Geschäftszimmer der Lindenstraße eintraten, gewachsen und gereift, heute die Geschäfte der Partei als Vorstandsmitglieder führen können, bis zu Herta Gotthelf, die das Erbe von Klara Zetkin, Luise Zietz, von Marie Juchacz verwaltet, verwaltet mit jugendlicher Munterkeit. (Beifall.)

Wenn wir das miterleben durften, dann fühlen wir, das Kleinod, das wir bewachten, ist in guter Hand. Wenn einer nach dem anderen von uns den Spaten niederlegt, er weiß und fühlt, dieses Kleinod der Menschenliebe, der gegenseitigen Hilfe, dieses Ideal des Friedens und der Freiheit wird auch in Zukunft in Deutschland behütet sein. Wir danken Euch dafür, und wir richten ein Wort an die Genossen, die heute nicht bei uns sein konnten, weil fremde Macht sie daran hindert hat. Wir sagen ihnen, noch immer gilt das Wort Ferdinand Freiligraths, das in der Vergangenheit galt und in der Zukunft gelten wird:

Auch wenn man Euch mit Kerker und Ketten bedroht: sie töten den Geist nicht, Ihr Brüder! Eines Tages werdet Ihr wieder bei uns sitzen und werdet mit uns einstimmen in den Chor: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

(Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Erich Ollenhauer: Das Wort hat jetzt Genosse Dr. Kurt Schumacher.

Dr. Kurt Schumacher, Hannover (mit starkem Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Der Parteivorstand dankt dem Parteitag für die Wahl. Was ist der Sinn und was ist das Ergebnis des Nürnberger Parteitages? Wir haben gewollt, und, ich glaube, wir haben es wenigstens zum Teil erreicht, die deutsche Sozialdemokratie und das deutsche Volk sind näher an die Welt gekommen. (Beifall.) Wir sind den Genossen aus den anderen Ländern dankbar, daß sie uns dabei so hilfreich zur Seite gestanden haben. (Beifall.) Wir sehen in Ihrer Haltung die Einleitung eines großen notwendigen geschichtlichen Prozesses, daß die Welt beginnt, sich aus den Zwangsvorstellungen, den Psychosen, den geistigen Epidemien, die das Dritte Reich erzeugt hat, zu lösen. (Beifall.) Man kann auf die Dauer erfolgreich keine Politik des bloßen Antis treiben, man muß für eine Politik des Pro sein. (Beifall.) Und ein solches positives Verhältnis zwischen den anderen und uns ist in Nürnberg hergestellt worden. Das ist das erste Ergebnis dieses Parteitages.

Das zweite Ergebnis geht, ökonomisch gesprochen, um die Herstellung einer neuen Kaufkraft, d. h. Lebenskraft des deutschen Volkes auf allen inneren und äußeren Märkten. Mit dieser Kaufkraft steht und fällt nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Gesundung Europas. Und der Sozialismus ist die Form, die zusammen mit der Demokratie und untrennbar verbunden und verflochten mit der Demokratie das Gesicht eines neuen Europa formen muß.

Diese Gesinnung demokratischer Sozialisten ist der Geist der Humanität. In Deutschland hat vor kurzer Zeit die neu erstehende Rechtspartei, der ich durch diese Erwähnung keine besondere Würdigung zuteil werden lassen möchte, erklärt, das Weltbild des Humanismus ist endgültig zerschlagen. (Sehr richtig!) Die große amerikanische Initiative und der Geist der europäischen, der internationalen Sozialisten und der Geist aller Menschen der Welt, die mitdenken und mitfühlen und darum mitleiden, sind ein Zeugnis für die Tatsache, daß der Humanismus die Idee der Zukunft ist. (Lebhafter Beifall.)

Große Ideen werden nicht kampfflos durchgesetzt, und die Diktatoren, die Ausbeuter und alle, die von den Schwächen und Torheiten ihrer Mitmenschen leben, sind in der Anwendung ihrer politischen Kampfmittel gegen eine Partei wie die Sozialdemokratische Partei nicht gerade sehr wählerisch. Das kann uns aber in keinem Stadium der Dinge erschrecken. Wir wissen, es ist der immanente Bestandteil aller Gewaltpolitik, die jede Hemmung und Sicherung ausschaltet, hier darauf zu spekulieren, daß der Gegner, in diesem Falle die deutschen Sozialdemokraten, anständiger sein wird als sie selbst. Wir deutschen Sozialdemokraten und alle internationalen Sozialisten können uns niemals auf das Niveau der Gegner herabbegeben und mit ihren Mitteln kämpfen. Sonst wären wir keine Sozialisten mehr. (Zustimmung.) Aber wir lassen uns nicht täuschen. Wir sehen nicht als ein Florett an, was in Wahrheit eine Mistgabel ist. (Zustimmung, Beifall und Heiterkeit.) Und wir werden in einem Punkt unbarmherzig sein, in der Enthüllung der Methoden, der Qualitäten und der Hintergründe der Politik unserer Feinde. (Zustimmung.)

Nun, wer te Genossinnen und Genossen, haben wir ja eine große Verantwortung in der Mitgestaltung des Charakters unserer Partei. Wir haben auch schon auf diesem Parteitag über die Soziologie der Sozialdemokratischen Partei debattiert, und die Punkte, die erwähnt wurden, waren: Erweiterung der Klassengrenzen, der klassenmäßigen Zugehörigkeit von Industriekreisen mit Intellektuellen, Mittelständlern und Bauern, und der andere Punkt war das Kapitel des Verhältnisses der Generationen zueinander. Aber, Genossinnen und Genossen, ich habe den Eindruck, als ob der Beifall zwar an der richtigen Stelle gekommen ist, aber als ob nicht alle Beifallspender gemerkt haben, welcher Auffassung sie den Beifall gezollt haben. (Zustimmung.) Wir wollen doch die Politik der Partei und den Charakter der Partei, einer Partei mit altem Namen als einer Partei mit neuem Gesicht, aber zum neuen Gesicht Formung und nicht Schminke und Puder. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Darum laßt mich noch auf ein drittes Problem in der Partei zu sprechen kommen. Wir haben die sozialdemokratischen Flüchtlinge aus dem Osten. Wir müssen sie in ihrer Geltung innerhalb der Partei ganz anders anerkennen, als es bisher der Fall gewesen ist. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.)

Ganze Landsmannschaften aus Pommern und Schlesien haben ein sozialdemokratisches Leben schon in anderen Gebieten gehabt, und sie haben es nicht nötig, sich hier von der Pike auf zu bewähren, sie sind schon bewährt. (Lebhafter Beifall.) Am stärksten gilt das von unseren sudetendeutschen Genossen, die in einem anderen Staatswesen mit einer anderen Geschichte unter anderen Voraussetzungen sich bewährt haben. Sie in uns aufzunehmen und am stärksten zum lebendigen Bestandteil der Partei werden zu lassen, das ist die Aufgabe der alteingesessenen Genossinnen und Genossen in diesen westlichen Zonen. (Beifall.)

Ich rede keinem prozentualen Verteilungsschlüssel das Wort, aber das muß sich stärker ausdrücken als bisher in den Positionen und in den Mandaten zu den Parlamenten der Länder. Ich weiß, es war der alte Georg Ledebour, der einmal ironisch gesagt hat: „Wählen und gewählt zu werden, ist das höchste Glück auf Erden.“ (Heiterkeit.) Aber der Wahlaht ist ja nicht ein technischer Vorgang der Demokratie, sondern ein elementarer Ausbruch des Vertrauens. (Sehr gut!) Wenn die Sozialdemokraten und die zur Sozialdemokratie neigenden Massen der Vertriebenen in dieser Partei nicht ihre menschliche, ihre gesellschaftliche, ihre politische Heimat finden, dann ist ein großer Teil unseres Kampfes vergebens. Ihr seid verpflichtet, den Genossinnen und Genossen Vertrauen zu schenken. Wir kämpfen um das Vertrauen der internationalen Sozialisten und um das Vertrauen der Welt. Und was ist Nürnberg? Nürnberg ist eine große Schlacht im Kampf um das Vertrauen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Ich habe nach den Reden unserer beiden Genossen *Paul Löbe* und *Kurt Schumacher* nur noch eine Pflicht zu erfüllen, und zwar eine Pflicht, die uns sicher allen gemeinsam am Herzen liegt, nämlich allen denen, die dazu mitgeholfen haben, daß dieser Parteitag in seiner organisatorischen Durchführung, in der Versorgung seiner Teilnehmer so vorzüglich klappen konnte, den herzlichsten Dank des gesamten Parteitages auszusprechen. (Lebhafter Beifall.) Dieser Dank gilt für die Stadt Nürnberg und alle ihre Dezerenate (Beifall), ohne deren aktive Mithilfe die Organisation dieser Veranstaltung nicht möglich gewesen wäre. Dieser Dank gilt unserer Nürnberger Parteilorganisation (Beifall), unseren Quartiergebern (Beifall), den Genossen, die dazu beigetragen haben, daß wir in diesen Tagen nicht zu hungern brauchten (Beifall), und, ich weiß es aus den Tagen der Vorbereitung, den Hunderten von namenlosen Nürnberger Funktionären, die seit einer Woche kaum eine Nacht normal schlafen konnten, weil der Dienst für diesen Parteitag sie bis zum letzten beanspruchte. (Lebhafter Beifall.) All den Organisationen, den Helfern und Funktionären, die mitgewirkt haben, möge der beste Lohn für ihre Leistung der Gedanke sein, daß ohne ihre Hilfe der erfolgreiche Verlauf dieses Parteitages niemals möglich gewesen wäre. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich möchte auch ein Wort des herzlichsten Dankes an unsere internationalen Gäste sagen. (Starker Beifall.) Vielleicht haben sie nicht voll ermaßen können, was es für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet, daß sie so zahlreich zu unserem Parteitag gekommen sind. Wir danken ihnen dafür, wir danken ihnen vor allen Dingen dafür, daß sie mit einem so lebhaften Interesse unseren Verhandlungen gefolgt sind. Wir hoffen, daß ihre Teilnahme an diesem Parteitag der Beginn der alten freundschaftlichen und engen Beziehungen zwischen allen sozialdemokratischen Parteien und der deutschen Sozialdemokratie sein möge. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Schließlich ein Wort des Dankes an Euch, die als Delegierte an diesem Parteitage teilgenommen haben. Es ist viel an physischer Leistung von Euch verlangt worden. Wenn wir trotzdem dieses umfangreiche Arbeitsprogramm in sachlicher Diskussion und in großer Geschlossenheit jetzt zu Ende

gebracht haben, dann danken wir es der Mitarbeit aller Genossen und Genossinnen, die Delegierte dieses Parteitages waren.

Ich erinnere an eine Bemerkung in meiner Eröffnungsrede, als ich davon sprach, das Ausland soll nicht immer suchen, wo in Deutschland demokratische Kräfte leben. Ich habe auf die deutsche Sozialdemokratie hingewiesen. Abgesehen von unserer organisatorischen und politischen Arbeit, die wir draußen leisten, ist die Art und Weise, wie dieses große Parlament täglich gearbeitet hat, Tage und Nächte, ein glänzender Beweis dafür, daß in dieser Sozialdemokratie die Demokratie nicht nur eine prinzipielle Angelegenheit ist, sondern daß wir in der Lage sind, im demokratischen Geiste frei zu diskutieren und frei zu entscheiden über jedes Problem, das uns gestellt wird. Insofern war, abgesehen von den politischen Beschlüssen dieses Parteitages, die Art der Arbeit dieses Parteitages ein Beweis für die Stärke der demokratischen Kräfte, die in der Partei leben.

Genossen und Genossinnen! Ich möchte nichts den Worten hinzufügen, die *Paul Löbe* und *Kurt Schumacher* über den Sinn und die Bedeutung dieses Parteitages gesagt haben. Wir haben hier alle für unsere Arbeit draußen neues geistiges Rüstzeug gewonnen. Und, Genossen, ich glaube, wir haben auch alle die notwendige innere Kräftigung gewonnen in diesen Tagen, die uns befähigen werden, nicht nur mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, mit denen wir uns in den kommenden Monaten auseinandersetzen müssen, sondern auch die Kraft zu gewinnen, trotz aller Schwierigkeiten auf den Trümmern des Deutschlands von heute die neue demokratische und soziale Ordnung eines sozialistischen Deutschlands zu bauen. Laßt uns hinausgehen an die Arbeit, in den Kampf, laßt uns wirken und werben unter der alten und immer wieder neuen Kampfparole der Sozialdemokratie: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg.“ (Starker Beifall.)

(Es folgt der gemeinsame Gesang „Auf Sozialisten, schließt die Reihen“.)

Der Parteitag ist beendet.

(Schluß der Sitzung 12.35 Uhr.)

Begrüßungsschreiben und Telegramme

Prag: Sozialdemokratische Partei Tschechoslowakei; Pretoria: Georg Dewald; New York: Siegfried Aufhäuser und Frau; Zürich: Sozialdemokratische Partei Schweiz; New York: Reinhold Niebuhr; München: Sozialdemokratische Partei Georgiens; Schleswig: Kreis- und Ortsverein der SPD; New York: Norman Thomas und Harry Fleischmann; Braubach am Rhein: Ortsverein der SPD; La Paz: Gruppe deutscher Sozialdemokraten in Bolivien; New York: Irving Brown, AFOL; Helsingfors: Sozialdemokratische Partei Finnlands; Stockholm: Auslandsvertretung der Sozialdemokraten in Lettland; Ottawa: David Lewis; ferner ging ein Begrüßungsschreiben der Vertreter der „Ukrainischen Sozialistischen Partei aus dem ehemaligen Polen“ ein.

Kundgebungen und Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitages in Nürnberg vom 29. Juni bis 2. Juli 1947

Deutschland und Europa

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zum demokratischen, die Freiheit der Persönlichkeit bejahenden Sozialismus als der Gesellschaftsform des neuen Europa.

Das Dritte Reich hat Europa überfallen und geplündert und schließlich Deutschland in den Abgrund gestoßen. Die Verelendung Deutschlands läßt jetzt Europa verarmen und ist ein Hindernis für die wirtschaftliche Gesundung der Welt.

Die ständig wachsenden Mangel- und Hungerkrisen einer zerbröckelnden Wirtschaft führen in Deutschland zur Zerstörung und Auslöschung der menschlichen Arbeitskraft. Wenn die Arbeit nicht mehr imstande ist, das Leben zu erhalten, verliert sie ihren Sinn. Produktionsmittel dürfen nicht zerstört, sondern müssen erhalten und neu geschaffen werden.

Der Erfolg der großangelegten Hilfsaktion der USA für das zerrissene Europa ist in der Auswirkung von dem Tempo und der Intensität der Hilfe abhängig. Noch vor dem nächsten Winter muß auch das deutsche Volk den Glauben an eine Politik der Hilfeleistung und der Vernunft gewinnen können.

Eine erstarkende und vom Vertrauen der breitesten Schichten getragene Wirtschaft wird die Anziehung ausüben, die über Zonengrenzen hinweg die ökonomische und politische Einheit Deutschlands zu bilden geeignet ist. Enttäuschungen dagegen erzeugen Glaubenslosigkeit und damit die politische Reservearmee, die aus Verzweiflung, Aussichtslosigkeit und Unwissenheit sich für Abenteuer mißbrauchen läßt.

Die SPD sieht ihre Aufgabe darin, den Weg frei zu machen

- für die Konzentrierung der Kräfte auf die Belebung und Stärkung einer geplanten Produktion,
- für Überwindung der unerträglichen Unterschiede in der Lebenshaltung durch die Angleichung der Lebensbedingungen,
- für eine Politik der sozialen Hilfeleistung an die Benachteiligten und Bedürftigen,
- für den gerechten Lastenausgleich, der die Bürden nach der Kraft der Schultern verteilt,
- für den Sozialismus als Träger der Demokratie und des Friedens und die Entmachtung der großkapitalistischen Cliquen.

Die soziale Gerechtigkeit muß das tragende Prinzip des Aufbaues eines neuen Deutschlands in einem neuen Europa sein.

Richtlinien für den Aufbau der Deutschen Republik

A.

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert, daß die Verfassung der Deutschen Republik die Möglichkeit einer künftigen Zugehörigkeit Deutschlands zu einem europäischen Staatenbund berücksichtigt. Die friedliche Entwicklung zu einem europäischen Bunde verlangt eine klare Absage an jede Politik eines nationalen Egoismus, der sich unter Ausnutzung der politischen Machtstellung durch den jeweils Mächtigen auf Kosten des jeweils Schwächeren insbesondere in Annexionen äußert. Annexionen können nicht die Grundlage friedlicher Entwicklungen bilden.

Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts sind bindende Bestandteile des Reichsrechts. Sie sind für den Staat und für den einzelnen Staatsbürger verbindlich.

Die Verfassung soll Bestimmungen enthalten, die es ermöglichen, durch Reichsgesetz Hoheitsrechte im Rahmen internationaler Vereinbarungen an internationale Institutionen zu übertragen.

2. Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich zur politischen und staatsrechtlichen Einheit Deutschlands. Sie lehnt unter Anerkennung stammesmäßiger Besonderheiten jeden offenen oder versteckten Separatismus und Partikularismus ab. Die Verfassungen der Länder dürfen nichts enthalten, was der Reichseinheit entgegensteht. Daher haben die Länderverfassungen einen Vorbehalt aufzunehmen, daß Reichsrecht Länderrecht bricht. Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung müssen diesen Grundsätzen folgen.

3. Die deutsche Sozialdemokratie lehnt die Umwandlung der Deutschen Republik in einen Staatenbund ab, weil ein Staatenbund nach außen die Entwicklung zu einer europäischen Einheit hemmen und nach innen eine unerwünschte Zersplitterung der zur Gesundung und zum Aufbau erforderlichen Kräfte bedeuten würde. Deutschland wäre bei einer Auflösung in selbständige Staaten nicht lebensfähig. Es liegt kein Grund vor, Deutschland auf längst überlebte Zustände zurückzubringen. Die Entwicklung zu größeren staatlichen Einheiten ist nicht nur eine deutsche oder europäische Erscheinung, sondern eine Tatsache, die in der allgemeinen Entwicklung zur Universalität und in der Natur der modernen Technik liegt und darum eine generelle Erscheinung des politischen und wirtschaftlichen Lebens aller Kontinente ist.

4. Die Deutsche Republik wird ein Bundesstaat sein müssen, in dem sowohl die Einheitlichkeit der Regierungsgewalt als auch die damit vereinbarte Eigenständigkeit der Länder im Sinne einer gesunden Dezentralisation gewährleistet ist.

B.

1. Die Reichsgewalt geht von dem ganzen deutschen Volk aus, das seinen Willen durch den Reichstag, gebildet auf Grund eines allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und gehehmen Wahlrechts aller wahlberechtigten Männer und Frauen, kundgibt.

Die Verfassung der Deutschen Republik ist von einer nach den gleichen Grundsätzen zu wählenden Nationalversammlung zu beschließen.

2. Neben dem Reichstag besteht der Reichsrat. Seine Mitglieder werden von den Landtagen gewählt. Sie können nicht zugleich Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages sein. Der Reichsrat ist an der Gesetzgebung und an der Aufstellung des Reichshaushaltes zu beteiligen. Ihm steht gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ein Einspruchsrecht zu. Der Einspruch hat lediglich aufschiebende Wirkung. Zur erneuten Beschlußfassung des Reichstages bedarf es keiner qualifizierten Mehrheit. Die Bildung weiterer, insbesondere ständischer Organe oder Einrichtungen, wie der frühere Reichswirtschaftsrat, die an der gesetzgebenden Gewalt des Reiches zu beteiligen wären, wird abgelehnt, da sie in keinem Falle geeignet sind, das Gesamtinteresse des Volkes zu vertreten.

3. An der Spitze der Deutschen Republik steht ein Präsident, dessen Amtszeit mindestens zwischen der einfachen und doppelten Legislaturperiode des Reichstages liegen soll.

4. Die vollziehende Gewalt liegt bei der Reichsregierung. Diese bedarf des Vertrauens des Reichstages. Ein Mißtrauensvotum führt nur dann zu dem Rücktritt der Regierung, wenn binnen einer bestimmten Frist eine neue Regierung gebildet wird.

5. Die Verfassung darf keine Bestimmung über ein Notstandsrecht enthalten, die dem Parlament gestattet, sich der politischen Verantwortung zu entziehen.

6. Für die Deutsche Republik ist ein Staatsgerichtshof einzurichten, der für Verfassungsstreitigkeiten und Ministeranklagen ausschließlich zuständig ist.

C.

Die Verfassung hat die Grundrechte und Grundpflichten eines jeden Deutschen zu enthalten. Die unveränderlichen Ideen der Menschenwürde, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Achtung vor der religiösen und der politischen Überzeugung des anderen, aber auch der Verpflichtung des einzelnen gegenüber der in einem Staat zusammengefaßten Lebensgemeinschaft müssen ein wesentlicher Bestandteil des staatlichen Lebens und der Verfassung sein.

2. Der Mensch ist berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in der Freiheit und in der Erfüllung des Sittengesetzes zu seinem und der anderen Wohle zu entfalten. Es ist die Aufgabe des Staates, dem Menschen hierbei zu dienen.

3. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Er ist daher in der Verfassung zu ächten.

D.

1. Gesetzgebende Gewalt

a) Die Bestimmung der Zuständigkeiten wird reichsrechtlich geregelt. Die Finanz- und Steuerhoheit, die Regelung des Finanz- und Lastenausgleiches ist Sache der Reichsgewalt. Die einheitliche Finanzpolitik ist notwendig, weil sie ein wesentliches Mittel zur Lenkung der Wirtschaft ist und weil der Neuaufbau eine gerechte Lastenverteilung verlangt. Innerhalb dieser Grenzen bleibt den Ländern und Selbstverwaltungskörperschaften das Recht, die ihnen überlassenen Einnahmequellen heranzuziehen.

b) Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, liegt ausschließlich bei dem Reichstag oder bei der Reichsregierung. Die Gesetze werden vom Reichstag beschlossen. Ein Volksentscheid ist nur für bestimmte, in der Verfassung festzulegende Fälle unter Wahrung bestimmter Verfahrensvorschriften möglich.

2. Vollziehende Gewalt

a) Regierung; Regierungsfunktionen mit Hohheitscharakter sind ausschließlich Sache der Reichsgewalt.

b) Verwaltung: Reichselgene Sonderverwaltungen sind nur ausnahmsweise zulässig. Die Verwaltung wird in der Regel auf den Gebieten, die der Reichsgewalt zustehen, in deren Auftrag von den Ländern ausgeübt. Der Auftrag kann sich auch auf die organisatorischen Formen der Durchführung erstrecken (dezentralisierte Verwaltung).

3. Richterliche Gewalt

Die Einheit des Rechts in Deutschland wird nur durch eine Einheit der Rechtsprechung gesichert. Diese kann nur durch Reichsgerichte gewährleistet werden.

E.

Aufbau der Länder

Die augenblicklichen Ländergrenzen können nur als vorläufige angesehen werden. Die endgültige Festlegung wird erst dann möglich sein, wenn die deutschen Grenzen feststehen und die Zonengrenzen nicht mehr als politische Trennungslinien wirken.

Die Aufgliederung der Deutschen Republik soll einen sinnvollen Ausgleich der Länder untereinander herbeiführen und die Hegemonie eines einzelnen Landes ausschließen. Die Länder sollen Gebiete umfassen, die kulturell, wirtschaftlich und verkehrstechnisch möglichst eine geschlossene Einheit bilden. Sie müssen genügend groß sein, um eine eigene innere Tragfähigkeit zu besitzen und um den ersten Ausgleich in sich selbst vollziehen zu können. Damit wird zugleich ein einfacher und übersichtlicher Verwaltungsaufbau ermöglicht und eine lebendige Anteilnahme der Bevölkerung auf allen Stufen der Verwaltung gewährleistet. Gebiete einseitiger Struktur oder Gebiete, denen wesentliche Lebensgrundlagen fehlen, eignen sich nicht zur Zusammenfassung, da sie in jeder Krise die nächsthöhere Instanz zur Hilfe heranziehen müssen.

F.

Die Landesgewalt

Der Landtag geht aus allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen aller wahlberechtigten Männer und Frauen hervor.

Für die Länder sind zweite Kammern abzulehnen.

Die Länder bedürfen keines besonderen Staatspräsidenten.

G.

Aufbau der Landesverwaltung

Der Aufbau der Verwaltung in den Ländern ist Landesangelegenheit. Durch reichsgesetzliche Richtlinien kann gewährleistet werden, daß die den Ländern übertragenen Auftragsangelegenheiten gleichmäßig und ohne Reibungen durchgeführt werden.

Erfüllt ein Land die ihm nach Reichsrecht obliegenden Pflichten nicht, so wird es zur Erfüllung des rechtmäßigen Zustandes angehalten.

H.

Die gemeindliche Selbstverwaltung

Die Gemeinden haben in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung alle öffentlichen Aufgaben wahrzunehmen, soweit diese nicht nach gesetzlichen Vorschriften anderen Stellen ausdrücklich zugewiesen sind (Universalitätsprinzip).

Die Sozialdemokratie fordert daher eine Erweiterung des Wirkungsbereiches der gemeindlichen Selbstverwaltung. Die Größe der Gebietskörperschaften hat dem erweiterten Aufgabenkreis Rechnung zu tragen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Die Auswirkungen der Mißwirtschaft der Nazis und ihres Krieges, die beide in Wahrheit nur die Fortsetzung monopolkapitalistischer Politik mit anderen Mitteln waren, spitzen sich immer mehr zum Kampf um Leben und Sterben der breiten Massen des deutschen Volkes zu. Zwar versuchen auch heute noch Millionen Deutscher durch ehrliche produktive Arbeit das zu erzeugen, was mit einem durch den Krieg zerstörten, durch Zonengrenzen und Demontagen desorganisierten Produktionsapparat von halbverhungerten Menschen erzeugt werden kann. Aber ihre auf Aufbau gerichteten Anstrengungen sind den Kräften unterlegen, die in Deutschland auch heute noch eine Politik der Ausbeutung und der Profitmacherei treiben

wollen. Diese innerdeutschen reaktionären Kräfte suchen und finden Unterstützung und Ergänzung durch von außen kommende Faktoren, die teils die deutschen Verhältnisse nicht genug kennen, um ihre Macht und Verantwortlichkeit positiv einzusetzen zu können, teils die Zusammenhänge des deutschen Problems mit den wohlverstandenen Interessen ihrer eigenen Völker nicht sehen und respektieren.

Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es, den Deutschen, die guten Willens sind, gegen die Widerstände von innen und außen die Voraussetzungen dafür zu erkämpfen, daß ihre Arbeit und ihre Opfer sinnvoll werden.

An den Anfang jeder Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Problemen muß der Appell an das Verständnis der Welt gestellt werden. Das deutsche Volk kann aus eigener Kraft ohne die Hilfe der Siegermächte und aller anderen an der Weltwirtschaft beteiligten Nationen seine Volkswirtschaft und damit sein nationales Leben nicht wieder aufbauen. Es würde aber dem Lebens- und Leistungswillen der Deutschen widersprechen, wenn diese Hilfe nur in Form von Almosen gewährt würde, die gerade ausreichen, um nicht alle Deutschen verhungern zu lassen. Vielmehr muß die materielle Hilfe in einer Form und in einem Umfang, aber auch in einem Tempo geleistet werden, daß sie zur Initialzündung wird, die die deutsche Friedensproduktion so in Gang setzt, daß sie den Bedürfnissen der Deutschen und ihrer wirtschaftlichen Nachbarn gerecht werden kann. Im Europaplan der Vereinigten Staaten von Amerika muß auch Deutschland als ein vollwertiger Faktor und nicht nur als Objekt eingeschaltet werden. Sicherung der Ernährung, großzügige Kapital- und Rohstoffkredite, Holz- und Kohlenmoratorium, Einstellung von Demontagen von Anlagen der Friedensproduktion, Exportmöglichkeiten für deutsche Qualitätserzeugnisse sind die Mittel dazu.

Ein neuer Ordnungsrahmen auf sozialistischer Grundlage muß für die deutsche Volkswirtschaft geschaffen werden. In ihm sollen die zu sozialisierenden Grundstoffindustrien und die staatlich kontrollierten Finanzinstitute ein wichtiges Element sein. Sozialisierung und Kontrolle dieser Teile der Wirtschaft sind durch die Entwicklung aus einer vorausschauenden Förderung der Sozialisten zu der aktuellen deutschen Lebensfrage geworden. Ohne ihre konsequente Lösung können die sozialen Spannungen, die insbesondere durch die Kriegsfolgen auf die Spitze getrieben wurden, nicht befriedigend gelöst werden. Eine solche Lösung ist aber gleichzeitig die Voraussetzung dafür, daß in einer geplanten und gelenkten Wirtschaft neben den sozialisierten Industrien und Betrieben der freie Unternehmer auch in Zukunft wichtige marktwirtschaftliche Funktionen erfüllen kann.

Die Planung, die der Volkswirtschaft Ziel und Wege weist, ist wegen ihrer Bedeutung für alle Deutschen unter die Kontrolle einer zentralen parlamentarischen Körperschaft zu stellen, um den Einfluß privater und partikularistischer Interessenten auszuschalten. Zentrale Planung schließt bei der praktischen Gestaltung der Wirtschaft die Grundsätze einer organischen Zentralisation nicht aus. Ebenso wie nach den klaren Vorstellungen der Sozialdemokratie Sozialisierung nicht Staatswirtschaft oder Bürokratisierung bedeutet, soll auch die Verwaltung der Wirtschaft auf das notwendige Maß beschränkt werden. Freier Raum für die Entfaltung der Initiative aller an der Wirtschaft beteiligten Menschen muß gesichert sein. Echte Wirtschaftsdemokratie ist die Voraussetzung dafür, daß die arbeitenden Menschen zu den Anstrengungen bereit sind, die allein imstande sind, den sich jetzt vollziehenden Auflösungsprozeß aufzuhalten.

Erste Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik ist heute die Sicherung des Lebens gegen Hunger und Kälte. Auf die Versorgung der Bevölkerung mit den dringendsten Gegenständen des täglichen Bedarfs müssen die verbliebenen und neu zu erschließenden Produktionsmöglichkeiten konzentriert werden. Angesichts der beispiellosen Not, welche die wirtschaftlich Schwachen, die zugleich die wichtigsten Träger der nationalen Arbeitskraft sind, bedroht, muß diese Konzentration ohne Rücksicht auf privatwirtschaftliche Spekulationen erfolgen.

Wenn so alle Kräfte auf die eine Aufgabe konzentriert werden, die gegenwärtigen chaotischen Zustände zu überwinden, muß vor allem dafür Sorge getragen werden, daß niemand von dem Erfolg dieser Anstrengungen mehr profitieren darf,

als er zu ihm beigetragen hat. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit muß zum tragenden Prinzip der neuen Wirtschaftsordnung werden. Es muß sich zuerst auswirken in gerechten Löhnen, in einem gerechten Anteil an den Erträgen der Volkswirtschaft. Soziale Gerechtigkeit muß ebenso die Grundlage für die Verteilung aller Lasten sein, die Krieg und Nazismus dem deutschen Volke aufgebürdet haben. Diese Forderung erhebt die Sozialdemokratie insbesondere im Zusammenhang mit der Währungsreform.

Im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Überlegungen steht für den Sozialdemokraten der Mensch. Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist und bleibt es, den arbeitenden Menschen aus wirtschaftlicher Abhängigkeit und Ausbeutung zu befreien. Die neue Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sie dient nicht den Interessen einzelner. In ihr erst wird die Arbeit für das ganze Volk, aber auch für jeden Arbeitenden persönlich sinnvoll sein.

Sozialdemokratische Agrarpolitik

Die Sozialdemokratie bekennt sich zu einer aktiven Agrarpolitik, die aus der deutschen Landwirtschaft ein gesundes und gleichberechtigtes Glied der deutschen Volkswirtschaft werden läßt. Der politische Mißbrauch, den die reaktionären Kräfte mit der ländlichen Bevölkerung getrieben haben, hat der Landwirtschaft so schwere wirtschaftliche Schäden zugefügt, daß sie heute nicht imstande ist, ihren vollen Beitrag zur Erhaltung des deutschen Volkes zu leisten, und daß sie morgen in der Gefahr schwebt, unterzugehen, wenn sie — ohne die der Volkswirtschaft und der Volksernährung schädlichen Schutzzölle — mit der Weltagrarswirtschaft konkurrieren muß.

Als Partei aller arbeitenden Menschen fühlt sich die Sozialdemokratie auch für die Deutschen verantwortlich, die den Boden bebauen und so mit ihrer Arbeit dem Volk Brot geben. Sie bestreitet den Parteien, die heute in einem neuen Gewande die Politik der früheren Deutschnationalen und anderer Reaktionäre fortsetzen, den Anspruch, im Namen aller Bauern zu sprechen. Das wachsende Vertrauen der bäuerlichen Bevölkerung zur Sozialdemokratie, das sich in den letzten Wahlen in hunderten Tausenden Wählerstimmen aus ländlichen Wahlkreisen ausgedrückt hat, gibt der Sozialdemokratie dazu das Recht.

Die SPD tritt dafür ein, daß die Landarbeit, das ist die Arbeit der Bauern und der Landarbeiter, entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung gerecht entlohnt wird und daß sie unter Verhältnissen geleistet werden kann, die eines freien demokratischen Volkes würdig sind. Erste Voraussetzung dafür ist, daß der Boden dem gehört, der ihn bebaut. Deshalb fordert die Sozialdemokratie eine gründliche Bodenreform und lehnt alle Maßnahmen ab, die nicht zu diesem Ziele führen. Sie wird den Kampf darum auch dann fortsetzen, wenn die Besatzungsmächte jetzt solche Schein-Bodenreformen durchführen. Sie tut das in der Überzeugung, daß nur durch eine konsequente und schnelle Aktion soziale Gerechtigkeit auch auf dem Lande hergestellt werden kann, daß nur so den Vertriebenen wirksam geholfen und zugleich die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft gesteigert werden kann. Im einzelnen beharrt die Sozialdemokratische Partei auf den Forderungen ihres „Gesetzentwurfes für die Bodenbesitzreform“, in dem die oberste Grenze für Grundbesitz in einer Hand auf 100 Hektar festgelegt ist.

Die Sozialdemokratie will mit ihrer Agrarpolitik die Voraussetzung für eine Leistungssteigerung der Landwirtschaft durch Neuorientierung der Produktion schaffen, weil erst durch einen möglichst hohen Beitrag zur Ernährung des Volkes vom eigenen Boden alle industriellen Anstrengungen, insbesondere aber der industrielle Export, sinnvoll werden. Nachdem so lange die deutsche Landwirtschaft von den Großagrarern mit ihren besonderen Interessen beherrscht worden ist, soll die neue deutsche Landwirtschaft eine Bauernlandwirtschaft sein. Die Sozialdemokratie wird alle Maßnahmen unterstützen, die dazu dienen können, der Land-

wirtschaft die Erfüllung ihrer Aufgabe im Rahmen der Planwirtschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck fordert sie besonders nachdrücklich eine Reform der immer noch von reaktionären Kräften beeinflussten landwirtschaftlichen Verwaltung an Haupt und Gliedern und ihre Unterstellung unter parlamentarische Kontrolle bis in die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung.

Die SPD begrüßt die Schaffung demokratischer bäuerlicher Berufsorganisationen, denen die Gewerkschaft der Landarbeiter gleichberechtigt an die Seite treten muß. Jeden Versuch aber, den Reichslandbund als ein Instrument der politischen Beherrschung der Bauern und Landarbeiter wieder aufleben zu lassen, wird sie mit allen Mitteln bekämpfen.

Die neue deutsche Volkswirtschaft ist ohne eine gesunde Landwirtschaft nicht denkbar. Aber auch die Erneuerung des politischen und geistigen Lebens unseres Volkes ist nur möglich, wenn die gesunden Elemente bäuerlicher Lebenshaltung wirksam werden können. Zu diesem Zweck muß der Bauer, der seinen Acker selbst bestellt, auch wirtschaftlich gesund sein, muß der Bauer, der Haus und Hof infolge des Nazikrieges verloren hat, wieder eine neue Heimat haben, muß auch der Landarbeiter eine gesicherte Existenz finden, die von jedem Überrest der Leibeigenschaft befreit ist. Diesen Zielen dient die sozialdemokratische Agrarpolitik; gemeinsam mit den Bauern wird sie gegen die alte und neue Reaktion durchgesetzt werden.

Ausarbeitung eines sozialpolitischen Programms der SPD

1. Der Entwurf eines sozialpolitischen Programms wird den Bezirken und insbesondere ihren sozialpolitischen Ausschüssen zur Stellungnahme überwiesen.
2. Der Parteitag beauftragt den sozialpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes, auf Grund der Stellungnahme der Bezirke eine endgültige Fassung des Sozialprogramms auszuarbeiten.

Sozialdemokratische Flüchtlingspolitik

Im Einklang mit den humanitären Traditionen und in der Erkenntnis, daß die Frage der Vertriebenen in Deutschland eine entscheidende deutsche Schicksalsfrage ist, hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Sache der Vertriebenen zu ihrer eigenen gemacht.

Die Frage der Vertriebenen ist das vordringlichste deutsche Notstandsproblem. Das Beginnen um seine Lösung ist deshalb ein entscheidender Ausgangspunkt für die Lösung der deutschen Nachkriegsprobleme. Hier ist der Lastenausgleich und damit die Frage einer grundsätzlichen und gerechten Neuverteilung des aus dem Krieg übriggebliebenen Besitzes zugrunde zu legen. Das ist nur möglich auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus.

Die Vertriebenen sind keine Objekte allgemeiner Fürsorge, sie sind vielmehr Subjekte im Aufbau der notwendigen Neuordnung der Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland. Die Vertriebenen müssen als unbedingt gleichberechtigte Glieder in die neu zu errichtende deutsche Gemeinschaft auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Erwerbs- und Wirtschaftslebens bei gerechter Hinzuziehung und Belastung aller Beteiligten planvoll eingegliedert werden.

Als Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Grundsätze ist deren gesetzliche Festlegung für alle deutschen Länder und die Errichtung eines zentralen Flüchtlingsamtes erforderlich.

Ferner ist innerhalb der Parteiorganisation notwendig die ehrliche und überzeugte Mitarbeit aller Genossen, insbesondere der Funktionäre und der Genossen in öffentlichen Ämtern, bei maßgebender Einschaltung der bewährten und befähigten Genossen aus den Kreisen der Flüchtlinge.

Der Parteivorstand wird beauftragt:

1. einen Ausschuß mit der Vorbereitung für die gesetzliche Festlegung der Grundsätze für die Lösung des Flüchtlingsproblems alsbald zu berufen.
2. die notwendigen Schritte für die baldige Schaffung eines zentralen Flüchtlingsamtes zu unternehmen.

Die Bezirke werden beauftragt, unverzüglich bis auf weiteres hauptamtliche Referenten zur Bearbeitung von Flüchtlingsfragen einzusetzen, welche ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingssekretariat beim Parteivorstand durchzuführen haben.

Die Vertriebenen sind zusammen mit den unzähligen Opfern des Krieges, den Ausgebombten, Kriegsversehrten, Witwen und Waisen, und den Opfern des Faschismus eine neue Klasse der Besitzlosen. Sie sind die lebendigen Zeugen der verbrecherischen Politik des Dritten Reiches und des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ruft die Vertriebenen auf, gemeinsam mit der Sozialdemokratie mitzuwirken am Aufbau eines neuen, demokratischen und sozialistischen Deutschlands, welches allein auch den Vertriebenen eine neue Existenz, persönliche Sicherheit und Freiheit zu geben vermag.

Organisationsfreiheit für die SPD in allen Zonen

Eine Vertretung aller Deutschen, die sich durch Naziverbrechen nicht selbst von den Rechten des Volkes ausgeschlossen haben, muß sich auf das Mandat dieser deutschen Staatsbürger selbst stützen.

Der demokratisch erkennbare Wille der Völker wird in allen demokratischen Staaten der Welt durch Wahlen für politische Parteien gebildet. Es müssen daher auch in Deutschland in allen Zonen freie Wahlen unter gleichen Voraussetzungen durchgeführt werden.

In der Ostzone Deutschlands steht die SPD jedoch immer noch unter Verbot! Hunderttausende ihrer ehemaligen Mitglieder und Wähler wurden, um überhaupt ihr Wahlrecht ausüben zu können, durch das Verbot der SPD gezwungen, ihre Stimmen anderen Parteien zu geben.

Eine echte Willensbildung des Volkes, auf die sich eine gesamtdeutsche Vertretung stützen muß, setzt daher auch eine freie, von allen Besatzungsmächten und innerpolitischen Machteinflüssen unabhängige und selbständige Sozialdemokratische Partei Deutschlands voraus.

Eine bloße „Zulassung“ der SPD in diesem Teile Deutschlands kann diesen Zweck nicht erfüllen. Es müssen vielmehr Garantien aller Kontrollmächte dafür geschaffen werden, daß sich die Bildung der SPD unter den gleichen Bedingungen und Freiheiten vollziehen kann, wie sie in der amerikanischen und britischen Zone für alle zugelassenen Parteien bestehen.

Die Sozialdemokratische Partei kann für alle Zonen nur als einheitliche Reichspartei im Rahmen Gesamtdeutschlands leben und ihre demokratische Wirkung zeigen.

Nur dann, wenn ihr hierzu die Möglichkeit gegeben und garantiert wird, und erst, nachdem sie sich unter Sicherung dieser Voraussetzungen konstituiert hat, ist die Bildung einer gesamtdeutschen politischen Vertretung möglich, die das Recht hat, im Namen Deutschlands zu sprechen.

Begründung:

Die Organisation der Sozialdemokratischen Partei darf keiner Bevormundung durch die Besatzungsmacht unterliegen. In allen Zonen müssen dieselben Freiheiten garantiert sein wie in der amerikanischen und britischen Besatzungszone.

Wer Mitglied ist, bestimmen die Sozialdemokraten, die sich lokal und anschließend daran bezirklich zusammenfinden. Sie allein entscheiden, mit wem sie zusammenarbeiten wollen. Nur sie allein können die lokale und bezirkliche Leitung auf demokratischem Wege wählen.

Innerhalb der Organisation muß — wie in den Westzonen auch — völlige Parteidemokratie herrschen. Es kann keine Unterschiede der Methoden zwischen dem sozialdemokratischen Partelleben im Osten und im Westen Deutschlands geben.

Bei der Bildung sozialdemokratischer Organisationen und ihrer Vorstände hat

absolute Freizügigkeit zwischen allen Zonen zu herrschen. Auch aus anderen Zonen als der östlichen Besatzungszone hereinkommende sozialdemokratische Mitglieder können sich an Mitgliedschaft und Leitung beteiligen.

Die Sozialdemokratische Partei muß in jeder Form der Bildung und Werbung frei sein. Ihr Versammlungswesen darf politischer oder bürokratischer Bevormundung durch die Besatzungsmacht oder ihr nahestehende Kreise nicht unterliegen. Ihr ist in gleicher Weise wie etwa der SED der Rundfunk zur Verfügung zu stellen.

Die Sozialdemokratische Partei in der Ostzone verlangt die ihrer sich bald erweisenden Stärke entsprechende Unterstützung in ihrer Werbung. Vor allem auch in der Stellung von Automobilen, Benzin usw.

Die Sozialdemokratische Partei hat für Zwecke ihrer Werbung die entsprechende Zuteilung von Papier und anderen Hilfsmitteln zu beanspruchen.

Der Sozialdemokratie steht eine eigene freie Presse zu, auf deren redaktionelle und geschäftliche Besetzung nur die Mitgliedschaft der Sozialdemokratie einen Einfluß hat.

In der Agitation können in der Ostzone auch Angehörige der Sozialdemokratischen Partei aus allen anderen Zonen sich ungehindert bewegen. Es sind ihnen keinerlei Schwierigkeiten bürokratischer Art in Form von Schikanen und Verhören zu bereiten.

Nur in dem Fall der Zulassung und sicheren Garantie für die völlig freie Entfaltung der Sozialdemokratischen Partei in der Ostzone hält die Sozialdemokratische Partei die Existenz der SED in den Westzonen für berechtigt.

Das Verbot einer demokratischen politischen Partei ist mit den Grundsätzen der Demokratie unvereinbar. Wer es billigt oder verteidigt, hat keinen Anspruch auf Demokratie und kennzeichnet sich dadurch als Anhänger der Diktatur. In der freien Sozialdemokratischen Partei ist für ihn kein Platz.

Demokratisierung der Verwaltung

Durch das hitlerische System der Parteibuchbeamten wurde die Verwaltung zu einem volksfeindlichen Instrument der Diktatur gemacht.

In einem demokratischen Rechtsstaat ist die Verwaltung jedoch das Vollzugsorgan des Volkswillens, der seinen Ausdruck findet in freien Wahlen zu den Parlamenten und den von diesen gegebenen Gesetzen.

Die Verwaltung kann dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn nicht nur in ihrer Spitze, sondern auch in allen ihren Teilen und Funktionen einwandfreie demokratische Männer und Frauen wirken, die in ihrer eigenen Person vom Geiste echter Demokratie durchdrungen und bereit sind, diesen Geist auch in die Bevölkerung hineinzutragen, um so das Band zwischen dem Volke und seinen ihm durch die Diktatur entfremdeten Vollzugsorganen wieder fester und enger zu knüpfen.

Die Sozialdemokratie vertritt daher nach wie vor das demokratische Recht aller Staatsbürger, auch wenn sie Staatsbedienstete sind, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren und in Schrift und Rede frei und gleichberechtigt mit den anderen Staatsbürgern am Neubau des Gemeinwesens auch öffentlich mitzuwirken.

Der Reichsparteitag ist sich darin einig, daß bei der Besetzung von Funktionärstellen in der Verwaltung jegliche Begünstigung aus lediglich parteipolitischen Zugehörigkeiten abzulehnen ist. Er ist aber ebenso einig darin, daß bei gleicher fachlicher Eignung den erwiesenen Gegnern der Hitlerdiktatur und auch denjenigen Personen, die sich von ihr ferngehalten haben, vor den ehemaligen Mitgliedern der Naziorganisationen bei der Verwendung in der Verwaltung der Vorzug zu geben ist.

Der Reichsparteitag beauftragt daher die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierungen und die sozialdemokratischen Fraktionen der Länder, Kreis-, Stadt- und Gemeinde-Parlamente, nichts unversucht zu lassen, um zu verhindern, daß ehemalige Angehörige von Nazi-Organisationen durch Einräumung eines Rechtsanspruches auf Wiedereinstellung in die Verwaltung begünstigt werden und dadurch

fachlich geeignete Nichtmitglieder der ehemaligen Nazi-Organisationen aus der Verwaltung wieder entfernt werden oder neuen fachlich geeigneten und demokratisch zuverlässigen Kräften die Mitarbeit in der Verwaltung versperrt wird.

Der Reichsparteitag verpflichtet alle Sozialdemokraten in der Verwaltung zu vorbildlicher Arbeitsleistung, absoluter Unbestechlichkeit und beispielhaftem Verhalten im Umgang mit der Bevölkerung. Auch nach ihrer Berufung bleiben sie hierfür der Partei verantwortlich.

Mit der gleichen Treue, in der sie im Geiste der Demokratie in der Verwaltung dienen, wird die Partei sie gegen alle Verleumdungen und unbewiesenen Verdächtigungen schützen.

Hilfe für Opfer des Faschismus

Die Opfer des Faschismus, die in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern wegen ihrer tapferen, antinazistischen Einstellung fürchterbare Leiden erdulden mußten, können versichert sein, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Opferbereitschaft und Standhaftigkeit stärkstens anerkennen wird.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um den Opfern des Faschismus eine wirkliche Rehabilitation und wirtschaftliche Hilfe zu gewährleisten. Die geplante Entziehung der bis jetzt gewährten zusätzlichen Nahrungsmittel wird abgelehnt. Sie ist in geeigneter Form unmöglich zu machen. Die gesundheitlich sehr geschädigten Opfer des Faschismus haben ein Recht, durch zusätzliche Nahrungsmittel unterstützt zu werden.

Vertreter der SPD sollen bei jeder Gelegenheit, besonders bei Formulierungen und Verhandlungen über Wiedergutmachungsgesetze, darauf hinwirken, daß Opfer des Nazismus, die durch ihre Inhaftierung nicht in der Lage waren, ihre Anwartschaften auf Leistungen aus der Sozialversicherung in alter Höhe aufrechtzuerhalten, bei der Bemessung von Renten bei Erreichung der Altersgrenze oder im Falle der Invalidität so eingestuft werden, daß die zur Auszahlung gelangenden Beträge die Höhe erreichen, die bei fortgeführter Beitragsleistung zu beanspruchen wäre.

Gebt die Kriegsgefangenen frei

Der Parteivorstand wird beauftragt, alles zu tun, um die sofortige Entlassung aller Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Verschleppten zu veranlassen. Eine Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ist ohne Lösung der Kriegsgefangenenfrage undenkbar.

Sympathiekundgebung für die Opfer des Bergwerkunglücks auf der Zeche Minister Achenbach

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Nürnberg hört mit Entsetzen die Nachricht von dem Grubenunglück auf der Zeche Minister Achenbach in Lünen-Brambauer. Der Parteitag bangt um das Leben der noch eingeschlossenen Bergarbeiter und hofft, daß es den Rettungsmannschaften gelingen wird, ihr schweres, unter eigener Lebensgefahr bereits begonnenes Werk mit vollem Erfolg zu Ende zu führen. Den schwerverletzten Bergarbeitern wünscht der Parteitag eine baldige Genesung. Der gesamten Belegschaft und den von dem Unglück betroffenen Opfern der Arbeit und ihren Familien versichern die Delegierten des Parteitages ihre volle Anteilnahme.

Die Delegierten betrachten die Schaffung eines Höchstmaßes an Grubensicherheit, die im Dritten Reich durch verantwortungslosen Raubbau stark zerstört wurde, als eine der wichtigen Aufgaben der Sozialdemokratie.

Antikriegstag der SPD

In allen Ortsvereinen der SPD wird jährlich am ersten Sonntag des Monats September ein Antikriegstag veranstaltet.

Die Veranstaltung soll feierlichen Charakter und den Zweck haben, im deutschen Volke einen echten Geist der Völkerverständigung zu erwecken und zu pflegen.

Einführung einer Weltverkehrssprache

Der Parteitag empfiehlt, die Einführung der neutralen Weltverkehrssprache Esperanto in den Kreisen der Arbeiterschaft weitgehendst zu fördern und zu unterstützen sowie die praktische Anwendung für die internationale Korrespondenz mit den ausländischen Arbeiterorganisationen und die Verwendung bei internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongressen immer weiter auszubauen.

Partei und Gewerkschaften

Der Parteitag wird ersucht, eine Studienkommission einzusetzen mit der Aufgabe, die grundsätzliche und praktische Stellung der Partei zu den Gewerkschaften zu klären.

Aufnahme des Landesverbandes Berlin

Der Parteitag beschließt die Aufnahme des Landesverbandes Groß-Berlin der SPD als Bezirksorganisation Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Verjüngung und Erweiterung des Funktionärkörpers der Partei

Der Parteitag beschließt, daß der Aufbau des Funktionärkörpers auf allen Gebieten auf breiter Grundlage vorgenommen wird.

Die Vereinigung zu vieler Funktionen in einer Hand führt dazu, daß die gestellten Aufgaben nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit und Energie bearbeitet und durchgeführt werden. Den jungen Genossen ist unter allen Umständen genügende Beteiligung zu sichern, damit sie in die zukünftigen Aufgaben hineinwachsen können. Niemandem sollen mehr Funktionen übertragen werden, als er sachlich und persönlich zu bewältigen imstande ist. Persönlicher Ehrgeiz muß unter allen Umständen ausgeschaltet werden. Nur ein Funktionärkörper auf breiter Grundlage bietet die Gewähr dafür, daß unsere Idee am nachhaltigsten in die Massen des Volkes hineingetragen wird.

Vertretung der weiblichen Mitglieder im Partelausschuß

Der § 22 des Organisationsstatuts wird wie folgt geändert:

Nach dem Satz: „Sind im Bezirk mehr als 5000 weibliche Mitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen“, wird eingefügt:

„Bezirke, die die Zahl von 5000 weiblichen Mitgliedern nicht erreichen, können ebenfalls ein weibliches Mitglied in den Partelausschuß wählen, wenn der Anteil der weiblichen Mitglieder den Reichsdurchschnitt erreicht oder überschreitet. Für die Feststellung dieses Anspruchs werden jeweils die Mitgliederzahlen am Schluß des letzten Geschäftsjahres zugrunde gelegt.“

Neue Ausschlußbestimmungen

Der § 26 des Organisationsstatuts der Partei wird wie folgt geändert:

I. Aus der Partei ausgeschlossen wird:

- a) wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat;
- b) wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt;
- c) wer einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm begangen hat;
- d) wer durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Parteitage oder der Parteiorganisation das Parteiinteresse schädigt.

II. In außerordentlichen Fällen, in denen durch schnelles Eingreifen eine nicht abzuwehrende schwere Schädigung der Partei verhindert werden muß, kann der zuständige Kreisvereinsvorstand den Ausschluß beim Bezirksvorstand stellen mit der Maßgabe, daß sämtliche Rechte und Funktionen des Auszuschließenden sofort ruhen.

III. Über Ausschlußanträge, die die Absätze 1 a und 1 b betreffen, entscheidet der Kreisvereinsvorstand.

In diesen Fällen wird der Beschluß sofort wirksam.

IV. Der Ausschlußantrag darf nur von einem Ortsverein bzw. in größeren Orten von einer seiner Unterorganisationen gestellt werden. Außerdem hat jede Organisation innerhalb der Partei das Recht, einen Ausschlußantrag auch gegen solche Mitglieder zu stellen, die einem anderen Bezirk angehören. Solche Ausschlußanträge müssen bei dem Bezirk gestellt werden, dem die antragstellende Organisation angehört.

V. Als erste Instanz der Fälle 1 c und 1 d entscheidet über den Ausschlußantrag ein Schiedsgericht des Kreisvereins, das aus fünf Personen besteht. Der für den Angeschuldigten zuständige Kreisvereinsvorstand ernennt den Vorsitzenden, die antragstellende Organisation und der Angeschuldigte benennen schriftlich je zwei Beisitzer. Die Beisitzer müssen Mitglieder des betreffenden Kreisvereins sein, dem der Angeschuldigte angehört.

VI. Als Berufungsinstanz gilt der Bezirksvorstand. Der Einspruch gegen den Beschluß der ersten Instanz steht sowohl dem Beschuldigten als auch dem zuständigen Kreisvereinsvorstand beim Bezirksvorstand zu.

Beim Bezirksvorstand ist ein Schiedsgericht sinngemäß der ersten Instanz zu bilden.

Der § 3 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

„Die Grundlage der Organisation bildet der aus den Kreisvereinen oder Unterbezirken zusammengesetzte Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird.“

Beschlüsse zur Wahl des Parteivorstandes

a) Statutenänderung

Der § 17 Absatz 1 des Organisationsstatuts wird wie folgt geändert:

„Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht und dem mindestens vier Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.“

b) Zusammensetzung des Parteivorstandes

Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, sechs besoldeten Mitgliedern und 22 unbesoldeten Beisitzern.

c) Vollmachten an Parteivorstand und Parteiausschuß für die Wahl eines weiteren besoldeten Vorstandsmitglieds.

Der Parteivorstand und der Parteiausschuß sind ermächtigt, während der kommenden Arbeitsperiode bis zum nächsten Parteitag ein besoldetes Vorstandsmitglied zu wählen, das mit allen Rechten eines besoldeten Vorstandsmitglieds dem Parteivorstand angehört.

Organisation

Der § 8 Absatz 4 des Organisationsstatuts wird wie folgt geändert:

„Der Bedarf des Parteivorstandes wird von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder verkauften Marke (ausgenommen Eintrittsmarken) ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Parteilasse abgeführt wird.“

Versand des Parteitagmaterials

Der Parteitag beschließt: Das Material zum Parteitag muß mindestens vier Wochen vor Stattfinden des Parteitages in den Händen der Delegierten sein.

Anwesenheitsliste des Parteitagcs

Partei Vorstand

Dr. Kurt Schumacher
Erich Ollenhauer
Fritz Heine
Herbert Kriedemann
Alfred Nau
Valentin Baur
Anna Beyer
Franz Bögler
Willi Eichler

Andreas Gayk
Ernst Gnoß
Robert Görlinger
Dr. Adolf Grimme
Emil Groß
Fritz Helmstetter
Fritz Henßler
Wilhelm Kalsen
Wilhelm Knothe

Julius Loßmann
Karl Meitmann
Dr. Walter Menzel
Ludwig Metzger
Franz Neumann
Louise Schröder
Dr. Elisabeth Selbert
Dr. Hermann Veit

Parteiausschuß

Otto Bennemann
Eml. Bettgenhäuser
Richard Borowski
Georg Buch
Max Denker
Rudolf Freidhof
Alfred Frenzel
Rosa Helfers
Willi Hitter
Franz Höhne

Richard Jaeckle
Paula Karpinski
Anni Krahnstöver
Maxim Kuraner
Walter Langenbeck
August Meier
Willy Michel
Hermann Osterloh
Karl Ratz
Hermann Runge
Käthe Schaub

Willy Schirrmacher
Walter Schmedemann
Dr. Karl Schmid
Anna Stiegler
Käthe Strobel
Dr. Otto Suhr
Heinrich Wenke
Thomas Wimmer
Ida Wolff
Trude Wolff

Kontrollkommission

Gustav Bratke
Walter Damm
Heinrich Höcker

Georg Richter
Adolf Schönfelder
Karl Seeser

Jacob Steffan
Fritz Ulrich
Christian Wittrock

Delegierte

Bezirk Schleswig-Holstein

Bernhard Ahrens
Karl Albrecht
Otto Auhagen
Karl Bung
Paul Dölz
Heinrich Fischer
Ida Hinz
Peter Kuskopf
Paul Lampl
Ernst Langeheinicke

Eugen Lechner
Paul Lohmann
Hanna Lucas
Friedrich Lüthje
Walter Lurgenstein
Willi Neurath
Hans Ohldorf
Otto Passarge
Heinz Ralfs
Irma Schadow

Hans Schröder
Hermann Schwarz
Georg Seeler
Heinrich Sollmann
Willy Steinhörster
Gerhard Tackmann
Richard Thiede
Hans Vorbrook
Heinrich Warstatis
Berta Wörthel

Bezirk Hamburg

Max Brauer
Arthur Busch
Gustav Dahrendorf
Martha Damkowski
Willi Elsner
Bernhard Früchtling

Max Hockenholz
Ernst Kähler
Hellmuth Kalbitzer
Erich Klabunde
Maria Klinke
Berta Kröger

Gertrud Lockmann
Dr. Paul Nevermann
Willi Schmedemann
Johannes Schult
Fritz Wartenberg
Grete Wöhrmann

Bezirk Bremen-Nordwest

Johannes Altmann
Hermann Herpin
Gerd van Heukelum
Heinrich Homberg
Franz Kaiser

Willy Kelch
Emil Kraft
Annamarie Mevissen
Oito Quellhorst
Gertrud Reichelt

Viktor Schoonbrodt
Willy Steinke
Karl Stockhinger
H. Temmen
Hermann Wolters

Bezirk Hannover

Fritz Brockmann
Herbert Bruhn
Alfred Dannenberg
Egon Franke
Erich Gerlach
Gertrud Greising
Karl Hieber
Robert Hofmeister
August Holweg

Ernst Kipker
Wilhelm Korpeter
Felix Kraft
Johannes Lau
Heinrich Löffler
Wilhelmine Ludig
Karl Markwardt
Viktor Mathejczyk
Heinz Mehnert

Erich Michel
Kurt Partzsch
Konrad Rakemann
Wilhelm Ruhnke
Friedrich Schirmer
Karl Schönemann
Wilhelm Wessel
Fritz Wulfert

Bezirk Braunschweig

August Jacob
Alfred Kubel
Robert Ossig

Heinz Pause
Georg Röttger
Heinrich Schneider

Hermann Troppenz
Peter Walter

Bezirk Östliches Westfalen

Peter Birkel
Georg Erdmann
Otto Grube
Fritz Kohlmeier

Wilhelm Kölling
Heinrich Kramer
Paul Kulemann
Heinrich Lücking

Wilhelm Mellies
Johann Schmitt
Erwin Wittenbreder

Bezirk Westliches Westfalen

Emil Agatha
Elfriede Amelung
Maria Ansorge
Erich Baude
Willi Bergmann
Robert Brauner
Emmi Gerndt
Alfred Gleisner
Willi Grobe
Emil Groll
Gen. Günter
Walter Harich

Jonny Helde
Rudolf Heiland
Julius Hense
Heinrich Hufnagel
Gen. Jakobi
Hermann Kell
Kurt Kötsch
Heinrich Krämer
Hans Laubrunn
Erich Meyer
Oscar Möhle
Eduard Nollkämper

Leni Rommel
Otto Rother
Hubert Scharley
Artur Schirmacher
Johann Schillewick
Ernst Schlotz
Willi Schneider
Fritz Steinhoff
Hugo Stoffers
Lony Triebel
Gen. Weber

Bezirk Niederrhein

Dr. Paul Berger
Karl Bergmann
Willi Biedorf
August Blanke
Aenne Frieb
Else Görgens

Josef Hellenbrock
Willi Hesse
Hans Lenschen
Wilhelm Nießwandt
Paula Pütt
Wilhelm Schiffer

Robert Melzing
Heinrich Schroth
Robert Stahl
Hubert Valder
Adolf Winzen
Karl Zöllig

Bezirk Oberrhein

Franz Bott
Christian Fette
Philipp Fries

Mine Härdle
Hein Hamacher
Franz Heinen

Mathias Moll
Josef Pedrotti

Bezirk Rheinland-Koblenz-Trier

Josef Füllenbach

Willi Schneider

Oswald Uhlig

Bezirk Hessen-Kassel

Anton Aich
Gerd Benz
Konrad Bischoff

Karl Herrmann
Karl Kraft
Hans Nitsche

Käthe Richter
Justus Windemuth
August Zinn

Bezirk Hessen-Frankfurt

Ludwig Benz
Wilhelm Birkelbach
Ludwig Bodenbender
Heinz Daniels
Franz Fuchs
Georg Gaßmann
Franz Gruber

Hans Jäger
Hans Kargl
Otto Köth
Otto Leucht
August Lorenz
Jean Ruth
Hermann Schaub

Hans Schröder
Johanna Spangenberg
Margarete Starrmann
Georg Stierle
Willi Thomas
Josef Walther
Margarete Werner

Bezirk Rheinhessen

Ludwig Bardorf

August Krahn

Bezirk Württemberg-Baden

Fritz Buch
Heini Großhans
Gottlob Kamm
Hermann Knorr

Hugo Rimmelspacher
Willi Sauter
Franziska Schmidt
Erwin Schoettle

Heinrich Schweitzer
Albert Spieth
Jacob Trumpfholler
Albert Wolf

Bezirk Süd-Württemberg

Ernst Hose

Oskar Kalbfell

Bezirk Süd-Baden

Hans Gottstein

Kurt Reinhardt

Karl Löhle

Bezirk Oberpfalz- Niederbayern

Martin Ernst
Ernst Herder

Erich Kohlrausch
Fritz Renner
Hans Schelter

Andreas Schlittmeier
Gen. Schröder

Bezirk Ober- und Mittelfranken

Simon Beyerlein
Willi Fischer
Franz Förster
Josef Gobhard
Franz Haas
Otto Haubold

Hans Högn
Georg Kerner
Hans Kurz
Fritz Lübke
Josef Otto
Käte Reichert

Georg Rösch
Fritz Schönauer
Kurt Scholz
Emil Sieg
Artur Tübel
Walter Weber

Bezirk Unterfranken

Gert Benz
Johann Maag

Karl Mader
Gerda Vey

Bezirk Oberbayern

Anton Bauer
Edith Hoereth
Josef Kicne

Waldemar v. Knoeringen
Franz Marx
Christian Roith

Josef Sebald
Franz Wellmeier

Bezirk Schwaben

Magnus Bunk
Helmut Gerber

Ernst Richter
Liesl Weinberger

Bezirk Pfalz

Georg Born
Fritz Fickelsen
Lulise Herklotz

J. Kuhn
Ferdinand Schardt
Friedrich Schmidt

Erwin Stein
Friedrich Wagner

Bezirk Groß-Berlin

Otto Bach
Erwin Bennowitz
Adolf Dünnebacke
Grete Heise
Ella Kay
Gustav Klingelhöfer
Hanna Kühn

Dora Lösche
Kurt Mattick
Hellmut Mattis
Ruth Ohrenschall
Christoph Pfänder
Ernst Reuter
Erich Ryneck
Herbert Scheffler

Alfons Schöpflin
Curt Swolinski
Theo Thiele
Willi Urban
Erna Wichert
Rudolf Wissel sen.
Jeanette Wolff

Parteiinstitutionen

August Albrecht	I. H. W. Dietz-Verlag Nachfolger
Erich Brost	Berliner Sekretariat des Parteivorstandes
Rudolf Dux	Ostsekretariat
Herta Gotthelf	Frauensekretariat
Arno Hennig	Sozialistische Kulturzentrale
Hans Hermsdorf	Jungsozialisten
Lotte Lemke	Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt
Erich Lindstaedt	„Die Falken“
Günter Markscheffel	Sekretariat für die französische Zone
Siegfried Orloff	Sekretariat beim Parteivorstand
Dr. Guntram Prüfer	Rundfunkbüro Hamburg
Fritz Sänger	Sozialdemokratischer Pressedienst
Karl Storbeck	Konzentration G. m. b. H.
Ernst Zimmer	Flüchtlingssekretariat

Internationale Gäste

Louis de Brouckère	Brüssel, Vorsitzender des Internationalen Kontakt-Komitees
Joseph Reeves M. P.	Mitglied des Exekutivkomitees der britischen Labour Party
Salomon Grumbach	Paris, S. F. I. O.
Wim Thomassen	Holland, Partei der Arbeit
J. M. Willems	
John Sanness	Norwegen
H. C. Hansen	Sozialdemokratische Partei Dänemarks
Freder Nielsen	
Kaj Björk	Schweden, Sozialdemokratische Partei
Emil Wallin	
Gabriele Proft	Sozialistische Partei Österreichs
Rosa Jochmann	
Franz Jonas	
Franz Peyerl	
Carlo de Gregorio	Partito Socialista dei Lavoratori Italiani
Alberto Simonini	
Marlo Zagari	
Dr. Vilem Bernard	Mitglied des Internationalen Kontakt-Komitees
Emanuel Buchinger	Sozialdemokratische Partei Ungarns
Leon Dennen	Social Democratic Federation of Amerika

SPD-Gäste aus dem Ausland

Max Cohen-Reuß	Paris
Wilhelm Dittmann	Zürich
Carla Gehrke	Kopenhagen
Kurt Heinig	Stockholm
Ernst Paul	Stockholm
Dr. Heinrich Ritzel	Basel
Karl Rowold	Kopenhagen
Wilhelm Sander	London
Friedrich Stampfer	New York